Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist an der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt (http://www.ub.tuwien.ac.at).

The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology (http://www.ub.tuwien.ac.at/englweb/).

FAKULTÄT FÜR !NFORMATIK

Ein spieltheoretisches Modell inklusive Simulation über die Entwicklung der Balkanstaaten

DIPLOMARBEIT

zur Erlangung des akademischen Grades

Diplom-Ingenieurin

im Rahmen des Studiums

Wirtschaftsinformatik

eingereicht von

Raffaela Brodt
Matrikelnummer 0309231

Judith Guggenbichler
Matrikelnummer 0304624

an der

Fakultät für Informatik der Technischen Universität Wien

Betreuung:

Betreuer: Ao.Univ.Prof. Mag. Dr. Gerhard Hanappi

Wien, 01.07.2009 _____ _____

(Unterschrift Raffaela Brodt) (Unterschrift Betreuer)

Erklärung zur Verfassung der Arbeit

Raffaela Brodt
Reisenbauerring 1/5/32
2351 Wr. Neudorf

Judith Guggenbichler
Schiffamtsgasse 4-6/3/16
1020 Wien

„Hiermit erklären wir, dass wir diese Arbeit selbständig verfasst haben, dass wir die verwendeten Quellen und Hilfsmittel vollständig angegeben haben und dass wir die Stellen der Arbeit – einschließlich Tabellen, Karten und Abbildungen –, die anderen Werken oder dem Internet im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, auf jeden Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht haben."

Wien, 01.07.2009,

_____ (Raffaela Brodt)

_____ (Judith Guggenbichler)

Kurzfassung

Die Balkanstaaten treten nach den Transformationen ihrer kommunistischen Regime in demokratische Systeme mit der Annäherung an die Europäische Union wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Mit den EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 wurden drei Länder der Balkanregion bereits in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien streben einen möglichst baldigen Beitritt in die EU an. Diese Staaten erfüllen aktuell noch nicht alle notwendigen Kriterien für eine Aufnahme. Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Staaten sollen Erfüllung dieser Vorgaben vorantreiben.

Die Entwicklung eines Staates kann nicht autark betrachtet werden, sondern ist auch von den Entscheidungen seiner Nachbarstaaten und der Europäischen Union abhängig. Für den Balkanraum existiert kein makroökonomisches Modell, das diese Zusammenhänge beinhaltet und auf die Besonderheiten der Region eingeht.

Das Ziel dieser Arbeit ist die Erarbeitung eines Modells, das die Entwicklungen der Staaten im Hinblick auf einen EU-Beitritt darstellt. Die Staaten werden im Modell mit ökonomischen, politischen und ideologischen Kennzahlen beschrieben. Die Grundlage dieser Kennzahlen bildet die Historie der Länder mit Berücksichtigung ihrer individuellen Charakteristika. Die Ausgangswerte werden je nach getroffenen Entscheidungen verändert und stellen die Entwicklungen der Staaten dar. Ein Modelldurchlauf besteht aus mehreren Stufen, in denen die Veränderungen der Länder für eine Periode von vier Jahren berechnet werden. Die Interaktionen der Länder untereinander und mit der EU werden dabei mit Hilfe der Spieltheorie umgesetzt.

Zusätzlich wird eine Simulation des Modells als parametrierbare Java-Applikation implementiert. Durch die einstellbaren Werte ist es dem Benutzer möglich, direkt auf die Kalkulationen im Modelldurchlauf Einfluss zu nehmen. Mit der Simulation können lang- und kurzfristige Entwicklungen der Staaten berechnet werden. Die veränderten Kennzahlen der Länder nach einem oder mehreren Modelldurchläufen stellen die Ergebnisse dar. Die Start- und Endwerte werden tabellarisch aufgelistet und können über unterschiedliche Diagramme visualisiert werden.

Mit dem Modell und dessen Umsetzung wird ein Werkzeug geboten, das die Entwicklungen der sechs Balkanstaaten, die noch keine Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, simuliert. Durch die einstellbaren Parameter wird dabei nicht ein allgemein gültiges Resultat erzielt, sondern es ergeben sich eine Vielzahl von möglichen Entwicklungen. Diese können für unterschiedliche Betrachtungen und Analysen der Balkanregion herangezogen werden.

Abstract

After the transformation from communistic regimes into democratic systems, the Balkan States moved again in the public eye with their progress towards the European Union. With the Eastern European expansions of the EU in 2004 and 2007, three of the Balkan countries are already new members of the European community. Albania, Bosnia-Herzegovina, Croatia, Macedonia, Montenegro and Serbia strive for the goal of the accession to the EU as soon as possible. Currently those states cannot satisfy the required criteria for an EU entry. The economical and political decisions of these states drive the fulfillment of the necessary conditions.

The development of a state cannot be observed autarkically, because it also depends on the decisions of its neighboring states and the European Union. Until now there is no macroeconomic model available for the Balkan area, which includes these interrelations and considers the specific characteristics of the region.

The aim of this paper is the formation of a model, which represents the development of the states in the face of accession to the EU. The states are described via economical, political and ideological key figures. These figures are generated from a historical basis and individual characteristics are considered. The initial values get changed according to the taken decisions in the model and represent the development of the states. One cycle of the model consists of multiple stages; therein the changes of the countries are calculated in four-year-periods. The interactions of the states among each other and with the EU are realized by means of game theory.

Additionally there is a simulation of the model as a Java-application implemented with adjustable parameters. The user can directly influence the calculations in the flow path of the model with the tunable variables. The development of the states can be computed for the short- and long-run with this simulation. As the result of this model the modified key figures of the countries are displayed after an execution of one or more cycles. The initial and final values are listed in table form and can be visualized with different charts.

The model and its implementation provide a tool which offers the possibility to simulate the development of the six Balkan States, which are not yet member states of the European Union. The goal of this model is not to achieve one generally valid result; the adjustable parameters are causing various developments of the countries. These outcomes can be used for different observations and analysis of the Balkan region.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG **1**

TEIL 1: THEORETISCHER HINTERGRUND **7**

1 BALKANSTAATEN IM ÜBERBLICK 7
1.1 Geschichtliche Betrachtung *7*
1.1.1 Byzantinische Zeit 7
1.1.2 Osmanisches Reich 7
1.1.3 Interessenskonflikte nach dem Zerfall des osmanischen Reichs 8
1.1.4 Der erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit 9
1.1.5 Der Zweite Weltkrieg und der Weg zum Kommunismus 10
1.1.6 Der kalte Krieg bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 11
1.1.7 Entwicklungen nach 1990 13
1.1.8 Chronologie der Aufnahme zur EU, NATO, UN und WTO 14
1.2 Demographie / Völker *14*
1.2.1 Konstitutionelle Anerkennung von ethnischen Minderheiten 16
2 EUROPÄISCHE UNION 18
2.1 Zeittafel *19*
2.2 Die Entwicklung der Europäischen Union *20*
3 ALBANIEN 27
3.1 Zeittafel *28*
3.2 Geschichtliche Betrachtung *28*
3.3 Politische Daten *33*
3.3.1 Parteien 33
3.3.2 Präsidentschaftswahlen 34
3.3.3 Parlamentswahlen 34
4 BOSNIEN – HERZEGOWINA 36
4.1 Zeittafel *37*
4.2 Geschichtliche Betrachtung *37*
4.3 Politische Daten *41*
4.3.1 Parteien 41
4.3.2 Präsidentschaftswahlen 41
4.3.3 Parlamentswahlen (zum Abgeordnetenhaus) 42
5 BULGARIEN 44
5.1 Zeittafel *45*
5.2 Geschichtliche Betrachtung *45*
5.3 Politische Daten *49*
5.3.1 Parteien 50
5.3.2 Präsidentschaftswahlen 50
5.3.3 Parlamentswahlen 50
6 GRIECHENLAND 52
6.1 Zeittafel *53*
6.2 Geschichtliche Betrachtung *53*
6.3 Politische Daten *57*
6.3.1 Parteien 57
6.3.2 Präsidentschaftswahlen 57
6.3.3 Parlamentswahlen 57
7 KROATIEN 58
7.1 Zeittafel *59*
7.2 Geschichtliche Betrachtung *59*
7.3 Politische Daten *63*
7.3.1 Parteien 64
7.3.2 Präsidentschaftswahlen 64
7.3.3 Parlamentswahlen 65
8 MAZEDONIEN - EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK 66
8.1 Zeittafel *67*
8.2 Geschichtliche Betrachtung *67*
8.2.1 Mazedonien und die Europäische Union 70

8.3 Politische Daten ... 71
8.3.1 Parteien ... 71
8.3.2 Präsidentschaftswahlen ... 72
8.3.3 Parlamentswahlen ... 72
9 MONTENEGRO ... 74
9.1 Zeittafel ... 75
9.2 Geschichtliche Betrachtung ... 75
9.3 Politische Daten ... 77
9.3.1 Parteien ... 77
9.3.2 Präsidentschaftswahlen ... 78
9.3.3 Parlamentswahlen ... 78
10 RUMÄNIEN ... 80
10.1 Zeittafel ... 81
10.2 Geschichtliche Betrachtung ... 81
10.2.1 Rumäniens EU Beitrittsprozess ... 84
10.3 Politische Daten ... 84
10.3.1 Parteien ... 85
10.3.2 Präsidentschaftswahlen ... 85
10.3.3 Parlamentswahlen ... 86
11 SERBIEN (INKLUSIVE KOSOVO) ... 88
11.1 Serbien ... 88
11.2 Kosovo ... 89
11.3 Zeittafel ... 89
11.4 Geschichtliche Betrachtung ... 90
11.4.1 Ethnische und religiöse Struktur ... 94
11.5 Politische Daten, Serbien ... 94
11.5.1 Präsidentschaftswahlen ... 95
11.5.2 Parlamentswahlen ... 95
11.6 Politische Daten, Kosovo ... 97
11.6.1 Parteien ... 97
11.6.2 Präsidentschaftswahlen ... 98
11.6.3 Parlamentswahlen ... 98
12 SLOWENIEN ... 100
12.1 Steckbrief ... 100
12.2 Zeittafel ... 101
12.3 Geschichtliche Betrachtung ... 101
12.4 Politische Daten ... 106
12.4.1 Parteien ... 106
12.4.2 Präsidentschaftswahlen ... 107
12.4.3 Parlamentswahlen ... 107

TEIL 2: SPIELTHEORETISCHES MODELL ... 109

1 KONZEPT ... 109
1.1 Spieltheorie ... 110
1.2 Die vier Stufen des Modells ... 111
1.3 Abbildung des Modellaufbaus ... 114
2 SPIELVORBEREITUNG ... 115
2.1 Zielvariablen ... 115
2.1.1 Das „Magische Fünfeck der Wirtschaftspolitik“ ... 117
2.1.2 Reales Wachstum ... 118
2.1.3 Arbeitslosigkeit ... 119
2.1.4 Inflation ... 120
2.1.5 Staatsverschuldung (Defizit) ... 121
2.1.6 Handelsbilanz ... 122
2.1.7 HDI ... 123
2.1.8 CPI ... 124
2.1.9 Demokratieindex ... 125
2.1.10 Konfliktindex ... 132
2.2 Berechnung des Gesamtnutzens ... 139
3 SPIELSTUFE 1 ... 141
3.1 Instrumente ... 142

3.1.1 Instrument 1: Arbeitslosigkeit und Inflation ... 143
3.1.2 Instrument 2: Finanzielle Stabilität ... 143
3.1.3 Instrument 3: Politische Stabilität ... 144
3.1.4 Instrument 4: Soziale Stabilität ... 144
3.1.5 Auswirkungen der vier Instrumente auf die Zielvariablen ... 145
3.2 Regierungsprogramme ... 146
3.2.1 Regierungsprogramm 1 ... 146
3.2.2 Regierungsprogramm 2 ... 148
3.2.3 Regierungsprogramm 3 ... 148
3.2.4 Regierungsprogramm 1 bis 3 ... 149
3.3 Normierung der Werte ... 150
3.4 Verstärkungen – Anreize ... 150
3.5 Durchlauf aller Berechnungsschritte für Spielstufe 1 ... 151
3.5.1 Jahr 0 (Ausgangswerte) ... 153
3.5.2 Jahr 1 bis Jahr 4 (Regierungsprogramme und Normierungen) ... 153
3.5.3 Abweichung Jahr 0 ... 154
3.5.4 Verstärkung ... 154
3.5.5 Summe Abweichung ... 155
3.6 Nutzenberechnung und Übergang in Spielstufe 2 ... 155
4 SPIELSTUFE 2 ... 156
4.1 Vorbereitungsschritt für Spiel Land gegen Nachbarstaaten: Beeinflussung der Länder und des Durchschnitts der anderen Länder ... 157
4.2 Nash-Gleichgewichte ... 161
4.3 Reduktion auf ein Nash Gleichgewicht ... 164
4.4 Ergebnis Spielstufe 2 und Übergang in Spielstufe 3 ... 166
5 SPIELSTUFE 3 ... 169
5.1 Nutzenberechnung der Länder ... 170
5.2 Nutzenberechnung und Entscheidung der EU ... 172
5.3 Verhalten bei Überschreitung der Grenze der Nutzenwerte ... 174
5.4 Ergebnis Spielstufe 3 ... 175
6 NÄCHSTE VIER-JAHRES-PERIODE ODER AUTOMATISCHER DURCHLAUF MEHRERE PERIODEN ... 177
7 VERWORFENE IDEEN / ÜBERLEGUNGEN UND MÖGLICHE ERWEITERUNGEN ... 179
7.1 Modellanordnung inklusive der vier Balkanstaaten, die bereits EU-Mitgliedsstaaten sind ... 179
7.2 Gewichtungen der Zielvariablen ... 180
7.3 Sechs-Personen-Spiel in Spielstufe 2 ... 180
7.4 Strategien der EU in Spielstufe 3 ... 181

TEIL 3: SIMULATION DES MODELLS ... 183

1 MODELLUMSETZUNG ... 183
1.1 Anforderungen ... 183
1.2 Umsetzung der Anforderungen ... 183
1.2.1 Java ... 183
1.2.2 GUI ... 183
1.2.3 JSmooth ... 183
1.2.4 JFreeChart ... 184
2 ARCHITEKTUR ... 185
2.1 MVC Architektur ... 185
2.1.1 Controller ... 185
2.1.2 View ... 185
2.1.3 Model ... 185
2.1.4 Erweiterung: Data ... 185
2.2 Klassenkonzept ... 186
2.3 GUI Konzept ... 189
2.3.1 Layout ... 189
2.3.2 Zusammenhang zwischen Benutzerwahl und sich öffnenden Fenstern ... 190
2.3.3 Bildschirmauflösung, Fensteranordnung ... 191
2.3.4 Verwendete GUI Komponenten ... 193
2.4 Coderichtlinien ... 193
2.4.1 Sichtbarkeitskonzept ... 193
2.4.2 Variablen- und Klassenbenennungen ... 193
2.4.3 Sprache ... 194

3 APPLIKATIONSBESCHREIBUNG AUS ANWENDERSICHT ... 195
3.1 Systemanforderungen ... 195
3.2 Programmablauf ... 195
3.2.1 Parametrisierung ... 195
3.2.2 Steuerung des Programmflusses ... 198
3.2.3 Benutzeroption: eine oder mehrere Perioden ... 199
3.2.4 Benutzeroption eine Periode: Fenster ... 200
3.2.5 Benutzeroption mehrere Periode: Fenster ... 203
3.3 Diagramme ... 204
3.3.1 Diagramme bei der Option „Eine Periode“ ... 205
3.3.2 Diagramme bei der Option „Mehrere Perioden“ ... 207
4 APPLIKATIONSBESCHREIBUNG AUS TECHNISCHER SICHT ... 213
4.1 Kalkulationsdurchlauf ... 213
4.2 Diagrammbeispiel: DiagrammZielvariablenMehrerePerioden ... 215
4.3 Fensterbeispiel: Regierungsprogramme ... 217
4.4 Nash-Gleichgewichtsfindung ... 219
5 MÖGLICHE ERWEITERUNGEN DER SIMULATION ... 221
5.1 Datenbankanbindung ... 221
5.2 Vollständige Parametrierbarkeit aller Variablen ... 221
5.3 Darstellung der Zwischenschritte für mehrere Länder gleichzeitig ... 221
5.4 Mehr Ausgaben über Berechnungen und Entscheidung ... 221
5.5 Mehrsprachigkeit ... 221

ZUSAMMENFASSUNG ... 223

LITERATURVERZEICHNIS ... 227

ANHANG ... 233

1 TABELLENVERZEICHNIS ... 233
2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS ... 237
3 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ... 240
3.1 Länderkürzel ... 240
3.2 Sonstige Abkürzungen ... 240
4 TABELLEN DER DATENREIHEN ... 243

Einleitung

Überblick

Europa gliedert sich in zwei Teile. Einerseits existiert die Europäische Union als supranationaler Zusammenschluss souveräner Staaten, andererseits gibt es jene Staaten, die diesem Staatenverbund nicht angehören. Letztere unterscheiden sich dadurch, ob sie eine Aufnahme in die Europäische Union anstreben oder nicht.

Nach der bewegten Vergangenheit der Balkanstaaten, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien, sind sie in Bezug auf die EU-Osterweiterung erneut in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Nachdem bereits einige Staaten dieser Region in den europäischen Staatenverbund aufgenommen wurden, eröffnete diese Entwicklung auch den restlichen Staaten eine neue, pro-europäische Perspektive. Das Bestreben einer baldigen Aufnahme in die EU ist mittlerweile das klar definierte Ziel dieser Staaten und wird sowohl wirtschaftlich als auch politisch forciert.

Die Entwicklung dieser Staaten in Hinblick auf einen EU Beitritt bildet das Kernstück dieser Arbeit. Als Grundlage für die weiteren Fragestellungen wird im ersten Teil der theoretische Hintergrund der zehn Balkanstaaten aufgezeigt, der v.a. die wirtschaftliche, politische und ideologische Dimension beleuchtet. Aus diesen Informationen wird versucht, durch Eingrenzung und Aggregation Kennzahlen zu extrahieren, die die Situation der Staaten in einem möglichst breiten Spektrum abbilden. Diese Daten bilden die Basis für das spieltheoretische Modell, das den Fortschritt der Staaten in den drei Dimensionen darstellt und im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit beschrieben wird. Die Akteure in diesem Modell sind auf der einen Seite die einzelnen Balkanstaaten und auf der anderen Seite die EU. Innerhalb des Modellablaufs werden den Ländern verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten angeboten, aus denen die optimale Strategie ausgewählt wird. Dabei werden nicht nur die eigenen Ziele verfolgt, sondern auch die Entscheidungen der anderen Staaten und die Vorgaben der EU berücksichtigt. Die Simulation dient als Schnittstelle zwischen dem formalen, spieltheoretischen Modell und einem Anwender und wird als Java-Applikation realisiert. Neben dem im Modell definierten Kalkulationsablauf kann der Benutzer durch die Möglichkeit der Parametrierung auf die Berechnung und Ergebnisse direkt Einfluss nehmen. Außerdem steht auch die Funktionalität zur Verfügung, die Berechnungsschritte in abgestuftem Detailierungsgrad zu verfolgen und die Ergebnisse verschiedenartig zu visualisieren. Die Umsetzung des Modells als Simulation bildet den dritten Teil der Arbeit. Abschließend erfolgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse.

Teil 1: Theoretischer Hintergrund

Um die Zusammenhänge der historisch eng miteinander verflochtenen Balkanstaaten nachvollziehen zu können, bildet ein Überblick über die Entwicklung der Region ab dem byzantinischen Reich den Beginn dieses Teils. Dabei wird der Vielvölkerraum als Gesamtheit betrachtet und die Einflüsse wechselnder Herrscher und Kulturen, welche die Demographie der Balkanstaaten bis heute prägen, erläutert.

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien (inklusive Kosovo) und Slowenien bilden gemeinsam die behandelten zehn Staaten des Balkanraums. Jedes einzelne Land wird in einem Kapitel gesondert betrachtet. Diese Darstellung beinhaltet eine Beschreibung der individuellen Vergangenheit seit dem zweiten Weltkrieg. Das Hauptaugenmerk wird auf die wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Veränderungen gelegt. Außerdem werden Besonderheiten der Länder bezüglich Ökonomie, Politik und Bevölkerungsentwicklung herausgearbeitet. Einzelne relevante Werte der ökonomischen Daten sind in die Länderbetrachtungen eingebunden. Die gesammelten Zeitreihen dieser Kennzahlen sind im Anhang zu finden. Die Beschreibung der politischen Historie erfolgt innerhalb des geschichtlichen

Teils. Zur detaillierten Betrachtung sind die Wahlergebnisse seit 1990 tabellarisch für jeden Staat aufgelistet.

Der Europäischen Union wird im ersten Teil ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin wird die Entwicklung des Staatenverbundes seit seiner Gründung 1952 mit den Erweiterungsrunden beschrieben. Die Verträge, auf denen die Gemeinschaft beruht, werden erläutert und die strukturellen Veränderungen beschrieben. Der Fokus liegt hier auf dem Vertrag von Maastricht und den Kopenhagener Kriterien, welchen in Hinblick auf Erweiterungen der EU besondere Bedeutung zukommt.

Teil 2: Spieltheoretisches Modell

Das Modell beruht auf mathematischen Berechnungen, spieltheoretischen Konzepten und vier aufeinander aufbauenden Stufen. Die erste dieser Stufen stellt die Spielvorbereitung dar, in der die Erkenntnisse des theoretischen Hintergrundes in neun Zielvariablen aggregiert werden. Diese Zielvariablen sind in drei Bereiche gegliedert: die ökonomische, politische und ideologische Ebene. Durch die Berücksichtigung dieser Kategorien wird versucht, ein möglichst umfassendes Bild der Staaten für die Anforderungen des Modells darzustellen. In dieser Stufe werden für die neun Zielvariablen Basiswerte für jedes Land berechnet bzw. festgelegt. Sieben dieser Zielvariablen können über die Daten der Zeitreihen kalkuliert werden; die anderen beiden sind von den Autorinnen erstellte Indizes. Letztere sind ebenfalls im Modell integriert, um nicht eindeutig quantifizierbare Fakten der Länderhistorie einfließen zu lassen. Das Ergebnis dieser Stufe sind Basiswerte der neun Zielvariablen für jedes Land und ein daraus errechneter Gesamtnutzenwert.

Die erste Spielstufe arbeitet mit den aus der Vorbereitungsstufe gewonnenen Basiswerten und berechnet deren Veränderungen für drei unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten. Diese Alternativen stehen den Ländern zur Auswahl und dementsprechend wird ihr jeweiliges Verbesserungspotential kalkuliert. In der nachfolgenden Stufe treffen die Länder die Entscheidung für eine der drei Varianten. Die drei Varianten sind in diesem Modell als Regierungsprogramme deklariert, da die Länder mit der Entscheidung für eines der Programme ihre Entwicklung für die nächsten vier Jahre festlegen. Ein Regierungsprogramm stellt eine Kombination aus vier Instrumenten dar. Mit jedem Instrument werden Veränderungen der einzelnen Zielvariablen festgelegt. Bei der Berechnung der Werte der Zielvariablen je Regierungsprogramm wird nach jedem Jahr eine Normierung auf die vorgegebenen Wertebereiche durchgeführt. Aus diesen veränderten Werten der Zielvariablen nach dem vierten Jahr wird die Abweichung zum Basiswert errechnet. Um den Anreiz der Länder zu erhöhen, sich für ein bestimmtes Regierungsprogramm zu entscheiden, wird ein Verstärkungssystem eingeführt. Dabei werden pro Land und Regierungsprogramm für jede einzelne Zielvariable Verstärkungspunkte kalkuliert, die von der Höhe der Basispunkte und der Abweichung abhängig sind. Diese Methode zielt auf die Auswahl jenes Regierungsprogrammes ab, welches das größte Verbesserungspotential in den unterentwickelten Bereichen der Basispunkte bietet. Die Summe aus den Verbesserungspunkten und den Abweichungen wird in die nächste Spielstufe übergeben.

In Spielstufe zwei wird die Entscheidung für eines der drei angebotenen Regierungsprogramme getroffen. Bei dieser Auswahl wird das spieltheoretische Konzept der Nash-Gleichgewichte angewendet. Um die Nash-Gleichgewichte herauszufinden, müssen Auszahlungsmatrizen für jedes Land aufgebaut werden. Die Spiele dieser Ebene sind Zwei-Personen-Spiele. Dabei ist der erste Spieler jeweils ein Land und sein Gegenspieler wird durch den Durchschnitt aller anderen Länder repräsentiert. Die beiden Spieler verfügen jeweils über drei Strategien, welche die drei Regierungsprogramme darstellen. In diese Stufe fließen die Werte aus einer Beeinflussungsmatrix ein, welche die Wechselwirkung der Regierungsprogramme untereinander abbildet. Für die Spieler können sich je nach Kombination des eigenen Regierungsprogramms mit jenem des Gegenübers Verbesserungen oder Verschlechterungen der Auszahlungen ergeben. Die Werte in den Auszahlungsmatrizen errechnen sich aus den übergebenen Werten der ersten Spielstufe und den Beträgen der Beeinflussungsmatrix. Mit der Beste(n)-Antwort-Methode werden im Anschluss die Nash-Gleichgewichte in den Matrizen gesucht und im Fall des Vorliegens von mehreren

Gleichgewichten auf eines reduziert. Damit wird die Strategie für jedes Land und gleichzeitig das Regierungsprogramm ausgewählt. Die Daten für die nächste Spielstufe sind pro Land neun Zielvariablenwerte und der Gesamtnutzen. In diesen Werten sind die durch das Regierungsprogramm verursachten Veränderungen nach vier Jahren und die Werte der Beeinflussungsmatrix berücksichtigt.

Die EU tritt in der dritten und letzten Spielstufe als Akteur auf, welchem zwei unterschiedliche Strategien zur Verfügung stehen. Dabei ist die erste Möglichkeit eine sequenzielle Aufnahme und die zweite sieht eine gleichzeitige Aufnahme aller Staaten des Balkans in die Europäische Union vor. Die Entscheidungsgrundlage für die Wahl der Strategie ist der Nutzen, den die EU durch die entsprechende Vorgangsweise erzielen kann. Die Nutzenwerte für die EU werden für die beiden Strategien auf unterschiedliche Weise berechnet. In diese Kalkulation fließen die Nutzenwerte der einzelnen Länder und deren BIP ein. Nachdem sich die EU, abhängig von ihrem höheren Nutzen, für eine der beiden Alternativen entscheidet, beeinflusst diese Wahl wiederum die Nutzenwerte der Länder. Dabei kommt es zu einer Erhöhung der Werte eines Landes, wenn die EU die für das Land günstige Strategie wählt. Im gegensätzlichen Fall werden die Werte verringert. Die Staaten, welche nach Spielstufe zwei mit den höchsten Nutzenwerten ausgestattet sind, profitieren von einer sequenziellen Aufnahme. Die Entscheidung für eine gleichzeitige Aufnahme bedingt eine Nutzenverbesserung für jene Länder mit den geringsten Nutzenwerten. Als Abschluss dieser Stufe werden die Nutzenwerte aller Länder aktualisiert und repräsentieren somit das Ergebnis eines Modelldurchlaufs.

Teil 3: Simulation des Modells

Der dritte Teil der Arbeit befasst sich mit der technischen Umsetzung des gesamten Modells als parametrierbare Simulation, mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung und der Option mehrfacher Periodendurchläufe. Für die Implementierung der definierten Anforderungen wird Java als Programmiersprache gewählt. Als Gründe für diese Entscheidung sind einerseits die Möglichkeit der Objektorientierung und andererseits die umfangreichen Bibliotheken zu nennen, die Java zur Verfügung stellt. Letztere werden im graphischen Benutzerinterface und der Darstellung von Diagrammen für die Ergebnisaufbereitung verwendet. Zusätzlich bietet Java die Möglichkeit, aus den erstellten Klassen eine plattformunabhängige Applikation zu generieren, für die keine zusätzliche Programminstallation erforderlich ist.

Die Softwarearchitektur baut auf dem Model-View-Controller Ansatz auf und erweitert diesen um eine zusätzliche Ebene. Diese stellt die Datenbasis für die Applikation zur Verfügung und beinhaltet alle vordefinierten Ausgangswerte. Zum Einen werden dort die Standardeinsteillungen für alle parametrierten Werte vorgenommen und zum Anderen die Basiswerte der Vorbereitungsspielstufe pro Land gespeichert. Um das Zusammenspiel der insgesamt 26 Klassen zu veranschaulichen, werden im Klassenkonzept zwei Klassendiagramme mit ausgewählten Attributen und Methoden abgebildet. Eine Abbildung zeigt alle Klassen der Präsentationsschicht, die andere alle weiteren Klassen. Im GUI-Konzept wird mittels eines Anwendungsfalldiagramms illustriert, welche Möglichkeiten dem Benutzer innerhalb der Applikation zur Verfügung stehen. Neben den Beschreibungen der verwendeten GUI-Komponenten und Layouts erfolgt eine detaillierte Darstellung des Programmablaufs aus Benutzersicht mittels eines Flussdiagramms. Bei der Implementierung werden grundlegende Codierungsrichtlinien eingehalten, um die Lesbarkeit und Wiederverwendbarkeit des Programmcodes zu erhöhen.

Die Applikationsbeschreibung beinhaltet den Ablauf der Anwendung aus Sicht des Benutzers und des Programmierers. Hierbei wird auf alle parametrisierbaren Werte eingegangen, die der Anwender nach Belieben verändern kann. Die Werte der vier Instrumente, deren Zusammensetzung in den drei Regierungsprogrammen sowie, die Werte der Beeinflussungsmatrix werden im graphischen Benutzerinterface in Tabellenform mit ihren Standardbelegungen dargestellt und können angepasst werden. Dabei dürfen die jeweiligen Wertebereiche nicht über- oder unterschritten werden, was mit einer Eingabeüberprüfung festgestellt wird. Dem Benutzer stehen unterschiedliche Optionen zur

Verfügung, die Kalkulationsschritte in unterschiedlichem Detaillierungsgrad zu verfolgen. Die obligatorische Darstellung der Endresultate erfolgt in tabellarischer Form. Diese kann um zusätzliche Visualisierungen der Modellergebnisse mit Balken- und Liniendiagrammen erweitert werden. Dabei werden auch zusätzliche Informationen berechnet und abgebildet, die nicht direkt aus dem Ergebnisfenster ablesbar sind. In der Simulation des Modells ist es nicht nur möglich, eine Periode zu berechnen, sondern es können mehrere Durchläufe von Perioden auf einmal inklusive Langzeitentwicklungen kalkuliert werden. Damit ist das Modell um eine zusätzliche Funktionalität erweitert und bietet ein breiteres Spektrum der Entwicklungsbetrachtungen. Um die Applikation nicht nur aus Anwenderperspektive zu beschreiben, sondern auch aus Sicht der technischen Umsetzung darzustellen, werden relevante Codefragmente der Implementierung in die Beschreibung aufgenommen und von den Verfasserinnen kommentiert.

Abgrenzungen

In dieser Arbeit wird durchgängig die männliche Form benutzt. Im Sinne der Gleichbehandlung sind diese Bezeichnungen als nicht geschlechtsspezifisch zu betrachten und sollen der leichteren Lesbarkeit dienen.

Die geschichtliche Betrachtung endet mit dem 31.12.2008. Alle Geschehnisse nach diesem Zeitpunkt werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Die Autorinnen übersehen nicht, dass sich durch die globale Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 die Situation für den Balkanraum, vor allem in den ökonomischen Kennzahlen, dramatisch verändern wird. Dieser Umstand kann in dieser Arbeit nicht abgebildet werden, da weder Statistiken verfügbar noch die Dimension der Auswirkungen absehbar sind.

Die „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ (FYROM) wird in dieser Arbeit kurz als „Mazedonien“ bezeichnet. Die Verfasserinnen sind sich darüber bewusst, dass der Staat unter dem ersteren Namen in die UN aufgenommen wurde und dieser die offizielle Bezeichnung darstellt.

Des Weiteren werden die Modellberechnungen unter der Annahme durchgeführt, dass die Staaten in ihrer aktuellen Form bestehen bleiben. Ein eventueller Zerfall in mehrere Staaten oder die Abspaltung von Regionen kann nicht berücksichtigt werden.

Der Kosovo, der am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, wird im geschichtlichen Teil separat, bei den quantitativen Teilen allerdings gemeinsam mit Serbien betrachtet. Durch die Notwendigkeit ökonomische Kennwerte herauszuarbeiten, über die Zeit zu analysieren und zu vergleichen kann der Kosovo nicht als eigenständiger Staat im Modell aufgenommen werden. Dies begründet sich dadurch, dass keine entsprechenden Zeitreihen der Daten existieren.

Begründung für die gemeinsame Bearbeitung des Themas

Für das gewählte Thema werden zehn Staaten bearbeitet um ein Gesamtbild über die Balkanregion zu erhalten. Die Betrachtung erfolgt auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene, damit jener Detaillierungsgrad erreicht wird, der für die Modellbildung notwendig ist. Um die individuellen Besonderheiten der einzelnen Staaten in eine quantifizierbare Form zu bringen, werden die historische Entwicklung ab dem Zweiten Weltkrieg und die gewählten Kennzahlen ab den 90er Jahren analysiert. Das spieltheoretische Modell ist in mehreren Stufen aufgebaut und umfasst zahlreiche Akteure, welche in unterschiedlichen Spielanordnungen interagieren. Da für diese Aufgabenstellung kein geeignetes bereits bestehendes Modell existiert, muss ein solches von der Konzeption bis zur Umsetzung entwickelt werden. Die technische Implementierung in Form einer Java-Applikation bildet den vollen Umfang des spieltheoretischen Modells als parametrierbare Simulation ab. Zusätzlich bietet das Programm verschiedene Visualisierungsvarianten der Ergebnisse und die Möglichkeit mehrfacher Modelldurchläufe.

Bei der Bearbeitung des gewählten Themas von einem einzelnen Diplomanden könnte aufgrund des Umfangs entweder nur ein Teil der Staaten behandelt werden oder es müssten Modell und Simulation ausgeklammert werden. Da die Zusammenhänge des gesamten Balkanraumes aber den

zentralen Punkt der Aufgabenstellung bilden, ist keine der beiden Varianten sinnvoll. Daraus ergibt sich, dass eine Teilung des Themas nicht zwei separate Arbeiten möglich und die Bearbeitung durch nur einen Studierenden zu umfangreich ist.

Kapitelaufteilung

Die Konzeption des Modells, wie auch die Implementierung der Simulation erfolgt in Zusammenarbeit der Diplomandinnen. Die textuelle Aufbereitung aller Inhalte der drei Hauptteile wird allerdings einzeln vorgenommen und in der folgenden Auflistung sind die jeweiligen Kapitel der Verfasserin zugeordnet.

Teil 1: Theoretischer Hintergrund

Raffaela Brodt: Balkanstaaten im Überblick, Bosnien-Herzegowina, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien (inklusive Kosovo)

Judith Guggenbichler: Europäische Union, Albanien, Bulgarien, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Slowenien

Teil 2: Spieltheoretisches Modell

Judith Guggenbichler

Teil 3: Simulation des Modells

Raffaela Brodt

Teil 1: Theoretischer Hintergrund

1 Balkanstaaten im Überblick

Der Vielvölkerraum Südosteuropa zeichnete sich durch die *„Jahrhunderte durch seine Randlage und gleichzeitige Brückenfunktion zwischen Europa und Asien“*[1] aus, wodurch es zu einem regen Handels- und Kulturaustausch kam. Durch die besondere geographische Lage wurde das Gebiet im Verlauf der Geschichte durch wechselnde Herrscher, stetige Assimilierungsprozesse und einfallende Völker diversen Einflüssen kultureller, religiöser und ethnischer Natur ausgesetzt, die bis in die Gegenwart die Demographie von Südosteuropa prägen.

Aus heutiger Sicht gliedert sich der Balkanraum in die Staaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kosovo, Kroatien, Mazedonien (ehemalige Jugoslawische Republik), Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien.

Die Balkanstaaten blicken auf eine lange und von Veränderungen geprägte Vergangenheit zurück, die gerade in Hinblick auf aktuelle Entwicklungen, notwendiger Bestandteil zum Verständnis mancher Problemstellungen ist und darum im folgenden Kapitel aufgearbeitet wird.

1.1 Geschichtliche Betrachtung

1.1.1 Byzantinische Zeit

Ein geschichtlicher Überblick über die Balkanregion wird in dieser Arbeit ab der Gründung des byzantinischen Reiches im Jahr 395 gegeben. Byzanz entstand durch die Teilung des römischen Reiches und stellte in der damaligen Zeit den stabilsten Staat mit der stärksten Finanzkraft im europäischen Raum dar. Kennzeichen der byzantinischen Bevölkerung war neben der griechischen Sprache, die Latein als Amtssprache um 600 nach Christus ersetzte, auch das Bekenntnis zur Orthodoxie.[2] Das byzantinische Reich umfasste bei seiner Gründung große Teile des Balkans und reichte bis nach Asien und Afrika.

Nach Romanisierung und Gräzisierung vollzog sich der nächste ethnische Wandel mit der slawischen Völkerwanderung, die ab 500 nach Christus einsetzte. Zuvor konnte der germanische Völkersturm von Byzanz erfolgreich abgewehrt werden, was bei den slawischen Völkern nicht gelang. Dadurch verlor das byzantinische Reich große Landstriche, die nun mehr von Slawen besiedelt wurden.

Das heutige Kroatien, Bosnien und Montenegro waren nicht Teil von Byzanz. Serben ließen sich vermehrt im heutigen Herzegowina und in Montenegro nieder. Das erste bulgarische Reich hatte von 679 bis 1018 Bestand, bevor es militärisch dem byzantinischen Reich unterlag und eingegliedert wurde. Ab dem Jahr 1138 wurde Bosnien vom ungarischen Königreich in Besitz genommen. Das zweite bulgarische Reich wurde dann 1186 gegründet und schaffte zu einer ähnlichen Zeit wie die Serben den Schritt in die Unabhängigkeit. Serbien gelang im frühen 14. Jahrhundert durch die Erschließung von Bodenschätzen eine Macht- und Gebietsausweitung bis Albanien, Mazedonien und Mittelgriechenland, die weder von Byzanz, noch von Bulgarien aufgehalten werden konnte. Das serbisch-griechische Reich hielt allerdings, wie Bulgarien, den gegensätzlichen Machtansprüchen des Hochadels nicht Stand und zerfiel in mehrere Fürstentümer.

1.1.2 Osmanisches Reich

Byzanz zerbrach am Fall von Konstantinopel, der Hauptstadt, im Jahre 1453 und die Wandlung vom byzantinischen ins osmanische Reich wurde mit der Unterwerfung der letzten Widerstände in

[1] (Hösch, 2008), Seite 14
[2] (Fischer Weltgeschichte, 2008), Seite 140

Albanien, Serbien und Bosnien vollzogen.[3] Von den durch unterschiedlichen Adel beherrschten Gebieten am Balkan konnte keine entsprechende Abwehr gegen die Osmanen organisiert werden.

Trotz der jahrhundertelangen Herrschaft der Osmanen im Balkan wurde der religiöse Wandel der Völker vom Christentum zum Islam nicht forciert. Grund dafür war unter anderem das Steuerrecht, das vor allem die nicht islamische Bevölkerung belastete.[4] Einzig in Albanien und Bosnien kam es zu einer nennenswerten Anzahl an Konvertierungen, die vorwiegend nicht aus ideellen sondern aus wirtschaftlichen Überlegungen erfolgten. So konnten beide Staaten ihre eigene Oberschicht bewahren und besonders in Bosnien wurde die größte Vielfalt unterschiedlicher Religionen (Ost- und Westkirche der Vergangenheit sowie Islam) in einem Land vereint. Kennzeichnend für die osmanische Herrschaft waren außerdem *„eine absolutistische und streng militaristische Regierungsform mit einer weitgehenden Kultur- und Verwaltungsautonomie“*[5]. Nach dem Niedergang des byzantinischen Reiches gingen die Donaufürstentümer Moldau, Siebenbürgen und Walachei hervor, die vom Gebiet in etwa dem heutigen Rumänien entsprechen. Zwar wurden sie (bis auf Siebenbürgen) ebenfalls in das osmanische Reich eingegliedert, erhielten aber bis zum Ende der Türkenherrschaft eine Sonderstellung, die unter anderem die freie Fürstenwahl beinhaltete.[6] Durch die von den Türken gewährten Freiheiten bildeten sich innerhalb des Reiches einige Autonomiebezirke heraus. Eine weitere Wandlung brachte das eingeführte Millet-System mit sich. Dieses System übertrug den Religionsgemeinschaften die Verantwortung für die Steuereintreibung, wodurch nicht ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung, sondern die religiöse ausschlaggebend wurde. Diese Entwicklung brachte einen Zuzug von in anderen Teilen Europas verfolgten Juden mit sich, die aber im Laufe der osmanischen Herrschaft vermehrt nach Polen oder England abwanderten. Der Bevölkerungsanteil von Muslime im Balkan blieb trotz der Ansiedelungspolitik gering.

Das Ende der türkischen Ausdehnung wurde in Österreich nach den gescheiterten Wien-Belagerungen gesetzt. Ungarn wurde allerdings Teil des osmanischen Reiches und gelangte erst am Ende des 17. Jahrhunderts ins Interesse der Habsburger, die hier mit ihrer Territorialausweitung begannen, nach dem die Türken an Macht verloren hatten. Teile des dalmatinisch-kroatischen Königreiches, die sich vor einer osmanischen Herrschaft bewahren konnten, schlossen sich ebenfalls den Habsburgern an. Als erster der Balkanstaaten erlangte Griechenland 1830 die Autonomie. Während der osmanischen Herrschaft kam es in Bulgarien, Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina zu Aufständen, die jedoch im Keim erstickt und mit aller Härte vergolten wurden. 1867 wurde Siebenbürgen (das heutige Westrumänien) Ungarn zugesprochen, welches seinerseits Teil des österreichisch-ungarischen Reiches war. Bereits vor 1877 und somit vor der Kriegserklärung der Russen an das osmanische Reich wurde von Serbien und Montenegro 1876, nach der Unterstützung des herzegowinischen Aufstands, den Türken der Krieg erklärt. 1877 trat Russland mit Hilfe von Rumänien in den Krieg ein, aus dem sie siegreich heraus gingen. Der folgende Berliner Kongress sah die Unabhängigkeit von Serbien, Montenegro und Rumänien vor. Bulgarien konnte erst 1908 die totale Autonomie erreichen. Aus unterschiedlichen Motiven wurden Bündnisse zwischen den neuen, völlig unabhängigen Staaten aber auch den autonomen Gebieten, die sich noch innerhalb größerer Reichskomplexe befanden und den Großmächten Österreich-Ungarn bzw. Russland geschlossen. Bosnien, Herzegowina, Rumänien und Serbien richteten sich anfänglich außenpolitisch in Richtung Österreich-Ungarn aus, Bulgarien wandte sich Russland zu.

1.1.3 Interessenskonflikte nach dem Zerfall des osmanischen Reichs

Je näher die Aussicht auf die Unabhängigkeit der Staaten rückte, desto mehr arteten die Konflikte in Bezug auf territoriale Fragen aus. Grenzkonflikte gab es zwischen Ungarn und Rumänien, die beide Siebenbürgen für sich beanspruchen wollten. In Transdanubien standen sich bulgarische und rumänische Interessen gegenüber und um Bessarabien, das Österreich-Ungarn und Russland trennte,

[3] (Fischer Weltgeschichte, 2008), Seite 43
[4] (Hösch, 2008), Seite 26
[5] (Hösch, 2008), Seite 94
[6] (Hösch, 2008), Seite 92

stritten sich Russen und Rumänen. Auch Thrazien wurde von Griechenland und Bulgarien gleichermaßen gefordert. Das Gebiet, auf das die meisten Staaten Besitzansprüche stellten, nämlich Griechenland, Bulgarien und Serbien, war Mazedonien. Innerhalb des osmanischen Reiches formierten sich auch die Albaner vermehrt zu Aufständen. Als Grund für die vergleichsweise späte zur Wehr Setzung kann der überdurchschnittlich hohe Anteil der muslimischen Bevölkerung von 70%[7] und die damit verbundene Werteübernahme von den türkischen Herrschern genannt werden.

1908 wurde die Lage in Südosteuropa durch die Eingliederung Bosniens und Herzegowina in die österreichisch-ungarische Monarchie neu geordnet. Das brachte Serbien zu einem Schwenk in den Handelsbeziehungen hin zu Russland und begründete den Balkanbund, der nun zwischen Bulgarien und Serbien 1911 geschlossen wurde. Diesem Bündnis, welches ein gemeinsames Vorgehen der Balkanfrage vorsah, schlossen sich 1912 auch Griechenland und Montenegro an. Aufgrund der Entwicklungen in Albanien erklärte der König von Montenegro den Osmanen 1912 den Krieg, in welchen die Verbündeten ebenfalls eintraten und die Herrschaft der Türken in den verbliebenen Balkangebieten beendeten. Ein Jahr später erklärte Albanien seine völlige Unabhängigkeit, obwohl von Serbien, Griechenland und Montenegro eine Gebietsaufteilung Albaniens untereinander beabsichtigt wurde. Die Zurückdrängung der Osmanen und die dadurch gewonnenen Gebiete waren in Fragen der Aufteilung ebenso umstritten wie die noch nicht gelöste mazedonische Frage.

Ebendiese wurde zum Auslöser des zweiten Balkankrieges, der 1913 durch eine Offensive der Bulgaren in Mazedonien, die ihre Vormachtstellung am Balkan sichern wollten, herauf beschworen wurde. Gegen sie stellten sich Serbien und Griechenland mit Unterstützung von Rumänien, Montenegro und den im ersten Balkankrieg besiegten Türken. Während und nach den Balkankriegen hatte Griechenland aufgrund der Flüchtlingswellen einen Bevölkerungszuwachs von 25 Prozent. Die unterlegenen Bulgaren mussten nach Kriegsende erhebliche territoriale Einbußen hinnehmen. Mazedonien wurde zwischen Griechenland und Serbien aufgeteilt. Nur ein kleines Gebiet wurde den Bulgaren zugestanden. Die Türken konnten ihr europäisches Territorium ebenfalls wieder um Teile von Thrazien erweitern und die Rumänen erhielten den Süden von Transdanubien. Serbiens interner Anspruch auf Bosnien und Herzegowina, die in Österreich-Ungarn eingegliedert waren, ließ die Beziehung zwischen der Doppelmonarchie und Serbien stetig feindseliger werden. Die Idee eines slawischen Großstaates, dem auch die slawischen Gebiete in Österreich-Ungarn angehören sollten, manifestierte sich durch das von einem Serben durchgeführte Attentat an dem österreichischen Thronfolger, welches den ersten Weltkrieg auslöste.

1.1.4 Der erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit

Am 28. Juli 1914 erfolgte die Österreich-ungarische Kriegserklärung, da nach dem Aufmarsch von russischen Truppen keine Deeskalation im serbisch-österreichischen Konflikt abzusehen war. Folge war eine Kettenreaktion von Kriegseintritten europäischer Länder, die aus Bündnisverpflichtungen resultierten. Durch den Imperialismus und die damit verbundene Kolonialisierung hatten sich bereits lange vor 1914 zwei innereuropäische Machtbündnisse formiert. Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien standen sich als die so genannten Mittelmächte dem Militärbündnis von Großbritannien, Russland und Frankreich, den Entente Mächten, gegenüber. Nach anfänglich erklärter Neutralität von Italien, Rumänien und Griechenland entschlossen sich alle drei Nationen im Laufe des Krieges zu einem Anschluss an die Entente Mächte, die sowohl in Einwohnerzahl, Heeresstärke und Kriegsflotte den Mittelmächten (inklusive Bulgarien und dem osmanischem Reich) zahlenmäßig hoch überlegen waren.[8] Umgekehrt verhielt es sich mit Russland, das 1917 nach der Oktoberrevolution mit den Mittelmächten Frieden schloss. Mit dem Kriegseintritt der USA und Japans wurde der bis zu diesem Zeitpunkt vorwiegend europäische Krieg zu einem Weltkrieg.

Für Bulgarien bedeutete die Tatsache, den Verliermächten anzugehören weniger territoriale als wirtschaftliche Einbußen, wie Entschädigungszahlungen und ein zahlenmäßig limitiertes Heer. Die

[7] (Hösch, 2008), Seite 184
[8] (Absenger K. P., 1999), Seite 229

Türkei musste ihre Besitzansprüche in Südosteuropa aufgeben und Österreich musste enorme Gebietsverluste hinnehmen, sodass es vom Großreich zum Kleinstaat wurde. Deutschland verlor all seine Kolonien, rund 13 Prozent seines gesamten Territoriums und somit 10 Prozent seiner Bevölkerung.[9] Darüber hinaus waren hohe Kompensationszahlungen zu leisten, die Luftwaffe wurde verboten und das deutsche Heer wurde auf 100.000 Personen beschränkt. Aus den neu verteilten Machtverhältnissen, ging Ungarn als unabhängiger Kleinstaat sowie die Tschechoslowakei und Jugoslawien als Zusammenschluss von Kroatien, Serbien und Slowenien hervor. Rumänien konnte sein Territorium durch den Erhalt von Siebenbürgen und anderen Gebieten verdoppeln.

Die Zwischenkriegszeit war in ganz Europa von der Weltwirtschaftskrise und deren Folgen sowie von Grenzkonflikten und Minderheitenproblemen geprägt. Die neuen Staaten beherbergten eine Vielzahl von Nationalitäten und dadurch eine sehr hohe Anzahl an Bevölkerungsgruppen, die verschiedenen Minderheiten angehörten. Rumänien hatte eine Minderheitenquote von 28%, Jugoslawien 15% und Ungarn immerhin noch 10%.[10] Bevölkerungswachstum gepaart mit der Wirtschaftskrise ergab neben der Krise des Agrarsektors die gefährdete Kreditfähigkeit der Balkanstaaten. Hinzu kamen einige nationale Probleme wie etwa die erwähnten Kompensationszahlungen der Verliererstaaten, die eine solche Bürde darstellten, dass beispielsweise Ungarn nur durch *„direkte Intervention des Völkerbundes vor dem Staatsbankrott“*[11] bewahrt werden konnte. Albanien hatte kein eigenes Bankensystem. Andere Staaten, die aus dem ersten Weltkrieg mit territorialen Zuwächsen hervor gegangen waren, oder sich neu formiert hatten, mussten Währungssysteme harmonisieren und die Integration der gewonnenen Gebiete vorantreiben. Ab Mai traf Europa das volle Ausmaß der Wirtschaftskrise und damit auch den Balkan, der sich ohnehin in einer Übergangssituation befand und dessen Völker von den Kriegsgeschehnissen der Vergangenheit entzweit waren. Der Außenhandel war durch hohe Inflation und Stagnation der Exporte geprägt. Die Rückzahlung von Staatsschulden nahm einen großen Teil des Budgets in Anspruch.

1.1.5 Der Zweite Weltkrieg und der Weg zum Kommunismus

Nach Hitlers Machtübernahme wurde Deutschland zu einem immer wichtigeren Handelspartner für die südosteuropäischen Staaten. 1938 exportierte Bulgarien 63,6 Prozent, Jugoslawien ca. 50 Prozent und Rumänien 48,5[12] Prozent des gesamten Volumens nach Deutschland. Nach der Eingliederung der Tschechoslowakei und dem Blitzkrieg gegen Polen wandten sich die deutschen Kriegsinteressen anfänglich nach Westen. Albanien wurde 1939 von italienischen Truppen besetzt. 1940 schlossen Ungarn und Rumänien Bündnisse mit den Achsenmächten. Ein Jahr später folgte Bulgarien, welches als einziges Land nicht in die Auslieferung der bulgarischen Juden an die Deutschen einwilligte. 1941 erklärte Deutschland Griechenland und Jugoslawien den Krieg, die ein Monat danach bereits erobert wurden. Es kam zu einer Zerschlagung von Jugoslawien, wodurch Kroatien inklusive des Territoriums von Bosnien selbstständig wurde. Während der Kriegsjahre 1941 bis 1945 erlebte die wirtschaftlich und strategisch wichtige Balkanregion das letzte Mal eine von Außen aufgezwungene Einung.

Bereits in den letzten Kriegsjahren und insbesondere in den Nachkriegsjahren waren Amerikaner und Russen gleichermaßen um das künftige politisch-wirtschaftliche System im geschwächten Europa besorgt. Kommunisten und Kapitalisten standen sich gegenüber, ringend um die Vormachtstellung in Europa, bei der die Ost-West-Teilung billigend in Kauf genommen wurde. Bulgarien wurde von der Roten Armee 1944 angegriffen und besetzt, nachdem es nach einem sozialistisch-kommunistischen Putsch einseitig aus dem Krieg austrat. Zwei Jahre später wurde nach innenpolitischen Differenzen und Wahlmanipulation die Volksrepublik Bulgarien gegründet. Rumäniens König wurde 1947 des Amtes enthoben um der neuen, sozialistischen Kraft im Land Platz zu machen. Anders vollzog sich die Machtübernahme des Kommunismus in Jugoslawien, wo Tito seine Partei selbstständig an die Spitze bringen konnte. Bereits 1945 wurde die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ ausgerufen. In

[9] (Eismann, 2005), Seite 11
[10] (Hösch, 2008), Seite 198
[11] (Hösch, 2008), Seite 215
[12] (Hösch, 2008), Seite 223

Ungarn dauerte der Prozess der Machtübernahme durch die Linken etwas länger, konnte aber auch hier nicht aufgehalten werden. Der einzige nicht kommunistische Staat am Balkan war Griechenland, der diesen Umstand vor allem dem Eingreifen der alliierten Mächte in den Bürgerkriegszeiten nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken hatte.

Die schwierige Situation der Nachkriegsjahre und die den kommunistischen Staaten fehlende Hilfe aus den USA ließen die Regime näher an Russland heranrücken. Der politische Säuberungsprozess Schritt weiter voran und mündete in eine Diktatur mit Loyalitätsbekundung zu Stalin. Gesellschaftlich und wirtschaftlich wurde der Aufbau strikt nach sowjetischem Vorbild durchgeführt, die Beziehungen zum Westen weitestgehend eingestellt und somit der Ostblock geschaffen. Einzig Josep Broz-Tito widerstand dem Eingliederungsprozess deren Nachteile er in dem Fehlen der Wahrung von den nationalen Interessen Jugoslawiens sah. Albanien, das freundschaftliche Beziehung mit Jugoslawien unterhielt und deren Sozialisten ebenfalls ohne die Unterstützung Stalins an die Macht gekommen waren, wandte sich letztlich doch Moskau zu. Der Lebensstandard der Bevölkerung sank, und durch den forcierten Aufbau von Schwerindustrie und der daraufhin einsetzenden Landflucht konnte bald der Nahrungsmittelbedarf der Sowjetunion nicht mehr gedeckt werden. Noch verstärkt wurde diese Entwicklung durch die enormen Rüstungsausgaben und die Aufstockung der Truppen, die zusätzlich Arbeitskräfte rekrutierten. Die Produktion von Kriegsgut wurde an oberste Stelle gestellt und nahm somit einen höheren Stellenwert als die Versorgung der Bevölkerung ein. Zwangsenteignungen, Planwirtschaft, Verstaatlichungen und die Kollektivierung der Landwirtschaft wurden ebenso Realität wie die Änderung der Verfassungen, die eine Diktatur des Kommunismus festschrieben. Die Planerfüllungsdaten ließen zwar auf ein Wirtschaftswachstum schließen, konnten aber über die mangelnde Qualität und geringe Innovation nicht hinweg täuschen. Konfliktpotential gab es außerdem auf religiöser Ebene, da die Sowjetunion für eine Trennung von Staat und Kirche einstand. Das beinhaltete neben der Unterdrückung der Kirchen ebenfalls die Umstellung des Bildungssystems nach sowjetischem Vorbild, wodurch alle kirchlichen Schulen schließen mussten. Einen einzigartigen Weg schlug Albanien in diesem Zusammenhang ein, der durch ein gänzliches Religionsverbot weltweit der einzige atheistische Staat wurde. In den restlichen kommunistischen Staaten konnte die Kirche während der ganzen Zeit des Regimes die einzige Gegenmacht zum diktierten Sozialismus aufbauen.[13]

1.1.6 Der kalte Krieg bis zum Fall des Eisernen Vorhangs

1949 wurde COMECON, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, als Antwort auf den Marshall Plan von der Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Tschechoslowakei ins Leben gerufen. Albanien trat bereits ein Monat nach der Gründung bei. Die Aufgabe von COMECON bestand hauptsächlich in der Koordinierung der Jahrespläne. Das Bündnis verwehrte Jugoslawien die Aufnahme, da Tito und Stalin einen offenen Konflikt austrugen.

Die jugoslawische Föderation bestand aus Serbien, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien Herzegowina und Slowenien, die als souveräne Staaten innerhalb des Zusammenschlusses behandelt wurden. Ihre Verfassung wurde 1946 nach sowjetischem Vorbild beschlossen und 1947 wurden die ersten ambitionierten Fünfjahrespläne festgelegt, die beispielsweise die Vorgabe für die Produktion der Schwerindustrie auf 552 Prozent des Levels von 1938 vorsah[14]. Wenngleich die jugoslawische Führung ihr Modell des Kommunismus durchsetzte, das sich von dem der Sowjetunion unterschied, war es doch ein sozialistischer, autoritärer Staat mit einem Ein-Parteien-System. „*In der Zeit von 1945 bis 1990 wurde das Recht zu regieren in Jugoslawien nicht aus dem Ergebnis freier Wahlen abgeleitet*.[15]“ Durch die Verwehrung der Sowjetunion gegenüber Jugoslawien wandte sich die nunmehr isolierte Föderation dem Westen zu, schloss 1953 mit der Türkei und Griechenland einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag und machte die Gegenseite der UdSSR zu ihrem Haupthandelspartner. Nach der beschleunigten Kollektivierung stand Jugoslawien allerdings 1950 vor

[13] (Pollack, 2008), Seite 8
[14] (Rossos, 2008), Seite 221
[15] (Goati, 2003), Seite 79

einer ernsten Krise, da die staatlichen Genossenschaften die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel nicht gewährleisten konnten und die enteigneten Bauern immer größeren Widerstand leisteten. In der Krise halfen die USA mit Lebensmittellieferungen und auch nach Abwendung der Hungersnot wurde das Land durch Briten, Amerikaner und Franzosen weiter unterstützt.[16] Dies trug in den Jahren von 1952 bis 1957 Rechnung, in denen die jugoslawische Wirtschaft ein Wachstum von durchschnittlich 8,5% erlebte, wobei das Wachstum der Schwerindustrie mit 12,6 Prozent zu beziffern war.[17] Von 1953 bis 1964 stieg das Bruttosozialprodukt um 133 Prozent, begleitet von einer sehr niedrigen Arbeitslosenrate.[18] Auf die Kollektivierung folgte 1950 der Kurs von Liberalisierung und 1953 wurden keine weiteren Verstaatlichungen vorgenommen. Bauernaufstände, ineffiziente Nahrungsproduktion sowie die kurz bevor stehende Hungersnot dürften Gründe für die folgende Dezentralisierungs- und Liberalisierungspolitik Titos gewesen sein. Hinzu kam das Recht der politischen Eliten, Kredite im Ausland aufnehmen zu können. Aufgrund fehlender Reformfreudigkeit und dem Fehlschlagen wirtschaftlicher Maßnahmen wurde dem Höhenflug der jugoslawischen Wirtschaft in den 60iger Jahren ein Ende gesetzt. Neben der Stagnierung des Wachstums wurde die hohe Arbeitslosigkeit als erstes in einem kommunistischen Staat zu einem Problem. Außerdem stiegen die Auslandsschulden von 1965 bis 1981 von 0,9 auf 22 Milliarden Dollar.[19] Politisch wurde immer mehr der Wunsch der Länder nach mehr Dezentralisierung als nach einer Stärkung der föderativen Einheit laut.

Nach dem Tod Stalins folgte eine Kursänderung der UdSSR und brachte eine Billigung aus Moskau für Titos Linie des Sozialismus in Jugoslawien mit sich, wenngleich das Verhältnis in den folgenden Jahren weiterhin gespannt blieb. Die neue Führung versuchte die Lebensqualität der Bevölkerung durch Preisreduktion von Lebensmittel zu steigern und die entstandene Unzufriedenheit zu revidieren. Ebenfalls wurden für private Bauern Anreize durch Steuersenkungen und Forcierung von Maschineneinsatz geschaffen, die die Agrarproduktion steigen ließen. Innen- wie außenpolitisch wurden die starren Fesseln Stalins gelockert, was wissenschaftlichen und künstlerischen Freiraum schuf. Die Handelsbeziehungen der Volksrepubliken wurden nicht mehr nur auf die sowjetischen Staaten beschränkt. Die veralteten und qualitativ minderwertigen Erzeugnisse konnten aber am Weltmarkt nicht gehandelt werden.

Die neue Führung räumte auch den Satellitenstaaten mehr Selbstbestimmung ein, was sich aber durch den Warschauer Pakt relativierte, mit dem es der Sowjetunion einmal mehr gelang, die unterzeichnenden Staaten an sich zu binden und ein Gegengewicht zur NATO herzustellen. 1955 traten in Warschau neben der UdSSR auch Albanien, Bulgarien, die DDR, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn dem Pakt, der das Beitreten zu jeglichen anderen Bündnissen verbot, bei. Die Führungsrolle kam selbstverständlich den Sowjets zu, die in jedem Bündnisland Truppen stationiert hatten. Rumänien war 1956 das erste Land, von dem sich die Rote Armee zurückzog und durch das 1957 eingegliederte Siebenbürgen wurde die Minderheitenproblematik wieder belebt, was ungarisch-rumänische Spannungen verursachte. Doch nicht nur Rumäniens Beziehung zu anderen Staaten wurde durch territoriale Gegebenheiten belastet, auch Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien waren durch die Mazedonien-Frage entzweit. Bulgarien veranlasste Namensänderungen der türkischen Minderheit, was dem Bestreben nach nationaler Einheit Ausdruck verlieh. Die Türkei und Griechenland bekämpften sich in dem Konflikt um Zypern. Als erster Staat stieg 1968 die Volksrepublik Albanien aus dem Warschauer Pakt aus, gefolgt von der Deutschen Demokratischen Republik nach der Wiedervereinigung.

Dadurch, dass sich in einigen Ländern der Balkanregion der politische Umdenkprozess bis zum Kollaps im Jahr 1989 schneller vollzog (Ungarn, Polen) als in anderen, lassen sich die Differenzen bei der Umstellung der Machtverhältnissen und der wirtschaftlichen Eingliederung in „die westliche Welt“ erklären. In Jugoslawien setzte der Umbruch bereits 1980 nach dem Tod Titos ein. In anderen

[16] (Walter Lukan, 2005), Seite 550
[17] (Rossos, 2008), Seite 229
[18] (Walter Lukan, 2005), Seite 550
[19] (Walter Lukan, 2005), Seite 552

Staaten herrschten auch nach der Wende noch sozialistische Züge. Als Gemeinsamkeit kann allerdings die Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und Preisverfall genannt werden. Die genaue Betrachtung der einzelnen Balkanstaaten kann in den nächsten Kapiteln gefunden werden, in denen ein detailierter Überblick über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben wird.

1.1.7 Entwicklungen nach 1990

Nach der Wende wurde der Balkan durch den jugoslawischen Krieg wieder der Schauplatz von territorialem Dissens, der nicht ohne Waffengewalt gelöst werden konnte. Nach den ersten pluralistischen Wahlen 1990, waren die Serben nach dem drohenden Zerfall Jugoslawiens und der Unabhängigkeit Sloweniens nicht mehr bereit, weitere Gebiete abfallen zu lassen und ihren Traum eines serbisch dominierten, zentralistischen Jugoslawien aufzugeben. Darum wurde das serbische nationalistische Gedankengut forciert und gegen Kroatien und Bosnien Herzegowina in aller Härte vorgegangen. Serben lebten als Minderheit (12 Prozent der Gesamtbevölkerung) in Kroatien, in Bosnien Herzegowina machte der serbische Anteil rund ein Drittel der Bevölkerung aus.[20] Unter der Führung von Slobodan Milosevic begann der Kroatienkrieg 1991 nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und führte im selben Jahr zu Eroberungen auf kroatischem Gebiet. Ein Jahr später hatten die Serben im Zuge des Bosnienkrieges zwei Drittel von Bosnien-Herzegowina annektiert. Jeder Deeskalationsversuch seitens der UN scheiterte und die serbische militärische Überlegenheit wurde weiter demonstriert. Gleichzeitig wurde 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien als Nachfolger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zwischen Serbien und Montenegro gegründet. Keiner der von Serbien angegriffenen Staaten hatte die Ressourcen, sich dem Aggressor entgegen zu setzen. Erst durch das Eingreifen der USA und der NATO konnten erste Schritte für die Beendigung des Krieges gesetzt werden. Der im Dezember 1995 abgeschlossene Friedensvertrag schenkte der Kosovofrage keine Aufmerksamkeit. Serbien musste die Gebiete von Bosnien-Herzegowina aufgeben, die Unabhängigkeit anerkennen und weite Teile von Kroatien ebenfalls abtreten. In allen beteiligten Staaten hinterließ der Krieg viele Opfer, vor allem in der Zivilbevölkerung, die durch diverse ethnische Säuberungen in den Kriegsjahren umgekommen waren. Den ohnehin existierenden Problemen durch das sowjetische Erbe wurde durch die Zerstörung der Infrastruktur eine neue Dimension gegeben.

Ebenfalls erlebte die Kirche in Ex-Jugoslawien einen Aufschwung nach dem Zerfall des atheistisch geprägten Sozialismus als ein Träger der nationalen Identität. In den Kriegen nach dem Niedergang Jugoslawiens nahmen kirchliche Vertreter an Parlamentssitzungen teil, *„kroatische Soldaten in Herzegowina hatten Rosenkränze an den Schulterkappen und ließen sich von katholischen Priestern in den Kampf begleiten*“.[21] Kirchen wurden Angriffsziele mit der Intension durch die Zerstörung der geistlichen Symbole ein ganzes Volk mit ihrem Kulturkreis anzugreifen. Die dadurch entstehende Kluft zwischen den Glaubensgemeinschaften, ihre Anteilnahme an der Politik und der daraus angeschürte Nationalismus stellen bis heute ein Problem in Bezug auf Minderheiten dar und prägen die politische Landschaft.

Die Balkanstaaten und deren gewählte Parlamente sahen sich ökonomisch mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, was den Umstieg auf eine kapitalistische Marktwirtschaft betraf. Inflation, Preisverfall, Strukturänderungen, Eigentumsrechtsfragen und Korruption waren Kern der Problemstellung, gegen die nur zaghaft vorgegangen wurde und sich somit keine raschen politischen Erfolge erzielen ließen. Daraus resultierte eine immer stärker werdende Resignation der Bevölkerung gegenüber den gewählten Parlamenten, die sich in den Folgejahren durch geringe Wahlbeteiligung bemerkbar machte. Ebenfalls belastete das Verhältnis der autonomen Staaten zueinander die Balkanregion und stellte sie neben den genannten innerstaatlichen, ökonomischen Problemen zusätzlich vor Außenpolitische. In diesem Zusammenhang kann der Konflikt zwischen Mazedonien und Griechenland genannt werden, welcher in ein Handelsembargo mündete und eine Isolation der Griechen in der europäischen Union mit sich brachte. Der Kosovokonflikt zwischen den mit über 90

[20] (Kellas, 2004), Seite 161
[21] (Dzihic, 2008)

Prozent die Bevölkerungsmehrheit stellenden Kosovoalbanern und den Serben spitzte sich immer mehr zu und entlud sich 1999 im Kosovo Krieg. Mazedonien wie auch Albanien hatten mit den Auswirkungen zu kämpfen, die die Aufnahme von Flüchtlingsmassen aus dem Kosovo in diesem Jahr mit sich brachte. *„Während der Kampfhandlungen suchten in einem tagtäglich anschwellenden Flüchtlingsstrom schätzungsweise 350 000 bis 400 000 Albaner aus dem Kosovo Zuflucht in Albanien und brachten die Wirtschaft völlig zum Erliegen.“* [22] Als Positivbeispiele auf dem Weg zu politischer und ökonomischer Stabilität sind Slowenien und Ungarn zu nennen, die sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in kürzester Zeit rehabilitiert hatten.

2004 wurde das europäische Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ins Leben gerufen, dem im Laufe der Jahre Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Montenegro beitraten. Ziel ist der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten, sowie die Schaffung einer Handelszone untereinander und mit der europäischen Union. Durch Integration soll der Weg zu einer künftigen EU Mitgliedschaft geebnet werden. Die UN ist in Mazedonien seit 1992, im Kosovo seit 1999, in Serbien seit 2001, in Bosnien und Herzegowina seit 2003 und in Montenegro seit 2006 tätig.[23] Bereits 1999 wurde den Balkannationen der Status „Potentieller Beitrittskandidat“ verliehen.

Mit der Unabhängigkeit Montenegros löste sich das Gebilde Jugoslawien 2006 endgültig auf. Als vorläufig letzter Staat erklärte der Kosovo im Februar 2008 einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien. Bis heute sind die Kriegstraumata bestenfalls teilweise überwunden und nationalistisches Gedankengut überschattet in einigen Ländern weiterhin den politischen Alltag. Die Aufnahme in die europäische Staatengemeinschaft stellt zweifellos eine Zukunftsperspektive für die Balkanstaaten dar, bringt aber gleichzeitig hohe Anforderungen an die Regierungen mit sich, die so genannten Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Gleichzeitig lassen die Probleme innerhalb der EU wie beispielsweise das Fehlen einer EU Verfassung die Aussicht auf baldige Aufnahme schwinden.

1.1.8 Chronologie der Aufnahme zur EU, NATO, UN und WTO[24]

Land	EU	NATO	WTO	UN
Griechenland	1981	1952	1995	1945
Slowenien	2004	2004	1995	1992
Rumänien	2007	2004	1995	1955
Bulgarien	2007	2004	1996	1955
Albanien	-	-	2000	1955
Kroatien	-	-	2000	1992
Mazedonien	-	-	2003	1993
Bosnien - Herzegowina	-	-	-	1992
Montenegro	-	-	-	2006
Serbien	-	-	-	2000
Kosovo	-	-	-	-

Tabelle 1: Chronologie der Aufnahme zur EU, NATO, UN und WTO

1.2 Demographie / Völker

Im voran gegangen Kapitel wurde versucht, durch die Historie die demographische Situation der Balkanstaaten und die daraus resultierende ethnische Verteilung der diversen Bevölkerungsgruppen zu erläutern. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass zwischen den Nationalitäten der

[22] (Hösch, 2008), Seite 287
[23] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 596 - UN Friedenseinsätze
[24] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 559 - EU Mitgliedsstaaten, Seite 590

Einwohner und der Grenzziehung der Staaten eine Divergenz besteht. Nationalitäten zeichnen sich durch ihre gemeinsame Kultur, Identität, Sprache und teilweise auch Religion aus, wo hingegen ein Staat ein Gebilde darstellt, das eine oder mehrere solcher Nationalitäten beinhaltet.[25] Die Zahl der Völker mit nationalem Bewusstsein übersteigt die Anzahl der Staaten in Europa um ein Vielfaches. Aus der Tatsache, dass eine Durchmischung ethnischer Gruppen genauso voran schreitet wie sich territoriale Grenzsetzungen ändern, kommt es vielfach zu Minderheitenbildungen, vorranging in heutigen und früheren Grenzregionen, die sich allerdings nur ungenau erfassen lassen. Der Wunsch von Völkern, ihre Rechte und Grundsätze in dem Staat in dem sie leben zu verankern, gibt der Demographie eine politische Dimension. Wenngleich Nationalismus viele Ausprägungen besitzt, so erklärt das Streben nach Machtvermehrung das gewaltsame Eindringen in angrenzende Staaten mit dem Ziel der Vereinigung der Nationalitäten und das Ausweiten des ökonomischen und politischen Wirkungskreises.

Die multiethnische Problemstellung beginnt bei der Anerkennung von innerstaatlichen Minderheiten. Wenngleich die Balkanstaaten anders ethnische Bevölkerungsgruppen mittlerweile anerkennen, so gibt es auch Ausnahmen. In Griechenland existieren laut offiziellen Statistiken keine ethnischen Minderheiten, sodass das Land eine homogene Bevölkerung von nahezu 100 Prozent Griechen beherbergt. Schätzungen zufolge wird allerdings der Minderheitenanteil in Griechenland auf über eine Million Menschen geschätzt, wovon mehr als die Hälfte albanischer Herkunft sind.[26]

	AL	BA	BG	GR	HR	MK	ME	RO	RS	SI
AL	95			*		*				
BA		48			14				37	
BG			83,5	*						
GR				100						
HR		5,9			89,6				4,5	
MK	25,2	0,8				64,2			1,8	
ME	7	15					43		32	
RO								89,5	*	
RS		1,8							82,7	
SI	0,3	1,1			1,8				2	83,1

Tabelle 2: Ethnische Durchmischung der Balkanstaaten, alle Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung 2008[27]

* Ungenaue bzw. zu niedrige Prozentangaben

Ein anderer Konfliktherd kann in dem demographischen Trend der niedrigen Geburtenraten der nationalen Mehrheit gegenüber den überdurchschnittlich hohen Raten der ethnischen Minderheiten identifiziert werden. Daraus ergibt sich ein Wandel der ethnischen Zusammensetzung, speziell in Staaten mit einer starken Minderheit deren Demographie sich entgegengesetzt zur nationalen Mehrheit entwickelt. Hinzu kommt ein für gewöhnlich relativ niedriger Bildungsstandard der ethnischen, bevölkerungsstarken Minderheiten, der sie am Arbeitsmarkt nicht ausreichend konkurrenzfähig macht, wiederum zur Arbeitslosigkeit führt und sie in der hoch technisierten Welt nicht mithalten lässt. [28]

Eine weitere Charakteristik der ethnischen Minderheiten der Balkanstaaten ist, dass alle mit Ausnahme der Roma und Juden einer Mehrheit eines anderen Balkanstaates angehören, oder geographisch direkt an den „Heimatstaat“ ihrer Nationalität angrenzen. Wie beispielsweise an der

[25] (Kellas, 2004)
[26] (Genov, 2004), Seite 11
[27] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), 2009 Länderchroniken
[28] (Genov, 2004), Seite 12-13

Situation Mazedoniens mit dem bevölkerungsstarken albanischen Anteil beobachtet werden kann, trägt diese Tatsache negativ zu dem interethnischen Spannungsverhältnis bei und verleiht der Thematik internationalen Charakter.

1.2.1 Konstitutionelle Anerkennung von ethnischen Minderheiten[29]

Während, wie oben bereits erwähnt, Griechenland in seiner Verfassung ethnische Minderheiten nicht explizit erwähnt, spielen sie in den ehemaligen kommunistischen Staaten der Balkanregion eine erhebliche Rolle. Beispielsweise listet die kroatische und slowenische Verfassung alle nationalen Minderheiten in der Einleitung auf und garantiert ihnen parlamentarische Vertretung. (Art. 15) In der mazedonischen Verfassung aus dem Jahr 1992 wird die Entwicklung der nationalen Minderheiten befürwortet und staatliche Unterstützung garantiert. (Art. 48, 56) Die rumänische Verfassung befreit Parteien von Minderheiten von der sonst geltenden fünf Prozent Hürde um ins Parlament einzuziehen. Darüber hinaus werden die Ausbildung in der eigenen Muttersprache und ihre Benutzung von Gericht erlaubt. (Art. 6, 32 und 127) In der bulgarischen Verfassung werden keine nationalen Minderheiten erwähnt, immerhin wird allen Einwohnern Bulgariens Religionsfreiheit garantiert.

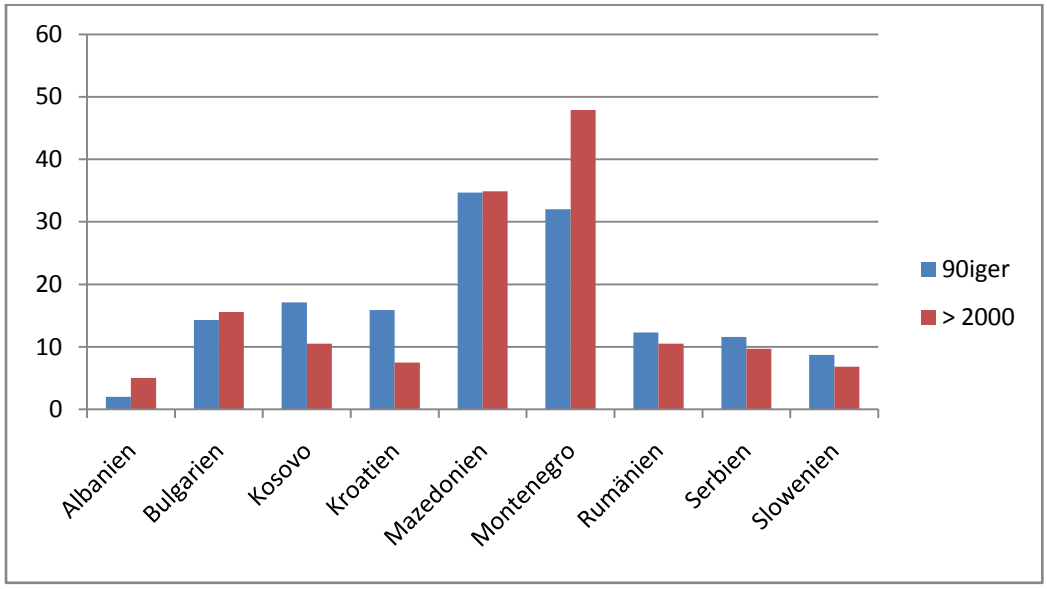


Abbildung 1: Minderheitenanteil in Prozent im Vergleich

Aus dieser Abbildung geht hervor, dass bei den meisten Balkanstaaten der Minderheitenanteil rückläufig ist. Im Kosovo ist diese Entwicklung besonders dramatisch und ist im Jahr 2006 noch signifikant weniger. Nach dem statistischen Amt Kosovo betrug 2006 der Anteil an Kosovo Albanern bereits 92 Prozent. Der ebenfalls signifikante Abfall des Minderheitenanteils in Kroatien lässt sich durch die Abwanderung der serbischen Bevölkerung im Zuge des Balkankrieges erklären. Bosnien und Herzegowina werden in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, da die Bevölkerung inklusive Amtssprachen, parlamentarischer Vertretung usw. zwischen Bosniaken, Serben und Kroaten aufgeteilt ist und keine der drei ethnischen Nationalitäten als Minderheit bezeichnet werden kann. Griechenland wurde in der Graphik ebenfalls nicht dargestellt, da Minderheiten in Griechenland offiziell nicht existieren. Auffällig ist, dass die ethnische Bevölkerungsgruppe der Albaner außerhalb von Albanien mit Abstand am meisten vertreten ist, wohingegen weder Bulgaren noch Rumänen in anderen Balkanstaaten erwähnenswerte Minderheitsanteile besitzen.

[29] (Genov, 2004), Seite 14ff

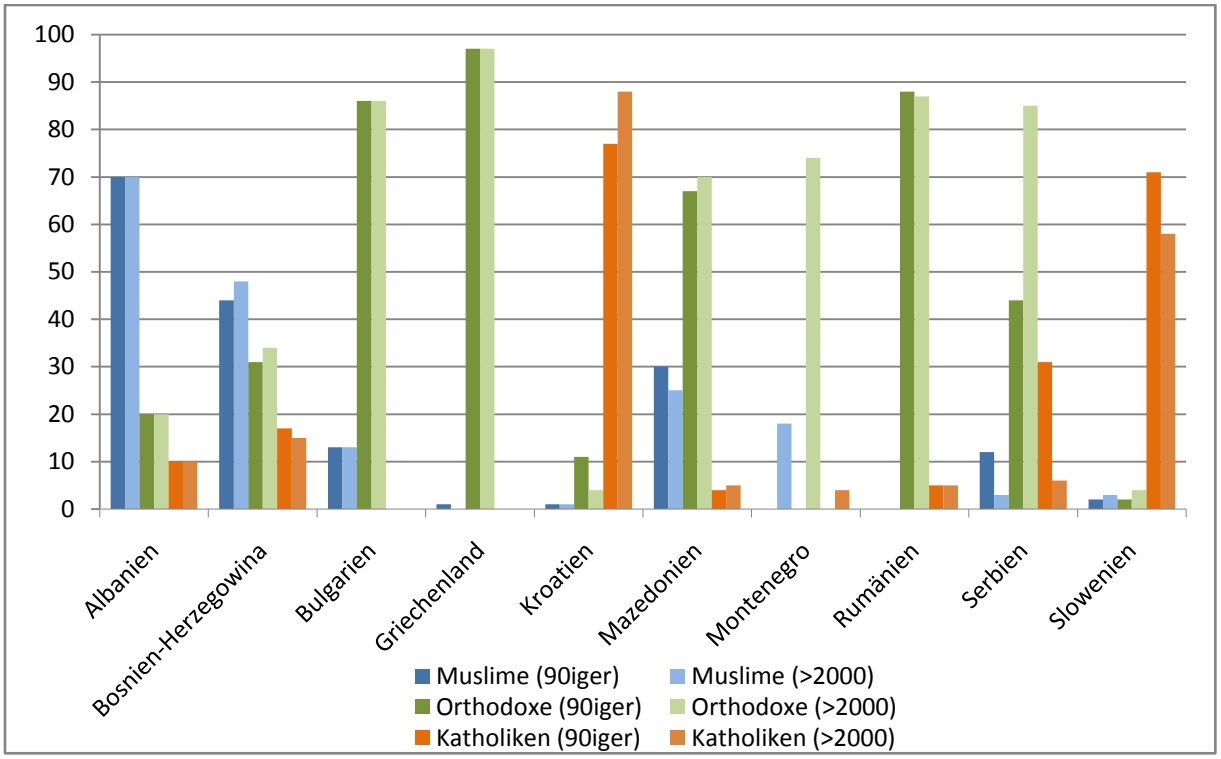


Abbildung 2: Religionsanteil in Prozent im Vergleich

2 Europäische Union

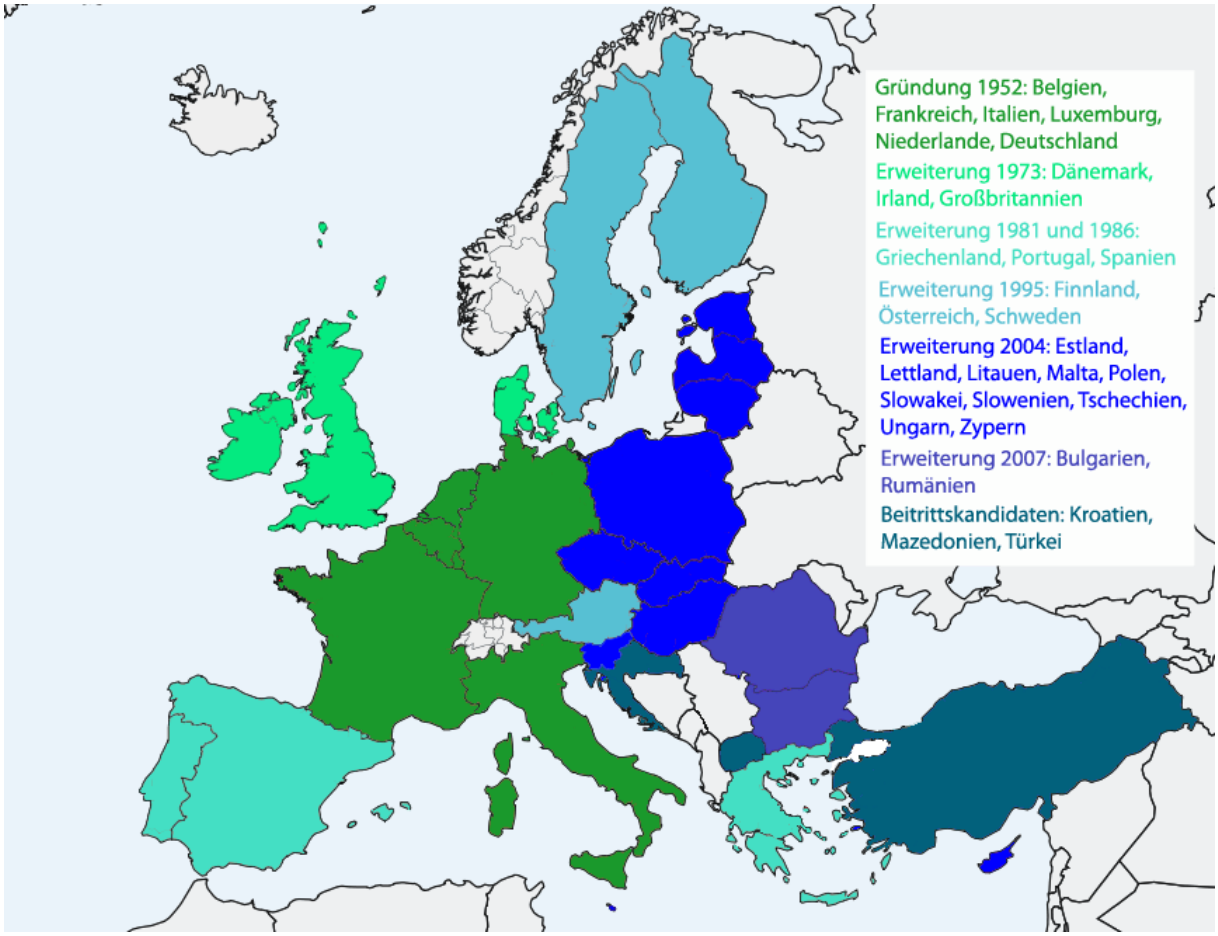


Abbildung 3: Europäische Union, Staaten der Erweiterungsrunden und Beitrittskandidaten

Mitglieder: 27 Staaten (1952: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande; 1973: Dänemark, Irland und Großbritannien; 1981: Griechenland; 1986: Portugal und Spanien; 1995: Finnland, Österreich und Schweden; 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern; 2007: Bulgarien und Rumänien)

Beitrittskandidaten: Kroatien (2004), Mazedonien (2005) und die Türkei (1999)

Fläche: 4,3 Mio. km²

Einwohnerzahl: 493 Mio.

Besiedelungsdichte: 115 Einwohner per km²

Nachbarstaaten: Albanien, Andorra, Kroatien, Liechtenstein, Mazedonien, Moldau, Monaco, Norwegen, Russland, San Marino, Schweiz, Serbien, Türkei, Ukraine, Vatikan, Weißrussland

Amtssprachen: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch

Form: Europäischer Staatenverbund (supranationaler Zusammenschluss souveräner Staaten)

Sitz des Europäischen Parlaments: Straßburg (Frankreich), Brüssel (Belgien) und Luxemburg (Luxemburg)

Sitz des Rats der Europäischen Union: Brüssel (Belgien) und Luxemburg (Luxemburg)

Sitz der Europäischen Kommission: Brüssel (Belgien) und Luxemburg (Luxemburg)

Sitz des Europäischen Gerichtshofs: Luxemburg (Luxemburg)

Sitz der Europäischen Zentralbank: Frankfurt am Main (Deutschland)

Währungen: 1 Euro = 100 Cent (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Malta, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern); 1 Dänische Krone = 100 Øre (Dänemark); 1 Pfund Sterling = 100 Pence (Großbritannien); 1 Schwedische Krone = 100 Öre (Schweden); 1 Estnische Krone = 100 Senti (Estland); 1 Lats = 100 Santims (Lettland); 1 Litas = 100 Centas (Litauen); 1 Złoty = 100 Groszy (Polen); 1 Tschechische Krone = 100 Heller (Tschechien); 1 Forint = 100 Filler (Ungarn); 1 Lew = 100 Stotínki (Bulgarien); 1 Leu = 100 Bani (Rumänien);

Gründung: 1. November 1993 Europäische Union (1951 EGKS bzw. Montanunion; 1957 EWG und Euratom, 1967 EG und 1992 EU)

Religionszugehörigkeit: 49,5% Katholiken, 15,7% Moslems, 12,7% Protestanten, 8,6% Orthodoxe und 0,4% Juden

Bevölkerung der EU nach Ländern:

Land	Bevölkerung in Mio. (2006)	Anteil in %		Land	Bevölkerung in Mio. (2006)	Anteil in %
Belgien	10,5	2,1		**Niederlande**	16,3	3,3
Bulgarien	7,7	1,6		**Österreich**	8,3	1,7
Dänemark	5,4	1,1		**Polen**	38,2	7,8
Deutschland	82,4	16,7		**Portugal**	10,6	2,2
Estland	1,3	0,3		**Rumänien**	21,6	4,4
Finnland	5,3	1,1		**Schweden**	9,0	1,8
Frankreich	62,9	12,8		**Slowakei**	5,4	1,1
Griechenland	11,1	2,3		**Slowenien**	2,0	0,4
Großbritannien	60,4	12,3		**Spanien**	43,8	8,9
Irland	4,2	0,9		**Tschechien**	10,3	2,1
Italien	58,8	11,9		**Ungarn**	10,1	2,0
Lettland	2,3	0,5		**Zypern**	0,8	0,2
Litauen	3,4	0,7		**EU 15**	389,4	79,0
Luxemburg	0,5	0,1		**EU 25**	463,5	94,0
Malta	0,4	0,1		**EU 27**	492,9	100,0

Tabelle 3: Bevölkerung der EU nach Ländern

2.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1951/52	„Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS, Montanunion): Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
1957/58	Römische Verträge: „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG), „Europäische Atomgemeinschaft“ (EAG, Euratom)
1967	„Fusionsvertrag“ (Zusammenlegung von EGKS, EWG und EAG): „Europäische

	Gemeinschaften“ (EG 6)
1973	Beitritt von Dänemark, Irland und Großbritannien (EG 9)
1978/79	„Europäisches Währungssystem“ (EWS)
1981	Beitritt von Griechenland (EG 10)
1985/86/87	„Einheitliche Europäische Akte“ (EEA)
1986	Beitritt von Spanien und Portugal (EG 12)
1992/93	„Vertrag über die Europäische Union“: „EU-Vertrag“ (Maastricht)
1993	„Kopenhagener Kriterien“
1995	Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden (EU 15)
1997/99	„Vertrag von Amsterdam“
1999	3. Stufe der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ EWWU (Euro-Einführung im bargeldlosen Zahlungsverkehr) in 11 Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien)
1999	Türkei wird Beitrittskandidat
2000/01/03	„Vertrag von Nizza“
2001	Griechenland nimmt an der 3. Stufe der EWWU teil
2002	Ausgabe der Euro-Noten und -Münzen
2004	Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern (EU 25)
2004, 2005	Kroatien wird Beitrittskandidat, Mazedonien wird Beitrittskandidat
2007	Beitritt von Bulgarien und Rumänien (EU 27)
2007	„Vertrag von Lissabon“ (noch nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert)
2007/08/09	Teilnahme unterschiedlicher Länder an der 3. Stufe der EWWU: 2007: Slowenien, 2008: Malta und Zypern und 2009: Slowakei

Tabelle 4: Zeittafel der EU

2.2 Die Entwicklung der Europäischen Union

Die Entwicklung der heutigen Europäischen Union begann nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten wurde vor allem vom britischen Premierminister Churchill und dem französischen Außenminister Schuhmann vorangetrieben. Im Jahr 1950 arbeiteten Deutschland und Frankreich einen gemeinsamen „Produktionsplan für Kohle und Stahl“ aus. Daraus entstand im folgenden Jahr die Montanunion „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) und diese trat 1952 in Kraft. Der EGKS gehörten neben Deutschland und Frankreich auch Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande an.

1957 erweiterte der „Vertrag von Rom“ die Montanunion um andere Wirtschaftsbereiche in die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG). Das Ziel dieser Gemeinschaft war eine wirtschaftliche Liberalisierung mittels Abschaffung der Zölle und Handelsbeschränkungen, Abbau der Hürden im freien Personen-, Waren-, Dienstleisungs- und Kapitalverkehr und die Verfolgung einer einheitlichen politischen Linie im landwirtschaftlichen Bereich. Die zweite in Rom geschaffene Gemeinschaft war die „Europäische Atomgemeinschaft“ (Euratom, EAG), die eine friedliche Nutzung der Kernenergie sicherstellen sollte. Der „Vertrag von Rom“ trat 1958 in Kraft wurde für eine Dauer von zwölf Jahren abgeschlossen.

Die bis 1967 gegründeten Gemeinschaften wurden in diesem Jahr mit dem „Fusionsvertrag“ in den „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) vereint. Die drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom

bildeten von diesem Zeitpunkt an gemeinsam die EG. Mit dem „Fusionsvertrag“ wurden auch der Rat und die Kommission gemeinsam eingerichtet.

Im Jahr 1973 traten die ersten weiteren Länder der EG bei, nämlich Großbritannien, Irland und Dänemark (Norderweiterung). In Norwegen wurde der Beitritt per Referendum vom Volk abgelehnt.

Im Jahr 1979 trat das „Europäische Währungssystem“ (EWS) in Kraft, das die Zusammenarbeit der EG-Staaten in Bezug auf die währungspolitischen Entscheidungen festlegte. Dabei war die Bestimmung einer maximalen Schwankungsbreite des Wechselkurses, also Währungsstabilität zwischen den Mitgliedsländern, das wichtigste Element. Diese Komponente ist der sogenannte Wechselkursmechanismus (WKM).

Die zweite Erweiterungswelle war die Süderweiterung, die in zwei Schritten erfolgte, 1981 trat Griechenland bei, 1986 folgten Spanien und Portugal. Der Kurs der „Europäischen Gemeinschaften“ war seither auf die Schaffung einer „Europäischen Union“ gerichtet.

Die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA), die 1987 in Kraft trat, beinhaltete Veränderungen der bisherigen Grundlagen der EG, also Modifikationen der Gründungsverträge (EGKS und EWG) und der politischen Leitlinien der Gemeinschaft. Die Organe der EG wurden mit der EEA gestärkt, die Kompetenzen und Verantwortungsbereiche der Gemeinschaften ausgeweitet und die Integration Europas sollte weiter fortschreiten. Ziel war es unter anderem, bis Ende 1992 einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen.[30]

Der 1992 unterschriebene und 1993 in Kraft getretene „EU-Vertrag“ („Vertrag von Maastricht“) ist der „Vertrag über die Europäische Union“ und stellte mit seinem Inkrafttreten die Einheit der zwölf Mitgliedstaaten als „Europäische Union“ (EU) her. Der Vertrag brachte die nächsten großen Veränderungen und Erweiterungen der Kompetenzen für die Gemeinschaft. Es wurden die „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ (EWWU), die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die Zusammenarbeit in Bereichen der Justiz, Inneres und politischer Integration festgelegt. Der bereits in der EEA angestrebte Binnenmarkt, also ein Markt ohne Binnengrenzen mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleisungs- und Kapitalverkehr, wurde errichtet. Mit dem „Vertrag von Maastricht“ wurden auch die „Maastricht-Kriterien“ („Konvergenz-Kriterien“) festgelegt, die ab diesem Zeitpunkt die bestimmenden Faktoren innerhalb der EU waren. Diese Kriterien geben relativ enge Grenzen für die Wirtschafts- und Budgetdaten der Mitgliedstaaten vor, die eingehalten werden müssen:[31]

*„**Preisstabilität:** Ein Mitgliedstaat erfüllt dieses Kriterium, falls seine Inflationsrate um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegt.*

***Öffentliche Finanzen:** Die Defizitquote darf nicht über drei Prozent liegen. Ebenfalls darf die Verschuldungsquote nicht über 60 Prozent liegen.*

***Wechselkurskriterium**: Dieses Kriterium ist erfüllt, wenn die teilnehmenden Länder die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus in den letzten zwei Jahren spannungsfrei einhalten konnten.*

***Inflationserwartungen:** Das Kriterium gilt als erfüllt, wenn der langfristige Nominalzins eines Mitgliedstaates den der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten um weniger als zwei Prozentpunkte überschreitet.“*[32]

Mit dem „Vertrag von Maastricht“ war die neue Struktur der Gemeinschaft mit ihren Kriterien und Bedingungen vorgegeben. Bei der Konferenz des EU-Rates im Juli 1993 wurden notwendige Voraussetzungen für den möglichen Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten ausgearbeitet, noch bevor Beitrittsgesuche aus diesen Staaten vorlagen. Diese Bedingungen sind die „Kopenhagener

[30] (Hofbauer, 2007), Seite 65 – 67; (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 557
[31] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 164 – 165; (Hofbauer, 2007), Seite 70 - 73
[32] (Ordnungspolitik, 2009), http://www.cep.eu/menu-right/eu-glossar/?title=maastricht

Kriterien“, die drei Bereiche, nämlich politische, wirtschaftliche und sonstige Beitrittskriterien, betreffen und welche vor dem Beitritt zur Gemeinschaft erfüllt werden müssen: [33]

*„**Politik:** institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie für die Achtung und den Schutz von Minderheiten;*

***Wirtschaft:** eine funktionstüchtige Marktwirtschaft;*

***Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes (Acquis Communautaire):** Die Länder müssen sich das geltende Recht der EU sowie die Ziele der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion zueigen machen.“*[34]

Im Jahr 1994 wurde die nächste Erweiterung der Mitgliedstaaten der EU vorbereitet, die Beitrittsakte für die drei skandinavischen Länder (Finnland, Norwegen und Schweden) und für Österreich wurden unterzeichnet. In drei der Länder wurde dem angestrebten EU-Beitritt per Referendum zugestimmt. Nur in Norwegen kam es zur wiederholten Ablehnung des Beitritts, die Norweger hatten sich bereits bei der ersten Norderweiterungsrunde 1973 gegen eine Mitgliedschaft ausgesprochen. 1995 wurden Österreich, Finnland und Schweden als neue Mitgliedsländer in der EU aufgenommen.[35]

Nach der Beitrittsrunde im Jahr 1995 war das Territorium der EU auf fast ganz Westeuropa ausgeweitet. Die möglichen folgenden Erweiterungen betrafen von da an also vor allem die früheren Ostblockstaaten. In der Zeit nach der Perestroika waren bereits viele Europa-Abkommen mit den post-kommunistischen Staaten abgeschlossen worden. Die ersten Abkommen wurden 1991 mit Polen und Ungarn unterzeichnet. Die EU schützte sich zum Teil mit diesen Vereinbarungen vor Importen von Agrarprodukten aus Osteuropa und exportierte gleichzeitig große Warenmengen in diese Länder. Die Zusammenarbeit mit vielen Staaten wurde mit Assoziierungsabkommen vertieft und diese stellten in weiterer Folge die Basis für die Beitrittsverhandlungen dar. Alle Verträge zwischen der EU und den Ländern Osteuropas wurden bilateral geführt.[36] Bei einer Tagung des Europäischen Rates in Madrid im Dezember 1995 wurden die Beitrittsperspektiven für die Staaten Osteuropas definiert. Es wurden Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der mittel- und osteuropäischen Länder abgegeben. Im Jahr 1997 wurde die „Agenda 2000“ vorgestellt, die den Weg der EU nach der Jahrtausendwende darstellen sollte.[37] Die Europäische Kommission legte den Finanzplan für die Jahre nach 2000 fest, in dem die Kosten der Beitrittsprozesse der osteuropäischen Staaten berücksichtigt waren. Das Programm beinhaltete auch eine Reform der EU, um in diese grundsätzlich neue Mitgliedstaaten aufnehmen zu können und Pläne für Anpassungen der möglichen neuen Mitglieder, damit diese unter anderem die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Um diesen Annäherungsprozess zu fördern, rief die EU verschiedene Unterstützungsprogramme ins Leben, die wichtigsten darunter waren „ISPA“ und „SAPARD“, ausgerichtet auf den Ausbau der Infrastruktur und die Weiterentwicklung der Landwirtschaft. Die „Agenda 2000“ wurde nicht in ihrer ersten Form angenommen. Nach einigen Annäherungen und Kompromissen wurde die Agenda im Jahr 1999 in Berlin verabschiedet.[38]

Im Jahr 1997 war noch ein weiterer Vertrag verabschiedet und unterzeichnet worden, der „Vertrag von Amsterdam“, welcher 1999 in Kraft trat. Dieses Abkommen bildete eine Erweiterung und Veränderung des „EU-Vertrags“ („Vertrag von Maastricht“), um die Handlungsfähigkeit der EU auch nach der Osterweiterung gewährleisten zu können. Der „Vertrag von Amsterdam“ veränderte die Gemeinschaft und ihre Strukturen. Die Organe der Gemeinschaft wurden wieder gestärkt, die

[33] (Hofbauer, 2007), Seite 70 - 73
[34] (Ordnungspolitik, 2009), http://www.cep.eu/menu-right/eu-glossar/?title=Kopenhagener
[35] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 172 - 174
[36] (Hofbauer, 2007), Seite 67 - 70
[37] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 175
[38] (Hofbauer, 2007), Seite 73 - 76

Kompetenzen erneut vergrößert und die Ziele aus unterschiedlichen Bereichen neu formuliert bzw. abgeändert. [39]

Im November 1998 starteten die Beitrittsverhandlungen der EU mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Im Dezember 1999 wurden die Gespräche mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei aufgenommen. Insgesamt arbeiteten von da an zwölf Länder für die möglichst baldige Aufnahme in die Staatengemeinschaft. Dieser Kampf war hart, die Länder konkurrierten um die besten Plätze. Der Türkei wurde im Jahr 1999 der Status einen Beitrittskandidaten zuerkannt.[40]

Die dritte und letzte Stufe der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion" (EWWU) wurde zu Beginn des Jahres 1999 mit der Euro-Einführung als gemeinsame Währung der Union (zu diesem Zeitpunkt nur als Buchgeld; 2002 auch als Bargeld) umgesetzt. Im Jahr 1998 hatte die neu errichtete Europäische Zentralbank bereits ihre Arbeit aufgenommen. Um an der Währungsunion teilnehmen zu können, mussten die Staaten die Konvergenzkriterien des „Maastricht-Vertrags" erfüllen. Von Beginn an waren an dieser Stufe der EWWU elf Länder beteiligt: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland trat 2001 bei.

Im Jahr 1999 kam es zum Beschluss für eine „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP). Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Krise am Balkan. Die ersten Einsätze des Krisenmanagements erfolgten ab 2003. [41]

Bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 wurden die Vertragsverhandlungen abgeschlossen. Die Regierungskonferenz lief bereits seit Februar 2000. Der nach langen Diskussionen beschlossene „Vertrag von Nizza" wurde im Februar 2001 unterzeichnet und trat im Februar 2003 in Kraft. Die notwendigen Umformungen der Union für die bereits absehbare Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten wurden vom „Vertrag von Nizza" vorbereitet. Diese Vereinbarung enthielt erneut Veränderungen des „EU-Vertrags", unter anderem Anpassungen der Institutionen, um diesen ihre Handlungsfähigkeit nach der Vergrößerung der Union weiterhin garantieren zu können. Der grundsätzliche institutionelle Rahmen der EU war nur auf sechs Staaten ausgelegt und wurde bisher nur geringen Veränderungen unterzogen. Zur Umsetzung der Reformen kam es zum Großteil erst mit der Erweiterungsrunde im Jahr 2004. Das Entscheidungsverfahren im Rat wurde verändert, bisher galt bei vielen der Vertragsbestimmungen das Einstimmigkeitsprinzip, auf diese wird das Prinzip der qualifizierten Mehrheit ausgeweitet. Die Stimmen im Rat wurden mit einer neuen Gewichtung versehen; die neue Verteilung erfolgt unter Berücksichtigung der Demographie der Länder. Die Zusammensetzung der Kommission wurde angepasst, sie besteht ab dem Zeitpunkt der Erweiterung aus je einem Kommissar je Land. Der Kommissionspräsident erhält ausgeweitete Kompetenzen. Die Höchstzahl an Mitgliedern des Parlaments beträgt 732 Abgeordnete. Die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten pro Land wird für jede Wahl ab 2004 neu festgelegt.[42]

Mit dem Jahreswechsel 2001/2002 wurden die jeweiligen Landeswährungen von der einheitlichen, gemeinsamen Währung, dem Euro, abgelöst. Die Einführung des Euro-Bargeldes erfolgte zu diesem Zeitpunkt in den zwölf Staaten, die an der dritten Stufe der EWWU teilnahmen: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

Im Dezember 2002 tagten die Kommission der EU und der Europäische Rat in Kopenhagen. Ergebnis dieser Konferenz war die Beitrittseinladung zur EU für das Jahr 2004 an acht Staaten Osteuropas (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn), Malta und Zypern. Wie schon vorhersehbar war, wurden Bulgarien und Rumänien nicht mit den anderen Staaten

[39] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 164 - 165
[40] (Hofbauer, 2007), Seite 76 - 78
[41] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 164 - 165
[42] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 183

Osteuropas zum Beitritt eingeladen, sie wurden mit einer Verschiebung des möglichen Beitritts auf das Jahr 2007 vertröstet. Nachdem im April 2003 die Beitrittsverträge mit den neuen zehn Mitgliedsländern unterzeichnet wurden, folgten Referenden in einigen der neuen Mitgliedsländer, die vom Volk ausschließlich positiv beantwortet wurden, und die Ratifizierungen in den Parlamenten.[43]

Die fünfte und größte Erweiterungsrunde um zehn neue mittel- und osteuropäische Staaten erfolgte im Mai 2004. Die EU 15 wurden durch die Vergrößerung um die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern zur EU 25. Es gab Übergangsfristen in verschiedenen Bereichen: z.B. Umwelt; Freizügigkeit des Arbeitsmarktes, wirtschaftliche Schutzklauseln. Die Vorgaben des Schengen-Besitzstandes mussten ab dem Tag des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten übernommen werden.[44]

Im Juni 2003 wurde ein Konvent über die Zukunft der EU abgehalten, dabei wurde ein „Vertrag über eine Verfassung für Europa" entworfen. Diese Verfassung hat unter anderem das Ziel, die Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU zu gewährleisten und die Einbettung in der globalisierten Welt zu verbessern, die Organe der EU mit ihren Kompetenzen zu erweitern, die demokratische Legitimation zu erhöhen und das Handeln der EU transparenter zu gestalten. Es sollte eine Vereinfachung der Verträge, auf denen die EU beruht, erreicht werden und es sollte einen einheitlichen Vertrag geben, der klar und eindeutige Abgrenzungen und Zuständigkeiten festlegt. Die Entscheidungsverfahren sollten vereinfacht werden, es sollten Posten für einen Präsidenten des ER und eines EU-Außenministers geschaffen werden. Die Kommission sollte verkleinert werden, anstatt bisher eines Kommissars pro Mitgliedsland sollte es nur noch von zwei Drittel der Staaten Kommissare geben. Die Zuordnung, welche Länder Kommissare stellen dürfen, sollte mit einem Rotationsprinzip erfolgen. Die Stimmengewichtung im Rat sollte verändert werden und eine EU-Grundrechtecharta formuliert werden. Der „Vertrag zur Verfassung" sollte ursprünglich noch vor den Wahlen 2004 unterzeichnet werden. Der Entwurf der Verfassung besteht aus vier Teilen:[45]

„Teil I beschreibt u.a. Werte und Ziele der EU, Grundrechte und Unionsbürgerschaft, die Zuständigkeiten der EU und deren Ausübung, ihre Organe, die Finanzordnung sowie die Verfahren für den EU-Beitritt und den freiwilligen Austritt eines Mitgliedstaates aus der EU;

Teil II bildet die EU-Grundrechtecharta;

Teil III ist den einzelnen Politikfeldern und den Gesetzgebungs- bzw. Entscheidungsverfahren der EU gewidmet;

die Schlussbestimmungen (Teil IV) regeln u.a. die Frage künftiger Vertragsänderungen und das Inkrafttreten des Verfassungsvertrags. "[46]

Der „Vertrag über die Verfassung für Europa" wurde nicht vor den Wahlen 2004 unterzeichnet, es kam erst im Oktober 2004 in Rom zur Signierung des Vertrages. Der unterzeichnete Verfassungsvertrag musste nun in allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Erst danach kann er Gültigkeit erlangen. In einigen Ländern erforderte die Ratifizierung die Durchführung von Referenden, in anderen Ländern erfolgte die Legitimierung über das nationale Parlament. Ende Mai und Anfang Juni 2005 wurden die Referenden in Frankreich und den Niederlanden durchgeführt. In beiden Ländern wurde der Verfassungsvertrag deutlich abgelehnt. Die Gründe für die Negativstimmen waren wohl nicht nur direkt auf die Ablehnung des Verfassungsvertrags zurückzuführen, aber mit der gescheiterten Ratifikation in diesen beiden Ländern war die Umsetzung der Verfassung unmöglich. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits acht Staaten die positive Ratifikationsantwort hinterlegt, diese wurden aber mit der ersten nicht erfolgten Ratifikation gegenstandslos. Ohne Zustimmung aller Länder konnte die EU-Verfassung nicht in Kraft treten. Der

[43] (Hofbauer, 2007), Seite 81 - 84
[44] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 176 - 180
[45] (Ullrich & Rudloff, 2004), Seite 185 - 187
[46] (Fischer-Website, 2009), http://www.weltalmanach.de/archiv/archiv_detail.php?id=813

„Vertrag über die Verfassung für Europa“, der die Zukunft der EU bestimmen sollte, war abgelehnt worden, es musste also nach einer neuen strukturellen Zukunft gesucht werden. Dafür wurde eine Reflexionsphase eingeleitet, um das weitere Vorgehen bezüglich der Institutionen und Strukturen der EU zu planen.[47]

Kroatien stellte 2003 den Mitgliedsantrag an die EU und erhielt im selben Jahr einen ausführlichen Fragenkatalog, der vor dem Beginn von Beitrittsverhandlungen zu beantworten war. Wichtige Fragen in dieser Liste betrafen unter anderem Demokratie, Fortschritte der Marktwirtschaft und vor allem die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICTY) in Den Haag. Im Jahr 2004 wurde Kroatien bereits der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt und hatte somit ab diesem Zeitpunkt Zugriff auf die unterschiedlichen EU-Fonds und Fördertöpfe (z.B.: „ISPA“ und „SAPARD“) wie die anderen osteuropäischen Staaten während ihrer Annäherungsprozesse. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien wurden 2005 begonnen. Das Aufnahmeverfahren Kroatiens ist an ein spezielles Screening-Verfahren gebunden. Bereits im ersten Verhandlungsjahr wurden die Gespräche ausgesetzt, da die Zusammenarbeit mit dem ICTY nicht ausreichend war. Nach der Festnahme des kroatischen Generals Ante Gotovina und dessen Auslieferung an das ICTY im Dezember 2005 wurden die Verhandlungen über die Mitgliedschaft Kroatiens in der EU im Jänner 2006 fortgesetzt. Ein weiteres Land des Balkans ist seit 2005 Beitrittskandidat der EU: Mazedonien. Die Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien haben noch nicht begonnen. Beginnen können die Verhandlungen, sobald Land die Beitrittskriterien in einem ausreichenden Umfang erfüllt. Der voraussichtliche Auftakt der Gespräche wird im Lauf des Jahres 2009 stattfinden.

Im Jahr 2007 wurden die beiden Länder Bulgarien und Rumänien in die EU aufgenommen, sie waren von den im Jahr 2004 beigetretenen Ländern abgetrennt worden, da ihre Fortschritte nicht mit dem der anderen Länder mithalten konnten. Rumänien und Bulgarien haben besondere Auflagen ihrer Mitgliedschaft bekommen, die es in einem solchen Ausmaß zuvor noch nie gegeben hatte. An die Aufnahme in der EU ist ein spezielles Monitoring gekoppelt, das eine Art Überwachung mit unterschiedlichen Drohmöglichkeiten der Gemeinschaft ist. Entspricht das Verhalten in Sofia und Bukarest nicht den EU-Vorgaben und Richtlinien, kann die EU schnell entsprechende Sanktionen setzen.[48] Die letzte Beitrittsrunde wurde vom Großteil der Bevölkerung der EU mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die beiden neuen Mitgliedstaaten wurden häufig mit negativen Gedanken bezüglich des wirtschaftlichen Fortschritts, der politischen Stabilität und der weit verbreiteten Korruption in diesen Ländern verbunden. Zweifel gab es aber auch darüber, ob die EU in finanzieller und struktureller Hinsicht überhaupt in der Lage sei, neue Staaten in die Gemeinschaft aufzunehmen. Der Beitritt der beiden Länder unterlag vielen Schutzmechanismen, z.B. waren die Übergangsfristen für die Öffnung des Arbeitsmarktes besonders lang. Die erste Sanktion gegen Bulgarien wurde am Beitrittstag gesetzt. Bulgarischen Flugzeugen wurde nur begrenzter Zugang auf den innereuropäischen Flugrouten gewährt. In unterschiedlichen Fortschrittsberichten wurden Defizite in mehreren Bereichen in Bulgarien und Rumänien klar aufgezeigt, seit ihrem Beitritt kam es zu zahlreichen Abmahnungen.[49]

Nach der Ablehnung des „Vertrages über die Verfassung für Europa“ musste nach einer anderen Zukunft für die EU gesucht werden. Die Reflexionsphase über das Scheitern des Verfassungsvertrages und die möglichen anderen Vorgehensweisen war im Sommer 2006 beendet und der neue Plan der EU beauftragte das erste Halbjahr 2007 und somit die deutsche Ratspräsidentschaft mit der Ausarbeitung von möglichen konkreten Entwicklungen. Nach Ablauf dieser Ausarbeitungsphase sollte das weitere Vorgehen vom Europäischen Rat festgelegt werden. Im März 2007 wurde die Berliner Erklärung unterzeichnet, in der festgeschrieben wurde, dass bis zu den Europawahlen 2009 eine neue Basis für die EU gelegt sein soll. Mit der Signierung dieser Erklärung gingen die Mitgliedstaaten die Verpflichtung ein, eine Reform der Union, welche erst gefunden werden musste, schnell zu ratifizieren, um das Inkrafttreten vor den Wahlen 2009 zu ermöglichen. Die weiteren Monate der

[47] (Herz & Jetzlsperger, 2008), Seite 80 - 82
[48] (Hofbauer, 2007), Seite 210, 232, 236
[49] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 103 - 114

deutschen Ratspräsidentschaft und die ersten Monate der portugiesischen Ratspräsidentschaft wurden dafür eingesetzt, die Eigenschaften der Reform der Union zu definieren. Endgültiges Ergebnis der langwierigen Diskussionen und Verhandlungen war der „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften“, der im Dezember 2007 von den 27 Staats- und Regierungschefs unterschrieben wurde. Der „Vertrag von Lissabon“ („EU-Grundlagenvertrag“ bzw. „EU-Reformvertrag“) ist wie die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza ein Änderungsvertrag. Der „Vertrag über die Verfassung für Europa“ war darauf ausgelegt, die bisherigen Gründungsverträge der EU durch die Verfassung vollständig zu ersetzen. Der neue „EU-Reformvertrag“ hingegen sieht nur Veränderungen und Anpassungen dieser Basisverträge vor, es wurde aber versucht, möglichst viele der Leitsätze des Verfassungsvertrags in den Reformvertrag zu übernehmen, wenn auch in etwas abgeänderter Ausgestaltung. Die Struktur der Union wird mit dem „Vertrag von Lissabon“ einheitlicher gestaltet, die Gemeinschaft wird Rechtspersönlichkeit erhalten und die angestrebte Verbesserung in Effizienz, Demokratie und Transparenz wird erreicht werden. Die Gültigkeit dieses Vertrags ist ebenfalls an die Ratifizierung von allen 27 Mitgliedsstaaten gebunden. Angestrebt war das Inkrafttreten für den Jänner 2009, um die Europawahlen im Juni 2009 nach den neuen Vorgaben aus dem „EU-Reformvertrag“ durchführen zu können. Um negative Ratifizierungen möglichst auszuschließen, wurden diese in fast allen Staaten nur mittels parlamentarischer Zustimmung durchgeführt, ein Volksreferendum wurde nur in Irland einberufen. Diese Abstimmung fand im Juni 2008 statt und der „Vertrag von Lissabon“ wurde mit 53,4% negativen Stimmen abgelehnt. Somit stand die Union vor dem gleichen Problem wie bei der Ratifizierung des Verfassungsvertrages und der Termin für ein Inkrafttreten des Vertrags vor den Europawahlen 2009 war somit unrealistisch geworden. Die Entscheidung der Gemeinschaft fiel dafür aus, die Ratifizierungen aber in den restlichen Ländern weiter voranzutreiben und nach einer Lösung für Irland zu suchen. Der aktuelle Stand der Annahmen des „Vertrags von Lissabon“ in den Mitgliedstaaten der EU ist, dass die Ratifizierung in fast allen Staaten vorliegt. Ausnahmen davon bilden Polen, Deutschland und Tschechien, in diesen Staaten ist der Annahmeprozess noch nicht vollständig abgeschlossen. Das Parlament dieser drei Staaten hat dem Vertrag bereits zugestimmt, es fehlen noch die Unterschriften des Präsidenten bzw. die Einwilligung des Senates (in Tschechien). Die Ratifizierung soll in diesen Staaten noch vor den Europawahlen erfolgen. In Irland, das einzige Land das sich per Referendum gegen den „EU-Reformvertrag“ ausgesprochen hat, wird mit den Europawahlen gleichzeitig eine erneute Volksbefragung über der „Vertrag von Lissabon“ durchgeführt. [50]

Der Beitritt der neuen Mitgliedstaaten der EU in den Erweiterungsrunden 2004 und 2007 bedeutete nicht automatisch die Teilnahme an der dritten Stufe der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“, also auch nicht die Einführung der gemeinsamen Währung. Von den 2004 der EU beigetretenen Staaten beteiligen sich bereits vier Staaten auch an der letzten Stufe der EWWU. Als erstes neues Mitgliedsland war das im Jahr 2007 Slowenien, im darauf folgenden Jahr kamen Malta und Zypern hinzu und mit dem Jahr 2009 trat auch die Slowakei in die dritte Stufe des EWWU ein und führte ebenfalls den Euro als Zahlungsmittel ein.[51]

[50] (Herz & Jetzlsperger, 2008), Seite 82 - 88
[51] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 558

3 Albanien

Abbildung 4: Geographische Lage von Albanien

Fläche: 28.748 km²

Hauptstadt: Tirana

Einwohnerzahl: 3.172.000

Besiedelungsdichte: 110 Einwohner per km²

Nachbarstaaten: Montenegro, Mazedonien, Kosovo und Griechenland

Amtssprache: Albanisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1998)

Währung: 1 Lek = 100 Qindarka

Unabhängigkeit: 28.11.1912

Status: Weder Mitglied noch Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 70% Muslime, 20% orthodoxe Christen, 10% Katholiken

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 95 % Albaner, Minderheiten von Griechen, Mazedoniern, Aromunen und Roma

3.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1912	Unabhängigkeit Albaniens, Ende der osmanischen Herrschaft
1945	Volksrepublik unter Enver Hoxha
1946 – 1948	Jugoslawisch-albanische Freundschaft
1948 – 1961	Sowjetisch-albanische Freundschaft
1949, 1955	1949: Beitritt zum COMECON, 1955: Mitglied im Warschauer Pakt
1961 – 1978	Chinesisch-albanische Freundschaft
1967	Atheistischer Staat, totales Religionsverbot bis 1991
1990	Sturz des kommunistischen Systems
1991, 1992	1991: Erste pluralistische Wahl, 1992: Erste freie Wahl
1995	Aufnahme in den Europarat
1997	Zusammenbruch der staatlichen Strukturen, Pyramidenspiele (Anlagebetrug), Bürgerkrieg, Einsatz von UNO Schutztruppen
1998	Neue Verfassung
2006	Unterzeichnung des SAA mit der EU
2008	April: Einladung der NATO, Juli: Beitrittsprotokoll unterzeichnet, Ratifizierung läuft

Tabelle 5: Zeittafel von Albanien

3.2 Geschichtliche Betrachtung

Im Zweiten Weltkrieg war Albanien zuerst unter italienischer, dann unter deutscher Herrschaft. Es formierten sich Partisanenorganisationen, die mit Unterstützung der Roten Armee gegen die Besatzer kämpften. Zu dieser Zeit baute sich in Albanien politisch die Kommunistische Partei rund um Enver Hoxha auf. Im November 1944 war der Kampf der albanischen Partisanen gegen die faschistischen Besatzer siegreich beendet. *„Albanien hat einen bemerkenswerten Beitrag im antifaschistischen Kampf geleistet.“* [52] Der Krieg hat große Zerstörung im Land hinterlassen, die Verluste waren enorm hoch.[53] *„Jeder dreizehnte Albaner wurde getötet oder verwundet.“* [54]

Enver Hoxha führte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine provisorische Regierung der Kommunistischen Partei. Jugoslawien anerkannte den Staat Albanien im April 1945. Die westlichen Länder knüpften an die Anerkennung Albaniens die Bedingung, dass noch im selben Jahr Wahlen durchgeführt werden sollten. Die Art der Wahl im Jahr 1945 entsprach allerdings nicht der vom Ausland geforderten Form. Albanien wandte sich den sozialistischen Staaten zu, anfangs vor allem Jugoslawien. Albanien erhielt nicht nur große Unterstützung aus Jugoslawien, es geriet in dessen Abhängigkeit. Jugoslawien übernahm unter anderem auch außenpolitische Aufgaben Albaniens. Albanien war nicht Teil des Kominforms, es wurde von den großen sozialistischen Staaten als Teil Jugoslawiens angesehen. Im Sommer 1945 wurde mit der Land- und Agrarreform begonnen. An der Wahl im Dezember 1945 durfte nur die kommunistische Partei teilnehmen, die somit einen eindeutigen Sieg mit 93,8% der Stimmen erreichte. Albanien wurde im Jänner 1946 offiziell zur Volksrepublik. Die Verfassung war stark an die jugoslawische und stalinistische Verfassung angelehnt. Hoxha hatte gleichzeitig sowohl das Amt des Vorsitzenden der neuen Regierung als auch jenes des

[52] (Kacza, 2007), Seite 132
[53] (Kacza, 2007), Seite 103 - 133
[54] (Kacza, 2007), Seite 133

Außen- und Verteidigungsministers inne.[55] Eine Möglichkeit zur Bildung von oppositionellen Gruppierungen konnte von der kommunistischen Partei per Verbot verhindert werden. In der Bevölkerung wurde so ein echtes Mehrparteiensystem gar nicht bekannt.[56] Mit der neuen Macht kam es zu vielen Veränderungen im Land. Die Gleichstellung der Frau wurde unter anderem mit der Einführung des Wahlrechts vorangetrieben. Mit verschiedenen Reformen im Bildungswesen wurde verpflichtender Schulbesuch eingeführt und dem Analphabetismus der Kampf angesagt.[57]

Die wirtschaftliche Lage des Landes war zu Beginn der sozialistischen Ära schlecht und sollte schnell verbessert werden. Jugoslawien unterstützte Albanien mit Lebensmittellieferungen, mit Wirtschaftshilfe und unter anderem auch mit Facharbeitern. Die getätigten Investitionen Jugoslawiens waren keine reinen Hilfsleistungen, man hegte den Gedanken, sich mit Albanien zusammen zu schließen. Es wurden Abkommen in unterschiedlichen Bereichen zwischen den beiden Partnerländern getroffen. Vor allem im Wirtschaftsbereich sollten Zusammenlegungen und Vereinheitlichungen getätigt werden. Wären diese Pläne umgesetzt worden, wäre einem Zusammenschluss der Länder nichts mehr im Weg gestanden. Jugoslawien hegte auch den Gedanken des Anschlusses von Bulgarien. Stalin wollte keinesfalls den Aufbau einer zweiten sozialistischen Großmacht in Europa. So näherte sich die Sowjetunion Albanien an, gewährte Kredite und Hilfsleistungen. Innerhalb Albaniens bildeten sich pro-jugoslawische und pro-sowjetische Gruppen.

Dem Bruch zwischen Stalin und Tito folgten die Zuwendung Albaniens zur Sowjetunion und die Entfernung von Jugoslawien. Grund dafür war der Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform, so war die Sowjetunion der wirtschaftlich wesentlich attraktivere Partner für Albanien. Die Abkommen mit Jugoslawien wurden gekündigt, auch der Freundschaftsvertrag. Albanien entwickelte sich zu einem deutlichen Gegner Jugoslawiens und kritisierte das Tito-Land in vielen politischen Bereichen.[58] *„Nun folgte der Periode der „unverbrüchlichen albanisch-jugoslawischen Freundschaft“ die der „unverbrüchlichen albanisch-sowjetischen Freundschaft“.*[59] Mit der neuen Ausrichtung konnte Albanien auch wieder eigenständigere politische Entscheidungen treffen. Die Sowjetunion musste die Nachfolge in der Rolle des Kreditgebers für Albanien antreten, ohne umfangreiche Unterstützung war es für Albanien nicht möglich, seine Wirtschaft aufzubauen. Es wurden großzügige Kredite gewährt. Die Bedingungen für die Rückzahlungen waren sehr kulant bzw. mussten Teile gar nicht getilgt werden. Albanien wurde auch mit technischer Ausrüstung und Militärhilfe unterstützt. Die Außenpolitik wurde vollständig auf den neuen Partner ausgerichtet. Die Sowjetunion betrachtete Albanien aber nicht als ernst zu nehmende Partner. Es gab keinen Vertrag über Freundschaft und Beistand und auch die Aufnahme in den COMECON erfolgte nicht automatisch, sie musste von Albanien nachgefragt werden. Die kommunistische Partei Albaniens benannte sich im November 1948 in „Partei der Arbeit Albaniens“ (PPSH) um.

Die Veränderung der Beziehung zur Sowjetunion begann mit dem Tod Stalins. Der neue Mann Chruschtschow schlug einen veränderten Kurs ein. Die Wiederannäherung der Sowjetunion an Jugoslawien missfiel Albanien. Die Sowjetunion blieb aber nach wie vor als Handelspartner und Kreditgeber sehr wichtig für Albanien. Im Mai 1955 war Albanien Gründungsmitglied beim Warschauer Pakt. Die Sowjetunion wollte zur Missbilligung der Albaner auch eine Hinwendung Albaniens an Jugoslawien. Man wurde auf ein anderes erfolgreiches Land aufmerksam, nämlich China. Es kündigte sich der nächste Wechsel des großen Partners an. Noch 1959 versuchten sowjetische Politiker die politische Linie mit Albanien abzustimmen. Albanien war mit den Plänen nicht einverstanden, vor allem nicht mit den militärischen und wirtschaftlichen. Die Verbindungen zwischen China und Albanien wurden immer stärker und intensiver. Der chinesische Maoismus war zum Gefallen Albaniens stark an Stalin angelehnt. Die Sowjetunion reagierte mit Verringerung der Wirtschaftshilfe und Kredite. Im November 1960 wurden die Unterschiede zwischen der Sowjetunion

[55] (Bartl, 1995), Seite 240 - 244
[56] (Kacza, 2007), Seite 144 - 145
[57] (Kacza, 2007), Seite 148 - 149
[58] (Bartl, 1995), Seite 245 - 247
[59] (Kacza, 2007), Seite 167

und Albanien bei der internationalen Konferenz der Kommunisten deutlich. Es folgte der Bruch mit Moskau und aller Beziehungen zwischen den beiden Ländern.[60]

Die Partner Albaniens befanden sich in immer größerer Distanz, dadurch wurde die Hilfe immer geringer, die Eigenständigkeit größer. China musste große Teile der Subventionen der Sowjetunion für Albanien übernehmen. Die sowjetischen Experten und Helfer waren schon zu Beginn des Jahres 1961 zum großen Teil abgezogen worden. Auch die Wirtschaftsbeziehungen wurden unterbrochen, ebenso wie die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten. China war der neue große Unterstützer, sowohl mit Krediten als auch mit Investitionen, Experten und auch mit Handelsbeziehungen. China konnte als Partner nicht so großzügig sein wie die Sowjetunion, 1975 wollte es die Rückzahlung der Kredite. Damit war das Ende dieser Zusammenarbeit eingeläutet, Albanien konnte keine Schulden begleichen und wollte dies auch nicht. Die Hilfe Chinas wurde immer geringer. Albanien missfiel die Annäherung Chinas an die Sowjetunion und die USA. Im Jahr 1978 verabschiedete Albanien eine neue Verfassung, diese war auf völlige Eigenständigkeit ausgerichtet. Man wollte keine weiteren Bündnisse mehr, man wollte sich nur auf sich selbst stützen. Die Verfassung enthielt Verbote des Aufbaus von ausländischen Militäreinrichtungen, der Vergabe von Konzessionen ins Ausland und der Aufnahme von Krediten im Ausland. Der Staatsname wurde in „Sozialistische Volksrepublik Albanien“ geändert. Mit dieser Verfassung wurde ein Religionsverbot im Gesetz verankert.[61] Das Leben war zu dieser Zeit relativ eingeschränkt, Optionen für freie Entscheidungen der Menschen waren kaum gegeben. Die Kontrolle, die der Staat über das Volk ausübte, war weit reichend. Die Religion war mit der Verfassung völlig aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Die Menschen sollten sich nicht von der Religion ablenken lassen, die Konzentration der Bevölkerung sollte auf die Arbeit und das Land gerichtet sein.[62]

Die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens verlief während der Zeit mit ihren großen Partnern durchaus beeindruckend. Vor allem die ersten beiden Partner unterstützen den Aufbau der Industrie enorm, sowohl finanziell als auch mit Fachwissen.[63] *„1950 soll die Industrieproduktion bereits das Vierfache von 1938 betragen haben; 1955 betrug sie das 11,5fache und 1960 das 25fache der Vorkriegsproduktion.“*[64] Der fernöstliche Partner China konnte die bis dahin sehr schnelle Entwicklung des Landes nicht mehr so stark fördern, der Fortschritt des Landes wurde deutlich verlangsamt.[65]

Nach dem Bruch mit China und dem Kurs der Eigenständigkeit begann die Isolation Albaniens. Die Unabhängigkeit sollte sowohl wirtschaftlich, politisch als auch kulturell sein. Albanien wollte der stalinistischen Linie treu bleiben. Inhaltlich konnte man eher von Nationalismus als von Sozialismus reden. Man wollte es aus eigener Kraft schaffen, ohne fremde Hilfe und auch ohne ausländische Kredite. Dass eine Weiterentwicklung ganz alleine nicht zu bewerkstelligen war, musste man schnell erkennen. 1979 wurden wieder Handelskontakte mit Westeuropa aufgebaut, und die Kontakte zu den sozialistischen Ländern wurden erweitert. Albanien isolierte sich aber weiterhin von internationalen Gruppierungen. Mit dem Nichtannehmen ausländischer Kredite und der Verhinderung von ausländischen Investitionen waren die Möglichkeiten Albaniens, die Industrie zu modernisieren, stark eingeschränkt.[66] An internationalen Treffen nahm Albanien nicht teil. Die wirkliche Annäherung an andere Staaten erfolgte erst 1985 nach dem Tod Hoxhas. Er hatte die Führung Albaniens seit 1944 inne. Der Diktator hatte seinem Volk sehr viel Leid zugefügt. Er war Nationalist unter sozialistischem Deckmantel.[67]

[60] (Bartl, 1995), Seite 247 - 253
[61] (Bartl, 1995), Seite 253 - 257
[62] (Kacza, 2007), Seite 211 - 222
[63] (Kacza, 2007), Seite 172 ff
[64] (Bartl, 1995), Seite 262
[65] (Kacza, 2007), Seite 207 ff
[66] (Kacza, 2007), Seite 224 - 243
[67] (Bartl, 1995), Seite 257 - 261

Die wirtschaftliche Politik Albaniens der 70er und 80er Jahre war katastrophal, man hatte sich lange auf falsche Bereiche konzentriert, wirklich deutlich wurde das erst nach der Wende der 90er Jahre. Die wirtschaftlichen Entscheidungen waren häufig von Politikern, nicht von Experten getroffen worden.[68] Im Jahr 1984 waren keine Daten über die Wirtschaft veröffentlicht worden, die Weltbank schätze das BSP Albaniens auf das niedrigste in ganz Europa.[69]

Der Nachfolger Hoxhas wurde einer seiner treuen Anhänger, Ramiz Alia. Er wurde zum 1. Sekretär der PPSH gewählt. Alia war somit gleichzeitig Parteichef und Staatsoberhaupt, seit 1982 war er Parlamentspräsident. Die Richtung der albanischen Politik änderte sich durch den Wechsel an der Spitze nicht, der Hoxha-Kurs wurde weitergeführt. Alia war aber zu einigen wenigen Reformen bereit. Das Verbot der Religionsausübung wurde im Mai 1990 aufgehoben. Außenpolitisch begann sich Albanien langsam vom Kurs der Isolation zu lösen. Ab 1987 kam es zum Aufbau von diplomatischen Beziehungen mit nicht-kommunistischen Staaten. Im Jänner 1989 nahm Albanien erstmals nach Kriegsende wieder an einer internationalen Konferenz teil. In der Innenpolitik ergaben sich immer wieder Unruhen. Das Land war nicht mehr unter Kontrolle. Studentenproteste und Demonstrationen beherrschten den Herbst und Winter 1990. Die Versorgung der Bevölkerung war nicht gewährleistet. Viele Menschen verließen aufgrund der schlechten Bedingungen fluchtartig das Land. Um die Situation zu beruhigen, erlaubte die Führung Albaniens im Dezember 1990 die Registrierung von Parteien. Als erste oppositionelle Partei wurde die „Demokratische Partei Albaniens“ gegründet. Einige weitere folgten innerhalb des nächsten Monats. Mit dem Zulassen des Mehrparteiensystems kam erst richtig Aufruhr ins Land anstatt der erhofften Ruhe. Es waren Parlamentswahlen für den 10. Februar angesetzt gewesen, diese wurden aber aufgrund des Drucks der neuen Oppositionsparteien auf den 31. März verlegt, um etwas mehr Vorbereitungszeit zu haben. [70] Das Ergebnis der Wahl zeigte einen Sieg der kommunistischen Partei, sie erreichten 56% der Stimmen, die Demokratische Partei lag mit 38,7% dahinter. Große Teile der Bevölkerung wollten das Wahlergebnis nicht anerkennen. Streiks und blutige Auseinandersetzungen standen auf der Tagesordnung. Alia wurde kurz nach der Wahl vom Parlament als Staatsoberhaupt wiedergewählt. Die Kommunisten wollten in der Regierung mit der Opposition zusammenarbeiten, diese war dazu aber nicht bereit, so kam es zur Alleinregierung unter Fatos Nano. Die Wirtschaftslage des Landes war schlecht, schrittweise wurde der Übergang zur Marktwirtschaft eingeläutet. Es wurde die Privatisierung am Land durchgeführt, aber viel zu schnell und fehlerhaft. Zwischen Regierung und Opposition kam es immer wieder zu Differenzen. Die Bevölkerung forderte Erhöhungen der Löhne, da sie sich nichts mehr leisten konnte. Die Regierung unter Nano scheiterte nach weniger als zwei Monaten. Die Opposition war nun an einer Regierungsbeteiligung interessiert. Das Kabinett Bufi bestand aus Ministern aus allen Lagern. Es wurde eine Erhöhung der Löhne um 50% beschlossen. Die kommunistische Partei wollte sich auf dem Parteitag im Juni 1991 reformieren, das war aber zu spät. Die Partei wurde in PSSH umbenannt. Außenpolitisch festigte Albanien die Beziehungen zu anderen Staaten und auch zu internationalen Organisationen. Dem Land ging es immer noch sehr schlecht, trotz europäischer Hilfe konnte sich weder Politik noch Wirtschaft stabilisieren. Der Winter 1991/92 war für das Volk besonders schlimm. Die Politik versuchte mit Privatisierungen und Sparmaßnahmen das Land zu retten. Nach einem Generalstreik war auch die Regierung unter Bufi gescheitert. Ein Übergangskabinett unter Ahmeti regierte das Land bis zu den vorgezogenen Wahlen im März.[71]

Die Wahlen 1992 brachten ein völlig anderes Ergebnis, die Demokraten waren die stimmenstärkste Partei mit über 60%. Dieser Wahlausgang beendete die Ära des Kommunismus in Albanien. Präsident Alia kam seiner Abwahl mit Rücktritt zuvor. Der Demokrat Berisha wurde neuer Präsident. Meksi bildete die neue Regierung aus Demokraten, Sozialdemokraten und Republikanern. Eine Änderung

[68] (Bartl, 1995), Seite 262 - 264
[69] (Kacza, 2007), Seite 248
[70] (Bartl, 1995), Seite 270 - 273
[71] (Kacza, 2007), Seite 287 - 312

des Kurses Albaniens in Richtung freie Marktwirtschaft und Zusammenarbeit mit internationalen Bündnissen wurde angestrebt. Unterstützt wurde dieser Weg mit Entwicklungshilfe aus Europa.[72]

Mit dem politischen Wechsel wurde der Personenkult erneut aufgelebt, Berisha wollte wieder eine Einparteienherrschaft errichten. Die Regierung hatte einige Probleme: Der Wirtschaftsaufschwung konnte nicht so schnell wie gewünscht erreicht werden. Die Industrie war in vielen Bereichen nahezu zum Erliegen gekommen. Es kam zur Anklage und zur Verurteilung der früheren Machtspitzen. Nano wurde wegen Korruption verurteilt, Alia wegen Amtsmissbrauchs und Völkermordes. Albanien wurde 1992 in den Kooperationsrat der NATO aufgenommen, 1995 in den Europarat. Die jugoslawische Entwicklung bot Albanien die Gelegenheit, die NATO zu unterstützen. Albanien stellte den USA einen Militärstützpunkt zur Verfügung, im Gegenzug erhielt Albanien finanzielle Unterstützung. Die Wirtschaft begann sich Mitte der Neunziger Jahre positiv zu entwickeln, allerdings stützen sich die besseren Daten vor allem auf Schattenwirtschaft und korrupte Investitionsfirmen. Die politische Situation im Land war schwierig, Berisha ein autoritärer Führer. Die Oppositionspolitiker hatten wenig Handlungsspielraum, von der Wahl 1996 ließ Berisha viele Oppositionelle ausschließen. Die PDSH arbeitete mit Manipulationen und Einschüchterungen. Das Wahlergebnis lautete 122 der 140 Sitze für die PDSH. Die Wahl konnte keinesfalls als frei oder demokratisch bezeichnet werden. Es wurde wieder ein Kabinett unter Meksi gebildet. Aufgrund des Wahlbetrugs wandten sich auch viele der Parteikollegen von Berisha ab. Nano, zu dieser Zeit im Gefängnis, rief zur Parteireform auf. Berisha ließ sich vom Parlament als Staatspräsident für weitere fünf Jahre bestätigen. Dagegen gab es viele Aufstände. Im Jänner brachen mehrere Geldanlagenfonds zusammen, diese hatten Sparer mit lukrativen Angeboten mit Unterstützung der Regierung gelockt. Die Anleger verloren ihre wenigen Ersparnisse komplett. Dies löste Aufstände in der Bevölkerung gegen die Regierung aus. Die Situation im Land war kritisch, die Bevölkerung bewaffnete sich und es brachen vielerorts Kämpfe mit der Polizei aus. In Albanien wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Regierung wurde im März 1997 entlassen, der Druck aus Opposition und Bevölkerung war zu groß. Ein Bürgerkrieg lag drohend nahe. Jegliches System war zusammengebrochen. Die neue Regierung unter Fino geriet gleich nach Übernahme der Verantwortung unter Druck. Von der EU wurde nur eine Schutztruppe geschickt und allgemeine humanitäre Hilfe.[73] *„Die Entwicklung des Jahres 1997 schadete Albanien politisch und wirtschaftlich, zeigt wie fragil die Demokratie und wie schwach das Demokratieverständnis war.“*[74]

Es wurden vorgezogene Wahlen mit internationaler Unterstützung vorbereitet. Das Wahlsystem wurde in ein Mehrheitswahlrecht geändert. Die Wahl 1997 lief unter internationaler Aufsicht ab. Der Wahlausgang beendete die Herrschaft der PDSH. Die PSSH konnte die Mehrheit der Sitze (101) erreichen, die PDSH verlor die Hälfte der Stimmen und erzielte nur 23 Sitze. Die PPSH wurde mit der Regierungsbildung beauftragt, und bildete eine Koalition unter Nano mit den Sozialdemokraten, der Demokratischen Allianz, der Union für Menschenrechte und der Agrarpartei. Staatspräsident Berisha gab nach der Wahlniederlage seinen Rücktritt bekannt. Die internationalen Schutztruppen verließen Albanien noch im Sommer 1997. Die Arbeit der Regierung wurde von der Opposition immer wieder verhindert, die Demokraten erkannten die Wahlniederlage nicht an. Es gab weiter Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Die Demokraten blieben dem Parlament für mehrere Monate fern. Im März 1998 kamen sie wieder ins Parlament, da die Kosovokrise dies erforderte. Die Gewalt im Land nahm kein Ende. Nano trat aufgrund der Unruhen zurück, sein Nachfolger wurde Panteli Majko. 1999 bildete Albanien im Kosovokrieg eine wichtige Basis für Einheiten der NATO. Albanien wollte so seine Mitgliedschaft vorantreiben. Im weiteren Verlauf nahm Albanien viele Flüchtlinge auf, um die sich das Land eigentlich nicht kümmern konnte. Innenpolitisch arbeitet die Regierung Majko eine neue Verfassung aus, sie wurde mittels Volksabstimmung angenommen. Die Verfassung war ein richtiger Schritt, aber die Änderungen im Land brauchten zu lange um Wirkung zu zeigen. Majko legte im Herbst 1999 seine Positionen zurück. Nano trat seine Nachfolge als Parteivorsitzender an, Meta wurde neuer Regierungschef. 2001 waren die nächsten

[72] (Bartl, 1995), Seite 273 - 274
[73] (Kacza, 2007), Seite 315 - 335
[74] (Shira, 2005), Seite 37 - 47

Wahlen, die Meta mit der PSSH wieder für sich entscheiden konnte. Es gab viele Rivalitäten und Unstimmigkeiten in der Partei, das hemmte die Arbeit der Regierung. Meta gab seinen Rücktritt im Jänner 2002 bekannt und sein Vorgänger Majko wurde wieder Chef der Regierung. Dies hielt aber nur wenige Wochen, Nano übernahm anschließend wieder den Posten des Ministerpräsidenten.[75]

Im Bezug auf die Integration in die EU war die Regierung uneinig. Seit 1991 gab es Zusammenarbeit zwischen mit der EU, sie unterstützte auch die Annäherungen Albaniens an den Staatenbund. Im Juni 2002 erfolgte die Wahl des Staatspräsidenten, die Alfred Moisiu als unabhängiger Kandidat für sich entschied. Außenpolitisch orientierte sich Albanien weiter an Amerika. Albanien unterstützte die USA im Irakkrieg. Moisiu setzte sich auch klar für einen pro-europäischen Kurs ein. 2003 begannen die Verhandlungen über das SAA mit der EU. Das Land musste aber weiter mit den Problemen zwischen Regierung und Opposition kämpfen. Wie schwierig die Situation war, zeigten die nächsten Wahlen im Juli 2005. Die PDSH und Berisha gewannen wieder an Stimmen und er wurde Ministerpräsident. Als Reaktion auf das schlechte Abschneiden der Sozialisten trat Nano als Parteichef zurück. Im Jahr 2006 konnten die Verhandlungen über das SAA mit der EU erfolgreich abgeschlossen werden.[76]

Im Juli 2007 wurde wieder der Staatspräsident gewählt, die stärkste Regierungspartei PDSH stellt mit ihrem Parteivorsitzenden seither auch den Staatspräsidenten. Die Wahl konnte aber erst in der vierten Runde erfolgreich abgeschlossen werden, die Sozialisten boykottierten die Wahl und damit konnte die erforderliche Anzahl an positiven Stimmen nicht erreicht werden. Wäre noch ein Durchgang notwendig gewesen, hätte das zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen geführt. Ein großes Problem Albaniens ist weiterhin die Korruption, sie nahm vor allem in den letzten Jahren weiter zu. Im Jahr 2008 wurde die Verfassung geändert. Nach der schwierigen Wahl des Präsidenten 2007 ist nun nur mehr eine absolute Mehrheit notwendig. Die Parlamentswahlen werden zukünftig nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt. Im April 2008 wurde Albanien von der NATO eingeladen, das Beitrittsprotokoll wurde im Juli unterzeichnet und aktuell erfolgt die Ratifizierung.[77]

3.3 Politische Daten

Das albanische Parlament besteht aus 140 Abgeordneten, die für 4 Jahre vom Volk gewählt werden. Das Wahlrecht für die Wahl 2005 war eine Mischung aus einem Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, seit der Verfassungsänderung 2008 wird bei den zukünftigen Wahlen nur mehr das Verhältniswahlrecht angewendet werden. Aktiv wahlberechtigt ist man in Albanien ab 18 Jahren. Die Sperrklausel für Parteien liegt bei 2%, für Listen bei 4%.

Der albanische Präsident wird alle fünf Jahre vom Parlament gewählt. Kommt es nach fünf Wahlgängen zu keiner Einigung, wird das Parlament aufgelöst und es müssen Neuwahlen durchgeführt werden. Die für die Wahl nötige Mehrheit wurde nach der letzten Präsidentenwahl von einer Drei-Fünftel Mehrheit auf die absolute Mehrheit geändert. Ausschlaggebend war die Präsidentenwahl 2007, die erst im vierten Wahlgang erfolgreich abgeschlossen werden konnte.[78] Bei den Wahlen seit 1991 wurde unterschiedliches Wahlrecht angewendet, auch die Anzahl der Abgeordneten wurde mehrfach geändert. [79]

3.3.1 Parteien [80]

Partei	Albanische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
AD	*Aleanca Demokratike*	Demokratische Allianz
LSI	*Lëvizja Socialiste për Integrim*	Sozialistische Integrationsbewegung

[75] (Kacza, 2007), Seite 336 - 345
[76] (Kacza, 2007), Seite 345 - 353
[77] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 50
[78] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 50
[79] (Kacza, 2007)
[80] (Kacza, 2007), (Kosta, 2004), Seite 9 - 10

PAA	*Partia Agrare Ambientaliste*	Agrar- und Umwelt-Partei
PBDNJ	*Partia Bashkimi për të Drejtat e Njeriut*	Union für Menschenrechte
PDK	*Partia Demokristiane e Shqipërisë*	Christdemokratische Partei Albaniens
PDR	*Partia Demokrate e Re*	Neue Demokratische Partei
PDS	*Partia Demokracia Sociale e Shqipërisë*	Sozialdemokratische Partei Albaniens
PDSH	*Partia Demokratike e Shqipërisë*	Demokratische Partei Albaniens
PPSH	*Partia e Punës e Shqipërisë (ab 1991 PSSH)*	Partei der Arbeit
PR	*Partia Republikane (2001 PD)*	Republikanische Partei
PSD	*Partia Socialdemokrate e Shqipërisë*	Sozialdemokratische Partei
PSSH	*Partia Socialiste e Shqipërisë (vor 1991 PPSH)*	Sozialistische Partei Albaniens

Tabelle 6: Politische Parteien in Albanien

3.3.2 Präsidentschaftswahlen [81]

Wahlen:	1991	1992	1997	1997	2002	2007
Präsident	Alia	Berisha	Berisha	Meidani	Moisiu	Topi
Partei	PPSH	PDSH	PDSH	PSSH	unabhängig	PDSH

Tabelle 7: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Albanien

3.3.3 Parlamentswahlen [82]

Wahlen	**1991**		**1992**		**1996**		**1997**		**2001**		**2005**	
Partei	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
PPSH / PSSH	56,2	169	25,7	38	20,4	10	52,7	101	41,5	73	8,9	42
PDSH	38,7	75	62,1	92	55,5	122	25,8	28	36,8	32	7,7	56
PBDNJ	0,7	5	2,9	2	4,0	3	2,7	4	2,6	3	4,1	2
PR	1,5	-	3,1	1	5,7	3	2,4	1	PD	5	20,0	11
PAA	0,1	-	0,6	-	-	-	0,8	1	2,6	3	6,6	4
PSD	-	-	4,4	7	1,3	-	2,5	9	3,7	4	12,7	7
LSI	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,4	5
PDR	-	-	-	-	-	-	-	-	5,1	6	7,4	4
AD	-	-	-	-	1,6	-	2,7	2	2,5	3	4,8	3
PDK	-	-	-	-	1,3	-	1,0	1	1,0	-	3,3	2
PDS	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,3	2
Unabhängige	-	1	-	-	-	-	-	3	-	2	-	1
Sonstige	2,8	-	1,2	-	10,2	2	9,4	5	4,2	9	11,8	1
Gesamt	100	250	100	140	100	140	100	155	100	140	100	140
Wahlbeteiligung	98,92%		90,35%		89%		72,56%		53%		49,2%	

[81] (Kacza, 2007)
[82] (Kacza, 2007), (Kosta, 2004), Seite 213 - 217

Ministerpräsident	Nano, Bufi, Ahment	Meksi	Meksi, Fino	Nano, Majko, Meta	Meta, Majko, Nano	Berisha
Regierung	**PPSH**	**PDSH Koalition**	**PDSH**	**PSSH Koalitionen**	**PSSH**	**PDSH Koalition**

Tabelle 8: Ausgang der Parlamentswahlen in Albanien

4 Bosnien – Herzegowina

Abbildung 5: Geographische Lage von Bosnien-Herzegowina

Fläche: 51.129 km² (davon 42.010 km² Bosnien und 9119 km² Herzegowina)

Hauptstadt: Sarajevo

Einwohnerzahl: 3.926.000

Besiedelungsdichte: 77 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Kroatien, Serbien und Montenegro

Amtssprache: Bosnisch, kroatisch und serbisch

Staatsform: Föderale Republik, getrennt in zwei Gebietseinheiten (Teilstaaten mit innerer Autonomie) mit gemeinsam verwalteter Hauptstadt.

Währung: 1 Konvertible Mark = 100 Fening

Unabhängigkeit: 15.10.1991 (Souveränitätserklärung)

Status: Weder Mitglied noch Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 48% Muslime, 34% orthodoxe Christen, 15% Katholiken

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 48% Bosniaken, 37% Serben, 14% Kroaten

Gebietseinheiten:

1. Bosniakisch-kroatische Föderation (BKF)

   Fläche: 26.110 km², Einwohner: 2.325.018

2. Serbische Republik (SR)

   Fläche: 25.019 km², Einwohner: 1.479.634

3. Distrikt Brčko, Sonderverwaltungsgebiet seit 2000, Lage innerhalb BKF und SR

   Fläche: 208 km², Einwohner; 58.000

4.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1946	Teil von Jugoslawien
1984	Olympische Winterspiele in Sarajewo
1990	Erste freie Wahlen
1992	Proklamation der Unabhängigkeit am 5.4.1992
1992	Beginn des Bürgerkrieg
1995	Friedensabkommen von Dayton
1995	Neue Verfassung
1997	Ausstattung des Hohen Repräsentanten mit umfassenden Vollmachten (Bonn)
1998	Einführung der konvertierbaren Mark als Währung
2000	Erster Wahlsieg einer ethnisch gemischten Partei
2003	EUPM, die Polizeimission der EU, beginnt
2004	EUFOR ersetzt die SFOR
2006	Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden der NATO
2008	Umsetzung der Polizeireform
2008	Unterzeichnung des SAA

Tabelle 9: Zeittafel von Bosnien-Herzegowina

4.2 Geschichtliche Betrachtung

Im zweiten Weltkrieg, bei dem Bosnien-Herzegowina als Teil von Jugoslawien dem deutschen Heer unterlag, wurde das Land in eine italienische und eine deutsche Zone geteilt. Nach dem Krieg wurde Bosnien-Herzegowina Teil der jugoslawischen Föderation unter Tito. Während dieser Periode wurde die Schwerindustrie aufgerüstet. Vor dem Zerfall Jugoslawiens stand Bosnien-Herzegowina gegenüber den anderen Staaten in der Föderation ökonomisch schwach da, war aber vergleichsweise marktorientiert. Indikator dafür war, dass das Land mehr als 50 Prozent der Exporte in den Westen verkaufte. Außerdem verfügte Bosnien-Herzegowina über ein gutes Bildungssystem.[83] Allerdings verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage Bosniens während der Nachkriegsperiode zusehends gegenüber den anderen jugoslawischen Staaten. Lag das BIP pro Kopf in den 50iger Jahren noch über dem von Mazedonien oder Montenegro, fiel es nach zwanzigjähriger Periode in den 70iger Jahren hinter diese Staaten zurück und reihte sich als Schlusslicht im Ranking dieses ökonomischen Indikators ein. In Zahlen ausgedrückt betrug das BIP pro Kopf 1952 95,5 verglichen mit dem jugoslawischen Durchschnitt (100), 1989 lag es nur noch bei 67,92.[84] Wirtschaftlich setzte die Austragung der olympischen Winterspiele 1984 positive Akzente. Grundsätzlich kann das politische Klima der 80iger Jahre, unter der Führung der kommunistischen Liga, als konservativ bezeichnet werden.[85]

Nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 begann in Bosnien-Herzegowina die Diskussion über eine künftige Unabhängigkeit des Staates, welche von kroatischer und bosnischer Seite gewünscht wurde. Diese Absicht wurde allerdings von serbischer Seite nicht geteilt. Die Wahlen waren das Spiegelbild der ethnischen Zugehörigkeit der Einwohner, da die jeweilige Stimme der Partei zugesprochen wurde, die die Nationalität des Wählenden vertrat. Es bildete sich eine Koalition aus

[83] (The World Bank, 1996), Seite 3
[84] (Christophe Solioz, 2004), Seite 29
[85] (Christophe Solioz, 2004), Seite 28

der SDA, der Vertretung der bosnischen Bevölkerungsgruppe, die ungefähr ein Drittel der Stimmen in sich vereinigte und der, die Kroaten vertretende Partei, HDZ.[86] Wegen der bosnisch-kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen wurde das Referendum über ebendiese, das 1992 durchgeführt wurde, von den Serben boykottiert. Von den verbleibenden 63 Prozent der wählenden Bevölkerung sprachen sich über 99 Prozent für die Unabhängigkeit aus, welche erklärt- und seitens der EG anerkannt wurde.[87] Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der „Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina" im April wurde eine Verfassung der neuen Republik verabschiedet, die diese als Bestandteil von Jugoslawien definierte. Vorangegangen war 1991 eine Volksabstimmung, bei der *„rund 1 Mio. Serben für den Anschluss an Serbien gestimmt"*[88] hatten. Daraufhin folgte die Eskalation des Bürgerkriegs, über den im Folgenden eine Kurzzusammenfassung der Chronologie gegeben wird.

Im Juli gewährleisteten UNO Truppen die Luftbrücke zu dem schwer umkämpften Sarajewo, um mit Hilfeleistungen die Bevölkerung zu versorgen, an der sich über 20 Nationen beteiligten. Im September stellte der UNHCR in dem ersten Bericht Menschenrechtsverletzungen von allen beteiligten Kriegsparteien fest. Etliche beschlossene Waffenstillstandsabkommen wurden nicht eingehalten. Ende 1992 wurden über zwei Drittel des Territoriums von Bosnien-Herzegowina von serbischen Truppen besetzt. [89] Von der UN wurde ein Handelsembargo gegen Restjugoslawien beschlossen und ab November 92 verschärft kontrolliert. Nach der Ablehnung eines Friedensplans der bosnischen Serben, der von den anderen beiden Nationalitäten unterzeichnet wurde, trat die vollständige Abriegelung von Jugoslawien, dem zu diesem Zeitpunkt noch Montenegro und Serbien angehören, in Kraft. Außerdem wurden im Mai 1993 mittels Beschluss des UN-Sicherheitsrates Zonen zum Schutz der bosnischen, muslimischen Bevölkerung eingerichtet. Im Februar 1994 kam es zum ersten von vielen Kampfeinsätzen der NATO gegen die bosnischen Serben. Serbiens Regierung drohte den bosnischen Serben mit der Einstellung der Unterstützung und Schließung der Grenzen, sollten sie den Teilungsplan, der wieder von Kroaten und Bosniern gleichermaßen unterzeichnet worden war, nicht annehmen. Nach dreimaliger Ablehnung der bosnischen Serben, die sich zuletzt mit über 90 Prozent per Volksabstimmung gegen den Plan aussprachen, wurde die serbische Drohung in die Tat umgesetzt. Im Gegenzug lockerte die UNO die Sanktionen gegen Serbien und Montenegro.

Erst das Friedensabkommen von Dayton, welches in Paris unterzeichnet wurde, setzte dem Krieg, der rund 250.000 Menschenleben forderte, drei Jahr nach seinem Ausbruch ein Ende. In den Kriegsjahren wurden über zwei Millionen Menschen vertrieben oder flüchteten, über 70 Prozent der gesamten Infrastruktur waren zerstört.[90] *„Das Friedensabkommen von Dayton mit seinem stark widersprüchlichen Charakter[…] bildete die Voraussetzung für den Neubeginn, geprägt von der Dominanz des ethnischen Prinzips in so gut wie allen Sphären der Gesellschaft."*[91] Im Dayton-Abkommen (welches auch GFAP genannt wird) wurde die Struktur der Föderalen Republik festgelegt. Die Gesamtfläche wurde in zwei Gebietseinheiten, der Bosniakisch-kroatischen Föderation (BKF) und der Serbischen Republik (RS) mit jeweils innerer Autonomie im Verhältnis 51:49 Prozent geteilt. Die BKF gliedert sich wiederum in Kantone. Während in der BKF manche Kantone mehrheitlich von Kroaten oder Bosniaken, manche auch von beiden Nationalitäten zu annähernd gleichen Teilen besiedelt sind, stellen die größte Bevölkerungsgruppe in der RS die ethnischen Serben. Die Aufgabentrennung der unterschiedlichen Ebenen wurde ebenfalls im Vertrag festgelegt. So ist beispielsweise die Föderale Republik Bosnien-Herzegowina unter anderem für die Außenhandelspolitik zuständig, die Parlamente der Gebietseinheiten für ökonomische und Sicherheitspolitik und die Kantone für Bildungs- und Sozialpolitik.[92] Somit existieren in Bosnien-Herzegowina drei Präsidenten und 13 Regierungen, da die BKF in insgesamt zehn Kantone aufgeteilt

[86] (Werner Ende, 2005), Seite 602
[87] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 1993, Seite 34
[88] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 1993, Seite 35
[89] (The World Bank, 1996), Seite 1
[90] (Erich Reiter, 2005), Seite 15
[91] (Erich Reiter, 2005), Seite 15
[92] (The World Bank, 1996), Seite 5

ist. *„Das auf vier Ebenen mit Parallelstrukturen versehene Institutionssystem des künstlich geschaffenen Staates, in dem sich etwa 140 Minister der Belange von rd. 3,5 Mio. Einwohner annehmen, beansprucht etwa die Hälfte des Steueraufkommens*.[93]“ Neben der beschriebenen neuen Verwaltungsstruktur schrieb das Abkommen die Zusammenarbeit mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag und die Einhaltung von Menschenrechten, speziell bei Minderheiten vor. Darüber hinaus hatte GFAP den Anspruch, alle bewaffneten Konflikte zwischen den Ethnien zu unterbinden, die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen im Land zu sichern, ethnische Säuberungen zu stoppen und Demokratie, Rechtssicherheit und ökonomischen Fortschritt herzustellen.[94]

Nach den Wahlen nach dem Krieg lief die Umsetzung des Abkommens aus politischer Sicht langsam an. Ein Indiz dafür ist, dass Ende 1997 immer noch vier verschiedene Währungen, sowie jeweils drei verschiedene Flaggen, Autokennzeichen und Pässe existieren.[95] Die Einhaltung des Dayton-Friedensabkommens sichert seit dem Jahr 1997 ein so genannter „Hoher Repräsentant“. Dieses Amt wird mit wechselnden Vertretern der internationalen Staatengemeinschaft bekleidet, welche mit umfassenden Vollmachten ausgestattet sind. In welchem Umfang diese Befugnisse beansprucht wurden zeigen die insgesamt 207 Erlässe, 2001 und 2002, sowie die Entlassung von 200 Personen aus ihren politischen Ämtern, die ebenfalls 2002 angeordnet wurden.[96] Die Verfassung wurde ebenfalls im Zuge des Abkommens geändert. Bosnien-Herzegowina ist der einzige Staat der Balkanregion, der sich nicht auf ethnischer Majorität begründet. Bereits 1996 konnte durch den Einsatz einer 60.000 Mann starken IFOR Truppe die militärische Stabilität erreicht werden, wodurch der Umfang im Folgejahr auf 35.000 reduziert wurde. Ende 2003 betrug der Truppenumfang noch 6000 Personen.[97]

Die ökonomische Erholung setzte Mitte 1994 ein und die Hyperinflation konnte durch ein Stabilisierungsprogramm im gleichen Jahr eingedämmt werden. Ein enormes Problem stellte neben der Kriegszerstörung auch die Arbeitsschaffung für die zurück kehrenden Flüchtlinge und Vertriebenen dar. Verglichen zu dem Zensus von 1991 war die Bevölkerung aufgrund von Kriegsopfern und Abwanderung um 23 Prozent geschrumpft. Bosnien-Herzegowina erlebte darüber hinaus den höchsten Rückgang des kumulativen BIP von allen europäischen Ländern seit dem zweiten Weltkrieg, nämlich um 75 Prozent.[98] Der Exporteinbruch wurde von rund 3 Milliarden (1990) auf 300 Millionen Dollar (1995) verzeichnet. Die Auslandsverschuldung betrug 3,2 Milliarden Dollar.[99] Die Kindessterblichkeitsrate stieg in den Kriegsjahren von 7,4 auf 14 Kinder pro 1000 Lebendgeburten. Rund 45 Prozent aller Industrieanlagen, 70 Prozent der Schulen und 40 Prozent aller Spitäler wurden während des Krieges ganz oder teilweise zerstört. Die Rekonstruktion der zerstörten Infrastruktur erreichte im Jahr 2000 ungefähr das Vorkriegsniveau, wohingegen das BIP pro Kopf 1999 erst auf 60 Prozent des Vorkriegswertes gestiegen war.[100] Die Vereinigung der vier Währungen im Land wurde 1998 vorgenommen. Seit diesem Jahr wurde die konvertierbare Mark offizielles Zahlungsmittel in allen Teilen des Landes.[101] Die schlechte ökonomische Situation spiegelt sich in den Armutszahlen wider. Ende 2003 lebten 20 Prozent der Bevölkerung und absoluter- und weitere 30 Prozent in relativer Armut.[102] Der RS Wohlfahrtskoeffizient lag 2001/02 signifikant niedriger als jener der BKF.[103]

[93] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2005, Seite 79
[94] (Christophe Solioz, 2004), Seite 45
[95] (Rüstau, 2007), Seite 82
[96] (Erich Reiter, 2005), Seite 25
[97] (Erich Reiter, 2005), Seite 72
[98] (The World Bank, 1996), Seite 10
[99] (The World Bank, 1996), Seite 61
[100] (The World Bank, 2004), Seite 1,2,3
[101] (Rüstau, 2007), Seite 85
[102] (Christophe Solioz, 2004), Seite 56
[103] (Christophe Solioz, 2004), Seite 102-105

Die Wahlen im Jahr 2002 ließen die nationalistischen Vertreterparteien der jeweiligen Ethnien erneut als Sieger hervor gehen. Somit setzte sich der post-sozialistische Trend zu nationalistischen Parteien auch nach dem Bürgerkrieg fort, welcher nur durch die Parlamentswahlen 2000 unterbrochen wurde, bei der erstmals eine ethnisch gemischte Partei die meisten Sitze im Parlament erhielt. Dieses Wahlergebnis lässt sich mit dem Verschwinden der nationalen Schlüsselfiguren wie Milosevic in Serbien, Tudjman in Kroatien und Izetbegovic erklären.[104] Allerdings wurden bei den Wahlen 2002, wie auch im Jahr 1990 die nationalistischen SDS, HDZ und SDA die Gewinner, da es der multiethnischen Regierung in der Vorperiode nicht gelungen war, die schwierige ökonomische Situation im Lande signifikant zu verbessern.[105] Diese Tatsache ist vor allem deshalb bemerkenswert da sie zeigt, dass auch nach dem Krieg und über 10 Jahre nach dem Friedensabkommen kein langfristiger Machtwechsel zu nicht nationalistischen Parteien stattgefunden hat und die gleichen Parteien das Land regieren wie vor dem Krieg. Nichts desto trotz wurde Bosnien Herzegowina im April 2002 in den Europarat aufgenommen.[106]

Bis zum Jahr 2003 wurden von der internationalen Staatengemeinschaft mehr als 5 Milliarden US Dollar für Zwecke des Wiederaufbaus geleistet.[107] Als größte Probleme des Landes wurden die Korruption und Arbeitslosigkeit identifiziert. Seit dem Jahr 2004 wurde in Bosnien-Herzegowina um die Polizeireform gerungen. Die Intension war, die in den Entitäten verwaltete Polizei von Sarajewo aus zu koordinieren und zu vereinheitlichen und nunmehr direkt Bosnien-Herzegowina anstelle von der BKF und der RS zu unterstellen. Die Unterzeichnung des SAA wurde seitens der europäischen Union an die Durchführung dieser Reform gekoppelt. Die Polizei ist seit 1998 ethnisch gemischt. In den Folgejahren wurde die NATO Schutztruppe SFOR sukzessive dezimiert und schließlich 2004 durch die, der europäischen Union unterstellten EUFOR ersetzt. Außerdem ist die EU mit der Polizeimission EUPM seit 2003 in Bosnien-Herzegowina tätig. Laut statistischen Daten der UNHCR waren bis zum Jahr 2003 nur rund 20 Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen nach Bosnien-Herzegowina zurück gekehrt. Bemerkenswert ist auch, dass der Großteil sich in Gebieten nieder ließ, in denen die eigene Ethnizität die Mehrheit stellte.[108]

Nach dem Austritt von Montenegro aus der Staatenunion mit Serbien, wurden vorläufig das letzte Mal Rufe der SR laut, ein Referendum durchzuführen, um selbst die vollständige Unabhängigkeit zu erlangen. Diese Forderung wurde allerdings von dem Hohen Repräsentant entschieden zurück gewiesen, da sie gegen das Friedensabkommen von Dayton wie auch gegen die Verfassung von Bosnien-Herzegowina verstieß. 2006 trat Bosnien-Herzegowina nach Einladung der NATO der Partnerschaft für Frieden bei. Nach den Wahlen im gleichen Jahr wurde eine breite Regierungskoalition, bestehend aus SNDS, SDA, SBiH, HDZ und PDP gebildet. Die Überlegung, den Staat 2007 in die eigenverantwortliche Selbstverwaltung zu entlassen, wurde durch weitere Konflikte zwischen den Volksgruppen wieder fallen gelassen.[109]

Die wenigen Gesetzesbeschlüsse der letzten Jahre lassen sich durch das Beschlussverfahren erklären, bei dem es möglich war, einen Gesetzesbeschluss durch das Fernbleiben der Abgeordneten einer Fraktion zu verhindern. Bosnien-Herzegowina befindet sich in einem Transformationsstadium, welches aufgrund der mangelnden Reformfreudigkeit und den vielen in diesem Staat gewählten Regierungen, die sich teilweise gegenseitig blockieren, nicht kurzfristig zu ändern sein wird. Am 16.6.2008 unterzeichnete Bosnien Herzegowina als letztes ehemals jugoslawisches Land das SAA mit der EU. Grund für die Verzögerung war die ausständige Polizeireform. *„Die vom Gesamtstaat auszuübende Kontrolle*[110]*“* wird erst in einer künftigen Verfassungsänderung geregelt. Die EUFOR Truppen bleiben allerdings weiterhin im Land stationiert. Auch nach Kriegsende erhalten die

[104] (Christophe Solioz, 2004), Seite 66
[105] (Vedran Dzihic, 2006), Seite 24, (Erich Reiter, 2005), Seite 25
[106] (Erich Reiter, 2005), Seite 25
[107] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2004, Seite 154
[108] (Christophe Solioz, 2004), Seite 48
[109] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2008, Seite 84
[110] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 83

nationalistischen Parteien nach wie vor die meisten Wählerstimmen. Bisher existiert nur eine relevante, weil im Parlament vertretene, ethnisch gemischte Partei. Wann der Rückzug der internationalen Staatengemeinschaft erfolgen wird, bleibt abzuwarten.

4.3 Politische Daten

Das Parlament setzt sich aus einem Abgeordnetenhaus mit 42 Mitgliedern und der Kammer der Völker mit 15 Mitgliedern zusammen.

- Abgeordnetenhaus: 28 Mitglieder kommen von der BKF, 14 aus der RS. Die Wahl dieser Personen erfolgt alle vier Jahre per Direktwahl von beiden Gebietseinheiten.
- Kammer der Völker: 10 Mitglieder kommen von der BKF, 5 aus der RS. Die Ernennung dieser Parlamentarier erfolgt durch die Parlamente der Entitäten.

Bosnien-Herzegowina wählt immer direkt drei Präsidenten. Einen ethnischen Serben, Bosniaken und Kroaten. Der Vorsitz wird alle acht Monate zwischen den Präsidenten gewechselt, sodass bei der Folgewahl, die auch jeweils in vier Jahresabständen stattfindet, jeder Präsident zwei Mal Vorsitzender war. Der kroatische und bosnische Präsident wird direkt durch alle Einwohner der Föderation, der serbische Präsident nur direkt durch alle Einwohner der RS gewählt.[111] Erst seit dem Jahr 2002 wird vierjährlich gewählt, davor wurden alle zwei Jahren Wahlen abgehalten.

4.3.1 Parteien

Partei	Original Bezeichnung		Deutsche Bezeichnung
HDZ	*Hrvatska demokratska zajednica*	*Kroatisch*	Kroatische Demokratische Gemeinschaft
PDP	*Partija demokratskog progresa*	*Serbisch*	Partei des demokratischen Fortschritts
SBiH	*Stranka za Bosnu i Hercegovinu*	*Bosniakisch*	Partei für Bosnien-Herzegowina
SDA	*Stranka Demokratske Akcije*	*Bosniakisch*	Demokratische Aktionspartei
SDP	*Socijaldemokratska Partija BiH*	*Gemischt*	Sozialdemokratische Partei
SDS	*Srpska Demokratska Stranka*	*Serbisch*	Serbische Demokratische Partei
SNSD	*Savez nezavisnih socijaldemokrata*	*Serbisch*	Bündnis unabhängiger Sozialdemokraten
SPRS	*Socijalistička Partija Republike Srpske*	*Serbisch*	Sozialistische Partei
SRS	*Srpska Radikalna Stranka*	*Serbisch*	Serbische Radikale Partei

Tabelle 10: Politische Parteien in Bosnien-Herzegowina

4.3.2 Präsidentschaftswahlen

Neben den drei Präsidenten, die für Bosnien-Herzegowina gewählt werden, existieren außerdem noch drei Präsidenten für die BKF und ein Präsident für die RS. Allerdings werden in dieser Arbeit die Präsidenten der zwei Entitäten nicht berücksichtigt. Nur die Parlamentswahlen werden auch für beide Gebietseinheiten betrachtet.

4.3.2.1 Präsidentschaftswahlen von Bosnien-Herzegowina

Wahlen:	1996	1998	2002	2006
Präsident (Serbe)	Krajisnik	Radisic	Paravac	Radmanovic
Präsident (Kroate)	Zubak	Jelavic	Covic	Komsic
Präsident (Bosniake)	Izetbegovic	Izetbegovic	Tihic	Silajdzic

Tabelle 11: Präsidentschaftswahlen in Bosnien-Herzegowina

[111] (Christophe Solioz, 2004), Seite 88

Der erste nicht-kommunistische Präsident von Bosnien-Herzegowina wurde der Moslem Alija Izetbegovic. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine drei Präsidenten gewählt wurden, scheint er nicht in der obigen Tabelle auf.

4.3.3 Parlamentswahlen (zum Abgeordnetenhaus)[112]

Es werden im Folgenden nur die Parlamentswahlen von Bosnien-Herzegowina, der Entität BKF und der Entität RS betrachtet. Die übrigen Parlamente der Kantone werden nicht betrachtet. Da es in diesem Balkanstaat nicht eine einzige Regierung gibt, die für den Gesamtstaat zuständig ist, wird nicht auf die jeweiligen Regierungskoalitionen eingegangen.

4.3.3.1 Die Wahlen 1990

Da bei den Wahlen 1990 noch keine zwei Gebietseinheiten existierten und auch das Wahlsystem nach dem Bürgerkrieg geändert wurde, scheint diese Wahl in den unteren Tabellen nicht auf. Sieger der Wahl waren die SDA, SDS und HDZ.

4.3.3.2 Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina

	1996	1998	**2000**	**2002**	**2006**
Parteien	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze
SDA	19	17	8	10	9
SBiH	2		5	6	8
SDS	9	4	6	5	3
HDZ	8	6	5	5	3
SDP	-	4	9	4	5
SNSD	-	-	-	3	7
Sonstige	4	11	9	9	7
Gesamt	42	42	42	42	42
Wahlbet.	n.a.	71%	64%	54%	55%

Tabelle 12: Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina

4.3.3.3 Parlamentswahlen in BKF

	1996	1998	**2000**	**2002**	**2006**
Parteien	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze
SDA	78	68	38	32	28
SBiH	11		21	15	24
HDZ	35	28	25	16	8
SDP	-	-	37	15	17
Sonstige	16	44	19	62	21
Gesamt	140	140	140	140	98

Tabelle 13: Parlamentswahlen in BKF

[112] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), Wahlen in Bosnien-Herzegowina 1996 - 2009

4.3.3.4 Parlamentswahlen in RS

	1996	1997	1998	2000	2002	2006
Parteien	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze
SDS	45	24	19	31	26	17
SNSD	-	2	6	11	19	41
PDP	-	-	-	11	9	8
SDA	14	16	15	6	6	3
SBiH				4	4	4
SRS	-	15	11	-	4	2
SPRS	-	9	10	4	3	3
Sonstige	24	17	22	16	12	5
Gesamt	83	83	83	83	83	83

Tabelle 14: Parlamentswahlen in der RS

5 Bulgarien

Abbildung 6: Geographische Lage von Bulgarien

Fläche: 110.994 km²

Hauptstadt: Sofia

Einwohnerzahl: 7.693.000

Besiedelungsdichte: 69 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Rumänien, Griechenland, Türkei, Mazedonien und Serbien

Amtssprache: Bulgarisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1991)

Währung: 1 Lew = 100 Stotínki

Unabhängigkeit: 22.9.1908

Status: Mitglied der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 85,7% orthodoxe Christen, 13,1% Muslime, Minderheiten von Katholiken, Protestanten und Juden

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 83,5% Bulgaren, 9,5% Türken, 4,6% Roma, 1,5% Russen, Armenier, Aromunen und Griechen

5.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1879	Unabhängigkeit, erste demokratische Verfassung
1908	Königreich Bulgarien
1912, 1913	Erster und Zweiter Balkankrieg
1914 - 1918	Erster Weltkrieg an der Seiter der Mittelmächte
1934 - 1944	Autoritäre Königsdiktatur
1941 - 1945	Zweiter Weltkrieg an der Seite der Achsenmächte
1946 - 1989	Volksrepublik Bulgarien
1955	Mitglied der UNO
1955	Beitritt zum Warschauer Pakt als Gründungsmitglied
November 1989	Sturz des kommunistischen Diktators Todor Schiwkow
1990	Erste freie Wahlen seit 1946
Mai 1992	Aufnahme in den Europarat
1999	Kandidatenstatus EU, Aufnahme von Beitrittsverhandlungen
November 2002	Einladung zum NATO-Beitritt
März 2004	Vollmitglied in der NATO
Jänner 2007	EU Beitritt

Tabelle 15: Zeittafel von Bulgarien

5.2 Geschichtliche Betrachtung

Bulgarien versuchte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges möglichst lange neutral zu bleiben, dadurch war das Land am Balkan relativ isoliert. Im Februar 1941 marschierte die Deutsche Armee ein und Bulgarien trat auf Seiten der Achsenmächte in den Zweiten Weltkrieg ein. Im September 1944 erfolgte ein linksgerichteter Militärputsch und es kam zum Einmarsch von sowjetischen Truppen. Bulgarien geriet in das Einflussgebiet der UdSSR.[113] *„In Bulgarien rottete man die Führungsschicht aus, wer früher Politik gemacht hat, und keine kommunistische, musste sterben. Blutiger und brutaler als in Bulgarien lief der kommunistische Umsturz jedenfalls in keinem andern osteuropäischen Land ab.“*[114] Bulgarien wurde zur Volksrepublik und zum Einparteienstaat, die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) hielt alle Fäden in der Hand. Die 1947 verabschiedete Verfassung war sehr stark an dem stalinistischen Vorbild angelehnt, die Ausrichtung des Landes orientierte sich in fast allen Bereichen an der Sowjetunion. In den ersten Jahren verbesserte die Volksrepublik den Lebensstandard der meisten Bulgaren. Durch die Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde die medizinische Versorgung verbessert, die Bildungsmöglichkeiten wurden erweitert, es herrschte Vollbeschäftigung und Grundnahrungsmittel waren gesichert zugänglich. Die bulgarische Exportwirtschaft konzentrierte sich ebenfalls vor allem auf die Sowjetunion und den COMECON-Markt.[115]

Die Entwicklung des Landes als Volksrepublik verlief aber nicht weiter positiv. Mit den Jahren kam Unzufriedenheit mit der Politik auf, die wirtschaftliche und finanzielle Situation hatte sich deutlich verschlechtert, die Wirtschaft konnte nicht weiter wachsen, der technische Rückstand gegenüber den westlichen Industrieländern wurde immer deutlicher. Die Korruption, die das Land von diesem Zeitpunkt an immer wieder beschäftigen wird, war fast allgegenwärtig und sie breitete sich immer

[113] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 9 - 11
[114] (Appelius, 2006), Seite 90 - 95
[115] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 9 - 11

weiter aus. Es kam auch zu einem deutlichen Abkühlen des Verhältnisses mit der UdSSR, was die Situation in Bulgarien ebenfalls verschlechterte. Im Winter 1984/85 wurde eine breit angelegte, sehr aggressive Bulgarisierungskampagne durchgeführt. Die türkische Bevölkerung des Landes wurde einer „Re-Bulgarisierung" unterzogen. Die Verwendung der türkischen Sprache im Schulunterricht und in der Öffentlichkeit wurde verboten, es wurden radikale Namensänderungen durchgeführt und die Ausübung der religiösen Riten wurde untersagt. Ein großer Teil der türkischen Minderheit (ca. 320.000 im zweiten Halbjahr 1989) verließ Bulgarien mit dafür ausgestellten Ausreisepässen. Diese Abwanderung hatte langfristige negative Auswirkungen auf die Versorgungslage des Landes. Aus der entstandenen türkischen Widerstandsbewegung formierte sich Anfang 1990 die „Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS).[116]

Innerhalb der kommunistischen Partei kam es vor allem bei den jüngeren Politikern zu einem gewissen Umdenken. Es war offensichtlich, dass die Strategie geändert werden musste, um die Macht im Land nicht zu verlieren. Ein Teil der Partei war auch offen für schrittweise Annäherungen an marktwirtschaftliche Strukturen. Es formierten sich zu dieser Zeit einige regierungskritische Gruppierungen und vor allem auch Umweltschutzorganisationen, 1989 kam es zur Gründung einer Gewerkschaft. In den alten Strukturen war das Land nicht mehr zu regieren, also versuchte die BKP mit Führungswechseln und einigen kleineren Reformen die Regierungsmacht zu retten. Im Dezember 1989 konstituierte sich die in den nächsten Jahren wichtigste antikommunistische Bewegung, die „Union der Demokratischen Kräfte" (SDS). Der Einparteienstaat wurde aufgehoben, die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung sowie einer parlamentarischen Demokratie beschlossen.[117]

Über vierzig Parteien stellten sich den Wahlen im Juni 1990. Die Bulgarische Sozialistische Partei BSP (Folgepartei der BKP) konnte mit ihrer wesentlich vorteilhafteren Startposition die absolute Mehrheit mit 211 Mandaten (von 400) erreichen, die SDS kam auf 144 Mandate. Die Wahlbeteiligung lag bei über 90%. Das gebildete Kabinett unter Lukanov führte nur wenige Reformen durch, viele der wichtigsten Vorhaben wurden verschoben. Der wirtschaftliche Trend ging deutlich abwärts, die Inflation stieg schnell an, die Tilgungszahlungen für Auslandsschulden und Zinszahlungen wurden eingestellt. Streiks und Demonstrationen verschärften die Situation weiter, die Regierung konnte die Lage nicht mehr in den Griff bekommen und es kam zu deren Rücktritt am 29. November 1990.[118] Ein Expertenkabinett bildete die Übergangsregierung, es sollte eine Verfassung ausarbeiten und Neuwahlen vorbereiten. Die notwendigen Reformen, um die dramatische Versorgungssituation und die schlechte wirtschaftliche Lage zu verbessern, wurden nicht durchgeführt.[119] Die neue demokratisch-parlamentarische Verfassung wurde am 12. Juli 1991 verabschiedet, die Neuwahlen wurden für den 13. Oktober 1991 angesetzt.[120]

Die SDS erreichte bei den Wahlen 1991 34,4% und die BSP (in einer Wahlkoalition) lag mit 33,1% knapp dahinter. Mit diesem Ergebnis konnte keine Stabilität im Land hergestellt werden. Es kam zur Bildung einer SDS-Minderheitenregierung unter Dimitrov, in die große Hoffnungen auf schnelle Veränderungen gesetzt wurden. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts war relativ hart, es wurden Gesetze bezüglich Privatisierung und Rückgabe von kollektiviertem Eigentum verabschiedet. Für die Bevölkerung kam es aber zu keinen spürbaren Verbesserungen. Zu Fall kam das Kabinett am 28. Oktober bei einer neuerlichen Vertrauensfrage. Als Interimsregierung wurde ein neues Expertenkabinett aus BSP und DPS gebildet.[121] *„Mit der Wahl von Ljuben Berov zum neuen Ministerpräsidenten am 30. Dezember 1992 erhielt Bulgarien seine fünfte Regierung innerhalb von nur drei Jahren, und überraschenderweise sollte sie länger als jede ihrer Vorgängerinnen die Politik leiten."*[122] Im März 1993 kam es zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU

[116] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 12 - 14
[117] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 15 - 18
[118] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 18 - 23
[119] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 23 - 25
[120] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 25 - 26
[121] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 27 - 34
[122] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 35 - 38

(Inkrafttreten mit 1. Februar 1995), dieses Übereinkommen war noch der vorigen Regierung zu verdanken. Der Standard, wie die Bevölkerung lebte, war zu dieser Zeit sehr schlecht, es gab kaum Arbeit und die Versorgung war größtenteils schlecht. Die Regierung hatte weder die Wirtschaft noch das Bankenwesen unter Kontrolle. Im Sommer 1994 gab es etwas Bewegung im Parlament, mit knapper Mehrheit wurde ein Massenprivatisierungsprogramm verabschiedet und ein Umschuldungsabkommen konnte abgeschlossen werden. Für Berov und sein Kabinett war das allerdings zu spät, der Rücktritt wurde am 2. September 1994 erklärt.[123]

Bei den dritten Wahlen am 18. Dezember 1994 erreichten die Sozialisten in einem Wahlbündnis wieder die absolute Mehrheit mit 43,5% und 125 Mandaten (von 240). Videnov führte die neue Regierung, die viele Aufgaben vor sich hatte. Die Probleme im Land waren groß, vor allem in Bezug auf das organisierte Verbrechen und die Korruption, auch innerhalb der Politik mussten schnell Schritte zur Bekämpfung gesetzt werden. Die notwendigen Umsetzungen der Privatisierungsmaßnahmen wurden auch in dieser Regierungsperiode nicht getätigt, die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage war katastrophal. Die Beantragung der Mitgliedschaft Bulgariens in der Europäischen Union im Dezember 1995 war eine der wenigen positiven Initiativen des Kabinetts Videnov. Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 konnte sich der SDS Kandidat Stojanov durchsetzen, dieser Sieg wirkte sich ebenfalls negativ auf die Lage der regierenden BSP aus. Mit dem Zusammenbruch des Bankensystems im Mai und einer Versorgungskrise im Winter 1996 war das Kabinett am Ende.[124] Videnov trat von seinem Amt als Ministerpräsident und auch von dem des Parteivorsitzenden zurück, diese übernahm sein Stellvertreter Georgi Părvanov. Das Land war im Ausnahmezustand im Winter 1996/1997. Nach Versuchen einer Regierungsarbeit wurde doch einer Vorverlegung der Wahlen zugestimmt. Als Leiter der Interimsregierung wurde der Sofioter Bürgermeister Sofijanski eingesetzt.[125]

Die Wahl am 19. April 1997 brachte kein überraschendes Ergebnis. Die SDS bildete mit kleineren Parteien das Wahlbündnis „Vereinigte Demokratische Kräfte“ (ODS), die DPS bilde mit einigen Kleinstparteien das sehr heterogene Wahlbündnis „Vereinigung Nationale Rettung“ (ONS). Die ODS erhielt 52% der Stimmen und somit eine stabile Mehrheit mit 137 Mandaten. Das neue Kabinett unter SDS-Führung begann schnell mit der Arbeit, als ersten Punkt sollten die alten Eliten ausgewechselt werden. *„Die ODS-Koalition vollzog die längst überfällige Wende in der bulgarischen Wirtschafts- und Außenpolitik.“*[126] Der Kurs wurde entschlossen Richtung EU und NATO weitergelenkt. Es wurde ein Währungsrat eingerichtet, eine strikte, mit dem IWF abgestimmte Haushaltpolitik durchgesetzt. Das führte zu einer Entspannung bei den Währungsreserven und auch die Hyperinflation konnte überwunden werden. Der Kostov-Regierung gelang die Umsetzung vieler notwendiger Reformen und es konnten trotz der schwierigen Lage erste leichte Erfolge erzielt werden. Die Privatisierung wurde in vielen Bereichen durchgeführt. Diese führte zu vielen Arbeitslosen der großen Staatsbetriebe. *„Im Sommer 1999 erstmals wieder eine gewisse makroökonomische Stabilität erreicht.“*[127] 1998 nahm Bulgarien im Kosovo-Konflikt an der Seite der NATO teil, wobei die Bevölkerung diesen Schritt nicht unterstützte. Im Dezember 1999 erkannte die EU Bulgarien den Kandidatenstatus für die zweite Runde der EU-Erweiterung zu. Korruption und organisiertes Verbrechen und dessen Bekämpfung waren immer noch aktuelle Themen. Dabei gab es aber wenige Erfolge zu verzeichnen, die Vorwürfe gegen die Regierung nahmen zu. Auf den Straßen herrschten blutige Bandenkriege und Auftragsmorde, die Politik war machtlos.[128]

Zu einer großen Veränderung der Parteienlandschaft kam es für die nächsten Wahlen 2001. Der ehemalige Zar Simeon II. war nach Bulgarien zurückgekehrt und durch die Rückerstattungen des enteigneten Landbesitzes einer der reichsten Männer im Land. Es war für den Zaren ein sehr

[123] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 35 - 38
[124] (Appelius, 2006), Seite 122
[125] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 47 - 52
[126] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 56 - 65
[127] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 56 - 65
[128] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 56 - 65

günstiger Zeitpunkt, um in die Politik einzusteigen, die Bevölkerung war von der Politik immer wieder enttäuscht worden und suchte nach einer Alternative. Mit der gegründeten „Nationale Bewegung Simeon II." (NDS II) trat der Zar in einem Wahlbündnis bei den Parlamentswahlen an. Simeon war die charismatische Hauptperson, die populistische Versprechungen machte und das Volk begeisterte. Die Erwartungen der NDS II an das Wahlergebnis waren sehr hoch, wurden jedoch vom tatsächlichen Ergebnis noch weit übertroffen. Mit einer Zustimmung von 42,7% erreichte das Wahlbündnis 120 der 240 Mandate, die absolute Mehrheit konnte also um nur ein einziges Mandat nicht erzielt werden.[129]

Simeon trat an die Spitze der Regierung, der weitaus kleinere Partner in der Koalition wurde die DSP. Die Bevölkerung musste schnell feststellen, dass sich auch mit diesem neuen Kabinett nichts änderte, die Versprechungen des Zaren waren nach dem Wahlerfolg sofort wieder vergessen. Die IWF-Politik wurde fortgesetzt, es wurde daran gearbeitet, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Die Wahl zum Staatspräsidenten im November 2001 konnte Stojanov nicht wieder für sich entscheiden, der BSP-Chef Părvanov setzte sich durch.[130] Dieser Sieg war Părvanovs kam relativ überraschend, er etablierte sich aber schnell als fähiger Präsident und langsam kam Bewegung in die politischen Machtverhältnisse. Simeon, der bis dahin die Hauptfigur in der Politik darstellte, wurde immer unpopulärer, die Basis der NDS II bröckelte, es kam zu einigen Austritten aus der Partei und auch aus der Koalition. Somit wurde die DPS in der Regierung immer wichtiger, um Mehrheiten zu erreichen und schaffte es sich ein gewisses Ansehen aufzubauen.[131]

Um den Anforderungen eines EU-Beitritts gerecht zu werden waren viele Reformen nötig, vor allem im Bereich des Justizsystems. Dabei ereigneten sich Konflikten zwischen der Justiz und der Politik. Immer wieder kam es zu Verzögerungen und Verhinderungen der Reformen, für die EU mussten aber endlich Verbesserungen deutlich sichtbar werden.[132]

„Anders als die Vorgängerregierung richtete das Simeon-Kabinett die Außenpolitik Bulgariens stärker auf die USA aus, was gelegentlich das Verhältnis zur EU belastete."[133] Nach dem 9. November 2001 beteiligte sich Bulgarien an der Anti-Terror-Koalition. Es wurden Überflugrechte erteilt, der Militärflughafen in Burgas wurde für den Afghanistan Einsatz der USA zur Verfügung gestellt und Soldaten in den Irak entsandt. Bulgarien wurde im März 2004 als Vollmitglied in die NATO aufgenommen.[134]

Der Weg Richtung EU wurde im Simeon-Kabinett auch weiter verfolgt, Probleme gab es dabei vor allem im Umweltbereich und dem Justizsystem. Von den Verhandlungskapiteln konnten immer mehr erfolgreich abgeschlossen werden, bis Ende 2003 waren es 25 der 31 Kapitel.[135]

Die außenpolitischen Erfolge der Simeon-Regierung konnten die innenpolitischen Probleme nicht ausgleichen. Abgeordneten der NDS II spalteten sich ab, somit war die Mehrheit im Parlament verloren. Ein Misstrauensantrag scheiterte knapp, ein weiterer im Februar 2005 hatte Erfolg. Die Regierung versuchte zu handeln, es fehlten aber die Möglichkeiten. Zu vorgezogenen Neuwahlen kam es nur aufgrund von Unstimmigkeiten in der Opposition über den Wahltermin nicht. Im Land war es im Laufe der Simeon-Regierung zu einer relativen makroökonomischen Stabilisierung gekommen, die Arbeitslosenquote konnte auf knapp 12% reduziert werden, die Inflation lag stabil bei 6% und die Auslandsschulden waren nahezu halbiert.[136]

Die Parlamentswahlen am 25. Juni 2005 brachten wieder eine große Änderung in der Verteilung der Sitze im Parlament. Die Wahlbeteiligung war abermals gesunken und lag kaum über 50%. Die NDS II konnte den Wahlsieg nicht wiederholen, die Sozialisten wurden mit knapp 32% stärkste Kraft.

[129] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 65 - 69
[130] (Appelius, 2006), Seite 128
[131] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 69 - 72
[132] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 76 - 80
[133] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 82 - 87
[134] (Appelius, 2006), Seite 128
[135] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 82 - 87
[136] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 87 - 89

Schockierend war das erstaunlich hohe Ergebnis für die rechtsextreme Partei „Ataka“, sie lag mit 8,2% der Stimmen sogar vor der ODS. Die Regierungsbildung war nach diesem Wahlausgang mehr als schwierig, es kam zu keinen Einigungen. Dies bewirkte mehr oder weniger einen Stopp der Regierungstätigkeit. Nach Intervention des Staatspräsidenten Pǎvanov kam es zur Bildung einer Mitte-Links-Koalition (BSP, NDS II und DSP) unter dem BSP-Parteiführer Sergej Stanišev. Die Lage im Lande verbesserte sich auch nicht durch diese neue Regierung. Das Volk glaubte auch nicht mehr an wirkliche Veränderungen. Skandale in allen politischen Ebenen häuften sich, hochrangige Politiker standen unter Korruptionsverdacht. Bei der Wahl 2006 wurde Pǎrvanov als Staatspräsident bestätigt. Die EU sah diese Wiederwahl als stabiles Zeichen für die politische Lage Bulgariens. Im Land etablierte sich eine rechtsradikale Szene, die Einstellung gegenüber Roma und Türken wurde deutlich feindlicher. Zu den großen Problemen des Landes gehörten weiterhin Schwarzhandel und Korruption, auch das Kabinett Stanišev fand hier keine geeigneten Maßnahmen, die diese Situation ändern konnten. Vor allem der Handel mit der „Ware Mensch“ hatte immer größere Ausmaße angenommen. Das unzureichende Handeln der politischen Eliten wurde von der EU immer wieder deutlich kritisiert.[137] *„Wirtschaftlich sah sich Bulgarien ungebrochen, jedenfalls in makroökonomischer Hinsicht, auf Erfolgskurs, so dass das Land, ebenso wie Rumänien, in den westlichen Medien nicht selten als neuer „Tiger“-Staat gefeiert wurde.“*[138] Die Arbeitslosenquote war weiter gesunken, die Inflation ebenso. Das Wachstum der Wirtschaft stieg jährlich an, und der Export überstieg den Import.[139]

„Ein nicht unwesentliches Argument für die frühe Aufnahme des Schwarzmeeranrainers Bulgarien in die Europäische Union bildete dessen Bedeutung für den Transit von kaukasischem und zentralasiatischem Gas und Öl, aber auch als eigenständiger Lieferant von Atomstrom.“[140]

Die Erweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien stieß bzw. stößt in der Bevölkerung der EU immer noch auf Unbehagen und auch auf Unverständnis. Die Angst vor Korruption, Mafia usw. war groß in den Mitgliedstaaten. Auch der Gedanke, die EU sei noch nicht bereit für die Aufnahme von weiteren Ländern, war weit verbreitet. Alle 31 Verhandlungskapitel wurden Ende Juni 2004 erfolgreich abgeschlossen. Der Beitrittsvertrag wurde am 25. April 2005 in Luxemburg unterzeichnet. Die EU hat sich viele harte Sanktionsmöglichkeiten vorbehalten wie nie zuvor. Ein Beitritt zum Schengen-Abkommen wurde weder mit Bulgarien noch mit Rumänien diskutiert.[141]

Die Entwicklungen nach dem EU-Beitritt im Jänner 2007 waren in Bulgarien nicht nur positiv, die Zahl der Asylwerber stieg an, ein erstes Flüchtlingslager wurde errichtet, für die Unternehmen war der Wettbewerb wesentlich härter geworden. Es kam auch nicht zum Abbrechen der Skandale in der Politik, vor allem die Privatisierung der großen Unternehmen brachte viele Diskussionen. Makroökonomisch hatte sich das Land weiter gut entwickelt, aber davon hatte nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Politisch lag das Land weiterhin in der Krise.[142] Die Regierung stand immer mehr Druck, unter anderem auch aufgrund wiederholter Abmahnungen seitens der EU wegen Korruption und organisierter Kriminalität. Am 11. April 2008 stellte die Opposition ein Misstrauensvotum, welches nur knapp scheiterte. Es wurden Minister und Abgeordnete ausgewechselt, um die kritische Situation zu stabilisieren.[143]

5.3 Politische Daten

Das bulgarische Parlament besteht aus der Volksversammlung mit 240 Abgeordneten. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht mit einer 4%-Hürde (ausgenommen die Gründungswahlen). Die Regierung wird für vier Jahre gewählt, der Ministerpräsident ist das Regierungsoberhaupt. Der

[137] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 89 - 97
[138] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 98 - 99
[139] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 98 - 99
[140] (Opfer-Klinger, 2007), 100 - 102
[141] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 103 - 106
[142] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 106 - 114
[143] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 91

Staatspräsident wird alle fünf Jahre gewählt.[144] Seit 1989 gab es in Bulgarien sehr viele Wahlen, die Gründungswahlen waren 1990 und danach wurde ein neues Parlament in den Jahren 1991, 1994, 1997, 2001 und 2005 gewählt. Zwischen diesen Wahlen gab es auch mehrmals Übergangsregierungen.[145] *„Bis 1997 schöpfte kein Parlament sein vierjähriges Mandat aus, und keine Regierung schaffte es, länger als zweieinhalb Jahre an der Macht zu bleiben. Erst dem Kabinett von Ivan Kostov (1997 – 2001) gelang es, diese Regel zu durchbrechen.“*[146]

5.3.1 Parteien [147]

Partei	Bulgarische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
Ataka	*Nacionalen săjuz Ataka*	Nationalallianz Attacke
BBB	*Bălgarski Biznes Blok*	Bulgarischer Business Block
BE	*Evrolevista*	Eurolinke
BNS	*Bălgarski Naroden Săjuz*	Bulgarische Agrar- und Volksunion
BSP (ehem. BKP)	*Bălgarska* Socialističeska Partija	Bulgarische Sozialistische Partei
BZNS	*Bălgarski zemedelski naroden săjuz*	Bulgarische Bauernvolksunion
DPS	*Dviženie za prava i svobodi*	Bewegung für Rechte und Freiheiten
DSB	*Demokrati za silna Bălgarija*	Demokraten für ein starkes Bulgarien
NDS II	*Narodno dviženie Simeon II.*	Volksbewegung Simeon II.
NS	*Naroden Săjuz*	Volksunion
SDS	*Săjuz na Demokratični Sili*	Union der Demokratischen Kräfte

Tabelle 16: Politische Parteien in Bulgarien

5.3.2 Präsidentschaftswahlen [148]

Wahlen:	1992	1996	2001	2006
Präsident	Želev	Stojanov	Părvanov	Părvanov
Partei	SDS	SDS	BSP	BSP
Wahlgang	2.	2.	2.	2
Wahlbeteiligung	75,39%	63,14%	41,53%	42,5%

Tabelle 17: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Bulgarien

5.3.3 Parlamentswahlen [149]

	1990				1991		1994		1997		2001		2005	
Parteien	%	Sitze (Verhältnis/ Direkt/ Gesamt)			%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
BSP*	47	97	114	211	33,1	106	43,5	125	22,7	58	17,2	48	31,0	82
SDS**	36	75	69	144	34,4	110	24,2	69	52,3	137	18,2	51	7,7	20
DPS***	6	12	11	23	7,6	24	5,4	15	7,6	19	7,5	21	12,8	34
BZNS	8	16	0	16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

[144] (Opfer-Klinger, 2007)
[145] (Georgiev, 2003), Seite 57
[146] (Georgiev, 2003), Seite 57
[147] (Opfer-Klinger, 2007), (Georgiev, 2003)
[148] (Opfer-Klinger, 2007), (Georgiev, 2003), Seite 76
[149] (Appelius, 2006), (Georgiev, 2003), (Opfer-Klinger, 2007)

NS	-	-	-	-	-	-	6,5	18	-	-	-	-	-	-
BBB	-	-	-	-	-	-	4,7	13	5,0	12	-	-	-	-
BE	-	-	-	-	-	-	-	-	5,5	14	-	-	-	-
NDS II	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42,7	120	19,9	53
Ataka	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,2	21
DSB	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,4	17
BNS	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,2	13
Sonstige	3	0	6	6	25	0	16	0	7,6	0	14,5	0	8,9	0
Gesamt	100			400	100	240	100	240	100	240	100	240	100	240
Wahlbet.	90,78%				83,87%		75,23%		58,87%		66,77%		54,28%	
Hürde	-				4%		4%		4%		4%		4%	
Regierung	**BSP Kabinett**				**Minderheits-regierung SDS mit DPS**		**BSP Kabinett**		**ODS Kabinett**		**Koalition: NDS II + DPS**		**Koalition: BSP + NDS II + DPS**	
Minister-präsident	**Lukanov (BSP)**				**Dimitrov (SDS)**		**Videnov (BSP)**		**Kostov (SDS)**		**Simeon (NDS II)**		**Stanishev (BSP)**	

Tabelle 18: Ausgang der Parlamentswahlen in Bulgarien 1990 - 2005

* Ab 1991 Wahlbündnis Demokratische Linke bzw. Koalition für Bulgarien
** Ab 1997 Wahlbündnis ODS (Vereinigte Demokratische Kräfte)
*** Ab 1997 Wahlbündnis ONS (Vereinigung Nationale Rettung)

6 Griechenland

Abbildung 7: Geographische Lage von Griechenland

Fläche: 131.957 km², davon 3054 km² Inseln und 336 km² Mönchsrepublik Athos (mit autonomem Status)

Hauptstadt: Athen

Einwohnerzahl: 11.147.000

Besiedelungsdichte: 85 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Albanien, Mazedonien, Bulgarien und Türkei

Amtssprache: Griechisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1975)

Währung: 1 Euro = 100 Cent

Unabhängigkeit: 13.1.1822 (Proklamation)

Status: Mitglied der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 97% orthodoxe Christen, Minderheiten von Muslimen, Protestanten, Katholiken und Juden

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: offiziell 100% Griechen, allerdings Minderheiten von Slawen, Aromunen, Türken, Pomaken, Roma und Armeniern

6.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1822	Unabhängigkeit
1940	Eintritt in den zweiten Weltkrieg
1946 - 1949	Griechischer Bürgerkrieg
1952	Aufnahme in die NATO
1961	Assoziationsvertrag mit der EU
1967 – 1974	Militärdiktatur in Griechenland
1975	Griechische Verfassung
1981	Aufnahme in die Europäische Union
1994-1995	Handelsembargo gegen Mazedonien
1998	Griechenland erfüllt die Auflagen für die Währungsunion nicht
2000	Einführung des Euro und Beitritt in EWWU
2008	Veto gegen eine Aufnahme Mazedoniens in die NATO

Tabelle 19: Zeittafel von Griechenland

6.2 Geschichtliche Betrachtung

Zu Beginn des zweiten Weltkriegs wurde die Absicht Griechenlands, sich aus dem Krieg durch seine neutrale Position heraus zuhalten mit dem Angriff italienischer Truppen im August 1940 zerstört. Die fehlschlagenden Versuche Italiens, Griechenland zügig einzunehmen mündeten in die Invasion deutscher Truppen im Jahr 1941. Ab diesem Jahr wurde Griechenland von italienischen, deutschen und bulgarischen Truppen besetzt. Der Abzug der deutschen Truppen setzte im Oktober 1944 ein. Die Regierung, welche im gleichen Jahr aus dem Exil zurückkehrte stand danach den aufständischen Kommunisten gegenüber. Diese gegensätzlichen Positionen im Land wurden bereits im Widerstand gegen die Besatzungsmächte deutlich, da die pro-Sozialisten wie auch die Anti-Sozialisten jeweils eine eigene Befreiungsarmee mobilisierten. Nach dem Boykott der ersten Wahl nach dem Krieg 1946 seitens der Kommunisten ging zwangsläufig die Gegenseite als Sieger hervor. Die unterschiedlichen Überzeugungen mündeten anschließend in den griechischen Bürgerkrieg, der erst 1949 beendet werden konnte. Die so genannte „Demokratische Armee“ bediente sich der Guerilla Taktik, mit der sie zu Kriegsbeginn rasche Erfolge gegen die reguläre Armee verzeichnen und ganze Gebiete unter ihre Kontrolle bringen konnte. Unterstützung erhielt die pro-kommunistische Armee vor allem von umliegenden kommunistischen Staaten wie Albanien, Bulgarien und Jugoslawien. [150] Das Zerwürfnis von Jugoslawien mit der Sowjetunion im Jahr 1948 ließ die Priorität der Unterstützung an das pro-kommunistische Lager in Griechenland schwinden. Die fehlende Intervention der Sowjetunion in der Griechenlandfrage begründete sich auf ein Abkommen von Stalin mit Churchill, welches Griechenland dem britischen Einfluss unterstellte. Die Schließung der jugoslawischen Grenze für Partisanen 1949, sowie die massiv von den USA zur Verfügung gestellten Hilfeleistungen an die reguläre Armee führten zum Ende des Bürgerkriegs zu Gunsten der anti-kommunistischen Regierung.

Nach dem Bürgerkrieg wurden 1950 Wahlen durchgeführt. Durch die Nachwehen des Bürgerkriegs waren die einzelnen Parteien untereinander sehr zerstritten, wodurch die folgenden Regierungen nie lange Bestand haben sollten. Neuwahlen wurden 1951 und auch im Folgejahr ausgerufen. Nach 1952 konnten die rechtsgerichteten Parteien, allerdings mit großer Unterstützung der Bevölkerung eine stabile Regierung stellen, was sich bis 1963 nicht änderte. Wirtschaftlich kam man von dem Plan ab, nach kommunistischem Vorbild die Schwerindustrie auszubauen und setzte mit einer rigorosen

[150] (Clogg, 1997)

Finanzpolitik der Hyperinflation ein Ende. Neben Militärausgaben wurde der Bausektor Ziel der Investitionstätigkeit Griechenlands, die von 1961 bis 1980 fast 65 Prozent der Gesamtinvestitionen ausmachten.[151] Außerdem setzte, bezeichnend für die Balkanregion nach dem zweiten Weltkrieg, eine Landflucht ein, sodass bis 1971 der urbane Bevölkerungsanteil von 38 auf 53 Prozent anstieg. Die Unternehmensstruktur wurde von Kleinbetrieben dominiert, die sich auf niedrigem technologischem Niveau auf die Herstellung von Nahrung, Textilien oder Tabak konzentrierten.[152] Der weiterhin auf Hilfsmittel der USA angewiesene Staat konnte mit dem Tourismus eine Einnahmequelle für sich entdecken. Dieser Entwicklung kamen die nach dem Bürgerkrieg gut ausgebaute Infrastruktur und der vermehrte Flugverkehr zu Gute. Ebenfalls wurde die griechische Handelsflotte ausgebaut. Das führte zu einer Verdopplung des Pro-Kopf Einkommens der Griechen, welches einer Preissteigerung von nur 17 Prozent von den Jahren 1955 bis 1963 gegenüberstand.[153]

Im kalten Krieg kam Griechenland eine wichtige strategische Rolle zwischen dem Westen und der Sowjetunion zu, was in die NATO Aufnahme 1952 mündete. Das anfänglich gute Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei, die im selben Jahr in das Militärbündnis aufgenommen wurden, verschlechterte sich ab 1955, vor allem wegen der Zypernfrage zusehends. Im August 1960 wurde Zypern nach Verhandlungen von Großbritannien mit der Türkei und Griechenland unabhängig. Wegen anhaltender Spannungen ist die UN in einer Friedensmission seit 1964 bis heute auf der Insel stationiert.

Bis in die späten 60iger Jahre wurde die innenpolitische Situation Griechenlands von den Differenzen zwischen Links und Rechts dominiert und mündete 1967 in einen Militärputsch der rechten Kräfte. Diese errichteten eine Militärdiktatur, die zwar wenig Popularität genoss, allerdings durch weiteres Wirtschaftswachstum, das sich vor allem durch großzügige Investitionen und Anreize für Anleger und Investoren begründete, auf wenig organisierten Widerstand in der Bevölkerung stieß. Im Jahr 1973, nach der Ölkrise, wurden vor allem von Studenten Aufstände organisiert und eine Meuterei der Marine angezettelt. Die Reaktion des Regimes war die Absetzung des Königs und die Ausrufung einer Präsidialen Parlamentarischen Republik. Im selben Jahr verschlechterten sich die Beziehungen mit der Türkei weiter, da diese *„das Recht beanspruchte, Öl in Gebieten der Ägäis zu suchen, die von Griechenland als Teile seines eigenen kontinentalen Festlandsockels angesehen wurden.“*[154] Im Zuge dieses Disputes wurde auch die Zypernfrage neu aufgerollt. Das Militärregime in Griechenland hatte, wohl auch zur Aufbesserung des eigenen Images innerhalb der Bevölkerung, eine Vereinigung mit Zypern angestrebt. Aus diesem Grund organisierte das Militärregime einen Putsch gegen den zypriotischen Präsidenten. Auf die veränderte Situation reagierte die Türkei mit der Besetzung des zypriotischen Nordens. Aufgrund des drohenden Krieges zwischen Griechenland und der Türkei, in dem Griechenland allerdings auf keine Verbündeten hoffen konnte, zerbrach das Regime im Jahr 1974 und Griechenland wurde erneut zur Demokratie. Das Verbot für die kommunistische Partei wurde aufgehoben, sodass sich bei den ersten freien Wahlen nach dem Militärregime das komplette politische Spektrum der Wahl stellen konnte. Neben den Parlamentswahlen wurde auch über die Rückkehr des Königs abgestimmt, wofür sich nur knapp 30 Prozent[155] der Bevölkerung aussprachen. Dieser politische Umschwung trug zur Entschärfung des Türkeikonflikts bei, da der Premierminister Griechenlands einen Deeskalationskurs verfolgte und alle Bestrebungen zur Einigung Zyperns mit Griechenland einstellte. Nichts desto trotz blieben die Beziehungen zwischen den Staaten weiterhin gespannt, da die Frage der Aufteilung der Ägäis, besonders in Bezug auf das gefundene Öl, nicht geklärt werden konnte.

Das von der Ölkrise besonders betroffene Griechenland hatte in den 70iger Jahren erneut das Problem einer hohen Inflation zu bekämpfen. Außenpolitisch orientierte sich das Land vor allem an dem möglichen Beitritt in die Europäische Union. Neben den wirtschaftlichen Aspekten eines EU

[151] (Clogg, 1997), Seite 183
[152] (Clogg, 1997), Seite 183
[153] (Clogg, 1997), Seite 184
[154] (Clogg, 1997), Seite 204
[155] (Clogg, 1997), Seite 210

Beitritts waren für Griechenland vor allem der Schutz der demokratischen Strukturen im eigenen Land, sowie ein Verbündeter gegen die Bedrohung der Türkei von großem politischem Interesse. Im Juni 1959 wurde der erste Schritt mit dem Antrag auf Assoziierung mit der Staatengemeinschaft gesetzt. Dieser Antrag war der erste eines industriell unterentwickelten Landes, der an die EU herangetragen wurde. 1961 wurde das Assoziationsabkommen unterzeichnet, welches eine Zollunion, Harmonisierung der Politik vor allem im Bereich der Landwirtschaft und finanzielle Hilfestellungen seitens der EU für die griechische wirtschaftliche Entwicklung beinhaltete. Die Assoziierung wurde in den Jahren der Militärdiktatur nach 1967 auf Eis gelegt. Die Abwendung Griechenlands von der Demokratie stellte die europäische Staatengemeinschaft vor einige Probleme, wodurch die zukünftigen Assoziationsabkommen präziser und zeitlich begrenzt gestaltet wurden.[156] Der ursprünglich im Assoziationsabkommen festgelegte Beitritt im Jahr 1984 wurde durch intensive Bemühungen seitens Griechenlands auf den 1.1.1981 vorverlegt. Die Bereitschaft für die Akzeptanz der Vorverlegung seitens der EU Staaten lässt sich als Kompensation für die fehlende Intervention in der Zeit der Militärdiktatur erklären. Außerdem spielte die strategische Position Griechenlands zweifellos eine Rolle bei der Aufnahme des Staates.

In den frühen 80iger Jahren vollzog sich außerdem politisch ein Wechsel hin zur linken Mitte. Im Zuge der neu gewählten Regierung wurden überfällige Reformpakete beschlossen und durchgesetzt. Dies beinhaltete beispielsweise die Stärkung der Frauenpolitik, schaffte den Straftatbestand des Ehebruchs und das Mitgiftsystem ab. Ebenfalls wurde eine Politik der nationalen Aussöhnung betrieben, die ehemaligen kommunistischen Flüchtlingen der Bürgerkriegszeit eine Rückkehr zusicherte. Auch die Reformen im Bildungs- und Gesundheitssystem zielten darauf ab, Griechenland in einen modernen Sozialstaat zu transformieren. Zu dem Zeitpunkt des Amtseintritts der PASOK Regierung war die Inflationsrate bereits jahrelang im zweistelligen Bereich. Ab 1985 wurde in Griechenland ein restriktives Sparprogramm durchgeführt, mit dem Ziel, den enorm gewachsenen Schulden Herr zu werden. Bewerkstelligt wurde dies durch die Reduzierung der Importe und Staatsausgaben, sowie erhöhten Staatseinnahmen, was große Widerstände und Streiks der Arbeiter und Angestellten auslöste. Die Modernisierung der Landwirtschaft ging mit dem Verlust von vielen Arbeitsplätzen einher, die dem Rationalisierungsprozess zum Opfer fielen. 1990 wies Griechenland erstmals einen Überschuss und einen „harten“ Drachmen auf.

Trotz dieser Erfolge war Griechenland noch weit davon „*entfernt, die Konvergenzkriterien für eine Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen*.“ [157] Im Zeitraum von 1981 bis 1990 wies Griechenland eine Inflation von 18,4 Prozent auf, wohingegen die Rate der EC Staaten bei 6,5 Prozent lag.[158] 1991 wurden erstmals die Anerkennungsprobleme Griechenlands mit dem sich bildenden souveränen Staat Mazedonien diskutiert. Griechenland stellte sich beim Zerfall von Jugoslawien auf die Seite Serbiens, was gegen den Kurs der Europäischen Union war, legte jedoch kein Veto ein, als es zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die EU kam. Die Interessen Griechenlands lagen in einem Fortbestehen Jugoslawiens, was sich durch die guten Beziehungen zu Milosevic und die starken Handelsverflechtungen mit der Staatenföderation begründen lässt. Anfang 1992 nannte Griechenland die Bedingungen, die für die Anerkennung Mazedoniens ihrerseits erfüllt werden mussten. Diese beinhalteten die Forderung einer Namensänderung, den Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber Griechenland und die Anerkennung seitens der Mazedonier, dass es keine mazedonische Minderheit in Griechenland gäbe.[159] Die mazedonische Reaktion waren Verfassungsänderungen, bei denen unter anderem festgelegt wurde, dass Mazedonien keine territorialen Ansprüche an seine Nachbarstaaten stellen werde. Dieses Entgegenkommen wurde international positiv bewertet, worauf die ersten Staaten die neue Republik anerkannten. Das Verhängen des Handelsembargos gegen Mazedonien während Griechenlands EU-Ratspräsidentschaft brachte Griechenland in der Staatengemeinschaft in Isolation und dem Land eine Klage des

[156] (Taktikos, 1999), Seite 21
[157] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 22
[158] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 22
[159] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 75

europäischen Gerichtshofs ein. 1995 hob Griechenland auf Druck der Staatengemeinschaft das Embargo wieder auf.

1992 ratifizierte die griechische Regierung die Maastricht Kriterien und in den Jahren 1993 bis 1999 erhielt Griechenland 22 Milliarden Euro aus dem Delors-II-Paket. Ziel war die Förderung wirtschaftlich unter dem EU Durchschnitt liegender Staaten, damit der Abstand verringert und die Aufnahme in die EWWU erleichtert werden sollte. Neben der Haushaltsdisziplin sollte die Wirtschaft modernisiert werden. Die letzte Stufe stellte den Umstieg auf eine gemeinsame Währung, den Euro dar. Die Voraussetzungen für die Währungsunion beinhalteten, dass der Verschuldungsgrad 60% und das Haushaltsdefizit 3% des BIP nicht übersteigen darf, die Inflationsrate niedrig und der langfristige Zinssatz entbunden werden muss. Außerdem musste die griechische Nationalbank autonom und frei von staatlicher Intervention werden.[160] Auflagen also, die die griechische Regierung aufgrund ihrer Ausgangssituation vor große Herausforderungen stellte. 1996 beispielsweise betrug die öffentliche Verschuldung 130% des BIP und die *„Europäische Kommission stellte im April 1997 eine gesamtwirtschaftliche Prognose vor, aus der die Disqualifizierung Griechenlands eindeutig hervor ging. Man prognostizierte ein BIP Wachstum von 3,1%, ein Finanzierungsdefizit - 4,9% des BIP, Verschuldung 108,3% des BIP.“*[161] Ab dem Jahr 1999 konnte Griechenland mit weiterer finanzieller Unterstützung rechnen, die für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien zur Verfügung gestellt wurden. Allerdings erreichte Griechenland bereits 1999 eine Inflation, die mit über 2 Prozent die Kriterien erfüllte. Auch das Wirtschaftswachstum überschritt den EU Durchschnitt in diesem Jahr um 3 Prozent.[162] Diese Erfolge wurden allerdings mit den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Kosovokonflikts geschmälert, bei dem die griechische Regierung das Bestreben Serbiens, die Unabhängigkeit des Kosovo zu verhindern unterstützte.

Die 2004 in Athen ausgetragenen olympischen Spiele und die damit verbundenen Investitionen verschafften Griechenland ab der Jahrtausendwende ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum von 4,4 Prozent.[163] Die Investitionen für die ersten Spiele seit 1896 beliefen sich auf sechs Milliarden Euro.[164] 2004 wurde außerdem die drei Legislaturperioden anhaltende PASOK Regierung abgewählt und die ND übernahm Regierungsverantwortung. Griechenland profitiert von der Europäischen Union weiterhin durch Zahlungen aus dem Agrar- und Regional- und Strukturfont. Neben dem überdurchschnittlichen Wachstum verglichen mit dem EU Durchschnitt, hat Griechenland allerdings mit einer traditionell hohen Arbeitslosigkeit, einem Handelsbilanzdefizit und über dem EU Durchschnitt liegender Inflation zu kämpfen. Der Stimmenrückgang der regierenden ND bei den Parlamentswahlen 2007 kann durch das mangelhafte Krisenmanagement erklärt werden, dass die Regierung bei den Waldbränden im Sommer des gleichen Jahres an den Tag legte.[165] Bei den Bränden, bei denen über 16.000 Menschen obdachlos und ca. 270.000 ha Wald zerstört wurden, verursachte einen geschätzten Schaden von 1,5 (unmittelbar) bis 5 Milliarden Euro (Folgekosten).[166] Durch die Katastrophe wurde Griechenland der Anspruch auf Mittel aus dem Solidaritätsfont der Europäischen Union zu teil.

Der immer noch nicht geklärte Namensstreit mit Mazedonien veranlasste Griechenland im Jahr 2008 von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen und somit eine Aufnahme Mazedoniens in die NATO zu verhindern. Mit dem ersten Besuch eines griechischen Regierungschefs in der Türkei wurden die griechisch-türkischen Beziehungen weiter ausgebaut. Allerdings wurde bei der Zypernfrage und dem andauernden Streit über die Hoheitsgewässer und den Festlandsockeln weiterhin keine Einigung erzielt.[167]

[160] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 59
[161] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 102
[162] (Jaurtsoglu, 2002), Seite 117
[163] (Kripfganz, 2007)
[164] (Joanna Thanasis, 2004), Seite 56
[165] (Kripfganz, 2007)
[166] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 193
[167] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 195

6.3 Politische Daten

In Griechenland gilt das Wahlrecht ab dem 18. Lebensjahr. Das Parlament wird alle vier Jahre, der Präsident fünfjährlich gewählt.

6.3.1 Parteien

Partei	Griechische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
DIKKI	*Dimokratiko Koinoniko Kinima*	*Demokratische Sozialbewegung*
KKE	*Kommounistikó Kómma Elládas*	Kommunistische Partei
LA.O.S	*Laïkós Orthódoxos Synagermós*	Völkisch orthodoxe Sammlung
ND	*Nea Dimokratia*	Neue Demokratie
PA	*Politiki Anixi*	Politischer Frühling
PASOK	***Pa**nellinio **So**sialistikó **K**ínima*	Panhellenische Sozialistische Bewegung
SYRIZA	*Synaspismós tīs Aristerás tōn Kinīmátōn kai tīs Oikologías*	Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie

Tabelle 20: Politische Parteien in Griechenland

6.3.2 Präsidentschaftswahlen

Wahlen:	1990	1995	2000	2005
Präsident	Karamanlis	Stephanopoulos	Stephanopoulos	Papoulias
Wahlgang	2.	3.	1.	1.

Tabelle 21: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Griechenland

6.3.3 Parlamentswahlen

	1990		**1993**		**1996**		**2000**		**2004**		**2007**	
Parteien	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
ND	46,9	150	39,3	111	38,1	108	42,7	125	45,4	165	41,8	152
PASOK	38,6	123	46,9	170	41,5	162	43,8	158	40,6	117	38,1	102
SYRIZA	10,3	19	-	-	5,1	10	3,2	6	3,3	6	5,0	14
KEE	-	-	4,5	9	5,6	11	5,5	11	5,9	12	8,2	22
PA	-	-	4,9	10	-	-	-	-	-	-	-	-
DIKKI	-	-	-	-	4,4	9	-	-	-	-	-	-
LA.O.S	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,8	10
Sonstige	3,2	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt		300		300		300		300		300		300
Wahlbet.	83,2%		78,2%		75,0%		75,0%		75,6%		74,14%	
Regierung	**ND**		**PASOK**		**PASOK**		**PASOK**		**ND**		**ND**	

Tabelle 22: Ausgang der Parlamentswahlen in Griechenland

7 Kroatien

Abbildung 8: Geographische Lage von Kroatien

Fläche: 56.542 km²

Hauptstadt: Zagreb

Einwohnerzahl: 4.441.000

Besiedelungsdichte: 79 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Slowenien, Bosnien Herzegowina, Serbien und Ungarn

Amtssprache: Kroatisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1990)

Währung: 1 Kuna = 100 Lipa

Unabhängigkeit: 25.6.1991 (Proklamation)

Status: Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 87,8% Katholiken, 4,4% orthodoxe Christen, 1,3% Muslime, 0,3% Protestanten

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 89,6% Kroaten, 4,5% Serben, 5,9% Bosnier

7.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1102	Habsburger Monarchie (ungarische, später österreichisch-ungarische Oberhoheit)
1918	Thronfolger Alexander proklamiert Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen
1941	„Unabhängiger Staat Kroatien“ – Ustascha-Staat unter Führer Ante Pavelic
1945	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien unter Tito
1970/71	„Kroatischer Frühling“
Mai 1990	HDZ gewinnt die absolute Mehrheit bei den ersten freien Parlamentswahlen
Juni 1991	Unabhängigkeitserklärung Kroatiens
Ab Sept. 1991	Krieg in Kroatien
Aug. 1995	Kroatische Rückeroberung der serbisch kontrollierten Krajina
2001	Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens mit der EU
2004	Europäischer Rat verleiht Kroatien den Status eines Beitrittskandidaten
2005	Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union
2008	April: Einladung der NATO, Juli: Beitrittsprotokoll unterzeichnet, Ratifizierung läuft

Tabelle 23: Zeittafel von Kroatien

7.2 Geschichtliche Betrachtung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Kroatien eine der sechs Republiken der neu gegründeten „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“. Der Sozialismus wurde eingeführt und das politische und wirtschaftliche System war sehr stark an der Sowjetunion angelehnt. Es folgten Verstaatlichung und zentralistische Planung. Kroatien musste sich an die Vorgaben aus Belgrad halten und konnte nur wenige Entscheidungen selbst treffen. Der erste Fünfjahresplan für die Jahre nach 1947 beinhaltete sehr hoch gesteckte Ziele. In Kroatien sollte die Wirtschaft reaktiviert werden und die Industrialisierung vorangetrieben werden. Die Entzweiung von Jugoslawien und der Sowjetunion führte Jugoslawien zu seinem eigenen Weg, der Arbeiterselbstverwaltung.[168] Dieses System beteiligte die Arbeiter an der Verwaltung der Unternehmen und sollte zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitragen. Die Industrie Jugoslawiens entwickelte sich in den Jahren 1950 bis 1960 schnell, allerdings war das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in den Teilrepubliken sehr unterschiedlich. Die Wirtschaftslage hatte sich deutlich verbessert, der positive Verlauf wurde aber in den 60er Jahren immer wieder durch Wirtschaftskrisen gestoppt. Man versuchte durch den Umstieg von Fünfjahresplänen auf Jahrespläne die Situation zu entspannen und mit verschiedenen Reformen wieder eine Verbesserung herbeizuführen.[169]

Kroaten hatte innerhalb Jugoslawiens eine gute Stellung, vor allem der Tourismus unterstütze die Wirtschaft stark. Durch den Tourismus wurden viele Devisen ins Land gebracht, die Kroatien aber nicht vollständig behalten durfte, ein großer Teil musste an die anderen Republiken und die Zentralregierung abgeführt werden. Die Umverteilung, nicht nur der Devisen, war für Kroatien sehr unbefriedigend, man sah sich nur als Verlierer und wollte schon längst Veränderungen der zentralen jugoslawischen Vorgaben. Aus diesen ersten Überlegungen gegen die Zentralregierung entstand Ende der 60er Jahre der Kroatische Frühling. Diese Gruppierungen forderten viele Reformen, vor allem im ökonomischen und demokratischen Bereich. Man wollte die Rechte der Republik erhöhen und einige Entscheidungen eigenständig treffen können und vor allem auch weniger Zahlungen an die anderen Republiken und die Zentralregierung leisten. Der Kroatische Frühling wurde von der

[168] (Glamuzina, 2008), Seite 9 - 17
[169] (Glamuzina, 2008), Seite 17 - 27

Zentralregierung niedergeschlagen, die Parteispitze Kroatiens ausgewechselt und viele Personen festgenommen. Zu einem gewissen Einlenken Belgrads kam es mit der Verfassung im Jahr 1974. Sie beinhaltete eindeutig größere Kompetenzen für die Republiken, wie von den nördlichen Föderationsteilen gefordert, allerdings nur im wirtschaftlichen Bereich. Politisch blieb aber auch mit dieser Verfassung alle Macht bei der Zentralregierung in Belgrad. Die Wirtschaft entwickelte sich zu dieser Zeit nicht positiv, die Arbeitslosigkeit stieg an, ebenso die Auslandsschulden. Die Öl- und Erdgaskrise 1973 hatte auch sehr negativen Einfluss auf die Wirtschaft Jugoslawiens.[170]

Nach dem Tod Titos war ein wichtiger Faktor der Stabilität Jugoslawiens verloren und es wurde relativ schnell deutlich, dass das Selbstverwaltungssystem keine Option für die Zukunft war. Wirtschaftlich verschlechterte sich die Situation immer weiter, es gab auch mehrmals Versorgungskrisen. Immer wieder kam es zu verschiedenen Versuchen, das System zu retten oder zu reformieren, es mussten aber radikalere Schritte gesetzt werden, dazu war die Zentralregierung aber nicht bereit. Die Auslandskredite konnten nicht mehr getilgt werden. Die Inflation und die Arbeitslosigkeit vergrößerten sich ebenfalls immer weiter. Es folgten Streiks und Demonstrationen. Der Unterschied zwischen den nördlichen und südlichen Föderationsteilen wurde immer gravierender. In Kroatien und Slowenien wurde der Wunsch nach Selbstständigkeit immer lauter, vor allem in wirtschaftlichen Belangen wollte man einen anderen Weg einschlagen.[171] Im Jahr 1988 kam es nach einem Regierungswechsel zum Umsturz des wirtschaftlichen Systems, das Ende der Arbeiterselbstverwaltung wurde eingeläutet. Die Wirtschaft wurde in Richtung Marktwirtschaft verändert, jedoch kamen diese Reformen viel zu spät. Die Lage des Landes war katastrophal, im September 1989 hatte die Hyperinflation über 1000% erreicht, im Dezember lag sie sogar bei 2700%. Zu dieser Zeit trat Milosevic auf den Plan, als Gegner der Transformation zur Marktwirtschaft. Die Reformen wurden aber weiter vorangetrieben. Die Wirtschaft des Landes konnte nicht mehr stabilisiert werden, auch der wirtschaftlich gefestigtere Norden kam in große Bedrängnis. Die Reformen zeigten nicht das gewünschte positive Ergebnis, sie kamen zu spät und konnten die Lage nicht mehr retten.[172]

In Kroatien kam es auch zu politischen Veränderungen. Es wurden Parteien gegründet, u.a. die HDZ, die das Land in den kommenden Jahren beherrschen wird. Mit der offiziellen Unabhängigkeit im Sommer 1991 wurde das Mehrparteiensystem auch offiziell eingeführt. Die ersten freien Wahlen wurden im April 1990 abgehalten, damals noch als Republik Jugoslawiens.[173] An den Wahlen nahmen 18 Parteien und viele Unabhängige teil. Es gab zwei wichtige Gruppen, die HDZ und den linken Block der SDP. Die HDZ stellte sich klar für ein unabhängiges Kroatien auf. Der große Vorteil der Partei zu Beginn war ihr charismatischer Führer Tudjman. Es wurde eine HDZ Regierung unter Mesić gebildet, die nicht lange hielt, danach kam die nächste HDZ-Regierung unter Manolić. Bei den beiden Regierungen arbeiteten auch Oppositionspolitiker in der Regierung mit und ebenso Parteilose, aber die Regierungsarbeit funktionierte nicht und die Regierungen wurden nach jeweils nur kurzer Dauer aufgelöst. Anschließend wurde eine HDZ Alleinregierung unter Gregurić gebildet, die bis zu den vorgezogenen Wahlen 1992 im Amt blieb.[174]

Diese politischen Bestrebungen und Veränderungen in Kroatien konnte die Zentralregierung nicht ohne Reaktion hinnehmen. Schon auf die anfänglichen Unabhängigkeitsüberlegungen hatte Belgrad auch mit Waffengewalt regiert. Nach der Volksabstimmung im Mai 1991 über die kroatische Souveränität und die darauf folgende Unabhängigkeitserklärung am 25. Juni 1991 reagierte die Zentralregierung mit dem Aufmarsch der Militärs. Um die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht eskalieren zu lassen, wurde versucht die Situation mit Verhandlungen zu lösen. Dabei wurde eine dreimonatige Phase des Annäherns mit weiteren Gesprächen ausgehandelt. Kroatien sollte in dieser Zeit keine weiteren Schritte zur Verselbstständigung unternehmen und die jugoslawische Armee

[170] (Glamuzina, 2008), Seite 27 - 37
[171] (Glamuzina, 2008), Seite 38 - 46
[172] (Glamuzina, 2008), Seite 46 - 50
[173] (Glamuzina, 2008), Seite 58 - 68
[174] (Zakosek, 2003), Seite 121 - 125

sollte sich zurück ziehen. In Kroatien kam es aber nicht zur gewünschten Beruhigung der Situation, die Kämpfe konnten nicht beendet werden, sie breiteten sich immer weiter aus. In einem Teil der besetzten Gebiete wurde sogar eine eigene Republik ausgerufen, die Republik Serbische Krajina.[175] *„Während des Krieges gelangte ungefähr ein Drittel des kroatischen Staatsgebiets unter serbische Kontrolle."*[176] Die Kämpfe der jugoslawischen Armee gegen die kroatischen Militärs waren hart, Kroatien war schlecht auf den Krieg vorbereitet. Die Flüchtlingsströme aus den besetzten Gebieten waren für Kroatien eine große Belastung. Die EU versuchte immer wieder zwischen den beiden Seiten zu vermitteln, die Kämpfe dauerten aber weiter an. 1992 kam es zum Eingreifen bzw. zur Sicherung durch die UNO, es wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt.[177]

Die vorgezogenen Wahlen 1992 nach dem Scheitern der vorangegangenen Regierungen konnte die HDZ eindeutig für sich entscheiden. Der Stimmenanteil für die HDZ konnte im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen sogar ausgebaut werden, vor allem profitierte sie wieder besonders stark vom Disproportionseffekt. Die Richtung des Landes sollte nun Marktwirtschaft und Demokratie heißen. In der Verfassung vom Dezember 1990 war dem Staatspräsidenten eine sehr wichtige Position mit hoher Verantwortung und vielen Befugnissen eingeräumt worden. Das Amt war auf diese Art und Weise auf Tudjman zugeschnitten.[178] Dieser konnte die Wahl zum Präsidenten im Jahr 1992 klar für sich entscheiden, somit war seine Macht bestätigt. Er war als Persönlichkeit noch beliebter im Land als seine Partei.[179] *„Als Abschluss der Transitionsphase in Kroatien kann die Konstituierung der Legislative und Exekutive nach der neuen kroatischen Verfassung durch die Parlaments- und Präsidentenwahlen vom August 1992 (…) betrachtet werden."*[180]

Der in Bosnien-Herzegowina anhaltende Kriegszustand beeinflusste Kroatien sehr. Zwischen 1992 und 1993 wurden viele Flüchtlinge im Land aufgenommen. In Kroatien gab es zwei entgegengesetzte Meinungen bezüglich des Kriegs, eine Seite wollte den Anschluss der Kroaten im Gebiet Bosnien-Herzegowinas, die andere Seite wollte den Erhalt des Staates Bosnien-Herzegowina. Die Regierung und die HDZ legten sich offiziell auf keine der beiden Varianten fest. Kroatische Milizen waren zum Teil an den Kämpfen in Bosnien-Herzegowina beteiligt. Sowohl die EU als auch die USA versuchten zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln und ein Ende der blutigen Kämpfe voranzutreiben. Bis 1995 war es auf dem kroatischen Territorium relativ ruhig, doch im Mai und August dieses Jahres eroberten die Kroaten die Gebiete der Krajina und Westslawoniens in Blitzkriegen zurück. Diese Militäraktionen waren Verstöße gegen die UN-Resolution. Aus den zurückerkämpften Gebieten flüchteten nun über Hunderttausend Serben. Bosnien-Herzegowina gelang es mit kroatischer Unterstützung, die Serben vor allem in Westbosnien zurückzudrängen. Diese Kampfhandlungen bildeten das Ende des Krieges in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Es kam zur Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen, die Friedensverhandlungen wurden in Dayton geführt und kamen am 21. November zum Abschluss. Zur Sicherung der Gebiete wurden EUFOR-Truppen und UNO-Missionen eingesetzt.[181]

Im Oktober 1995 fanden die dritten Parlamentswahlen statt, sie waren absichtlich vorgezogen worden, um den militärischen Erfolg positiv nützen zu können. Das Wahlsystem wurde kurz vor der Wahl zugunsten der HDZ verändert.[182] Der militärische Sieg gegen die Serben wurde im Wahlkampf bestimmendes Thema der HDZ. Die Opposition war gegen die Vorverlegung des Wahltermins, hatte aber keine Handhabe gegen das Vorgehen der HDZ. Die Opposition versuchte sich bei dieser Wahl als Koalition zu positionieren, um gegen die HDZ eine Chance zu haben. Nach der Wahl kam es zur Zusammenarbeit der HDZ mit HSLS und HSS. Die HDZ suchte die Koalition, um den Vorwürfen aus

[175] (Steindorff, 2007), Seite 212 - 214
[176] (Steindorff, 2007), Seite 214
[177] (Rothacher, Kroatien nach dem Krieg: Die Kosten des Bonapartismus, 1999), Seite 119
[178] (Glamuzina, 2008), Seite 58 - 68
[179] (Zakosek, 2003), Seite 129
[180] (Zakosek, 2003), Seite 125
[181] (Steindorff, 2007),Seite 219 - 228
[182] (Glamuzina, 2008), Seite 58 - 68

internationalen Kreisen, es würde nur eine Partei im Land geben, zu entkommen.[183] Die zweite Präsidentenwahl ging wieder klar an Tudjman. Die Gegenkandidaten hatten aber grundsätzlich wenig Aussichten, sie wurden eingeschüchtert, in den Medien wurden sie nie gezeigt usw. Die Wähler aber straften dieses Verhalten der Politik mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung.[184]

Tudjman orientierte sich nach 1997 immer mehr an der NATO und der EU. Das Programm der HDZ war vor allem auf Tudjman als Frontperson gestützt. Innerhalb der Partei gab es immer wieder Unstimmigkeiten und auch Austritte, unter anderem kamen Vorwürfe der Korruption auf.[185] In der Opposition bildeten sich Koalitionen, es kam zur Gründung der „Opposition der Sechs", die aus der „Koalition der Zwei" (SDP und HSLS) und der „Koalition der Vier" (HSS, IDS, HNS und LS) bestand. Die Wahl 2000 schien plötzlich nicht mehr so klar, die HDZ war innerlich in verschiedene Blöcke zersplittert und vor allem der Tod Tudjmans kurz vor den Wahlen wirkte sich negativ für die HDZ aus. Das Wahlergebnis brachte einen politischen Wechsel, der 6er Oppositionsblock gewann und konnte die nächste Regierung mit 95 der 151 Sitze stellen. Račan (SDP) war Vorsitzender dieser Koalition. [186] Nach dieser Wahl waren erstmals mehrere Parteien im Parlament, es schafften 12 Parteien den Sprung. Diese große Koalition aus sechs Parteien war aber auch nicht einfach zu regieren, und sie hatte von Anfang an große Probleme auch innerhalb des Bündnisses.[187] Durch den Tod Tudjmans fand im Jahr 2000 auch die Wahl zum Präsidentenamt statt. Im zweiten Wahlgang konnte Mesić, Kandidat der HNS, die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Der neue Präsident war mit dem Kurs der Regierung einverstanden und unterstützte sie dabei. Die Macht des Präsidenten war aber durch die neue Verfassung stark eingeschränkt. Das Amt war auf Tudjman maßgeschneidert gewesen und wurde nach dessen Tod verändert; viele der Befugnisse des Präsidenten gingen an das Parlament.[188]

Die wirtschaftliche Ausgangslage Kroatiens zu Beginn der 90er Jahre war schlecht, vor allem die Hyperinflation machte dem Land zu schaffen. Kroatien musste mit den wirtschaftlichen Hinterlassenschaften von Jugoslawien leben. Um ausländische Investitionen zu ermöglichen, übernahm das Land 29,5% der Schulden von Jugoslawien. Die Schäden des Krieges in Kroatien waren verheerend. Verschiedene Programme wurden schrittweise gestartet, zuerst wollte man die Inflation in den Griff bekommen, nächster Punkt war die Privatisierung und der Wiederaufbau vieler Wirtschaftsbereiche. Die Industrie Kroatiens war zu diesem Zeitpunkt beinahe völlig zum Erliegen gekommen, hier konnte erst 1996 wieder von Wachstum gesprochen werden. Der Wegfall der jugoslawischen Absatzmärkte musste kompensiert werden. Die Orientierung Kroatiens ging immer weiter in Richtung EU, auch der Außenhandel verstärkte sich mit den Mitgliedsländern der Union. Die zweite Hälfte der 90er Jahre war für Kroatien im Wirtschaftsbereich wieder günstig. Nach Ende des Krieges konnte auch wieder der Aufbau des wichtigen Wirtschaftsbereiches Tourismus begonnen werden, was die Wirtschaftsdaten deutlich verbesserte.[189] *„Die Inflation der Kriegszeit (1600% im Jahre 1993) wurde in zwei Jahren nach Einführung des Kuna (1994) auf 2% reduziert."*[190] Die Privatisierung erfolgte in Kroatien auf unterschiedliche Weise, allgemein war sie aber sehr mangelhaft und langsam. Die Privatisierungen waren vor allem für wichtige Politiker vorteilhaft, das Vermögen wurde unter den bestimmenden Persönlichkeiten aufgeteilt. Die Bevölkerung konnte keinen Nutzen aus der *„teilweise abstruse beziehungsweise korrupte Form der „Privatisierung" in Kroatien".*[191] ziehen.[192]

[183] (Zakosek, 2003), Seite 131 - 134
[184] (Zakosek, 2003), Seite 135
[185] (Rothacher, Kroatien nach dem Krieg: Die Kosten des Bonapartismus, 1999), Seite 114
[186] (Glamuzina, 2008), Seite 58 - 68
[187] (Zakosek, 2003), Seite 136 - 138
[188] (Zakosek, 2003), Seite 138
[189] (Glamuzina, 2008), Seite 68 - 79
[190] (Rothacher, Kroatien nach dem Krieg: Die Kosten des Bonapartismus, 1999), Seite 107
[191] (Hoffmann, 2006), Seite 47
[192] (Glamuzina, 2008), Seite 79 - 96

Der Regierungswechsel 2000 war sehr gut für das Voranschreiten der Zusammenarbeit mit der EU. Im Oktober 2001 gelangte das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zur Unterzeichnung. Im Februar 2003 stellte die kroatische Regierung den Antrag auf EU-Mitgliedschaft. [193] Die Wahlen 2003 brachten die HDZ wieder an die Regierungsspitze. Ivo Sanader wurde neuer Ministerpräsident in einer Minderheitsregierung mit der HSU, der HSLS und den Minderheitenvertretern. Die Präsidentschaftswahl 2005 konnte erneut Mesić für sich entscheiden. Das Programm der neuen Staatsspitzen war klar die weitere Zusammenarbeit mit der EU und Reformen in Richtung eines EU-Beitritts. [194]

Die Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Kroatien wurden 2005 aufgenommen. Kroatien konnte bereits zu Beginn der Verhandlungen vielen der notwendigen Kriterien Genüge tun. Zu einer kurzen Unterbrechung der Beitrittsgespräche kam es noch im Jahr 2005, da Kroatien die geforderte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof nicht ausreichend erfüllte. Viele andere Punkte mussten auch noch verbessert werden, um eine Aufnahme Kroatien in der Union zu ermöglichen. Seit 2005 läuft ein Screening-Prozess, in dem alle Kapitel der europäischen Rechtsordnung durchgegangen werden, für Kroatien sind das 35 Kapitel. Bis November 2007 konnten 14 der Verhandlungskapitel für abgehandelt erklärt werden.[195] Ein Problem für die EU ist die Korruption in Kroatien und vor allem deren unzulängliche Bekämpfung. Das Verhältnis Kroatiens zu seinen Nachbarn hat sich fast zu allen angrenzenden Staaten verbessert, ausgenommen Slowenien. Hier gibt es immer wieder das gleiche ungelöste Thema: die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten. Vor allem die Grenze im Wasser ist immer wieder Streitgegenstand. Kroatien proklamierte im Jänner 2008 eine Fischereizone auch außerhalb kroatischen Territoriums. Dies sorgte für große Aufregung, auch innerhalb der EU. Die Wirtschaft Kroatiens ist mittlerweile auf einen EU-Beitritt gut vorbereitet, wenn auch einige Schwachpunkte nicht unterschätzt werden dürfen.[196] Kroatien ist der EU gegenüber allerdings nicht unbedingt nur freudig oder unvoreingenommen eingestellt, es gibt auch sehr viele kritische Stimmen. In den Jahren nach der Unabhängigkeit war die Zustimmung der Bevölkerung zu einem EU-Beitritt groß – ca. 80% in den Jahren 1992 bis 1997. Diese Akzeptanz ist aber im Verlauf der Jahre in Ablehnung umgeschlagen. 2006 waren laut Umfragen nur noch gut 50% für eine Mitgliedschaft in der EU.[197]

Die letzten Parlamentswahlen waren im November 2007, das Ergebnis war eine Mitte-Rechts-Koalition der HDZ mit HSS, HSU und HSLS und der serbischen Minderheit.[198] Kroatien wurde im April 2008 von der Nato zum Beitritt eingeladen, das Beitrittsprotokoll ist bereits unterzeichnet, die Ratifizierung der Länder läuft. Der wieder aktuelle Streit mit Slowenien um die kroatische proklamierte Fischereizone wird vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag beurteilt werden, darauf konnten sich Slowenien und Kroatien einigen.[199] Doch die Differenzen zwischen Slowenien und Kroatien weiteten sich Ende 2008 aus, Slowenien legte Veto gegen den Beitritt Kroatiens aufgrund von Grenzziehungen auf vorgelegten Landkarten ein. Mit diesem Einspruch Sloweniens ist ein Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien für das Jahr 2009 nahezu unmöglich.[200]

7.3 Politische Daten

Das kroatische Parlament ist der Sabor, es wird alle 4 Jahre gewählt und besteht aus 100 bis 160 Abgeordneten. Im aktuellen Sabor sitzen 153 Abgeordnete, diese Zahl ist von der Bevölkerungszahl und dem Proporz abhängig. Es gibt eine 5%-Schwelle, um ins Parlament zu gelangen, 8 Sitze sind für die Minderheiten bestimmt. Das kroatische Staatsoberhaupt ist der Präsident, seine Amtszeit sind

[193] (Glamuzina, 2008), Seite 103 - 108
[194] (Glamuzina, 2008), Seite 101 - 103
[195] (Glamuzina, 2008), Seite 103 - 108
[196] (Glamuzina, 2008), Seite 108 - 117
[197] (Hoffmann, 2006), Seite 91
[198] (Glamuzina, 2008), Seite 101 - 103
[199] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), Seite 295
[200] (DiePresse.com, 2009)

fünf Jahre und er darf maximal einmal wiedergewählt werden. Um in Kroatien die Stimme abgeben zu können, muss das 18. Lebensjahr abgeschlossen sein. [201]

Die aktuelle Verfassung stammt aus dem Jahr 2001. Mit dieser Verfassung wurde das System Kroatiens von einem semi-präsidentiellen in ein parlamentarisches umgewandelt. Dabei wurden vor allem die Befugnisse des Präsidenten verringert, das Amt war bis dahin auf Tudjman zugeschnitten, viele der Kompetenzen wurden auf das Parlament und die Regierung übertragen. In den 90er Jahren kam es immer wieder zu Änderungen im Wahlrecht, um die Position der HDZ zu optimieren. Bei den Vorgründungswahlen 1990 bestand das Parlament noch aus drei Kammern und es wurde mittels Mehrheitswahlsystem abgestimmt. Dieses System wurde mit der Verfassung vom Dezember 1990 abgewandelt, das Parlament um eine Kammer verringert und ein Grabensystem etabliert. Bei den Gründungswahlen 1992 wurden 60 Abgeordnete durch Verhältniswahl und 60 Abgeordnete durch Mehrheitswahl gewählt. Auch vor der Wahl 1995 kam es zu Modifikationen des Wahlrechts. Die bis dahin einheitliche Schwelle von 3% wurde differenziert, die Schwelle lag für eine Partei bei 5%, für eine Koalition aus zwei Parteien bei 8% und für Koalitionen aus mehreren Parteien bei 11%.[202]

7.3.1 Parteien [203]

Partei	Kroatische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
HDZ	*Hrvatska Demokratska Zajednica*	Kroatische Demokratische Gemeinschaft
HNS	*Hrvatska Narodna Stranka*	Kroatische Volkspartei
HSLS	*Hrvatska Socijalno-Liberalna Stranka*	Kroatische Sozialliberale Partei
HSP	*Hrvatska Stranka Prava*	Kroatische Partei des Rechts
HSS	*Hrvatska Seljačka Stranka*	Kroatische Bauernpartei
HSU	*Hrvatska Stranka Umirovljenika*	Kroatische Partei der Rentner
IDS	*Istarski Demokratski Sabor (2003 in SDP)*	Istrische Demokratische Versammlung
KNS	*Koalicija narodnog sporazuma*	Koalition des Volkseinvernehmens
LS	*Liberalna stranka*	Liberale Partei
SDP	*Socijaldemokratska Partija Hrvatske*	Sozialdemokratische Partei Kroatiens

Tabelle 24: Politische Parteien in Kroatien

7.3.2 Präsidentschaftswahlen [204]

Wahlen:	1992	1997	2000	2005
Präsident	Tudjman	Tudjman	Mesić	Mesić
Partei	HDZ	HDZ	HNS	HNS
Wahlgang	1.	1.	2.	2.
Wahlbeteiligung	74,9%	54,6%	63,0%	51,5%

Tabelle 25: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Kroatien

[201] (Glamuzina, 2008)
[202] (Zakosek, 2003)
[203] (Rothacher, Kroatien nach dem Krieg: Die Kosten des Bonapartismus, 1999), (Zakosek, 2003), Seite 144
[204] (Glamuzina, 2008), (Zakosek, 2003), Seite 150

7.3.3 Parlamentswahlen [205]

Wahlen	1990		1992		1995		2000		2003		2007	
Partei	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
HDZ	41,9	55	43,2	85	45,2	75	24,4	46	33,9	66	36,0	66
SDP	35,0	20	5,5	6	8,9	10	40,8	47	22,6	34	30,8	56
HSLS	-	-	17,7	14	11,6	12		24	4,1	5	6,4	2
HSS	-	-	4,3	3	18,3	10	15,6	16	7,2	9		6
HNS	-	-	6,7	6		2		2	8,0	14	6,7	7
IDS	-	-	3,2	6		4		4	(SDP)	4	1,5	3
LS	-	-	-	-	-	-		2	-	-	-	-
HSP	-	-	7,1	5	5,0	4	5,3	5	6,4	8	3,4	1
HSU	-	-	-	-	-	-	1,9	-	4,0	3	4,0	1
KNS	15,3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheiten / Unabhängige	-	2	-	13	-	8	-	5	-	8	-	8
Sonstige	7,8	-	12,3	-	11,0	2	12,0	-	13,8	1	11,2	3
Gesamt	100	80	100	138	100	127	100	151	100	152	100	153
Wahlbeteiligung	84,5%		75,6%		68,8%		76,5%		61,7%		63,4%	
Ministerpräsident	Mesić, Manolić, Gregurić (alle HDZ)		Valentić (HDZ)		Mateša (HDZ)		Račan (SDP)		Sanader (HDZ)		Sanader (HDZ)	
Regierung	**HDZ Regierung**		**HDZ Regierung**		**HDZ Regierung**		**4+2er Koalition**		**HDZ Minder-heits-regierung**		**Koalition: HDZ, HSS, HSU, HSLS, serbische Minderheit**	

Tabelle 26: Ausgang der Parlamentswahlen in Kroatien

[205] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 295, (Glamuzina, 2008), (Zakosek, 2003), Seite 145 - 148

8 Mazedonien - ehemalige jugoslawische Republik

Abbildung 9: Geographische Lage von Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik

Fläche: 25.713 km²

Hauptstadt: Skopje

Einwohnerzahl: 2.036.000

Besiedelungsdichte: 79 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Griechenland, Albanien, Serbien, Kosovo und Bulgarien

Amtssprache: Mazedonisch, albanisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1991)

Währung: 1 Denar = 100 Deni

Unabhängigkeit: 25.1.1991 (Proklamation) , 8.9.1991 (Referendum)

Status: Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 70% orthodoxe Christen, 25% Muslime, 5% Katholiken

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 64,2% Mazedonier, 25,2% Albaner, 3,9% Türken, 2,7% Roma, 1,8% Serben, 0,8% Bosnier, 0,5% Aromunen, 0,9% Sonstige

8.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1944	Beitritt zur jugoslawischen Föderation
1946	Erste Jugoslawische Verfassung
1990	Erste multi-Parteien Wahlen nach der sozialistischen Diktatur
1991	Unabhängigkeitserklärung
1992	Jugoslawischer Truppenabzug von Mazedonien
1994-1995	Griechisches Handelsembargo
1993	Aufnahme in die UN unter dem Namen „Former Yugoslav Republic *of* Macedonia“
1995	Beitritt zur OSCE, dem Europarat und dem „Partnership for Peace Program“ der NATO
2001	Höhepunkt des albanisch-mazedonischen Konfliktes
2003	Beitritt zur WTO
2004	EU Beitrittsantrag wird gestellt
2005	Erste Kommunalwahlen
2005	Status des EU Beitrittskandidaten

Tabelle 27: Zeittafel von Mazedonien

8.2 Geschichtliche Betrachtung

Mazedonien war vor dem Zweiten Weltkrieg, als eine Folge des zweiten Balkankrieges 1913, zwischen Serbien (Vardar Mazedonien), Griechenland (Ägäisches Mazedonien) und Bulgarien (Pirin Mazedonien) aufgeteilt. Die Gebiete innerhalb Serbiens waren zu diesem Zeitpunkt in Jugoslawien eingegliedert. Sowohl das griechische als auch das jugoslawische Mazedonien wurde von den Deutschen 1941 annektiert und in weiterer Folge großflächig in das mit Hitler verbündete Bulgarien integriert. Der Westen Mazedoniens wurde von Albanien in Beschlag genommen und beide Völker trieben den Assimilierungsprozess voran, der sich vordergründig durch Einführung der neuen Amtssprache auszeichnete. Als Hauptinstrument der „Bulgarisierung“ und „Albanisierung“ diente jedoch die Reformation des Schulsystems, mit dem Ziel die jeweilige Kultur, Sprache und Geschichte zu lehren. Die verbliebenen Reste Mazedoniens, die sich direkt unter der Gewaltherrschaft der Achsenmächte befanden, litten nicht unter einem derartigen aufgezwungenen, ethnischen Wandel.

Abbildung 10: Mazedonien nach dem zweiten Weltkrieg[206]

[206] (Rossos, 2008), Seite 215

Innerhalb Jugoslawiens wurde Mazedonien als gleichgestellte Nation mit eigener sozialistischer Regierung und Administration als sechstes Mitglied in die Jugoslawische Föderation aufgenommen. Das mazedonische Territorium entsprach ca. 10% des damaligen Jugoslawien auf dem rund 8% der Gesamtbevölkerung lebten. Da nur 69,35% der Einwohner des Gebietes Mazedonier waren, machte es die Republik zu einem multiethnischen Staat in einem multinationalen Staatenzusammenschluss.[207] Die größten Minderheiten waren Albaner, Türken und Serben mit einem Bevölkerungsanteil von insgesamt 26,4 Prozent. Die 1946 beschlossene Verfassung garantierte allen Nationalitäten die Gleichstellung innerhalb der Föderation.

Nach dem Krieg wurde den bulgarischen Mazedoniern erlaubt ihre Nationalität zu deklarieren. Sie wurden als Minderheit mit eigenen ethnischen Merkmalen anerkannt, die eigene Zeitungen in ihrer Sprache verfassen und ihre Kultur offen leben konnten. Zwischen Vardar Mazedonien und Pirin Mazedonien fand darüber hinaus reger Austausch zwischen Lehrern, Künstlern und Gelehrten statt, was von den jeweiligen Regierungen unterstützt wurde. Wie bereits in der Geschichte der Balkanregion beschrieben, wurde Bulgarien Teil der Sowjetunion, wo hingegen Jugoslawien sein kommunistisches Regime abseits von Moskau aufbaute. Die folgenden Entwicklungen von Vardar Mazedonien sind daher bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens eng mit der Föderation verflochten. Im Zuge dessen erlebte Mazedonien, wie alle sozialistischen Staaten, die Enteignung der Bevölkerung und wurde Teil der Jahrespläne unter der Führung von Tito. Im Folgenden wird nur noch auf die Entwicklung in Vardar Mazedonien eingegangen und die historischen Teile des ehemaligen Mazedonien außer Acht gelassen, die sich in Griechenland und Bulgarien befinden. Ebenfalls wird auf die jugoslawische Geschichte nicht genauer eingegangen, die im ersten Kapitel der Arbeit nachzulesen ist. Anzumerken ist jedoch, dass Mazedonien in Jugoslawien nur „kleiner Partner“ neben den dominierenden Slowenen, Kroaten und Serben gewesen ist, wobei es immer die Sorge um drohende Vorherrschaft der Serben mit Kroatien und Slowenien teilte. Während der Herrschaft von Tito verlagerte sich der Schwerpunkt der Produktion vom Agrarsektor hin zur Industrie. Im Vergleich zu 1948 stieg der Bergbau- und Industriesektor von 15 auf 54 Prozent, wohingegen der Agrarsektor von 58 auf 17 Prozent zurück ging.[208] Ungleich anderer Regime wurden in Mazedonien alle Minderheiten anerkannt, zu denen neben Albanern und Serben auch Türken, Roma, Moslems und Walachen zählten.

Bereits 1990, als Jugoslawien noch existierte, wurden die ersten freien Mehrparteienwahlen in Mazedonien durchgeführt, der sich 20 Parteien stellten. Viele dieser Parteien formierten sich als die Repräsentation von nationalen Minderheiten, die ihre jeweiligen Interessen im Parlament vertreten haben wollten. Ein Jahr später wurde Kiro Gligorov zum Staatspräsidenten gewählt, der das Land in die Unabhängigkeit führte. Die Entscheidung der völligen Souveränität wurde allerdings der mazedonischen Bevölkerung überlassen, die sich mit 95,08 Prozent und einer Wahlbeteiligung von über 72 Prozent für die Unabhängigkeit entschied.[209] Kennzeichnend für den künftigen und bis in die Gegenwart andauernden Konflikt zwischen Albanern und Mazedoniern boykottierte die stärkste Minderheit diese Abstimmung. Eine Alternative zur völligen Souveränität wäre der Zusammenschluss mit Serbien zu einem „kleinen“ Jugoslawien gewesen, der von Griechenland gewünscht, aber von den Mazedoniern abgewählt wurde. Im Zuge der Unabhängigkeit wurde eine eigene Währung, der Denar, eingeführt und nach Verhandlungen zwischen Gligorov und Milosevic kam es zu dem Abzug aller serbischen Truppen aus mazedonischem Territorium. Somit war es gelungen ohne Blutvergießen die Unabhängigkeit zu erlangen.

Das Streben nach Anerkennung der eigenen Unabhängigkeit durch andere Nationen ging, wie bei Bosnien Herzegowina, Kroatien und Slowenien, auch mit dem Unabhängigkeitsprozess Mazedoniens einher. Ungleich der anderen Staaten, deren Anerkennung durch die europäische Gemeinschaft und die USA zügig erfolgte, wurde dieses Mazedonien aufgrund der griechischen Position verweigert. Griechenland steht seit 1991 mit Mazedonien im Konflikt, da es den Namen der Republik nicht

[207] (Rossos, 2008), Seite 213
[208] (Rossos, 2008), Seite 247
[209] (Rossos, 2008), Seite 266

akzeptiert. Grund dafür ist die gleichnamige Provinz Mazedonien im Norden Griechenlands, dessen Hauptstadt Thessaloniki ist und das historische Persönlichkeiten wie Alexander den Großen hervor gebracht hat. Griechenland befürchtet eine *„Usurpierung der antiken griechischen Geschichte"*[210], die Verwechslungsgefahr mit ihrer Provinz und dem möglichen beabsichtigten Gebietsanspruch der Mazedonier auf griechisches Gebiet. Reaktion war die Änderung der mazedonischen Verfassung, die verankerte, dass Mazedonien keinerlei territoriale Ausweitung verfolge. Außerdem wurde die mazedonische Flagge geändert. Trotz dieser Zugeständnisse zeigte sich Griechenland unnachgiebig und verhängte 1992 ein Handelsembargo, was in der EU auf Unverständnis stieß und Isolation innerhalb der Union zur Folge hatte.

Da die europäische Gemeinschaft mit Russland und den USA mit der Anerkennung Mazedoniens wartete bis der Konflikt mit Griechenland beigelegt wurde, war Bulgarien 1992 der erste Staat, der Mazedonien anerkannte. Diesem Vorbild folgten bis zum Sommer nur sechs weitere Nationen, nämlich Kroatien, Slowenien, Bosnien Herzegowina, Türkei, Litauen und die Philippinen. Durch das von Griechenland verhängte Handelsembargo und die Kriege zwischen Serbien und seinen Nachbarn verlor Mazedonien über 60 Prozent[211] seines Handelsvolumens was die junge Nation ökonomisch in große Bedrängnis brachte. 1995 betrug das Bruttoinlandsprodukt Mazedoniens nur noch 41%, verglichen mit dem im Jahr 1989.[212] Im Folgejahr kam es zu einer geänderten Position seitens der NATO und der EU, da ein Kriegsausbruch zwischen den Konfliktparteien weitaus größere Wogen geschlagen hätte, als das beim serbisch-bosnisch-kroatische Krieg der Fall war. Serbien hatte sich mit Griechenland in der Mazedonien-Frage verbündet und ein militärischer Konflikt hätte vermutlich alle Nachbarstaaten Mazedoniens und die Türkei miteinbezogen. Der internationale Druck brachte Griechenland 1995 zum Einlenken und ebnete den Weg zur UN Aufnahme und der Anerkennung von Mazedonien unter dem vorübergehenden Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia" von der EU. Bis heute konnten Griechenland und Mazedonien den Namensstreit nicht beilegen, da die mazedonische Bevölkerung ihren Namen, der als Teil ihrer nationalen Identität gesehen wird, nicht aufgibt. 1996 wurde durch die Eröffnung der diplomatischen Beziehungen mit Serbien und Montenegro das Ende der Anerkennungsphase eingeleitet.

Ab 1993 begann die mazedonische Regierung mit der Privatisierung von Staatseigentum und ein Jahr später wurden ökonomische und politische Maßnahmen gesetzt, die das Ziel der baldigen Integration in die EU hatten. Wie alle ehemaligen kommunistischen Staaten kämpfte auch Mazedonien mit hoher Arbeitslosigkeit, die 1995 33% überschritt, hoher Inflation, fallenden Lebensstandards und der Umstellung in die freie Marktwirtschaft. Am Höhepunkt des Kosovokonfliktes 1999 musste das Land neben einem erneuten Rückgang der Exporte zusätzlich mit über 300.000 Flüchtlingen aus der Krisenregion zu Recht kommen. In der zweiten Hälfte der 90iger Jahre setzte allerdings eine ökonomische Erholung ein, die auch der Kosovokonflikt nur bedingt dämpfen konnte. Bis zur Jahrtausendwende setzte eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation ein, die sich allerdings im Jahr 2001, nach der Eskalation des innenpolitischen Konflikts mit der albanischen Minderheit, umkehrte. Auch wenn albanische Parteien seit 1992 an den jeweiligen Regierungen beteiligt waren, so fehlte es in den Jahren an Maßnahmen zur Gleichstellung der Minderheit. Dieser und andere historisch gewachsene und vom großalbanischen Traum geprägte Gründe der geographisch im Westen und Nordwesten Mazedoniens angesiedelten Albaner, sowie äußere Einflüsse aus dem Kosovo waren ausschlaggebend für die Ausschreitungen im Jahr 2001. Erst nach dem Friedensabkommen von Ohrid und im Zuge der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft wurde die mazedonische Verfassung in Bezug auf albanische Gleichstellung adaptiert. Somit hatte das Land 2001 erstmals eine Verfassung, zu der auch die albanische Minderheit zugestimmt hatte. Albanisch wurde als zweite Amtssprache anerkannt, der Anteil von Albanern in öffentlichen Positionen und der Polizei erhöht und ein Waffenstillstand vereinbart. In der zweiten Hälfte der 90iger Jahre betrug der Anteil der albanischen Bevölkerung in repräsentativen

[210] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 329
[211] (Rossos, 2008), Seite 270
[212] (Rossos, 2008), Seite 276

Posten im Staatsapparat zwischen zwei und fünf Prozent, gegenüber einem Bevölkerungsanteil von über 20 Prozent. Die NATO stellte Truppen zur Verfügung, die die Auflösung der UCK, der nationalen, albanischen Befreiungsarmee überwachten. Insgesamt wurden drei NATO Missionen in Mazedonien durchgeführt, beginnend im August 2001 mit der „Essential Harvest" Mission und endend im März 2003 mit der „Allied Harmony" Mission.[213] Außerdem wurde die Gleichstellung des Islams, der mehrheitlichen Religion der Albaner und der mazedonisch-orthodoxen Kirche festgelegt.

„Tatsache ist, dass das Verhältnis zwischen Makedoniern und Albanern eher durch Segregation als durch ein Miteinander gekennzeichnet ist. So gab es im Jahr 1999 in ganz Makedonien nicht mehr als 16 Mischehen zwischen diesen beiden Nationalitäten." [214] Im gleichen Jahr unterzeichneten Serbien und Mazedonien ein Übereinkommen über den Verlauf der Staatsgrenzen und Serbien unterstützte Mazedonien daraufhin militärisch bei den genannten Ausschreitungen. Die Beteiligung mindestens einer albanischen Partei an der Regierung verhinderte eine Parallelentwicklung der albanischen Politik, da der Dialog im Verlauf nach 1990 nie abriss. Die linksliberale Koalition „Allianz für Mazedonien" schloss sich nach den Parlamentswahlen 2002 mit der albanischen Partei DUI zusammen, löste die 1998 gewählte nationalistische Regierung von VMRO-DPMNE, DPA und DA ab und setzte das Abkommen von Ohrid schrittweise um. Ebenso waren die Dezentralisierung, der Kampf gegen die Korruption und die Bekämpfung der Kriminalität zentrale Punkte in ihrem Wahlkampf und dem Regierungsprogramm.

Das Ziel der sich nach der Wahl 2006 bildenden Koalition aus VMRO-DPMNE und der albanischen DPA war vor allem die Stärkung der Wirtschaft mit der Absicht, die hohen Arbeitslosenzahlen (2006 um die 30 Prozent) zu dezimieren. So wurde beispielsweise die Ertragssteuer schrittweise gesenkt und 2008 eine gänzliche Befreiung eingeräumt, falls die Gewinne reinvestiert werden. Die Anreize für ausländische Unternehmen wurden derart gefördert, dass Mazedonien *„inzwischen den ersten Platz im europäischen Steuerdumping"* einnimmt.[215]

Aktuell kam es im April 2008 innerhalb der NATO zu einem Veto Griechenlands gegen die Aufnahme von Mazedonien, welche damit erfolgreich verhindert wurde. Im November 2008 wurde aufgrund eines EU Reports die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen als unrealistisch bezeichnet.[216]

8.2.1 Mazedonien und die Europäische Union

Die EU wurde bereits Mitte der 90iger Jahre in Mazedonien durch Gelder aus dem PHARE Programm aktiv. Es folgte 1996 ein Handels- und Kooperationsabkommen und Mazedonien wurde das Recht eingeräumt, Kredite bei der europäischen Investitionsbank zu beantragen. Seit der Ratifizierung der europäischen Konvention für Menschenrechte 1997 wurde diese Bestandteil im innerstaatlichen Recht Mazedoniens. Im Zuge des Kosovo Konfliktes 1999 wurde ein Stabilitätspakt für Südosteuropa ins Leben gerufen, mit dem Ziel der Eskalationsvermeidung und der Erlangung eines stabilen Friedens. Diese Maßnahme unterschied sich wesentlich von dem Krisenmanagement der Staatengemeinschaft in den vergangenen jugoslawischen Auseinandersetzungen, da die Prävention von- anstatt der Reaktion auf Konflikte im Vordergrund stand. 2001 wurde das SAA zwischen der EU und Mazedonien unterzeichnet. Mit der Ablösung der NATO Mission führte die Europäische Union erstmals in der Geschichte eine Militäroperation durch. Ziel war die Sicherung des Friedens, der mit dem Abkommen von Ohrid geschlossen worden war und die Überwachung der Kosovogrenze. Im Dezember 2003 wurde die „Concordia" Operation erfolgreich abgeschlossen und anschließend eine Polizeioperation durchgeführt, die die Aufgabe der Angleichung des Minderheitenanteils der Albaner bei der Polizei übernahm, der bis zum Jahr 2004 erreicht werden sollte. Tatsächlich stieg der im Innenministerium angestellten Anteil von Albanern von 4,5% im Jahr 2001 auf 13,3 Prozent im Jahr 2005. Bei der Polizei waren im gleichen Jahr 17% der Einsatzkräfte ethnische Albaner.[217] Ebenfalls

[213] (Odza, 2006), Seite 55
[214] (Jonuzi, 2006), Seite 48
[215] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2008, Seite 331
[216] (Balkaninsight.com, 2008)
[217] (Odza, 2006), Seite 75

Ende 2005 erkannte die EU Mazedonien den Status eines EU Beitrittskandidaten zu. Allerdings wurde kein Beitrittstermin vereinbart.

Trotzdem scheint sich in der Bevölkerung das Vertrauen in die staatliche Polizei noch nicht durchgesetzt zu haben. Im Jahr 2008 gaben nur 22% der Befragten des Eurobarometers an, Vertrauen in das Rechtssystem und 46% Vertrauen in die Polizei zu haben.[218] Anders sieht es mit dem Vertrauen gegenüber der EU aus, für das sich 63% der Befragten aussprachen. Ein möglicher EU Beitritt wird von den Befragten der mazedonischen Bevölkerung mit 76% als gute Sache gesehen, womit sie hier Spitzenreiter der Beitrittskandidaten sind, da in der Türkei nur 49% und in Kroatien nur 35% der Befragten den möglichen Beitritt positiv bewerten. Auch glauben 82% der Befragten daran, dass ein Eintritt in die Staatengemeinschaft Vorteile für ihr Land mit sich brächte, wohingegen davon nur 53% der Türken und 47% der Kroaten überzeugt sind.

8.3 Politische Daten

Die parlamentarische Wahl wird alle vier Jahre durchgeführt, die Direktwahl zum Präsidenten alle fünf Jahre. Der Staatspräsident darf maximal einmal wieder gewählt werden. Wahlberechtigt sind Personen über 18 Jahren.

Bei den Parlamentswahlen werden von sechs Wahlkreisen mit ungefähr gleicher Stimmenanzahl jeweils 20 Abgeordnete des Parlaments gewählt. Jede Partei, Koalition oder freier Kandidat stellt Kandidatenlisten für jeden Wahlbezirk auf. Das Wahlsystem wurde nach 1998 umgestellt und erstmals 2002 angewandt. Davor wurden 85 der 120 Abgeordneten nach dem Mehrheitsprinzip und 35 nach dem Proportionalitätsprinzip gewählt. Neben der nunmehr nicht existenten Notwendigkeit von zweiten Wahlrunden, (die durchgeführt werden musste, sollte kein Kandidat bei dem Mehrheitsprinzip ausreichend Stimmen erhalten haben) gewährt dieses Proportionalwahlsystem Minderheiten und Kleinparteien eine größere Chance auf den Einzug ins Parlament. Ebenfalls wurde die 5 Prozentschwelle abgeschafft, die im alten Wahlsystem erreicht werden musste, um ins Parlament einziehen zu können. Die Aufteilung der sechs Wahlkreise wurde unter Berücksichtigung der vertretenen ethnischen Minderheiten gewählt. In zwei der Wahlkreisen existiert eine nahezu gleiche Aufteilung der Nationalitäten wie in ganz Mazedonien, in zwei der Kreise sind vorrangig ethnische Mazedonier und die letzten beiden sind hauptsächlich von Albanern besiedelt.

8.3.1 Parteien

Partei	Mazedonische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
DA	*Demokratska Alernativa*	Demokratische Alternative
DPA	*Partia Demokratike Shqiptare/Demokratska Partija na Albancite*	Demokratische Partei der Albaner
DUI	*Demokratska Unija za Integracija*	Demokratische Union für Integration
LDP	*Liberalno-Demokratska Partija*	Liberaldemokratische Partei
LPM	*Liberalna Partija na Makedonija*	Liberale Partei Mazedoniens
NDP	*Nacionalna Demokratska Partija*	Nationaldemokratische Partei
NSDP	*Nova Socijaldemokratska Partija*	Neue sozialdemokratische Partei
PEI	*Partija za Evropska Idnina*	Partei für europäische Zukunft
PDP	*Partija za Demokratski Prosperitet*	Partei der demokratischen Prosperität
SDSM	*Socijaldemokratski Sojuz na Makedonija*	Sozialdemokratischer Bund
SPM	*Socijalisticka Partija na Makedonija*	Sozialistische Partei

[218] (Kommission, Eurobarometer, 1974 - 2008), Ausgabe 68

VMRO-DPMNE	*Vnatrešna Makedonska Revolucionerna Organizacija – Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo*	Interne mazedonische Revolutionären Organisation – Demokratische Partei für nationale Einheit

Tabelle 28: Politische Parteien in Mazedonien

8.3.2 Präsidentschaftswahlen

In Mazedonien wurden 1991, 1994, 1999 und zuletzt 2004 Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Die ersten beiden Wahlen konnte Kiro Gligorov von der Partei SDSM gewinnen, der die schwierige Aufgabe hatte, das Land in die Unabhängigkeit zu führen. Gegenkandidaten wurden immer von der VMRO-DPMNE gestellt, die sich erstmals 1999 mit ihrem Kandidaten Boris Trajkovski durchsetzen konnte. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen traten für DUI Gzim Ostreni, für DPA Zidi Xhelili, für VMRO-DPMNE Saško Kedev und für SDSM Branko Crvenkovski gegen einander an. Nach dem zweiten Wahlgang konnte sich Crvenkovski gegen seinen Kontrahenten der VMRO-DPMNE durchsetzen.

Wahlen:	1990	1994	1999	2004
Präsident	Gligorov	Gligorov	Trajkovski	Crvenkovski
Partei	SDSM	SDSM	VMRO-DPMNE	SDSM

Tabelle 29: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Mazedonien

8.3.3 Parlamentswahlen

Im Folgenden werden nur die größten mazedonischen Parteien behandelt und bei der Wahl 1994 wird nur die im Oktober berücksichtigt.

8.3.3.1 Wahl 1990

Unter der Führung von Gligorov wurde die ehemalige kommunistische Partei in SDSM umbenannt und stellte sich mit einem sozialdemokratischen Programm 1990 der Wahl. Im Gegensatz dazu formierte sich die nationalistische VMRO-DPMNE. Trotz des Wahlsieges bildete die Partei keine Regierung, da sie sich weigerte, mit den albanischen Parteien zu koalieren. Die PDP wurde die post-kommunistische Partei der Albaner. Die liberaldemokratische Partei trat in dieser Wahl unter dem Namen „Allianz der Reformkräfte von Mazedonien“ an. 1992 wurde die PDP in die Regierung miteinbezogen.

8.3.3.2 Wahl 1994 (Oktober)

Vor der Wahl formierten sich die SDSM, LDP und SPM zum Bündnis „Allianz für Mazedonien“ unter der Führung von Kiro Gligorov. Von der PDP spaltete sich 1994 der anti-kommunistische Flügel ab und wurde zur DPA. Die Partei überholte ihre Mutterpartei bereits bei den Kommunalwahlen 96, bei denen die DPA über 70 Prozent[219] der albanischen Stimmen erhielt.

8.3.3.3 Wahl 1998

Vor den Wahlen wurde die Partei „demokratische Alternative“ gegründet. Im Jahr 2000 musste das Kabinett umgebildet werden, da die DA sich aus der Regierung zurück zog. Durch die liberale Partei und einzelnen Mitgliedern der PPD, einer kleinen, albanischen Partei gelang allerdings die Fortführung der Regierung mit einer Mehrheit.

8.3.3.4 Wahl 2002

Die Parteienkoalition „Allianz für Mazedonien“ wurde zwischen SDSM, LDP und vieler ethnischer Kleinparteien geschlossen. Bei dieser Wahl ist bemerkenswert, dass erstmals die albanische DUI Partei sich gegen ihren albanischen Konkurrenten DPA durchsetzen konnte. Die NDP wurde vor den

[219] (Jonuzi, 2006) Seite 52

Wahlen neu gegründet. Bei der ersten Wahl mit dem neuen Wahlgesetz traten 30 Parteien, 8 Koalitionen und 5 unabhängige Kandidaten an.

8.3.3.5 Wahl 2008

Wegen unüberwindbarer Spannungen zwischen den beiden Regierungsparteien wurde das gewählte Parlament am 10.4.2008 aufgelöst und Neuwahlen für den 1.6.2008 angesetzt. Vorangegangen war dieser Entscheidung der Abzug aller Minister der albanischen DPA, nachdem ihre Forderung innerhalb der Regierungskoalition vom Ministerpräsidenten abgelehnt wurden. Es kam vor allem unter den Anhängern der beiden größten albanischen Parteien DPA und DUI zu Spannungen, die sich im Zuge der Wahl entluden. *„OSZE Beobachter beanstandeten den Wahlvorgang in einem Fünftel der Wahllokale in albanischen Gebieten.“*[220] In 187 Wahllokalen musste die Wahl wiederholt werden.

Das Wahlbündnis „für ein besseres Mazedonien“ unter der Führung von VMRO-DPMNE beinhaltete die liberale Partei LPM und die sozialistische Partei SPM. Unter dem „Wahlbündnis Sonne“ schlossen sich SDSM mit der liberaldemokratischen Partei LDP zusammen. Vergleichsweise trat eine sehr geringe Anzahl von nur 16 Parteien, 2 Koalitionen und 2 Bürgerlisten zur Wahl an.

	1990	**1994**	**1998**	**2002**	**2006**	**2008**
Parteien	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze
VMRO-DPMNE	38	*	62**	28	44	64
SPM	4	8	2	1		
LPM	-	-	-	5		
SDSM	31	58	27	49	32	28
LDP	11	29	4	11		
DUI	-	-	-	16	16	13
DPA	-	-	-	7	11	13
NSDP	-	-	-	-	7	-
VMRO-NP	-	-	-	-	6	-
PDP	18	10	14	-	-	-
NDP	-	4	11	-	-	-
Sonstige	18	11	0	3	4	2
Gesamt	120	120	120	120	120	120
Wahlbet.	91%	n.a.	73%	73%	56%	57%
Regierung	SDSM, LDP und SPM (PDP, 1992)	SDSM, LDP und SPM mit PDP	VMRO-DPMNE mit DPA und DA	SDSM, LDP mit DUI	VMRO-DPMNE und DPA	VMRO-DPMNE und DUI

Tabelle 30: Ausgang der Parlamentswahlen in Mazedonien[221]

* Boykott der Wahl
** 1998 in Koalition mit DA

[220] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 329
[221] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) mit Fischer Weltalmanach 2006, 2003, 1999, 1993

9 Montenegro

Abbildung 11: Geographische Lage von Montenegro

Fläche: 13.812 km²

Hauptstadt: Podgorica

Einwohnerzahl: 601.000

Besiedelungsdichte: 44 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Serbien, Kosovo, Albanien, Bosnien und Herzegowina

Amtssprache: Montenegrinisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 2007)

Währung: 1 Euro = 100 Cent

Unabhängigkeit: 3.6.2006 (Austritt aus dem Staatenbund Serbien und Montenegro)

Status: Weder Mitglied noch Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: Mehrheitlich orthodoxe Christen, außerdem Muslime und Katholiken

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 43% Montenegriner, 32% Serben, 15% Bosniaken, 7% Albaner

9.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1946	Erste Jugoslawische Verfassung
1990	Erste freie Wahl nach dem Kommunismus
1992	Wahl über den Verbleib in Jugoslawien
1999	Währungsumstieg zur deutschen Mark
2002	Währungsumstieg auf Euro
2002	Staatenbund Serbien und Montenegro
2006	Unabhängigkeitserklärung (am 3. Juni)
2007	Verabschiedung der neuen Verfassung
2007	Unterzeichnung des SAA mit der EU
2008	Erste Präsidentschaftswahlen nach der Unabhängigkeit

Tabelle 31: Zeittafel von Montenegro

9.2 Geschichtliche Betrachtung

Während des zweiten Weltkrieges wurde Montenegro, das nach dem ersten Weltkrieg Teil Jugoslawiens war, Ziel deutscher Angriffe. Es folgte die Annektierung weiter Teile des Landes von italienischen Truppen und den Anschluss der südlichen Provinzen an Albanien. Die Besetzung durch Italien wurde nach dessen Kapitulation 1943 durch deutsche Soldaten abgelöst. Zusätzlich wurde zwischen 1941 und 1945 ein Bürgerkrieg innerhalb Montenegros ausgefochten, um die zukünftige Ordnung festzulegen. Die Kriege forderten enorme Opferzahlen, die mit 103.800[222] knapp 28 Prozent der Gesamtbevölkerung betrugen. 1945 trat Montenegro dann als der kleinste von sechs Staaten zur sozialistischen Föderation Jugoslawien bei. Als solches spielte es auch eine untergeordnete Rolle in dem Staatengefüge und blieb eine relativ unterentwickelte Region. Von 1960 bis 1970 wurde vermehrt in Industrie, welche in den Jahren ab 1960 bis 1990 von sechs auf 35 Prozent zunahm,[223] und Infrastruktur investiert. Das hatte einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge. Der Industrialisierungsprozess wurde wie auch in anderen sozialistischen Staaten von einer Urbanisierung der Bevölkerung begleitet. Dies war ein entscheidender Faktor zur Senkung der Analphabetenquote, die von 1941 bis 1991 um über 50 Prozent auf 5,9 gesenkt werden konnte. [224] Nach Titos Tod stand Montenegro unter dem Einfluss des Serbenführers Milosevic.

Die wirtschaftliche Situation Montenegros spitzte sich in den 80iger Jahren zu.[225] Nach den ersten freien Wahlen 1990 errang die kommunistische Partei die absolute Mehrheit der Stimmen, die durch die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei in Serbien die Beziehung zwischen den Staaten vertiefte. Diese Tatsache erklärt unter anderem die unterstützende Haltung Montenegros in Bezug auf die serbischen Kriege nach 1991. Die aktive Kriegsbeteiligung montenegrinischer Truppen in Kroatien belastet bis heute das Verhältnis der Staaten. 2005 wurden Entschädigungszahlungen an Kroatien für die Plünderungen und Zerstörungen vereinbart.[226] Die verhängten Sanktionen gegen Jugoslawien, die aus den Kriegen resultierten, verschlechterten die ökonomische Situation des Landes weiter. In dem Zeitraum von 1990 bis 1995 halbierte sich das reale BIP.[227] Die Hyperinflation in der Bundesrepublik Jugoslawien erreichte astronomische Höhen, sodass Ende 1993 ein Geldschein

[222] (Walter Lukan, 2005), Seite 331
[223] (Walter Lukan, 2005), Seite 332
[224] (Walter Lukan, 2005), Seite 332
[225] (Hermann, 2007), Seite 28
[226] (Hermann, 2007), Seite 31
[227] (Hermann, 2007), Seite 91

im Wert von 500.000.000.000 Dinar im Umlauf war.[228] Dieser Umstand hatte wiederum Konsequenzen auf die Beliebtheit Milosevics und der Anhänger des pro-serbischen Lagers innerhalb der Politik Montenegros. Allerdings sprachen sich bei dem Referendum über den Verbleib Montenegros in Jugoslawien über 95 Prozent der Bevölkerung dafür aus. In den Jahren nach 1997 formierte sich innerhalb der regierenden DPS erstmals eine Opposition unter dem ehemaligen Kommunisten Djukanovic, der sich für das Nationalbewusstsein Montenegros aussprach, sich somit gegen den bisherigen Regierungschef Bulatovic stellte und Milosevics Linie kritisierte. Von der Mehrheit der DPS unterstützt, wurde Bulatovic zum Austritt aus der Partei gezwungen worauf dieser mit der Gründung der SNP reagierte. Djukanovics politische Einstellung wurde von der Bevölkerung in den Präsidentschaftswahlen honoriert, die im gleichen Jahr stattfand. Er errang einen knappen Sieg über seinen Kontrahenten.

Der Wechsel der politischen Kraftverhältnisse brachte einerseits engere Beziehungen mit dem Westen, andererseits aber immer größer werdende Spannungen zu Milosevics Serbien mit sich. Der Kosovokonflikt 1999 trug zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zu Serbien bei, da Montenegro die Luftangriffe der NATO zwar verurteilte, jedoch Milosevic als verantwortlich für die Krise sah und sich damit auch nicht an den Kampfhandlungen beteiligte. Ökonomisch wurde das Land durch die Aufnahme von tausenden Flüchtlingen aus dem Kosovo zusätzlich belastet. Die wirtschaftlichen Sanktionen Serbiens konnten durch die westliche Unterstützung weitgehend abgefedert werden. Montenegro stellte seine Währung 1999 auf die Deutsche Mark um, um der andauernden Inflation Herr zu werden. 2001 wurde das Modell der Coupon-Privatisierung durchgesetzt. Hierbei erhielt jede berechtigte Person Montenegros zu gleichen Teilen Coupons, die je nach Belieben in Aktien oder Anleihen von staatlichen Unternehmen angelegt werden konnten. Das System, das unter anderen auch Tschechien einsetzte, um Staatseigentum in Privateigentum übergehen zu lassen, hatte das Ziel die ehemaligen kommunistischen Züge der Wirtschaft aufzubrechen, welches in den Folgejahren auch erreicht wurde. Der Wunsch nach der Eigenständigkeit Montenegros wurde durch die Intervention der EU nur bedingt Wirklichkeit, indem Serbien und Montenegro 2002 in einen Staatenverbund eintraten, der somit die Bundesrepublik Jugoslawien ablöste. Die Europäische Union hatte aus verschiedenen Beweggründen von einer Volksabstimmung in Montenegro über dessen Unabhängigkeit absehen wollen. Das wurde aufgrund der Abhängigkeit Montenegros von der Staatengemeinschaft durchgesetzt und somit als Kompromiss der Staatenbund eingegangen.[229] Montenegro behielt sich allerdings das Recht vor, nach Ablauf einer dreijährigen Frist über den Verbleib in dem Staatenbund durch ein Referendum selbst entscheiden zu können. Selbiges galt auch für Serbien.

Die Folgejahre brachten eine ökonomisch wie politische Entfremdung der beiden Staaten mit sich, die sich unabhängig in verschiedene Richtungen entwickelten und Reformen anstrebten. „*Einerseits verfügte das Land anders als Serbien über wenige industrielle Großbetriebe, andererseits waren die finanziellen Zuwendungen pro Kopf auf Grund der deutlich niedrigeren Einwohnerzahl Montenegros (621.000) im Vergleich zu Serbien (7.526.000) empfindlich höher.*“[230] Abgesehen davon befanden sich beide Staaten grundsätzlich in verschiedenen wirtschaftlichen Ausgangspositionen und Montenegro strebte innerhalb des ungeliebten Staatenbundes die weitest mögliche Unabhängigkeit von Serbien an. Ein Zusammenwachsen von Serbien und Montenegro wurde daher weder angestrebt noch umgesetzt. Neben der unterschiedlichen Währung entzweiten die Staaten auch Zollschranken, die auch nach dem Eintritt in den Staatenbund nicht aufgehoben wurden. Der Forderung der Europäischen Union die Wirtschaftssysteme anzugleichen wurde nicht entsprochen, da Montenegro mit einigen europäischen Ökonomen die Meinung teilte, dass für den Staat die Angleichung auf das niedrige Niveau Serbiens nur Nachteile mit sich brächte und bisher durchgeführte Reformen ad absurdum führen würde. In Serbien allerdings war bis auf eine Partei das ganze politische Spektrum für die Aufrechterhaltung des Bundes.

[228] (Arno Weckbecker, 1997), Seite 26
[229] (Hermann, 2007), Seite 44 - 45
[230] (Hermann, 2007), Seite 46

Die immer größer werdende Kluft von Serbien und Montenegro im Vergleich zu den anderen ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas brachte die Europäische Union schließlich auf eine Änderung der Integrationsstrategie. Ziel war es immer noch beide Staaten im Bund gleichzeitig, aber auf verschiedenen Wegen in die Staatengemeinschaft zu führen. Der anhaltenden Unzufriedenheit der Montenegriner und deren politscher Vertretung wurde nach Ablauf der Dreijahresfirst seitens Montenegros das Referendum angekündigt, mit dem per Volksabstimmung ein Austritt aus dem Staatenbund mit Serbien legitimiert werden sollte. Der Forderung seitens der EU, dass anstatt von 50 Prozent bei der Abstimmung 55 Prozent erreicht werden mussten, um ein Ausscheiden aus dem Bund zu ermöglichen wurde angenommen. Am 21. Mai 2006 sprachen sich 55,5% der Montenegriner für die Unabhängigkeit und gegen eine Union mit Serbien aus. Die serbischen Reaktionen reichten von radikalen Aussprüchen der SRS bis zu Beglückwünschungen des serbischen Präsidenten der DS, der „*Tags darauf sogar nach Montenegro reiste*“.[231] Die EU reagierte ebenfalls positiv auf die Entscheidung der Montenegriner und bot die Aufnahme der Verhandlungen über das SAA an. Dieses Abkommen wurde aufgrund der konsequenten Integrationspolitik in Richtung EU seitens Montenegros im März 2007 unterzeichnet, im Mai folgte die Aufnahme in den Europarat. Auf die Kapitalmärkte hatte sich die Unabhängigkeitserklärung ebenfalls positiv ausgewirkt.

Montenegro beherbergt neben Serben und Montenegriner auch anerkannte Minderheiten von Albanern, Bosniaken, Kroaten und Roma. Albaner leben vermehrt in den Bezirken nahe der albanischen Grenze, wobei sie in einem Verwaltungsbezirk die Mehrheit mit über 70% der Bevölkerung stellen. Wie erwähnt lässt sich der Zuwachs der albanischen Bevölkerung durch die Flüchtlingswellen erklären, die der Kosovokonflikt mit sich brachte. Dieser ethnischen Minderheit wird das Recht eingeräumt, fünf Sitze im Parlament direkt zu wählen, was die Repräsentation dieser Volksgruppe sicherstellt. [232]

9.3 Politische Daten

Die Parlamentswahlen werden in Montenegro seit 1990 vierjährlich abgehalten und es werden die Sitze per Direktwahl vergeben. Der Staatspräsident wird alle fünf Jahre gewählt. Bis einschließlich der Wahl 2002 gehörte Montenegro noch der Jugoslawischen Föderation an. Von 1990 bis 2000 verzeichnete Montenegro einen Zuwachs an Parteineugründungen von 20 auf 65. Der weiter steigenden Anzahl wurde 2004 durch das im gleichen Jahr in Kraft tretende Parteiengesetz ein Riegel vor geschoben.[233]

Nach dem Zerfall Jugoslawiens adaptierte Montenegro in einigen Fällen die Verfassung von 1974 um das neue, parlamentarische Regierungssystem einzuführen. Dieses wurde von der SKCG in Absprache mit der Opposition beschlossen. Seit diesem Zeitpunkt wird in Montenegro das Verhältniswahlrecht praktiziert.

9.3.1 Parteien

Partei	Mazedonische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
DPS (DPSCG)	*Demokratska partija socijalista*	Demokratische Partei der Sozialisten
LSCG	*Liberalni Savez Crne Gore*	Liberale Allianz Montenegros
NS	*Narodna Stranka*	Volkspartei
PzP	*Pokret za Promjene*	Bewegung für den Wechsel
SDP	*Socijaldemokratska partija Crne Gore*	Sozialdemokratische Partei
SKCG	*Savez Kommunista Crne Gore*	Kommunistische Partei

[231] (Hermann, 2007), Seite 51
[232] (Hermann, 2007), Seite 84
[233] (Walter Lukan, 2005), Seite 616

SNP	*Socijalistiška narodna partija*	Sozialistische Volkspartei
SNS	*Srpska narodna stranka*	Serbische Volkspartei
SRS (SRSCG)	*Srpska Radikalna Stranka*	Radikale Partei der Serben
SRSJ	*Savez reformski snaga Jugoslavije*	Union der Reformisten Jugoslawiens

Tabelle 32: Politische Parteien in Montenegro

9.3.2 Präsidentschaftswahlen

Wahlen:	1990	1992	1997	2003	2008
Präsident	Bulatocić	Bulatocić	Djukanovic	Vujanović	Vujanović
Partei	SKCG	SKCG	DPS	SDP	SDP
Wahlbeteiligung	65.2%	59.1%	73,07%	48.38%	68.20%
Wahlgang	2.	2.	2.	3.	1.

Tabelle 33: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Montenegro

9.3.3 Parlamentswahlen[234]

9.3.3.1 Wahl 1990

Bei der ersten freien Wahl 1990 errang die SKCG mit über 56 Prozent aller Stimmen die absolute Mehrheit, welche umbenannt in DPS (1991) das Land regierte.[235] Sowohl der gewählte Präsident Bulatocić, als auch die Regierung unterstützten den serbischen Kurs. Die „Demokratische Koalition“ (DK) formierte sich aus mehreren Kleinparteien. Insgesamt schafften vier Parteien die erforderliche Stimmenanzahl für den Einzug ins Parlament.

9.3.3.2 Wahl 1992

Die 1990 gegründete LSCG war die erste Partei Montenegros, die sich offen für die Unabhängigkeit des Staates aussprach und während des Kroatienkrieges die Kampfhandlungen verurteilte.

9.3.3.3 Wahl 2001

Die Wahl 2001 wurde vorgezogen, da die Regierungskoalition aus SDP, DPS und NS an der Frage zerbrach, ob Montenegro ein souveräner Staat innerhalb eines Staatenbundes mit Serbien werden sollte. Seitens der DPS und SDP wurde sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen, was allerdings die NS nicht befürwortete.

Die Minderheitsregierung, die aus den Parlamentswahlen 2001 resultierte wurde anfänglich von der Partei LSCG parlamentarisch unterstützt. Nach der Ablehnung eines Referendums seitens der Regierungsparteien, das von der LSCG eingebracht wurde, wurde dem Regierungsbündnis die weitere Unterstützung verwehrt und Neuwahlen ausgerufen.

9.3.3.4 Wahl 2002

Die Koalition „Demokratische Liste für ein europäisches Montenegro“, kurz ZECG wurde unter der Führung von DPS und SDP geschlossen und beinhaltet außerdem noch drei Kleinparteien. Unter dem Namen „Albaner Zusammen“ schlossen sich alle albanische Interessen vertretende Parteien zusammen, während sich das Bündnis „Zusammen für den Wechsel“ zwischen SNP, SNS und NS formierte.

[234] (Goati, 2003), Seite 104 - 105: Wahlergebnisse bis 2001, (CEMI, 2009), (Walter Lukan, 2005), Seite 626 ff (Prozentwerte jeweils von dieser Quelle)
[235] (Hermann, 2007), Seite 29

9.3.3.5 Wahl 2006

Die von Ökonomen gegründete „Bewegung für den Wechsel“ Partei verfolgt das Ziel der Integration Montenegros in die EU, ähnlich der G17+ Partei Serbiens. Unter dem Namen „Demokratische Allianz in Montenegro“ trat die albanische Demokratische Partei der Prosperität mit der DCG gemeinsam zur Wahl an.

	1990		**1992**		**1996**		**1998**	
Parteien	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
DPS (SKCG)	56,1	83	43,7	46	52,1	45	53,8	42
SDP	-	-	-	-	-	-		
NS	12,8	13	13	14	25,6	19		
LSCG	-	-	12,4	13			6,3	5
SRS	-	-	7,7	8	3,4	3		
SRSJ	13,6	17	-	-	-	-	-	-
DK	10,4	12	-	-	-	-	-	-
SNP	-	-	-	-	-	-	36,1	29
Sonstige	-	-	-	4	3,0	4	2,61	2
Gesamt		125		85		71		78
Wahlbeteiligung	75,80%		68,91%		67,1%		76,04%	
Regierung	**SKCG**		**DPS**		**DPS**		**DPS, SDP, NS**	

Tabelle 34: Ausgang der Parlamentswahlen in Montenegro 1990 - 1998

	2001		**2002**		**2006**	
Parteien	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
ZECG	42	36	47,8	39	48,6*	41*
LSCG	7,8	6	5,8	4	-	-
DSS	-	-	-	-	14,1	11
SNP	40	33	37,9	30		
NS						
SNS					14,7	12
SRS,…	-	-	-	-		
PzP	-	-	-	-	13,1	11
Sonstige		2		2	6,9	6
Gesamt		77		75		81
Wahlbeteiligung	81,79%		74,41%		71,4%	
Regierung	**DPS, SDP (ZECG)**		**ZECG**		**ZECG****	

Tabelle 35: Ausgang der Parlamentswahlen in Montenegro 2001 - 2006

* Im Jahr 2006 trat die ZECG Koalition mit der Demokratischen Union der Albaner gemeinsam an.
** Regierungsbeteiligt außerdem die nicht genannten BS (Koalition aus Bosniaken und Liberalen) und HGI

10 Rumänien

Abbildung 12: Geographische Lage von Rumänien

Fläche: 238.391 km²

Hauptstadt: Bukarest

Einwohnerzahl: 21.590.000

Besiedelungsdichte: 91 Einwohner pro km²

Länge der Grenzen: 3150 km

Nachbarstaaten: Bulgarien, Moldawien, Serbien, Ukraine und Ungarn.

Amtssprache: Rumänisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1991)

Währung: 1 Leu = 100 Bani

Unabhängigkeit: 13.7.1878

Status: Mitglied der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 86,7% orthodoxe Christen, 4,7% Katholiken, 3,2% Reformierte, 1,5% Pfingstler, 0.9% Griechisch-Katholiken, 0,6% Baptisten, 0,3% Muslime, 2,1% Andere

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 89,5% Rumänen, 6,6% Ungarn, 2,5% Roma, 0,3% Ukrainer, 0,3% Deutsche, 0,2% Russen, 0,2% Türken, 0.4% Andere (Rumänien anerkennt insgesamt 18 nationale Minderheiten)

10.1 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1955	Beitritt zum Warschauer Pakt
1990	Erste freie Wahlen
1991	Verabschiedung der rumänischen Verfassung
1992	Freiheitsabkommen mit der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) [236]
1993	Vollmitgliedschaft Rumäniens im Europarat [237]
1995	Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union[238]
1996	Abschluss des rumänisch-ungarischen Grundlagenvertrags
1997	Ablehnung der NATO bezüglich des Beitritts Rumäniens
1997	Ablehnung der Beitrittsverhandlungen seitens der EU
12/1997	Rumänien erhält den Status eines Beitrittskandidaten[239]
12/1999	Aufnahme der EU Beitrittsverhandlungen
12/2004	Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der EU
04/2005	Unterzeichnung des Beitrittsvertrags
1.1.2007	Aufnahme Rumäniens in die Europäische Union

Tabelle 36: Zeittafel von Rumänien

10.2 Geschichtliche Betrachtung

Nachdem sich Rumänien im zweiten Weltkrieg auf die Seite der Deutschen stellte, erfolgten in den Nachkriegsjahren die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung der bisher privaten Betriebe nach sowjetischem Vorbild. 1955 trat Rumänien dem Warschauer Pakt bei. Es folgte die Unterdrückung und Verfolgung nationaler Minderheiten, im Besonderen der Ungarn und Roma, die Ausdruck rumänischen Nationalismus unter Staatamtsvorsitzendem Ceauşescu waren. Im Rahmen der Möglichkeiten distanzierte sich Rumänien unter dem Ceauşescu-Regime von der UdSSR, unterhielt Beziehungen mit dem Westen und *„war das einzige Land des Warschauer Paktes, das sich nicht an der Intervention in der Tschechoslowakei beteiligte. Gleichzeitig unterhielt es, entgegen dem offiziellen Kurs Moskaus, freundschaftliche Beziehungen zu China, Jugoslawien und Albanien und nahm als erster Ostblockstaat nach der Sowjetunion diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf.“*[240]

Durch den, für UdSSR Staaten bezeichnenden Aufbau von Schwerindustrie traf Rumänien die Ölkrise der 70iger Jahre besonders hart. Diese schwierige ökonomische Situation veranlasste die Führung zu einem Sparkurs und dem Abbau von Staatsschulden. Bewerkstelligt wurde diese Maßnahme durch restriktive Importpolitik, vermehrte Exporte und Vernachlässigung der eigenen Bevölkerung, sowie fehlende Modernisierung der staatlichen Betriebe. Die Folge war zwangsläufig eine immer größer werdende Kluft zwischen hoch performanten Industriestaaten und Rumänien, die darin mündete, dass Rumänien in den 70iger Jahren kaum noch in der Lage war die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten. Die daraus resultierende Unzufriedenheit und Armut der Rumänen veranlasste Ceauşescu ebenso wenig zum politischen

[236] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 135
[237] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 135
[238] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 135
[239] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 153
[240] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 116

Umdenken wie der aufblühende Schwarzmarkt. Um hohes Bevölkerungswachstum zu erreichen wurden Abtreibungen und Familienplanung ab 1966 bis auf wenige Ausnahmen verboten, worauf sich bereits 1967 die Geburtenrate verdoppelte. Kinder, die nach dem Abtreibungsverbot geboren wurden, erreichten weniger Schulabschlüsse oder Erfolge auf dem Arbeitsmarkt als solche vor dem Verbot, was die sozio-ökonomischen Auswirkungen dieser staatlichen Intervention verdeutlicht.[241] Das Aufkommen neuer Medien (Radio und Fernsehen) schränkten das Informationsmonopol des Staates zunehmend ein, was immer öfter offenen Widerstand gegen das Regime auslöste und 1989 Ceauşescu schließlich zur Auflösung der Regierung zwang. Seine Frau Elena und er wurden bei ihrem Fluchtversuch gefasst, von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt und kurz darauf erschossen.

Im selben Jahr wurden Parteigründungen erneut erlaubt, was zur Folge hatte, dass bei der „*ersten freien Wahl seit 1937 […] über 70 Parteien*“[242] antraten. Wie erwartet siegte die Partei „Front zur Nationalen Rettung“ (kurz FSN), die nach der Revolution die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, und aus den Reihen des alten Regimes hervorgegangen war, mit zwei Drittel aller Stimmen. Die zweitstärkste Partei konnte lediglich 7,2%[243] aller Stimmen für sich gewinnen. 1991 wurde die neue Rumänische Verfassung verabschiedet. Die politische Landschaft wurde durch die pro-sozialistische Haltung der regierenden FSN, sowie den entgegengesetzten Ansichten der Opposition bestimmt, die allerdings nicht stark genug wurde, um an der Politik gestalterisch teilzunehmen. Die weiterhin schlechte Versorgung der Bevölkerung wurde durch nationalistisches Gedankengut relativiert, notwendige Reformen nur zaghaft durchgeführt und das Gefüge des Staatsapparates nicht aufgebrochen. „*Verlierer war dabei nicht zuletzt der Staat, dessen Währungsreserven dahin schmolzen und der die anwachsende Inflation, die Ende 1993 rund 300% erreichte, nicht unter Kontrolle bekam.*“[244] Aus ökonomischer Sicht stiegen Defizit und BIP, die Produktion sank und die Exporte stagnierten. Die Auslandsschulden Rumäniens stiegen bis 1995 auf sechs Milliarden US Dollar, bis zum Jahr 2000 auf elf Milliarden.[245] Sozial wurden 51,5% der Bevölkerung vier Jahre nach der Wende laut einer UNHCR Studie als „arm“ und 19% als „extrem arm“ bezeichnet.[246]

Diese prekäre Situation bescherte der regierenden FSN eine Abspaltung der FDSN (Demokratische Front zur Nationalen Rettung) inklusive Regierungschef. Ein Einbruch der Wählerstimmen auf 28% folgte, was die FDSN aber trotzdem zur stimmenstärksten Partei machte. Die folgende Minderheitenregierung mit Bündnissen der rechten Parteien verschlimmerte das nationalistische Gedankengut. Das betraf insbesondere die ungarische Minderheit, der erst 1996 Grundrechte eingeräumt wurden. Durch die Verweigerung der Privatisierung großer staatlicher Betriebe und den Versuch der Ankurbelung der Wirtschaft durch erhöhte Subventionen konnte die Lage nur vorübergehend gebessert werden. Bereits ein Jahr später wurden die völlige Freigabe von Energie- und Grundnahrungsmittelpreisen, sowie die Schließung der unrentablen, staatlichen Großbetriebe beschlossen. Das führte zu weiteren Kürzungen im sozialen Bereich und brachte den Widerstand der Bevölkerung mit sich. Stabilisierend wirkten darauf der IWF und die von der Weltbank gewährten Kredite. Überhaupt wurde Rumänien zu dieser Zeit an vielen europäischen Hilfsprogrammen beteiligt und bekam bis 1998 „*27% der gesamten Finanzhilfe der EU für osteuropäische Transformationsländer*.“[247]

Außenpolitisch wurde von Rumänien die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft und der NATO verfolgt. Korruption, Energiekrise, weiter andauernde Inflation und Stagnation der Wirtschaft bestimmten den Wahlausgang 1996, der erhebliche Verluste der bisherigen Regierungspartei und der nationalistischen Parteien mit sich brachte. Es folgte eine breite Koalition aus Mitte-rechts Parteien, die einen drastischen Reformkurs verfolgten. Der rumänischen Bevölkerung bescherte die

[241] (Pop-Elechesy, 2003)
[242] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 124
[243] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 124
[244] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 134
[245] (Hofbauer, 2007), Seite 190
[246] (Hofbauer, 2007), Seite 193
[247] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 152

Kombination dieser Reformpakete erneut eine Verschlechterung der Lebensqualität, da Inflation und Arbeitslosigkeit weiter stiegen. Steuererleichterungen sollten ausländische Investoren locken, der Wechselkurs wurde freigegeben und der Devisenhandel liberalisiert. Staatsbetriebe wurden privatisiert und Subventionen eingestellt. Erschwerend wurde Rumänien 1997 die Aufnahme in die NATO verwehrt und die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union eingestellt. Grund dafür war die ökonomische und politische Situation. Besonders in der Kosovo Frage wurden die Bemühungen Rumäniens um eine NATO Mitgliedschaft bemerkbar. Die Regierung stimmte betont zu, öffnete ihren Luftraum 1998 gegen die Stimmung im eigenen Land für NATO Flüge und beteiligte sich am Handelsembargo gegen Jugoslawien.

Ab 1999 setzte erstmals eine stabilere Situation in Rumänien ein, die durch ausländische Investoren, die Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau ebenso wie UN Entwicklungsprogramme positiv beeinflusst wurde. Der EU Beitritt war allerdings weiterhin unerreichbar hinsichtlich einer 30 prozentigen Inflation, hohen Arbeitslosenraten und enormer Staatsverschuldung. *„Dass der Europäische Rat schließlich auf seinem Gipfeltreffen in Helsinki am 12. Dezember 1999 der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Rumänien zustimmte, lag dann auch weniger an dem erfolgreichen Reformkurs des Landes, als vielmehr im Kosovo Konflikt begründet."*[248]

Trotz dieses Erfolges erlebte die Regierung im Jahr 2000 drei Rückschläge in Form von Umweltkatastrophen, verschuldet von staatlichen Bergwerken und einer Finanzkrise bei der die Rumänische Volksbank fast Insolvenz anmelden musste. Diese Geschehnisse verursachten ein Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der breiten Koalition, was in den Wahlen 2000 Rechnung trug und einen erneuten politischen Wechsel hin zum Sozialismus mit sich brachte. Dadurch bedingt erfuhr die Presse wieder Einschränkungen und alte Strukturen wurden neu belebt. Außenpolitisch zeigte sich die neue Regierung offen für Reformen und stellte EU und NATO Beitritt an oberste Stelle. Hierbei spielte die Befürwortung der US Politik nach dem 11. September 2001 eine tragende Rolle. Das niedrige Wirtschaftswachstum wurde aufgrund des extrem niedrigen Lohnniveaus (Rumänen verdienten 2002 ein Sechstel des Lohns eines Slowenen oder ein Drittel eines Polen) abgefedert, da dies einen Anreiz für ausländische Investoren darstellte. 2003 wurde der Kauf von Immobilien von Ausländern legalisiert. Dass die Versorgung der Bevölkerung weiter unterdurchschnittlich war, kann an den staatlichen Renten gesehen werden, die sich von 1990 bis 2003 halbierten.[249] Die US unterstützende Haltung und die Beteiligung in Afghanistan und dem Irak brachten Rumänien eine durchgehende NATO Mitgliedschaft ein, die am 29.3.2004 beschlossen wurde.[250] 2004 bewerteten nur 18% der Befragten[251] die nationale Demokratie als zufriedenstellend. Vertrauen in politische Institutionen wurde lediglich von 14% ausgesprochen.[252]

Wenngleich sich die NATO Aufnahme Rumäniens positiv auf die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Staatengemeinschaft auswirkte, so sah sich das Land weitreichenden, notwendigen – weil von der EU geforderten – strukturellen Änderungen gegenüber. Die Korruption musste ebenso bekämpft werden wie die Verfolgung und Benachteiligung von Minderheiten. Auch musste EU Recht in rumänisches Recht transformiert, Umweltmaßnahmen eingeleitet, die Pressefreiheit wieder hergestellt, die Privatisierung weiter voran getrieben, das Schulwesen reformiert und die Grenzpolizei modernisiert und aufgestockt werden. Letzteres war von entscheidender Bedeutung für eine Aufnahme Rumäniens in die EU, da ein Teil der rumänischen Staatsgrenzen nunmehr nicht nur Rumänien als Staat, sondern auch den EU Raum selbst abgrenzte. Im Gegenzug dazu erhielt Rumänien von der EU eine Reihe von finanziellen Unterstützungs- und Förderungsmittel.

[248] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 142
[249] (Hofbauer, 2007), Seite 193
[250] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 152
[251] Bei allen Eurobarometern, die seit 1973 zwei Mal jährlich erstellt werden, wird der gleiche Fragebogen an eine Stichprobe von 1000 Bürgern der Staaten verteilt.
[252] (Kommission, Eurobarometer, 1974 - 2008), Nummer 61

Nach dem Ergebnis der Wahl 2004, die keine Regierungsbeteiligung der PSD mit sich brachte, wurde von der neuen Regierung vorranging das Justizsystem reformiert und gegen die Korruption vorgegangen. Hatte sich Rumänien im Korruptionsindex 2002 noch hinter Russland befunden, gelang 2005 ein Sprung nach vorne. Die vielen Ermittlungen und Anklagen die gegen Politiker, die im Zuge dessen ins Rollen gebracht wurden, erschwerten die Erfüllung der geforderten politische Stabilität erheblich. Ökonomisch setzte sich der positive Trend fort, der vor allem durch starkes Wirtschaftswachstum, steigende Lohnkosten und einem Haushaltsdefizit von unter einem Prozent gekennzeichnet war.[253] *„Mit 264 Euro Durchschnittslohn liegt Rumänien im Jahr 2006 – vor Bulgarien mit 163 Euro – EU-weit an vorletzter bzw. an zweiter Stelle, je nachdem, ob man diesen sozialen Indikator aus der Perspektive der Arbeitsbevölkerung oder des Investors betrachtet.“*[254]

Einschätzungsberichten der EU zufolge, die im Mai und September 2006 beauftragt wurden, waren in etlichen Bereichen die Voraussetzungen für einen Beitritt noch nicht gegeben, bzw. als besorgniserregend eingestuft worden. Trotz allem wurde Rumänien am 1. Jänner 2007 in die Europäische Union aufgenommen. *„Allerdings erhielt Rumänien rund fünfzig Übergangsfristen zugestanden, mehr wie keinem anderen Beitrittsland zuvor*.“[255] Die Auslandsschulden waren in der Zwischenzeit auf 30,5 Milliarden US Dollar gestiegen.[256]

Mit dem Beitritt bröckelte nach und nach die nun nicht mehr zur Einigkeit gezwungene Regierung und auch die Bevölkerung musste realisieren, dass die Staatengemeinschaft in vielen Sektoren nicht die erwünschte Entlastung herbeiführen konnte. Viele Unternehmen brachen unter dem Konkurrenzdruck und den günstigen Preisen von Großhandelsketten zusammen. Nach einigen politischen Veränderungen, beispielsweise die Suspendierung des Staatspräsidenten, wurde und wird das Land nun mehr aus einer Minderheitsregierung zwischen UDMR und PNL regiert, die von den Sozialisten unterstützt wurde.

10.2.1 Rumäniens EU Beitrittsprozess

Da einem EU Beitritt die Erfüllung Kopenhagener Kriterien voraus geht, die neben wirtschaftlichen Voraussetzungen auch die Anwendung von Menschenrechten auf ethnische Minderheiten beinhaltet, wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen Rumäniens erst zwei Jahre nach Anerkennung des Beitrittskandidatenstatus gewährt. Je später ein Staat um die Aufnahme in den Staatenbund ansuchte, umso strikter wurden die Voraussetzungen. Griechenland beispielsweise hatte bei seinem Beitritt 1981 keine der Kriterien erfüllt.[257]

Wie aus der geschichtlichen Betrachtung ersichtlich, setzte Rumänien große Hoffnung in den EU Beitritt. So erwarteten im Juli 2004 76% der Befragten, dass die Situation im eigenen Land durch die EU sicherer würde und ebenso viele, dass der Beitritt zur Staatengemeinschaft eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation Rumäniens mit sich brächte. Damit war die Erwartungshaltung Rumäniens gegenüber der EU die höchste aller Nationen.[258] Dem gegenüber steht die Haltung der EU15 Staaten. In den Jahren 1998 bis 2002 erfuhr Rumänien mehr Ablehnung als Zustimmung.[259]

10.3 Politische Daten

Die parlamentarische Wahl wird alle vier Jahre durchgeführt, die Direktwahl zum Präsidenten alle fünf Jahre. Der Staatspräsident darf maximal einmal wieder gewählt werden. Wahlberechtigt sind Personen mit dem Mindestalter von 18 Jahren.

[253] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 162 und 166
[254] (Hofbauer, 2007), Seite 203
[255] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 170
[256] (Hofbauer, 2007), Seite 190
[257] (Müller, 2002), Seite 12
[258] (Kommission, Eurobarometer, 1974 - 2008), Nummer 61
[259] (Kommission, Eurobarometer, 1974 - 2008)

Nach dem Ende des Ceauşescu Regimes legte das Übergangswahlgesetzt fest, dass sowohl Abgeordnetenkammer als auch Senat gewählt werden sollten, wobei ersteres auch die Vertretung der nationalen Minderheiten beinhaltete.

10.3.1 Parteien

Das Spektrum der rumänischen Parteien war sehr vielseitig und durch Zusammenschlüsse und Spaltungen geprägt. Anhand dieser chronologischen Auflistung wird versucht, Klarheit in die verwirrende Parteienlandschaft zu bringen, die sich über die Jahrzehnte ergeben hat. Erwähnung finden nur die stimmenstärksten Parteien.

Partei	Rumänische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
ADA	Alianța Dreptate şi Adevâr	Allianz Gerechtigkeit und Wahrheit
CDR	Convenția Democrată din România	Rumänische Demokratische Konvention
FDSN	Frontul Democrat al Salvării Naționale	Demokratische Front zur Nationalen Rettung
FSN	Frontul Salvari Naționale	Front zur Nationalen Rettung
MER	Mişcarea Ecologistă a României	Ökologische Partei Rumäniens
PD	Partidul Democrat	Demokratische Partei
PD/FSN	Partidul Democrat/ Frontul Salvării Național	Demokratische Partei/ Front zur Nationalen Rettung
PNL	Partidul Național Liberal	Nationalliberale Partei
PNȚCD	Partidul Naționale Țărănese Creştinsi Democrat	Christdemokratische Nationale Bauernpartei
PRM	România Mare	Partei Großrumänien
PSD	Partidul Social Democrat	Sozialdemokratische Partei
PSDR	Partidul Social Democrat din România	Kleine Sozialdemokratische Partei
PSM	Partidul Socialist al Muncii	Sozialistische Partei der Arbeit
PUNR	Partidul Unitati Nationale Romanesti	Partei der Rumänischen Nationalen Einheit
PUR	Partidul Umanist din România	Humanistische Partei Rumäniens
UDMR	Uniunea Democratâ Maghinarâ din România	Demokratischer ungarischer Verband Rumäniens
USD	Uniunea Social Democrată	Sozialdemokratische Union

Tabelle 37: Politische Parteien in Rumänien

10.3.2 Präsidentschaftswahlen

Bei den ersten Präsidentschaftswahlen wurde Ion Iliescu mit einer überwältigenden Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt. In manchen Bezirken erhielt er mehr als 95 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Somit war die Vormachtstellung der FSN nicht nur bei den ersten Parlamentswahlen legitimiert, sondern wurde zusätzlich im Amt des Präsidenten bestätigt.

Wahlen:	1990	1992	1996	2000	2004
Präsident	Ilienscu	Ilienscu	Constantinescu	Ilienscu	Băsescu
Partei	FSN	FDSN	CDR	PSD	ADA (PD)
Wahlgang	1.	2.	2.	2.	2.
Wahlbeteiligung	86,07%	73,23%	75,90%	57,5%	
Gegenkandidat*		Constantinescu	Ilienscu	Tudor	Năstase

Partei	CDR	PDSR	PRM	PSD

Tabelle 38: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Rumänien

* Aufgelistet sind nur die Kandidaten, die an der Stichwahl im zweiten Wahlgang beteiligt waren.

In Rumänien ist es der Fall, dass die Präsidentschaftswahlen seit 1990 immer im gleichen Jahr wie die Parlamentswahlen abgehalten wurden. Das begründet sich auf das Wahlrecht von 1992. Das Resultat war, dass bis 2008 der Präsident immer von der stimmenstärksten Partei bei den Parlamentswahlen stammte.

10.3.3 Parlamentswahlen

10.3.3.1 Wahlen 1990

Die FSN wurde von „Reformkommunisten" unter der Führung von Ion Iliescu gegründet. Die Partei übernahm nach der Revolution die Regierungsgeschäfte von 1989 bis zur Wahl 1990. *„Die FSN nutzte nicht nur die Organisationsstrukturen des alten Regimes, sondern auch bestehende Infrastrukturen, die öffentliche Verwaltung und Staatsgelder für ihren Wahlkampf[…]."*[260] Die PNL gehörte wie auch die PNȚCD vor 1947 zu den stärksten Parteien Rumäniens und konnte mit ihrer anti-sozialistischen Einstellung kaum Wähler mobilisieren. Bei der Wahl 1990 galt keine Prozenthürde, sodass auch Abgeordnete gewählt wurden, deren Parteien weniger als 0,5 Prozent der Stimmen in sich vereinigen konnten.

10.3.3.2 Wahlen 1992

Das Wahlrecht wurde gemäß der 1992 in Kraft tretenden, neuen Verfassung angewandt, die unter anderem die Einführung einer drei Prozent Hürde beinhaltete. *„Auch nach dem neuen Gesetz hat der Wähler je eine Stimme für die Abgeordnetenkammer und den Senat sowie für den Präsidenten."*[261]

CDR bezeichnete den Zusammenschluss mehrerer Bürgerrechtsbewegungen mit der PNȚCD. Die FDSN spaltete sich von der FSN unter der Führung von Ion Iliescu ab und Petre Roman übernahm die Führung der verbliebenen FSN. Die PRM war eine Partei am äußersten rechten Rand des Parteienspektrums. Hauptthema des Wahlkampfes waren die Reformen. Die FDSN wollte einen gemäßigten, langsamen, die FSN einen schnellen, radikalen und die CDR einen mittleren Reformkurs einschlagen.

10.3.3.3 Wahlen 1996

Die USD war ein Zusammenschluss von PD/FSN und PSDR vor den Wahlen 1996, bei dem die PD/FSN selbst einen Zusammenschluss von Demokraten und dem Rest der FSN unter der Führung von Petre Roman darstellte. PDSR ist die umbenannte FDSN Partei, die ihren Namen 1993 bekam. Zwischen den Wahlen 1996 und den darauf folgenden, gab es erhebliche Spannungen innerhalb der Regierungsparteien, die nicht zuletzt zur dramatischen Niederlage der CDR in den nächsten Wahlen beitrugen.

10.3.3.4 Wahlen 2000

Das Wahlrecht wurde vor den Wahlen geändert und sah nun eine fünf Prozent Hürde für Einzelparteien und eine zehn Prozent Hürde für Koalitionen vor. Außerdem wurde die Anzahl der Mitglieder, die für eine Parteigründung notwendig sind auf 10.000 erhöht. Dieses wurde unter anderem deshalb beschlossen, da bis zu diesem Zeitpunkt nur 251 Mitglieder notwendig waren und so die Parteienanzahl in Rumänien auf über 200 angestiegen war.[262] PSD bezeichnet die erneut umbenannte PDSR unter Ion Ilienscu. Seine Person sowie die Partei standen nunmehr für eine westliche Ausrichtung hin zur Europäischen Gemeinschaft.

[260] (Nève, 2003), Seite 191
[261] (Nève, 2003), Seite 193
[262] (Nève, 2003), Seite 194

10.3.3.5 Wahlen 2004

PUR war eine kleine Partei, die sich für die Parlamentswahlen 2004 mit der bisher regierenden PSD zusammenschloss. ADA bestand aus PNL und Demokraten (PD). An der Wahl nahmen insgesamt 53 Parteien teil. Keine der Parteien war bereit mit der rechten, extrem nationalistischen Partei PRM zu koalieren. UDMR und ADA schlossen sich zusammen und die Partei PUR wechselte die Seiten, wenngleich sie selbst aus eigener Kraft wohl kaum ins Parlament eingezogen wären (2%). Das alles bedingte eine knappe Mehrheit im Parlament ohne PRM und PSD.

10.3.3.6 Wahlen 2008

Laut eines Fernsehberichts der „Zeit im Bild" am Tag der Wahl am 30. November war ein Grund für die Umkehrung des Machtverhältnisses vor allem der Vorwurf der Opposition an die Regierung nichts gegen die Finanzkrise unternommen zu haben. Die PLD bildete sich im Jahr 2006 als Abspaltung von der PNL.

Wahlen[263]	1990	1992	1996	2000	2004	2008[264]
Partei	%	%	%	%	%	%
MER	2,5	-	-	-	-	-
FSN	66	10	-	-	-	-
FDSN	-	28	-	-	-	-
PNL (ADA*)	7	-	-	6,9	32	18,6
UDMR	7,2	7,5	7	6,8	6,2	6,4
CDR (PNȚCD)	2,5	20	30	5	-	-
PUNR	-	8	4,4	-	-	-
PRM	-	3,8	4,5	21	13	-
PSM	-	3	< 3	-	-	-
USD	-	-	13	7	-	-
PSD (PDSR)	-	-	21,5	37	37	33,1
PLD	-	-	-	-	-	32,3
Wahlbeteiligung	86%	76%	76%	65,3%	58,8%	39%
Hürde	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Parteibündnisse	-	3 %	3 %	10%	10%	10%
Einzelparteien	-	3 %	3 %	5 %	5%	5%
Regierung	FSN	FDSN ab 94 mit PUNR	CDR, UDMR, PNL, USD	PSD mit wechselnden Bündnis-partnern)	ADA, UDMR, PUR	Noch nicht bekannt.

Tabelle 39: Ausgang der Parlamentswahlen in Rumänien

* PNL trat 2004 gemeinsam mit den Demokraten als Koalition ADA bei der Wahl an.

[263] (Opfer-Klinger, 2007), Seite 124 (1990), Seite 131 (1992), Seite 137 (1996), Seite 147 (2000), Seite 158 (2004)
[264] (Roser, Die Presse, 2008)

11 Serbien (inklusive Kosovo)

Aufgrund der relativ jungen Republiken Montenegro (2006) und Kosovo (2008) und die daraus resultierende enge Verflechtung der politischen, ökonomischen und geschichtlichen Entwicklung mit Serbien werden im folgenden Kapitel alle drei Republiken betrachtet, wobei auf jede einzeln in allen genannten drei Dimensionen eingegangen wird.

11.1 Serbien

Abbildung 13: Geographische Lage von Serbien (inklusive Kosovo)

Fläche: 77.474 km²

Hauptstadt: Belgrad

Einwohnerzahl: 7.439.000

Besiedelungsdichte: 96 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Albanien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Rumänien und Bulgarien

Amtssprache: Serbisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1991)

Währung: 1 Serbischer Dinar = 100 Para

Unabhängigkeit: 5.6.2006 (Nach dem Austritt Montenegros aus dem Staatenbund Serbien und Montenegro)

Status: Weder Mitglied noch Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: Hauptsächlich orthodoxe Christen, Muslime und Katholiken, Minderheiten von Juden und Protestanten

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 82,7% Serben, 3,9% Ungarn, 1,8% Bosniaken, 1,4% Roma, 10,2% Andere

11.2 Kosovo

Abbildung 14: Geographische Lage vom Kosovo

Fläche: 10.887 km²

Hauptstadt: Prishtina

Einwohnerzahl: 2.127.000

Besiedelungsdichte: 195 Einwohner pro km²

Nachbarstaaten: Montenegro, Serbien, Mazedonien und Albanien

Amtssprache: Albanisch, serbisch

Staatsform: Republik

Währung: 1 Euro = 100 Cent

Unabhängigkeit: 17.2.2008

Status: Weder Mitglied noch Beitrittskandidat der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: Orthodoxe Christen, Muslime und Katholiken

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 92% Albaner, 5,3% Serben, 2,7% Türken, Roma, Bosniaken und andere

11.3 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1946	Erste Jugoslawische Verfassung, Kosovo wird zur autonomen Region innerhalb Serbiens
1974	Der Kosovo erhält eine Verfassung
1987	Milosevic wird zum Präsident Serbiens
1990	Erste freie Wahl nach dem Kommunismus
1991, 1992	Beginn des Balkankriegs gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina
1991	Gründung der BRJ, der Bundesrepublik Jugoslawien mit Montenegro
1995	Friedensvertrag zwischen Serbien, Kroaten und Bosnien-Herzegowina
1999	„Kosovo Resolution“ nach den NATO Luftangriffen gegen Serbien
2000	Ende des Milosevic Regimes in Serbien
2002	Staatenbund Serbien und Montenegro
2006	Austritt Montenegros aus dem Staatenbund, Gründung der Republik Serbien
2008	Im Februar macht sich der Kosovo unabhängig
2008	Im April wird das SAA unterzeichnet

Tabelle 40: Zeittafel von Serbien und dem Kosovo

11.4 Geschichtliche Betrachtung

Nach der Unterwerfung Jugoslawiens, die den Deutschen im zweiten Weltkrieg erlagen, wurden die Nachkriegsjahre von Titos Machtübernahme bestimmt. Im Zuge dessen wurde auch in Serbien das kommunistische Modell durchgesetzt. 1946 wurde der Kosovo zur autonomen Region innerhalb Serbiens und im gleichen Jahr wurde mit der Kollektivierung der Landwirtschaft begonnen. Wie in dieser Arbeit mehrfach erwähnt, gab es erhebliche Differenzen zwischen dem kommunistischen Führer Jugoslawiens und Stalin, sodass ein gemeinsames sozialistisches Reich undurchführbar wurde und Tito eigene Wege abseits der Sowjetunion beschritt, was Tito zur *„beschleunigten Kollektivierung“*[265] veranlasste. Der Kosovo hätte ursprünglich als Brücke zu Albanien dienen sollen, da es Bestrebungen gab das Land in die Sozialistische Föderative Jugoslawien einzugliedern. Albanien schloss sich allerdings Stalin an, was die vorwiegend albanische Bevölkerung im Kosovo zu einer potentiellen Gefahr für Jugoslawien machte. *„Aus diesem Grund wurden viele Kosovo-AlbanerInnen als TürkInnen klassifiziert und aus dem Kosovo ausgesiedelt.“*[266]

In Serbien hatte der massive Aufbau von Industrie eine Landflucht zur Folge, sodass nach dem zweiten Weltkrieg die außerstädtische Bevölkerung von 72,3 auf 33 Prozent schrumpfte.[267] Neben der schnellen Entwicklung der Infrastruktur in den Städten, brachte die Urbanisierung den weiteren Vorteil einer überdurchschnittlich hoch gebildeten, urbanen Jugend, die sich mit einer der höchsten Studentenquoten Europas gerechnet auf die Einwohnerzahl messen ließ. Gleichzeitig aber war die Rate der Analphabeten im Staat gegenüber anderen Ländern sehr hoch, was auf das Bildungslevel der ländlichen Bevölkerung zurückzuführen war. Wirtschaftlich stand Serbien zumeist im jugoslawischen Mittelfeld.[268]

Der wirtschaftliche Aufschwung Jugoslawiens bedeutete für Serbien ein Bruttosozialprodukt, dass seit 1975 nicht mehr erreicht werden konnte. Dies begründete sich einerseits auf den Aufbau der Industrie, der Serbien die Möglichkeit gab, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen und im Westen abzusetzen, andererseits auf das Recht Serbiens, Kredite im Ausland aufzunehmen. Sowohl das selbst erwirtschaftete, als auch das Geld aus Krediten wurde weniger für Investitionen, als mehr zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung verwendet. In den „goldenen Jahren“ von 1974 bis 1977 stieg das Realeinkommen eines Arbeitnehmers in Serbien und dem Kosovo um 36 Prozent.[269] Bemerkenswert ist diese Entwicklung vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass selbst die erste Ölkrise 1973 das Wachstum nicht zurück gehen ließ. In Serbien wurden in 70iger Jahren derart viele Wohnungen gebaut und umsonst vergeben, dass im Jahr 1979 die durchschnittlichen Mietausgaben einer vierköpfigen Familie unter denen für Alkohol und Tabak gesunken waren, womit die Nachfrage nach Konsumgütern in privaten Haushalten sowie die Sparquote immens anstiegen.

In den Folgejahren entspannte sich die Situation des Kosovo unter Tito, welcher die albanische Minderheit in Ethnizität und Sprache unterstützte. Mit der Verfassung von 1974 erhielt der Kosovo gleiche Rechte wie andere jugoslawische Staaten in der Föderation. Resultat war eine vermehrte Abwanderung slawischer Bevölkerung aus dem Kosovo, was die Position der Kosovo-Albaner weiter stärkte. Die nun einsetzenden Forderungen aus dem Kosovo reichten von Einung mit Albanien bis zu einem völlig autonomen Staat innerhalb Jugoslawiens, was nach dem Austausch des Parlaments durch Belgrad dazu führte, dass sich das Verhältnis Jugoslawiens mit Albanien zusehends verschlechterte. Die Entwicklungen führten zu einem Schwenk der bisherigen Kosovopolitik, mit dem Ziel den Dialog zwischen den Volksgruppen zu stärken, der wirtschaftlich schwachen Region unter die Arme zu greifen und den anti-jugoslawisch gesinnten Kräften Einhalt zu gebieten. [270] Nach annähernder Vollbeschäftigung und erhöhten Lebensstandards wurden Ende der 70iger Jahre

[265] (Walter Lukan, 2005), Seite 550
[266] (Zeidler, 2006), Seite 64
[267] (Walter Lukan, 2005), Seite 303
[268] (Walter Lukan, 2005), Seiet 551
[269] (Walter Lukan, 2005), Seite 553
[270] (Zeidler, 2006), Seite 66

Inflation und Produktionsrückgang die größten zu bewältigenden Probleme in ganz Jugoslawien, was die Auslandsschulden bis 1981 um das Vierfache ansteigen ließ und auch Serbien nicht verschonte.[271]

Slobodan Milosevic wurde 1986 der Führer der kommunistischen Partei Serbiens und 1987 der Präsident Serbiens, was der Kosovopolitik eine neue Dimension gab. Bereits ein Jahr nach der Amtsübernahme startete er die Serbisierung im Kosovo. Im Zuge dessen wurden albanische Politiker durch Serben ersetzt. *„1989 wurde die Frage des Kosovo als Frage der Verteidigung des ganzen serbischen Staates definiert.“* [272] Im gleichen Jahr wurde dann auch die Autonomie der Region aufgehoben. Milosevics Einstellung wurde in seiner Rede zum Jahrestag der Kosovo-Schlacht von Amsfeld deutlich: „Serbien ist überall da, wo Serben leben.“[273] 1991 und 1992 begannen die Kriege mit Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die Milosevic unter eben diesem Motto begann und deren Ziel es war, alle Serben in einem Reich zu vereinen. Erst der im Jahr 1995 geschlossene Friedensvertrag beendete die blutigen Auseinandersetzungen.

Wie bereits im ersten Kapitel beschrieben, scheiterte Milosevics Vorhaben an der Intervention der NATO und der USA. Unter Milosevic wurde innerhalb eines Jahres die Inflation von 48% im September 1989 auf null im Mai 1990 gesenkt[274] was ihm mitunter auch bei den ersten freien Wahlen 1990 zum Präsidentenamt Serbiens verhalf. Dieses Amt bekleidete er auch in der Periode nach dem nächsten Wahljahr 1992, nach der Formung der Jugoslawischen Föderation mit Montenegro. Nach der erfolgreichen Bekämpfung der Inflation am Beginn des Jahrzehnts trieb die aus den Kriegen resultierende Isolation Serbiens die Währungsentwertung auf Rekordniveau. *„Die Industrieproduktion ging um ein Drittel zurück und das Bruttosozialprodukt wurde halbiert. Die Gehälter fielen um sieben Achtel, wobei ein Drittel aller Arbeitnehmer auf diese niedrigen Gehälter Monate lang warten musste.“*[275] Zwei Drittel der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze und nach dem Milosevic die Liberalisierung 1994 stoppte, befanden sich 85% des Kapitals[276] weiterhin in staatlicher Hand.

Nach jahrelangem gewaltlosem Protest der albanischen Bevölkerung kam es 1996 mit der entstandenen Befreiungsarmee im Kosovo (der UCK) zu gewaltsamen Ausschreitungen.[277] Der in den Folgejahren eskalierende blutige Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo veranlasste 1998 den UNO-Sicherheitsrat dazu, den Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo zu fordern und mit Luftangriffen zu drohen, sollte dem nicht Folge geleistet werden. Diese Drohung wurde 1999 in die Tat umgesetzt und zwang Milosevic, der seit dem Jahr 1997 der Präsident Jugoslawiens war, zum Einlenken. Mit der so genannten Kosovo-Resolution (Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates) wurden die Einsetzung einer zivilen Übergangsverwaltung und die Entsendung der KFOR, einer NATO-Friedenstruppe beschlossen. Wirtschaftlich bedeutete der Kosovo Krieg auch eine Veränderung der Handelsbeziehungen zwischen Serbien und Montenegro. Serbien verhängte aufgrund des pro-westlichen Kurses Montenegros ein Handelsboykott gegen seinen Nachbarstaat. *„Trotz Rücknahme der Sanktionen nach dem Regierungswechsel in Belgrad konnte der gemeinsame Wirtschaftsraum nicht vollends wiederhergestellt werden.“*[278]

Die Ära Milosevic endete unblutig mit der freien Wahl am 5. Oktober 2000. Die demokratische Wende nach dem Kosovokrieg wurde unter anderem deshalb möglich, da sich 18 Parteien zur DOS, der Demokratischen Opposition Serbiens zusammenschlossen. Die Regierungsarbeit nach der gewonnen Wahl wurde bald darauf Bühne der Differenzen zwischen Zoran Djindjic, der die DS führte und dessen Konkurrenten Vojislav Kostunica, der die DSS leitete. Beide Parteichefs hatten sich auf das Ziel der Beendigung des Milosevic-Regimes geeint, nach ihrer tatsächlichen Machtübernahme

[271] (Walter Lukan, 2005), Seite 303
[272] (Zeidler, 2006), Seite 67
[273] (Hermann, 2007), Seite 28
[274] (Walter Lukan, 2005), Seite 555
[275] (Walter Lukan, 2005), Seite 556
[276] (Walter Lukan, 2005), Seite 557
[277] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 294
[278] (Walter Lukan, 2005), Seite 23

wurden aber ihre unterschiedlichen Positionen deutlich. Die reformfreudige DS stand dem „Stabilisierungskurs“ der DSS gegenüber, die Veränderungen im Land konservativer gegenüber stand.[279]

Nach der Gründung des Staatenbundes Serbien und Montenegro wurde die Handlungsfähigkeit des Regierungschefs Djindjic zusätzlich durch die kontroversen Ansichten der Kleinparteien, die das Parteienbündnis in sich vereinigte, erschwert. Es gelang allerdings die Inflation bis 2003 auf 11 Prozent zu senken.[280] Trotzdem stand das Land im europäischen Vergleich als eines der Ärmsten da. Beispielsweise betrug das Nettodurchschnittseinkommen 2002 149 Euro monatlich, das BIP schrumpfte seit 1991 von 1230 auf 800 Millionen Euro.[281] Bemerkenswert ist außerdem, dass nach dem Regierungswechsel die Diskussion über eine Wiederaufnahme des Religionsunterrichts in den Schulen diskutiert und 2001 auch durchgesetzt wurde. Im ersten Jahr war dieses Schulfach obligatorisch, im Folgejahr wurde es jedoch zu einem Wahlfach. Dieses konnte von den Schülern ab einer gewissen Reife selbst bzw. vorher von deren Eltern freiwillig belegt werden.[282]

DOS war zwar stark genug gewesen das Milosevic Regime zu stürzen, konnte sich aber über die Auslieferung des früheren Staatschefs an den internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) nicht einigen. Der Disput in dieser Frage war deshalb von großer Bedeutung für die Bundesrepublik Jugoslawien, da finanzielle Unterstützungen von der USA und anderen internationalen Institutionen an die Auslieferung gekoppelt waren. Neben der Montenegrinischen Volkspartei (SNP) betonte auch Kostunica seinen Widerwillen an einer Kooperation mit dem ICTY. Der pro-westliche Regierungschef Djindjic, der die Isolation Serbiens befürchtete, setzte sich allerdings einen Tag vor der für 28. Juni 2001 angesetzten Geberkonferenz durch.[283] Dieser Entschluss brachte zwar unmittelbar den gewünschten Erfolg, legte allerdings langfristig den Grundstein für den Bruch der Regierung. Nachdem Djindjic 2003 einem Anschlag zum Opfer fiel, wurde der Europäischen Union der Hauptansprechpartner in Serbien genommen und die bereits erwähnten Spannungen innerhalb des regierenden Parteibundes eskalierten, sodass Neuwahlen unumgänglich wurden. Die DSS löste sich bereits 2002 aus dem bestehenden Regierungsbündnis.

Eines von vielen Problemen in Serbien war die Korruption, gegen die in der vergangenen Regierungsperiode nicht angegangen wurde oder werden konnte. Ebenfalls fiel Serbien durch die nicht durchgeführten Reformen im Vergleich zum Nachbarn Montenegro, aber auch gegenüber den anderen ehemaligen kommunistischen Staaten, ökonomisch weit zurück. Nach dem Versagen der Regierung entschloss sich der größte Teil der serbischen Wahlberechtigten zu einem Rechtsruck und gab bei der im Dezember 2003 abgehaltenen Parlamentswahl der nationalistischen SRS (Serbische Radikale Partei) ihre Stimme. Die SRS ging allerdings in Opposition was die verbleibenden Parteien bis auf die SPS zu der Bildung einer Minderheitsregierung veranlasste, die auf die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Milosevic Partei angewiesen war. Premierminister wurde Kostunica. Nachdem die Minderheitsregierung sich mit der Forderung der SPS, keine Serben mehr an Den Haag auszuliefern einverstanden erklärt hatte, folgte die Reaktion der USA und Europas unmittelbar. Die Amerikaner kürzten ihre Hilfsleistungen für Serbien bereits 2004 *„um 100 Millionen Dollar und kündigten die Blockade all ihrer finanziellen Abkommen in internationalen Institutionen an. Eine ähnliche Haltung nahm die EU ein.“*[284] Die instabile Regierung führte notwendige Reformen, welche notwendig gewesen wären um die Inflation zu senken und die wirtschaftliche Situation des Landes zu verbessern, nur spärlich durch. Trotz dieser mangelnden Reformfreudigkeit konnte das Land allerdings in den Jahren 2004 und 2005 ein hohes Wirtschaftswachstum von acht und sechs Prozent erreichen.[285] Dem gegenüber standen allerdings eine Inflation von über 10 Prozent und eine

[279] (Zeidler, 2006), Seite 45
[280] (Walter Lukan, 2005), Seite 558
[281] (Walter Lukan, 2005), Seite 23
[282] (Walter Lukan, 2005), Seite 489
[283] (Zeidler, 2006), Seite 48
[284] (Walter Lukan, 2005), Seite 631
[285] (Simic, 2006), Seite 89

Arbeitslosigkeit, die die 30 Prozent Marke überschritt.[286] Die relative Armut in der Bevölkerung ist mit einem Drittel der Gesamtbevölkerung beziffert, rund ein Fünftel leben in absoluter Armut. Die Personen, die in relativer Armut leben, haben im Monat 48 Euro zur Verfügung, Personen in absoluter Armut weniger als 20 Euro.[287]

Trotz internationaler Intervention konnte die Gewalt im Kosovo nicht eingedämmt werden. Einen Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen im Jahr 2004, nachdem Serbien die Teilung des Kosovo in serbische und albanische Teilprovinzen vorschlug. Übergriffe richteten sich vor allem auf die serbische Minderheit im Kosovo, was den Kosovo-Albanern eine schwierige Verhandlungsbasis einbrachte.[288] Nicht nur der Kosovo erschwerte sich selbst sein internationales Ansehen, auch Serbien trug dazu bei, wenngleich auf der außenpolitischen Ebene. Im Jahr 2005 konnten sich die Serben immer noch nicht zu einer Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien durchringen wodurch finanzielle Hilfen seitens der USA eingestellt wurden und die EU Integration in noch weitere Ferne rückte. Diese Entwicklungen wirkten sich auch innenpoltisch aus, da die Partei G17+ (eine pro-europäische Partei) aus der Minderheitsregierung auszutreten drohte, sollte keine gemeinsame Linie mit der Europäischen Union gefunden werden können. Dem somit unter innerem und äußerem Druck stehenden Premierminister, dessen Ansehen in der Bevölkerung auch in Umfragewerten als sehr niedrig eingestuft wurde, startete eine Medienoffensive. Diese zielte auf die freiwillige Stellung der gesuchten Generäle ab, an die auch finanzielle Hilfeleistungen mit den Familien verbunden wurden. Dieser Aufforderung kamen tatsächlich viele gesuchte Personen nach, die von der Regierung an das Tribunal in Den Haag ausgeliefert wurden.[289]

Im Integrationsprozess der Europäischen Union sah sich Serbien im Laufe der Jahre mit ständig wechselnden Rahmenbedingungen konfrontiert. Ab dem Fall des Milosevic Regimes im Jahr 2000 war es das Bestreben der Europäischen Union, die politische Situation Serbiens zu stabilisieren. 2001 wurde der damalig noch bestehende Staatenbund Serbien und Montenegro in den Prozess der Stabilisierung und Assoziierung aufgenommen. Ab 2004 änderte die EU ihre Integrationsstrategie und behandelte Serbien und Montenegro separiert. Zusätzlich wurde ein gemeinsamer Aktionsplan für die Föderation aufgesetzt. Grund für die getrennte Behandlung der beiden Staaten war die ökonomisch ungleiche Ausgangssituation beider Staaten, bei der sich Serbien auf einem niedrigeren Niveau befand. Ziel war es, beide Staaten gleichzeitig, aber auf unterschiedlichen Wegen in die EU Mitgliedschaft zu führen. Mit dem Austritt Montenegros aus der Staatenunion wurden zumindest Teile des Aktionsplans obsolet. Auch die Unabhängigkeit des Kosovo trug zur politischen Stabilität Serbiens nicht bei.

Ab 2007 wurde von UN-Vermittlern der Plan vorgelegt, der eine „*überwachte Unabhängigkeit Kosovos vorsah*“ [290]. Serbien konnte sich zu einem fünf Punkte Zugeständnis durchringen, das dem Kosovo Autonomie und Mitgliedschaft bei IWF und Weltbank zukommen lassen, einige Bereiche wie Außenpolitik und Grenzschutz aber weiterhin in serbischer Verwaltung belassen sollte.[291] Dieser Vorschlag wurde von den Kosovo-Albanern abgelehnt und nachdem in mehreren Gesprächs- und Verhandlungsrunden keine Einigung erzielt werden konnte, wurde im Februar 2008 vom Kosovo einseitig die Unabhängigkeit von Serbien erklärt. Wie erwartet, erkannte Serbien den neuen Staat nicht an und wurde von China und Russland in seiner Einstellung unterstützt. Bis heute haben nicht alle UN Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit anerkannt. Bis auf die LPD sehen alle Parteien Serbiens den Kosovo als eine zu Serbien gehörende Region. Der pro westlich eingestellte Außenminister Serbiens warnte 2007 mehrmals ausdrücklich gegenüber Printmedien und der UN vor den Folgen einer Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und drohte 2008 nachdem ebendiese erfolgt war mit

[286] (Simic, 2006), Seite 90
[287] (Walter Lukan, 2005), Seite 23
[288] (Zeidler, 2006), Seite 80
[289] (Zeidler, 2006), Seite 99
[290] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), Seite 292
[291] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), Seite 293

diplomatischen Konsequenzen für alle Staaten, die den neuen Status des Kosovo anerkennen würden. Das Angebot der EU, mit Serbien ein Abkommen über Handelserleichterungen und Visabefreiung abzuschließen wurde von dem Ministerpräsidenten Kostunica abgelehnt, da er fürchtete mit der Unterzeichnung zur Anerkennung des Kosovo gezwungen zu werden.

Nach dem 12. Februar 2008 kam es zu Massenkundgebungen in Serbien, die gewalttätige Ausschreitungen nach sich zogen. Die 2007 gewählte Regierung zerbrach an den Vorbereitungen zu einer Resolution, welche die Aussetzung der Verhandlungen mit der Europäischen Union vorsah, bis die Staatengemeinschaft den Kosovo als zu Serbien zugehörig anerkennen würde. Das führte nach nur zehn monatiger Amtszeit zu einem Bruch der Regierung und Neuwahlen. Um die pro-europäischen Parteien in der im Mai durchgeführten Wahl zu stärken wurde im April das SAA mit der EU unterzeichnet und *„als weiteres Entgegenkommen beschlossen am 6.5. 16 EU Mitgliedsstaaten und Norwegen, serbischen Bürgern kostenfreie Visa für den Schengen Raum und Zypern auszustellen*.“ [292]

11.4.1 Ethnische und religiöse Struktur

Die ethnische und religiöse Struktur unterscheidet sich in Serbien und im Kosovo erheblich. Ethnische Albaner stellen in Serbien einen Bevölkerungsanteil von 0,8 Prozent, sind aber mit 89 Prozent im Kosovo vertreten. [293] Daraus ergibt sich auch die völlig unterschiedliche Verteilung der Konfessionen, da die Albaner vorwiegend muslimischen Glaubens sind. Während in Serbien die Mehrheit der Bevölkerung (85 Prozent) orthodoxer Konfession ist, so überwiegen im Kosovo die Moslems mit 93 Prozent.

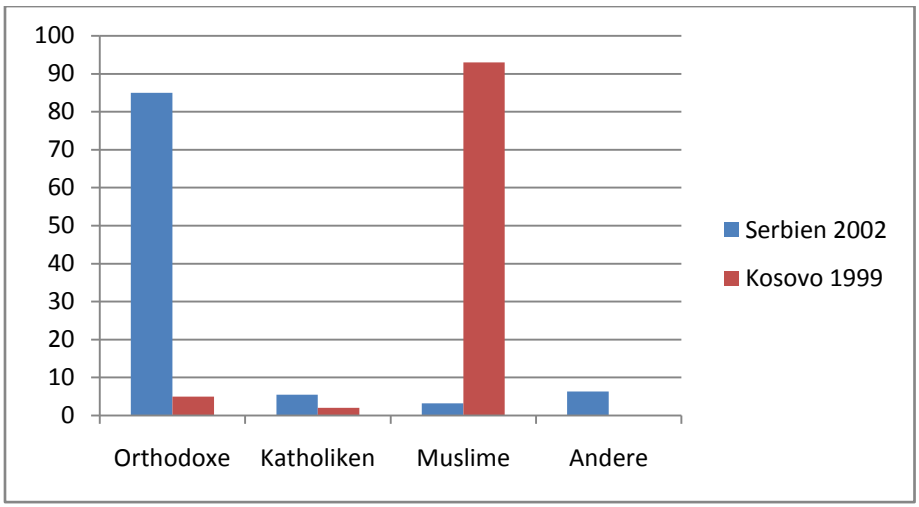


Abbildung 15: Religiöse Struktur in Serbien und im Kosovo[294]

11.5 Politische Daten, Serbien [295]

Nach der Einleitung des Demokratisierungsprozesses 1989 blickt Serbien auf eine große Anzahl seither gegründeter Parteien zurück. In den ersten zwei Jahren nach 89 formierten sich 50 Parteien und 10 Jahre später stieg die Anzahl der Parteigründungen auf 230.[296] Im Folgenden wird nur auf die Parteien eingegangen, die im Lauf der Geschichte zumindest einmal einen Sitz im Parlament inne hatten.

[292] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 2009, Seite 428
[293] (Walter Lukan, 2005), Seite 21
[294] (Walter Lukan, 2005), Seite 22
[295] (Walter Lukan, 2005) Seite 618, (Goati, 2003), Seite 102, (Hermann, 2007), Seite 38 - 39
[296] (Walter Lukan, 2005), Seite 617

Serbien wurde vom Jahr 1990 bis 2000 von der Partei von Slobodan Milosevic allein regiert. Die neue Verfassung 1990 war auf den Serbenführer zugeschnitten, wodurch Serbien im Vergleich zu Montenegro kein parlamentarisches Regierungssystem eingesetzt wurde. Bei den ersten Wahlen 1990 wurde nach dem Mehrheitswahlrecht, in den folgenden nach Verhältniswahlrecht gewählt. Wie ersichtlich werden wird, gelang der Machtwechsel nur durch den Zusammenschluss der Oppositionsparteien.

Partei	Originale Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
DEPOS	*Demokratska opozicija Srbije*	Demokratische Opposition Serbiens
DS	*Demokratska stranka*	Demokratische Partei
DSS	*Demokratska stranka Srbije*	Demokratische Partei Serbiens
G17+	*G17+*	G17+
LDP	*Liberalno-demokratska partija*	Liberal demokratische Partei
SPO	Srpski pokret obnove	Serbiens Erneuerungsbewegung
SPS	*Socijalistička partija Srbije*	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	*Srpska radikalna stranka*	Serbische Radikale Partei
SSJ	*Stranka Srpskog Jedinstva*	Partei serbischer Einheit

Tabelle 41: Politische Parteien in Serbien

11.5.1 Präsidentschaftswahlen

Erst nach der Präsidentschaftswahl 2003 wurde die bis dort hin geltende 50 Prozent Wahlbeteiligungsbedingung abgeschafft, nachdem die Wahlen 2002 und 2003 wegen mangelnder Beteiligung als ungültig erklärt werden mussten.

Wahlen:	1990	1992	1997	2002	2003	2004	2008
Präsident	Milosevic	Milosevic	Milutinović	Kostunica	Nikolic	Tadic	Tadic
Partei	SPS	SPS	SPS	DPS	SRS	DS	DS
Wahlgang	1.	1.	2.	2.	2.	2.	2.
Wahlbeteiligung	n.a.	69.72%	50,98%	44.97%	< 50%	48.7%	68.12%

Tabelle 42: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Serbien

11.5.2 Parlamentswahlen

Im Zeitraum von 1989 bis 1991 wurden in Serbien über 50 Parteien gegründet. [297] Im Folgenden werden nur die Parteien mit dem größten Stimmenanteil behandelt. Die Verfassung wurde 1992 und 2000 geändert.

11.5.2.1 Wahl 1990

Bei den Wahlen 1990 konnten nur drei Parteien so viele Stimmen in sich vereinen, dass sie ins Parlament einziehen konnten. Die SPS trat zu dieser Wahl erstmals unter diesem Namen an, vorher hatte sie sich „Bund der Kommunisten Serbiens“ genannt.

[297] (Walter Lukan, 2005), Seite 616

11.5.2.2 Wahl 1992

1991 erfolgte die Gründung der ultra-nationalistischen Partei SRS. Das Bündnis „Demokratische Opposition Serbiens“ DEPOS wurde von der SPO und ihrem Vorsitzenden Draskovic geführt.

11.5.2.3 Wahl 1993

Die Parlamentswahlen wurden vorgezogen, nachdem Milosevic das Parlament aufgelöst hatte. Grund war ein eingebrachter Misstrauensantrag der SRS, der durch die ausgelösten Neuwahlen nicht zum Tragen kam.[298]

11.5.2.4 Wahl 1997

Die Liste der Sozialisten Serbiens wurde von Milosevic geführt und beinhaltete auch die „Jugoslawische Linke“, geführt von Milosevics Gattin, und die Partei „Neue Demokratie“. Aufgrund irregulärer Wahlbedingungen boykottierte die Opposition, darunter untere andern die DS und DSS, die Wahl.

11.5.2.5 Wahl 2000

Die Wahlen mussten im Dezember wiederholt werden, da die Oktoberwahlen von Milosevic ungültig erklärt worden waren, der den Sieg der Opposition nicht anerkennen wollte. Durch die erheblichen Proteste aus der Bevölkerung musste Milosevic sich allerdings beugen und setzte die erneuten Wahlen für Dezember an.

Neben anderen 16 Parteien, die sich zur Demokratischen Opposition Serbiens gegen das Milosevic Regime zusammenschlossen, traten auch die Demokratische Partei (DS) und die Demokratische Partei Serbiens (DSS) der Bündnisliste bei. Letztere hatte sich 1992 von der Demokratischen Partei abgespalten und das Spannungsverhältnis der beiden Parteiführer blieb nach der Wahl nicht lange verborgen.

11.5.2.6 Wahl 2003

Die schwierige Situation Serbiens nährte die nationalistischen Parteien und schwächte den pro europäischen Kurs. So kam es, dass bei der Parlamentswahl 2003 die radikale serbische Partei (SRS) stimmenstärkste Kraft im Land wurde. Diese Partei stand für ein „Großserbien“ und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ein.

Die Partei G17+ wurde 2002 gegründet und geht auf die gleichnamige Nichtregierungsorganisation zurück, die 1997 von Ökonomen gegründet wurde. Die Partei verfolgt einen EU-freundlichen Kurs und setzt sich für die Marktorientierung in Serbien ein.

Die wichtigsten Themen des Wahlkampfes waren die Auslieferung serbischer Kriegsverbrecher an das Tribunal in Den Haag, die Privatisierung, die Zukunft des Staatenbundes mit Montenegro und den Weg in die europäische Staatengemeinschaft.[299]

Dadurch, dass die SRS in Opposition ging, kam es zu einer Minderheitenregierung unter der Führung von Kostunica. Die Regierung wurde von der SPS unterstützt. Die Partei Milosevics trat damit erstmals aus ihrer politischen Isolation und forderte für ihre Unterstützung der Regierung keine weiteren Auslieferungen nach Den Haag, womit sich Kostunica einverstanden erklärte.

11.5.2.7 Wahl 2008

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hatte DSS Parteiführer Kostunica seinen Rücktritt angekündigt, worauf Neuwahlen für Mai 2008 angesetzt wurden. *„Zumindest zum Ende ihres nur*

[298] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 1995, Seite 348
[299] (Walter Lukan, 2005), Seite 620

zehn Monate kurzen Regierungs-Trauerspiels demonstrierten Serbiens zerstrittene Koalitionäre ungewohnte Einigkeit.“[300] Die Regierung hatte sich erst nach den Wahlen 2007 im Mai angeloben lassen. Die neu formierte Regierung aus den Bündnissen der DS und SPS wird durch LPD parlamentarisch unterstützt.

Wahlen	**1990**		**1992**		**1993**		**1997**		**2000**		**2003**		**2007**		**2008**	
Partei	%	S.	%	S.	%	S.	%	S.	%	S.	%	S.	%	S.	%	S.
SPS* **	46,1	194	28,8	101	36	123	34,2	110	13,2	37	7,6	22	5,6	16	7,6	20
SPO	15,8	19	-	-	-	-	-	-	-	-	7,7	22	-	-	-	-
G17+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11,5	34	6,8	19	38,4	102
DS	7,4	7	4,2	7	11,6	29	-	-	-	-	12,6	37	22,7	64		
SRS	-	-	22,6	73	13,8	39	28,1	82	8,6	23	27,6	82	28,6	81	29,5	78
DEPOS	-	-	16,9	49	16,6	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DSS**	-	-	-	-	5,1	7	-	-	-	-	17,7	53	16,6	47	11,6	30
SRO	-	-	-	-	-	-	19,1	45	-	-	-	-	-	-	-	-
DOS	-	-	-	-	-	-	-	-	64,7	176	-	-	-	-	-	-
SSJ	-	-	-	-	-	-	-	-	5,6	14	-	-	-	-	-	-
LPD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,3	15	5,2	13
Sonstige		30		20		7		13		0		0		8		7
Gesamt	250		250		250		250		250		250		250		250	
Wahlbet.	71,48%		69,72%		61,3%		57,4%		74,4%		58,75%		60,62%		61,3%	
Regierungs-dauer	2 Jahre		1 Jahr		4 Jahre		3 Jahre		3 Jahre		4 Jahre		< 1 Jahr		n.a.	
Regierung	**SPS**		**SPS**		**SPS**		**SPS***		**DOS**		**G17+, DSS, SPO und NS**		**DSS, DS und G17+**		**DS, G17+ und SPS *** **	

Tabelle 43: Ausgang der Parlamentswahlen in Serbien

* Als „Liste der Sozialistischen Serbiens“
** Bündnis mit der NS
*** 2008 im Bündnis mit der Partei der Pensionisten

11.6 Politische Daten, Kosovo

Im Kosovo werden das Parlament vierjährlich und der Präsident fünfjährlich gewählt. Das Parlament besteht aus 120 Mitgliedern, wobei 20 Mitglieder für Minderheiten reserviert sind. Zehn davon sind für die serbische Minderheit, die andere Hälfte für andere Minderheiten vorgesehen. Es gilt die fünf Prozent Hürde, um ins Parlament einziehen zu können.

11.6.1 Parteien

Partei	**Originale Bezeichnung**	**Deutsche Bezeichnung**
PSD	*Partia Social Demokrate e Kosoves*	Sozialdemokratische Partei Kosovo

[300] (Roser, Neuwahl in Serbien: Flucht nach vorne – aber wohin?, 2008)

AKK	*Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës*	Allianz für die Zukunft des Kosovo
LDK	*Lidhja Demokratike e Kosovës*	Demokratische Liga Kosovo
ORA	*Partia Reformiste ORA*	Reformpartei Kosovo
AKR	*Aleanca Kosova e Re*	Neue Kosovoallianz
LDD	Lidhja Demokratike e Dardanisė	Demokratische Liga von Dardanien
PSHDK	Partia Shquiptare Demokristiane e Kosovės	Albanische christlich demokratische Partei
KP	*Koalicija Povratak*	Serbische Koalition

Tabelle 44: Politische Parteien im Kosovo

11.6.2 Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen im Kosovo setzte sich der Kandidat der LDK Sejdui im dritten Wahlgang durch. Dies war seine erste Wiederwahl nach seiner gewonnenen Präsidentschaftswahl 2006.

11.6.3 Parlamentswahlen

11.6.3.1 Wahl 1992

1992 wurde im Kosovo, dem sein Autonomiestatus 1990 abgesprochen worden war, eine geheime Wahl durchgeführt, deren Gewinner mit 78 von 130 Sitzen die LDK wurde und somit auch den Regierungsanspruch stellte. [301]

11.6.3.2 Wahl 2007

Die niedrige Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent lässt sich durch den Boykott der serbischen Bevölkerung erklären, zu der Kostunica aus Serbien aufgerufen hatte.

Wahlen[302]	**2001**[303]	**2004**	**2007**
Partei	Sitze	Sitze	Sitze
LDK	47	47	25
PDK	26	30	37
AAK	8	9	10
ORA	-	7	-
AKR	-	-	13
LDD	-	-	11
PSHDK	1	2	
KP	22	*	-
Sonstige	16	25	27
Gesamt	120	120	120

[301] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) 1993, Seite 85
[302] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009), bis 2008 bei der Länderchronik Serbien bzw. Serbien und Montenegro bzw. Jugoslawien, nach 2008 als eigene Länderchronik Kosovo
[303] (Wittkowsky, 2002)

Wahlbeteiligung	64,3 %		43%
Regierung	**LDK, PDK, AAK und KP**	**LDK, AAK**	**PDK und LDK**

Tabelle 45: Ausgang der Parlamentswahlen im Kosovo

* Wahlboykott

12 Slowenien

Abbildung 16: Geographische Lage von Slowenien

12.1 Steckbrief

Fläche: 20.253 km²

Hauptstadt: Ljubljana

Einwohnerzahl: 2.007.000

Besiedelungsdichte: 99 Einwohner pro km²

Länge der Grenzen:

Nachbarstaaten: Italien, Österreich, Ungar und Kroatien

Amtssprache: Slowenisch

Staatsform: Republik (Verfassung von 1991)

Währung: 1 Euro = 100 Cent

Unabhängigkeit: 25.6.1991 (Proklamation)

Status: Mitglied der Europäischen Union

Religionszugehörigkeit: 57,8% Katholiken, 4,2% orthodoxe Christen, 2,7% Muslime und andere. 7,1% der Bevölkerung lebt ohne Religionszugehörigkeit

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen: 83,1% Slowenen, 2% Serben, 1,8% Kroaten, 1,1% Bosniaken, 0,3% Ungarn, 0,3% Albaner und 11,4% andere

12.2 Zeittafel

Jahr	Ereignis
1282	Kern des slowenischen Siedlungsgebietes (Landschaft Krain) fällt an die Habsburger
Dezember 1918	Prinzregent Aleksandar proklamiert das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“
1929	Verkündung der Königsdiktatur, Umbenennung in „Königreich Jugoslawien“
1945 – 1990	Slowenien im Titoistischen Jugoslawien
Mai 1989	Maideklaration
April 1990	Erste demokratische Wahlen
Dezember 1990	Volksabstimmung über die Frage der Unabhängigkeit
25. Juni 1991	Austritt aus der jugoslawischen Föderation
27. Juni 1991	Beginn des 10-Tage Kriegs in Slowenien
Mai 1992	Aufnahme Sloweniens in die UN
März 1994	Aufnahme Sloweniens in die NATO-„Partnerschaft für den Frieden“
November 1998	Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU
April 2004	Beitritt in die NATO
Mai 2004	Beitritt in die Europäische Union
Jänner 2007	Einführung des Euro
Jänner – Juli 2008	EU Ratspräsidentschaft (erstes Halbjahr 2008)

Tabelle 46: Zeittafel von Slowenien

12.3 Geschichtliche Betrachtung

Der Eintritt Sloweniens bzw. Jugoslawiens in den Zweiten Weltkrieg erfolgte schrittweise. Jugoslawien trat dem Dreimächtepakt am 25. März 1941 bei. Den Angriffen der deutschen Armee konnte Jugoslawien nicht stand-halten und kapitulierte nach nur elf Tagen. Der slowenische Teil Jugoslawiens kam unter italienische, ungarische und deutsche Besatzung. Ziel der Besatzer war es, alles Slowenische aufzulösen.[304] Vor allem die deutschen Besatzer strebten eine Umwälzung ins Deutsche an, Namen wurden eingedeutscht, verpflichtende Deutschkurse eingeführt, usw. Nach dem Kapitulieren Italiens okkupierten die deutschen Truppen deren Besatzungsgebiete.[305] Der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Besatzer war stark, aber es konnte sich keine einheitliche Widerstandsbewegung entwickeln, da die Hintergründe und die Vergangenheit der Gruppen zu unterschiedlich waren. Die Gruppierung, die das Königreich unterstützte, stand den Kommunisten gegenüber. Eine Befreiungsfront unter kommunistischer Führung wurde gegründet. Innerhalb des Aufbaus einer vorläufigen jugoslawischen Regierung arbeitete Slowenien auch am Aufbau der eigenen Macht in der Föderation.[306] Zu den Regeln der slowenischen Partisanen gehörte der gnadenlose Kampf gegen die Okkupanten. Die Befreiungsfront konzentrierte sich nicht nur auf die Besatzungsmacht, sondern auch auf die politischen Konkurrenten, also allen nichtkommunistischen Gruppierungen.[307] Es kam zum Aufbau der Domobranci (Slowenische Landeswehr), die von den deutschen Besatzern unterstützt wurden und ebenfalls gegen die Partisanen kämpften. Die Gefechte

[304] (Hösler, 2006), Seite 164 - 166
[305] (Hösler, 2006)′ Seite 166 - 170
[306] (Hösler, 2006), Seite 170 - 174
[307] (Hösler, 2006), Seite 174 - 178

zwischen den rivalisierenden Gruppen waren besonders grausam und brutal. Die Domobranci gliederten sich in die SS und die Wehrmacht ein und stellten sich unter deren Befehl.[308]

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in Slowenien der Befreiungsrat gebildet, welcher am Aufbau einer kommunistischen Führung arbeitete, der gleiche Aufbau erfolgte auf jugoslawischer Ebene. Tito ordnete im Mai 1945 die Befreiungsfront der Slowenen in die jugoslawische Armee ein. Am 29. November 1945 wurde die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien" mit ihren sechs Republiken proklamiert. Innerhalb des Staatenverbundes hatte Slowenien die höchste Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.[309] Die neue Regierung startete erste Maßnahmen in wirtschaftspolitischen Fragen. Die Agrarreform vom Dezember 1945 schränkte die Möglichkeiten von privatem Besitz stark ein. Mit weiteren Maßnahmen zur Verstaatlichung wurden Grund und Boden und auch Firmen zum „Volksvermögen".[310] 1948 kam es zur Entzweiung von Tito und Stalin, die Kommunisten Jugoslawiens wurden aus den internationalen Organisationen ausgeschlossen. Die jugoslawische Führung war nicht bereit, sich dem sowjetischen Kurs derart unterzuordnen. Sie verfolgten ihre eigene Linie, die aber nicht weit vom Stalinismus entfernt war. Zu ersten Wiederannäherungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien kam es nach dem Tode Stalins.[311] Im Juni 1950 wurde die Arbeiterselbstverwaltung eingeführt. Die Planung an zentralen Stellen wurde abgebaut, eine dezentrale Organisation und Entscheidungsgewalt aufgebaut. Diese Umstrukturierung konnte sehr schnell ökonomische Erfolge verzeichnen. Die jährlichen Wachstumsraten waren in ganz Jugoslawien hoch (ca. 8%), in Slowenien lagen sie sogar bei über 10%. Dieser Erfolg blieb bis zum Beginn der 60er Jahre bestehen, danach waren die Zahlen wieder rückläufig.[312] Für Slowenien lief der Strukturwandel und die Entwicklung der Wirtschaft sehr positiv, die industrielle Produktion wurde erweitert und Modernisierungen unterzogen. *„Aus dem traditionellen Agrarland wurde eine Industriegesellschaft."* [313] Von der Krise in ganz Jugoslawien in den 60er Jahren war Slowenien weniger betroffen und beeinflusst als die restlichen Republiken. Ein gewisser Einbruch in allen Bereichen war aber auch hier bemerkbar. Innerhalb des Staatenverbundes befürworteten neben den Slowenen auch die Kroaten eine stärkere Föderalisierung, da sie ihre Vorteile dadurch erweitern konnten. Die Situation der Slowenen war deutlich besser als im restlichen Jugoslawien. Die Analphabetenquote Sloweniens lag bei nur noch 1,8%, die damalige serbische Provinz Kosovo wies noch 44% Analphabeten auf. Ebenso deutlich war der Unterschied beim Sozialprodukt, welches in Slowenien siebenmal höher war als im Kosovo.[314]

Titos Tod läutete eine neue Epoche ein, allerdings eine sehr unsichere. Man hielt am System der Selbstverwaltung fest, ebenso wurde der föderative Aufbau der Staaten beibehalten. Die Wirtschaft des Landes war im Jahr 1980 an einem sehr kritischen Punkt. Mit dem Versuch, den Dinar abzuwerten, um die Exporte zu vergrößern erzielte, man nicht die gewünschte Verbesserung, es kam nur zu einer Beeinträchtigung bei den Importen. Die Politik in der slowenischen Republik war nicht eindeutig und zu zurückhaltend. Die in Belgrad getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen beeinflussten Slowenien meist eher negativ. Nach einem Beschluss im Jahr 1982 mussten die Auslandsschulden des Staatenbundes von allen Republiken getragen werden, was die nördlichen Regionen wesentlich härter traf als die südlichen Teile. Sloweniens Politik stimmte den Vorgaben aus Belgrad oft nicht zu, konnte aber nichts ändern. Die Ansichten in Slowenien wurden mit der Zeit immer deutlicher, man wollte zumindest eine gewisse Liberalisierung in vielen Bereichen. Der Trend ging klar in Richtung echte Demokratie. Es dauerte aber lange bis sich eine nicht zu unterschätzende Opposition formieren konnte.[315] Zur Annäherung der Kommunisten in Slowenien und der Opposition (und gleichzeitig zu einer Entfernung von Zentraljugoslawien) hat unter anderem auch die

[308] (Hösler, 2006), Seite 179 - 180
[309] (Hösler, 2006), Seite 181
[310] (Hösler, 2006), Seite 184
[311] (Hösler, 2006), Seite 189
[312] (Hösler, 2006), Seite 190
[313] (Hösler, 2006), Seite 194
[314] (Hösler, 2006), Seite 193 - 194
[315] (Vodopivec, 2008), Seite 467 - 484

gemeinsame Solidarisierung mit Streikenden im Kosovo beigetragen. Wirtschaftlich verschlechtere sich die Situation zusehends. In der Teilrepublik wollte man schnelle, radikale Maßnahmen, es wurden harte marktwirtschaftliche Schritte gesetzt, um den negativen Trend umzukehren. Finanziell unterstützt wurde Jugoslawien dabei vom IWF und den USA. Die Zahlungen zwischen der zentralen Regierung und den föderativen Teilen wurden gestoppt. Die Republiken waren finanziell nun für sich selbst verantwortlich.[316] Die Demokratisierung in den verschiedenen Republiken Jugoslawiens verlief zu einem großen Teil sehr unterschiedlich. Diese ungleichen Veränderungen förderten den Zerfall Jugoslawiens. In Slowenien waren bereits oppositionelle politische Gruppierungen entstanden, in Serbien hingegen wurde die Führung mit dem neuen Vorsitzenden Milosevic immer radikaler.[317] Am 8. Mai 1989 wurde in Slowenien die „Maideklaration" veröffentlicht, die von den neuen oppositionellen Gruppierungen und neu gegründeten Parteien unterstützt wurde. Das Ziel war es, dass Slowenien ein unabhängiger Staat werden sollte. Die zentrale Führung sah diese Entwicklung natürlich nicht gerne und wollte die Bestrebungen der Republik verhindern. Slowenien sah sich in ihrem Vorhaben von der breiten Bevölkerung unterstützt und wollte den eingeschlagenen Kurs beibehalten, ein kompletter Ausstieg aus dem jugoslawischen Verbund war damals nicht unbedingt geplant.[318] Von slowenischer Seite aus überlegte man eine asymmetrische Föderation anzustreben. Slowenien übernahm viele Maßnahmen (Recht auf Selbstbestimmung und Trennung bzw. Loslösung, Änderungen der Finanzflüsse, …) am 27. September 1989 in ihre Verfassung. Diese Änderung in der slowenischen Verfassung lösten Ablehnung, Proteste und Kritik in Jugoslawien aus. Slowenien aber ging den Weg weiter.[319] Das Mehrparteiensystem wurde Ende November offiziell eingeführt, die Parteien bestanden allerdings schon vor diesem Zeitpunkt. Die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Christdemokraten, der Bauernbund, die Liberalen und die Grünen bildeten gemeinsam das Bündnis DEMOS, mit dem sie bei den Wahlen 1990 antraten.[320] Diese Koalition erreichte bei den Wahlen mit 54% der Stimmen die Mehrheit der Sitze und konnte somit auch die Regierung unter dem Christdemokraten Peterle stellen. Der Präsident wurde ebenfalls 1990 gewählt, hier konnte sich der Kommunist Milan Kučan die Mehrheit sichern. Die DEMOS-Koalition hatte keine einfache Aufgabe vor sich, die Ansichten der Bündnispartner waren in vielen Bereichen doch sehr unterschiedlich und vor allem fehlte den Ministern die Erfahrung mit ihrer neuen Aufgabe. Trotz all dieser schwierigen Bedingungen schaffte die Regierung viele Fortschritte und setzte viele Reformen um. Die Tendenz ging klar weiter in Richtung Verselbstständigung, wobei es immer unwahrscheinlicher wurde, dass die Durchführung der Loslösung friedlich verlaufen würde.[321] *„Die Notwendigkeit einer baldigen Unabhängigkeit aus dem von Hyperinflation, Wirtschaftskrise und großserbischen Chauvinismus zerrütteten jugoslawischen Verbund wurde jedoch von beiden Lagern geteilt."*[322]

Im Dezember 1990 wurde die Frage der Unabhängigkeit Sloweniens per Volksabstimmung an die Bevölkerung gestellt. Die Antwort war eindeutig, 93% nahmen an der Abstimmung teil, 95% stimmten für ein selbstständiges Slowenien. Die Wirtschaftssituation zu dieser Zeit war weiterhin schlecht, was die Unabhängigkeitsbestrebungen weiter unterstützte. In Gesprächen mit jugoslawischen Vertretern wurde versucht, eine Option zu finden, um aus dem Staatenbund auszutreten bzw. eine Umformung in eine Konföderation durchzuführen. Diese Gespräche waren aber ergebnislos und Slowenien blieb auf dem Weg auch ohne Einigkeit mit der Zentralregierung. Die Proklamation der Unabhängigkeit wurde am 25. Juni 1991 beschlossen.[323] Als Antwort aus Belgrad stellte man Slowenien und Kroatien, das am selben Tag seine Unabhängigkeit erklärt hatte, Ultimaten. Die jugoslawischen Streitkräfte wurden in Richtung Slowenien und Kroatien losgeschickt.

[316] (Hösler, 2006), Seite 202 - 206
[317] (Vodopivec, 2008), Seite 467 - 484
[318] (Hösler, 2006), Seite 202 - 206
[319] (Vodopivec, 2008), Seite 484 - 497
[320] (Hösler, 2006), Seite 206 - 208
[321] (Vodopivec, 2008), Seite 484 - 497
[322] (Rothacher, Slowenien als "Schweiz" Mittelosteuropas, 1999), Seite 51
[323] (Hösler, 2006), Seite 206 - 208

In Slowenien traf die schlecht organisierte jugoslawische Armee auf eine gut vorbereitete Abwehr. Die Kämpfe dauerten zehn Tage. Am 7. Juni starteten die Verhandlungen über den Verbleib oder den Ausstieg Sloweniens aus dem Staatenverbund auf der Insel Brioni, die Gespräche fanden mit Vertretern der Zentralregierung, der slowenischen Regierung und der Europäischen Gemeinschaft statt. Es wurde beschlossen, dass in den folgenden drei Monaten intensive Gespräche erfolgen sollten, in denen das weitere Vorgehen entschieden wird. Alle kriegerischen Handlungen wurden sofort eingestellt. Beim nächsten Zusammentreffen wurde aber schnell deutlich, dass keine gemeinsame Basis gefunden werden konnte und Einigungen mehr als unwahrscheinlich waren. Durch die Handlungen Serbiens in Bezug auf Bosnien und Herzegowina und im Krieg gegen Kroatien änderte sich die europäische Meinung, die festgelegte dreimonatige Verhandlungszeit wurde zurückgenommen und die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens unterstützt. Die EU erkannte Slowenien und Kroatien am 15. Jänner 1992 an. Die tatsächliche Unabhängigkeit Sloweniens sah man unter anderem an der Einführung der eigenen Währung, des Tolars, schon im November 1991. Es wurden einige Gesetze verabschiedet, beispielsweise über die Rückgabe der verstaatlichten Böden, des Kapitals usw. während des Kommunismus. Die neue Verfassung wurde ein Jahr nach der Volksabstimmung verabschiedet, die sozialistische Vergangenheit war abgeschlossen. Slowenien war nun ein demokratischer Sozial- und Rechtsstaat.[324]

Für die Wahlen im Dezember 1992 gab es viele Kandidaten: 25 Parteien und zehn unabhängige Listen. Die Liberaldemokraten (LDS) erreichten die meisten Stimmen mit 23,5%, dahinter lagen die Christdemokraten (SKD) mit 14,5% und die Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD), die ehemaligen Kommunisten. Die gleichzeitig stattfindende Präsidentschaftswahl konnte Milan Kučan wieder für sich entscheiden. Die Regierung bildete eine Koalition der LDS, der SKD, der ZLSD und der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), Ministerpräsident wurde Janez Drnovšek. Die slowenische Politik konnte man zu dieser Zeit in zwei Blöcke einteilen, der erste Block war geprägt von der kommunistischen Vergangenheit, den Zweiten bildeten die während der Verselbstständigung gebildeten Gruppierungen (Parteien des slowenischen Frühlings). Die Ergebnisse der Parlamentswahl 1996 zeigten folgendes Bild: 36% für den ersten Block (LDS und ZLSD) und 45% für den zweiten Block. Drnovšek, als Wahlsieger, mit seiner LDS führte auch die nächste Regierung an, die aus einer Koalition mit der Volkspartei (SLS) und der demokratischen Pensionistenpartei (DeSUS) bestand. Die wirtschaftlichen Probleme der neunziger Jahre verstärkten die Schwierigkeiten zwischen Regierung- und Oppositionsparteien. Die wirtschaftliche Lage Sloweniens war zu Beginn der Unabhängigkeit nicht besonders gut, vor allem um einiges schlechter als zu Beginn des Kommunismus und dessen ersten Jahrzehnte. Mit verschiedenen Maßnahmen wurde wieder in Richtung Verbesserung gearbeitet, die Inflation konnte in den Griff bekommen werden, die Arbeitslosigkeit und die allgemeine Wirtschaftslage verbesserten sich zusehends. *„Die Inflation, die nach dem Zerfall Jugoslawiens 1992 noch 300% betragen hatte, war 1996 auf 9% reduziert.“*[325] Gegen Ende der neunziger Jahre konnten die Wirtschaftsdaten als durchwegs gut bezeichnet werden. Das allgemeine Schulwesen wurde deutlich verbessert und modernisiert, die Universität und Forschungseinrichtungen kamen bei diesen Maßnahmen leider zu kurz.[326]

Außenpolitisch orientierte sich Slowenien an der EU und der NATO, in beide Gemeinschaften wollte das Land möglichst bald als Mitglied eintreten. Die Bevölkerung war einer Mitgliedschaft in der EU fast gänzlich positiv eingestellt, die Einstellung gegenüber einer Mitgliedschaft in der NATO war nicht so klar. Problematisch war und ist die Frage der Grenzziehung mit Kroatien, in der nach wie vor Uneinigkeit besteht, sowohl an Land als auch zu Wasser. 1997 wurde Milan Kučan mit einer Mehrheit im ersten Wahlgang als Staatspräsident bestätigt. Aufgrund vorangegangener mehrfacher Unstimmigkeiten mit der LDS verließ die SLS im Jahr 2000 die Regierung. Es wurde eine Vereinigung aus SLS und SKD gebildet, die in weiterer Folge gemeinsam bei den Wahlen antrat. Bis zu den nächsten Wahlen, die schon sechs Monate später im Oktober stattfanden, wurde eine

[324] (Vodopivec, 2008), Seite 497 - 505
[325] (Rothacher, Slowenien als "Schweiz" Mittelosteuropas, 1999), Seite 47
[326] (Vodopivec, 2008), Seite 505 ff

Übergangsregierung unter Bajuk (SKD) gebildet. Die LDS konnte diese Wahl mit 36,26% für sich entscheiden und stellte wieder den Ministerpräsidenten (wieder Drnovšek). Koalitionspartner waren in dieser Legislaturperiode die LDS, die ZLSD, die vereinigten SLS+SKD und die DeSUS. Im Jahr 2002 kam es zu einem Wechsel des Ministerpräsidenten, da Drnovšek ins Staatspräsidentenamt wechselte. Anton Rop folgte an der Spitze der Regierung.[327]

Die Regierung nach 2000, bzw. die gesamte Politik, führte den Kurs weiter Richtung EU-Beitritt und der Erfüllung aller dafür notwendigen Vorgaben. Es erfolgten Privatisierungen, Umstrukturierungen, die Wirtschaft entwickelte sich durchaus positiv, wenn auch relativ langsam. Die Vorbereitung auf einen EU-Beitritt verlief sehr gut, im Dezember 2002 wurden die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen und der Beitrittsvertrag im April 2003 unterschrieben. Vor dem endgültigen Beitritt wurde in Slowenien eine Volksabstimmung über den EU- und den NATO-Beitritt durchgeführt. Das Ja zur EU war eindeutig mit 89%, das Ja zur NATO mit 66% etwas verhalten. Die Mitgliedschaft in der NATO erfolgte am 29. März, in der EU am 1. Mai 2004. Die Wirtschaftsdaten waren 2004 sehr gut, das Wachstum lag über 4%, die Inflation unter 3,6% und die Arbeitslosenquote pendelte sich bei unter 10% ein. Im Frühjahr 2004 trat wieder ein Regierungspartner aus der Koalition aus, wieder war es die Volkspartei, die zu diesem Zeitpunkt die SKD und die SLS beinhaltete. Die Mehrheit der Koalition war aber nicht verloren, somit regierte sie weiter bis zu den Wahlen im Oktober. Bei diesen Wahlen wurde die SDS die stimmenstärkste Partei, sie kam auf 29,3%. Platz zwei ging an die LDS mit 22,8%. Die Frühlingsparteien erreichten mit dem Wahlergebnis im Parlament die Mehrheit und die Koalition wurde aus SDS, SLS, NSi und DeSUS geschlossen. Spitze dieser Koalition war der SDS-Vorsitzende Janez Janša. Dieser Machtwechsel bedeutete einen gravierenden politischen Umschwung. 15 Jahre nach der Unabhängigkeit und kurz nach dem EU-Beitritt war die Innenpolitik weiterhin aufgespalten.[328]

Die Politik in Slowenien war bis dahin wenig spektakulär verlaufen. *„Die ersten fünfzehn Jahre der Demokratie im selbstständigen Slowenien waren bemerkenswert stabil.“*[329] Von europäischer Seite wurde diese Stabilität auch mehrmals kritisiert. *„Es herrschte keine Diktatur mehr, aber auch keine mit Leben erfüllte Demokratie.“*[330] Der Wechsel der Regierung 2004 war nicht einfach für das Land und die notwendigen Veränderungen. Im Jahr 2005 gab es große Proteste aus der Bevölkerung vor allem gegen das geplante Vorhaben, einen einheitlichen Steuersatz einzuführen. Als weitere wichtige Punkte für das Volk war die Erhaltung des Renten- und Gesundheitssystems und der arbeitspolitischen Gesetze.[331] Als negativ betrachtet wurden nach dem Beitritt die Agrarprodukte, die den slowenischen Markt überfluten, und der Stopp wirtschaftlicher Abkommen, die Slowenien mit den ehemaligen jugoslawischen Staaten hatte und nun nicht mehr fortführen konnte.[332] Das Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit ist in Slowenien noch nicht besonders weit fortgeschritten, es gibt viele verschiedene Versionen der Geschichte im slowenischen Volk. *„Die Feier zum 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2005 wurde erstmals gemeinsam mit Veteranenverbänden der Domobranci veranstaltet und mit dem Gedenken für die Nachkriegsopfer vereinigt.“*[333]

Die Euro-Einführung erfolgte in Slowenien am 1.1.2007. Es kam zu einer leichten Erhöhung der Inflation und der soziale Unterschied im Land begann sich zu vergrößern, da sich das Wachstum der Wirtschaft zwar positiv auswirkte, aber nicht auf alle Bevölkerungsschichten. Die Privatisierung ist noch länger nicht abgeschlossen, viele große Unternehmen sind noch in Staatsbesitz und warten auf Angebote und auch Maßnahmen, weitere Unternehmen zu privatisieren. Mit dem Beitritt in die EU wurde Slowenien auch Teil des Schengen-Raums, umgesetzt wurde das Abkommen mit dem Wegfall

[327] (Vodopivec, 2008), Seite 505 ff
[328] (Vodopivec, 2008), Seite 505 ff
[329] (Hösler, 2006), Seite 215
[330] (Hösler, 2006), Seite 215
[331] (Hösler, 2006), Seite 214 - 216
[332] (Hösler, 2006), Seite 216 – 220, 229 - 231
[333] (Hösler, 2006), Seite 230

der Grenzkontrollen im Dezember 2007. Slowenien übernahm als erstes der neuen Mitgliedstaaten von 2004 die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2008.[334]

Im Herbst 2007 haben die Wahlen zum Staatspräsidenten stattgefunden. Danilo Türk konnte sich dabei im zweiten Wahlgang durchsetzen. Türk war zur Wahl als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung der Sozialdemokraten angetreten. Die letzten Parlamentswahlen wurden am 21. September 2008 durchgeführt und ergaben eine neue Regierung mit Pahor (SD) an deren Spitze. Mit 29 und 28 Sitzen im Parlament gibt es zwei Wahlsieger, die SD und die SDS. Die weiteren stimmenstarken Parteien waren bei dieser Wahl, die neue Partei Zares und die immer schon relativ gleich starke DeSUS. Die LDS verlor bei dieser Wahl sehr viele Stimmen, sie kam nur auf 5,2% und 5 Sitze (2004 waren es noch 23 Sitze). Die aktuell regierende Koalition besteht aus den Partnern SD, LDS, Zares und DeSUS.[335]

12.4 Politische Daten

Das slowenische Staatsoberhaupt ist der direkt gewählte Präsident. Die Wahl des Präsidenten erfolgt alle fünf Jahre und eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Das Parlament (Staatsversammlung) wird alle vier Jahre gewählt und besteht aus 90 Abgeordneten (bei der Wahl 1990 waren es nur 80 Abgeordnete). Vorsitzender der Regierung ist der Ministerpräsident, der meist von der stärksten Fraktion im Parlament gestellt wird. Die zweite Kammer des Parlaments ist der Staatsrat mit 40 Mitgliedern.[336]

12.4.1 Parteien[337]

Partei	Slowenische Bezeichnung	Deutsche Bezeichnung
DeSUS	*Demokraticne Stranke Upokojencev Slovenije*	Demokrat. Pensionistenpartei Sloweniens
DS	*Demokratsks stranka Slovenije*	Demokratische Partei Sloweniens
LDS	*Liberalna Demokracija Slovenije*	Liberaldemokraten Sloweniens
NSi	*Nova Slovenija - Krščanska Ljudska Stranka*	Neues Slowenien – Christliche Volkspartei
SD	*Socialni demokrati*	Sozialdemokraten Sloweniens
SDS	*Slovenska Demokratska Stranka*	Slowenische Demokratische Partei
SKD	*Slovenski krščanski demokrati*	Slowenische Christdemokraten
SLS	*Slovenska Ljudska Stranka*	Slowenische Volkspartei
SNS	*Slovenska Nacionalna Stranka*	Slowenische Nationale Partei
SZS	*Socialistična zveza Slovenije*	Sozialistische Partei Sloweniens
Zares	*Zares – nova politika*	Tatsächlich - Neue Politik
ZLSD	*Združena Lista Socialnih Demokratov*	Vereinigte Liste der Sozialdemokraten
ZS	*Zelini Slovenije*	Grüne Sloweniens

Tabelle 47: Politische Parteien in Slowenien

[334] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009) Seite 438 - 439
[335] (Statistical Office of the Republic of Slovenia, 2009)
[336] (Hösler, 2006), (Vodopivec, 2008)
[337] (Vodopivec, 2008), (Statistical Office of the Republic of Slovenia, 2009)

12.4.2 Präsidentschaftswahlen[338]

Wahlen:	1990	1992	1997	2002	2007
Präsident	Kučan	Kučan	Kučan	Drnovšek	Türk
Partei	ZLSD	Parteilos (ZLSD unterstützt)	Parteilos (ZLSD unterstützt)	LDS	Parteilos (SD unterstützt)
Wahlgang	2.	1.	1.	2.	2.

Tabelle 48: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Slowenien

12.4.3 Parlamentswahlen[339]

Wahlen	**1990**		**1992**		**1996**		**2000**		**2004**		**2008**	
Partei	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
ZLSD = SD*	17,3	14	13,6	14	9,0	9	12,1	11	10,2	10	30,5	29
LDS	14,5	12	23,5	22	27,0	25	36,3	34	22,8	23	5,2	5
SDS	7,4	6	3,3	4	16,1	16	15,8	14	29,1	29	29,3	28
SKD	13,0	11	14,5	15	9,6	10	-	-	-	-	-	-
SLS	12,6	11	8,7	10	19,4	19	-	-	6,8	7	5,2	5
SLS + SKD	-	-	-	-	-	-	9,5	9	-	-	-	-
DS	9,5	8	5,0	6	-	-	-	-	-	-	-	-
SZS	5,4	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DeSUS	-	-	-	-	4,3	5	5,2	4	4,0	4	7,5	7
NSi	-	-	-	-	-	-	8,6	8	9,1	9	3,4	-
SNS	-	-	10,0	12	3,2	4	4,4	4	6,3	6	5,4	5
Zares	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9,4	9
ZS	8,8	8	3,7	5	-	-	-	-	-	-	0,5	
Minderheiten	-	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-	2
Sonstige	11,5	3	17,7	-	11,4	-	8,1	4	11,7	-	3,6	-
Gesamt	100	80	100	9,	100	90	100	90	100	90	100	90
Wahlbeteiligung	83,5%		85,9%		73,7%		70,4%		60,6%		63,1%	
Ministerpräsident	Peterle (SKD)		Drnovšek (LDS)		Drnovšek (LDS)		Drnovšek /Rop (LDS)		Janša (SDS)		Pahor (SD)	
Regierung	**DEMOS Koalition**		**Koalition LDS, SKD, ZLSD, SDS**		**Koalition LDS, SLS, DeSUS**		**Koalition LDS, ZLSD, SLS+SKD, DeSUS**		**Koalition SDS, SLS, NSi, DeSUS**		**Koalition SD, LDS, Zares, DeSUS**	

Tabelle 49: Ausgang der Parlamentswahlen in Slowenien

* Parteiname bis 2005 ZLSD, nach 2005 SD

[338] (Rothacher, Slowenien als "Schweiz" Mittelosteuropas, 1999), (Vodopivec, 2008), (Statistical Office of the Republic of Slovenia, 2009)

[339] (Rothacher, Slowenien als "Schweiz" Mittelosteuropas, 1999), (Vodopivec, 2008), (Statistical Office of the Republic of Slovenia, 2009)

Teil 2: Spieltheoretisches Modell

1 Konzept

Die Betrachtung der Geschichte der Länder des Balkanraumes und der Zusammenhänge zwischen den Ländern sowohl in historischer, ökonomischer als auch politischer Hinsicht bildet die Grundlage für den Modellaufbau. Mit diesem Modell wird die aktuelle Situation der Balkanstaaten dargestellt und es werden verschiedene Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung der Länder abgebildet. Diese möglichen Szenarien der Entwicklung der betrachteten Länder hängen von mehreren verschiedenen Faktoren und Einflüssen ab, die im Modell berücksichtigt werden. Allerdings ist ein Modell über die Entwicklung von Staaten bzw. von Staaten einer gesamten Region sehr komplex. Es sind unzählige Einflussfaktoren und Verknüpfungen aufzunehmen. Somit stellen die Verfasserinnen nicht den Anspruch, alle Eventualitäten in das Modell mit einzubeziehen. Das Modell bildet jene Teile, die für die Betrachtung notwendig sind, ab und bezieht auch einige Randfaktoren in die Darstellung mit ein. Das Modell besteht aus starren Grenzen und ist nicht beliebig veränderbar, allerdings sind viele Parameter einstellbar und somit können zahlreiche Untersuchungen durchgeführt werden.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit werden die zehn Staaten des Balkanraumes detailliert dargestellt. Die Länder blicken auf eine gemeinsame Vergangenheit und auch eine individuelle Geschichte zurück. Diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede bilden die Basis des Modells. Vier der zehn im theoretischen Teil beschriebenen Länder sind bereits Mitglieder der Europäischen Union. Dabei handelt es sich um Griechenland, Slowenien, Bulgarien und Rumänien. Griechenland ist bereits seit 1981 in die EU aufgenommen und steht damit etwas abseits der anderen Balkanstaaten. Slowenien hat seit seiner Loslösung von Jugoslawien eine erstaunlich schnelle und aufstrebende Entwicklung hinter sich. Mit der EU-Osterweiterung 2004 wurde Slowenien als erster der Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens in die Staatengemeinschaft aufgenommen. Bulgarien und Rumänien erweiterten die EU im Jahr 2007 um die bisher letzten beiden Staaten auf nun 27 Mitgliedstaaten. Detaillierte Erläuterungen zu diesen vier Staaten im Zusammenhang mit dem Modell können im letzten Kapitel dieses Teils gefunden werden. In den Modellaufbau werden diese vier Balkanstaaten nicht direkt einbezogen, das heißt sie treten nicht aktiv in Erscheinung, stellen aber viele der notwendigen Basisinformationen und Hintergrunddetails für die Struktur des Modells zur Verfügung. Die Entwicklung dieser vier Staaten bildet in vielen Punkten die Grundlage für die Eigenschaften, die im Modell abgebildet werden.

Das Modell ist für die Entwicklungen der anderen Staaten, welche noch keine Mitglieder der EU sind, konzipiert. Das Anstreben der Aufnahme in die europäische Staatengemeinschaft ist innerhalb des Modells ein zentraler Punkt. Die folgenden sechs Staaten sind die Hauptakteure des spieltheoretischen Modells: Albanien (AL), Bosnien-Herzegowina (BA), Kroatien (HR), Mazedonien (MK), Montenegro (ME) und Serbien (RS). Die in den Klammern nach den Ländernamen angegebenen Kürzel sind die zweistelligen Länderkürzel nach der Norm DIN EN ISO 3166-1 und werden in der vorliegenden Arbeit verwendet. Diese sechs Staaten stehen im Hinblick auf ihre bisherige politische und wirtschaftliche Entwicklung an ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten. Bezüglich der Zusammenarbeit mit der EU befinden sich die Staaten ebenfalls in unterschiedlichem Status. Dabei ist natürlich ein Zusammenhang zwischen dem Fortschritt der Entwicklung und dem in der Zusammenarbeit mit der EU zu finden. Kroatien und Mazedonien wurde bereits der Beitrittskandidatenstatus der EU zuerkannt und sie haben schon wichtige Schritte für die Teilnahme am Staatenverbund positiv absolviert. Die anderen Staaten haben diesbezüglich noch mehrere Schritte vor sich. Das klar definierte Ziel ist aber für alle Staaten identisch, nämlich die möglichst baldige Aufnahme in die EU.

Das geschaffene Modell ist ein Entwicklungsmodell und stellt somit die Weiterentwicklungen der Staaten dar. Es stehen im Modell unterschiedliche Varianten zur Verfügung, wie diese Entwicklung der Länder aussehen kann. Dabei wirken auf die Entwicklung verschiedene Entscheidungen der Akteure ein. Die Akteure werden in diesem spieltheoretischen Modell auch Spieler genannt und sind die betrachteten sechs Länder und die EU.

Die Basis des Modells bildet die Einordnung und Quantifizierung der wichtigsten Eigenschaften der Länder in neun Zielvariablen. Mit dem Einsatz dieses Systems werden die sechs Staaten vergleichbar gemacht. Den Ländern werden für die Zielvariablen Punktewerte innerhalb vorgegebener Grenzen zugeschrieben. Die Höhe dieser Werte beschreibt die Ausgangslage der Länder. Damit kann der Fortschritt der Staaten in unterschiedlichen Bereichen, also den Zielvariablen, dargestellt und verglichen werden. Diese neun Werte pro Land sind jene, die im Modellverlauf verändert werden. Das Ziel der Länder ist dabei die höchstmögliche Verbesserung in den Zielvariablen. Diese Veränderungen werden durch die im Modell getroffenen Entscheidungen verursacht.

Die Länder können unterschiedliche Entscheidungen treffen, wie sich das Land entwickeln soll. Die Länder werden aber nicht nur von ihren eigenen Entscheidungen beeinflusst. Es muss auch die Auswahl der Nachbarstaaten und der EU berücksichtigt werden. Den Ländern stehen im Modell Instrumente und Strategien zur Verfügung, welche gewählt werden können bzw. müssen. Das Ergebnis soll eine Optimierung des Landes in den Werten seiner Zielvariablen sein. Die Summe der Zielvariablen bzw. deren Schnitt soll maximiert werden. Eine Verbesserung im Nutzen bedeutet positive Annäherung an die EU, da die Zielvariablen unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben für eine Mitgliedschaft gewählt wurden. Die Länder müssen an unterschiedlichen Stellen Verbesserungen in ihrem Land durchführen. Es gibt keine einheitliche Strategie, die für alle Länder optimal ist, daher sind im Modell unterschiedliche Vorgehensweisen definiert. Eine Strategie kann beispielsweise einem Land die größte Verbesserung bringen, einem anderen Land hingegen nur geringe Verbesserung. Die EU ist ein wichtiger Indikator für die Balkanstaaten, sie achten auf die Anforderungen der EU, um eine Aufnahme voranzutreiben.

Die EU ist im Modell als Akteur vertreten, der aus unterschiedlichen Strategien auswählen und somit die Entwicklung der Länder aktiv beeinflussen kann. Für die EU sind zwei Strategien festgelegt, die sich in der Vorgangsweise bezüglich der Aufnahme neuer Staaten in die Gemeinschaft unterscheiden. Es wird zwischen der schnellen Aufnahme weniger Staaten oder der späteren Aufnahme aller Balkanstaaten in einem Zug entschieden. Je nach dem welche Strategie bevorzugt wird, ergeben sich unterschiedliche Auswirkungen für die betrachteten Staaten.

Das Ergebnis, das das Modell liefert, sind veränderte Werte der neun Zielvariablen und des Gesamtnutzens nach Ablauf aller Schritte. Ein Durchlauf stellt eine Vier-Jahres-Periode dar und die Ergebnisse sind die Verbesserungen, die nach vier Jahren erzielt wurden. Die sechs Länder sind nach einer Periode auf unterschiedliche Weise vergleichbar. Es können die Gesamtnutzen, die Veränderungen der Gesamtnutzen oder einzelne Werte der Zielvariablen betrachtet werden.

1.1 Spieltheorie

Bei dem entwickelten Modell handelt es sich um ein spieltheoretisches Modell, was bedeutet, dass es Spieler, Strategien, Auszahlungen usw. gibt. Die Spieler verfügen über mehrere Strategien, durch die sie unterschiedlich hohe Auszahlungen erhalten. Die Wahl einer Strategie kann der Spieler aber nicht individuell treffen, da seine Auszahlungen der unterschiedlichen Strategien von den gewählten Strategien der Gegenspieler beeinflusst werden. Das spieltheoretische Modell der vorliegenden Arbeit besteht aus mehreren Stufen und auch aus mehreren Spielen.

Grundsätzlich gibt es in diesem Modell drei unterschiedliche Spielertypen. Der erste Spielertyp ist je eines der Länder, das heißt in den Durchläufen des Spiels ist der Spielertyp Länder mit unterschiedlichen Ländern besetzt. Diese Länder sind die sechs betrachteten Länder.

Das erste Spiel, welches in unterschiedlicher Spielerkombination und Variation durchgeführt wird, besteht aus zwei Spielern. Auf der ersten Seite spielt ein Land, eines der genannten sechs, und auf

der zweiten Seite spielt der Durchschnitt aller anderen Länder. Ist bei diesem Spiel Albanien beispielsweise der Spieler auf der einen Seite, bildet der Durchschnitt aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien die Gegenseite. Da sich die Entscheidungen der Länder innerhalb einer Region wechselseitig auch immer auf die Entscheidungen der Nachbarländer auswirken, ist es wichtig, diese Interaktion zu berücksichtigen.

In der zweiten Spielanordnung ist wieder der Spielertyp der Länder vertreten, Gegenspieler ist nun die EU. Die Balkanstaaten, die noch nicht Mitglied in der Europäischen Union sind, streben nach einem Beitritt. Somit beeinflusst die EU die Entscheidungen, die in den Balkanregionen getroffen werden, in recht hohem Ausmaß. Die Spieler der Länder werden in diesem Spiel teilweise gemeinsam betrachtet. Dies erfolgt für die Errechnung der Auszahlungen für die EU, da ihre Strategien auf alle Länder wirken. Die Auszahlungen für die Länder sind dabei von der Wahl der EU-Strategie abhängig, aber nicht von den anderen Ländern.

In der ersten Spielanordnung erfolgt die Wahl der Strategie über die Nash-Gleichgewichtslösungen. Dabei wird die Beste-Antwort-Strategie zum Auffinden der Gleichgewichte eingesetzt. Mit dieser Methode können in einer Auszahlungsmatrix auch mehrere Gleichgewichtspunkte gefunden werden, dann wird eine Auswahl über die erhaltenen Nash-Gleichgewichte getroffen. Die zweite Spielanordnung ist stark von der Entscheidung der EU für eine ihrer Strategien abhängig. Die EU setzt dabei ihre Auswahl auf jene mit dem höheren Nutzen fest und die Auszahlungen für die Länder ergeben sich dieser Wahl entsprechend. Die Länder können dabei die Entscheidung der EU nur im Vorfeld über die Auszahlungen der EU beeinflussen, nach der getroffenen Wahl der EU sind die Auszahlungen der Länder nicht mehr veränderbar.

1.2 Die vier Stufen des Modells

Das Modell ist in vier Stufen aufgebaut, die nacheinander absolviert werden und gemeinsam einen Modelldurchlauf ergeben. Die Ergebnisse und Entscheidungen der darunterliegenden Ebene werden an die nächste Ebene weitergegeben und bilden die Eingangswerte für die folgenden Entscheidungen und Berechnungen.

Die erste Ebene, die durchlaufen wird, ist die Stufe der Spielvorbereitung, in der für die sechs betrachteten Balkanstaaten Basiswerte berechnet werden. Diese Werte bilden die Ausgangsgrößen für die nächsten Ebenen des Modells. Die in dieser Stufe errechneten Basiswerte bestehen aus einem Gesamtnutzen pro Land, der sich aus neun Teilwerten zusammensetzt. Der Gesamtnutzen beschreibt die Ausgangslage der Länder. Je höher dieser Wert ist, desto besser ist die politische und ökonomische Basis des Landes. Die Zusammensetzung der neun Teilwerte ist aus unterschiedlichen Bereichen gewählt, um die Situation der Länder bestmöglich abzubilden. Diese drei Bereiche sind die ökonomische, politische und ideologische Ebene. Der detaillierte Aufbau dieser Stufe und die Berechnung der Ausgangswerte sind im Kapitel Spielvorbereitung zu finden. Bei mehrmaligem Durchlauf des Modells werden die Ausgangswerte pro Land auf eine andere Weise berechnet. In diesem Fall startet man nicht ganz am Anfang. Die Ausgangswerte für die nächste Periode bilden dabei die errechneten Ergebniswerte des Modells aus dem vorhergehenden Durchlauf. Die Ergebnisse des Modells - die Gesamtnutzenwerte und Teilnutzenwerte der sechs Balkanstaaten - sind damit die Basiswerte für eine mögliche nächste Berechnungsperiode.

Auf die Ebene der Spielvorbereitung folgt die erste eigentliche Stufe des Modells, die Spielstufe eins. In dieser werden die in der Vorbereitungsebene errechneten Basisnutzen der Länder auf unterschiedliche Weise beeinflusst. Die Länder können Entscheidungen für die Entwicklung ihres Landes in der nächsten Vier-Jahres-Periode treffen. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen sind auch die Maßnahmen für die weitreichendste Verbesserung der Länder verschieden. In dieser Ebene gibt es mehrere Möglichkeiten der Entwicklung, die den Ländern als Alternativen zur Verfügung stehen. Um die Beeinflussung der unterschiedlichen Varianten beurteilen zu können, werden die Veränderungen für alle Optionen berechnet. Die Alternativen in dieser Stufe stellen die Handlungsmöglichkeiten der Länder dar. Den Ländern stehen vier Instrumente und drei Regierungsprogramme zur Verfügung. Die Instrumente sind verschiedene Maßnahmen, die die neun

Teilwerte des Nutzens der Länder verändern. Der Fokus kann dabei je Instrument auf andere Bereiche gelegt werden. Das erste Instrument verbessert möglicherweise besonders stark die ökonomischen und das zweite Instrument achtet vorrangig auf die politischen Werte. Die Instrumente wirken dabei auf alle neun Teilwerte des Nutzens, einige der Teilwerte werden verbessert, manche bleiben gleich und andere verschlechtern sich. Die Entscheidungen der Länder für die nächste Vier-Jahres-Periode werden aber nicht anhand dieser Instrumente getroffen; dabei wäre der Unterschied zwischen den Instrumenten zu gravierend. Kein Land kann sein Hauptaugenmerk nur auf seine wirtschaftlichen Daten legen und die anderen Bereiche völlig vernachlässigen. In einer Entscheidung, die die kommenden vier Jahre beeinflusst, müssen sich die Länder auf mehrere Bereiche konzentrieren, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die Kombination der Instrumente ist im Modell über drei Regierungsprogramme abgebildet. In diesen Programmen ist festgelegt, mit welcher Priorität welches Instrument pro Jahr eingesetzt wird. Dabei kann in einem Programm nun eines der Instrumente häufiger vorkommen und so die Ausrichtung festgelegt werden. Die Länder haben in dieser Stufe also drei Regierungsprogramme zur Auswahl. Die Berechnungen in dieser Ebene sind die Veränderungen der Nutzenwerte der Länder, die von den drei möglichen Regierungsprogrammen verursacht werden. Bei dieser Kalkulation wird auch eine Normierung vorgenommen und es gibt Verstärkungen. Diese und alle anderen Berechnungsschritte werden im Kapitel Spielstufe eins näher erläutert. Das Ergebnis aus dieser Stufe sind 18 Veränderungswerte des Nutzens, die sich aus sechs Ländern mal drei mögliche Regierungsprogramme ergeben. Diese 18 Abweichungswerte bilden die Ausgangsbasis für die danach folgende Spielstufe zwei.

In Spielstufe eins werden den Ländern drei Entscheidungsmöglichkeiten für ihre Entwicklung in den kommenden vier Jahren angeboten. In dieser Ebene treffen die Länder aber noch keine Wahl über die Optionen, es werden die notwendigen Werte, die die Entscheidung wesentlich beeinflussen, errechnet. Spielstufe zwei ist nun die Ebene, in der die Länder die Entscheidung für eines der Regierungsprogramme treffen. Die Werte, die aus der vorigen Spielstufe übernommen werden, bilden dafür die Grundlage, werden aber vor der tatsächlichen Auswahl noch verändert. Würde an diesem Punkt keine weitere Interaktion mehr erfolgen, würden die Länder jeweils den höchsten erreichten Wert ihrer drei Veränderungswerte wählen. Die Länder würden sich für die größte Verbesserung für ihr Land entscheiden. In diesem Modell legen sich die Länder aber nicht unabhängig von de anderen fünf Balkanstaaten fest. Die Wahl des Regierungsprogramms eines Landes kann die anderen Länder positiv oder auch negativ je nach Wahl ihrer Regierungsprogramme beeinflussen. Für diese Abhängigkeiten gibt es eine Matrix, die die Wechselwirkungen der unterschiedlichen Entscheidungen darstellt. In diesem Spiel steht ein Land als Spieler dem Durchschnitt aller anderen Länder gegenüber. Wählt das betrachtete Land Regierungsprogramm eins und auch der Durchschnitt der anderen Länder entscheidet sich für Regierungsprogramm eins, kann dies die Werte je nach Ausrichtung des Regierungsprogramms erhöhen, verringern oder gar nicht verändern. Die Berechnung der Auswirkungen erfolgt in sechs Runden, also für jedes Land und seinen zugehörigen Durchschnitt. Nach dieser Kalkulation erfolgt je Land das Spiel gegen den Durchschnitt der anderen Länder. Es werden sechs Auszahlungsmatrizen in der Dimension drei mal drei aufgebaut. Die drei Strategien sind pro Spieler die drei Regierungsprogramme. In diese Auszahlungsmatrizen werden die durch die Beeinflussung veränderten Abweichungswerte eingetragen und die Nash-Gleichgewichtslösungen in reinen Strategien gesucht. Das bedeutet, es wird die Beste-Antwort-Strategie angewendet. Diese Methodik kann ein oder mehrere Ergebnisse liefern. Wird in der Auszahlungsmatrix ein Nash-Gleichgewicht gefunden, prägt dies die Wahl des Landes für das Regierungsprogramm, welches zu diesem Ergebnis führt. Wenn mehrere Nash-Gleichgewichte gefunden werden, muss auf eines dieser Gleichgewichte reduziert werden. Der Mechanismus der Auswahl des besten Nash-Gleichgewichtes bei mehreren verfügbaren wird in Kapitel Spielstufe zwei dargestellt, ebenso wie eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Vorgänge in dieser Ebene. Nach Durchlauf der Spielstufe zwei haben sich alle Länder für ein Regierungsprogramm entschieden. Demnach können die Veränderungen der Werte für die kommenden vier Jahre berechnet werden. In dieser Kalkulation wird auch die Beeinflussung der

Länder untereinander berücksichtigt. Das Ergebnis aus dieser Spielstufe sind demnach neue Nutzenwerte inklusive der neun Teilnutzenwerte je Balkanstaat nach Ablauf des für vier Jahre gewählten Regierungsprogramms.

Vor der dritten Spielstufe haben die sechs Balkanstaaten bereits ihre Wahl über das Regierungsprogramm getroffen. In dieser letzten Stufe spielt die EU nun gegen die Länder. Es geht in dieser Ebene darum, dass die EU Nutzen daraus zieht, wenn das Verhalten der Länder den Vorgaben der EU entspricht. Gleichzeitig profitieren die Länder davon, wenn die Entscheidung der EU auf die für die Länder günstige Strategie fällt. Der EU stehen in diesem Spiel zwei Strategien zur Auswahl. Die erste Strategie befürwortet die Aufnahme der Balkanstaaten nacheinander. Die zweite Strategie hingegen verfolgt die gleichzeitige Aufnahme aller Balkanstaaten als Mitgliedstaaten der EU. Für die betrachteten Balkanstaaten zeichnen sich deutliche Präferenzen der Strategien ab, wobei die Bevorzugung je nach Ausgangssituation des Landes unterschiedlich ist. Ein schon weit fortgeschrittenes Land befürwortet deutlich die Strategie der sequenziellen Aufnahme. Einem weniger weit entwickelten Land nützt diese Strategie nicht, sie würde den Fortschritt des Landes bremsen. Die Strategie der gleichzeitigen Aufnahme aller Balkanstaaten würde ein solches Land und seine Entwicklung hingegen unterstützen. Die EU errechnet in dieser Stufe ihren Nutzen je möglicher Strategie und entscheidet sich für die Variante, die für sie den höheren Nutzen stiftet. Der Nutzen der EU setzt sich aus Teilnutzen von jedem Balkanstaat zusammen. Diese Teilnutzen der Länder sind unterschiedlich, je nach dem welche Strategie gewählt ist. Nachdem die EU ihre Strategie festlegt, werden die in der vorigen Spielstufe berechneten Ergebnisse der Länder dementsprechend verändert. Für die Länder, für welche die gewählte EU-Strategie günstig ist, verbessern sich die Ergebnisse und für die anderen verschlechtern sich die Ergebnisse.

Nach dem Durchlauf dieser vierten Ebene ist das Modell ein Mal vollständig ausgeführt. Die endgültigen Ergebnisse sind die Entscheidungen der Länder für die Regierungsprogramme inklusive ihrer neuen Nutzen- und Teilnutzenwerte und die gewählte Strategie der EU. An diesem Punkt kann die Betrachtung des Modells nach einem Ablauf von vier Jahren beendet werden.

Die zweite Möglichkeit ist es, das Modell nochmals zu starten, also mit den Ergebnissen der ersten Runde weitere Perioden zu simulieren. Somit kann die weitere Entwicklung der Balkanstaaten für die nachfolgenden Jahre betrachtet werden.

1.3 Abbildung des Modellaufbaus

In der folgenden Abbildung sind die Stufen des Modells mit den Zusammenhängen zwischen ihnen grafisch dargestellt.

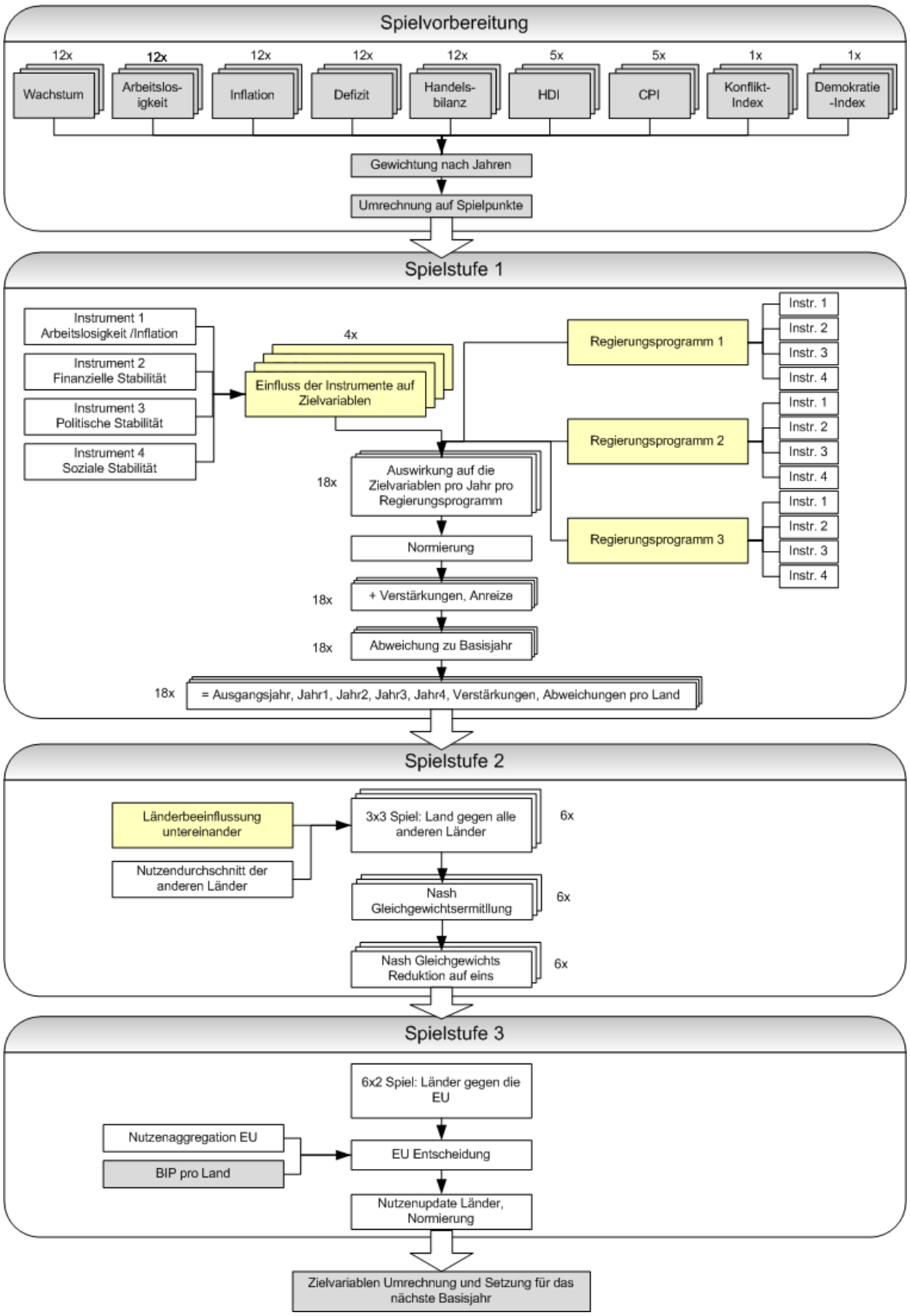


Abbildung 17: Modellaufbau, 4 Stufen

2 Spielvorbereitung

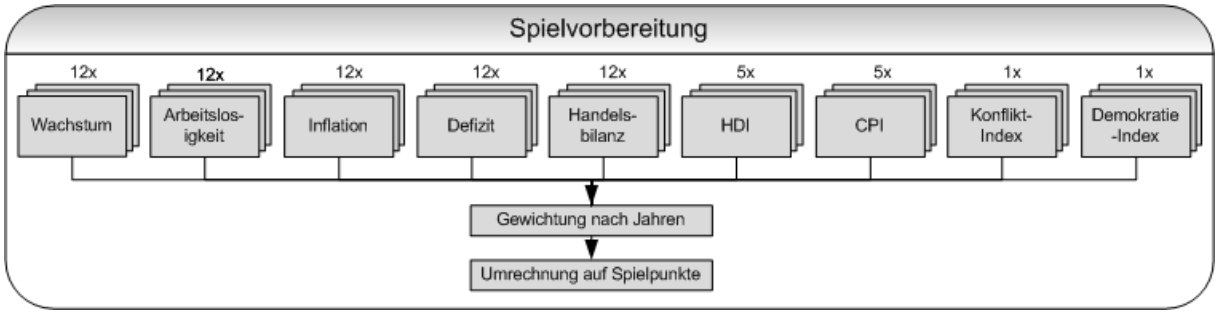


Abbildung 18: Spielvorbereitung

Die erste Ebene des Modells ist die Ebene der Spielvorbereitung, die die Basiswerte für die weiteren Berechnungen des Modells bereitstellt. Es wird in dieser Stufe als Output ein Gesamtnutzen pro Balkanstaat errechnet, der sich aus neun Teilwerten zusammensetzt. Diese Teile des Gesamtnutzens sind die Werte der so genannten Zielvariablen. Sie beschreiben die aktuelle Situation, in der sich die betrachteten sechs Balkanstaaten befinden. Die neun Zielvariablen bieten ein breites Bild über die Ausgangslage der Staaten, da sie unterschiedliche Bereiche abdecken. Eine detaillierte Beschreibung der Zielvariablen, deren Berechnung und die Ergebnisse der Stufe der Spielvorbereitung sind in den folgenden Unterkapiteln zu finden.

2.1 Zielvariablen

Mit den Zielvariablen sollen die wichtigsten Eigenschaften der Staaten dargestellt werden. Um die Ausgangssituation der Länder bestmöglich abzubilden werden die Zielvariablen aus unterschiedlichen Ebenen gewählt. Diese drei Ebenen sind für die betrachteten Balkanstaaten folgende: die ökonomische Ebene, die politische Ebene und die ideologische Ebene.

Die ökonomische Ebene stellt die wirtschaftliche Basis der Länder dar. Sie ist eine wichtige Grundlage für die Beschreibung der ökonomischen Entwicklung der Länder. Es müssen dabei beispielsweise gewisse Mindestanforderungen der wirtschaftlichen Daten erfüllt sein, um eine Mitgliedschaft in der EU grundsätzlich möglich zu machen. Aus dem Bereich der ökonomischen Ebene werden fünf Zielvariablen gebildet: das reale Wachstum, die Inflation, die Arbeitslosigkeit, die Handelsbilanz (Exporte/Importe) und die Staatsverschuldung.

Die zweite Ebene ist die Ebene der Politik, sie ist für den Balkanraum ein sehr wichtiger Bereich, da es innerhalb dieser Ebene in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen gab. Die Umformung der Staaten ist unterschiedlich weit fortgeschritten und die Entwicklung einer eigenständigen Demokratie in vielen Ländern noch unzureichend. Dies ist aber gleichzeitig auch eine Grundvoraussetzung für einen EU-Beitritt, also muss diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zwei der neun Zielvariablen sind in diese Ebene einzuordnen: der Demokratieindex und der HDI (Human Development Index).

Die Kategorie der dritten Ebene, die ideologische Ebene, ist ebenfalls mit zwei Zielvariablen vertreten. Diese Ebene überschneidet sich in vielen Bereichen mit der politischen Ebene, aufgrund der speziellen Historie ist sie aber gesondert zu betrachten. Durch den geschichtlichen Hintergrund der sechs betrachteten Staaten in Bezug auf die ethnischen Gruppen und Religionen ist das Konfliktpotential noch immer sehr hoch. Es wurden in einigen der Länder schon große Fortschritte in diesem Bereich erzielt, aber diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Daher findet diese Ebene ebenso ihren Platz innerhalb des Modells, um auch diese Facette darzustellen. Die Zielvariablen dieser Ebene umfassen den Konfliktindex und den CPI (Corruption Perceptions Index).

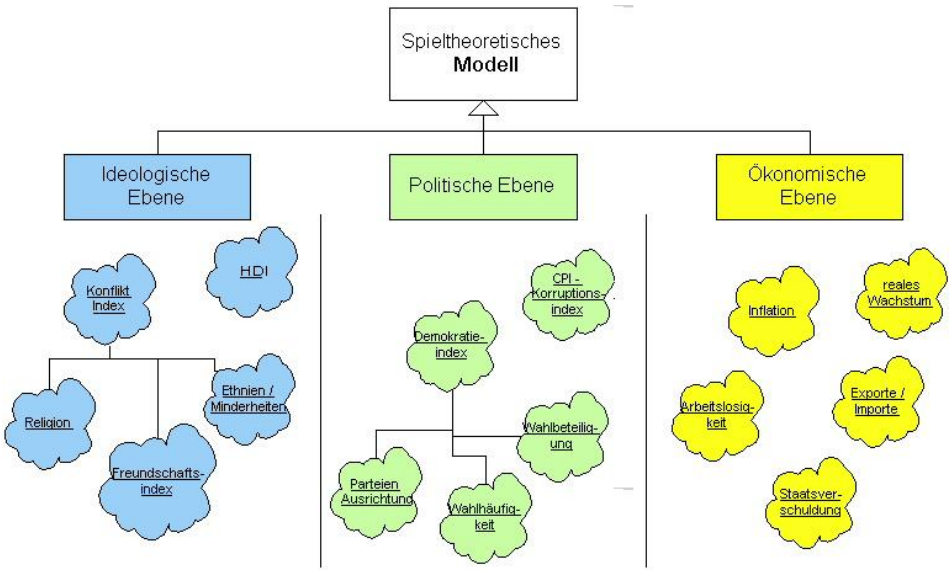


Abbildung 19: Zielvariablen, 3 Ebenen

Jede der Zielvariablen hat einen Punktebereich von Null bis 100. Je höher die erreichte Punkteanzahl ist, desto besser ist der Wert. Die Daten, die den Berechnungen der Zielvariablen zugrunde liegen, stammen aus unterschiedlichen Quellen. In der nachfolgenden Tabelle sind diese Quellen aufgelistet und im Anhang sind alle entsprechenden Datenreihen zu finden. Zwei der Zielvariablen, der Demokratieindex und der Konfliktindex, sind frei zusammengestellte und zum Teil von den Verfasserinnen bewertete Indizes und werden in den jeweiligen Unterkapiteln detailliert erläutert. Die dafür verwendeten Quellen sind zum Teil ebenfalls im Anhang zu finden bzw. wird mehrfach auch auf Inhalte aus dem ersten Teil, dem geschichtlichen und politischen Hintergrund der einzelnen Balkanstaaten, Bezug genommen.

	Ebene	Berechnung / Datenquellen	Max. Punkte
Reales Wachstum	Ökonomisch	Weltbank [340]	100
Arbeitslosenquote	Ökonomisch	Fischer Weltalmanachen [341]	100
Inflation	Ökonomisch	Fischer Weltalmanachen [342]	100
Handelsbilanz	Ökonomisch	Eigenberechnung aus Import- und Exportdaten der Weltbank [343]	100
Staatsverschuldung	Ökonomisch	WIIW [344]	100
CPI	Politisch	Transparency Int. [345]	100
Demokratieindex	Politisch	Eigenbewertung	100
HDI	Ideologisch	UNPD [346]	100
Konfliktindex	Ideologisch	Eigenbewertung	100

Tabelle 50: Zielvariablen, Datenquellen

Die Berechnung der Zielvariablen (ausgenommen davon sind der Demokratie- und Konfliktindex) kann auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen. Die erste Variante ist die Bewertung der

[340] (The world bank, 2009)
[341] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009)
[342] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009)
[343] (The world bank, 2009)
[344] (WIIW Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, 2009)
[345] (Transparency International, 2009) 2004 – 2008
[346] (UNDP, 2009) Jahresberichte 1998 – 2007/2008

zugrundeliegenden Datenquellen für das letzte verfügbare Jahr. Mit dieser Option wird die aktuelle Situation des Landes abgebildet. Allerdings können dabei „Ausreißer“ im betrachteten Jahr den Wert der Zielvariable verfälschen und ein einseitiges Bild darstellen. Die zweite Variante berücksichtigt daher Daten von mehreren Jahren, damit kann ein qualitativ höherwertiges Abbild der Situation des Landes gezeichnet werden. Bei dieser Methode werden unterschiedliche Gewichtungen im Zeitverlauf angewendet. Die aktuellsten Daten werden deutlich stärker berücksichtigt als länger zurückliegende. Die folgende Tabelle zeigt die eingesetzte Gewichtung für die Basiswerte, die für die fünf ökonomischen Zielvariablen angewendet wird. Dabei werden die Rohdaten der letzten zwölf verfügbaren Jahre in unterschiedlich starker Einbeziehung verwendet.

J_{-12}	J_{-11}	J_{-10}	J_{-9}	J_{-8}	J_{-7}	J_{-6}	J_{-5}	J_{-4}	J_{-3}	J_{-2}	J_{-1}	J
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,6	0,7	0,8	0,9	1

Tabelle 51: Gewichtungen der Daten der ökonomischen Zielvariablen nach Jahren

Für die Berechnung der Zielvariablen des HDI und des CPI werden die Daten der fünf verfügbaren Jahre herangezogen. Die zugrunde liegenden Jahreswerte sind für den HDI die Rohdaten der Jahre 2001 bis 2005 und für den CPI die Rohdaten der Jahre 2004 bis 2008. Bei der Kalkulation der Basiswerte dieser beiden Zielvariablen wird ebenfalls eine Gewichtung vorgenommen. Diese ist identisch mit der verwendeten Gewichtung für die ökonomischen Zielvariablen, es werden hier aber nur die letzten fünf Gewichtungswerte (J_{-4} bis J) für die Berechnung benötigt. Für einzelne Länder sind in einzelnen der Datenreihen nicht immer alle Jahreswerte verfügbar, diese sind aus der Berechnung ausgenommen.

Im Vergleich der beiden Berechnungsmethoden der Zielvariablen bevorzugen die Verfasserinnen die zweite Variante, die Methode mit der Gewichtung im Jahresverlauf. Sie bietet ein aussagekräftigeres Abbild der Daten, als es bei der Variante mit nur einem Wert der Fall ist. In den folgenden Unterkapiteln sind bei der Darstellung der einzelnen Zielvariablen immer beide Werte angegeben, in den weiteren Ebenen des Modells und auch in der Simulation des Modells wird aber nur mit dem gewichteten Wert je Zielvariable weitergearbeitet.

Aus den Werten der neun Zielvariablen wir ein Gesamtnutzen pro Land errechnet. Dieser Gesamtwert gibt Auskunft über die allgemeine Situation des Landes. Der Gesamtnutzen beträgt ebenfalls maximal 100 Punkte und die Berechnung des Wertes erfolgt durch eine einfache Durchschnittsberechnung über alle Zielvariablen. Aufgrund der auf diese Weise errechneten Werte kann eine Reihung der betrachteten Balkanstaaten vorgenommen werden: Das Land mit der höchsten Punkteanzahl ist am weitesten in seiner Entwicklung fortgeschritten, das Land mit der niedrigsten Punkteanzahl hat noch den größten Aufholbedarf.

2.1.1 Das „Magische Fünfeck der Wirtschaftspolitik“

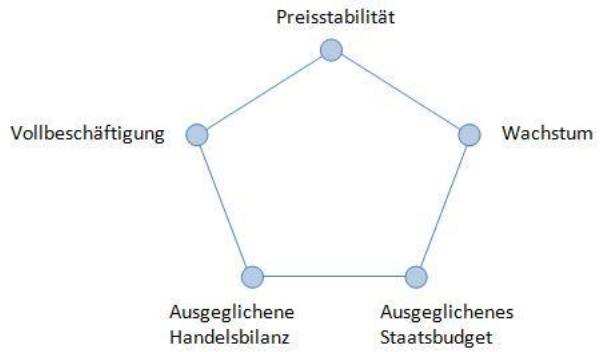


Abbildung 20: „Magisches Fünfeck der Wirtschaftspolitik“

Zur Darstellung der ökonomischen Beschaffenheit der betrachteten sechs Volkswirtschaften wird das „magische Fünfeck der Wirtschaftspolitik“ herangezogen. Es beinhaltet die Ziele des stetigen realen

Wachstums, der Vollbeschäftigung, also einer geringen Arbeitslosenquote, eine möglichst niedrige Inflation, die allerdings nicht in Deflation umschwenken sollte, sowie eine ausgeglichene Handelsbilanz und ausgeglichenes Staatsbudget. Diese Zielgrößen unterliegen dem Stabilitätsgesetzt und werden „*als magisch bezeichnet, weil sie nicht alle gleichzeitig verwirklicht werden können*“. [347]

2.1.2 Reales Wachstum [348]

Die Grundlage für die Berechnung des realen Wachstums ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einer Volkswirtschaft. Dieses gibt die absolute Geldmenge aller finaler Güter und Dienstleistungen an, die in einem Staat innerhalb einer Zeitperiode (jährlich) produziert werden. Das BIP, welches zur Berechnung des realen Wachstums herangezogen wird, ist das reale Bruttoinlandsprodukt. Im Unterschied zum nominellen BIP, welches Mengen und Preise reflektiert, wird das reale BIP unabhängig von Preisveränderungen berechnet. Das reale Wachstum gibt somit die Steigerung bzw. Senkung des realen Outputs einer Volkswirtschaft in Prozent des BIP an.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Dem realen Wachstum sind weder in positiver noch in negativer Richtung natürliche Grenzen gesetzt. Im Modell ist die Grenze, bei dem ein Spieler Punkte lukriert, bei -5% realem Wachstum angesetzt. Die maximale Punkteanzahl wird erreicht, wenn das reale Wachstum jährlich einen Wert von fünf Prozent übersteigt. Da der Schnitt der EU27 im Jahr 2007 ein reales Wachstum von 2,9 Prozent erreicht hat und auch in den Vorjahren die vier Prozent Marke nie überschritten hat [349], wird die hier gezogene Fünfprozentmarke als überdurchschnittliches Wachstum angesehen und daher auch die maximale Punkteanzahl vergeben. Am stärksten weltweit schrumpfte die Wirtschaft von Zimbabwe, welches ein Wachstum von -6,4 Prozent bedeutete. [350] Daher wurde die Untergrenze dieser Zielvariable bei -5% angesetzt.

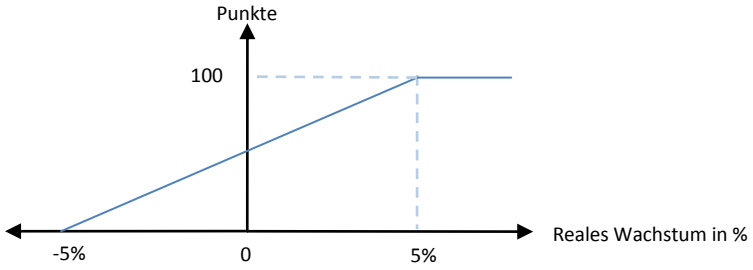


Abbildung 21: reales Wachstum, Funktion

Tendenziell weisen aufstrebende Volkswirtschaften, wie es bei den Westbalkanstaaten der Fall ist, relativ hohe Wachstumsraten auf. Daher kommt die hohe Punkteanzahl der einzelnen Staaten bei dieser Variablen zustande. Die genauen Daten im Jahresverlauf sind im Anhang nachzulesen.

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	100	100
Bosnien-Herzegowina	100	100
Kroatien	100	94
Mazedonien	100	65
Montenegro	100	93
Serbien	100	100

Tabelle 52: Zielvariable reales Wachstum, Basiswertberechnung

[347] (Achim Pollert, 2008), Seite 142
[348] (Joseph E. Stiglitz, 2002), (Achim Pollert, 2008)
[349] (EUROSTAT, 2009), reales Wachstum
[350] (CIA World Factbook, 2009), 2008

2.1.3 Arbeitslosigkeit [351]

Ein wirtschaftspolitisches Ziel, dem hohe Aufmerksamkeit zukommt, ist die Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote wird in Prozent angegeben und gibt das Verhältnis der Arbeitslosen zu der gesamten Anzahl von Erwerbspersonen an. *„Zum Erwerbspersonenpotential zählen somit alle Personen, die bei einer günstigen Arbeitsmarktsituation (Vollbeschäftigung) bereit, geeignet und nach den persönlichen Voraussetzungen (Gesundheitszustand, Ausbildung) in der Lage sind, eine entsprechende Beschäftigung auszuführen.“* [352] Arbeitslosigkeit repräsentiert ökonomisch gesehen eine Unterauslastung von der Ressource Arbeit. Hohe Arbeitslosigkeit wirkt immer negativ auf eine Volkswirtschaft, da neben Steuerverlusten, die nicht entstehen wenn Vollbeschäftigung herrscht, auch Zahlungen in das soziale System, wie Fortbildung oder Arbeitslosengeld, zu leisten sind. Außerdem wirkt sich eine hohe Arbeitslosenquote negativ auf die Wachstumsentwicklung eines Staates aus. Man unterscheidet zwischen verschiedenen Arten wie beispielsweise friktionelle-, saisonelle-, struktur- oder konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Letzt-genannte fallen in die Kategorie der unfreiwillig Arbeitslosen. Fiktionale Arbeitslosigkeit entsteht dann, wenn eine Erwerbsperson den Job wechselt und sich somit zwischen Aufgabe und Aufnahme einer Tätigkeit befindet. Es sei angemerkt, dass selbst bei minimaler fiktionaler Arbeitslosigkeit und Hochkonjunktur immer eine so genannte Bodensatzarbeitslosigkeit bestehen bleibt. Diese liegt vor, wenn Personen für keine Beschäftigung vermittelbar sind, da sie beispielsweise für den Arbeitsmarkt zu “alt“ oder zu krank sind, um noch eine adäquate Arbeitsstelle zu finden.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Wie oben erläutert, wirkt sich eine hohe Arbeitslosigkeit negativ auf eine Volkswirtschaft aus und es ist somit Ziel, diese möglichst gering zu halten. Aufgrund von Saison und Konjunktur, sowie anderer Faktoren ist es kaum möglich, eine Arbeitslosenquote von null Prozent zu schaffen. Deshalb ist der Bereich, in dem 100 Punkte vergeben werden, zwischen null und zwei Prozent angesetzt. Die von den Verfasserinnen betrachtete Arbeitslosigkeit ist jene im Jahresdurchschnitt und nicht mit Stichtag 31.12. zu Jahresende. Laut Eurostat Jahresbericht 2008 lag die Durchschnittsarbeitslosigkeit der EU27 im Jahr 2006 bei 8,2 Prozent. Die höchste Arbeitslosigkeit trat in Polen und der Slowakei mit über 13 Prozent auf. [353] Bei den in Betracht gezogenen sechs Staaten, lagen nur Albanien, Bosnien-Herzegowina und Serbien im selben Betrachtungsjahr über diesem Wert. Da allerdings im Zeitverlauf die Arbeitslosigkeit bei allen Staaten signifikant höher war als heute und diese Werte auch in die Berechnung des gewichteten Basiswerts mit einfließen, ist die Untergrenze bei 15 Prozent Arbeitslosigkeit gesetzt.

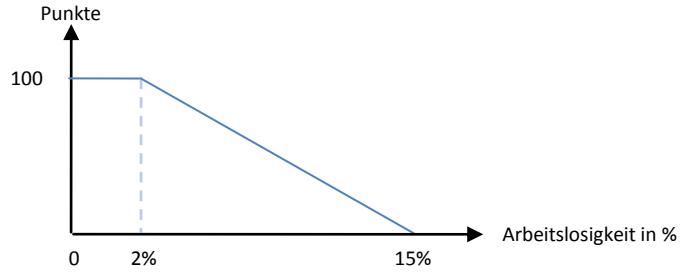


Abbildung 22: Arbeitslosigkeit, Funktion

Trotz dieser relativ großzügig gesetzten Grenze können von allen sechs Staaten nur Albanien und Kroatien Punkte für den Basiswert bei gewichteter Berechnung in dieser Zielvariable erlangen.

[351] (Achim Pollert, 2008), Seite 95 ff, (Joseph E. Stiglitz, 2002), Seite 467 ff
[352] (Achim Pollert, 2008), Seite 100
[353] (EUROSTAT, 2009), Jahrbuch 2008

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	14	1
Bosnien-Herzegowina	0	0
Kroatien	26	15
Mazedonien	0	0
Montenegro	46	0
Serbien	0	0

Tabelle 53: Zielvariable Arbeitslosigkeit, Basiswertberechnung

2.1.4 Inflation

Die Inflation bezeichnet eine Geldentwertung, die sich *„durch allgemeine Preiserhöhung bemerkbar macht“*. [354] Die Umkehr dieses Effekts wird als Deflation bezeichnet. Dabei wird der Wert des Geldes aufgewertet. Je nach Höhe der Inflation wird diese in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. Von schleichender Inflation spricht man, wenn diese den Jahreswert von fünf Prozent nicht übersteigt. Bei Preissteigerungen von fünf bis 20 Prozent wird von trabender, über 20 Prozent von galoppierender und bei einer Steigerung von über 50 Prozent wird von Hyperinflation gesprochen. [355]

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Während sich eine Inflation von null bis zwei Prozent positiv auf eine Volkswirtschaft auswirkt, bedeutet bereits eine geringe Deflation negative Folgen, daher auch die relativ niedrige Untergrenze bei minus zwei Prozent. Da im Jahr 2006 der EU-Durchschnitt bei 2,2 Prozent und die höchste Inflation Lettland und Rumänien mit 6,6 Prozent aufwiesen [356] und der Beginn der trabenden Inflation bei fünf Prozent angesetzt ist, ist für die Punktevergabe dieser Wert als Obergrenze angenommen.

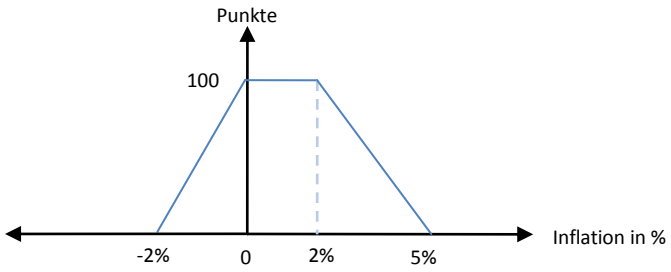


Abbildung 23: Inflation, Funktion

Im letzten Jahr (2007) blieb nur Serbien über der Inflationsschranke, da die Inflation 6,8 Prozent betrug. Beim gewichteten Wert schaffte Montenegro trotz einer niedrigen Inflation von 3,5 Prozent im letzten Betrachtungsjahr kein Ergebnis um den Wertebereich für die Erlangung von Punkten zu erreichen. Dies gründet sich auf den relativ kurzen Betrachtungszeitraum von nur drei Jahren und zwei relativ hohen Inflationsraten von über 15 Prozent. Die Tabelle mit den Daten aller Länder über die Inflationsentwicklung im Zeitverlauf kann wieder im Anhang gefunden werden.

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	63	44
Bosnien-Herzegowina	83	36

[354] (Achim Pollert, 2008), Seite 105
[355] (Achim Pollert, 2008), Seite 104, 101, 117, 119
[356] (EUROSTAT, 2009), Inflation

Kroatien	70	63
Mazedonien	90	96
Montenegro	50	0
Serbien	0	0

Tabelle 54: Zielvariable Inflation, Basiswertberechnung

2.1.5 Staatsverschuldung (Defizit) [357]

Von einem Defizit spricht man, wenn auf ein Jahr gerechnet die Staatsausgaben die Staatseinnahmen übersteigen. Dieser Differenzbetrag muss durch Kreditausnahme finanziert werden, wodurch die Staatsverschuldung ansteigt. Im umgekehrten Fall entsteht ein Überschuss. Sowohl ein deutlicher Überschuss sowie ein deutliches Defizit sind einer Volkswirtschaft nicht dienlich. Im ersten Fall könnte der hohe Überschuss genützt werden, um beispielsweise wirtschaftspolitische Maßnahmen zu finanzieren, die die Arbeitslosigkeit senken oder den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen. Im zweiten Fall wird neben der hohen Verschuldung der Staatshaushalt durch Zinsrückzahlungen zusätzlich belastet. Die Tilgungen schränken den Handlungsspielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen ein. Die Maastricht Kriterien, die Voraussetzung zu einem Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion sind, schreiben vor, dass die Nettoneuverschuldung eines Staates nicht über drei Prozent betragen darf. *„Die Differenz zwischen der Aufnahme neuer Kredite und der Tilgung bestehender Schulden einer Periode wird als Nettoneuverschuldung bezeichnet.“* [358] Außerdem darf der öffentliche Schuldenstand eines Landes 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen.

Die Kriterien von Maastricht sowie die negative Auswirkung eines Defizits beziehungsweise eines signifikanten Überschusses auf eine Volkswirtschaft sind für die Aufnahme dieser Zielvariable in das Modell ausschlaggebend.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Wie oben erwähnt, bedeutet ein signifikantes Defizit schlechte Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft. Der EU27 Durchschnitt lag im Jahr 2007 bei -0,9 Prozent, was den niedrigsten Wert seit 2001 darstellt. Das größte Defizit wies Ungarn mit -5 Prozent auf und erlangte Finnland den größten Überschuss mit 5,3 Prozent. 2003 erreichte das Defizit im EU Durchschnitt den Höchststand von -3,1 Prozent des BIP. [359] In Anbetracht dieser Werte ist die Untergrenze bei -5 Prozent gezogen. Bei dem Punkt von fünf Prozent Überschuss weist eine Volkswirtschaft die Maximalpunkteanzahl von 100 auf. Nach dieser Marke verringert sich die Punkteanzahl wieder je höher der erwirtschaftete Überschuss ausfällt. Bei sieben Prozent des BIP ist die Einbehaltung der Finanzmittel auf Kosten der Bevölkerung so hoch, dass ab dieser Grenze wieder null Punkte vergeben werden.

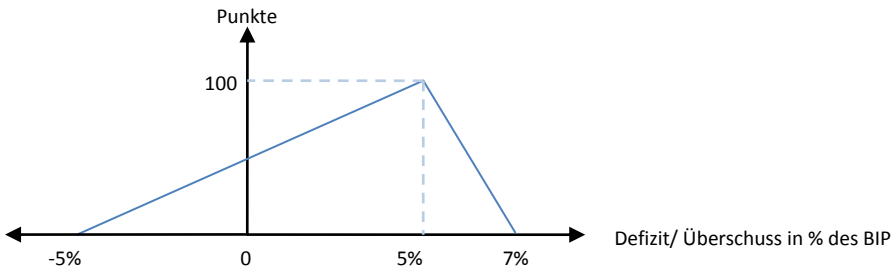


Abbildung 24: Staatsverschuldung (Defizit / Überschuss), Funktion

[357] (Achim Pollert, 2008), Seite 164
[358] (Achim Pollert, 2008), Seite 182
[359] (EUROSTAT, 2009), Defizit / Surplus

Die Westbalkanstaaten, die die höchsten Basiswerte laut Punktevergabe verzeichnen, sind Bosnien-Herzegowina und Montenegro. Beide Staaten konnten selbst beim über die im Jahresverlauf gewichteten Basiswert einen Überschuss von über einem Prozent verzeichnen. Im letzten betrachteten Jahr (2007) konnte neben den genannten auch Mazedonien einen Überschuss verbuchen. Das höchste Defizit über die Jahre und auch im letzten Jahr hat Albanien mit jeweils mehr als drei Prozent. Die genauen Daten im Jahresverlauf sind im Anhang zu finden.

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	15	11
Bosnien-Herzegowina	63	68
Kroatien	32	18
Mazedonien	56	49
Montenegro	0	61
Serbien	31	43

Tabelle 55: Zielvariable Staatsverschuldung, Basiswertberechnung

2.1.6 Handelsbilanz [360]

Zur Berechnung der Handelsbilanz wird die Summe der Exporte einer Volkswirtschaft der Summe der Importe gegenüber gestellt. Eine negative Handelsbilanz bedeutet also, dass das Importvolumen eines Staates das Exportvolumen übersteigt. Im umgekehrten Fall entsteht ein Gewinn durch die positive Differenz nach Abzug der Exporte von den Importen. Daher beeinflusst die Zahlungsbilanz das Staatsdefizit und gibt zusätzlich Information darüber, wie offen eine Ökonomie ist. „*Eine ausgeglichene Handelsbilanz, bei der der Wert der Importe genau dem Wert der Exporte entsprechen würde, wäre ein purer Zufall*“ [361] und kann daher auch nicht angestrebt werden. Neben anderen Faktoren können auch Währungsschwankungen die Handelsbilanz erheblich beeinflussen.

Die Handelsbilanz fließt in die Zahlungsbilanz ein, die wiederum Teil der Leistungsbilanz ist. Letztere beinhaltet unter anderem jeglichen Handel von Waren und Dienstleistungen, die von anderen Ländern bezogen oder dorthin verkauft werden.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Die Festlegung der Grenzen für die Handelsbilanz ist nicht einfach, da der Bereich, der in Betracht gezogen werden muss, sehr groß ist. Die Handelsbilanz für die EU-27 lag im Jahr 2006 bei einem Defizit von 0,9 Prozent des BIP. [362] Die Werte für die Staaten des Balkans liegen hier aber weit darunter. Die untere Schranke wird deswegen auf großzügige -20 Prozent des BIP festgelegt. Da nicht nur Ausgeglichenheit zwischen Importen und Exporten angestrebt werden soll, werden die maximalen 100 Punkte erst bei einem Überschuss der Handelsbilanz von fünf Prozent erreicht. Es ist für eine Volkswirtschaft aber auch nicht positiv, einen wesentlich höheren Anteil an Exporten als an Importen zu verzeichnen, deshalb fallen die vergebenen Punkte über der Grenze von 15 Prozent Überschuss wieder ab. Die Punktereduktion erfolgt hier sehr rasch, bei mehr als 20 Prozent an Überschuss der Handelsbilanz werden erneut null Punkte vergeben. In diesen Bereich fiel europaweit im Jahr 2006 aber nur Luxemburg mit einer Handelsbilanz von 38,4 Prozent des BIP. In den oberen abfallenden Bereich zwischen 15 und 20 Prozent reihte sich im Jahr 2006 in Europa nur Norwegen mit 18,3 Prozent ein. Die maximalen 100 Punkte hätten in diesem Jahr nur die Staaten Deutschland, Niederlande, Finnland und Schweden erreicht. [363]

[360] (Achim Pollert, 2008), (Joseph E. Stiglitz, 2002)
[361] (Achim Pollert, 2008), Seite 224
[362] (EUROSTAT, 2009), Jahrbuch 2008
[363] (EUROSTAT, 2009), Jahrbuch 2008

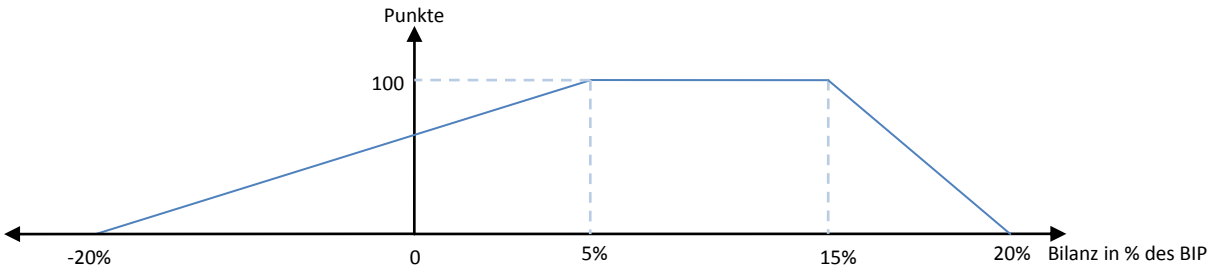


Abbildung 25: Handelsbilanz, Funktion

Obwohl die Untergrenze extrem niedrig angesetzt ist, konnte im Jahr 2007 nur Kroatien die -20 Prozentmarke übersteigen. In diesem Jahr war das Defizit dieses Staates verhältnismäßig gering mit -9 Prozent. Im gewichteten Basiswert konnten auch Mazedonien und Serbien zumindest eine minimale Punkteanzahl verbuchen. Die sechs betrachteten Staaten können hier nicht am EU-Schnitt gemessen werden, vergleichbar sind in diesem Zusammenhand nur Staaten mit ähnlichem Hintergrund. Im Jahr 2007 lag Bulgarien mit -22 Prozent ebenfalls in der unteren Null-Punkte-Zone und Rumänien mit -13 Prozent im unteren Punktebereich deutlich hinter Kroatien. Die Jahreswerte der Handelsbilanz für alle zehn Balkanstaaten sind im Anhang aufgelistet.

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	0	0
Bosnien-Herzegowina	0	0
Kroatien	44	44
Mazedonien	0	9
Montenegro	0	0
Serbien	0	2

Tabelle 56: Zielvariable Handelsbilanzdefizit, Basiswertberechnung

2.1.7 HDI

Der „Human Development Index“ wird seit 1990 von der UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, für viele Länder weltweit kalkuliert. Wie der Gründer der Human development reports**,** Mahbub ul Haq, auf der UNDP Webseite zum Ausdruck bringt, äußern sich positive Lebensumstände oft nicht, oder nur in langfristigen Einkommens- oder Wachstumszahlen. Darum werden bei der Kalkulation des HDI unter anderem Bildung, Hygiene und Gesundheit berücksichtigt. [364] Da im Modell nicht nur die ökonomischen Kennwerte, sondern auch der nicht darin enthaltene Wohlfahrt der Menschen eine Rolle spielen soll, wurde dieser Index in die Liste der Zielvariablen mit aufgenommen.

Der Wertebereich des HDI liegt zwischen null (als niedrigster Entwicklungsgrad) und eins (dem optimalen Entwicklungsgrad). Da die Berechnungsgrundlage für alle Staaten gleich ist, werden die Ergebnisse vergleichbar und so ist es möglich, pro jährlich erscheinendem Report ein Ranking durchzuführen. Beispielsweise war 2008 Island mit einem HDI von 0.968 auf Platz eins des Rankings und Sierra Leone bildete mit einem Index von 0.336 Schlusslicht der 177 bewerteten Länder. Die von den Autorinnen betrachteten Staaten liegen auf Platz 47 (Kroatien), 66 (Bosnien-Herzegowina), 68 (Albanien) und 69 (Mazedonien). [365] Da für Serbien und Montenegro keine berechneten Werte vorliegen, sind diese von den Verfasserinnen kalkuliert. Zu den HDI-Werten wird auf die Tabelle im Anhang verwiesen.

[364] (UNDP, 2009)
[365] (UNDP, 2009), Report 2007/2008 - Seite 230 ff.

Für die Berechnung des HDI fließen die Lebenserwartung, die Analphabetenrate, ein Bildungsindex der UN (GER), der das Bildungslevel vom Kindergarten bis zu postgradualen Studien, also vom primären bis zum tertiären Schulsektor misst, und das BIP pro Kopf ein.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Da der Index zwischen null und eins liegt und eins die Obergrenze darstellt, werden 100 Punkte für den Maximalwert vergeben. Die Untergrenze befindet sich bei 0,7. Wie oben bereits angemerkt liegt der schlechteste Wert bei rund 0,3 für die ärmsten Länder der Welt. Das UNDP bezeichnet die Länder, die einen HDI von unter 0,8 aufweisen als „medium developed countries“ und jene, deren HDI unter 0,5 liegt, als „low developed countries“. Da die von den Autorinnen betrachteten sechs Staaten alle die EU Integration anstreben, kann erwartet werden, dass sie von diesem Ranking als „high developed“ angesehen werden. Diese Grenze haben auch im letzten Betrachtungsjahr alle Staaten erreicht. Da der gewichtete Wert im Zeitverlauf allerdings bei fast allen Staaten unter dieser 0,8 Marke liegt, wird die Untergrenze bei 0,7 angesetzt.

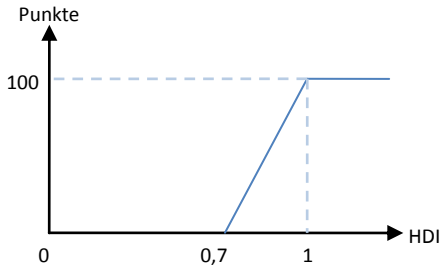


Abbildung 26: HDI, Funktion

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	34	27
Bosnien-Herzegowina	34	30
Kroatien	50	46
Mazedonien	34	32
Montenegro	33	29
Serbien	33	29

Tabelle 57: Zielvariable HDI, Basiswertberechnung

2.1.8 CPI

Der „Corruption Perceptions Index“, welcher seit 1995 jährlich veröffentlicht wird, gibt den Grad der Korruption an, den das jeweilig betrachtete Land aufweist. Die Kalkulation wird von Transparency International durchgeführt und stützt sich auf über zehn verschiedene Umfragen von unabhängigen Institutionen. Der Wertebereich dieses Index reicht von der Untergrenze null, welche für die „absolute“ Korruption steht, bis zu der Obergrenze zehn, bei der sich keine Korruption zeigt. Im Jahresbericht 2008 befinden sich Dänemark, Neuseeland und Schweden jeweils mit einem Wert von 9,3 auf Platz eins der Rangliste. Schlusslicht der insgesamt in diesem Report betrachteten 180 Staaten bildet Somalia mit einem Wert von eins. Die Westbalkanstaaten reihen sich auf Platz 85 (Albanien), 92 (Bosnien-Herzegowina), 62 (Kroatien), 72 (Mazedonien) und 85 (Montenegro und Serbien) ein. [366] Die genauen Indizes im Jahresverlauf sind der Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Korruption definiert sich als Nutzen einzelner Individuen, die ihre anvertraute Position für persönlichen Vorteil missbrauchen. Sie untergräbt somit die Integrität der unternehmerischen oder staatlichen Institution, der die Person untersteht und schadet der Bevölkerung. Die Problematik der

[366] (Transparency International, 2009), Report 2008

Korruption spielt vor allem in einigen der hier betrachteten sechs Staaten eine signifikante Rolle. Neben den negativen Auswirkungen auf der Ebene der privaten Haushalte erhält die Korruption auch eine ökonomische Dimension, vor allem wenn es um Auslandsinvestitionen geht. Da keiner der wirtschaftlichen Zielvariablen das Ausmaß dieser wesentlichen Kennzahl zufriedenstellend oder nur indirekt abdeckt, ist dieser Index in die Zielvariablen aufgenommen.

Punktevergabe, Basiswertberechnung

Wie bereits erwähnt, erstreckt sich das Spektrum dieses Index von null bis zehn Punkten. Anders als beim HDI sind die bewerteten Staaten breiter gestreut, da der beste Staat bei 9.3, der schlechteste aber noch bei eins liegt. Insofern wird hier keine Anpassung der natürlichen Grenzen vorgenommen. Der Wert des CPI wird mit einer Multiplikation mit zehn auf die maximal möglichen 100 Punkte normiert.

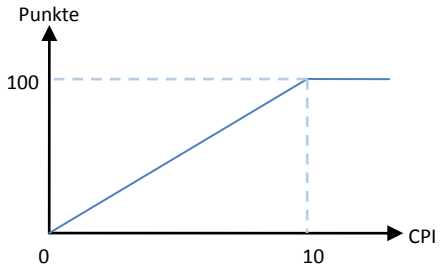


Abbildung 27: CPI, Funktion

Die folgende Tabelle gibt die Basispunkte der sechs betrachteten Länder wider. Dabei geht hervor, dass keines der Länder einen Korruptionsindex aufweist, der befriedigend ist bzw. der annähernd den Werten anderer europäischer Länder entspricht.

Land	Basiswert (letztes Jahr)	Basiswert (gewichtet nach Jahren)
Albanien	34	28
Bosnien-Herzegowina	32	31
Kroatien	44	38
Mazedonien	36	31
Montenegro	34	31
Serbien	34	31

Tabelle 58: Zielvariable CPI, Basiswertberechnung

2.1.9 Demokratieindex

Die letzen beiden Zielvariablen unterscheiden sich von den vorigen sieben dadurch, dass nicht alle Teilwerte dieser Variablen aufgrund von ökonomischen Werten oder anderer Indizes berechnet werden können. Der Demokratie- und der Konfliktindex werden in die Liste der Zielvariablen aufgenommen, um ein breiteres Bild der Staaten darstellen zu können. Die beiden Variablen können nicht über den Verlauf der vergangenen Jahre erstellt werden. Es wird nur ein aktueller Basiswert berechnet bzw. festgelegt, da nicht alle Teile der Indizes kalkulierbar sind, manche Teile werden im Vergleich untereinander bzw. mit anderen neuen EU-Staaten und dem EU-Schnitt bewertet. Der Aufbau der Indizes und die Punkteverteilung auf die unterschiedlichen Komponenten sind von den Verfasserinnen zusammengestellt.

Der Demokratieindex weist wie alle anderen Zielvariablen maximal 100 Punkte auf. Diese Punkte sind auf drei Bereiche aufgesplittert: die Wahlbeteiligung, die Wahlhäufigkeit und die Parteienausrichtung. Die Punkteverteilung beträgt maximal 30 Punkte für die Wahlbeteiligung und die Wahlhäufigkeit und maximal 40 Punkte für die Parteienausrichtung.

2.1.9.1 Wahlbeteiligung

Es gibt unterschiedliche Ansätze, die Demokratisierung eines Landes zu beurteilen. Ein wichtiger und keinesfalls zu vernachlässigender Aspekt, um Aussagen über den Fortschritt der Demokratie in einem – in diesem Fall immer post-kommunistischen – Land machen zu können, ist die Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen. Bei dieser Betrachtung werden nur die Daten der Parlamentswahlen seit 1990 herangezogen, da die Zahlen für die Präsidentenwahlen nicht in konsistenter Form für alle Länder vorliegen bzw. die Wahlsysteme zu andersartig sind. Auf die unterschiedlich hohe Teilnahme an den Wahlen ist in den geschichtlichen und politischen Abschnitten über die Länder eingegangen und deren verschiedenartige Ursprünge beschrieben. Hier wird nun vor allem die Veränderung der Wahlbeteiligung betrachtet, also meist der Interessensverlust der Wähler. Die Anzahl der Wähler, die ihre Stimme abgaben, verringerte sich in fast allen Ländern kontinuierlich, seltener kam es zu Steigerungen in der Wahlbeteiligung. Um diese Daten in die Zielvariable Demokratieindex einfließen zu lassen, wird die durchschnittliche Wahlbeteiligung errechnet und auch der Interessensverlust im Zeitverlauf. Diese Kalkulation kann auch den langfristigen Trend darstellen, der bei allen sechs Ländern negativ ist. Der kurzfristige Trend die letzte Wahl betreffend ist bei der Hälfte der Länder positiv. In den folgenden Tabellen und Grafiken sind die Werte der Wahlbeteiligung und des Interessensverlustes veranschaulicht.

Daten Wahlbeteiligung AL	
Anzahl betrachtete Wahlen	6
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	75,51 %
Wählerinteressensverlust	-49,72 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Negativ

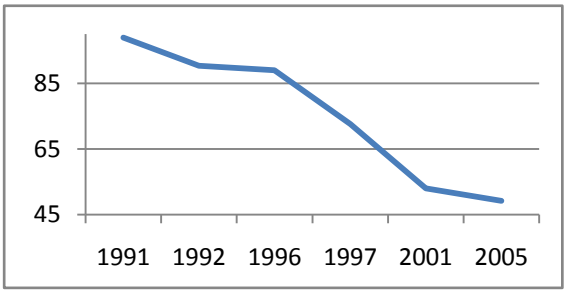


Tabelle 59: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung AL

Daten Wahlbeteiligung BA	
Anzahl betrachtete Wahlen	4
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	61 %
Wählerinteressensverlust	-16 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Positiv

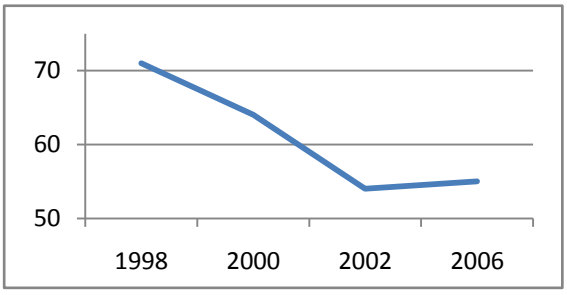


Tabelle 60: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung BA

Daten Wahlbeteiligung HR	
Anzahl betrachtete Wahlen	6
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	71,75 %
Wählerinteressensverlust	-21,1 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Positiv

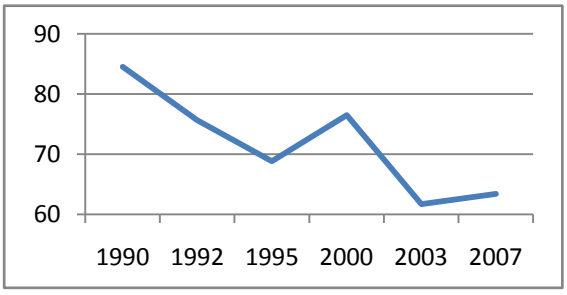


Tabelle 61: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung HR

Daten Wahlbeteiligung MK	
Anzahl betrachtete Wahlen	5
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	70 %
Wählerinteressensverlust	-34 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Positiv

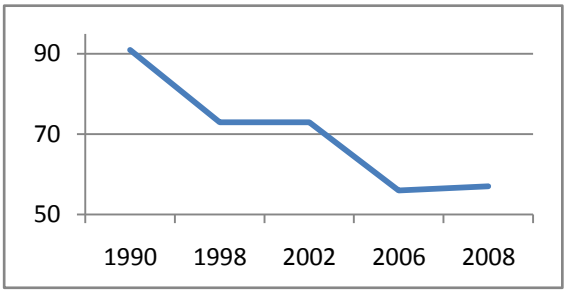


Tabelle 62: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung MK

Daten Wahlbeteiligung ME	
Anzahl betrachtete Wahlen	7
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	73,64%
Wählerinteressensverlust	-4,4 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Negativ

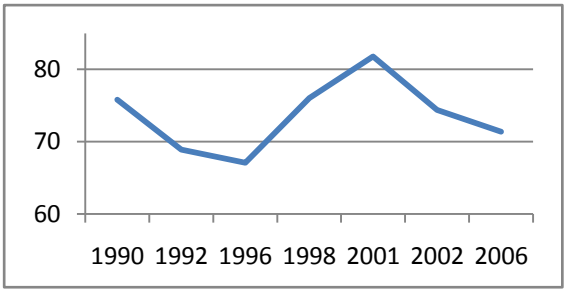


Tabelle 63: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung ME

Daten Wahlbeteiligung RS	
Anzahl betrachtete Wahlen	8
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	73,57%
Wählerinteressensverlust	-10,18 %
Langfristiger Trend	Negativ
Trend der letzten Wahl	Positiv

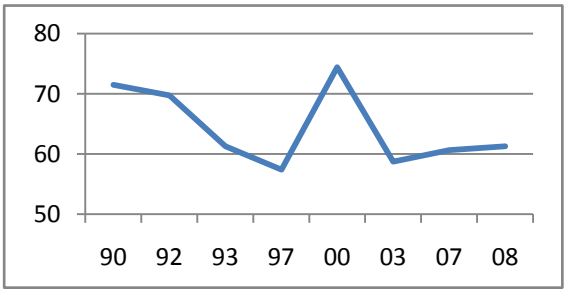


Tabelle 64: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung RS

Die Punkte für die Wahlbeteiligung der einzelnen Länder wurden mittels Addition von vier Teilwerten (durchschnittliche Wahlbeteiligung, langfristiger Interessensverlust, Wahlbeteiligung der letzten Wahl, Interessensverlust der letzten Wahl) berechnet. Diese Teilwerte werden aus den Daten übernommen bzw. berechnet und über einen Schlüssel in Punkte transformiert. Eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von weniger als 65 Prozent ergibt null Punkte, eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von über 80 Prozent ergibt die maximale Punkteanzahl von zehn. Die Werte zwischen 65 und 80 Prozent sind in Intervalle unterteilt und es werden Punkte in Schritten von 2,5 vergeben. Solche Schlüssel sind für die vier Teilwerte aufgestellt und die Punkte werden daraus abgelesen bzw. die Summen für die Wahlbeteiligung kalkuliert.

Durchschnittliche Wahlbeteiligung	Punkte	Interessens-verlust langfristig	Punkte	Wahlbeteiligung der letzten Wahl	Punkte	Interessens-verlust der letzten Wahl	Punkte
< 65	**0**	> 35	**0**	< 60	**0**	> 8	**0**
65,1 bis 70	**2,5**	25,1 bis 35	**2,5**	60,1 bis 65	**1**	6,1 bis 8	**1**
70,1 bis 75	**5**	15,1 bis 25	**5**	65,1 bis 70	**2**	4,1 bis 6	**2**
75,1 bis 80	**7,5**	5,1 bis 15	**7,5**	70,1 bis 75	**3**	2,1 bis 4	**3**
> 80,1	**10**	< 5	**10**	75,1 bis 80	**4**	0,1 bis 2	**4**
				> 80,1	**5**	> 0	**5**

Tabelle 65: Zielvariable Demokratieindex, Schlüssel für die Berechnung der Wahlbeteiligung

Demokratieindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Durchschnittliche Wahlbeteiligung	7,5	0	5	2,5	5	5	10
Interessensverlust langfristig	0	5	5	2,5	10	7,5	10
Wahlbeteiligung der letzten Wahl	0	5	1	0	3	5	5
Interessensverlust der letzten Wahl	3	0	5	5	4	1	5
Wahlbeteiligung (gerundet)	**11**	**10**	**16**	**10**	**22**	**19**	**30**

Tabelle 66: Zielvariable Demokratieindex, Berechnung der Wahlbeteiligung

Bosnien-Herzegowina und Mazedonien erreichen bei der Wahlbeteiligung jeweils nur ein Drittel des Maximums, also zehn von 30 Punkten. Bei Bosnien-Herzegowina sind die durchschnittliche Wahlbeteiligung und der Interessensverlust der letzten Wahl für die geringe Punkteanzahl ausschlaggebend. Die Punkte für Mazedonien sind vor allem bei der durchschnittlichen Wahlbeteiligung und dem langfristigen Interessensverlust gering und bei der Wahlbeteiligung der letzten Wahl konnten gar keine Punkte verzeichnet werden. Am besten schneidet bei der Wahlbeteiligung Montenegro mit 22 Punkten ab. Die Werte Montenegros sind der Gesamtpunktezahl entsprechend durchwegs gut. Der größte Verlust muss im Bereich der durchschnittlichen Wahlbeteiligung hingenommen werden, wo nur die Hälfte der Punkte erreicht werden.

2.1.9.2 Wahlhäufigkeit

Unter dem Titel Wahlhäufigkeit verbirgt sich hier nicht nur die abstrakte Anzahl an durchgeführten Wahlen, vielmehr wird berücksichtigt warum es eine hohe Anzahl an Wahlen gab. Um die Demokratie in einem Land zu beurteilen, sind Häufigkeit und Ursachen für vorgezogene Neuwahlen unbedingt in die Betrachtung mit einzubeziehen und ebenfalls die Regierungswechsel innerhalb einer Wahlperiode. Für diese Einschätzung kann kein einfaches Schema für eine Berechnung gefunden werden, da die Hintergründe und Wahlsysteme der einzelnen Länder zu unterschiedlich sind.

Die Punkte für die Wahlhäufigkeit sind auf zwei Kategorien aufgeteilt, innerhalb dieser werden die Punkte im Vergleich der Länder untereinander vergeben. Es gibt noch eine weitere Sonderkategorie mit Punkteabzügen. Diese ist gezielt für Bosnien-Herzegowina eingeführt, da dessen Daten über die vorgezogenen Wahlen und Regierungswechsel gut verwertbar sind. Dieses lässt sich vor allem durch das Einschreiten des hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen erklären, der über umfassende Vollmachten verfügt. Da es sich bei Bosnien-Herzegowina praktisch um ein Protektorat der internationalen Staatengemeinschaft handelt, ist es nicht mit den anderen Balkanstaaten vergleichbar, die eine eigenständige Demokratie leben. Daher werden die negativen Sonderpunkte von -20 bei diesem Index vergeben.

Die Punkteverteilung für den Bereich vorgezogene Wahlen ist ein Abschätzung anhand der Anzahl der vorgezogenen Wahlen: keine vorgezogene Wahl und somit alle möglichen 20 Punkte erhält Bosnien-Herzegowina. Mit einer vorgezogenen Wahl kommt Mazedonien auf 15 Punkte und Serbien muss mit den meisten vorgezogenen Wahlen (fünf Mal seit 1990) komplett auf Punkte verzichten. Für die Aufteilung der maximal zehn Punkte für die Regierungswechsel wird ein ähnliches System verwendet: für keine Regierungswechsel erhält Bosnien-Herzegowina die volle Punkteanzahl, Albanien kann aufgrund mehrmaliger Regierungswechsel auch innerhalb von einer Wahlperiode keine Punkte erzielen. Die zugrunde liegenden Daten für die Beurteilung der Wahlhäufigkeit sind tabellarisch im Anhang zu finden und auch in den geschichtlichen und politischen Beschreibungen der Länder im Theoriekapitel.

Demokratieindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Vorgezogene Wahlen	10	20	10	15	8	0	20
Regierungswechsel	0	10	5	5	8	8	10
Sonderpunkte	0	-20	0	0	0	0	0
Wahlhäufigkeit	**10**	**10**	**15**	**20**	**16**	**8**	**30**

Tabelle 67: Zielvariable Demokratieindex, Berechnung der Wahlhäufigkeit

2.1.9.3 Parteienausrichtung

Im dritten Teil des Konfliktindex werden die Parteien und deren Ausrichtungen näher begutachtet. Es wird auch die Beteiligung der Parteien an der Regierung berücksichtigt. Um Aussagen über die Parteien und Regierungen treffen zu können, wird die nationalistische Ausrichtung der einzelnen Parteien in den Ländern betrachtet und somit auf die Ausprägung des Nationalismus in den Regierungen und Parlamenten geschlossen. Die Kalkulation erfolgt über zwei Bereiche: einerseits über den allgemeinen Nationalismus in der Parteienlandschaft und andererseits dem Regierungsnationalismus, also dem Anteil nationalistisch ausgerichteter Parteien in den Regierungen. Die beiden Bereiche sind jeweils mit maximal 20 Punkten quantifiziert, gemeinsam können also höchstens 40 Punkte für den diesen Teil des Demokratieindex erreicht werden.

Der erste Schritt um eine Berechnung durchführen zu können, ist die Einteilung der einzelnen Parteien in Kategorien. Diese sind “nationalistisch“, “gemäßigt“ und “nicht-nationalistisch“. Die Zuordnung der Parteien zu den Kategorien ist nicht immer einfach und verändert sich auch manchmal im Zeitverlauf. Manchmal werden die Sitze der Parteien mit einer gewissen prozentuellen Verteilung auf zwei Kategorien aufgeteilt. Für die Ermittlung der Werte werden die Zahlen seit 1990 verwendet, es werden alle Parteien miteinbezogen, die seit diesem Zeitpunkt im Parlament vertreten waren und sind.

Parteienausrichtung	nationalistisch	gemäßigt	nicht nationalistisch
AL		PDSH, PR, PDR, PDK	PBDNJ, PAA, PSSH, PSD, AD
BA	SDA, HDZ, SDS, SRS	SBiH, SNSD, PDP, SPRS	SDP
HR	HDZ (a), HSP	HDZ (b), HSS	LS, HNS, SDP
MK	DPA, NDP	VMRO-DPMNE, PDP, DUI	LDP, LPM, SDSM, SPM
ME	SRS	DK, SNS	DPS, SDP, ZECG
RS	SRS, SPS, SSJ	DSS	LPD, DS, G17+, SPO, DEPOS

Tabelle 68: Zielvariable Demokratieindex, Einordnung der Parteien in Kategorien

Die erste Kalkulation erfolgt über den Anteil von nationalistischen und gemäßigten Parteien im Parlament, pro Parlamentszusammensetzung wird also das Verhältnis der Kategorien der vertretenen Parteien berechnet. Diese Prozentwerte werden über die Zeit aufsummiert und man erhält pro Land drei Werte, die die Ausrichtung der Parteien beschreiben.

Die zweite Berechnung erfolgt auf ähnliche Weise, die Bezugsgröße sind aber nicht alle Sitze im Parlament, sondern die Sitze der Regierung. Es werden wieder die Quoten der unterschiedlichen Kategorien von Parteiausrichtungen pro neue Regierungszusammensetzung berechnet und über die Jahre addiert, somit erhält man auch hier drei Werte pro Land.

Die Regierungsparteien inklusive deren größenmäßigen Anteil an Sitzen kann in den tabellarischen Aufzeichnungen zu den einzelnen Wahlen in den theoretischen Abschnitten zu den Ländern nachgelesen werden. Die errechneten Werte sind in der folgenden Auflistung dargestellt. Daraus ist zu ersehen, dass Bosnien-Herzegowina am stärksten in die nationalistische Richtung tendiert. Serbien liegt zwar rein zahlenmäßig bei den nationalistischen Ausrichtungen vor Bosnien-Herzegowina, bei Serbien ist aber der gemäßigte Teil deutlich geringer ausgeprägt und es gibt auch einen wesentlich

stärkeren Gegenpart, nämlich die nicht nationalistische Ausrichtung, die bei Bosnien-Herzegowina so gut wie nicht vorhanden ist. Diese Beobachtung trifft auf beide Bereiche zu, die Ausrichtung der Parlamente und auch die Ausrichtung der Regierungen. Die beiden Teile sind fast immer sehr ähnlich, da starke Vertretungen im Parlament meist auch folgend starke Vertretungen in der Regierung bedeutet.

In Montenegro gibt es so gut wie keine nationalistischen Parteien, nur kleine relativ unbedeutende Gruppierungen, die noch nie in der Regierung vertreten waren. Die Quote der gemäßigten Parteien ist auch sehr gering. Im Vergleich zum Wert des nicht nationalistischen Anteils von 585 ist der Wert der gemäßigten Parteien mit 15 vernachlässigbar.

Parteien-ausrichtung	Ausrichtung der Parlamente nationalist. / gemäßigt / nicht nationalist.			Ausrichtung der Regierungen nationalist. / gemäßigt / nicht nationalist.		
AL	0	288	291	0	288	312
BA	349	154	36	349	154	36
HR	130	223	150	165	325	54
MK	38	269	250	20	339	241
ME	4	121	454	0	15	585
RS	368	55	251	416	85	299

Tabelle 69: Zielvariable Demokratieindex, Zusammensetzungen der Parlamente und Regierungen

Die Kalkulation muss noch einen letzten Schritt gehen: Es wird für die Ausrichtung der Parlamente und Regierungen je ein Wert berechnet, der eine gewichtete Addition von den nationalistischen und gemäßigten Anteilen ist, von dem der nicht nationalistische Wert abgezogen wird. Da die gemäßigten Parteien auch meist einen nationalistischen Teil beinhalten, wird dieser ebenfalls der nationalistischen Ausrichtung zugeschlagen. Zur Errechnung des nationalistischen Betrags wird zur Quote der nationalistischen Parteien jene der gemäßigten Parteien mit 0,5 gewichtet addiert. Der Nationalismus ist also deutlich stärker bewertet. Von diesem Wert wird dann der Betrag der nicht nationalistischen Parteien subtrahiert und man erhält pro Land zwei Werte, die untereinander verglichen und die Punkte dementsprechend verteilt werden. Positive Zahlen bedeuten also eine Tendenz des Landes Richtung Nationalismus, negative hingegen zeigen eine nicht-nationalistische Ausprägung.

Demokratieindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS
Allgemeiner Nationalismus (Parlamente)	-147	390	92	-77	-389	145
Regierungsnationalismus	-168	390	274	-52	-578	160

Tabelle 70: Zielvariable Demokratieindex, Nationalismus in den Parlamenten und Regierungen

Beide Werte sind für Bosnien-Herzegowina eindeutig in Richtung Nationalismus. In Bosnien-Herzegowina ist die nationalistische Ausrichtung am stärksten ausgeprägt. Dies wird je Bereich mit einem symbolischen Punkt bewertet, da es immerhin nicht nur nationalistische Parteien gibt, wenn auch deren Anteil sehr gering ist.

Montenegro erzielt die höchsten Werte in beiden Berechnungen und erhält auch die meisten Punktezahlen, nämlich zwei Mal 14. Die volle Punktezahl wäre für beide Teile 20, welche aber nicht voll ausgeschöpft wird, da die Parteienstruktur und deren Ausrichtung in den betrachteten Ländern grundsätzlich noch weit von einem europäischen Durchschnitt entfernt ist. Langjährige Mitgliedstaaten der EU präsentieren in diesem parteipolitischen und demokratischen Bereich ein ganz anderes Bild als die Balkanstaaten. Es gibt viele Ausprägungen von umgesetzter Demokratie in den westeuropäischen Staaten, an die bei den bewerteten Staaten nicht zu denken ist. Dabei muss natürlich vor allem auch die kommunistische Geschichte dieser Staaten einbezogen werden. Eben

dieser grundsätzliche Unterschied zwischen dem EU-Durchschnitt und den Balkanstaaten führt dazu, dass nicht die maximalen Punkte an das höchstbewertete Land, also Montenegro, vergeben werden, da das Verbesserungspotential auch in diesem Land noch sehr groß ist. Speziell bei Montenegro ist noch zu bemerken, dass hier auch einzubeziehen ist, dass das Land erst seit 2006 ein eigenständiger Staat ist und die vorliegenden Daten somit nicht ganz mit dem gleichen System der anderen Staaten vergleichbar sind.

Albanien ist nach den errechneten Werten in beiden Bereichen das punktemäßig zweitgereihte Land. Die Werte sind klar negativ, also ist keine deutliche nationalistische Ausrichtung erkennbar. In Punkten erhält Albanien, wie Montenegro, die maximal vergebenen 14 Punkte für jeden der beiden Teile. Betrachtet man nur die errechneten Werte liegt Montenegro klar vor Albanien. Da Montenegro aber die oben beschriebenen Besonderheiten aufweist, werden den beiden Ländern die gleichen Punkte zuerkannt.

Im oberen Bereich der vergebenen Punkte befinden sich noch Mazedonien mit zwei Mal zwölf Punkte und Kroatien mit ein Mal zehn und ein Mal acht Punkte. Die mathematisch berechneten Werte für Mazedonien sind in beiden Parts negativ, also nicht nationalistisch, aber die Werte sind nicht mehr so eindeutig. Bei der näheren Betrachtung wird deutlich, dass es in Mazedonien kaum Nationalismus gibt, weder in den Parteien noch in den Regierungen, aber es gibt einen relativ großen Block gemäßigter Parteien, die auch stark in den Regierungen vertreten sind. Kroatien hat eher schlechtere Werte, also schon deutlich positive Werte, vor allem beim Regierungsnationalismus. Es wird aber hier die deutliche EU-Annäherung und Veränderung der Parteienlandschaft und Parteienstruktur positiv in der Punkteverteilung berücksichtigt. Außerdem ist in Kroatien der Nationalismus nicht so stark ausgeprägt. Die gemäßigten Parteien sind in Kroatien am stärksten vertreten und beeinflussen die Berechnung massiv. Aber eben genau diese Parteien nähern sich in den letzten Jahren stark an die Mitte an, somit werden an Kroatien in Summe 18 der 40 möglichen Punkte vergeben.

Serbien erzielt rein rechnerisch keine so schlechten Werte, aber bei näherer Begutachtung der Struktur wird deutlich, dass der reine Nationalismus sehr stark ausgeprägt ist. Es gibt aber so gut wie keine gemäßigten Parteien, zumindest sind nur die DSS als solche kategorisiert. Die Einordnung der Parteien in das dreiteilige Schema ist für Serbien besonders schwierig, da die Parteien auch intern unterschiedliche Ausrichtungen haben und sich diese auch im Zeitverlauf verändert haben. Die drei vergebenen Punkte je Bereich für Serbien sind sehr niedrig, wenn nur die errechneten Zahlen zur Beurteilung herangezogen werden. Mit der Instabilität des Landes allgemein und in Bezug auf die Parteienausrichtung speziell lässt sich diese geringe Punkteanzahl aber durchaus erklären.

Demokratieindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Allgemeiner Nationalismus (Parlamente)	14	1	10	12	14	3	20
Regierungsnationalismus	14	1	8	12	14	3	20
Parteienausrichtung	**28**	**2**	**18**	**24**	**28**	**6**	**40**

Tabelle 71: Zielvariable Demokratieindex, Parteienausrichtung

2.1.9.4 Punktevergabe Demokratieindex, Basiswertberechnung

Wie in der allgemeinen Beschreibung des Demokratieindex aufgeführt, setzen sich die Punkte dieses Index aus drei großen Teilen zusammen. Um den Gesamtwert zu erhalten werden die Punkte der einzelnen Bereiche addiert. Das Land mit der höchsten Punktezahl des Demokratieindex ist Montenegro, dessen Ergebnis vor allem bei der Wahlbeteiligung und der Ausrichtung der Parteien und Regierungen sehr gut ist und insgesamt 66 der maximal 100 erreichbaren Punkte erzielt. Schlusslicht dieses Index ist Bosnien-Herzegowina, das insbesondere bei den Parteienausrichtungen und den Regierungskoalitionen nur sehr wenige Punkte erhält. Mit 22 Punkten kann das letztgereihte Land nicht einmal ein Viertel der maximalen 100 Punkte vorweisen.

Demokratieindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Wahlbeteiligung	11	10	16	10	22	19	30
Wahlhäufigkeit	10	10	15	20	16	8	30
Parteienausrichtung	28	2	18	24	28	6	40
Basispunkte	**49**	**22**	**49**	**54**	**66**	**33**	**100**

Tabelle 72: Zielvariable Demokratieindex, Basiswertberechnung

2.1.10 Konfliktindex

Der Konfliktindex unterscheidet sich wie der Demokratieindex von den restlichen Zielvariablen. Die Details über den Aufbau dieses Wertes werden bei der Beschreibung des Demokratieindex behandelt.

Der Punktebereich des Konfliktindex erstreckt sich wieder von Null bis 100 Punkten. Die maximal erreichbaren 100 Punkte können nur dann erzielt werden, wenn in allen Teilbereichen der Zielvariable die volle Punkteanzahl ausgeschöpft wird. Die Punkte sind auf drei große Komponenten aufgeteilt: 30 Punkte für den Bereich der Minderheiten, zehn Punkte für den Bereich der Religionen und 60 Punkte für den Freundschaftsindex. In zwei der Komponenten werden die Punkte noch weiter unterteilt.

Der Bereich der ethnischen Minderheiten umfasst zwei Aspekte, einerseits den rein zahlenmäßigen Anteil an Minderheiten in der Bevölkerung und andererseits die Historie des Landes im Bezug auf den Umgang mit den verschiedenen Ethnien.

Die zweite Komponente des Konfliktindex sind die Religionen, dabei wird nur das anteilsmäßige Verhältnis der unterschiedlichen Bekenntnisse betrachtet. Die religiösen Differenzen aus der Geschichte der Länder sind großteils identisch mit der Vergangenheit der Minderheiten und werden bei der Historie der Ethnien berücksichtigt.

Der Freundschaftsindex gliedert sich in mehrere Teile mit unterschiedlicher Punkteanzahl. Es wird die Historie der Länder hinsichtlich der Freundschaft mit ihrer Nachbarländer bzw. aller Balkan-Staaten betrachtete und beurteilt. Dieser Teil wird mit maximal 20 Punkten bewertet. Das Ausmaß des Außenhandels, also die Höhe der Importe und Exporte, der Länder mit den anderen Balkan-Staaten und der EU bilden den nächsten Teil des Freundschaftsindex, der mit maximal zehn Punkten kalkuliert ist. Wie weit die Zusammenarbeit mit der EU schon fortgeschritten ist, wird mit einer maximalen Punkteanzahl von 20 in den Index einberechnet. Den letzten Part bildet der Aspekt Kriege, der die kämpferische, nicht-friedliche Vergangenheit der Länder im Konfliktindex berücksichtigt. Dabei wird je nach Land und dessen Geschichte Unterschiedliches bei der Beurteilung und Punktezuordnung miteinbezogen. Zu diesem Index sind die Basisdaten auch in den Tabellen im Anhang zu finden bzw. in den historischen und politischen Kapiteln der Länder nachzulesen.

Konflikt-index	Minderheiten		Religionen	Freundschaftsindex				Ges.
	Historie	Anteil	Anteil	Historie	Imp/Exp	EU	Kriege	Punkte
Punkte-verteilung	10	20	10	20	10	20	10	**100**

Tabelle 73: Zielvariable Konfliktindex, Punkteverteilung auf die Komponenten

2.1.10.1 Anteil der Minderheiten und Anteil der Religionen

Der Anteile der Minderheiten und Religionen in den Ländern werden aus den Bevölkerungsdaten der Länder errechnet und mittels Schlüssel auf Punkte umgelegt. Dabei werden die Daten der größten ethnischen Bevölkerungsgruppe mit der Gesamtbevölkerung in Vergleich gesetzt. Die Berechnung erfolgt also nicht über den eigentlichen Anteil der Minderheiten, sondern über die Größe der Hauptethnie im Land. In Albanien leben beispielsweise 95 Prozent Albaner, dementsprechend gibt es kaum Minderheiten. Für die Punkteberechnung wird nun also aus der Schlüsseltabelle abgelesen wie

viele Punkte Albanien erhält, mit 95 Prozent für die größte Bevölkerungsgruppe fällt das Land in das erste Intervall und somit die vollen 20 Punkte. Bosnien-Herzegowina und Montenegro können hier keine Punkte lukrieren, da die Größe ihrer stärksten Bevölkerungsgruppe die 50-Prozent-Marke nicht übersteigt. Bosnien-Herzegowina liegt mit 48 Prozent knapp unter der minimalen Punktegrenze, Montenegro mit nur 43 Prozent einer Ethnie ist weit davon entfernt.

Dieses Berechnungssystem wird für den Anteil der Religionen genau gleich angewendet, die ethnischen Gruppen werden nur mit den religiösen Bekenntnissen ausgetauscht. Die Schranken sind gleich wie bei den Minderheiten gesetzt, mit über 90 Prozent einer Glaubensgemeinschaft werden alle Punkte vergeben, mit weniger als die Hälfte für die Größte der Religionsgruppen werden keine Punkte zuerkannt.

Die maximal erreichbaren Punkte sind für den Anteil der Minderheiten 20 und für den Anteil der Religionen 10, die auf jeweils fünf Intervalle mit ein- bzw. zwei-Punkteschritten aufgeteilt sind. In den folgenden drei Tabellen sind die Werte für die größten Gruppen der Ethnien und Religionsgemeinschaften der Länder, die verwendeten Bewertungsschlüssel und die vergebenen Punkte aufgelistet.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS
Anteil der größten ethnischen Gruppe an der Bevölkerung	95% (Albaner)	48% (Bosniaken)	90% (Kroaten)	64% (Mazedonier)	43% (Monteneg-riner)	83% (Serben)
Anteil der größten Glaubensgemeinschaft an der Bevölkerung	70% (Muslime)	48% (Muslime)	88% (Katholiken)	70% (Orthodoxe)	74% (Orthodoxe)	85% (Orthodoxe)

Tabelle 74: Zielvariable Konfliktindex, Ausgangswerte Anteile der Minderheiten und Religionen

Anteil der größten ethnischen Gruppe an der Gesamtbevölkerung	Punkte		Anteil der größten religiösen Glaubensgemeinschaft an der Gesamtbevölkerung	Punkte
> 90%	**20**		> 90%	**10**
> 80%	**16**		> 80%	**8**
> 70%	**12**		> 70%	**6**
> 60%	**8**		> 60%	**4**
> 50%	**4**		> 50%	**2**
< 50%	**0**		< 50%	**0**

Tabelle 75: Zielvariable Demokratieindex, Schlüssel für die Berechnung der Anteile der Minderheiten und Religionen

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Minderheiten Anteil	20	0	20	8	0	16	20
Religionen Anteil	6	0	8	6	6	8	10

Tabelle 76: Zielvariable Konfliktindex, Punkte der Anteile der Minderheiten und Religionen

2.1.10.2 Minderheiten Historie

Die möglichen Problematiken mit Minderheiten in den betrachteten Ländern werden einerseits über den zahlenmäßigen Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung im Konfliktindex berücksichtigt und andererseits wird die Historie bezüglich der Minderheiten in diesem Teil des Index einberechnet. Die maximalen zehn Punkte für diesen Part werden in Vergleich der sechs Staaten zueinander vergeben. Die wichtigsten Ereignisse der Vergangenheit werden in die Betrachtung miteinbezogen und die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Stellung der Minderheiten

wird in der Bewertung besonders berücksichtigt. Die Beschreibung der historischen Begebenheiten ist in detaillierter Form im Theoriekapitel zu finden und dort nachzulesen, auf eine ausführliche Darstellung wird an dieser Stelle verzichtet.

In Albanien gibt es kaum Minderheiten, die Bevölkerung ist sehr homogen mit 95 Prozent albanischen Volksgruppenangehörigen. Da der Anteil der Minderheiten so gering ist, steht der Konflikt unter den Volksgruppen nicht im Vordergrund. Das Land hatte über die Zeit hinweg zu viele andere Probleme, der Fokus lag somit nicht auf den Minderheitenprobleme. Seit den ersten freien Wahlen 1990 war immer die Partei der Menschenrechte, eine Organisation mit griechischen Wurzeln, im Parlament vertreten. Somit ist die Situation für die Minoritäten in Albanien relativ gut und wird mit neun von zehn Punkten bewertet.

Bosnien-Herzegowina zeigt in diesem Zusammenhang ein ganz gegensätzliches Bild: hier bereitet bereits der Begriff „Minderheiten“ Schwierigkeiten, da sich der Staat aus drei Bevölkerungsgruppen zusammensetzt. Die Bosniaken stellen mit 48 Prozent der Bevölkerung die größte Gruppe, die zweitgrößte Ethnie sind mit 37 Prozent die Serben, danach folgen mit 14 Prozent Kroaten. Das Land hat drei anerkannte Amtssprachen und eine politische Struktur, die eigens geschaffen wurde, um keine der drei Gruppen zu benachteiligen. Dennoch gibt es weiterhin Konfliktpotential zwischen den Bevölkerungsgruppen, sodass sich die internationale Staatengemeinschaft noch nicht aus dem Land zurückgezogen hat. Für Bosnien-Herzegowina kann hier also kein Punkteanspruch abgeleitet werden und es werden keine Punkte vergeben.

In Kroatien ist die Situation im Vergleich zu Bosnien-Herzegowina wesentlich besser, sie ist ähnlich mit der Lage Albaniens anzusehen. Die Minderheiten betreffend ist Kroatien relativ ruhig, das Land ist mit 90 Prozent kroatischer Bevölkerung auch sehr geschlossen. Die wenigen Probleme in Kroatien können als gemäßigt angesehen werden, vor allem im Vergleich zum Ausmaß der Schwierigkeiten in den anderen Ländern. Kroatien wird mit neun Punkten gleich wie Albanien bewertet, die beiden Länder stellen hier den Höchstwert.

In Mazedonien ist der albanische Anteil der Bevölkerung die größte Minderheit mit 25 Prozent. Die jüngste Eskalation des Konflikts mit der albanischen Minderheit ereignete sich im Jahr 2001 und konnte erst nach Intervention der internationalen Staatengemeinschaft beigelegt werden. Seitdem wird das Friedensabkommen von Ohrid eingehalten, die Verfassung wurde adaptiert und die albanische Bevölkerung in vielerlei Maßnahmenpaketen der mazedonischen gleichgestellt. Die vergebenen fünf Punkte begründen sich darauf, dass in Mazedonien seit dem Friedensabkommen das Konfliktpotential verringert wurde und dass seit der Unabhängigkeit albanische Parteien in jeder Legislaturperiode an den Regierungskoalitionen beteiligt waren. Aufgrund des Zeitpunkts der Eskalation, nämlich der jüngsten abgesehen vom Kosovokonflikt, sowie der Notwendigkeit externer Kräfte beim Aufsetzen des Friedensabkommens und des weiterhin angespannten Verhältnisses der Bevölkerungsgruppen wurden von den möglichen zehn fünf Punkte abgezogen.

Montenegro ist ein sehr heterogener Staat mit 43 Prozent Montenegriner, 32 Prozent Serben und 15 Prozent Bosniaken. Da Montenegro erst seit 2006 ein unabhängiger Staat abseits von Föderationen oder Staatenbünden ist, ist es schwierig, die Punkte adäquat zu vergeben. Die Entscheidung, Montenegro sechs Punkte zu geben, liegt einerseits in der gewaltlosen und eskalationsfreien Loslösung vom Staatenbund Serbien und Montenegro (trotz 32 Prozent serbischen Bevölkerungsanteils) und andererseits an der gemeinsamen montenegrinischen Linie, sich pro-westlich zu orientieren. Auch gibt die Abstimmung für die Unabhängigkeit mit 55,5 Prozent eine solide Mehrheit und aktuell sind keine innerethnischen Probleme zu erkennen. Der Punkteabzug wurde aufgrund der Kürze des möglichen Betrachtungszeitraumes sowie des hohen Konfliktpotentials, das derart heterogene Ethnien mit sich bringen, mit vier beziffert.

Bei Serbien kann man feststellen, dass eine Minderheitenproblematik so gut wie nicht mehr vorhanden ist, da alle einstigen Minderheiten mittlerweile ihre Unabhängigkeit erklärt und sich von Serbien losgelöst haben. Die Abspaltung des Kosovo 2008 ist noch heute Thema der Tagespolitik. Der erhebliche Punkteabzug gründet sich auf die Vielzahl der Konflikte und Kriege, in die Serbien

verwickelt war. Trotzdem wurden an Serbien mehr Punkte vergeben als an Bosnien-Herzegowina. Das ergibt sich einerseits aus den kaum mehr vorhandenen Minderheiten im Land und andererseits aus den unblutigen Entlassungen der albanischen und montenegrinischen Minderheiten in die Unabhängigkeit.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Minderheiten Historie	9	0	9	5	6	2	10

Tabelle 77: Zielvariable Konfliktindex, Punkte der Historie der Minderheiten

2.1.10.3 Freundschaftsindex

Der Freundschaftsindex soll die allgemeine Situation der Länder in Hinsicht auf den Umgang und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern abbilden, einerseits in geschichtlicher Form und andererseits auch mit Blick auf die Zukunft. Vier Teile (Historie, Importe/Exporte, EU und Kriege) bilden gemeinsam diesen Freundschaftsindex mit maximal 60 Punkten. Die Zuerkennung der Punkte erfolgt auf unterschiedliche Weise. Wenn eine Quantifizierung möglich ist, wird diese durchgeführt und die Punkte werden in Vergleich der Staaten untereinander vergeben. Bei den Bereichen, bei denen keine Berechnungsmöglichkeit besteht, werden die Punkte aufgrund der historischen Fakten und Begebenheiten verteilt.

2.1.10.3.1 Freundschaftsindex Historie

Für den geschichtlichen Teil des Freundschaftsindex werden maximal 20 Punkte vergeben. Diesen Maximalwert erreicht keines der betrachteten Länder, sie liegen alle deutlich darunter. Details zu den hier gegebenen Beschreibungen der Historie der Länder sind wieder im Theoriekapitel zu finden.

Kroatien wird mit 15 Punkten, dem höchsten vergebenen Wert, beurteilt. Im geschichtlichen Rückblick hatte Kroatien trotz des Krieges mit Jugoslawien im Vergleich zu den anderen Staaten relativ wenige Probleme. Aktuell ist die Situation zwischen Kroatien und Slowenien angespannt, da es wiederholt Unstimmigkeiten über die Grenzziehung zwischen den beiden Ländern gibt. Ende 2008 legte Slowenien Veto gegen den Beitritt Kroatiens in die EU ein, was den Abschluss der Beitrittsverhandlungen deutlich verlängern wird und möglicherweise auch verhindern könnte.

Mazedonien erhält ebenfalls 15 Punkte. Wenn auch anderer Gründe wegen, so hat auch Mazedonien mit einem Land der europäischen Union Schwierigkeiten, nämlich mit Griechenland. Der Konflikt dauert bis zum heutigen Tag an und liegt in der Namengebung des Staates nach der Unabhängigkeit, nämlich „Mazedonien“ begründet. Die Aktualität des Konflikts wird am Veto Griechenlands gegen eine Aufnahme Mazedoniens in die NATO im April 2008 deutlich.

Hinter Mazedonien und Slowenien liegen Albanien und Montenegro mit jeweils zehn Punkten. Albanien hat in Bezug auf die geschichtliche Freundschaft mit den anderen Ländern eine spezielle Ausgangsposition. Nach dem zweiten Weltkrieg war Albanien in keine Kriegshandlungen im eigenen Land verwickelt. Das Land musste sich auch nicht aus einer größeren Staatengemeinschaft loslösen. Die Besonderheit Albaniens ist der Kurs der Isolation, der jahrzehntelang betrieben wurde. Da es also wenige Kontakte mit den anderen Ländern gab, kam es auch zu keinen Konflikten. Seit der Kursänderung in Richtung Integration in die EU und an der Teilnahme an verschiedenen internationalen Gruppierungen wird auch am Kontakt mit vielen Staaten gearbeitet. Es handelt sich dabei jedoch eher um einen Aufbau von Beziehungen als um das Wiederherstellen alter Verbindungen.

Wie bereits erwähnt ist Montenegro erst seit 2006 ein eigenständiger Staat und verfügt damit über eine sehr kurze Historie. Außer Spannungen mit anderen Staaten, die durch Kriegshandlungen Serbiens ausgelöst und von Montenegro mit getragen wurden, sind aktuell keine Schwierigkeiten mit anderen Staaten erkennbar. Sogar die Loslösung von Serbien ging gewaltlos von statten.

Bosnien-Herzegowina wird bei diesem Teilindex mit sechs Punkten bewertet. Diese schlechte Qualifikation wurde vergeben, da der Bürgerkrieg, der von 1992 bis 1995 anhielt, sowohl Serbien als auch Kroatien betraf und damit ein gespanntes Verhältnis mit sich brachte.

Historisch gesehen vermindert die Anzahl der Kriege, die Serbien mit verschiedenen Staaten führte, den Freundschaftsindex natürlich erheblich, vor allem da diese Kriege nicht mehr als 20 Jahre in der Vergangenheit liegen. Daher sind sowohl die kosovo-albanische Bevölkerung als auch die kroatische, slowenische und bosnische Bevölkerung wohl keine „Freunde" Serbiens, was auch den niedrigen Wert in diesem Index erklärt. Zwei Punkte wurden vergeben, da Serbien auf die jüngsten Unabhängigkeitserklärungen nicht mehr kriegerisch reagierte.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Freundschaftsindex Historie	10	6	15	15	10	2	20

Tabelle 78: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Historie

2.1.10.3.2 Freundschaftsindex Importe / Exporte

Die Handelsbilanz und deren Einzelteile sind wichtige ökonomische Indikatoren, um die Außenverflechtung eines Landes zu beurteilen. Daher ist auch die Handelsbilanz als eigene Zielvariable im Modell eingebaut. In diesem Bereich werden die Importe und Exporte der Länder näher betrachtet und auch quantifiziert. Es werden die Handelsströme in die und aus den anderen Balkanstaaten und in die und aus der EU in diese Überlegung miteinbezogen. Die zehn Punkte für diesen Aspekt werden auf den Handel mit den anderen Balkan-Staaten und den Handel mit der EU mit je fünf Punkten aufgeteilt.

Die Berechnung der Handelsströme erfolgt über die Daten der Importe und Exporte der Länder in Prozent des BIP. Die Höhe der Importe und Exporte in die anderen betrachteten Staaten, werden pro Land addiert und in Beziehung zu den Summen der anderen Staaten gesetzt und dementsprechend bewertet. Die Importe und Exporte werden dabei nicht nur für ein Jahr betrachtet, sondern es werden alle Jahre seit 1995 mit ansteigender Gewichtung einberechnet. Mit dieser Kalkulation liefert Albanien für den Handel mit den anderen fünf Staaten den niedrigsten Wert, nur ein Prozent des BIP, und somit erhält Albanien auch die niedrigste Punktezahl, nämlich einen. Der höchste Wert des Handels mit den anderen Staaten ist neun Prozent des BIP, den Mazedonien erreicht, und somit die vollen fünf Punkte ausschöpft. Die Werte der anderen Länder liegen zwischen diesen beiden Begrenzungen und die Punkte werden ebenso dazwischen verteilt.

Die Summe der Importe und Exporte mit der EU bildet die Grundlage für die Verteilung der zweiten fünf Punkte dieses Bereichs. Sie werden ebenso wie die ersten fünf Punkte verteilt, die volle Punkteanzahl für das Land mit dem höchsten Wert, einen Punkt für das Land mit dem niedrigsten Wert und alle Werte dazwischen ergeben Punkte innerhalb dieser Grenzen. Spitzenreiter beim EU-Handel ist Albanien, Bosnien-Herzegowina ist das letztgereihte Land mit nur einem Anerkennungspunkt. Für den Teil der Importe und Exporte des Freundschaftsindex ist Mazedonien mit acht von zehn Punkten am besten, Montenegro bildet mit vier Punkten das Schlusslicht.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Importe/Exporte Balkan-Staaten	1	4	3	5	2	3	5
Importe/Exporte EU	5	1	3	3	2	2	5
Freundschaftsindex Importe/Exporte	**6**	**5**	**6**	**8**	**4**	**5**	**10**

Tabelle 79: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Importe / Exporte

2.1.10.3.3 Freundschaftsindex EU

Die allgemeine Annäherung der Balkan-Staaten an die europäische Staatengemeinschaft ist sehr wichtig, es streben alle sechs Staaten die Aufnahme in die EU an. Dabei befinden sich die einzelnen Länder in unterschiedlichen Stadien, das auch in die punktemäßige Bewertung des Fortschritts der

Länder einfließen soll. Maximal werden für die Freundschaft mit der EU 20 Punkte vergeben. Dieses Maximum wird erreicht, wenn das Land bereits ein Beitrittskandidat ist und die Beitrittsverhandlungen schon längere Zeit im Laufen sind, also fällt von den sechs betrachteten Ländern Kroatien in diese Kategorie. Mazedonien, das auch ein Beitrittskandidat der EU ist aber die Beitrittsverhandlungen noch nicht begonnen hat, ist noch nicht so weit fortgeschritten wie Kroatien und erhält 15 der 20 möglichen Punkte. Alle anderen vier Staaten haben bereits das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU abgeschlossen. Die Punkte wurden hier abgestuft verteilt, je nach dem wie lange das Abkommen bereits unterzeichnet ist. Für Bosnien-Herzegowina und Serbien gilt das SAA erst seit dem Jahr 2008, für Albanien schon seit 2006 und für Montenegro seit 2007. Punktemäßig erhalten die Länder daher folgende Werte zugeschrieben: Bosnien-Herzegowina und Serbien fünf, Albanien acht und Montenegro zehn.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Freundschaftsindex EU	10	5	20	15	8	5	20

Tabelle 80: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex EU

2.1.10.3.4 Freundschaftsindex Kriege

Der vierte Teil des Freundschaftsindex trägt den Namen Kriege und soll verschiedene Aspekte der nicht-friedlichen Vergangenheit der Länder berücksichtigen. In die Bewertung fließt hier ein, ob und warum es Kriege gab, wie lange diese dauerten, wann und wie diese beendet wurden. Die maximalen zehn Punkte werden hier für kein Land vergeben, da die jüngste Geschichte jedes einzelnen Landes zu ereignisreich war und belastet ist.

Albanien erhält einen Punktewert von sieben, der sich darauf stützt dass Albanien seit 1990 keine kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Ländern hatte. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände betrafen nur Albanien und konnten relativ schnell wieder in den Griff bekommen werden.

Bosnien-Herzegowina wird mit nur zwei Punkten mit dem niedrigsten Wert beurteilt. Diese Tatsache gründet sich darauf, dass in dem Land der blutigste Krieg nach dem zweiten Weltkrieg in Europa geführt wurde, welcher nur durch Intervention der internationalen Staatengemeinschaft beendet werden konnte. Das Konfliktpotential ist nach wie vor gegeben, da in Bosnien-Herzegowina immer noch die gleichen nationalistischen Parteien wie vor dem Bürgerkrieg an der Macht sind. Darüber hinaus lässt die Präsenz der Staatengemeinschaft den Schluss zu, dass sich die Lage noch nicht stabilisiert hat.

Sechs Punkte werden Kroatien zuerkannt, das seit der Rückeroberung der serbisch besetzten Gebiete 1995 keine Kriegshandlungen mehr setzte. Der Krieg in Kroatien war eine Folge der Unabhängigkeitserklärung, die Serbien nicht akzeptierte und versuchte, die Selbstständigkeit der nördlichen Republiken mit Einschreiten der Armee zu unterbinden.

Mazedonien kann den Höchstwert in dieser Kategorie mit acht Punkten erzielen. Der Loslösungsprozess von der jugoslawischen Föderation blieb unblutig und die Konflikte mit der albanischen Minderheit drohten nie in einen Krieg zu eskalieren.

Die Bewertung Montenegros ist auch hier nicht einfach, da es erst so kurz als eigenständiger Staat Geschichte schreibt. Die Geschichte Montenegros geht mit Serbien einher, da sich der Staat bis 2006 zuerst in Jugoslawien und später in der Staatenunion Serbien und Montenegro befand. Nach der Unabhängigkeitserklärung gibt es keinen Grund der Minderung der Maximalpunktanzahl, allerdings war die indirekte Beteiligung des Staates an den diversen serbischen Kriegen Anlass der Punktereduzierung.

Serbien erhält die gleiche Punkteanzahl wie Bosnien-Herzegowina, da es im Betrachtungszeitraum die meisten Kriege ausfocht. Angefangen mit dem Krieg gegen Slowenien und Kroatien nach deren Unabhängigkeitserklärung kamen die Unterstützung des bosnischen Bürgerkrieges und der immer noch andauernde Kosovokonflikt. Die trotzdem vergebenen Punkte resultieren aus der Verringerung kriegerischer Handlungen Serbiens in der Gegenwart. Sowohl bei der Loslösung Montenegros als

auch Mazedoniens und aktuell bei der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wurden keine kriegerischen Handlungen gesetzt.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Freundschaftsindex Kriege	7	2	6	8	6	2	10

Tabelle 81: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Kriege

2.1.10.3.5 Freundschaftsindex gesamt

Der Wert für den Freundschaftsindex ist die Summe seiner Teilwerte. Die Ergebnisse aus den vier Bereichen des Freundschaftsindex werden addiert und ergeben maximal 60 Punkte. In der Gesamtbetrachtung des Freundschaftsindex ist Kroatien am besten, vor allem wegen der vollen Punktezahl für die EU-Freundschaft, da es schon seit 2004 Beitrittskandidat ist und die Verhandlungen voranschreiten. Die Historie ist mit 15 von 20 Punkten auch relativ hoch bewertet, da die Geschichte Kroatiens relativ ruhig verlief und es keine langfristig gravierenden Einschnitte gab. Bei den Importen und Exporten ist Kroatien nur im Mittelfeld, ebenso wie beim umfangreichen Bereich Kriege, da hier die Vergangenheit auch Schattenseiten beinhaltet. Serbien ist mit nur 14 Punkten von maximal 60 erreichbaren das punktemäßig letztgereihte Land. Dies ist vor allem auf die geringen Punkteanzahlen für die Historie und den Bereich Kriege zurückzuführen. Bei der EU-Freundschaft kann nur ein Viertel der maximalen Punkte erreicht werden, das steht natürlich in engem Zusammenhang mit den wenigen Punkten aus den ersten beiden Bereichen. Bei den Importen und Exporten kann Serbien immerhin die halbe Punkteanzahl lukrieren, was für eine weitere Annäherung an die EU und auch an die anderen Balkan-Staaten eine durchaus wichtige Basis darstellt.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Freundschaftsindex Historie	10	6	15	15	10	2	20
Freundschaftsindex Importe/Exporte	6	5	6	8	4	5	10
Freundschaftsindex EU	10	5	20	15	8	5	20
Freundschaftsindex Kriege	7	2	6	8	6	2	10
Freundschaftsindex gesamt	**33**	**18**	**47**	**46**	**28**	**14**	**60**

Tabelle 82: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex

2.1.10.4 Punktevergabe, Basiswertberechnung

Um den Gesamtpunktewert für den Konfliktindex zu erfahren, werden wie beim Demokratieindex die Ergebnisse der Komponenten addiert. Kroatien ist beim Konfliktindex das Land mit der höchsten Punktezahl, mit sehr hohen 84 von 100 Punkten. Zurückzuführen ist dieses sehr gute Ergebnis auf die maximalen Punkte im Bereich der EU Freundschaft und für den Anteil der Minderheiten im Land, denn die größte ethnische Gruppe umfasst 90 Prozent der Bevölkerung. Die Werte Kroatiens in den anderen Teilen des Index sind meist sehr hoch, insgesamt fehlen Kroatien nur 16 Punkte. Das niedrigste Ergebnis mit nur 18 Punkten hat Bosnien-Herzegowina, das auch schon beim Demokratieindex den letzten Platz belegte. Bosnien-Herzegowina kann weder beim Anteil der Minderheiten und Religionen noch beim Umgang mit den unterschiedlichen ethnischen Gruppen in der Vergangenheit Punkte sammeln. Die Werte für die weiteren Bereiche sind nicht null, aber auch nie über der Hälfte der erreichbaren Punkte. Bosnien-Herzegowinas schlechtes Abschneiden bei diesem Index wurde bereits besprochen und resultiert weitgehend aus der ethnischen und damit verbundenen religiösen Heterogenität des Staates und dem damit verbundenen Konfliktpotential, welches sich vor allem in der Vergangenheit entlud aber bis in die Gegenwart der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft reicht.

Konfliktindex	AL	BA	HR	MK	ME	RS	Max. Punkte
Minderheiten Historie	9	0	9	5	6	2	10
Minderheiten Anteil	20	0	20	8	0	16	20
Religionen Anteil	6	0	8	6	6	8	10
Freundschaftsindex Historie	10	6	15	15	10	2	20
Freundschaftsindex Importe/Exporte	6	5	6	8	4	5	10
Freundschaftsindex EU	10	5	20	15	8	5	20
Freundschaftsindex Kriege	7	2	6	8	6	2	10
Basispunkte	**68**	**18**	**84**	**65**	**40**	**40**	**100**

Tabelle 83: Zielvariable Konfliktindex, Basiswertberechnung

2.2 Berechnung des Gesamtnutzens

Die Basiswertberechnung für den Gesamtnutzen wird wie bereits erwähnt auf zwei unterschiedliche Varianten durchgeführt. Diese Möglichkeiten unterscheiden sich darin, welche der beiden verfügbaren Basiswerte der Zielvariablen (ausgenommen sind davon Konfliktindex und Demokratieindex) für die Durchschnittskalkulation herangezogen werden. Es stehen einerseits die Werte der Zielvariablen berechnet über die gewichteten Ausgangsdaten im Zeitverlauf und andererseits die Werte der Zielvariablen berechnet ausschließlich über die Daten des letzten Jahres zur Verfügung. In weiterer Folge werden nur die Nutzenwerte der gewichteten Berechnung verwendet, da sie ein aussagekräftigeres Abbild der Situation der Länder bieten.

Nach Einbeziehung aller oben genannten Indizes und Zielvariablen werden im Folgenden die berechneten aggregierten Nutzen der sechs Staaten im Basisjahr dargestellt. Die Berechnung ist eine einfache Durchschnittskalkulation über die Werte der neun Zielvariablen. Je höher die erreichte Punkteanzahl des Gesamtnutzens (auch hier ist 100 das Maximum), desto höher ist das Level der betrachteten Volkswirtschaft unter ökonomischen, politischen und sozialen Gesichtspunkten.

In den folgenden beiden Tabellen sind die Basiswerte der zwei unterschiedlichen Berechnungsmethoden der neun Zielvariablen aufgelistet, die der Gesamtnutzenberechnung zugrunde liegen. Die Basiswerte für den Konfliktindex und den Demokratieindex sind in beiden Varianten gleich, da sie nicht über den Zeitverlauf berechnet werden können, sondern nur einmal bewertet sind. In den Basiswerten der anderen sieben Zielvariablen sind teilweise deutliche Unterschiede erkennbar. Die aussagekräftigere Bewertung innerhalb des Punktebereichs ist dabei in den Teilwerten der gewichteten Berechnungsmethode zu finden.

Teilwerte der gewichteten Basiswerte	Wachstum	Arbeitslosigkeit	Inflation	Defizit	Handelsbilanz	HDI	CPI	Demokratieindex	Konfliktindex
Albanien	100	1	44	11	0	27	28	49	68
Bosnien-HG	100	0	36	68	0	30	31	22	18
Kroatien	94	15	63	18	44	46	38	49	84
Mazedonien	65	0	96	49	9	32	31	54	65
Montenegro	93	0	0	61	0	29	31	66	40
Serbien	100	0	0	43	2	29	31	33	40

Tabelle 84: Teilwerte der gewichteten Basisnutzen der sechs Staaten

Teilwerte der Basiswerte des letzten Jahres	Wachstum	Arbeitslosigkeit	Inflation	Defizit	Handelsbilanz	HDI	CPI	Demokratieindex	Konfliktindex
Albanien	100	14	63	15	0	34	34	49	68
Bosnien-HG	100	0	83	63	0	34	32	22	18
Kroatien	100	26	70	32	44	50	44	49	84
Mazedonien	100	0	90	56	0	34	36	54	65
Montenegro	100	46	50	0	0	33	34	66	40
Serbien	100	0	0	31	0	33	34	33	40

Tabelle 85: Teilwerte der Basisnutzen des letzten Jahres der sechs Staaten

Die Ergebnisse der beiden Berechnungen für die Gesamtnutzenwerte mit den Varianten der Zielvariablen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Punktewerte der beiden Optionen sind ebenfalls als Reihung nach Schulnotensystem abgebildet. Dabei ist erkennbar, dass die beiden Möglichkeiten eine identische Reihenfolge der Länder ergeben. Kroatien führt mit einem Ergebnis von 55 bzw. 50 Punkten für den Gesamtnutzen das Feld an, dahinter folgen Mazedonien, Albanien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Serbien ist mit 30 bzw. 31 Punkten jeweils als schlechtestes Land gereiht. Diese Auflistung bzw. Bewertung der betrachteten Balkanstaaten untereinander entspricht den erwarteten Ergebnissen für eine solche Reihung.

Land	Basiswert Gesamtnutzen (letztes Jahr)	Reihung	Basiswert Gesamtnutzen (gewichtet)	Reihung
Albanien	42	3	36	3
Bosnien-Herzegowina	39	5	34	5
Kroatien	55	1	50	1
Mazedonien	48	2	45	2
Montenegro	41	4	35	4
Serbien	30	6	31	6

Tabelle 86: Gesamtbasisnutzen der sechs Staaten

In dieser Tabelle können die Ergebnisse für die erste Stufe, die Spielvorbereitung, abgelesen werden. Die Basiswerte des Gesamtnutzens (nach der gewichteten Zielvariablenmethode) für die betrachteten sechs Balkanstaaten stellen die Übergangswerte dieser Ebene für die nächste Spielstufe dar. Diese sechs Punktewerte sind der Ausgangspunkt für die kommenden Berechnungen und für die Überlegungen der weiteren Strategien im Modellverlauf.

3 Spielstufe 1

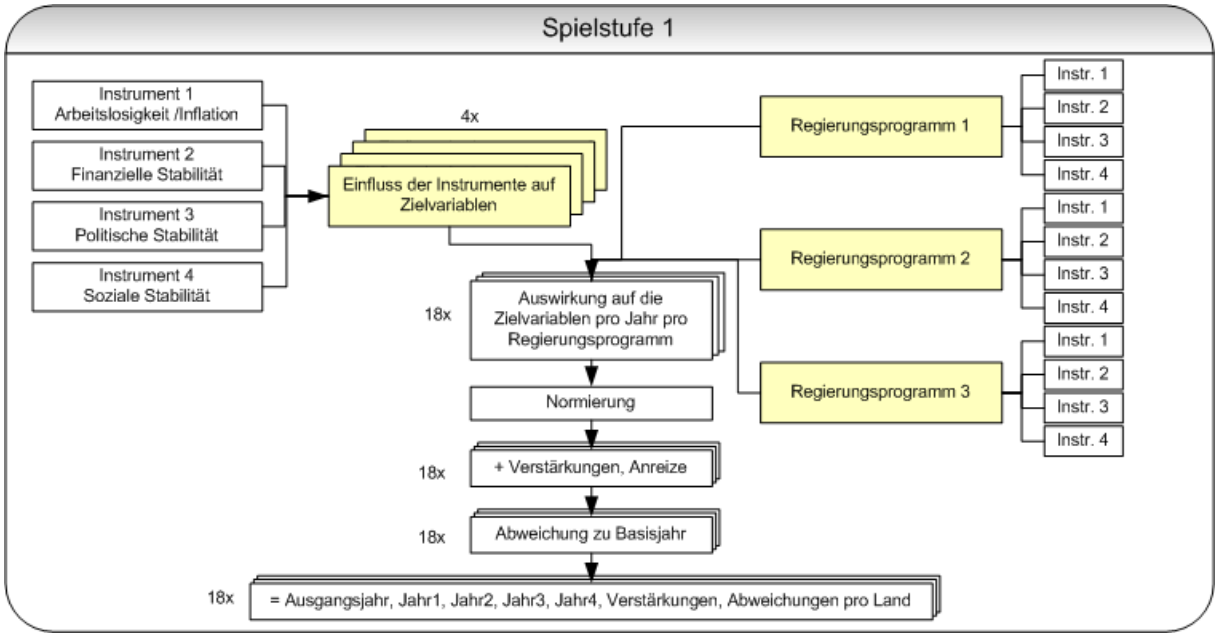


Abbildung 28: Spielstufe 1

In der Stufe der Spielvorbereitung wurden für die sechs Länder die Werte für die neun Zielvariablen und den Gesamtnutzen berechnet. Diese Basiswerte bilden die Ausgangsvariablen dieser Phase, der ersten Spielstufe. In dieser Ebene werden die Ausgangsvariablen der Länder auf unterschiedliche Weise beeinflusst und verändert. Den Ländern stehen unterschiedliche Möglichkeiten für die Entwicklung ihres Landes für die nächsten vier Jahre zur Verfügung. Die Maßnahmen beinhalten unterschiedliches Verhalten und verursachen daher auch verschiedene Veränderungen für die Werte der Länder. Dabei können die unterschiedlichen Alternativen für die sechs Länder divergierende Auswirkungen haben. Da die Ausgangslagen der Länder verschieden sind, ist auch die optimale Maßnahme für ein Land häufig anders geartet als die beste Möglichkeit für ein anderes Land. Die Alternativen, die den Ländern in dieser Stufe zur Auswahl angeboten werden, sind vier Instrumente und drei Regierungsprogramme. Dabei können Instrumente und Regierungsprogramme nur gemeinsam eingesetzt werden, da sich ein Regierungsprogramm aus der Kombination der Instrumente ergibt. Die Instrumente sind definiert als Maßnahmen, die die Höhe der neun Zielvariablen und des Gesamtnutzens der Länder verändern. Jedes Instrument kann dabei seinen Fokus auf einen anderen Teilbereich aus den Zielvariablen legen. Eines der Instrumente fördert dabei beispielsweise besonders die beiden politischen Zielvariablen, ein anderes Instrument hingegen forciert Verbesserungen in den ökonomischen Daten. Mit den Instrumenten können niemals gleichzeitig alle Zielvariablen optimiert werden. Wenn einige der Zielvariablen erhöht werden, müssen sich die Werte von anderen auch verschlechtern oder mache bleiben unverändert. Um realistische Überlegungen abzubilden, kann es kein Instrument mit nur verbessernden Eigenschaften geben, da Verbesserungen in einem Bereich unter realistischen Bedingungen immer auch gleichzeitig Verschlechterungen in anderen Bereichen mit sich bringen. Diese Instrumente wirken also auf die Zielvariablen der Länder mit jeweils einem unterschiedlichen Fokus auf einen Teilbereich der Zielvariablen.

Grundlage für die Entscheidungen der Länder in dieser Stufe bilden aber nicht die Instrumente, sondern die Regierungsprogramme, die den Ländern zur Auswahl stehen. Die Regierungsprogramme bestehen aus einer Kombination des Einsatzes der vier Instrumente. Damit kann das Land seinen Fokus auf mehrere Bereiche für die nächste Vier-Jahres-Periode legen. Die Instrumente sind in diesem Modell auf einen Teilbereich der Zielvariablen spezialisiert, der verbessert wird. Kein Land kann sein Hauptaugenmerk nur auf einen Teilbereich legen, es müssen in einer Periode von vier Jahren immer mehrere Gebiete mit einem Regierungsprogramm abgedeckt werden. Die Intensität, in

der ein Instrument in einem Regierungsprogramm vorkommt, kann zwischen den drei Regierungsprogrammen völlig abweichend voneinander sein. Dabei sind die Instrumente immer pro Jahr kombiniert, also gibt es insgesamt vier Gewichtungen für jedes der Instrumente pro Regierungsprogramm. Wird dabei eines der Instrumente verstärkt eingesetzt, kann damit eine Ausrichtung des Regierungsprogramms abgebildet werden. Die Entscheidung der Länder muss also zwischen den drei zur Verfügung gestellten Regierungsprogrammen getroffen werden.

Um die Auswahl zwischen den Regierungsprogrammen zu ermöglichen, werden dazu für jedes der drei Programme die Veränderungen der Nutzenwerte für alle Länder berechnet. Die Veränderungen der Regierungsprogramme wirken auf die Werte der Zielvariablen, welche einen vorgegebenen Wertebereich aus der Vorbereitungsspielstufe haben. Mit möglichen Steigerungen oder Abwertungen kann dieser Bereich über- oder unterschritten werden. Um diesen Fall zu berücksichtigen, wird bei den Kalkulationen der Veränderungen immer eine Normierung auf den Wertebereich der Zielvariablen vorgenommen. Die Untergrenze von Null Punkten und die Obergrenze von 100 Punkten können demnach nie verletzt werden. Des Weiteren wird in dieser Spielstufe noch eine Verstärkung für jede Zielvariable bestimmt. Mit diesen Verstärkungen werden Anreize abgebildet, die die Länder dazu bringen sollen, sich für dasjenige Regierungsprogramm zu entscheiden, das dem Land den meisten Erfolg für jene Bereiche bringt, in denen das größte Verbesserungspotential liegt. Die Werte für die Verstärkungen werden abhängig von den Basiswerten der Zielvariablen aus der Vorbereitungsstufe berechnet und berücksichtigen die herbeigeführte Entwicklung durch das Regierungsprogramm. Die Verstärkungspunkte werden zu den durch das Regierungsprogramm veränderten Werten hinzuaddiert und diese Werte bilden den Übergang zu Spielstufe zwei. Da die Verstärkung aber nur eine Motivation für die Länder sein soll, sich für ein gewisses Regierungsprogramm zu entscheiden, werden diese Werte zwar in der Entscheidungsphase berücksichtigt, aber nach getroffener Entscheidung wirken die Verstärkungspunkte nicht auf die realen Werte der Zielvariablen. Nach den Berechnungen dieser Stufe werden 18 Veränderungswerte der Nutzen an die nachfolgende zweite Spielstufe übergeben. Diese 18 Werte setzen sich aus je einem Veränderungswert pro Regierungsprogramm für jedes der sechs Länder zusammen.

3.1 Instrumente

Wie bereits kurz beschrieben sind als Instrumente in diesem Modell die Varianten der Veränderung der Zielvariablen definiert. Ein Instrument beschreibt also eine Kombination von Beeinflussungen der neun Zielvariablen, wenn dieses Instrument zum Einsatz kommt. Die Werte dieser Veränderungen werden zu den Basiswerten der Zielvariablen, die aus der Stufe der Spielvorbereitung übernommen werden, addiert. Positive Werte erhöhen demnach den Ausgangswert, negative verringern diesen, neutrale lassen den Ausgangswert unbeeinflusst. Die Höhe der Veränderungswerte kann je nach Instrument differieren, einige der Werte eines Instruments sind meist positiv, manche betragen null und einige Werte sind negativ. Unter der Annahme von realitätsnahem Verhalten muss die Verbesserung in einigen Bereichen gleichzeitig eine Verschlechterung in anderen Werten bedeuten. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Ausgangswerte um positive Veränderungswerte gesteigert und dementsprechend auch verbessert werden, dies würde jeglicher praktischer Überlegung entgegen sprechen. Die Summe über die Veränderungswerte eines Instruments sollte positiv sein, damit es insgesamt zu einer Verbesserung durch den Einsatz des Instruments kommt. Eine durchschnittliche negative Beeinflussung durch ein Instrument hat in der Praxis die Auswirkung, dass dieses Instrument nicht zur Anwendung kommt wenn eine andere Auswahl zur Verfügung steht, die durchschnittlich positiven oder neutralen Einfluss auf die Ausgangswerte ausüben.

Im Modell sind vier verschiedene Instrumente vorgesehen, um unterschiedliche Verhaltensvarianten beschreiben zu können. Diese vier Optionen können gegen- oder miteinander eingesetzt werden. Die Veränderungen, die die Instrumente hervorrufen können gegenläufig oder unterstützend arbeiten. Insgesamt sind es neun Werte für jedes Instrument, jeweils für alle Zielvariablen ein Veränderungswert. Diese neun Werte pro Instrument bilden eine gemeinsame Kombination, da sie

immer gleichzeitig angewendet werden. Die Werte der Beeinflussung der Instrumente auf die Zielvariablen können in der Simulation des Modells grundsätzlich frei gewählt werden. Beim Start des Modells ist ein Setting mit vorgeschlagenen Veränderungswerten für die Zielvariablen für alle vier Instrumente eingestellt. Diese Ausgangswerte können beliebig, innerhalb gewisser Grenzen, an individuelle Wünsche einer Simulation angepasst werden.

Die voreingestellte Wertezuordnung für die neun Beeinflussungswerte pro Instrumente ist so gewählt, um ein möglichst breites Maßnahmenspektrum abzudecken. Dabei wird versucht, Instrumente zur Verfügung zu stellen, mit deren Einsatz unterschiedliche Ergebnisse, also verschiedene Veränderungen für die Länder, erzielt werden können. Da die Ausgangssituationen der Länder unterschiedlich sind, sind auch die Ansprüche, die sie an diese Instrumente stellen, verschiedenartig.

Die vier vordefinierten Instrumente und ihre Veränderungswerte werden im Folgenden kurz dargestellt. Auf einen genaueren Hintergrund wird dabei aber nicht eingegangen, da die Eigenschaften der Instrumente im Modell vom Benutzer parametrisierbar sind und dieses Setting nur eine Ausgangsbasis einer möglichen Wertekombination darstellt. Die individuelle Anpassungsfähigkeit soll in diesem Punkt im Vordergrund stehen, damit dem Benutzer viele Möglichkeiten der Anwendung des Modells offen stehen.

3.1.1 Instrument 1: Arbeitslosigkeit und Inflation

Das erste Instrument trägt in der Standardeinstellung den Namen „Arbeitslosigkeit und Inflation“. Somit wirkt dieses Instrument vor allem positiv auf diese beiden Zielvariablen. Die Daten der Länder bezüglich Arbeitslosigkeit und Inflation sind besonders wichtige Werte, bei diesen sollten bestimmte Mindestwerte überschritten werden. Ohne eine gewisse Stabilität in diesen Bereichen, kann auch die Entwicklung in anderen Bereichen nicht voranschreiten. Da sich dieses Instrument besonders auf die Verbesserung der Arbeitslosigkeit und Inflation konzentriert, verschlechtern sich automatisch andere Werte. In diesem Fall hat die Optimierung der beiden namensgebenden Zielvariablen des Instruments negative Einwirkung auf die Staatsverschuldung und das Handelsbilanzdefizit. Die HDI- und CPI-Ausgangswerte werden bei dieser Maßnahme nicht verändert, da der Fokus vor allem auf den ökonomischen Daten liegt. Das Wachstum wird leicht bestärkt, dies ist durch die Verbesserungen in Arbeitslosigkeit und Inflation begründet. Der Demokratieindex steigt ebenfalls leicht, der Konfliktindex erfährt durch diese Instrument keine Modifikation. In der folgenden Tabelle sind die Werte der Veränderungen des Instruments „Arbeitslosigkeit und Inflation“ für alle Zielvariablen aufgelistet.

Positiv	Wert	**Negativ**	Wert	**Neutral**	Wert
Wachstum	2	Staatsverschuldung (Defizit)	-4	HDI	0
Arbeitslosigkeit	5	Handelsbilanzdefizit	-4	CPI	0
Inflation	6			Konfliktindex	0
Demokratieindex	3				

Tabelle 87: Instrument Arbeitslosigkeit und Inflation, Auswirkung auf die Zielvariablen

3.1.2 Instrument 2: Finanzielle Stabilität

„Finanzielle Stabilität“ ist das Schlagwort für die Eigenschaften des zweiten Instruments. Der Fokus liegt also hier ganz klar bei den beiden Defizit- bzw. Überschussvariablen. Die Staatsverschuldung und das Handelsbilanzdefizit sind bei den betrachteten Balkanstaaten zwei Zielvariablen, bei denen noch großes Verbesserungspotential besteht und das es auch zu nutzen gilt. Vor allem die Ausgangswerte für das Handelsbilanzdefizit sind sehr schwach. Bei dieser Zielvariable konnte nur Kroatien eine mittelmäßige Punkteanzahl erreichen, die anderen Staaten liegen fast alle bei null Punkten. Auch in Hinblick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien, die für einen EU-Beitritt Voraussetzung sind, muss

dem Bereich der finanziellen Stabilität Aufmerksamkeit geschenkt und die Daten möglichst verbessert werden. Instrument zwei ist also auf die beiden Zielvariablen Staatsverschuldung und Handelsbilanzdefizit ausgerichtet, die Veränderungswerte für diese beiden Variablen sind sehr hoch, die anderen sieben Zielvariablen werden alle negativ beeinflusst. Die starke Verbesserung in den Finanzen zieht Verschlechterungen in den anderen drei Zielvariablen der ökonomischen Ebene nach sich. Die Stabilisierung der Finanzen hängt mit den Zielvariablen der ideologischen und politischen Ebene nicht zusammen, daher greift die Verbesserung auch nicht in diese Bereiche über; die Werte dieser Zielvariablen werden verringert. In der folgenden Tabelle sind die Werte der Veränderungen des Instruments „Finanzielle Stabilität“ für alle Zielvariablen aufgelistet.

Positiv	Wert	**Negativ**	Wert
Staatsverschuldung (Defizit)	16	Wachstum	-4
Handelsbilanzdefizit	16	Arbeitslosigkeit	-4
		Inflation	-4
		HDI	-3
		CPI	-2
		Konfliktindex	-3
		Demokratieindex	-3

Tabelle 88: Instrument finanzielle Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen

3.1.3 Instrument 3: Politische Stabilität

Das dritte Instrument widmet sich der „politischen Stabilität“. Damit soll die politische Basis eines Landes gestärkt werden, die in den betrachteten Balkanstaaten oftmals nicht ausreichend etabliert ist. Dieses Instrument wirkt positiv auf die Zielvariablen der politischen Ebene, den Demokratieindex und CPI. Ein Aufwärtstrend in diesen Bereichen ist für einen angestrebten EU-Beitritt für die meisten der Länder ebenfalls unabdingbar. Um Veränderungen im politischen Bereich durchführen zu können, ist der Einsatz von Budget notwendig, das sich entsprechend belastend auf die Staatsverschuldung auswirkt. Dies ist aber die einzige negativ beeinflusste Zielvariable, die meisten anderen Variablen werden von diesem Instrument nicht verändert. Die Werte für das Wachstum und die Arbeitslosigkeit werden leicht verbessert; dieser Anstieg geht mit den Verbesserungen des CPI und Demokratieindex einher. Die Stärkung der politischen Stabilität muss mit bestimmten Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei werden Arbeitsplätze geschaffen und das Wachstum angekurbelt. In der folgenden Tabelle sind die Werte der Veränderungen des Instruments „Politische Stabilität“ für alle Zielvariablen aufgelistet.

Positiv	Wert	**Negativ**	Wert	**Neutral**	Wert
CPI	4	Staatsverschuldung (Defizit)	-2	Inflation	0
Demokratieindex	5			Konfliktindex	0
Wachstum	1			HDI	0
Arbeitslosigkeit	1			Handelsbilanzdefizit	0

Tabelle 89: Instrument politische Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen

3.1.4 Instrument 4: Soziale Stabilität

Um auch noch vorrangig die dritte Ebene, die ideologische, mit einem Instrument abzudecken, ist das letzte Instrument mit dem Namen „Soziale Stabilität“ versehen. Das Hauptaugenmerk liegt auf den beiden Zielvariablen der ideologischen Ebene, dem Konfliktindex und dem HDI. Diese beiden

Variablen werden relativ stark positiv beeinflusst. Demgegenüber steht wieder eine Verschlechterung des Staatshaushaltes, also der Staatsverschuldung und dem Handelsbilanzdefizit. Die benötigten Maßnahmen für die Verbesserung der sozialen Stabilität müssen finanziert werden und verursachen daher Einbußen in den Finanzdaten. Um die vorrangigen Ziele dieses Instruments zu erreichen, werden gleichzeitig aufgrund der gesetzten Maßnahmen noch weitere Zielvariablen verbessert. Wieder werden die Werte der Arbeitslosigkeit und des Wachstums positiv beeinflusst. Durch den Einsatz von speziellen Fokusgruppen, Umsetzungen von Reformen usw. werden Arbeitsplätze geschaffen, die auch eine Erhöhung des Wachstums nach sich ziehen. Unbeeinflusst von diesem Instrument bleiben die Zielvariablen der politischen Ebene, also der Demokratieindex und der CPI, und auch die Inflation. In der folgenden Tabelle sind die Werte der Veränderungen des Instruments „Soziale Stabilität“ für alle Zielvariablen erfasst.

Positiv	Wert	**Negativ**	Wert	**Neutral**	Wert
HDI	6	Staatsverschuldung (Defizit)	-5	Demokratieindex	0
Konfliktindex	6	Handelsbilanzdefizit	-5	CPI	0
Wachstum	1			Inflation	0
Arbeitslosigkeit	5				

Tabelle 90: Instrument soziale Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen

3.1.5 Auswirkungen der vier Instrumente auf die Zielvariablen

In der folgenden Tabelle sind nochmals die Auswirkungen der vier Instrumente auf die Zielvariablen im Vergleich zueinander dargestellt. In der letzten Spalte ist die Summe der Veränderungswerte pro Instrument angegeben. Die Höhe dieser Summe sollte bei den Instrumenten in etwa gleich sein. Würde eines der Instrumente einen deutlich höheren - also in Summe besseren - Wert erzielen, würden die Staaten vor allem dieses Instrument einsetzen wollen. Die Höhe des Summenwerts über die Veränderungen je Instrument kann variieren, sollte aber positiv sein. Ein negativer Summenwert würde eine Verschlimmerung der Situation des Landes verursachen, wenn dieses Instrument eingesetzt würde. In der letzten Zeile ist auch noch die Summe über die vier Werte der Veränderungen der vier Instrumente je Zielvariable gebildet. Dieser Wert beschreibt die Veränderungssumme für jede Zielvariable, wenn jedes der Instrumente eingesetzt wird.

	Wachstum	**Arbeitslosigkeit**	**Inflation**	**Staatsdefizit**	**Handelsbilanz**	**HDI**	**CPI**	**Demokratieindex**	**Konfliktindex**	**Summe**
Instrument 1	2	5	6	-4	-4	0	0	3	0	8
Instrument 2	-4	-4	-4	16	16	-3	-2	-3	-3	9
Instrument 3	1	1	0	-2	0	0	4	5	0	9
Instrument 4	1	5	0	-5	-5	6	0	0	6	8
Summe	**0**	**7**	**2**	**5**	**7**	**3**	**2**	**5**	**3**	

Tabelle 91: Instrumente 1 bis 4, Auswirkung auf die Zielvariablen

Wie in der allgemeinen Beschreibung erläutert sind die Werte für die Instrumente nur vorgeschlagene Werte. Sie können auf verschiedene Begebenheiten angepasst werden. In der Simulation des Modells sind diese hier beschriebenen Werte als Standardsetting voreingestellt, können aber individuell abgeändert werden. Die folgende Abbildung zeigt den Teil des Startframes der Simulation, in dem die Einflusswerte der Instrumente auf die Zielvariablen eingestellt werden können. Eine genauere Erklärung über die Grenzen der Werte und die Umsetzung dieser Parametrisierung sind in Teil drei der vorliegenden Arbeit, der Beschreibung der Simulation des Modells, zu finden.

Einfluss der Instrumente auf die Zielvariablen

	Wachstu...	Arbeitslo...	Inflation	Defizit	Handels...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...
Instrument 1	2	5	6	-4	-4	0	0	3	0
Instrument 2	-4	-4	-4	16	16	-3	-2	-3	-3
Instrument 3	1	1	0	-2	0	0	4	5	0
Instrument 4	1	5	0	-5	-5	6	0	0	6
	0	**7**	**2**	**5**	**7**	**3**	**2**	**5**	**3**

Abbildung 29: Instrumente 1 bis 4, Auswirkung auf die Zielvariablen

3.2 Regierungsprogramme

Die möglichen Strategien der Staaten sind in diesem Modell die unterschiedlichen Regierungsprogramme. Ein Regierungsprogramm ist eine Kombination der Anwendung der vier Instrumente, die im Modell definiert sind. Die Dauer eines Regierungsprogramms beträgt vier Jahre und die Ausprägungen der Instrumente innerhalb der einzelnen Jahre können unterschiedlich sein. Die Entscheidung der Staaten für eine der Strategien, also für eines der Regierungsprogramme, wirkt auf die nächsten vier Jahre. Beispielsweise könnte in einem Jahr nur ein Instrument eingesetzt oder im Verlauf der vier Jahre des Regierungsprogramms gar nicht angewendet werden. Die Gewichtungen der Instrumente pro Jahr können demnach zwischen null und eins liegen, die Summe muss eine Gewichtung von eins für jedes der vier Jahre ergeben. Bildet man die Summe über den Einsatz eines Instruments innerhalb eines Regierungsprogramms von vier Jahren kann abgelesen werden, wie stark das Instrument in das Regierungsprogramm einfließt. Maximal kann hier ein Wert von vier erreicht werden, was der Fall ist, wenn in jedem Jahr nur dieses eine Instrument angewendet wird und die anderen Instrumente in allen vier Jahren mit null gewichtet sind.

Im Modellaufbau werden drei Regierungsprogramme zur Verfügung gestellt. Diese Programme sind wie die Instrumente mit einem Standardsetting voreingestellt, können aber ebenfalls individuell abgeändert werden. Dabei muss auf eine sinnvolle Kombination der definierten Instrumente und deren Einsatz bei den Regierungsprogrammen geachtet werden. Die Parametrisierung der Regierungsprogramme ist innerhalb gewisser Grenzen möglich. Dabei kann pro Jahr in Summe nur eine Gewichtung der Instrumente von eins eingestellt werden. Negative Werte sind nicht erlaubt. Die Anzahl von drei Regierungsprogrammen soll die zur Verfügung stehenden Alternativen darstellen, es soll aber gleichzeitig eine Übersichtlichkeit gewährleistet werden.

Wie bereits beschrieben bestehen die Regierungsprogramme aus Kombinationen der Instrumente, welche wiederum auf die Zielvariablen wirken. Man kann hier natürlich auch die Veränderungen auf die Zielvariablen durch die Regierungsprogramme berechnen. Dies wird jährlich berechnet, dabei addiert man die durch die unterschiedlichen Instrumente verursachte und mit der Gewichtung des Instruments normierte Veränderung je Zielvariable. Somit erhält man je Regierungsprogramm die Veränderungen der Zielvariablen pro Jahr bzw. nach Aufsummierung für alle vier Jahre. Die Werte der Veränderungen werden als Addition zu den Basiswerten der Zielvariablen hinzugerechnet.

In den folgenden Unterkapiteln werden die drei vorgeschlagenen Regierungsprogramme kurz dargestellt. Die voreingestellten Werte der Regierungsprogramme sind wiederum nur als Beispielwerte zu sehen, sie sind durchaus eine realistische Variante, aber nur eine von unzähligen. Auch hier soll die individuelle Anpassbarkeit im Vordergrund stehen, um die Vielfalt der Möglichkeiten des Modells hervorzuheben.

3.2.1 Regierungsprogramm 1

Das erste der vordefinierten Regierungsprogramme ist für Länder, deren Entwicklung schon relativ weit fortgeschritten ist. Der Fokus dieses Regierungsprogramm liegt verstärkt auf den ersten beiden vordefinierten Instrumenten („Arbeitslosigkeit und Inflation“ und „Finanzielle Stabilität“). Instrument drei („Politische Stabilität“) wird in keinem der vier Jahre berücksichtigt, Instrument vier („Soziale Stabilität“) wird in kleinem Maße eingesetzt. Dieses Regierungsprogramm kann also als stark an den

ökonomischen Daten orientiert bezeichnet werden, dabei wird von einer gewissen politischen Stabilität ausgegangen. Der Einsatz von Instrument vier soll als Gegenpol zu den ersten beiden Instrumenten wirken, um auch andere Bereiche, nicht nur die reinen wirtschaftlichen Daten, zu berücksichtigen.

Die folgende Tabelle schlüsselt den Einsatz der Instrumente für das erste Regierungsprogramm im Detail auf. In den Zeilen sind die Jahre und die zugehörige Gewichtung der einzelnen Instrumente in diesem Jahr angegeben. In der letzten Spalte ist die Summe über den Einsatz der vier Instrumente gebildet, welche eins betragen muss. Die Summe in der letzten Zeile stellt den Einsatz pro Instrument addiert über die Laufzeit von vier Jahren dar. Dabei ist schnell ablesbar, in welche Richtung ein Regierungsprogramm tendiert, wenn die Summenwerte in der letzten Zeile stark voneinander abweichen. Bei diesem Regierungsprogramm wird das erste Instrument mit 1,7 am stärksten eingesetzt und Instrument drei ist mit einem Wert von null am geringsten, in diesem Fall gar nicht berücksichtigt.

	Instrument 1	Instrument 2	Instrument 3	Instrument 4	Summe
Jahr 1	0,5	0,5	0,0	0,0	1,0
Jahr 2	0,4	0,4	0,0	0,2	1,0
Jahr 3	0,3	0,3	0,0	0,4	1,0
Jahr 4	0,5	0,2	0,0	0,3	1,0
Summe	**1,7**	**1,4**	**0,0**	**0,9**	

Tabelle 92: Regierungsprogramm 1, Zusammensetzung der Instrumente

Die Regierungsprogramme setzten sich also in unterschiedlichem Ausmaß pro Jahr aus den zur Verfügung stehenden Instrumenten zusammen. Wird ein Regierungsprogramm durchgeführt, werden die Instrumente in entsprechender Gewichtung eingesetzt. Somit wirken die Regierungsprogramme über die Instrumente auf die neun Zielvariablen und den Gesamtnutzen der betrachteten Staaten. In der folgenden Tabelle sind die Auswirkungen des Regierungsprogramms auf die Zielvariablen dargestellt. Die Berechnung erfolgt pro Jahr, die Veränderungswerte der Instrumente für jede der Zielvariablen werden mit der zugehörigen Gewichtung einberechnet. In der letzten Zeile ist wieder die Summe über die Veränderungen der vier Jahre gebildet. Dabei ist die Ausrichtung des Regierungsprogramms deutlich ablesbar, die Verbesserungen sind vor allem in den fünf ökonomischen Zielvariablen zu finden. Vor allem die zahlenmäßige Erhöhung für das Staatsdefizit und die Handelsbilanz sind besonders groß.

	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Jahr 1	-1,0	0,5	1,0	6,0	6,0	-1,5	-1,0	0,0	-1,5
Jahr 2	-0,6	1,4	0,8	3,8	3,8	0,0	-0,8	0,0	0,0
Jahr 3	-0,2	2,3	0,6	1,6	1,6	1,5	-0,6	0,0	1,5
Jahr 4	0,5	3,2	2,2	-0,3	-0,3	1,2	-0,4	0,9	1,2
Summe	**-1,3**	**7,4**	**4,6**	**11,1**	**11,1**	**1,2**	**-2,8**	**0,9**	**1,2**

Tabelle 93: Regierungsprogramm 1, Auswirkung auf die Zielvariablen

Die Summe der Veränderungen des voreingestellten Regierungsprogramms eins beträgt 33,4; dies bedeutet eine Verbesserung des Gesamtnutzens von 3,7. Dieser Wert alleine ist nicht aussagekräftig, er kann nur im Vergleich mit den anderen Regierungsprogrammen beurteilt werden.

3.2.2 Regierungsprogramm 2

Das zweite vorgeschlagene Regierungsprogramm fokussiert am stärksten auf Instrument drei („Politische Stabilität“) und am zweitstärksten auf Instrument eins („Arbeitslosigkeit und Inflation“). Instrumente zwei und vier („Finanzielle Stabilität“ und „Soziale Stabilität“) werden in diesem Regierungsprogramm ebenfalls eingesetzt, aber mit geringerer Gewichtung. Somit bietet dieses Programm eine nahezu ausgewogene Mischung des Instrumenteneinsatzes. Es wird keine der drei Ebenen der Zielvariablen besonders stark oder auffallend gering berücksichtigt. In der folgenden Tabelle ist wieder der Einsatz der Instrumente für das Regierungsprogramm im Detail für jedes Jahr aufgeschlüsselt.

	Instrument 1	Instrument 2	Instrument 3	Instrument 4	Summe
Jahr 1	0,3	0,0	0,5	0,2	1,0
Jahr 2	0,0	0,4	0,4	0,2	1,0
Jahr 3	0,4	0,2	0,4	0,0	1,0
Jahr 4	0,4	0,2	0,2	0,2	1,0
Summe	**1,1**	**0,8**	**1,5**	**0,6**	

Tabelle 94: Regierungsprogramm 2, Zusammensetzung der Instrumente

Wie bei Regierungsprogramm eins folgt in der nächsten Tabelle die Zuordnung der Veränderungen auf die Zielvariablen. Zum Unterschied zu Regierungsprogramm eins ist hier keiner der Werte in der Summenzeile negativ, dies ist durch den ausgewogenen Einsatz der vier Instrumente begründet, die einzelnen Werte der letzten Zeile sind dabei aber auch weniger hoch als bei Regierungsprogramm eins. Somit wird die Verbesserung durch dieses Regierungsprogramm gleichmäßiger auf die neun Zielvariablen verteilt. Besteht aber in einem gewissen Bereich erhöhter Verbesserungsbedarf, kann dieser nur in gleichem Ausmaß berücksichtigt werden wie alle anderen Bereiche auch.

	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Jahr 1	1,3	3,0	1,8	-3,2	-2,2	1,2	2,0	3,4	1,2
Jahr 2	-1,0	-0,2	-1,6	4,6	5,4	0,0	0,8	0,8	0,0
Jahr 3	0,4	1,6	1,6	0,8	1,6	-0,6	1,2	2,6	-0,6
Jahr 4	0,4	2,4	1,6	0,2	0,6	0,6	0,4	1,6	0,6
Summe	**1,1**	**6,8**	**3,4**	**2,4**	**5,4**	**1,2**	**4,4**	**8,4**	**1,2**

Tabelle 95: Regierungsprogramm 2, Auswirkung auf die Zielvariablen

Die Summe der Veränderungen des voreingestellten Regierungsprogramms zwei beträgt 34,3; dies bedeutet eine Verbesserung des Gesamtnutzens von 3,8. Dieser Wert alleine ist wieder nicht von starker Aussagekraft. In Relation zu dem Wert von Regierungsprogramm eins liegt er mit 0,1 knapp vor diesem.

3.2.3 Regierungsprogramm 3

Das dritte der vordefinierten Regierungsprogramme kann als Gegenpol zu Regierungsprogramm eins gesehen werden. Dieses Regierungsprogramm ist für Staaten konzipiert, deren Aufholpotential im politischen und sozialen Bereich noch besonders groß ist. Dementsprechend stark werden die Instrumente drei und vier („Politische Stabilität“ und „Soziale Stabilität“) eingesetzt. Auf die Berücksichtigung von Instrument zwei („Finanzielle Stabilität“) wird in diesem Programm komplett verzichtet. Dies ist damit erklärbar, dass die Probleme der Staaten in anderen Bereichen sehr groß sind und somit auf die Finanzen für die kommenden vier Jahre wenig bis keine Rücksicht genommen werden kann. Instrument eins („Arbeitslosigkeit und Inflation“) wird in jedem der vier Jahre

eingesetzt, wenn auch nur in geringerem Ausmaß. Die ökonomischen Daten können nicht vollständig vernachlässigt werden, in einem gewissen Maß muss sich jedes Land zumindest um die wichtigsten der wirtschaftlichen Daten kümmern. Als Besonderheit ist bei diesem Regierungsprogramm noch anzumerken, dass der Einsatz der Instrumente über alle vier Jahre gleich bleibt.

	Instrument 1	Instrument 2	Instrument 3	Instrument 4	Summe
Jahr 1	0,2	0,0	0,4	0,4	1,0
Jahr 2	0,2	0,0	0,4	0,4	1,0
Jahr 3	0,2	0,0	0,4	0,4	1,0
Jahr 4	0,2	0,0	0,4	0,4	1,0
Summe	**0,8**	**0,0**	**1,6**	**1,6**	

Tabelle 96: Regierungsprogramm 3, Zusammensetzung der Instrumente

In der folgenden Tabelle sind wieder die Auswirkungen des Regierungsprogramms auf die neun Zielvariablen dargestellt. Da in diesem Programm Instrument zwei gar nicht eingesetzt wird und die anderen drei Instrumente negativ (bzw. neutral) auf das Staatsdefizit und die Handelsbilanz wirken, ist in diesen beiden Zielvariablen ein sehr großer Verlust zu sehen. Besonders stark verbessert wird von diesem Regierungsprogramm der Wert der Arbeitslosigkeit. Auch die Werte für den Demokratieindex, den Konfliktindex und den HDI sind beachtlich. Die Beträge für die Veränderungen der einzelnen Zielvariablen sind in diesem Regierungsprogramm höher als in den beiden vorigen Programmen. Sowohl die negativen als auch die positiven Werte sind betragsmäßig höher. Im Durchschnitt liegen die Verbesserungen und Verschlechterungen dieses Programms aber mit den anderen gleichauf.

	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Jahr 1	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 2	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 3	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 4	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Summe	**4,8**	**13,6**	**4,8**	**-14,4**	**-11,2**	**9,6**	**6,4**	**10,4**	**9,6**

Tabelle 97: Regierungsprogramm 3, Auswirkung auf die Zielvariablen

Die Summe der Veränderungen des voreingestellten Regierungsprogramms drei beträgt 33,6; dies bedeutet eine Verbesserung des Gesamtnutzens von 3,7. Dieser Wert liegt im Vergleich zu den beiden vorigen Werten gemeinsam mit Regierungsprogramm eins mit einem Abstand von 0,1 knapp hinter dem Ergebnis von Regierungsprogramm zwei.

3.2.4 Regierungsprogramm 1 bis 3

Die beschriebenen Eigenschaften der drei Regierungsprogramme sind vorgeschlagene Ausgangswerte, die nur in Kombination mit den voreingestellten Werten für die Instrumente sinnvoll eingesetzt werden können. Bei Veränderungen an den Werten der Instrumente müssen auch die Einstellungen für die Regierungsprogramme angepasst werden. Die folgende Abbildung zeigt den Teil des Startframes der Simulation, in dem die Gewichtungswerte der Instrumente für die drei Regierungsprogramme eingestellt werden können. Innerhalb des Ablaufs der Simulation ist es auch möglich, die Veränderungswerte der Regierungsprogramme auf die neun Zielvariablen nach individueller Veränderung der Standardwerte darzustellen. Eine detaillierte Erklärung über die Grenzen der Werte und die Umsetzung dieser Parametrisierung sind ebenfalls in der Simulationsbeschreibung in Teil drei dieser Arbeit zu finden.

Regierungsprogramm 1

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.5	0.5	0.0	0.0
Jahr2	0.4	0.4	0.0	0.2
Jahr3	0.3	0.3	0.0	0.4
Jahr4	0.5	0.2	0.0	0.3
	1.7	1.4	0.0	0.90...

Regierungsprogramm 2

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.3	0.0	0.5	0.2
Jahr2	0.0	0.4	0.4	0.2
Jahr3	0.4	0.2	0.4	0.0
Jahr4	0.4	0.2	0.2	0.2
	1.1	0.8	1.5	0.6...

Regierungsprogramm 3

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr2	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr3	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr4	0.2	0.0	0.4	0.4
	0.8	0.0	1.6	1.6

Abbildung 30: Regierungsprogramm 1 bis 3, Zusammensetzung der Instrumente

3.3 Normierung der Werte

Die Zielvariablen und auch der Gesamtnutzen werden über den Einsatz der Regierungsprogramme bzw. der Instrumente pro Jahr verändert. Ein Regierungsprogramm umfasst einen Zeitraum von vier Jahren, aber die Veränderungen werden für jedes Jahr getrennt berechnet. Diese Vorgehensweise gründet sich auf die notwendige Normierung, die ebenfalls jedes Jahr durchzuführen ist. Wie im Kapitel der Spielvorbereitung beschrieben erstreckt sich der Wertebereich der Zielvariablen bei allen neun Variablen von Null bis 100. Somit können Veränderungen in positiver Richtung nicht mehr berücksichtigt werden, sobald die maximalen 100 Punkte erreicht sind. Im entgegengesetzten Fall wirkt die Normierung auch im unteren Grenzbereich auf die gleiche Weise. Ist eine Zielvariable mit null oder ganz wenigen Punkten belegt und durch das Regierungsprogramm würde es in einem Jahr eine Verschlechterung um z.B. -5 Punkte geben, werden diese nicht mehr abgezogen, da null Punkte das Minimum sind und diese nicht unterschritten werden. Diese Grenzen müssen gesetzt sein, um an den Bereichen des Landes zu arbeiten, bei denen Verbesserungen unbedingt notwendig sind. Es ist für kein Land sinnvoll, immer weiter in eine Richtung zu arbeiten, auch wenn die Verbesserungen möglicherweise weiterhin groß wären. In diesem Modell ist aber mit 100 Punkten das Maximum der Zielvariable erreicht und somit ist der Einsatz eines Regierungsprogramms, das vor allem diese Variable verbessert, nicht mehr zweckmäßig. Die Normierung auf den Bereich zwischen Null und 100 wird für jedes Regierungsprogramm nach jedem Jahr ausgeführt.

3.4 Verstärkungen – Anreize

Die bisher beschriebenen Regierungsprogramme bedeuten Veränderungen der Zielvariablen der Staaten beim Einsatz eines der Programme. Durch diese Veränderungen werden die Ausgangssituationen der Staaten in manchen Bereichen verbessert und in anderen Kategorien verschlechtert. Die Höhe der Veränderungen ist dabei je Regierungsprogramm und je Zielvariable unterschiedlich. Diese Abweichungen können dabei für zwei der Länder möglicherweise für eine der Zielvariablen betragsmäßig gleich hoch sein, es können sich aber dadurch unterschiedliche Auswirkungen ergeben. Für manche der Länder ist es wesentlich besser, ein gewisses Regierungsprogramm einzusetzen bzw. die Verbesserung in speziellen Bereichen zu forcieren als das für andere Länder der Fall ist. Für die Staaten ist es dabei grundsätzlich ratsam, ein Programm auszuwählen, das große Erhöhungen in den Kategorien bietet, in dem der Staat sein größtes Verbesserungspotential hat. Um einen solchen Anreiz in das Modell zu integrieren, ist der Bereich der sog. Verstärkungen gebildet. Man kann dieses System der Verstärkungen bzw. Anreize einerseits als Druck der EU von außen beschreiben oder auch als Lockmittel der EU für die Staaten verstehen. Die EU fordert bei allen der neun Zielvariablen die Erfüllung gewisser Mindestanforderungen, bevor Gespräche bzw. Verhandlungen über einen Beitritt zur EU grundsätzlich beginnen können. Gleichzeitig unterstützt die EU genau diese Bereiche der Länder, in denen großer Aufholbedarf besteht. Das Modell berücksichtigt dieses Verstärkungssystem über den Anreizmechanismus nur für die Bereitstellung der Werte für die nächste Ebene, also die Spielstufe zwei, in der sich die Länder für eines der wählbaren Regierungsprogramme entscheiden müssen. Nach der Festlegung des Regierungsprogramms und der nachfolgenden Berechnung der Werte für die Zielvariablen nach Ablauf der vier Jahre wird diese Verstärkung nicht mit einberechnet. Es handelt sich bei diesem

Anreiz eben nur um ein Lockmittel, sich für jenes Regierungsprogramm zu entscheiden, das die unterentwickelten Bereiche am meisten fördert.

Im Modell werden die Verstärkungen pro Zielvariable errechnet bzw. pro Veränderung je Zielvariable. Es werden dabei sog. Extrapunkte errechnet, die zur Veränderung, die durch das Regierungsprogramm verursacht wird, hinzu addiert werden. Bei der Kalkulation dieser Extrapunkte werden die Basiswerte (Ausgangswerte von Jahr Null) der Zielvariablen in fünf Bereiche eingeteilt. Der unterste Bereich erstreckt sich von null bis zehn Punkte, was bedeutet, dass das Land bei der Zielerreichung dieser Zielvariable sehr schwach ist und an der Verbesserung gearbeitet werden sollte, vor allem wenn man die Vorgaben der EU berücksichtigen will. Diese geben nämlich vor, dass gewisse Mindestwerte in allen Zielvariablen erreicht sein müssen. Daher ist die Verstärkung in diesem untersten Bereich am stärksten, hier soll der größte Anreiz geboten werden, dieses Regierungsprogramm zu wählen. Die Verstärkung ist in diesem Bereich in der Dimension von einer Verdoppelung der lukrierten Punkte durch das Regierungsprogramm, die Extrapunkte entsprechen also den Abweichungen. Der nächste Bereich liegt zwischen zehn und 30 Basispunkten, die Extrapunkte werden mit einer Gewichtung von 0,8 der Veränderungspunkte berechnet. Die Kalkulation der Extrapunkte erfolgt über den in der folgenden Tabelle angegeben Schlüssel für alle Bereiche. Der oberste Bereich, also bei mehr als 70 erreichten Punkte im Ausgangswert, sagt aus, dass das Land bei dieser Zielvariable schon weit fortgeschritten ist und besser ein Regierungsprogramm wählen sollte, das seine Schwächen ausgleicht, weshalb hier eine Multiplikation mit null für die Extrapunkte vorgesehen ist und damit keine zusätzliche Verbesserung durch das Anreizsystem.

Basispunkte	Faktor der Extrapunkte
0 – 10	***1**
10 – 30	***0,8**
30 – 50	***0,5**
50 – 70	***0,2**
70 – 100	***0**

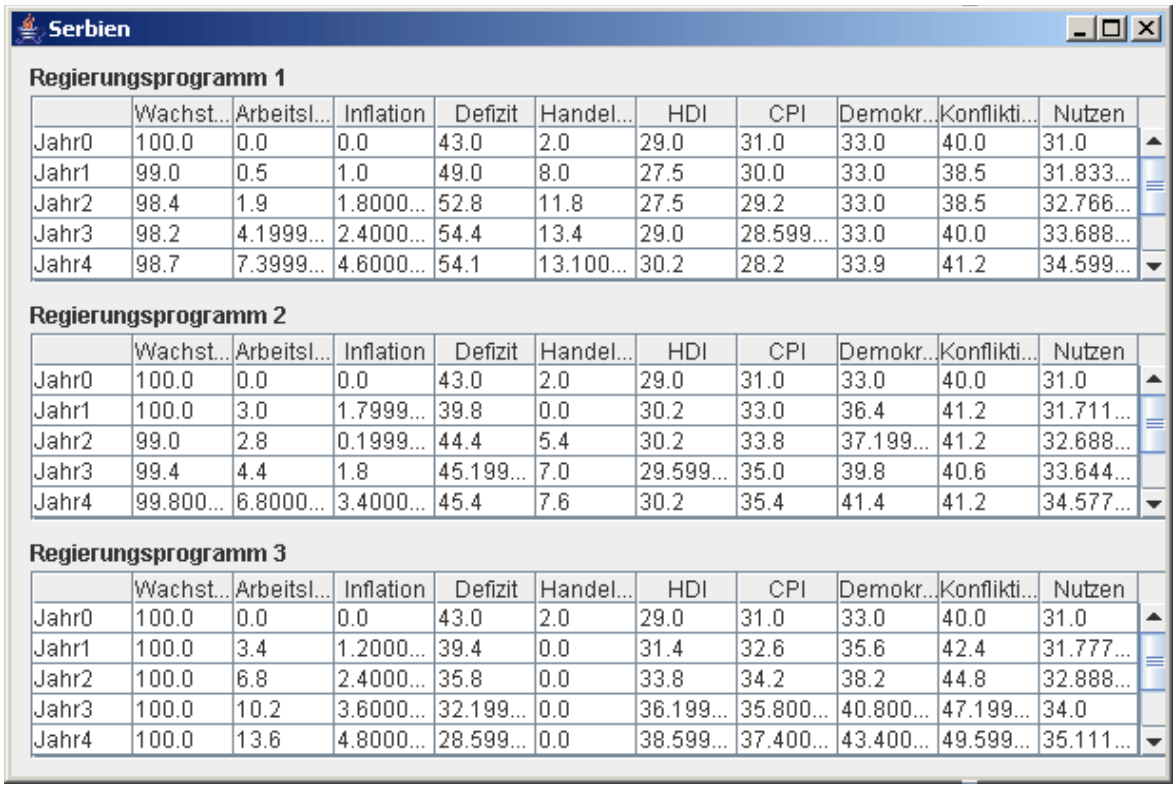
Tabelle 98: Schlüssel für die Berechnung der Verstärkung (Extrapunkte)

Die Kalkulation der Verstärkungen erfolgt nach der Durchrechnung der drei möglichen Regierungsprogramme für die Vier-Jahres-Periode aller sechs Staaten. Die Berechnung der Extrapunkte erfolgt für jede der Zielvariablen bzw. für jede durch das Regierungsprogramm in den vier Jahren verursachte Abweichung der Zielvariablen. Grundsätzlich werden dabei 162 Werte für Extrapunkte berechnet, diese setzen sich aus sechs Länder mal drei Regierungsprogramme mal neun Zielvariablen zusammen. Zusätzlich zu diesen Werten kann auch noch über eine Durchschnittsbildung die Gesamtnutzenveränderung für jedes Regierungsprogramm der Länder berechnet werden, dies sind 18 Werte (sechs Länder mal drei Regierungsprogramme). Im folgenden Kapitel ist eine detaillierte Berechnung aller Vorgänge der ersten Spielstufe dargestellt, dabei sind auch die Verstärkungswerte der Anreize aus diesem Schritt klar ausgewiesen.

3.5 Durchlauf aller Berechnungsschritte für Spielstufe 1

Die erste Spielstufe besteht aus den bisher beschriebenen Schritten, die gemeinsam das Ergebnis von dieser Spielstufe in die nächste bilden. Die Ausgangsbasis für die Berechnungen dieser Spielstufe stellen die sechs Staaten mit den Werten für ihre neun Zielvariablen und ihren Gesamtnutzen dar, die aus der Stufe der Spielvorbereitung erhalten werden. Das Endergebnis dieser Stufe sind 18 Werte von finalen Abweichungen, die sich aus den finalen Abweichungswerten von sechs Ländern mal drei Regierungsprogrammen zusammensetzten. Die Berechnung dieser 18 Werte wird nun im Detail unter Verwendung der zuvor beschriebenen Teilschritte dargestellt. Da die Kalkulation der finalen Abweichungswerte für alle sechs Länder auf identische Art und Weise erfolgt, wird nur die

Berechnung für ein Land demonstriert. Die folgenden beiden Abbildungen zeigen die Berechnungsschritte für Serbien als Beispielland bei unveränderten Basiseinstellungen. Diese Abbildungen sind Screenshots der Simulation und sollen die Erklärungen unterstützen bzw. werden Verweise auf diese Werte in den Erläuterungen der Kalkulationen vorgenommen. Eine nähere Beschreibung zu den Darstellungsmöglichkeiten der Berechnungen der einzelnen Spielstufen ist im Simulationsteil dieser Arbeit zu finden.



Serbien

Regierungsprogramm 1

	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	99.0	0.5	1.0	49.0	8.0	27.5	30.0	33.0	38.5	31.833...
Jahr2	98.4	1.9	1.8000...	52.8	11.8	27.5	29.2	33.0	38.5	32.766...
Jahr3	98.2	4.1999...	2.4000...	54.4	13.4	29.0	28.599...	33.0	40.0	33.688...
Jahr4	98.7	7.3999...	4.6000...	54.1	13.100...	30.2	28.2	33.9	41.2	34.599...

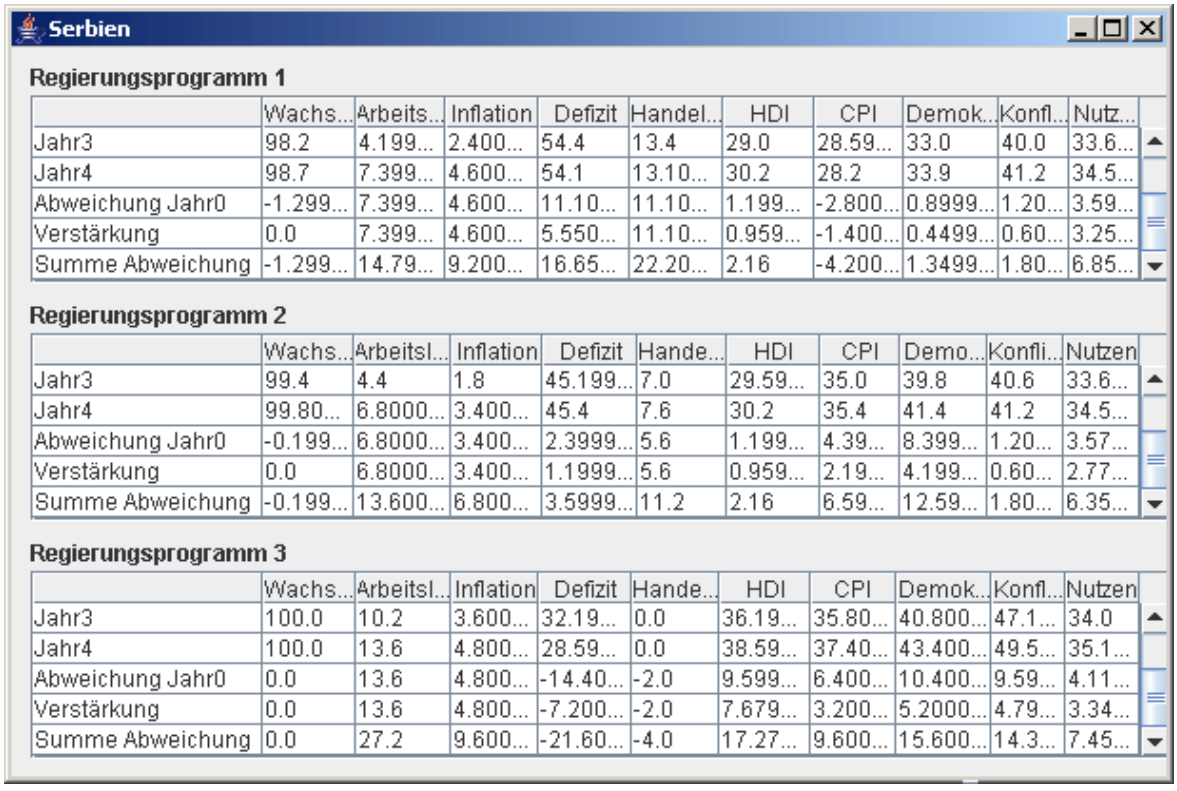
Regierungsprogramm 2

	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	100.0	3.0	1.7999...	39.8	0.0	30.2	33.0	36.4	41.2	31.711...
Jahr2	99.0	2.8	0.1999...	44.4	5.4	30.2	33.8	37.199...	41.2	32.688...
Jahr3	99.4	4.4	1.8	45.199...	7.0	29.599...	35.0	39.8	40.6	33.644...
Jahr4	99.800...	6.8000...	3.4000...	45.4	7.6	30.2	35.4	41.4	41.2	34.577...

Regierungsprogramm 3

	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	100.0	3.4	1.2000...	39.4	0.0	31.4	32.6	35.6	42.4	31.777...
Jahr2	100.0	6.8	2.4000...	35.8	0.0	33.8	34.2	38.2	44.8	32.888...
Jahr3	100.0	10.2	3.6000...	32.199...	0.0	36.199...	35.800...	40.800...	47.199...	34.0
Jahr4	100.0	13.6	4.8000...	28.599...	0.0	38.599...	37.400...	43.400...	49.599...	35.111...

Abbildung 31: Berechnungsschritte von Spielstufe 1 für Serbien, Teil 1



Serbien

Regierungsprogramm 1

	Wachs...	Arbeits...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demok...	Konfl...	Nutz...
Jahr3	98.2	4.199...	2.400...	54.4	13.4	29.0	28.59...	33.0	40.0	33.6...
Jahr4	98.7	7.399...	4.600...	54.1	13.10...	30.2	28.2	33.9	41.2	34.5...
Abweichung Jahr0	-1.299...	7.399...	4.600...	11.10...	11.10...	1.199...	-2.800...	0.8999...	1.20...	3.59...
Verstärkung	0.0	7.399...	4.600...	5.550...	11.10...	0.959...	-1.400...	0.4499...	0.60...	3.25...
Summe Abweichung	-1.299...	14.79...	9.200...	16.65...	22.20...	2.16	-4.200...	1.3499...	1.80...	6.85...

Regierungsprogramm 2

	Wachs...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demo...	Konfli...	Nutzen
Jahr3	99.4	4.4	1.8	45.199...	7.0	29.59...	35.0	39.8	40.6	33.6...
Jahr4	99.80...	6.8000...	3.400...	45.4	7.6	30.2	35.4	41.4	41.2	34.5...
Abweichung Jahr0	-0.199...	6.8000...	3.400...	2.3999...	5.6	1.199...	4.39...	8.399...	1.20...	3.57...
Verstärkung	0.0	6.8000...	3.400...	1.1999...	5.6	0.959...	2.19...	4.199...	0.60...	2.77...
Summe Abweichung	-0.199...	13.600...	6.800...	3.5999...	11.2	2.16	6.59...	12.59...	1.80...	6.35...

Regierungsprogramm 3

	Wachs...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demok...	Konfl...	Nutzen
Jahr3	100.0	10.2	3.600...	32.19...	0.0	36.19...	35.80...	40.800...	47.1...	34.0
Jahr4	100.0	13.6	4.800...	28.59...	0.0	38.59...	37.40...	43.400...	49.5...	35.1...
Abweichung Jahr0	0.0	13.6	4.800...	-14.40...	-2.0	9.599...	6.400...	10.400...	9.59...	4.11...
Verstärkung	0.0	13.6	4.800...	-7.200...	-2.0	7.679...	3.200...	5.2000...	4.79...	3.34...
Summe Abweichung	0.0	27.2	9.600...	-21.60...	-4.0	17.27...	9.600...	15.600...	14.3...	7.45...

Abbildung 32: Berechnungsschritte von Spielstufe 1 für Serbien, Teil 2

In den beiden Abbildungen sind alle Berechnungen und deren Teilschritte für Serbien, die in Spielstufe eins durchgeführt werden, zu sehen. Ausgangsbasis bildet dabei das vorgeschlagene Standardsetting für die Werte der vier Instrumente und die Zusammensetzungen der drei Regierungsprogramme. Die Kalkulationen für Serbien werden, wie in den Abbildungen ersichtlich, für alle drei Regierungsprogramme durchgeführt. Da die Schritte der Berechnungen dabei aber identisch sind, wird nur der Durchlauf für Regierungsprogramm drei beschrieben, mit dessen Werten kann das Verhalten der Kalkulationen mit allen Facetten anschaulich beschrieben werden.

Die Spalten der drei abgebildeten Tabellen sind die neun Zielvariablen und in der letzten Spalte der Gesamtnutzen, der den Durchschnitt der Werte der Zielvariablen darstellt. Die Abfolge der Zeilen der drei Tabellen ist jeweils gleich aufgebaut, die Beschreibungen dazu werden detailliert Zeile für Zeile, wie in den beiden vorangegangenen Abbildungen ersichtlich, erläutert.

3.5.1 Jahr 0 (Ausgangswerte)

Der Inhalt der ersten Zeile der Tabellen „Jahr 0“ ist noch für alle drei Regierungsprogramme identisch, in dieser Zeile sind die Basiswerte der Zielvariablen und des Gesamtnutzens eingetragen. Dabei handelt es sich um die Daten, die für Serbien aus der Vorbereitungsstufe erhalten werden.

3.5.2 Jahr 1 bis Jahr 4 (Regierungsprogramme und Normierungen)

Die nachfolgenden Zeilen „Jahr 1“, „Jahr 2“, „Jahr 3“ und „Jahr 4“ stellen die Veränderungen dar, die durch das Regierungsprogramm auf die Zielvariablen und den Gesamtnutzen wirken. Dabei wird auch die Normierung in jedem Jahr durchgeführt. Die eingetragenen Werte sind somit ab der Zeile „Jahr 1“ für die drei Tabellen unterschiedlich, da die zugrunde liegenden Veränderungswerte der drei Regierungsprogramme verschieden sind. Um die Berechnungsschritte dieser Zeilen genauer darzustellen, werden einzelne Beispiele herausgenommen.

Das Regierungsprogramm drei ist ein gutes Beispiel, um die Schritte der Berechnung in allen Facetten darzustellen. Die Standardeinstellung des Regierungsprogramms hat die Besonderheit, dass es in der Dauer von vier Jahren gleich bleibt, anders gesagt unterscheiden sich die Veränderungswerte für die Zielvariablen Jahresverlauf nicht. Da für jede der hier durchgeführten Kalkulationen auf die Veränderungswerte des Regierungsprogramms referenziert wird, ist die Tabelle mit diesen Veränderungswerten auf die Zielvariablen aus dem Kapitel des Regierungsprogramms drei an dieser Stelle nochmals eingefügt.

	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Jahr 1	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 2	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 3	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Jahr 4	1,2	3,4	1,2	-3,6	-2,8	2,4	1,6	2,6	2,4
Summe	**4,8**	**13,6**	**4,8**	**-14,4**	**-11,2**	**9,6**	**6,4**	**10,4**	**9,6**

Tabelle 99: Regierungsprogramm 3, Auswirkung auf die Zielvariablen

Die Zielvariablen Arbeitslosigkeit und das (Staats-)Defizit sind gute Beispiele für die einfachste Art der Berechnung in diesen Schritten. Der Wert für die Arbeitslosigkeit beträgt laut Abbildung für „Jahr 0“ null Punkte. Dieser Wert wird laut Tabelle pro Jahr um 3,4 erhöht. Dieser jährliche Punktezuwachs für die Arbeitslosigkeit ist in der Abbildung ersichtlich: in „Jahr 1“ beträgt der Wert 3,4; in „Jahr 2“ 6,8 usw.

Die Veränderungen beim (Staats-) Defizit verlaufen ebenso, allerdings ist hier keine Erhöhung an Punkten zu verzeichnen, sondern ein Punkteverlust. Pro Jahr beträgt der Veränderungswert -3,6, was in der Tabelle abzulesen ist. Die Auswirkungen auf den Ausgangswert sind in der Abbildung dargestellt. Der Ausgangswert von „Jahr 0“ mit 43 Punkten verringert sich in „Jahr 1“ auf 39,4, in

„Jahr 2“ auf 35,8 usw. Bei diesen beiden Zielvariablen (Arbeitslosigkeit und Defizit) wirken nur die Veränderungswerte, die durch das Regierungsprogramm verursacht werden.

Die Normierung kommt hier nicht zum Tragen, ganz im Gegensatz zu den Zielvariablen Wachstum und Handelsbilanz. Der Ausgangswerte in „Jahr 0“ betragen für das Wachstum 100 und für die Handelsbilanz zwei Punkte. Somit liegen diese Werte knapp bei bzw. genau an den Grenzen der Punktebereiche, die Normierung kann also hier möglicherweise zum Einsatz kommen. Laut Tabelle erhöht sich der Wert für das Wachstum jährlich um 1,2. In der Abbildung bleibt der Wachstumswert allerdings kontinuierlich auf 100 Punkten für alle vier Jahre. Hier kommt die Normierung zum Greifen, bei der Addition von 1,2 Punkten zum Ausgangswert von 100 Punkten wird die obere Schranke des Punktebereichs überschritten und somit auf den Maximalwert von 100 Punkten zurückgesetzt. Die eigentlich durch das Regierungsprogramm drei verursachte Verbesserung um die jährlichen 1,2 Punkte kann Serbien daher für sein Wachstum nicht gewinnbringend verwerten.

Die Handelsbilanz bietet ein Beispiel für die untere Normierung. Der Ausgangswert beträgt in „Jahr 0“ zwei Punkte, laut Tabelle soll dieser Wert um -2,8 pro Jahr verändert werden. Wird diese Berechnung durchgeführt, wird die untere Grenze des Punktebereichs verletzt, da die Grenze bei null Punkten liegt und der errechnete Wert -0,8 beträgt. Wie im Fall bei der Überschreitung der maximalen Grenze wird auch bei Verletzung der Untergrenze der Wert auf dieses Minimum gesetzt. Für Serbien bedeutet dies, dass im ersten Jahr anstatt eines Verlustes von -2,8 nur ein Verlust von 2,0 verzeichnet werden muss. In den danach folgenden Jahren kann der eigentlich durch das Regierungsprogramm hervorgerufene Verlust für das Handelsbilanzdefizit auf null gehalten werden. Dabei bleibt allerdings auch die Zielvariable immer auf null und dies sollte für längerfristige Kalkulationen möglichst vermieden werden.

3.5.3 Abweichung Jahr 0

Nach den Zeilen für die Veränderungen der Werte der Zielvariablen für die vier Jahre des Regierungsprogramms folgt, wie in der Abbildung dargestellt, die Zeile „Abweichung Jahr 0“. In dieser Zeile ist die Abweichung der Werte der Zielvariablen nach Ablauf der vier Jahre eingetragen. Berechnet wird diese Abweichung für jede der Zielvariablen über eine Subtraktion der entsprechenden Werte. Dabei werden die Werte aus „Jahr 0“ von den Werten aus „Jahr 4“ abgezogen. Wenn der errechnete Wert positiv ist, bedeutet der eine Verbesserung dieser Zielvariable. Ist der Wert negativ, hat sich die Situation dieser Zielvariable im Vergleich zum Ausgangsjahr verschlechtert.

3.5.4 Verstärkung

Die Zeile der „Verstärkung“ repräsentiert den Schritt des Anreiz-/Verstärkungssystems, in dem die Extrapunkte errechnet werden. Wie in der Beschreibung im entsprechenden Kapitel der Verstärkungen – Anreize erläutert werden zur Berechnung der Extrapunkte die Werte aus dem Ausgangsjahr, die Zeile „Jahr 0“, und die durch das Regierungsprogramm und die Normierung verursachten Abweichungswerte, die Zeile „Abweichung Jahr 0“, herangezogen. Zusätzlich wird noch der Schlüssel für die Bestimmung des entsprechenden Multiplikationsfaktors für die Kalkulation benötigt. Die Tabelle mit diesem Schlüssel ist ebenfalls im Kapitel Verstärkungen – Anreize zu finden. Für die Erklärung der Berechnung werden wieder Beispiele aus der Abbildung für den Teil von Regierungsprogramm drei herangezogen.

Der Wert der Zielvariable Arbeitslosigkeit beträgt in Zeile „Jahr 0“ null Punkte, somit liegt diese Variable im untersten Bereich der Basispunkte. Dieser erstreckt sich von null bis zehn Punkten und bedeutet einen Multiplikationsfaktor von eins. Dementsprechend wird also der Wert der „Abweichung Jahr 0“ mit diesem Faktor multipliziert und ergibt den Wert für die „Verstärkung“. Für die Arbeitslosigkeit bedeutet das, dass der Wert der „Abweichung Jahr 0“, also 13,6, mit eins multipliziert wird und das Ergebnis der Wert der „Verstärkung“ ist, nämlich 13,6.

Als zweite Beispielvariable wird der CPI betrachtet, dessen Wert beträgt in „Jahr 0“ 31, seine „Abweichung Jahr 0“ liegt bei 6,4. Mit 31 Punkten für den Ausgangswert liegt der CPI im dritten

Bereich der Basispunkte für die Schlüsselzuordnung des Multiplikationsfaktors. Dieser Bereich erstreckt sich von 30 bis 50 Punkten und ergibt einen Faktor von 0,5 für die Berechnung der Extrapunkte. Somit wird 6,4 (Abweichung „Jahr 0“) mit 0,5 (Faktor) multipliziert und das Ergebnis von 3,2 sind die Extrapunkte für den CPI, die ebenfalls in der Abbildung in der Zeile „Verstärkung“ nachgelesen werden können.

3.5.5 Summe Abweichung

Die letzte Zeile der Tabellen trägt den Namen „Summe Abweichungen“ und die Werte dieser Zeile sind die finalen Abweichungen der Zielvariablen und des Gesamtnutzens. Die Berechnung dieser Werte erfolgt über eine Addition der Werte der Zeilen „Abweichung Jahr 0“ und „Verstärkung“.

Für das Wachstum Serbiens im Regierungsprogramm drei betragen die Parameter der Addition dabei folgende Werte: „Abweichung Jahr 0“: null und „Verstärkung“: null. Das Ergebnis für die „Summe Abweichungen“ ist demnach für das Wachstum ebenfalls null.

Der Betrag der „Abweichung Jahr 0“ liegt für die Arbeitslosigkeit bei 13,6 und da der Basiswert für diese Zielvariable null beträgt, ergibt sich für die „Verstärkung“ ebenfalls ein Wert von 13,6. Mittels Addition dieser Werte erhält man ein Ergebnis von 27,2 für die letzte Zeile der Tabelle in der Abbildung, die „Summe Abweichungen“.

Für die finale Abweichung des CPI wird die Summe aus 6,4 („Abweichung Jahr 0“) und 3,2 (Verstärkung) gebildet. Das Ergebnis von 9,6 bildet die „Summe Abweichungen“.

Diese Berechnung der finalen Abweichungen wird für alle sechs Länder und dabei für alle drei Regierungsprogramme durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse dabei sind jeweils die letzten Spaltenwerte dieser Zeile „Summe Abweichungen“, das sind die finalen Abweichungswerte des Gesamtnutzens. Diese 18 Werte bilden den Übergang in die nächste Spielstufe.

3.6 Nutzenberechnung und Übergang in Spielstufe 2

Die Abfolge der Berechnungsschritte, die in dieser Spielstufe durchlaufen werden, ist im vorangegangenen Teilkapitel im Detail erläutert und mit verschiedenen Beispielkalkulationen dargestellt. Das Ergebnis, das aus dieser Ebene an die nachfolgende Spielstufe zwei weitergegeben wird, sind 18 finale Abweichungswerte des Gesamtnutzens. Es sind 18 Werte, da es sechs Länder gibt, denen jeweils die drei unterschiedlichen Regierungsprogramme des Modells zur Auswahl stehen. Die Entscheidung der Länder für ein Programm wird auf Grundlage dieser finalen Abweichungswerte des Gesamtnutzens in der nächsten Spielstufe getroffen. Diese finalen Abweichungswerte des Gesamtnutzens sind der Durchschnitt der neun finalen Abweichungswerte der Zielvariablen. In der folgenden Tabelle sind die finalen Abweichungswerte des Gesamtnutzens für alle Länder und alle möglichen Regierungsprogramme mit den Standardeinstellungen des Modells aufgelistet. Dies ist die Wertebasis, auf der Spielstufe zwei mit seinen Berechnungen und Entscheidungen aufbaut.

	finale Abweichung des Gesamtnutzens für Reg. 1	finale Abweichung des Gesamtnutzens für Reg. 2	finale Abweichung des Gesamtnutzens für Reg. 3
Albanien	7,39	7,35	8,28
Bosnien-Herzegowina	6,26	6,81	8,46
Kroatien	6,15	5,89	4,72
Mazedonien	5,80	5,40	4,60
Montenegro	6,12	6,25	8,23
Serbien	6,85	6,35	7,45

Tabelle 100: finale Abweichungen der Gesamtnutzen für Regierungsprogramm1 - 3, gerundete Werte

4 Spielstufe 2

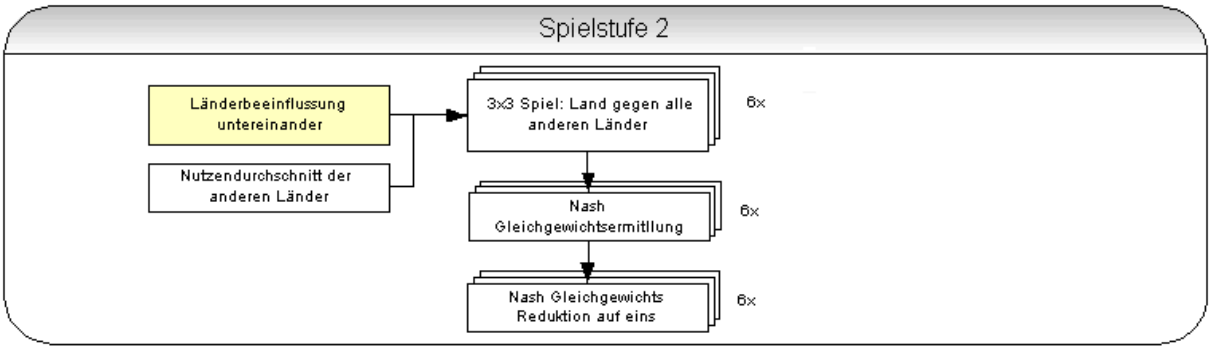


Abbildung 33: Spielstufe 2

In dieser Spielstufe treffen die Länder ihre Entscheidung für eines der drei angebotenen Regierungsprogramme. Diese Wahl ist ausschlaggebend für die Entwicklung der Länder in den nächsten vier Jahren. Die Auswahl wird von keinem der Länder individuell vorgenommen, sondern erfolgt über ein Zwei-Personen-Spiel, das sechs Mal durchgeführt wird, also für jedes Land ein Mal. Bei diesem Spiel spielt das Land als erster Spieler gegen bzw. mit dem Durchschnitt der fünf anderen Balkanländer. Für den Balkanraum sind die Entscheidungen und Entwicklungen aller Staaten wichtig und sie wirken aufeinander ein. Diese Beeinflussung der Länder untereinander wird mit dieser Spielstufe abgebildet.

Aus der vorhergehenden Spielstufe werden für jedes Land die Veränderungswerte für die drei Regierungsprogramme übernommen. Diese Abweichungswerte bilden die Grundlage für den Spielaufbau dieser Ebene. Zunächst müssen aber auch die Werte für den zweiten Spieler für jede Spielanordnung berechnet werden. Dies erfolgt über eine Durchschnittsberechnung der Werte für die anderen fünf Länder, also alle mit Ausnahme des Landes von Spieler eins. Die Berechnung muss für jedes der sechs Spiele und dabei für jedes der drei Regierungsprogramme durchgeführt werden, um für jedes Land als Spieler eins einen Ausgangswert für seinen Gegenspieler zu erhalten. Bevor diese Werte allerdings in die Auszahlungsmatrix des entsprechenden Spieles eingetragen werden, ist noch eine Veränderung dieser Werte durchzuführen.

Da die Entscheidungen der Länder auch von denen der anderen fünf Balkanländer abhängig sind, gibt es eine Matrix mit Werten der Beeinflussung der Länder bzw. der Regierungsprogramme untereinander. In dieser Matrix sind alle möglichen Kombinationen der gewählten Regierungsprogramme für die beiden Spieler in den Zeilen und Spalten aufgelistet und entsprechende Veränderungswerte in den Zellen eingetragen. Beispielsweise kann es für den ersten Spieler vorteilhaft sein, wenn er Regierungsprogramm eins und auch sein Gegenspieler Regierungsprogramm eins wählt. In diesem Fall wäre in der Beeinflussungsmatrix ein positiver Wert eingetragen und dieser würde zum Veränderungswert für Spieler eins hinzu addiert werden. Bei einer anderen Kombination der Regierungsprogramme könnte die Beeinflussung negativ sein und der Wert für einen oder für beide Spieler würde sich um diesen Betrag verringern. Die Matrix mit den Beeinflussungswerten ist für alle sechs Spielanordnungen identisch und die Einberechnung dieser Werte erfolgt für alle Ausgangswerte der jeweiligen Spieler eins und Spieler zwei. Somit sind die Auszahlungswerte für die Matrizen der sechs Spiele berechnet und die Auszahlungsmatrizen können aufgebaut werden. Die Dimension der Auszahlungsmatrizen ist dabei wie für die Matrizen der Beeinflussung drei mal drei, da es für jeden Spieler drei mögliche Strategien gibt. Diese Strategien sind jeweils die drei Regierungsprogramme. In den Matrizen wird nun nach den Nash-Gleichgewichten mittels der Beste-Antwort-Strategie gesucht. Wird über diese Methode eine Gleichgewichtslösung gefunden, ergibt diese Kombination der Strategien die Entscheidung des Landes für ein bestimmtes Regierungsprogramm. Wenn mehrere Nash-Gleichgewichte in der Auszahlungsmatrix existieren, muss einer der Gleichgewichtspunkte als Lösung ausgewählt werden. Dies erfolgt über zwei unterschiedliche Mechanismen, welche von der Ausgangssituation des Landes

abhängig sind. Nach diesem Schritt der Reduktion auf ein Nash-Gleichgewicht ist auch für diesen Fall die Strategie festgelegt. Bei der Suche nach Nash-Gleichgewichten über die Beste-Antwort-Methode kann es in seltenen Fällen auch vorkommen, dass kein Gleichgewicht gefunden wird. Dieser Fall ist im Modell ebenfalls berücksichtigt und die Entscheidung des Landes für eines der Regierungsprogramme erfolgt dann über sein individuelles Nutzenmaximum. Mit der Festlegung der Strategien für alle sechs Länder ist die Entscheidung dieser Stufe getroffen und die dementsprechend veränderten Werte können als letzter Schritt dieser Stufe berechnet werden. Dabei wird auf die in der ersten Spielstufe berechneten Werte für die Zielvariablen des gewählten Regierungsprogramms für jedes Land zurückgegriffen. Die in der ersten Stufe für die Abweichungswerte einberechnete Verstärkung wird dabei nicht berücksichtigt. Zu den Werten addiert oder subtrahiert werden allerdings noch die Beeinflussungswerte der Regierungsprogramme untereinander. Dazu wird der entsprechende Wert aus der Matrix der Beeinflussungen entnommen und zu jedem Wert der neun Zielvariablen hinzugerechnet. Aus dieser zweiten Spielstufe erhält man als Ergebnis die veränderten Werte der neun Zielvariablen und des Gesamtnutzens der sechs Balkanstaaten unter Einsatz des gewählten Regierungsprogramms nach vier Jahren.

4.1 Vorbereitungsschritt für Spiel Land gegen Nachbarstaaten: Beeinflussung der Länder und des Durchschnitts der anderen Länder

Die Beeinflussung der Entscheidungen der Länder untereinander bildet einen wichtigen Punkt und ist das erste eigentliche Spiel innerhalb des Modells. Keines der betrachteten Länder kann seine Entscheidung über die Wahl eines Regierungsprogramms ungeachtet des Entschlusses seiner Nachbarstaaten treffen. Die Staaten der Balkanregion sind sehr stark miteinander verflochten, sowohl in geschichtlicher Hinsicht als auch in wirtschaftlichen und politischen Belangen. Würde sich ein Land völlig aus den Zusammenarbeiten mit den anderen Ländern des Balkanraumes zurückziehen, hätte das gravierende negative Folgen für dieses Land. Kein Land würde sich für eine reine Fokussierung beispielsweise auf die EU unter Vernachlässigung der Interessen der Nachbarstaaten einlassen, dabei wären die negativen Auswirkungen eines solchen Verhaltens zu groß. Jedes Land, also auch die in diesem Modell betrachteten Balkanstaaten, trifft seine Entscheidungen - beispielsweise für oder gegen ein Regierungsprogramm - unter Einbeziehung der am wahrscheinlichsten getroffenen Maßnahmen der Nachbarstaaten.

Damit sind die beiden Spieler in diesem Schritt definiert: der erste Spieler ist das betrachtete Land und der zweite Spieler sind die Nachbarstaaten. In diesem Modell variiert der erste Spieler also zwischen Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Das Spiel wird in dieser Ebene für jeden dieser Spieler einzeln durchgeführt, also in der ersten Variante ist Albanien Spieler eins, in der darauf folgenden Variante ist Bosnien-Herzegowina Spieler eins usw. In allen weiteren allgemeinen Beschreibungen wird dieser Spieler als Spieler eins oder Spieler Land bezeichnet, der je nach Variante von einem der sechs Länder besetzt ist. Der zweite Spieler sind die Nachbarstaaten bzw. die anderen Staaten des Balkanraumes und auch dabei variiert die Zusammensetzung dieses Spielers je nach dem welches Land Spieler eins bekleidet.

In den anfänglichen Überlegungen wäre dieses Spiel nicht als Zwei-Personen-, sondern als Sechs-Personen-Spiel angedacht gewesen. Die Komplexität bzw. der konkrete Ablauf der Entscheidungsfindung für ein solches Sechs-Personen-Spiel ist enorm hoch und kann gleichzeitig nicht die gewünschten Ergebnisse liefern. Nach den Modellüberlegungen sollen die Entscheidungen der anderen Staaten berücksichtigt werden. Bei einem Spiel mit sechs Spielern können aber nicht mehr alle Entscheidungen gleichzeitig mit den gleichen Voraussetzungen getroffen werden, daher wurde die Reduktion auf ein Zwei-Personen-Spiel vorgenommen. Der zweite Spieler deckt alle anderen fünf Staaten ab. Dies ist mit einer Durchschnittsberechnung über die Werte der anderen fünf Staaten gelöst. Demnach werden für jedes der drei Regierungsprogramme die Durchschnitte der Ergebnisse der anderen fünf Staaten berechnet. Für jeden Wert von Spieler eins muss ein entsprechender Wert für Spieler zwei berechnet werden. Die Berechnung erfolgt also 18 Mal, die ersten drei Berechnungen für Albanien als Spieler eins, die zweiten drei Berechnungen für Bosnien-

Herzegowina als Spieler eins usw. Für den ersten Fall, dass Albanien Spieler eins bzw. Spieler Land ist, wird der Durchschnitt aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien gebildet. In Fall zwei, also wenn Bosnien-Herzegowina Spieler eins bzw. Spieler Land ist, besteht der Durchschnitt aus Albanien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Der zweite Spieler wird im Folgenden als Spieler Durchschnitt bezeichnet. Pro Konstellation werden für den Spieler Durchschnitt drei Ausgangswerte für dieses Spiel berechnet, ein Wert also für jedes Regierungsprogramm. Der Spieler Durchschnitt hat auch drei fiktive Strategien, die ebenfalls den Regierungsprogrammen aus der vorangehenden Spielstufe entsprechen. Im Prinzip sind das hier aber nur Bezeichnungen für die Strategien des Spielers Durchschnitt, seine Auswahlmöglichkeiten beeinflussen im Endeffekt nur die Entscheidung des Gegenspielers. Die Entscheidungen des Spielers Durchschnitt werden in den weiteren Ebenen des Modells nicht weiter berücksichtigt.

Die folgenden beiden Tabellen bilden die Basiswerte für beide Spieler im weiteren Verlauf dieser Spielstufe, wenn keine Veränderungen an den Basiseinstellungen in Spielstufe eins (Instrumente, Regierungsprogramme) vorgenommen wurden. In der ersten Tabelle sind nochmals die übernommenen Werte aus der vorangegangenen Spielstufe abgebildet. Die Werte für den Spieler Land sind dabei die finalen Abweichungswerte für jedes der drei Regierungsprogramme. Die zweite Tabelle zeigt die errechneten Werte für den Spieler Durchschnitt für alle drei Regierungsprogramme. Die Durchschnittsberechnung wird anhand eines Beispiels dargestellt, der Kalkulation für den Ausgangswert für den Spieler Durchschnitt für Albanien für das Regierungsprogramm eins. Dabei wird der Durchschnitt der Ausgangswerte für das Regierungsprogramm eins über die Länder Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien berechnet. Die Summe dieser fünf Werte (6,26 + 6,15 + 5,80 + 6,12 + 6,85) aus der ersten Tabelle ergibt 31,18. Dividiert man diesen Betrag durch die Anzahl an Ländern, über die der Durchschnitt gebildet werden soll, erhält man einen Wert von 6,24. Dies ist der Ausgangswert für den Spieler Durchschnitt für Albanien für das erste Regierungsprogramm und in der zweiten Tabelle zu finden.

Spieler Land	Ausgangswert Reg. 1	Ausgangswert Reg. 2	Ausgangswert Reg. 3
Albanien	7,39	7,35	8,28
Bosnien-Herzegowina	6,26	6,81	8,46
Kroatien	6,15	5,89	4,72
Mazedonien	5,80	5,40	4,60
Montenegro	6,12	6,25	8,23
Serbien	6,85	6,35	7,45

Tabelle 101: Ausgangswerte der Regierungsprogramme 1 - 3 für den Spieler Land

Spieler Durchschnitt	Ausgangswert Reg. 1	Ausgangswert Reg. 2	Ausgangswert Reg. 3
Durchschnitt für Albanien	6,24	6,14	6,69
Durchschnitt für Bosnien-Herzegowina	6,46	6,25	6,66
Durchschnitt für Kroatien	6,48	6,43	7,40
Durchschnitt für Mazedonien	6,55	6,53	7,43
Durchschnitt für Montenegro	6,49	6,36	6,70
Durchschnitt für Serbien	6,34	6,34	6,86

Tabelle 102: Ausgangswerte der Regierungsprogramme 1 - 3 für den Spieler Durschnitt

Der Aufbau der Auszahlungsmatrizen ist also jeweils eine drei mal drei Matrix. Es gibt sechs Auszahlungsmatrizen, jedes der sechs Länder ist ein Mal als Spieler Land vertreten. Die Dimension

der drei mal drei Matrix ergibt sich aus den drei möglichen Strategien für beide Spieler. Bei dieser Spielanordnung sind die Strategien der Spieler identisch, es sind die drei unterschiedlichen Regierungsprogramme. Die Auszahlungswerte, die in die jeweilige Auszahlungsmatrix eingetragen werden, sind nicht die Ausgangswerte, die in den beiden vorangegangenen Tabellen dargestellt sind. Wie ihr Name aussagt, sind dies eben Ausgangswerte, die noch verändert werden, bevor sie als Auszahlungen in die Matrizen eingetragen werden.

Diese Veränderung der Ausgangswerte ist die Beeinflussung der Länder untereinander, je nach dem welches Regierungsprogramm das Land und welches Regierungsprogramm der Durchschnitt auswählt. Diese Beeinflussungswerte sind definiert für die Kombination von allen drei Regierungsprogrammen untereinander. Für zwei Spieler ergeben sich also neun denkbare Kombinationen von den drei möglichen Regierungsprogrammen. Die Werte der Beeinflussung sind für alle Länder und ihren entsprechenden Durchschnitt gleich, dabei gibt es keine Unterschiede. Die Wahl des Regierungsprogramms ist hier der ausschlaggebende Faktor. Die Beeinflussungswerte können dabei positiv, negativ oder neutral sein. Das heißt der Einfluss, je nachdem wie sich ein Land entscheidet unter Berücksichtigung der Auswahl des Durchschnitts, kann den Auszahlungswert für das Land erhöhen, verringern oder unverändert lassen. Gleichzeitig wird auch der Auszahlungswert für den Durchschnitt durch diese Beeinflussung modifiziert. Im Modell sind die Beeinflussungswerte wieder voreingestellt. Die vordefinierten Werte sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Diese Standardinitialisierung ist auf die Standardeinstellung der Instrumente und der Regierungsprogramme abgestimmt, können aber wie auch die anderen Werte verändert werden. Wenn Änderungen an den Instrumenten und oder den Regierungsprogrammen durchgeführt werden, ist es auch notwendig, die Werte für die Beeinflussung der Staaten untereinander auf die veränderte Situation anzupassen.

	Durchschnitt spielt R1		**Durchschnitt spielt R2**		**Durchschnitt spielt R3**	
	Land	**Durchschnitt**	**Land**	**Durchschnitt**	**Land**	**Durchschnitt**
Land spielt R1	0	0	0	1	1	1
Land spielt R2	2	0	-1	-1	1	0
Land spielt R3	1	1	0	1	-1	-1

Tabelle 103: Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander

Die Tabelle ist so zu interpretieren, dass die Zeilen die Möglichkeiten des Spielers Land darstellen und die Spalten die Möglichkeiten des Spielers Durchschnitt. Die Möglichkeiten sind dabei jeweils die Regierungsprogramme eins bis drei. Diese sind in der Tabelle mit R1, R2 und R3 abgekürzt. Durch die drei Möglichkeiten für beide Spieler ergeben sich neun Wertepaare für die Beeinflussung, der erste Wert ist dabei für den Spieler Land und der zweite Wert für den Spieler Durchschnitt.

Unter der Annahme, dass beide Spieler das Regierungsprogramm eins wählen, bedeutet das für die Auszahlungswerte keine Veränderung, da in der entsprechenden Zelle der Tabelle zweimal null für den Beeinflussungswert eingetragen ist. Somit werden bei dieser Kombination der Regierungsprogramme die Ausgangswerte für die beiden Spieler in die Auszahlungsmatrix ohne Veränderung übertragen.

Die zweite Kombinationsmöglichkeit der Regierungsprogramme bedeutet aber deutliche Veränderungen der Ausgangswerte. Wenn Spieler Land Regierungsprogramm zwei und Spieler Durchschnitt Regierungsprogramm eins wählt, wird die Zelle in der zweiten Zeile und ersten Spalte mit den Werten zwei und null ausgewählt. Für den Spieler Land bedeutet das eine Verbesserung seines Ausgangswertes um zwei Zähler, der Summenwert wird in die Auszahlungsmatrix übernommen. Für den Spieler Land bedeutet diese Kombination der Regierungsprogramme keine Erhöhung seiner Werte, aber auch keine Verschlechterung. Der Auszahlungswert wird direkt vom Ausgangswert übernommen.

Wie für diese beiden Beispiele werden alle Werte für die sechs Auszahlungsmatrizen berechnet. Die Initialisierungswerte der Beeinflussung sind in dieser Ebene ein sehr bestimmender Bereich. Die Festlegung der Werte in der Tabelle muss gezielt getroffen werden. Bei zu unterschiedlichen Werten bzw. zu hohen Werten beeinflusst man die Entscheidung im Spiel zu stark. In der Simulation des Modells sind diese Werte wieder parametrisierbar, dabei soll aber mit besonderer Vorsicht gearbeitet werden. In den Standarddaten des Modells liegen die Abweichungswerte für beide Spieler zwischen 4,60 und 8,46. Diese Werte werden durch die Daten der Beeinflussung untereinander verändert. Die voreingestellten Werte für die Beeinflussung liegen zwischen -1 und zwei Zählern. Dies repräsentiert ein relativ gutes Verhältnis zwischen den Ausgangswerten der Abweichungswerte und den Beeinflussungswerten. Wären die Beeinflussungswerte zu hoch, würde das die Ausgangswerte zu stark verändern und das Ergebnis verfälschen. Die Anpassung der Beeinflussungswerte der Regierungsprogramme in der Simulation muss gut überlegt sein. Im Simulationskapitel sind zu dieser Parametrisierung noch nähere Details zu finden. Die folgende Abbildung zeigt den Teil des Startframes der Simulation, in dem die Werte für die Beeinflussung der drei Regierungsprogramme untereinander eingestellt werden können.

Beeinflussung der Regierungsprogramme

	R1	R1	R2	R2	R3	R3
R1	0	0	0	1	1	1
R2	2	0	-1	-1	1	0
R3	1	1	0	1	-1	-1

Abbildung 34: Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander, Simulation

Nach der Berechnung der Beeinflussungen können die Auszahlungsmatrizen für alle sechs Spiele aufgebaut werden. Die von den Beeinflussungswerten veränderten Ausgangswerte werden in die entsprechenden Zellen der Auszahlungsmatrizen eingetragen und das eigentliche Spiel kann beginnen. Die sechs Auszahlungsmatrizen mit den Dimensionen drei mal drei sind mit den Auszahlungswerten für die jeweiligen beiden Spieler gefüllt und die Auswahl der Strategien kann gestartet werden. Die Spieler suchen in dieser Spielanordnung nach Nash-Gleichgewichten. Auf den Mechanismus der Auswahl der Strategien wird im folgenden Kapitel eingegangen.

Die folgende Abbildung zeigt die sechs Auszahlungsmatrizen bei Verwendung der Standardeinstellungen. Die sechs Tabellen repräsentieren jeweils ein Land, also wie in der Abbildung untereinander dargestellt Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Der Spieler Land ist in dieser Anordnung der Zeilenspieler. Der zweite Spieler ist der Durchschnitt und der Spaltenspieler. Zwei Wertepaare der Zeilen bilden gemeinsam die Auszahlungswerte für eine Strategiekombination. Dabei steht der erste Wert für den Spieler Land und der zweite Wert für den Spieler Durchschnitt.

Matrizen zur Gleichgewichtsberechnung

Albanien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	7.4	6.2	7.4	7.1	8.4	7.7
R2	9.3	6.2	6.3	5.1	8.3	6.7
R3	9.3	7.2	8.3	7.1	7.3	5.7

Bosnien-Herzegowina

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.3	6.5	6.3	7.2	7.3	7.7
R2	8.8	6.5	5.8	5.2	7.8	6.7
R3	9.5	7.5	8.5	7.2	7.5	5.7

Kroatien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	8.4
R2	7.9	6.5	4.9	5.4	6.9	7.4
R3	5.7	7.5	4.7	7.4	3.7	6.4

Mazedonien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	5.8	6.6	5.8	7.5	6.8	8.4
R2	7.4	6.6	4.4	5.5	6.4	7.4
R3	5.6	7.6	4.6	7.5	3.6	6.4

Montenegro

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	7.7
R2	8.2	6.5	5.2	5.4	7.2	6.7
R3	9.2	7.5	8.2	7.4	7.2	5.7

Serbien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.9	6.3	6.9	7.3	7.9	7.9
R2	8.4	6.3	5.4	5.3	7.4	6.9
R3	8.5	7.3	7.5	7.3	6.5	5.9

Abbildung 35: Auszahlungsmatrix Spielstufe 2

4.2 Nash-Gleichgewichte

Das Spiel in dieser Stufe ist ein Zwei-Personen-Spiel mit einer drei mal drei Auszahlungsmatrix. Jedes der Länder ist ein Mal Hauptakteur in einem Spiel. Das Spiel wird sechs Mal mit jeweils unterschiedlichen Auszahlungsmatrizen und unterschiedlicher Besetzung der Spieler durchgeführt. Der Ablauf des Spiels bzw. die Spieldurchführung ist dabei für alle sechs Varianten identisch.

Um ein nicht-kooperatives Zwei-Personen-Spiel zu lösen, gibt es verschiedene Ansätze. Eine Möglichkeit ist es, die strategischen Gleichgewichte in der Auszahlungsmatrix zu suchen. Diese Methode wurde vom Mathematiker John Nash 1950 entwickelt und ist nach wie vor eines der bedeutendsten Lösungskonzepte in der Spieltheorie. Diese strategischen Gleichgewichte werden daher auch als Nash-Gleichgewichte bezeichnet.

Der Grundgedanke der Nash-Gleichgewichte liegt darin, ein Resultat bzw. einen Spielausgang zu suchen, von dem jeder Spieler glaubt, dass es wahrscheinlicher realisiert wird, als jede andere Möglichkeit. Eine solche Strategiekombination bedeutet, dass an diesem Punkt jeder Spieler die beste Antwort auf die Strategie des Gegenspielers wählt. Damit ist auch gleichzeitig gesichert, dass jeder Spieler dieses Resultat erreichen will. [367]

[367] (Montet & Serra, 2003), Seite 62 - 64

In der Spieltheorie gibt es die sog. dominante Strategie, die dem Spieler immer den höchsten Nutzen bringt, unabhängig von den Entscheidungen der anderen Spieler. Verfügt ein Spieler über eine solche dominante Strategie, wird der Spieler diese wählen, er muss nicht berücksichtigen, für welche Strategien sich die anderen Spieler entscheiden werden. Wenn eine dominante Strategie existiert, ist diese immer die optimale Strategie für den Spieler.“ [368]

„Ein Lösungsvorschlag, der mit den Erwartungen aller Spieler in dem Sinne konsistent ist, daß er wechselseitig beste Antworten erhält, muß immer ein Nash-Gleichgewicht sein. Das liegt daran, daß bei jedem anderen Lösungsvorschlag mindestens ein Spieler einen Anreiz hätte, eine andere Strategie als vorgeschlagen zu wählen, wenn er glaubt, daß sich alle anderen an den Vorschlag halten. Folglich würden sich die Erwartungen, die vorgeschlagene Kombination sei Lösung des Spiels, nicht selbst bestätigen“ [369]

Ein Zwei-Personen-Spiel, mit dem Ausgang (x_1^*, x_2^*) ist ein Nash-Gleichgewicht, wenn - und nur wenn - x_1^* die beste Antwort ist auf x_2^* und gleichzeitig x_2^* die beste Antwort auf x_1^* ist. Wenn Spieler 1 annimmt, dass 2 seine Strategie x_2^* wählen wird und wenn Spieler 2 erwartet dass 1 x_1^* spielen wird, dann hat keiner der beiden einen Anreiz, von der Lösung abzuweichen. Somit sagen diese Annahmen ein Gleichgewicht voraus. [370]

„Ein Nash-Gleichgewicht ist eine Strategiekombination s^*, bei der jeder Spieler eine optimale Strategie s_i^* wählt, gegeben die optimalen Strategien aller anderen Spieler. Es gilt also:“

$$u_i(s_i^*,\ s_{-i}^*) \geq u_i(s_i,\ s_{-i}^*)\ , \text{für alle } i, \text{für alle } s_i \in S_i$$ [371]

Formel 1: Definition Nash-Gleichgewicht

Wenn man über die Beste-Antwort-Strategie ein gemeinsames Resultat für den Spielausgang gefunden hat, existiert für die Spielanordnung ein Nash-Gleichgewicht, welches von allen Spielern gewählt wird, da es für keinen einen Vorteil bringen würde, wenn er von dem Gleichgewicht abweicht. Jeder Mitspieler erhält die höchste Auszahlung, wenn jeder die Strategie wählt, die zur Erreichung des Gleichgewichtspunkts führt.

Um den Gleichgewichtspunkt herauszufinden, verfolgen alle Spieler die gleiche Strategie. In einem Zwei-Personen-Spiel markiert jeder Spieler seine beste Antwort auf jede der möglichen Strategien des Gegenspielers. Beide Spieler markieren so ihre besten Antworten und wenn dabei auf eine Zelle der Auszahlungsmatrix beide Spieler ihre Markierung gesetzt haben, ist ein Nash-Gleichgewicht gefunden. Das Finden einer Lösung über Nash-Gleichgewichte ist unter relativ einfachen Bedingungen gegeben. Zwar gibt es Konstellationen, in denen kein Nash-Gleichgewicht gefunden wird, welche aber nur selten auftreten. In der Spielanordnung in dieser Ebene erhält man immer mindestens ein Nash-Gleichgewicht. Es ist aber auch der Fall abgedeckt, dass keines gefunden wird. Auf diese Eventualität wird noch genauer eingegangen, ebenso wie auf den Fall, wenn nicht nur ein Nash-Gleichgewicht existiert, sondern es mehrere Gleichgewichte gibt. Dies tritt bei dieser Spielanordnung häufig auf und es wird im nachfolgenden Kapitel näher erläutert, wie dann eines der gefundenen Nash-Gleichgewichte ausgewählt wird. [372]

Die Matrizen für die Auszahlungen für die sechs Spiele sind in der vorhergehenden Abbildung dargestellt. Aus diesen Auszahlungswerten sollen nun die Beste-Antwort-Strategien der Spieler gefunden werden und damit auch die Nash-Gleichgewichte der Spiele. Um die Auswahl der Strategie genauer zu erläutern, wird diese für zwei Beispielländer detailliert erklärt. In der folgenden Abbildung sind die Auszahlungsmatrizen für das Spiel von Mazedonien und Montenegro zu sehen. Im oberen Teil ist demnach Mazedonien der Spieler Land und im unteren Teil bekleidet Montenegro den Spieler

[368] (Holler & Illing, 2006), Seite 54
[369] (Holler & Illing, 2006), Seite 10
[370] (Montet & Serra, 2003), Seite 62 - 64
[371] (Holler & Illing, 2006), Seite 57
[372] (Holler & Illing, 2006), Seite 57 - 58, 73 - 74

Land. Die Zeilen der Matrizen sind jeweils die Strategien des Spielers Land und die Spalten entsprechen den Strategien des Spielers Durchschnitt.

Mazedonien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	5.8	6.6	5.8	7.5	6.8	8.4
R2	7.4	6.6	4.4	5.5	6.4	7.4
R3	5.6	7.6	4.6	7.5	3.6	6.4

Montenegro

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	7.7
R2	8.2	6.5	5.2	5.4	7.2	6.7
R3	9.2	7.5	8.2	7.4	7.2	5.7

Abbildung 36: Nash-Gleichgewichte, Spielstufe 2

Für den oberen Teil der Abbildung beginnt Mazedonien als Spieler Land seine besten Antworten auf die möglichen Strategien des Spielers Durchschnitt zu eruieren. Dabei vergleicht Mazedonien jeweils seine drei Auszahlungen mit den unterschiedlichen Strategien des Gegenspielers. Die erste Strategie des Gegenspielers ist in diesem Fall R1, was für Mazedonien folgende Auszahlungen bedeutet: 5,8; 7,4; oder 5,6; also die erste Spalte der Auszahlungsmatrix. Aus diesen drei Werten wählt Mazedonien nun den höchsten Wert aus, also 7,4 und markiert diesen wie in der Abbildung dargestellt farblich. Auf die gleiche Weise markiert Mazedonien auch noch den Wert 5,8 für die Strategie R2 und 6,8 für die Strategie R3 des Gegenspielers.

Nun sucht der Spieler Durchschnitt seine besten Auszahlungen als Antwort auf die drei möglichen Strategien des Spielers Land. Dabei vergleicht der Spieler Durchschnitt zeilenweise die Matrix. Für die erste Strategie des Spielers Land kommen folgende drei Auszahlungen für den Spieler Durchschnitt in Frage: 6,6; 7,5; und 8,4; Dies sind der zweite, vierte und sechste Wert der ersten Zeile, da die anderen drei Werte die Auszahlungen für den ersten Spieler repräsentieren. Von diesen drei Werten bildet wieder der höchste Wert die beste Antwort, also wird in der ersten Zeile 8,4 farblich markiert. Mit demselben Verfahren wird in Zeile zwei und drei nach den höchsten Auszahlungen für den Spieler Durchschnitt gesucht und es werden die Werte 7,4 und 7,6 markiert.

Damit ist der erste Teil der Ermittlung eines Nash-Gleichgewichtes abgeschlossen, die besten Antworten sind markiert. Insgesamt sind in der Matrix nun sechs Werte hervorgehoben. Nun werden die zusammengehörigen Zellen überprüft, ob in einem Feld beide Werte markiert sind. Trifft dies zu, ist ein Nash-Gleichgewicht gefunden. Die beiden zusammengehörigen Zellen sind immer die ersten beiden Werte der Zeile. Sie gemeinsam bilden die Auszahlungen für beide Spieler bei Wahl dieser Strategienkombination. In der ersten Zeile, wenn Spieler Land R1 wählt, finden wir bei der Strategie R3 für den Spieler Durchschnitt ein Nash-Gleichgewicht, da beide zugehörigen Werte zu dieser Kombination markiert sind. Bei dieser Strategienwahl will weder Spieler Land noch Spieler Durchschnitt von diesem Gleichgewicht abweichen, da es für keinen der beiden Spieler Vorteile bringen würde. Da es in dieser Matrix nur dieses eine Nash-Gleichgewicht gibt, entscheiden sich die Spieler für die Strategien, die zu diesem Gleichgewicht führen: Mazedonien wählt also R1 und der Durchschnitt entscheidet sich für R3.

Der untere Teil der Abbildung zeigt ebenfalls eine Auszahlungsmatrix. Diese ist die Matrix für Montenegro als Spieler Land. Die Suche nach den besten Antworten wird wie im Beispiel für Mazedonien durchlaufen. Zuerst markiert der Spieler Montenegro seine besten Antworten auf die Strategien des Spielers Durchschnitt und danach im umgekehrten Fall. Die Markierungen sind in der Abbildung dargestellt und es kann auch in dieser Matrix wieder ein Nash-Gleichgewicht gefunden werden. Allerdings existiert hier nicht nur ein Gleichgewichtspunkt. Es gibt zwei Strategienkombinationen, die jeweils zu einem Nash-Gleichgewicht führen. Das erste Nash-Gleichgewicht erhält man bei der Kombination der Strategie R2 für den Spieler Land und der

Strategie R3 für den Spieler Durchschnitt. Die Auszahlungswerte betragen dabei 7,2 für den Spieler Land und 6,7 für den Spieler Durchschnitt. Für das zweite Gleichgewicht wählt Spieler Land R3 mit einer Auszahlung von 9,2 und Spieler Durchschnitt R1 mit einer Auszahlung von 7,5. Dieses Spiel ergibt nun kein eindeutiges Ergebnis im Gegensatz zum vorigen Beispiel von Mazedonien. Es existieren zwei Nash-Gleichgewichte, keines davon kann grundsätzlich ausgeschlossen werden. Um von den zwei (oder möglicherweise auch drei) existierenden Nash-Gleichgewichten in einer Spielanordnung einen der Gleichgewichtspunkte auszuwählen, ist der nachfolgende Teil des Modells konzipiert. In diesem wird das Beste der Nash-Gleichgewichte ermittelt und diese Kombination als Strategienwahl für die Spieler festgelegt. Die Auswahl, welches der Gleichgewichte am besten ist, erfolgt auf unterschiedliche Art und Weise, je nach Ausgangssituation des Spielers Land.

4.3 Reduktion auf ein Nash Gleichgewicht

„Wenn ein Spiel mehrere Nash-Gleichgewichte besitzt, stellt sich das Problem, welches von diesen als Spielergebnis in Frage kommt. Häufig sind mehrere Gleichgewichte gleichermaßen plausibel. Dann muß der Spieltheoretiker sich damit zufrieden geben, daß keine definitive Aussage über das Verhalten der Spieler möglich ist. Oft aber erscheinen manche Nash-Gleichgewichte bei näherer Betrachtung weniger plausibel als andere.“ [373]

In diesem Teil des Modells wird aus mehreren Nash-Gleichgewichten das Beste herausgefunden um die Strategien für die Spieler festlegen zu können. Dieser Schritt ist nur für jene Spielergebnisse notwendig, wenn mehrere Nash-Gleichgewichte in der Auszahlungsmatrix gefunden wurden. Wenn nur ein Nash-Gleichgewicht existiert, ist keine Reduktion auf ein Gleichgewicht durchzuführen. In den vorigen Beispielen wurde für das Spiel für Mazedonien ein Nash-Gleichgewicht gefunden, für das Spiel für Montenegro wurden zwei Gleichgewichte gefunden. Für Montenegro ist es nun notwendig, die Entscheidung auf eines der beiden Gleichgewichte festzulegen. Mazedonien kann diesen Schritt überspringen.

Die Entscheidung, welches der drei möglichen Nash-Gleichgewichte ausgewählt wird, ist für die Länder bzw. für Ländergruppen unterschiedlich. Die sechs betrachteten Länder werden dazu in zwei Gruppen eingeteilt, die ihre Entscheidungen dann auf unterschiedliche Art treffen. Die Aufteilung der Länder in zwei Gruppen erfolgt über eine Reihung. Die erste Gruppe beinhaltet die Länder, welche besser sind als der Durchschnitt aller Länder und die zweite Gruppe enthält die restlichen Länder, also jene, die schlechter sind als der Durchschnitt. Die Werte, nach denen die Entscheidungen zur Gruppenzuordnung getroffen werden, sind die Gesamtnutzenwerte der Länder, die in der Vorstufe des Modells berechnet werden. Aus den sechs Gesamtnutzenwerten wird der Durchschnitt berechnet. Die Länder, deren Nutzen über diesem Wert liegen, sind Teil der ersten Gruppe; die Länder, deren Werte unter dem Durchschnittsnutzen liegen, gehören zu Gruppe zwei.

Mit den Ausgangswerten aus der Vorstufe des Modells ergibt sich ein Wert von 38,67 für den Durchschnittsnutzen. Damit besteht die erste Gruppe aus den Ländern Kroatien mit einem Gesamtnutzen von 50 und Mazedonien mit einem Gesamtnutzen von 45. Die zweite Gruppe setzt sich aus den restlichen vier Staaten zusammen: Albanien mit 36, Bosnien-Herzegowina mit 34, Montenegro mit 36 und Serbien mit 31 Punkten für ihren Gesamtnutzen.

Die bessere Gruppe wählt das Nash-Gleichgewicht, das dem Spieler Land die größere Auszahlung bietet. Da die Länder dieser Gruppe in ihrer Entwicklung schon weiter fortgeschritten sind, achten sie nur auf ihren eigenen größten Vorteil und den können die Länder lukrieren, indem sie sich für ihre persönliche höhere Auszahlung entscheiden. Die schlechtere Gruppe wählt nicht auf so egoistische Art wie die bessere Gruppe. Für die Länder der schlechteren Gruppe ist die Ausgangssituation eine andere. Für sie ist es gegebenenfalls besser, wenn sich die gesamte Region am bestmöglichsten weiterentwickelt und sie nicht nur auf ihren eigenen Vorteil achten. Die Entscheidung für ein Nash-Gleichgewicht, wird nach der größten Gesamtsumme der Auszahlungswerte der Gleichgewichte getroffen. Die Auszahlungen des Spielers Land und des Spielers Durchschnitt werden für jeden der

[373] (Holler & Illing, 2006), Seite 100

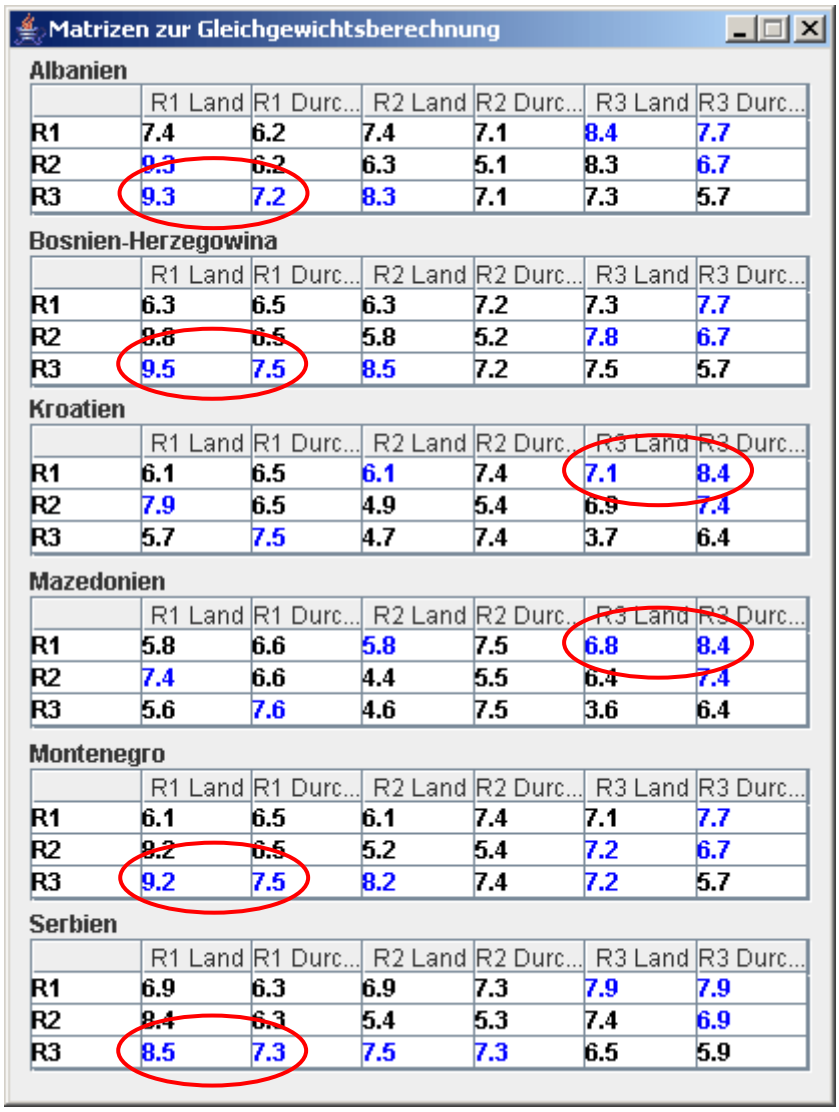
Gleichgewichtspunkte berechnet und die Wahl fällt dann auf das Gleichgewicht, das die höchste Gesamtsumme erzielt.

Im Beispiel von Montenegro wissen wir, dass dieses Land zur zweiten Gruppe gehört, da der Gesamtnutzen unter dem Durchschnittsnutzen aus der Vorstufe des Modells liegt. Somit trifft Montenegro die Entscheidung für ein Nash-Gleichgewicht über die zweite Variante, der Methode mit der Summenbildung über die Auszahlungswerte. Diese Summenwerte der beiden Nash-Gleichgewichte betragen für Montenegro 13,9 (7,2 + 6,7) und 16,7 (9,2 + 7,5). Somit fällt die Entscheidung auf den zweiten der Werte, da dieser höher ist. Das Nash-Gleichgewicht, das diese Summe der Auszahlungen ergibt, ist die Strategiekombination von R3 für den Spieler Land und R1 für den Spieler Durchschnitt. Damit hat Montenegro seine Strategie festgelegt und es entscheidet sich für das dritte Regierungsprogramm.

Die Vorgehensweise bei der Reduktion von drei Nash-Gleichgewichten auf eines der Gleichgewichte erfolgt auf die gleiche Weise wie für zwei Nash-Gleichgewichte. Die Länder werden ebenfalls in die zwei Gruppen eingeteilt. Die erste der Gruppen wählt auch hier die größte eigene Auszahlung und die zweite Gruppe bildet in diesem Fall drei Summenwerte und sucht aus diesen den größten Wert für die Entscheidung aus.

Im Modell bzw. in der Implementierung der Simulation ist auch der Fall abgedeckt, dass kein Nash-Gleichgewicht für das Spiel existiert. In diesem Fall durchsucht der Spieler Land seine drei markierten besten Antworten und wählt daraus seine höchste Auszahlung aus. In der Spielanordnung ist es allerdings sehr unwahrscheinlich, dass kein Nash-Gleichgewicht gefunden wird. Mit den Standardeinstellungen ist diese Konstellation nie eingetreten. Es gibt aber natürlich Kombinationen der Einstellungen, die durchaus auch zu diesem Fall führen können, weshalb dieser auch in das Modell und die Simulation Eingang gefunden hat.

In der folgenden Abbildung sind nochmals alle Auszahlungsmatrizen für die sechs Spiele dargestellt. In den Matrizen sind jeweils die besten Antworten farblich markiert. Diese ergeben für die sechs Spiele unterschiedlich viele Nash-Gleichgewichte. Die Nash-Gleichgewichte, die von den Ländern gewählt werden, sind mit der roten Kreismarkierung herausgestrichen. Diese Hervorhebungen stellen die Entscheidungen der Länder in dieser Stufe dar.



Matrizen zur Gleichgewichtsberechnung

Albanien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	7.4	6.2	7.4	7.1	8.4	7.7
R2	9.3	6.2	6.3	5.1	8.3	6.7
R3	9.3	7.2	8.3	7.1	7.3	5.7

Bosnien-Herzegowina

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.3	6.5	6.3	7.2	7.3	7.7
R2	9.5	6.5	5.8	5.2	7.8	6.7
R3	9.5	7.5	8.5	7.2	7.5	5.7

Kroatien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	8.4
R2	7.9	6.5	4.9	5.4	6.9	7.4
R3	5.7	7.5	4.7	7.4	3.7	6.4

Mazedonien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	5.8	6.6	5.8	7.5	6.8	8.4
R2	7.4	6.6	4.4	5.5	6.4	7.4
R3	5.6	7.6	4.6	7.5	3.6	6.4

Montenegro

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	7.7
R2	9.2	6.5	5.2	5.4	7.2	6.7
R3	9.2	7.5	8.2	7.4	7.2	5.7

Serbien

	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.9	6.3	6.9	7.3	7.9	7.9
R2	8.4	6.3	5.4	5.3	7.4	6.9
R3	8.5	7.3	7.5	7.3	6.5	5.9

Abbildung 37: Auszahlungsmatrizen mit Markierungen der gewählten Nash-Gleichgewichte

4.4 Ergebnis Spielstufe 2 und Übergang in Spielstufe 3

Nach der zweiten Spielstufe hat jedes der Länder seine Entscheidung für eines der Regierungsprogramme getroffen. Sie haben also die Wahl über die Entwicklung für ihr Land in den nächsten vier Jahren festgelegt. Diese Entscheidung wird über die Nash-Gleichgewichte aus den Spielen abgeleitet.

Wenn es für ein Land genau ein Nash-Gleichgewicht in der Auszahlungsmatrix gibt, dann ist diese Strategiekombination die beste zur Verfügung stehende Möglichkeit und das betreffende Land legt seine Entscheidung auf dieses Regierungsprogramm fest.

Für den Fall, dass zwei oder drei Nash-Gleichgewichte in der Auszahlungsmatrix für ein Land existieren, muss der Schritt der Reduktion auf ein Nash-Gleichgewicht durchgeführt werden. Damit wird die Entscheidung auf eines der möglichen Nash-Gleichgewichte festgelegt und damit das Regierungsprogramm ausgewählt.

Somit ist nach Durchlauf der Schritte dieser Spielstufe jedem Land eines der Regierungsprogramme zugeordnet. Für den Beispielfall mit unveränderten Standardeinstellungen bedeutet dies folgende Auswahl für die Länder: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien wählen Regierungsprogramm drei, Kroatien und Mazedonien Regierungsprogramm eins.

Nachdem sich nun jedes Land auf sein Regierungsprogramm festgelegt hat und dieses die Entwicklung der Zielvariablen für die nächsten vier Jahre definiert, sollen als letzter Schritt in dieser Stufe des Modells die Werte der neun Zielvariablen und auch der Gesamtnutzenwert nach Ablauf der vier Jahre für alle sechs betrachteten Staaten berechnet werden. Bei dieser Kalkulation werden die Veränderungen, die aufgrund des gewählten Regierungsprogramms auf die Zielvariablen wirken, inklusive der Normierung in jedem Jahr und der Beeinflussung der Länder bzw. Regierungsprogramme untereinander berücksichtigt. Die in der vorhergehenden Stufe errechneten Extrapunkte der Verstärkung werden hier nicht in die endgültigen Punkte nach Wahl des Regierungsprogramms miteinbezogen. Diese Extrapunkte stellen nur einen Anreiz dar, dass sich die Länder für das Regierungsprogramm entscheiden, in dem sie das größte Verbesserungspotential besitzen.

Die Berechnung erfolgt nun wie in Stufe eins für vier Jahre für alle sechs Länder. Allerdings wird nun pro Land die Kalkulation nur noch für ein Regierungsprogramm durchgeführt, da die Länder ihren Kurs bereits festgelegt haben. Die Werte für das vierte Jahr können neu berechnet oder aus den Tabellen der Berechnungsschritte für Spielstufe eins abgelesen werden. Zu diesen Änderungen durch das Regierungsprogramm werden noch die Beeinflussungswerte der Länder bzw. Regierungsprogramme untereinander zu den Werten der Zielvariablen in Jahr vier hinzuaddiert. Dazu muss der entsprechende Wert für jedes Land aus der Beeinflussungstabelle abgelesen werden und um diesen Betrag wird jeder Zielvariablenwert erhöht. Mit der Strategiekombination für das gewählte Nash-Gleichgewicht jedes Landes kann mit eben diesen beiden Strategien des Spielers Land und des Spielers Durchschnitt aus der Wertetabelle der Beeinflussungen der entsprechende Wert gefunden werden. Dieser Betrag wird dann zu jeder Zielvariable des zugehörigen Landes addiert bzw. subtrahiert und der Gesamtnutzen mittels Durchschnittsberechnung über die neun Zielvariablen kalkuliert.

Im Beispielfall des Spiels von Mazedonien mit den Standardeinstellungen hat sich der Spieler Land, also Mazedonien selbst, für Regierungsprogramm eins entschieden und der Spieler Durchschnitt Regierungsprogramm drei gewählt, um das Nash-Gleichgewicht zu erreichen. In der Beeinflussungstabelle der Länder bzw. Regierungsprogramme wird daher der fünfte Wert in der ersten Zeile abgelesen. Dieser entspricht der Wahl der Kombination der Strategien der beiden Spieler und ist der Wert für den Spieler Land, Mazedonien. Der Beeinflussungswert ist in diesem Fall eins und erhöht nun alle neun Zielvariablenwerte nach Durchlauf von Regierungsprogramm eins um jeweils einen Zähler. Dabei sind wieder die Punktegrenzen der Zielvariablen zu beachten. Es wird wieder die Normierung durchgeführt, dass der Punktebereich von Null bis 100 Punkten nicht über- oder unterschritten wird.

Die folgende Tabelle stellt diese Erhöhung der Werte der Zielvariablen durch den Beeinflussungsfaktor für Mazedonien kurz dar. Der Gesamtnutzen für Mazedonien beträgt nach Spielstufe zwei gerundet 49 Punkte. Dieser Wert wird über eine Durchschnittsbildung über die Endwerte der neun Zielvariablen am Ende dieser Spielstufe berechnet.

	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Jahr 0	65	0	96	49	9	32	31	54	65
Jahr 4	63,7	7,4	100	60,1	20,1	33,2	28,2	54,9	66,2
Beeinflussung	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Endwerte Spielstufe 2	**64,7**	**8,4**	**100**	**61,1**	**21,1**	**34,2**	**29,2**	**55,9**	**67,2**

Tabelle 104: Werte der Zielvariablen für Mazedonien mit den Standardeinstellungen nach Spielstufe 2

Diese Kalkulation wird für alle sechs Staaten durchgeführt und die daraus gewonnenen Werte der Zielvariablen und des Gesamtnutzens bilden die Daten für den Übergang zu Spielstufe drei. In dieser Stufe agiert die EU als Spieler in der nächsten Spielanordnung und nimmt je nach Spielausgang auf die Werte der Zielvariablen der sechs Länder positiven, negativen oder gar keinen Einfluss.

5 Spielstufe 3

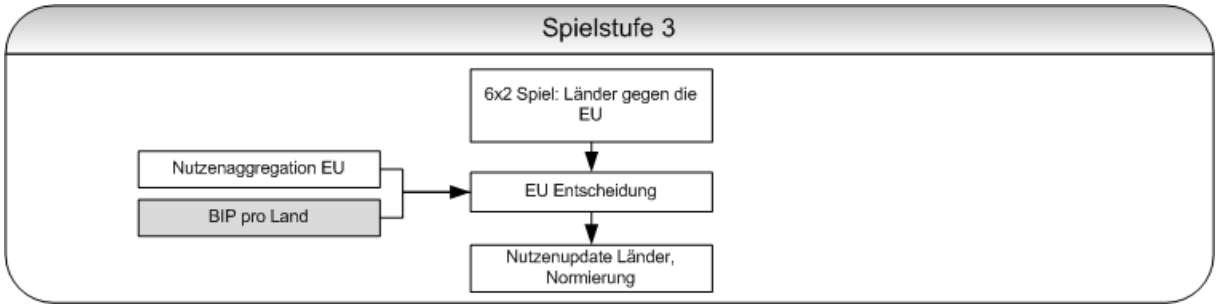


Abbildung 38: Spielstufe 3

Die dritte Spielstufe bildet die letzte Stufe des Modells und verändert nochmals die Werte der Zielvariablen und des Gesamtnutzens der sechs betrachteten Staaten. In diesem Schritt spielt die EU nun den Hauptakteur, die Veränderungen für die Staaten hängen von der Wahl der Strategie der EU ab. Der EU stehen zwei unterschiedliche Strategien zur Verfügung. Die erste Taktik besagt, dass die EU die Staaten des Balkanraumes, welche noch nicht Mitgliedstaaten der EU sind, nacheinander aufnehmen wird. Im Gegensatz dazu steht Strategie zwei mit dem Hintergrund der gleichzeitigen Aufnahme der Balkanstaaten in die europäische Staatengemeinschaft. Für die sechs betrachteten Länder bedeuten diese beiden möglichen Vorgangsweisen unterschiedliche Auswirkungen. Die schon am weitesten in ihrer Entwicklung fortgeschrittenen Staaten profitieren von der ersten Strategie, da dies für diese Staaten eine frühere Aufnahme bedeuten würde. Bei der zweiten Strategie müssten die weiter entwickelten Staaten den Fortschritt der übrigen Staaten abwarten, um alle Staaten gleichzeitig einzugliedern. Für einen weniger weit entwickelten Staat gestaltet sich die zweite Strategie vorteilhafter. In diesem Fall kann der betreffende Staat mit großer Unterstützung von Seiten der EU und auch der anderen Balkanstaaten rechnen. Alle Balkanstaaten arbeiten für eine Aufnahme in die EU und wenn die Vorgaben beinhalten, dass alle Staaten gleichzeitig in den Staatenbund eintreten sollen, werden die weiter entwickelten Staaten die weniger weit entwickelten Staaten bestmöglich fördern, um selbst dem Schritt der Aufnahme in die EU näher zu kommen. Bei diesen Modellüberlegungen wird davon ausgegangen, dass die EU grundsätzlich die Balkanstaaten in die Gemeinschaft aufnehmen will, die Frage stellt sich nur welche Staaten zuerst oder wann alle Staaten gleichzeitig.

Die Entscheidung der EU für eine der beiden möglichen Strategien erfolgt über den höheren erreichbaren Nutzen bei den beiden Möglichkeiten. Es werden also zwei Nutzenwerte für die EU errechnet, je ein Wert pro Strategie, und die EU wählt daraus den größeren Wert aus. Die Nutzenwerte setzen sich aus Teilwerten der Länder zusammen. Dies erfolgt über die Annahme eines Nutzens, den die Länder der EU stiften. Der Nutzen der Länder für die EU ist dabei unterschiedlich hoch, je nach gewählter Strategie und je nach dem, welches Land betrachtet wird. Diese Berechnung des Nutzens wird im entsprechenden Unterkapitel im Detail erläutert.

Nachdem die EU ihre Entscheidung für eine der Strategien getroffen hat, werden die Nutzenwerte der Länder aktualisiert. Für die Länder, für die die gewählte Strategie günstig ist, erhöht sich der Nutzen und für jene Länder, die die andere Strategie bevorzugt hätten, wird der Nutzen verringert. Diese Veränderung wird für jede Zielvariable mit einberechnet und wirkt sich somit auch auf den Gesamtnutzen aus.

Eine weitere Eigenschaft des Verhaltens des Modells bei mehreren Durchläufen ist in dieser Stufe wie folgt berücksichtigt: Es ist eine Grenzmarke eingeführt. Wenn diese von allen Staaten überschritten ist, dann wird das normale Verhalten dieser Stufe außer Kraft gesetzt. Wenn der Nutzenwert für alle Staaten über der Grenze liegt, wird die EU alle Staaten gleichzeitig aufnehmen bzw. sind zu diesem Zeitpunkt in einer realistischen Überlegung, manche der Staaten höchstwahrscheinlich bereits in die EU aufgenommen. Eine detaillierte Erklärung dazu und zu weiteren Überlegungen zu diesem Punkt sind ebenfalls im entsprechenden Unterkapitel (Überschreitung der Grenzwerte) zu finden.

Als Ergebnis nach dieser Stufe werden alle Nutzenwerte der sechs Länder berechnet, jeweils die neun Werte der Zielvariablen und der Wert für den Gesamtnutzen. Diese Werte stellen das Endergebnis des Modells dar und können interpretiert werden. Gleichzeitig sind diese Werte die Basiswerte der Länder, wenn das Modell eine weitere Runde durchlaufen wird. In der Simulation des Modells gibt es unterschiedliche Möglichkeiten der Darstellung des Ergebnisses. Es werden im Ergebnisframe alle Entscheidungen der Länder für die Regierungsprogramme und die Entscheidung der EU dargestellt. Des Weiteren sind die Werte der Länder für die Zielvariablen und den Gesamtnutzen vor Start des Modells und nach Durchlauf der drei Stufen aufgelistet. Mittels verschiedener Diagramme können die Ergebnisse auf unterschiedliche Art dargestellt werden. Diese Diagramme bieten große Unterstützung für etwaige Interpretationen.

5.1 Nutzenberechnung der Länder

Als erster Schritt werden in dieser Stufe die Nutzen für die Länder berechnet, je nach Auswahl der Strategie der EU. Dabei wird mit dem Gesamtnutzenwert der Länder aus Stufe zwei gearbeitet. Dieser Wert wird je nach gewählter Strategie erhöht, verringert oder gar nicht verändert. Die EU hat wie bereits kurz beschrieben zwei unterschiedliche Strategien zur Verfügung. Die erste ist die schnelle Aufnahme von nur zwei Ländern. Die zweite Strategie ist die Aufnahme aller Länder gemeinsam zu dem Zeitpunkt, wenn alle Länder zu einer Aufnahme bereit sind. Diese beiden Strategien verändern den Nutzen der Länder auf unterschiedliche Weise, je nach Ausgangssituation der Länder und Strategiewahl der EU. Die Auszahlungen der EU sind dabei ebenso unterschiedlich.

Die Veränderungen für die Nutzen der Länder je nach gewählter Strategie können in drei Gruppen eingeteilt werden. Dafür werden die Länder in ein Ranking eingeordnet. Danach werden die Länder in die drei Gruppen eingeteilt. Die besten beiden im Ranking bilden die erste Gruppe, die mittleren stellen die zweite Gruppe dar und die Länder der beiden schlechtesten Rankingbewertungen die dritte Gruppe. Das Ranking erfolgt über die Werte des Nutzens aus Spielstufe zwei. Dabei kann es vorkommen, dass manche Länder den gleichen Nutzenwert haben. Sie werden dann auch gemeinsam auf den entsprechenden Platz im Ranking gesetzt.

Wenn das Ranking mit den Beispieldaten der unveränderten Standardeinstellung durchgeführt wird, ergibt sich folgende Reihenfolge der Länder.

	Albanien	Bosnien-Herzegowina	Kroatien	Mazedonien	Montenegro	Serbien
Nutzen nach Spielstufe 2	42	39	55	49	42	36
Ranking	3	5	1	2	3	6
Gruppe	2	3	1	1	2	3

Tabelle 105: Werte der Nutzen der Länder für die beiden EU Strategien

Wie in der Tabelle zu sehen ist, gibt es den dritten Platz im Ranking zwei Mal, für Albanien und Montenegro, da beide einen Nutzenwert von 42 nach der zweiten Spielstufe erreicht haben. Da es in diesem Ranking Platz drei zwei Mal vergeben wird, ist Platz vier für kein Land vorgesehen. Kroatien und Mazedonien mit den besten Plätzen im Ranking bilden Gruppe eins. Die beiden Länder auf Platz drei, also Albanien und Montenegro, sind Gruppe zwei und die Länder mit den wenigsten Punkten nach Spielstufe zwei bilden Gruppe drei, nämlich Bosnien-Herzegowina und Serbien. Bei dem Ranking könnte es auch vorkommen, dass eine Gruppe mit beispielsweise drei Ländern besetzt ist und eine andere nur mit einem Land. Dies wäre der Fall, wenn Platz zwei des Rankings mit zwei Ländern besetzt wäre und somit die Länder von Platz eins und zwei die erste Gruppe ergeben. Gleichzeitig würde das für Gruppe zwei ergeben, dass diese nur aus den Ländern auf Platz vier des Rankings besteht, da es durch die Doppelbesetzung von Platz zwei keinen Drittplatzierten gibt. In den weiteren Berechnungen wurden diese Fälle berücksichtigt, wenn die Gruppen aus unterschiedlich vielen Ländern bestehen.

Bezogen auf die zwei Strategien der EU sind für die Länder der unterschiedlichen Gruppen jeweils die gegensätzlichen Strategien vorteilhaft oder nicht. Kroatien, als Mitglied in Gruppe eins, will als weit fortgeschrittenes Land schnell in die Staatengemeinschaft aufgenommen werden, also erhöht sich der Nutzen Kroatiens, wenn die EU Strategie sich für eine Aufnahme der am meisten fortgeschrittenen Länder entscheidet und verschlechtert sich, wenn die EU alle Staaten gemeinsam aufnehmen will. Für Serbien, ein Mitglied in Gruppe drei, wäre die Situation umgekehrt: Für Serbien ist es günstiger, wenn die EU alle Staaten gleichzeitig aufnehmen will. In diesem Fall müssen die fortgeschrittenen Staaten wie Kroatien auch auf die Entwicklung Serbiens achten und diese optimal unterstützen, wenn die Aufnahme für alle ermöglicht werden soll. Für die Länder aus Gruppe zwei, im Beispielfall Albanien und Montenegro, ergibt die Wahl der EU-Strategie keine großen Unterschiede, für sie ist die Auswirkung relativ ausgeglichen. Bei der Aufnahme nacheinander müssen diese Länder warten bis die weiter fortgeschrittenen Länder aufgenommen sind. Danach können sie selbst auf eine Aufnahme hoffen. Für Strategie zwei wäre das Ergebnis gleich. Eine baldige Aufnahme ist mit dieser Strategie nicht möglich. Da mit dieser Vorgehensweise aber besonders auf die Entwicklung der Länder aus Gruppe drei geachtet wird, wäre der Zeitpunkt der Aufnahme in etwa gleich wie bei Wahl der Strategie eins. Für die Länder des Mittelfeldes ergeben sich also hier keine großen Unterschiede, daher werden sie auch in den weiteren Berechnungen nicht berücksichtigt. Der Nutzen der Länder in der mittleren Gruppe wird für keine Strategie verändert.

Die Nutzen der Länder für Gruppe eins erhöhen sich bei der Strategie eins und verringern sich bei der zweiten Strategie. Der Nutzen der Länder wird dabei um einen Punktewert per Addition bzw. Subtraktion zugeschlagen oder abgezogen. Für die Nutzen der Länder der Gruppe drei verhält sich diese Veränderung des Nutzens genau gegensätzlich, bei EU Strategie eins verschlechtert sich ihr Nutzen, bei EU Strategie zwei verbessert sich dieser. Die Veränderung des Nutzens erfolgt auch hier über eine Addition oder Subtraktion eines Punktewerts.

Der Punktewert, um den die Nutzen der Länder in dieser Stufe erhöht oder verringert werden, wird aus den Nutzenveränderungen der Länder berechnet. Dazu wird der Durchschnittswert über die Nutzenveränderungen aller sechs Länder nach Spielstufe zwei kalkuliert. Es wird also die Abweichung von den Ausgangsnutzen zu den Nutzen nach Spielstufe zwei zur Berechnung verwendet. Nach der Durchschnittskalkulation über diese Werte wird der gewonnene Betrag durch drei dividiert. Dies ergibt den Punktewert, um welchen die Nutzen der Länder in dieser Stufe verändert werden. Somit ist die von der EU verursachte Nutzenveränderung von den in den vorigen Stufen hervorgerufenen Nutzenveränderungen abhängig. Sind die durchschnittlichen Abweichungen des Nutzens von Spielbeginn bis nach Spielstufe zwei sehr groß, ergibt sich auch eine große Veränderung durch die EU Strategie. Im gegensätzlichen Fall, wenn die durchschnittlichen Abweichungen sehr gering sind, ist der Betrag der Veränderungen der Nutzen der Länder in dieser Stufe auch nur gering.

Im Beispielfall mit den unveränderten Standardeinstellungen ergibt sich für den Punktewert der Veränderung für diese Stufe ein gerundeter Wert von zwei. In der folgenden Tabelle sind die Werte für die Berechnung dargestellt. Es wird die Abweichung vom Ausgangsnutzen zum Nutzen nach Spielstufe zwei für jedes Land berechnet. Über diese sechs Werte wird der Durchschnitt gebildet. Die Summe der Nutzenabweichungen ergibt 31 (6 + 5 + 5 + 4 + 6 + 5) und nach der Division durch sechs erhält man 5,2. Dieser Wert repräsentiert die durchschnittliche Abweichung der Ausgangsnutzen zu den Nutzen nach Spielstufe zwei. Mit der Division durch drei erhält man den Punktewert für die Veränderungen der Nutzen der Länder für diese Stufe. Zahlenmäßig ergibt diese Division 1,7 und mittels Rundung erhält man einen Punktewert von zwei.

	Albanien	Bosnien-Herzegowina	Kroatien	Mazedonien	Montenegro	Serbien
Ausgangsnutzen	36	34	50	45	36	31
Nutzen nach Stufe 2	42	39	55	49	42	36
Abweichung	6	5	5	4	6	5

Tabelle 106: Abweichungen der Nutzen der Länder vom Ausgangsnutzen zum Nutzen nach Spielstufe 2

Der errechnete Punktewert wird nun bei den entsprechenden Strategien zu den entsprechenden Nutzenwerten der Länder addiert bzw. subtrahiert. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzenveränderungen der Länder für die beiden Strategien der EU. Grundlage für diese Tabelle sind wieder die unveränderten Standardeinstellungen des Modells.

	Albanien	Bosnien-Herzegowina	Kroatien	Mazedonien	Montenegro	Serbien
Nutzen nach Spielstufe 2	42	39	55	49	42	36
Nutzen für EU Strategie 1	42	37	57	51	42	34
Nutzen für EU Strategie 2	42	41	53	47	42	38

Tabelle 107: Werte der Nutzen der Länder für die beiden EU Strategien

Die Nutzen der Länder von Gruppe eins (Kroatien und Mazedonien) werden für die EU Strategie eins um den Punktewert von zwei erhöht, für die zweite EU Strategie verschlechtert sich der Nutzenwert dieser Länder um zwei Punkte. Für Kroatien ergibt sich also für Strategie eins ein Nutzenwert von 57 und für Strategie zwei der EU ein Wert von 53. Damit ist die Vorteilhaftigkeit der Wahl der EU Strategie eins für Kroatien deutlich erkennbar.

Die Nutzen von Gruppe zwei, also die im Mittelfeld gereihten Länder, bleibt in dieser Stufe unverändert. Für Albanien und Montenegro kommt es bei keiner der beiden Strategien zu einer Verbesserung oder Verschlechterung ihrer Nutzenwerte. Diese beiden Länder sind von der Wahl der EU-Strategien unbeeinflusst.

Für Bosnien-Herzegowina und Serbien ergeben sich konträre Veränderungen der Punktewerte des Nutzens. Für Gruppe drei erhöht sich der Nutzen bei Wahl der Strategie zwei und verringert sich bei Strategie eins. Somit ist hier der Wunsch der Länder dieser Gruppe, dass die EU die zweite Strategie bevorzugt, ausfällt deutlich an ihren höheren Nutzen erkennbar.

Der in diesem Schritt errechnete Punktewert für die Veränderung der Nutzen der Länder verändert sich mit der Zeit mit dem Durchlauf mehrerer Perioden. Da die Abweichungen der Nutzen zwischen dem Ausgangswert und dem Wert nach Spielstufe zwei im Laufe der Zeit kleiner werden, nimmt auch der daraus errechnete Punktewert ab. Dies ergibt ein durchaus gewünschtes Verhalten des Modells. Es ist sinnvoll, dass die Größenordnungen der Veränderungen in einem Verhältnis zueinander stehen. Wenn die Abweichungen nach Spielstufe zwei nur sehr gering sind, wäre es nicht erklärbar, warum die Veränderungen durch die EU bedeutender einfließen sollten.

5.2 Nutzenberechnung und Entscheidung der EU

Der EU stehen in dieser Stufe die beiden bereits beschriebenen Strategien zur Verfügung, deren Auswahl vom Vorteil für die EU abhängt. Dabei wird davon ausgegangen, dass jedes Land der EU einen gewissen Nutzen stiftet, der unterschiedlich ist je nach gewählter Strategie. Über die Nutzen pro Land und Strategie werden Summen gebildet und die EU entscheidet sich für jene Strategie, die den höheren Summenwert ergibt. Nach dieser Entscheidung der EU werden die Nutzen der Länder an diese Wahl angepasst. Die veränderten Werte der Länder je nach gewählter Strategie wurden im vorangehenden Teilkapitel im Detail erläutert. Es werden die Werte der neun Zielvariablen und die Gesamtnutzenwerte der Länder dementsprechend verändert.

Die Nutzenberechnung der EU erfolgt in diesem Schritt für die beiden Strategien auf unterschiedliche Weise. Für beide Strategien bilden die Nutzen der Länder nach der zweiten Spielstufe die Basiswerte der Berechnung. Dieser Basiswert wird in manchen Teilen der Kalkulation um einen Faktor erhöht. Dies ist der Fall, wann je nach Wahl der Strategie das Land in die EU aufgenommen wird. Also für die erste Strategie, der Aufnahme nacheinander, wirkt dieser Faktor auf den Basiswert der Länder der

ersten Gruppe. Bei der Berechnung des Nutzenwerts für die zweite Strategie, also der gleichzeitigen Aufnahme, wird der Faktor bei allen Basiswerten der Länder berücksichtigt. Dieser Faktor ist abhängig vom BIP jedes Landes, dieser Faktor ist demnach für jedes Land unterschiedlich. Der Faktor wird zum Basiswert des Nutzens der Länder hinzu addiert. Mit dieser Methode werden jene Länder stärker gewichtet, deren BIP höher ist, als jene Länder mit niedrigem BIP. Dies ist eine sinnvolle Annahme, da das Interesse der EU an jenen Ländern mit höherem BIP größer ist als an den anderen Ländern. In der folgenden Tabelle ist diese Berücksichtigung des BIP-Faktors dargestellt. Der Nutzen nach der zweiten Spielstufe wird um ein Zehntel des BIPs des Landes erhöht. Die Werte, die in der Tabelle für das BIP der Länder angegeben sind, entsprechen den Weltbank-Daten des Jahres 2007 und sind in den Tabellen im Anhang nachzulesen. Die Werte für das BIP sind in Mio. Dollar angeführt. Dabei spielen die exakten Werte keine besonders große Rolle, es geht vielmehr um ein einheitliches Größenverhältnis der Werte zueinander.

	Albanien	Bosnien-Herzegowina	Kroatien	Mazedonien	Montenegro	Serbien
Nutzen nach Spielstufe 2	42	39	55	49	42	36
BIP	10,6	15,1	51,3	7,6	3,6	41,6
Nutzen inkl. BIP/10	43	41	60	50	42	40

Tabelle 108: Nutzenwerte mit und ohne Berücksichtigung des BIP

Die Berechnung der Nutzenwerte der EU für die beiden Strategien erfolgt über eine Summation von Teilwerten. Diese Teilwerte sind Werte für die Plätze eins, zwei, fünf und sechs des Rankings. Dabei können die Plätze mit einem oder auch mehreren Ländern besetzt sein. Liegen auf einem Platz mehrere Länder, so werden die Durchschnittswerte über diese Länder berechnet und dieser Wert für den entsprechenden Platz verwendet. Zu beachten ist dabei, welcher Ausgangswert für die Summenbildung verwendet wird. Je nach Strategie wird der Nutzen des Landes nach der zweiten Spielstufe eingesetzt oder dieser Wert inklusive Berücksichtigung des BIPs. Dieser Teil ist im vorangegangen Absatz im Detail erläutert und in der letzten Tabelle sind die Werte für die Beispieldaten dargestellt. Diese Ausgangswerte werden mit einem Faktor multipliziert, bevor über die vier Teilwerte pro Strategie die Summe gebildet wird. Die entsprechenden Faktoren, die zur Berechnung verwendet werden, sind in der folgenden Tabelle aufgelistet. Die Kalkulation für die beiden Nutzen der EU je nach Strategie wird mit den Standarddaten beispielhaft durchgerechnet.

Für die erste Strategie erfolgt die Berechnung des EU-Nutzens auf folgende Weise: Multiplikation der Nutzenwerte mit Berücksichtigung des BIPs der Länder auf Platz eins und zwei mit den entsprechenden Faktoren und Multiplikation der Nutzenwerte der Länder auf Platz fünf und sechs mit den entsprechenden Faktoren. Die erhaltenen vier Werte werden aufsummiert und ergeben den Nutzenwert der EU für die Strategie der Aufnahme nacheinander.

Für die zweite Strategie erfolgt die Berechnung des EU-Nutzens auf die folgende Weise: Multiplikation der Nutzenwerte mit Berücksichtigung des BIPs der Länder auf Platz eins, zwei, fünf und sechs mit den entsprechenden Faktoren. Die errechneten vier Werte werden aufsummiert und ergeben den Nutzenwert der EU für die Strategie der gleichzeitigen Aufnahme.

In die Berechnung der Nutzen für die EU für beide Strategien werden nur die Länder der oberen Gruppe und die Länder der unteren Gruppe miteinbezogen, die Länder der mittleren Gruppe sind für die Berechnung nicht ausschlaggebend. Würden diese Länder in den beiden Kalkulationen berücksichtigt, würde dies auf die gleiche Art und Weise für beide Strategien vorgenommen werden, demnach kann dieser Teil bei beiden Berechnungen ausgeklammert werden.

	Faktoren Strategie 1	Faktoren Strategie 2
Land Rang 1	10	6
Land Rang 2	9	7
Land Rang 5	7	10
Land Rang 6	7	10

Tabelle 109: Faktoren für die Berechnung der EU-Nutzen

Die Berechnung der Nutzenwerte der EU für die Daten der Standardeinstellung erfolgt über die folgenden beiden Formeln:

$$\text{Aufnahme nacheinander: } 10 \times 60 + 9 \times 50 + 7 \times 39 + 7 \times 36 = 1575$$

$$\text{Aufnahme gleichzeitig: } 6 \times 60 + 7 \times 50 + 10 \times 41 + 10 \times 40 = 1520$$

In der ersten Formel sind die Faktoren für Strategie eins verwendet, also zehn, neun und zwei Mal sieben. Die Werte 60 und 50 der ersten Formel sind die Nutzenwerte der Länder Kroatien und Mazedonien, inklusive des BIPs. Die Werte 39 und 36 entsprechen den Nutzenwerten nach Spielstufe 2 der Länder Bosnien-Herzegowina und Serbien.

In der zweiten Formel sind die Faktoren für Strategie zwei verwendet, also sechs, sieben und zwei Mal zehn. Die Multiplikatoren zu den jeweiligen Faktoren, also die Werte 60, 50, 41 und 40 sind die Nutzenwerte der Länder Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Serbien, inklusive des BIPs.

Die EU trifft in dieser Spielstufe die Entscheidung für jene Strategie, die den höheren Summenwert bei der Kalkulation des Nutzens erzielt. Im Beispielfall ist das der Wert für die erste Strategie mit 1575 deutlich über dem Wert der zweiten Strategie mit 1520. Dementsprechend wählt die EU die erste Strategie aus, die Strategie der Aufnahme nacheinander.

Nachdem die EU ihre Strategie festgelegt hat, werden die Werte für die Zielvariablen und den Gesamtnutzen für die Länder der ersten und dritten Gruppe aktualisiert. Je nach Wahl der Strategie erhöhen oder verringern sich die Werte um den in dieser Stufe ebenfalls berechneten Punktewert der Veränderung durch die EU. Das Vorgehen bei dieser Nutzenveränderung wird im nachfolgenden Kapitel Ergebnis Spielstufe drei im Detail erklärt und mit einem Beispiel dargestellt.

5.3 Verhalten bei Überschreitung der Grenze der Nutzenwerte

Bei dieser Spielstufe ist ein Grenzwert eingeführt. Wenn dieser von allen Nutzenwerten der Länder nach der zweiten Spielstufe überschritten ist, wird ein anderes Verhalten dieser Spielstufe angewendet. Diese Besonderheit kann in der Modellanordnung nach den Durchläufen von mehreren Perioden eintreten. Der Grenzwert ist auf die Höhe von 70 Punkten ausgelegt, wenn der Gesamtnutzen nach der zweiten Spielstufe von jedem der sechs Länder über diesem Wert liegt, ist das ursprüngliche Verhalten der dritten Spielstufe nicht mehr anwendbar. Zu diesem Zeitpunkt sind alle Länder schon sehr weit entwickelt. Mit den Standardeinstellungen tritt dieser Fall der Überschreitung aller Nutzenwerte nach der zehnten Periode, also nach 40 Jahren, ein. Zu diesem Zeitpunkt liegen die beiden besten Länder, Kroatien und Mazedonien, nur noch zwei bzw. drei Zähler von den maximal erreichbaren 100 Punkten für den Nutzen entfernt. Man kann also möglicherweise annehmen, dass zu dieser Periode bereits eines oder mehrere Länder in die EU aufgenommen wurden. Dieser Prozess der eigentlichen Aufnahme eines Landes in die EU ist in diesem Modell allerdings nicht abgebildet. Nach mehreren Durchläufen des Modells bzw. nach der Überschreitung des Grenzwertes sind die beiden in dieser Stufe angebotenen EU-Strategien nicht mehr sinnvoll einzusetzen. Daher wird dieser Fall gesondert behandelt. Wenn die Grenzmarke von allen Nutzen der Länder überschritten wird, bleiben die Nutzenwerte der Spielstufe zwei unverändert, sie bilden gleichzeitig die Ergebniswerte der dritten Spielstufe. Die Spielanordnung wäre nicht mehr dienlich, also wird der Schritt der EU-Nutzenmaximierung übersprungen. In diesem Bereich des Modells liegt

noch großes Erweiterungspotential, hier könnten beispielsweise für unterschiedliche Wertebereiche verschiedene EU-Strategien angeboten werden. Auf diesen Punkt der möglichen Erweiterungen des Modells wird noch im entsprechenden Kapitel näher eingegangen.

5.4 Ergebnis Spielstufe 3

Als Ergebnis dieser dritten Spielstufe hat auch die EU ihre Strategie festgelegt. Damit ist auch die letzte Entscheidung im Modelldurchlauf getroffen und die Endwerte können kalkuliert werden. Die Endwerte der Länder werden je nach gewählter Strategie der EU verändert. Bei Wahl der günstigen Strategie für ein Land werden dessen Werte verbessert, bei Wahl der ungünstigen Strategie hingegen werden die Werte für das Land verschlechtert. Bei dieser Berechnung der veränderten Werte werden die Veränderungspunkte zu jeder der neun Zielvariablen des Landes addiert bzw. subtrahiert. Die Höhe der Veränderungspunkte durch die EU-Strategie wurde auch im Zuge dieser Spielstufe berechnet. Sie ist abhängig von der durchschnittlichen Abweichung der Nutzen vom Basiswert zum Wert nach der zweiten Spielstufe. Das Endergebnis von Spielstufe drei und somit des ganzen Modells sind die Werte der Zielvariabeln und des Gesamtnutzens für die sechs Länder nach vier Jahren.

In der folgenden Tabelle ist die Berechnung der Endwerte beispielhaft für Mazedonien unter Annahme unveränderter Standardeinstellungen dargestellt. Die erste Zeile besteht aus den aus der zweiten Spielstufe übernommenen Werten für die neun Zielvariabeln. Mazedonien ist im Ranking auf Platz zwei und somit Teil der ersten Gruppe. Die Entscheidung der EU fällt mit den Standarddaten auf die erste Strategie. Diese Strategie stellt die für Mazedonien günstige Strategie dar, deshalb werden die Werte der Zielvariabeln um die Punkte der Veränderung dieser Stufe verbessert. Die Höhe der Veränderungspunkte liegt für die Einstellung im Standardfall bei zwei Punkten. Diese werden wie in der Tabelle dargestellt zum Wert jeder Zielvariabel hinzuaddiert. Der Durchschnittswert über die Zielvariablen ergibt den Gesamtnutzen und liegt gerundet bei 51 Punkten. Zu Spielbeginn lag dieser für Mazedonien noch bei 45 Punkten.

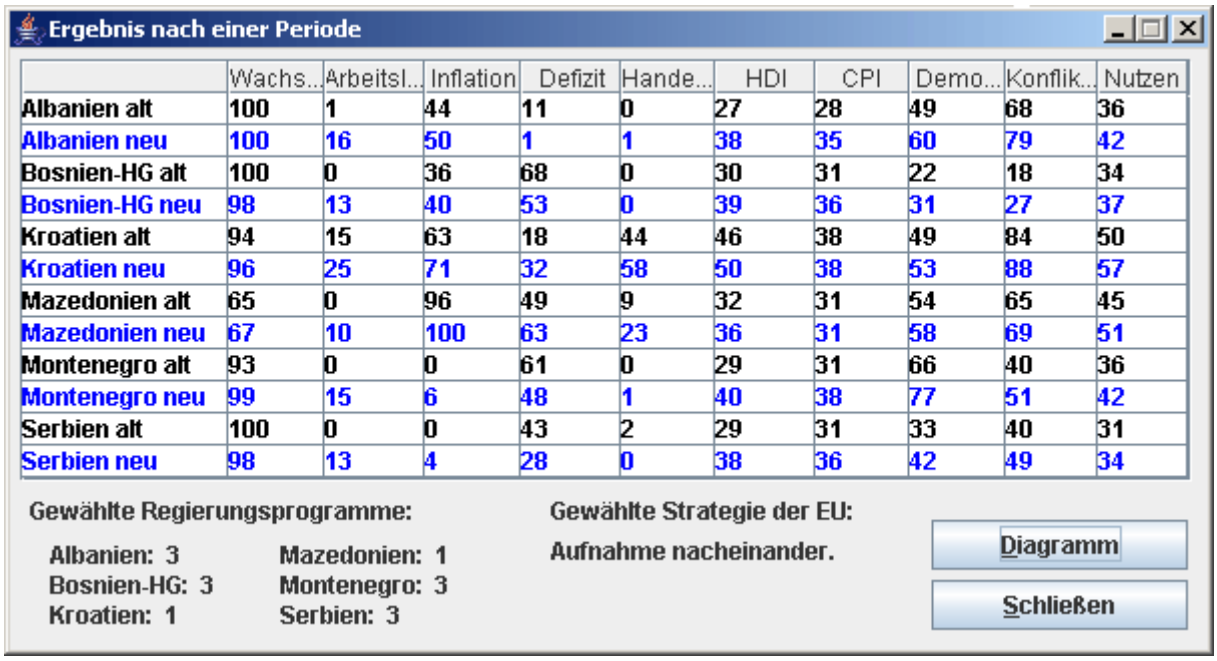
	Wachs-tum	Arbeits-losigkeit	Inflation	Staats defizit	Handels-bilanz	HDI	CPI	Demokra-tieindex	Konflikt-index
Endwerte Spielstufe 2	64,7	8,4	100	61,1	21,1	34,2	29,2	55,9	67,2
Veränderung durch EU-Strategie	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Endwerte Spielstufe 3	**66,7**	**10,4**	**100**	**63,1**	**23,1**	**36,2**	**31,2**	**57,9**	**69,2**

Tabelle 110: Werte der Zielvariablen für Mazedonien mit den Standardeinstellungen nach Spielstufe 3

Wie für Mazedonien erfolgt diese Aktualisierung der Werte der Zielvariablen und des Gesamtnutzens für alle Länder. Als Ergebnis sind nach einem vollständigen Durchlauf des Modells, nach Ablauf aller Spielstufen, neue Werte für die Basiswerte der Länder nach vier Jahren verfügbar. Die ursprünglichen Ausgangswerte können an dieser Stelle durch die neuen errechneten Werte ersetzt werden und ein weiterer Modelldurchlauf mit den neuen Daten gestartet werden, Periode zwei. Details dazu und zu den weiteren Anwendungsmöglichkeiten des Modells bzw. der Simulation sind im folgenden Kapitel zu finden bzw. im dritten Teil der vorliegenden Arbeit, der Beschreibung der Umsetzung der Simulation, nachzulesen.

Die folgende Abbildung zeigt den Endscreen der Simulation nach dem Durchlauf einer Periode des Modells mit unveränderten Standardeinstellungen. In diesem Frame sind alle getroffenen Entscheidungen abgebildet, die Wahl der Länder für die Regierungsprogramme und die Wahl der EU für eine Strategie. In der Tabelle im Frame sind alle Werte der neun Zielvariabeln und der Gesamtnutzen für alle sechs Länder vor Start der Simulation und nach Durchlauf aller Stufen des Modells dargestellt. Die Zeile Albanien alt enthält demnach alle Ausgangswerte für Albanien, die

darunterliegende Zeile Albanien neu beinhaltet alle Endwerte nach Durchlauf einer Periode für Albanien. Über den Button Diagramm können unterschiedlichste Diagramme angezeigt werden. Unter anderem werden die Veränderungen der Nutzen und der Zielvariablen dargestellt. Details dazu sind in der Beschreibung der Simulation in Teil drei dieser Arbeit zu finden.



	Wachs...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demo...	Konflik...	Nutzen
Albanien alt	100	1	44	11	0	27	28	49	68	36
Albanien neu	100	16	50	1	1	38	35	60	79	42
Bosnien-HG alt	100	0	36	68	0	30	31	22	18	34
Bosnien-HG neu	98	13	40	53	0	39	36	31	27	37
Kroatien alt	94	15	63	18	44	46	38	49	84	50
Kroatien neu	96	25	71	32	58	50	38	53	88	57
Mazedonien alt	65	0	96	49	9	32	31	54	65	45
Mazedonien neu	67	10	100	63	23	36	31	58	69	51
Montenegro alt	93	0	0	61	0	29	31	66	40	36
Montenegro neu	99	15	6	48	1	40	38	77	51	42
Serbien alt	100	0	0	43	2	29	31	33	40	31
Serbien neu	98	13	4	28	0	38	36	42	49	34

Abbildung 39: Ergebnis nach Spielstufe 3

6 Nächste Vier-Jahres-Periode oder automatischer Durchlauf mehrere Perioden

Das Modell ist für eine Vier-Jahres-Periode konzipiert. Die Ergebnisdaten stellen die Werte der Länder nach Ablauf von vier Jahren dar. Man erhält nach Durchlauf des Modells neue Werte für die Zielvariablen und den Gesamtnutzen der Länder. Die ursprünglichen Ausgangsdaten aus der Vorbereitungsspielstufe können mit den gewonnenen Werten aktualisiert und der Durchlauf des Modells neuerlich gestartet werden. Damit wird die nächste Vier-Jahres-Periode aufbauend auf den Entwicklungen der ersten vier Jahre abgebildet. Dieser Vorgang kann immer wieder nacheinander durchgeführt werden. In der folgenden Abbildung ist das Steuerfenster der Simulation dargestellt. Im unteren Bereich des Bildes sind die unterschiedlichen Einstellungsmöglichkeiten der Simulation ersichtlich. Dieser Screenshot ist nach dem ersten Durchlauf des Modells erzeugt. Um eine weitere Periode zu starten, muss der Weiter-Button gedrückt werden und die nächste Vier-Jahres-Periode wird kalkuliert.

Falls Veränderungen an den Standardeinstellungen durchgeführt wurden, ist es möglich, nach dem Durchlauf einer Periode die anfängliche Parametrisierung wieder herzustellen. Dazu muss der Reset-Button betätigt werden und die Simulation wird mit dem ursprünglichen Ausgangszustand neu begonnen. Danach können weitere Durchläufe des Modells mit anderen Parametern für die einstellbaren Werte gestartet werden.

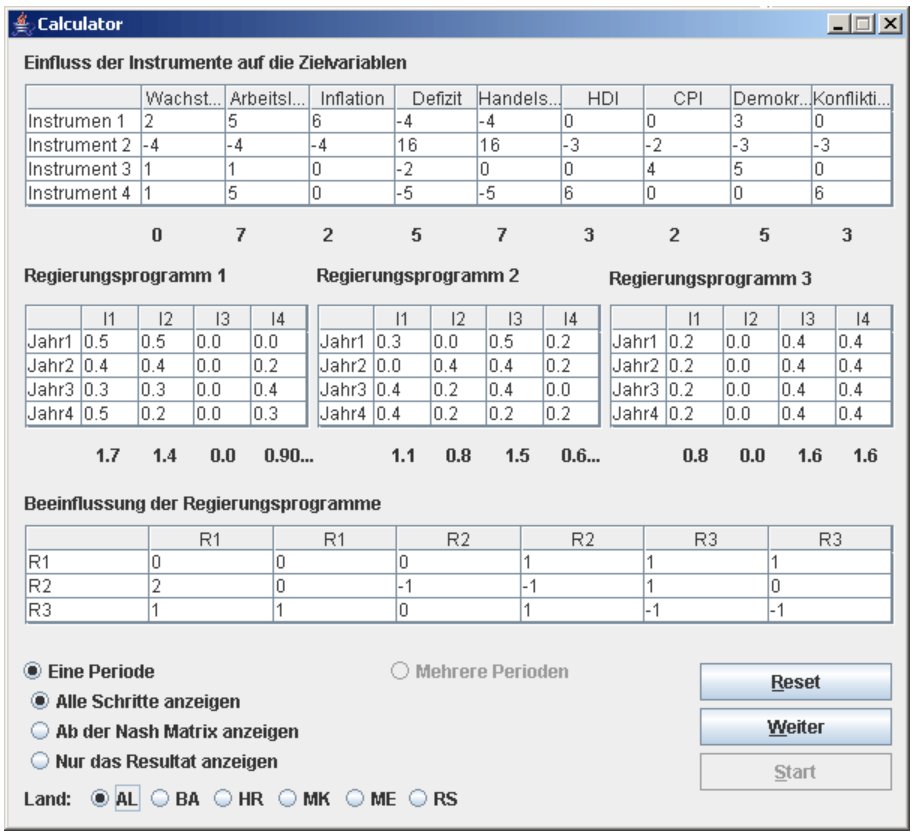


Abbildung 40: Nächste Vier-Jahres-Periode

Ein mehrmaliger Durchlauf des Modells ist in der Simulation noch zusätzlich über eine andere Einstellung möglich. Es können automatisch mehrere Vier-Jahres-Perioden in einer gemeinsamen Kalkulation durchlaufen und das komplette Endergebnis aller Perioden dargestellt werden. Dies erfolgt über die Einstellung „Mehrere Perioden“, welche in der folgenden Abbildung ebenfalls im unteren Bereich zu sehen ist. Wird der entsprechende Button gesetzt, kann die gewünschte Periodenanzahl eingegeben werden. Dabei sind maximal 20 Perioden zulässig. Die technischen Details dieser Umsetzung sind in der Beschreibung der Simulation zu finden.

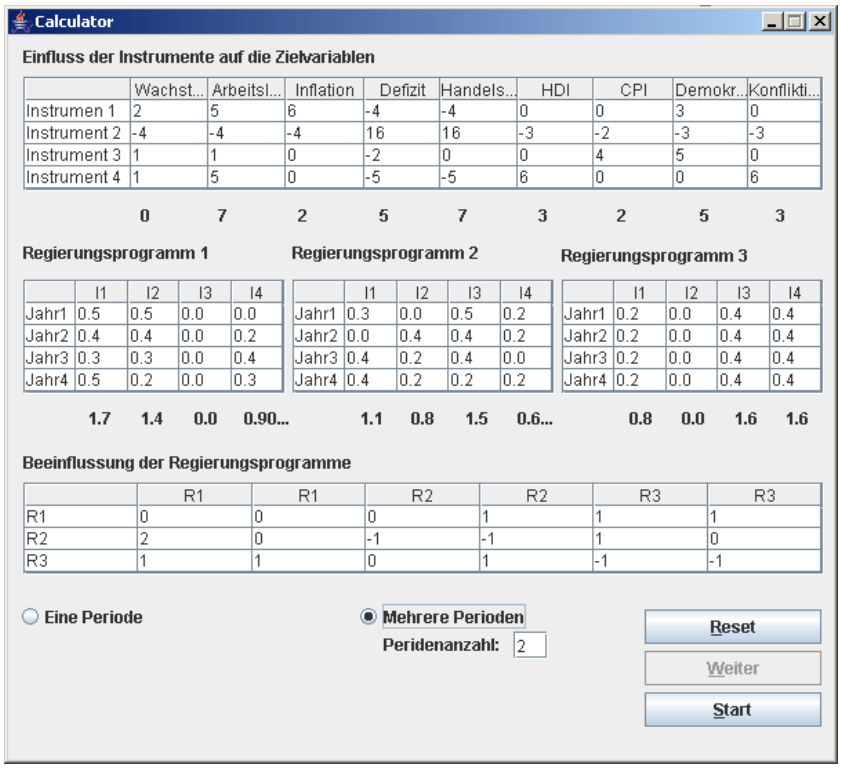


Abbildung 41: Mehrere Perioden

Wird das Modell für mehrere Periodendurchläufe eingesetzt, gibt es manche Einstellungen bzw. Eigenschaften, die nicht zu vernachlässigen sind. Die eingestellten Parameter verändern im Laufe der Zeit ihre Auswirkungen. Wenn mehrere Perioden simuliert werden, muss ganz besonders auf die Wahl der einstellbaren Werte geachtet werden. Vor allem die Werte der Beeinflussung der Regierungsprogramme ist in diesem Fall gesondert zu betrachten, da diese Werte nach mehreren Perioden zunehmend an Bedeutung für die getroffenen Entscheidungen im Modell gewinnen. Dies gründet auf der Tatsache, dass die erzielten Abweichungswerte für die Länder immer geringer werden, da die Wirkungen der Regierungsprogramme und der Verstärkungen durch die bereits erreichten Verbesserungen je Periode abklingen. Damit wird der Anteil der Beeinflussungswerte an den Auszahlungswerten in den Gleichgewichtsmatrizen immer größer und die Entscheidungen für die Strategien werden vorrangig aufgrund dieser Werte getroffen. Es muss also die Wertebelegung für die Beeinflussung der Regierungsprogramme mit gewisser Vorsicht durchgeführt werden. Die Beträge sollten nicht zu hoch sein. Eine einheitliche Empfehlung von Grenzwerten kann nicht gegeben werden, da diese von den allen eingestellten Größen der Simulation abhängig sind.

Ein weiterer Spezialfall des Modells, der nach dem Durchlauf mehrere Perioden eintritt, ist die in der dritten Spielstufe berücksichtigte Überschreitung der Grenzwerte der Nutzen. Dabei ist eine Grenze von 70 Punkten für die Nutzenwerte eingezogen. Wenn alle Länder diese Grenze überschreiten, wird das Verhalten der dritten Spielstufe verändert. Um diese Situation zu erreichen, müssen mehrere Perioden, mit den Standardeinstellungen zehn Perioden, also vierzig Jahre, simuliert werden. Für diesen Zeitpunkt sind die beiden im Modell definierten Strategien der EU nicht mehr sinnvoll einsetzbar. Es ist davon auszugehen, dass nach vierzig Jahren eines oder mehrere der Balkanländer, möglicherweise alle, in den Staatenverbund aufgenommen wurden. Dieser Aspekt ist im Modell nicht abgebildet und kann somit nicht simuliert werden. Tritt der Fall der Überschreitung des Grenzwertes ein, wird demnach das ursprüngliche Verhalten von Spielstufe drei außer Kraft gesetzt und eine Ersatzvariante durchgeführt. Details dazu können im entsprechenden Unterkapitel nachgelesen werden.

7 Verworfene Ideen / Überlegungen und mögliche Erweiterungen

Aufgrund der umfassenden und facettenreichen Fragestellung der vorliegenden Arbeit wurden bei der Bearbeitung des Themas immer wieder Ideen und Überlegungen abgeändert, durch andere ersetzt bzw. auch verworfen. Manche dieser Fragestellungen könnten als mögliche Erweiterungen im Zuge nachfolgender Arbeiten dem Modell hinzugefügt werden. Andere Ideen wurden bei der Modellerstellung durch alternative Ansätze ersetzt. Die Ausgestaltung des Modells mit seinen vier Stufen wurde in der Erarbeitungsphase mehrfach verändert, umstrukturiert usw. bis der in dieser Arbeit beschriebene Aufbau gefunden war.

In den folgenden Unterkapiteln sind einige dieser Überlegungen dargestellt. Dabei wird klar die Unterscheidung getroffen, ob diese Ideen als nicht sinnvoll einsetzbar deklariert wurden oder ob jene Gedanken als Ergänzungen bzw. Veränderungen des Modells herangezogen werden können.

7.1 Modellanordnung inklusive der vier Balkanstaaten, die bereits EU-Mitgliedsstaaten sind

Bei den anfänglichen Erwägungen zu einem spieltheoretischen Modell für die Balkanstaaten waren in diesem auch die vier Staaten, welche bereits Mitglieder in der EU sind, als Akteure angedacht. Die Ausgangsidee war der Aufbau eines Spiels mit drei Spielern. Der erste Spieler sollte dabei die Staaten repräsentieren, die bereits EU-Mitglieder sind: Griechenland, Slowenien, Bulgarien und Rumänien. Jene Länder, die den Beitritt zur EU noch anstreben, sollten im zweiten Spieler abgebildet werden. Die EU wäre als dritter Spieler in einer solchen Spielanordnung inkludiert gewesen.

Von diesem Grobkonzept wurde aber relativ schnell abgewichen, was auf mehrere Gründe zurückzuführen ist. Einerseits war die Vorstellung ein Modell zu erstellen, welches die Entwicklung der Staaten in Hinblick auf einen EU-Beitritt darstellt. Dieses Ziel konnte dabei aber nicht für alle Spieler definiert werden, da vier Staaten ja bereits in die Staatengemeinschaft aufgenommen sind. Andererseits kam zu diesem Punkt auch noch die Frage der verfügbaren Daten hinzu. Bulgarien und Rumänien sind erst seit 2007 Mitglieder der EU und daher standen noch keine verwertbaren Daten zur Verfügung, mit denen es möglich gewesen wäre, den Unterschied vor und nach dem Beitritt herauszuarbeiten. Gleichzeitig hat dabei die Schwierigkeit ergeben, dass die vier Staaten des ersten Spielers, auch gleichzeitig im dritten Spieler, also der EU, vertreten wären. Die Festlegung von Strategien für eine solche Spielanordnung gestaltete sich schon in der Konzeptionsphase relativ kompliziert, wichtige Themen konnten in dieser Form nicht miteinbezogen werden.

Die Entscheidung fiel in weiterer Folge darauf, die sechs Balkanstaaten, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien, nicht gemeinsam in einem Spieler zu behandeln, sondern die Entwicklung dieser Staaten individuell zu betrachten. Sie haben das gemeinsame Ziel der Aufnahme in die EU, was ein zentraler Punkt des Modells ist. In dieser endgültigen Anordnung wurden die anderen vier Balkanstaaten nur als Teil der EU in den Akteuren aufgenommen. Allerdings haben die Daten der Entwicklungen dieser Staaten wichtige Entscheidungsgrundlagen für den Modellaufbau, die Definition der Strategien etc. geliefert. In den folgenden Absätzen wird auf die vier Länder eingegangen. Dabei wird jeweils die Abgrenzung für jedes Land individuell dargestellt, aus welchem Grund sie nicht als Spieler im Modell auftreten können.

Griechenland ist schon sehr lange Mitglied der Europäischen Union, nämlich seit 1981. Trotzdem ist es nicht in allen Bereichen ein vorbildliches Mitgliedsland, das zur Betrachtung auf einfache Weise herangezogen werden könnte. Griechenland stellt sich nicht als optimales Land für Vergleiche dar. Es ist schon so lange Mitglied des Staatenbundes und erhält also schon entsprechend lange Zuwendungen aus der EU. Andererseits erfüllt es gleichzeitig Datenwerte nicht, die aktuell für eine Aufnahme in die EU erforderlich wären. Grundsätzlich ist Griechenland wegen seiner Datenqualität nicht gut geeignet, um nach den im Modell definierten Kriterien für die Zielvariablen eingeordnet zu werden. Beispielhaft wurde diese Bewertung der Zielvariablen für Griechenland durchgeführt. Dazu

wurden die verfügbaren Daten herangezogen, ohne diese aufwendig auf Genauigkeit oder ursprüngliche Herkunft zu prüfen. Bei dieser Berechnung der Basiswerte hätte Griechenland einen Platz im Mittelfeld zwischen den Noch-Nicht-Mitgliedern der EU erreicht. Die jahrelange Mitgliedschaft war also wertemäßig für diese Zielvariablen nicht ersichtlich.

Slowenien stellt ein Musterbeispiel für die bestmögliche Umsetzung des Transformationsprozesses dar. Ebenso erfolgreich war Slowenien mit seiner Annäherung an die EU, welche in die Aufnahme des Landes im Zuge der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 mündete. Nach der Berechnung der Basiswerte der Zielvariablen wäre Slowenien das wertemäßig höchste Land, also jenes mit der am weitesten fortgeschrittenen Entwicklung. Slowenien bietet die besten Werte in den Jahresreihen und auch aus den geschichtlichen Fakten sind kaum größere Probleme ersichtlich. Als Spieler konnte Slowenien aber aufgrund der Zielorientierung des Modells nicht aufgenommen werden, da es um die Aufnahme in die EU geht und Slowenien diesen Schritt bereits abgeschlossen hat. Slowenien war sehr oft beispielgebend bezüglich der Daten, vor allem im Hinblick darauf, welche Verbesserungen es gibt und wie der ideale Weg einer Entwicklung als Staat dieser Region aussehen kann.

Rumänien und Bulgarien können in diesem Punkt gemeinsam beschrieben werden, da ihre Situation ziemlich ähnlich ist. Bei einer Betrachtung der Werte für die Zielvariablen lägen die beiden Länder im Mittelfeld aller zehn Staaten. Sie können also die Erwartungen, dass EU-Mitgliedsländer im oberen Bereich liegen müssten, nicht erfüllen. Unter Berücksichtigung der im Modell vorgegebenen Zielvariablen lässt sich die Mitgliedschaft dieser beiden Länder in der EU nicht erklären oder verteidigen. Die geschichtliche Betrachtung der Länder im Bezug auf den Konfliktindex und den Demokratieindex wurde nicht so detailliert durchgeführt wie bei den anderen Ländern. Die vergebenen Werte sind aber für grobe Vergleiche durchaus einsetzbar. Diese Basiswerte sind insofern aussagekräftig, als damit relativ deutlich wird, dass bei der Aufnahme in die EU durchaus auch andere Gründe eine erhebliche Rolle gespielt haben (müssen). Nur die ökonomischen Daten und die politische Entwicklung können demnach nicht ausschließlich dieser Entscheidung zugrunde liegen, welche eher gegen eine Aufnahme sprechen würden. Die Ausgangsposition anderer Länder wäre im Vergleich dazu deutlich besser für einen Beitritt geeignet. Kroatien beispielsweise liefert wesentlich rosigere Wirtschaftsdaten und die ethnischen und politischen Probleme sind nicht größer als in Rumänien und Bulgarien.

7.2 Gewichtungen der Zielvariablen

In der Vorbereitungsspielstufe wurde bei der Zusammenrechnung der neun Zielvariablen zum Gesamtnutzen angedacht, eine Gewichtung der unterschiedlichen Variablen mit einzubeziehen. Die Ergebnisse bei einer solchen Vorgehensweise bringen aber keine höhere Aussagekraft über den Wert des Gesamtnutzens. Es erfolgt nur eine Verstärkung in eine bestimmte vorgegebene Richtung. Da die Zielvariablen aus den drei unterschiedlichen Ebenen zusammengestellt sind und diese Variation für die weitere Betrachtung auch sehr wichtig ist, wurde von einer Gewichtung in diesem Punkt abgesehen. Alle neun der Zielvariablen sind in gleichem Maße von Bedeutung und werden demnach auch gleich stark in die Berechnung des Gesamtnutzenwerts aufgenommen.

7.3 Sechs-Personen-Spiel in Spielstufe 2

In der zweiten Spielstufe wäre ein Sechs-Personen-Spiel, also ein Land gegen alle anderen fünf Länder der Region, wünschenswert. Innerhalb der vorliegenden Arbeit war der Umfang einer solchen Umsetzung zu komplex. Es wurde eine Vereinfachung über die Durchschnittsbildung der anderen Länder gewählt. Somit ergibt sich in dieser Stufe ein Zwei-Personen-Spiel. Eine Erweiterung in dieser Ebene auf ein Spiel mit mehreren Akteuren wäre, wenn auch mit relativ hohem Aufwand, möglich und würde weitere Aspekte abdecken. Die gewählte Beschränkung auf den Durchschnitt der anderen Balkanstaaten ist eine gute Ausgangsbasis, kann aber durchaus diversifiziert werden.

In der vorliegenden Modellanordnung gibt es in der dieser zweiten Spielstufe die Beeinflussungen der Regierungsprogramme untereinander. Dabei sind die Werte der Beeinflussungsmatrix für alle sechs Spiele identisch, egal welches Land welches Regierungsprogramm wählt. Dabei könnte auch

eine Differenzierung eingeführt werden, die diese Beeinflussung abhängig von den betrachteten Staaten vorgibt. Damit könnten weitere Eigenschaften dieser Abhängigkeiten der Staaten untereinander in das Modell integriert werden.

7.4 Strategien der EU in Spielstufe 3

Der EU stehen in der dritten Spielstufe zwei Strategien zur Auswahl. Beide der Strategien behandeln die Aufnahme von weiteren Staaten in die Gemeinschaft. Es wird davon ausgegangen, dass die EU zukünftigen Erweiterungen befürwortend gegenübersteht, die Frage stellt sich nur bezüglich des Zeitpunktes weiterer Beitritte bzw. wie viele Staaten gleichzeitig aufgenommen werden. Um ein ganzheitliches Bild darzustellen, könnte der EU in diesem Schritt auch die Strategie zur Verfügung gestellt werden, sich grundsätzlich gegen weitere Aufnahmen zu entscheiden. Für die Fragestellung dieses Modells war es nicht notwendig, eine solche Verhaltensweise zu berücksichtigen, da die Aufnahme in die EU der zentrale Punkt des Modells und klar definiertes Ziel der sechs behandelten Balkanstaaten ist. Sollen aber andere Betrachtungen über eine Erweiterung dieses Modells durchgeführt werden können, wäre die Aufnahme einer solchen Strategie durchaus möglich.

Die Erweiterung um eine andere Strategie wäre allerdings eine sehr brauchbare Ergänzung dieser Spielanordnung, die für eine mögliche Weiterentwicklung des Modells eine der ersten Überlegungen darstellen sollte. Dies ist die Möglichkeit der „realen“ Aufnahme eines Staates in die Europäische Union. Im erarbeiteten Modell wurde dieser Ansatz über die Grenzwertüberschreitung inkludiert, sie bietet aber keine ausreichende Umsetzung für den Fall, dass die EU eines der Länder tatsächlich aufnehmen will. Eine relativ einfache Möglichkeit, den Beitritt eines Staates in die EU mit einzubeziehen, wäre die Einführung einer Grenzmarke. Bei Überschreitung dieser Grenze würde das betreffende Land als in die Staatengemeinschaft aufgenommen modelliert werden. Daraus würden aber noch weitere Folgen resultieren, die berücksichtigt werden müssen und welche nicht mehr auf einfache Weise umgesetzt werden könnten. Beispielsweise müsste das beigetretene Land als Spieler aus dem Modell herausgenommen und der EU zugeschrieben werden. Eine Alternative wäre es an diesem Punkt, einem beigetretenen Land andere Strategien und Aktionsmöglichkeiten innerhalb des Modells zur Hand zu geben. Für diese Situation gibt es viele unterschiedliche Varianten der Umsetzung, die jeweils Vor- und Nachteile bieten. Die Möglichkeiten von Erweiterungen sind gerade in der dritten Stufe des Modells vielfältig. Es könnten beispielsweise aber auch an die bestehenden Ebenen des Modells weitere Spielstufen angehängt werden, mit denen noch andere Facetten berücksichtigt werden könnten und das modellierte Spektrum erweitert werden.

.

Teil 3: Simulation des Modells

1 Modellumsetzung

Die Umsetzung des Modells als parametrierbare Simulation erfolgt als eine Implementierung einer Java Applikation mit graphischem Userinterface.

1.1 Anforderungen

Die Anforderungen an die Programmiersprache sind die Darstellungsmöglichkeit der Anfangsparameter, der Berechnungsschritte sowie der Berechnungsergebnisse als graphisches Benutzerinterface und der Ansatz der Objektorientierung. Zusätzlich soll die Applikation dem Endbenutzer möglichst komfortabel zur Verfügung gestellt werden. Zu der Ergebnisdarstellung in quantitativer Form durch die berechneten Zahlen soll außerdem eine Möglichkeit existieren, diese in Form von Diagrammen anzuzeigen, um die Entwicklungen der Länder verschiedenartig aufzubereiten und visualisierbar zu machen. Zusammengefasst waren die Anforderungen also:

- Objektorientierter Programmieransatz
- Graphische Benutzerführung
- Komfortable Möglichkeit des Programmstarts für den Endnutzer
- Option der Ergebnisdarstellung in Diagrammform

1.2 Umsetzung der Anforderungen

1.2.1 Java

In Anbetracht der oben erwähnten Anforderungen, fällt die Wahl auf die objektorientierte Programmiersprache Java von Sun Microsystems, in der aktuellen Version 6.0. Diese Sprache bietet neben plattformunabhängigen GUIs (graphical user interfaces) auch unter anderem die bekannten Vorteile von einem strukturierten Exceptionhandling, der Möglichkeit von Methoden Überladungen, ein Sichtbarkeitskonzept und automatisches Speichermanagement.[374] Durch die mangelnde Erfahrung der Autorinnen in vergleichbaren Programmiersprachen, wie beispielsweise C# von Microsoft, wurde davon abgesehen diese zu verwenden.

Als Entwicklungsumgebung wird die open source Plattform Eclipse in der Version 3.4.2 verwendet.

1.2.2 GUI

Das GUI wird mit der Java-Laufzeitbibliothek SWING umgesetzt, die seit der Java Version 1.2 Bestandteil der Java-Runtime ist. Diese setzt auf AWT (abstract windowing toolkit) auf, bietet aber unter anderem wesentlich mehr Dialogelemente, Keyboard Accelerators, Tooltips und Layout Manager.[375] Vor allem die Möglichkeit der Darstellung von Tabellen[376] gibt für unsere Applikation den Ausschlag, uns für SWING zu entscheiden, da AWT dieses Element gar nicht zur Verfügung stellt.

Die Anforderung der eventbasierten graphischen Benutzeroberfläche wird somit mit der Wahl der Bibliothek SWING erfüllt.

1.2.3 JSmooth

Um den Start der Applikation ohne Installation von Entwicklungsumgebung und Import der Klassen zu ermöglichen, wird JSmooth verwendet, um aus unseren diversen Java Files eine .exe Datei zu erzeugen. Dieses windows executeable binary kann in jeder Umgebung ausgeführt werden auf der

[374] (Guido Krüger, 2008)
[375] (Profi., 2004)
[376] (Ullenboom, 2009),

Java läuft, einschließlich der Betriebssysteme Solaris und Linux.[377] JSmooth ist ein executable wrapper. „*Ein Wrapper ist allgemein ein Programm, das als Interface zwischen dem aufrufenden und dem umschlossenen Programmcode agiert.*“[378] Das bedeutet, dass die Java Applikation „umhüllt“ wird, und diese „Hülle“ stellt alle Informationen zur Verfügung, die benötigt werden um die Applikation zu starten. Beispielsweise sucht JSmooth selbstständig die installierte Java runtime environment (JRE) auf dem Endbenutzerrechner und bietet die Möglichkeit, automatisch einen JRE Download zu starten oder einfach eine sprechende Fehlermeldung auszugeben, welche Komponente auf dem Rechner fehlt und die Applikation deshalb nicht gestartet werden kann.

Mit dem Einsatz von JSmooth wird der Anforderung, dem Endbenutzer möglichst komfortabel den Start der Applikation zu ermöglichen genüge getan.

1.2.4 JFreeChart

Für die zusätzliche Visualisierung der Modellergebnisse neben der tabellarischen Auflistung der errechneten Werte fällt die Wahl auf Balken- und Liniendiagramme. Für die Umsetzung wird sich einer frei zugänglichen Java-Diagramm-Bibliothek bedient. Die Bibliothek „JFreeChart“ macht es Entwicklern möglich, komplexe Diagramme unterschiedlicher Darstellungsform in ihre Applikationen einzubinden. Das open source Projekt wurde im Jahr 2000 von David Gilbert gegründet und unterliegt der „GNU Lesser General Public License“. [379]

Die Vielfalt der Diagrammtypen und Darstellungsmöglichkeiten der Diagramme, die diese Bibliothek bietet wird in der Applikation bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Anforderung der Linien- und Balkendiagramme konnte daher mit dieser Bibliothek vollständig erfüllt werden.

[377] (Reyes, 2007)
[378] (www.at-mix.de - News und Online Lexikon zu Computer, Internet und eCommerce, 2009)
[379] (Limited, 2009)

2 Architektur

Die fertige Applikation besteht aus insgesamt 26 Klassen, wobei 17 davon der graphischen Aufbereitung dienen. Von diesen 17 sind zwei Klassen nur für das Rendern der Tabellen zuständig und weitere sechs Klassen wandeln die vorhandenen Ergebnisse je nach Userwunsch in Diagramme um. Im Folgenden wird auf die Software Architektur und somit auf den Model-View-Controller (MVC) Ansatz und das Klassenkonzept eingegangen. Letzteres wird mit einem UML Klassendiagramm veranschaulicht, indem die Klassen mit ihren wichtigsten Methoden abgebildet sind. Danach wird das GUI Konzept mit den Eingabemöglichkeiten des Anwenders erläutert. Mit einem Flussdiagramm wird die Öffnung von unterschiedlichen Fenstern im Zusammenhang mit den Useroptionen illustriert. Außerdem werden im Anschluss die Codierungsrichtlinien erwähnt, die die Autorinnen sich selbst auferlegt haben.

2.1 MVC Architektur

Der Grundgedanke einer MVC Architektur ist es, den Programmcode so zu strukturieren, dass es drei Ebenen gibt, die voneinander so getrennt sind. Somit ergeben sich klar definierte Schnittstellen. Vorteil dieser Art der Architektur ist es, die Komponenten der Applikation so zu entwickeln, dass die Wartbarkeit erleichtert und die Wiederverwendbarkeit erhöht wird. Da kein Framework verwendet wird, welches die Realisierung dieses Konzeptes vorschreibt, wird für die Applikation die folgende Trennung umgesetzt.

2.1.1 Controller

Dem Controller obliegt die Steuerung des Programms, er beinhaltet keine Datenmanipulationen. Der Controller nimmt von der Präsentationsschicht diverse Benutzeraktionen entgegen und übergibt sie dem Model. Der Controller besitzt also eine direkte Verbindung zum View und zum Model.

2.1.2 View

Als View wird die Präsentationsschicht bezeichnet. Sie ist für jegliche graphische Darstellung von Informationen zuständig. Da unsere Applikation eventbasiert ist, also Aktionen erst gesetzt werden, nachdem der Benutzer über seine Eingabe den Prozess anstößt, werden die Informationen vom View an den Controller weitergeleitet. Es besteht keine direkte Verbindung zwischen Model und View.

2.1.3 Model

Das Model beinhaltet die gesamte Geschäftslogik der Applikation. In dem erstellten Programm hat das Model nur die Möglichkeit, mit dem Controller zu interagieren. Das bedeutet, dass vom Model keine direkte Verbindung zu den Darstellungskomponenten besteht.

2.1.4 Erweiterung: Data

Da es einige Werte gibt, die bereits vor dem Start der Applikation feststehen, wird die drei Ebenen umfassende Architektur auf eine vierte ausgeweitet, nämlich dem Data Layer. Diese Ebene enthält alle Konstanten, wie beispielsweise die Spalten- und Zeilenüberschriften von Tabellen für die Präsentationsschicht, die Ausgangsnutzenwerte und -zielvariablen der Länder und die Vorbelegungen der parametrierbaren Werte in der Anfangsmaske. Da diese unveränderlichen Daten in keine der andern drei Ebenen passen, da sie weder steuern, noch Logik beinhalten noch der graphischen Darstellung dienen und alle diese Werte gekapselt in einer Klasse implementiert werden sollen, ist die Einführung dieser Ebene notwendig.

Die folgende Graphik stellt die von uns umgesetzte MVC(D) Architektur dar. Es wäre möglich, dass der Controller mit mehreren Models oder mehreren Data Klassen direkt verbunden ist. In unserem Fall allerdings, existiert nur eine Model- und nur eine Data Klasse aber viele Klassen, die dem Layer „View“ zugeordnet werden.

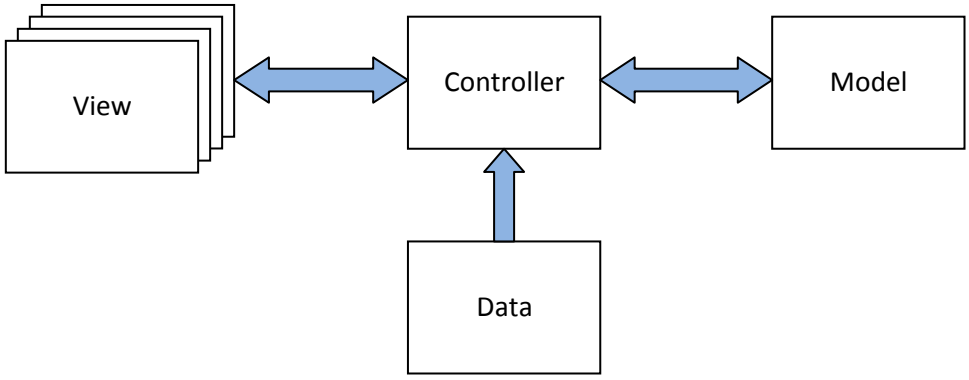


Abbildung 42: MVC(D) Architektur

2.2 Klassenkonzept

In den zwei Klassendiagrammen wird eine Übersicht der implementierten 26 Klassen gegeben.

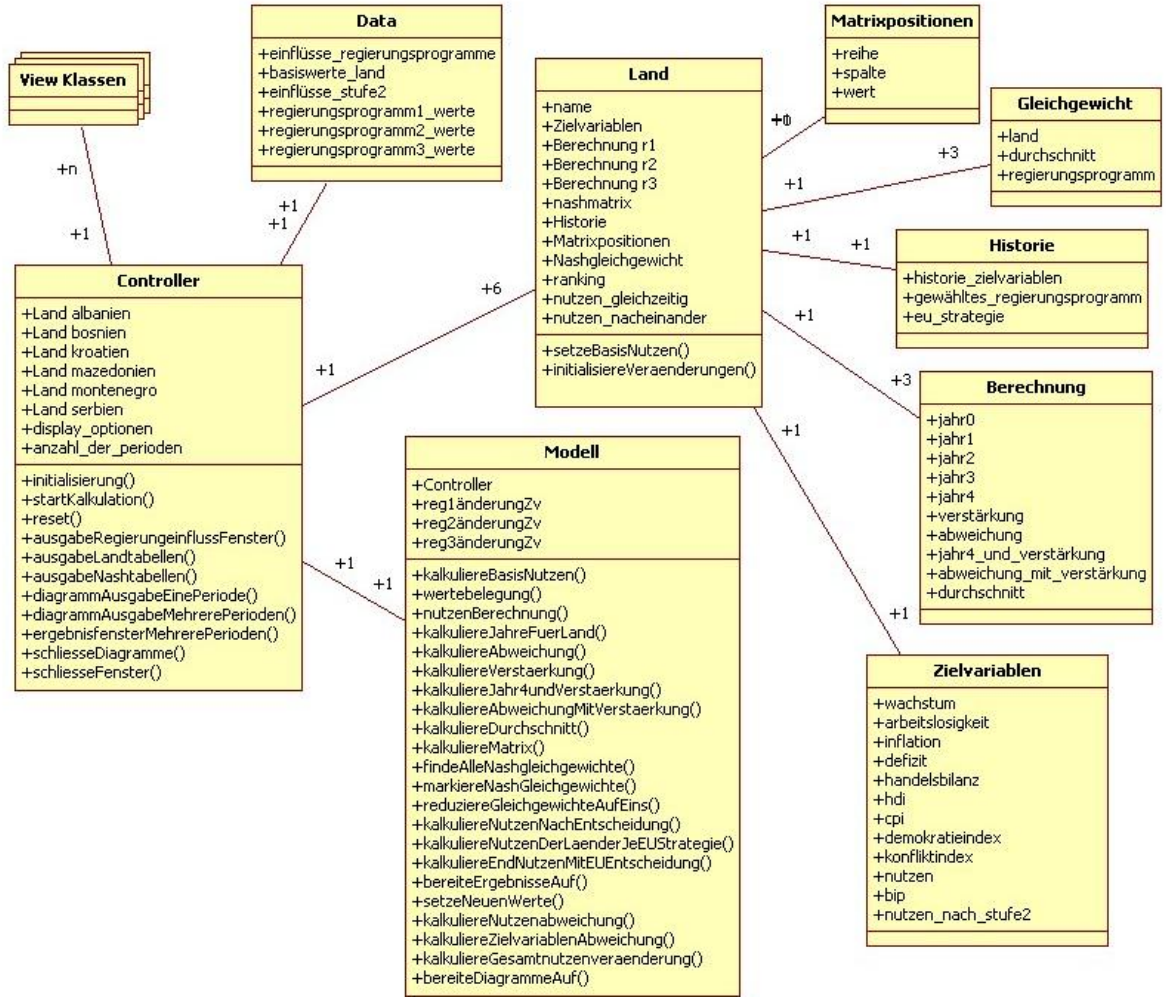


Abbildung 43: Klassendiagramm

Nicht berücksichtigt sind in dem obigen Diagramm alle Klassen, die der Präsentationsschicht angehören. Im Zentrum steht die Klasse „Land“, welche insgesamt sechs Mal vom Controller instanziert wird. Diese Instanzen stellen die Staaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien dar. Jedes Land instanziert genau ein Zielvariablenobjekt.

Darin sind die neun Zielvariablen, das BIP und der Nutzen (gesamt und nach Stufe zwei) gespeichert. Der Konstruktor des Landes beinhaltet die Basiswertbelegung, welche von der Klasse Data über den Controller zu den jeweiligen Landinstanzen weiter gereicht werden. Des Weiteren hat jedes Land eine Historie, die in der gleichnamigen Klasse gespeichert wird. Diese beinhaltet alle kalkulierten Zielvariablen und den Endnutzen im Zeitverlauf, sowie die gewählten Regierungsprogramme und die Entscheidungen der EU. Einem Land sind insgesamt drei Berechnungsobjekte zugeordnet. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass bei jedem Durchlauf alle drei Regierungsprogramme kalkuliert werden. In diese Berechnungen fließen die Verstärkungspunkte und die Änderungen ein, die die jeweiligen Regierungsprogramme pro Jahr auf die Zielvariablen bewirken. Außerdem beinhalten sie den Durchschnitt der anderen Länder bei der Wahl des entsprechenden Regierungsprogramms. Diese Einflussveränderungen sind neben dem Controller die einzigen Klassenvariablen des Modells. Der Grund dafür ist, dass sie für alle sechs Länder gleich bleiben und somit nicht pro Land gespeichert werden müssen. Jedes Land hat zudem eine Nash-Gleichgewichtsmatrix, die mit Matrixpositionen der errechneten Gleichgewichte zusammenhängt. Da die Möglichkeit besteht, dass eines oder mehrere Gleichgewichte gefunden werden, enthält die Klasse Land noch ein zusätzliches Attribut, welches das tatsächlich gewählte Gleichgewicht abspeichert. Der Nutzen der Länder ändert sich, wie im Modellkapitel genauer nachgelesen werden kann, in Abhängigkeit der Entscheidung der Europäischen Union. Dabei spielt auch die Platzierung des Landes im Vergleich mit seinen fünf Konkurrenten eine Rolle, welches jeder Instanz eines Landobjekts in der Variablen „ranking“ hinterlegt wird. Pro Land werden zwei Nutzen kalkuliert, die bereits feststehen bevor die EU sich für eine Strategie entschieden hat. Dabei handelt es sich um die Attribute „nutzen_gleichzeitig“ und „nutzen_nacheinander“. Je nach Wahl der EU wird zur Endnutzenberechnung der entsprechende Nutzen herangezogen.

Die abgebildeten Methoden repräsentieren nur einen kleinen Teil der tatsächlich implementierten. Auf eine vollständige Auflistung der Klassenfunktionalität wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet und nur die relevanten Methoden dargestellt. Die Klassen Matrixposition, Zielvariablen, Berechnung, Gleichgewicht, Historie und Data enthalten ausschließlich Getter und Setter Methoden, auf deren Abbildung verzichtet wurde. Bereits an der Namensgebung kann erkannt werden, dass das Modell, wie bereits erwähnt, die komplette Geschäftslogik beinhaltet. Der Controller stellt nicht nur die Schnittstelle zwischen dem Anwender und der Applikation, sondern auch zwischen den einzelnen Klassen untereinander dar.

Um auch jene Klassen darzustellen, die für die graphische Aufbereitung der Anfangsmaske, Berechnungsschritte und Ergebnisaufbereitung für den Benutzer zuständig sind, wird ein zusätzliches Klassendiagramm modelliert. Dieses zeigt nun alle Klassen, die selbst JFrame erweitern (also für den Benutzer ein Fenster darstellen), GUI Komponenten, die in diese eingebettet sind und Klassen, die für die Darstellung von Diagrammen zuständig sind. Der Ausgangspunkt jeder Instanzierung einer solchen Klasse erfolgt vom Controller, der die Objekte persistent hält und deren Aufruf steuert. Der Controller ist sowohl in dem Klassendiagramm oben wie auch hier der gleiche, es wurde lediglich der Focus bei der Auswahl der Attribute und Operationen auf die View Ebene gelegt.

Wie aus dem folgenden Diagramm ersichtlich ist, besteht das Startfenster als einziges aus mehreren Klassen. Diese erweitern JPanel und sind in dem Layout des Startfensters eingebunden. Sie stellen editierbare Tabellen dar, in denen der Anwender die Parametrierung für die Kalkulation vornehmen kann. Darüber hinaus wurde in diesen Klassen auch die Eingabeüberprüfung implementiert um sicher zu stellen, dass die Benutzereingaben valide sind und in den definierten Wertebereichen liegen. Die beiden Ergebnisfenster bedienen sich des gleichen TableCellRenderers. Dieser ist dafür zuständig, jede zweite Zeile in der Ergebnismatrix farblich hervorzuheben um eine bessere Lesbarkeit zu erreichen. Ein solcher Renderer wird in abgeänderter Form auch bei dem Fenster verwendet, welches die Nash-Matrizen darstellt. Hierbei werden allerdings die Positionen der berechneten Werte übergeben. Mit dieser Information markiert der TableCellRendererGleichgewichte die entsprechenden Werte. Die Fenster für die Länder- und Regierungsprogrammausgaben stellen die Detailansicht der Kalkulation dar, bei dem die einzelnen Werteberechnungen visualisiert werden

können. Alle Diagramme sind mit dem entsprechenden Präfix im Namen ausgestattet und werden vom Benutzer ebenfalls als sich öffnende Fenster wahr genommen. Bei ihrer Instanzierung werden vom Controller die jeweils nötigen Werte mitgegeben. Zusätzlich ist es für die Illustration der Ergebnisse notwendig, die Kategorienamen und eventuell Achsenbezeichnungen mit zu übergeben. Alle diese Bezeichnungen sind statisch und werden vom Controller über die Klasse Data mit Hilfe von Get-Methoden geholt und zu den Präsentationskomponenten weiter gereicht.

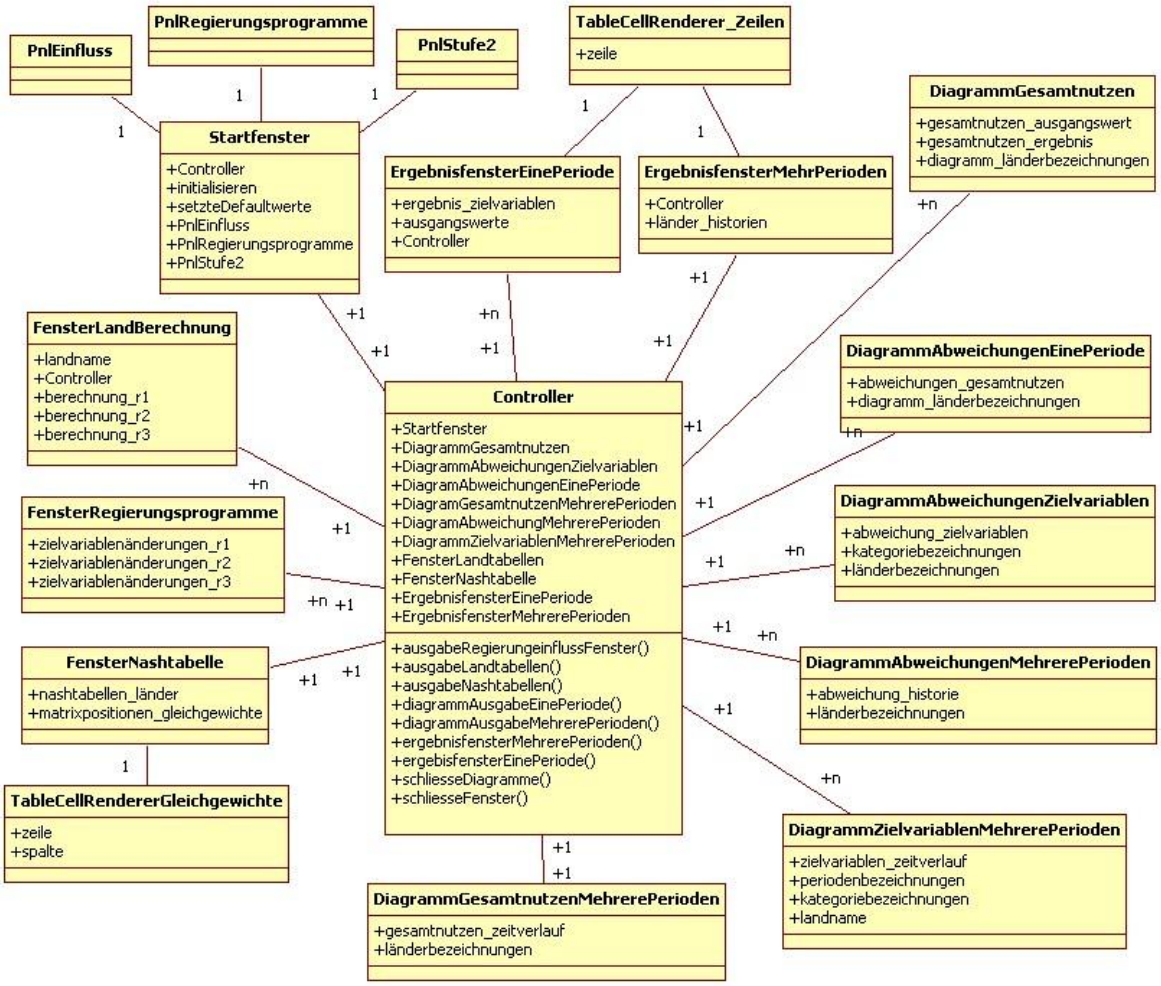


Abbildung 44: Klassendiagramm Präsentationsebene

Die beiden Klassendiagramme stammen nicht aus unterschiedlichen Programmen sondern stellen zusammen ein großes Klassendiagramm dar. Durch den Einsatz der MVC(D) Architektur ist es möglich die Ansicht auf zwei Graphiken aufzuteilen, da die Präsentationsschicht nur mit dem Controller interagiert. Durch diese Trennung konnten Klassenattribute und Methodenaufzählungen dargestellt werden, die bei einer einzigen Abbildung nicht mehr lesbar gewesen wären. Wie bereits erwähnt beinhalten alle Klassen Methoden, die in den Diagrammen nicht abgebildet sind. Ziel der Abbildungen ist nicht eine vollständige Auflistung aller Klassenelemente, sondern der Überblick über die Umsetzung des Modells aus technischer Sicht.

2.3 GUI Konzept

Die Schnittstelle zwischen der Applikationslogik und dem Benutzer wird durch eine graphische Benutzerführung realisiert. Dieses ist framebasiert und erlaubt dem Anwender durch die Eingabe von Parametern direkt auf die Berechnung Einfluss zu nehmen.

Um die verschiedenen Möglichkeiten zu modellieren, die dem Benutzer innerhalb des Systems zur Verfügung stehen, wird ein Anwendungsfalldiagramm abgebildet.

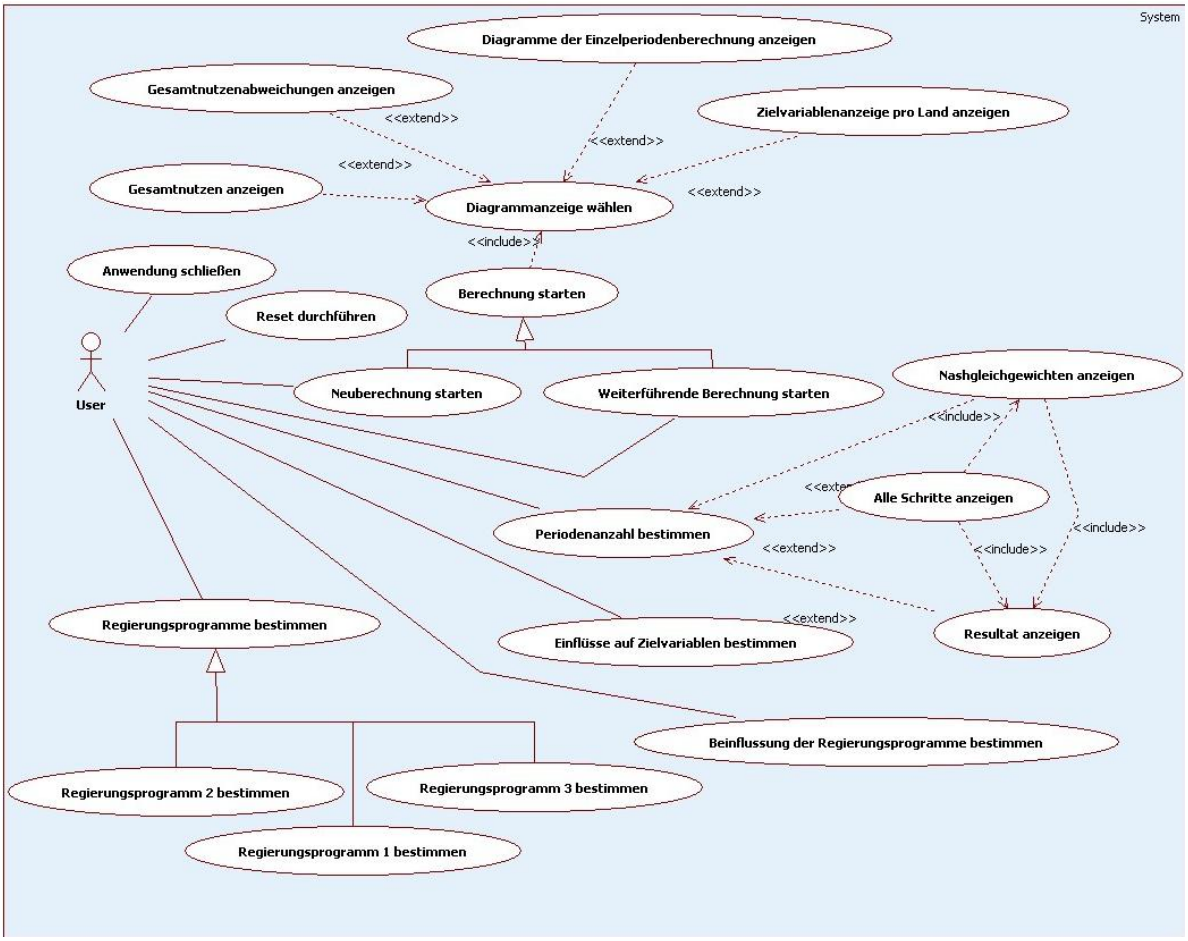


Abbildung 45: Anwendungsfalldiagramm

Da die Applikation kein Usermanagement beinhaltet, es also weder Zugangsbeschränkungen noch einen Administrator gibt, enthält die obige Graphik nur eine Benutzerrolle, den User.

Neben den Grundfunktionalitäten, wie dem Schließen der Applikation, dem Reset oder dem Start der Kalkulation, ist es dem Benutzer außerdem möglich die Berechnungsschritte in unterschiedlichem Detailierungsgrad zu verfolgen. Nach der obligatorischen Ergebnisdarstellung, die am Ende der festgelegten Periodenanzahl erfolgt, wird dem Anwender die Option der Ergebnisdarstellung in Form von Diagrammen geboten. Diese erweitern die tabellarische Auflistung der kalkulierten Zahlen und erlaubt mehrere Sichten auf das Ergebnis.

2.3.1 Layout

Die Darstellung der Fenster erfolgte mit Klassen, die die Klasse JFrame erweitern. Diese Frames, die standardmäßig Funktonalitäten wie minimieren, maximieren und schließen des Fensters beinhalten, gliedern sich weiter in JPanels. Ein JPanel stellt einen Container für alle weiteren GUI-Komponenten wie Tabellen, Radiobuttons, Labels, Textfelder, usw. dar. In allen Fenstern bis auf das Startfenster wurden keine Layouts ineinander verschachtelt.

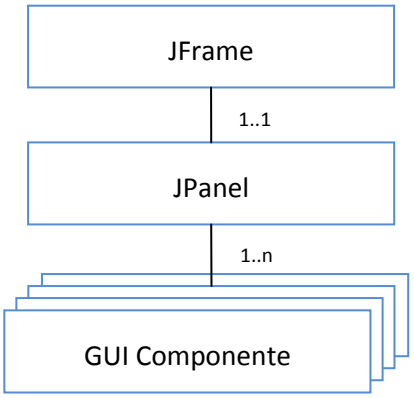


Abbildung 46: Aufbau aller Fenster (außer das Startfenster)

Ein Vorteil von der verwendeten Bibliothek SWING ist die Möglichkeit der Einbindung von Layout Managern. Bei deren Verwendung müssen Bedienelemente nicht in absoluten Koordinaten angeordnet werden, sondern die Positionierung wird durch den gewählten Layout Manager übernommen. Der Vorteil davon ist die dynamische Anordnung der GUI Komponenten, wenn die Größe des Fensters verändert wird. In unserer Applikation fand das GridBagLayout im Startfenster Verwendung. Die Darstellungselemente sind in vier Panels unterteilt, wobei drei davon eigene Klassen darstellen und eines innerhalb des Frames implementiert wurde.

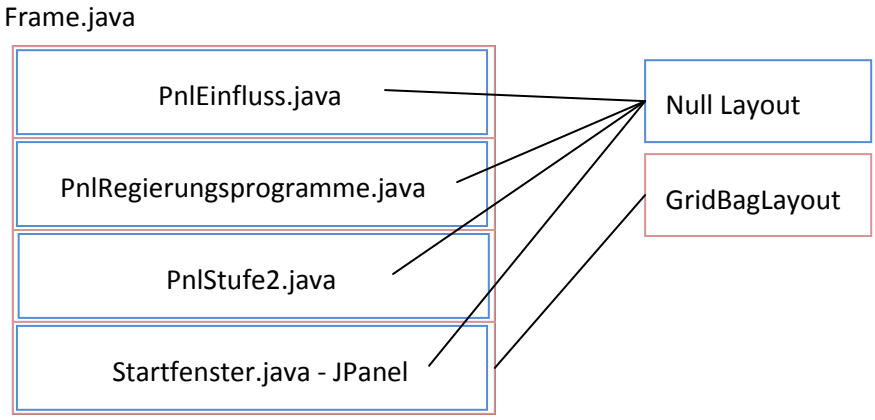


Abbildung 47: Einsatz von Layout Managern in Frame.java

Bei dem Entwicklungsprozess der Applikation haben die Autorinnen sich allerdings entschieden, dem Benutzer die Möglichkeit zu nehmen, die Fenster größenverstellbar zu machen. Einzige Ausnahme stellen jene Frames dar, die Diagramme beinhalten. Die Gründe dafür sind einerseits, dass alle Inhalte auf der default Fenstergröße ohne Einschränkung Platz haben und andererseits die präzise aufeinander abgestimmte Größeneinstellung der sich im Laufe des Programmablaufs öffnenden Fenster. Nur durch diese Darstellung war die Optimierung des GUI auf eine Bildschirmauflösung möglich. Dadurch kann allerdings der Vorteil eines Layout Managers nicht genutzt werden. Es wird für alle anderen Fenster das Null-Layout verwendet und gänzlich auf Layout Manager verzichtet.

2.3.2 Zusammenhang zwischen Benutzerwahl und sich öffnenden Fenstern

Um den Zusammenhang zwischen den möglichen Benutzereingaben und der Öffnung diverser Fenster zu veranschaulichen, dient folgendes Flussdiagramm. Die gelb dargestellten Kästchen stellen die Fenster dar, die sich während des Programmablaufes in Abhängigkeit der Benutzereingaben öffnen. Bei der Wahl des Landes, welches zwei Mal im Diagramm vorkommt, erhält der Benutzer die Möglichkeit zwischen den sechs behandelten Staaten AL (Albanien), BA (Bosnien-Herzegowina), HR (Kroatien), MA (Mazedonien), MO (Montenegro) und RS (Serbien) zu wählen.

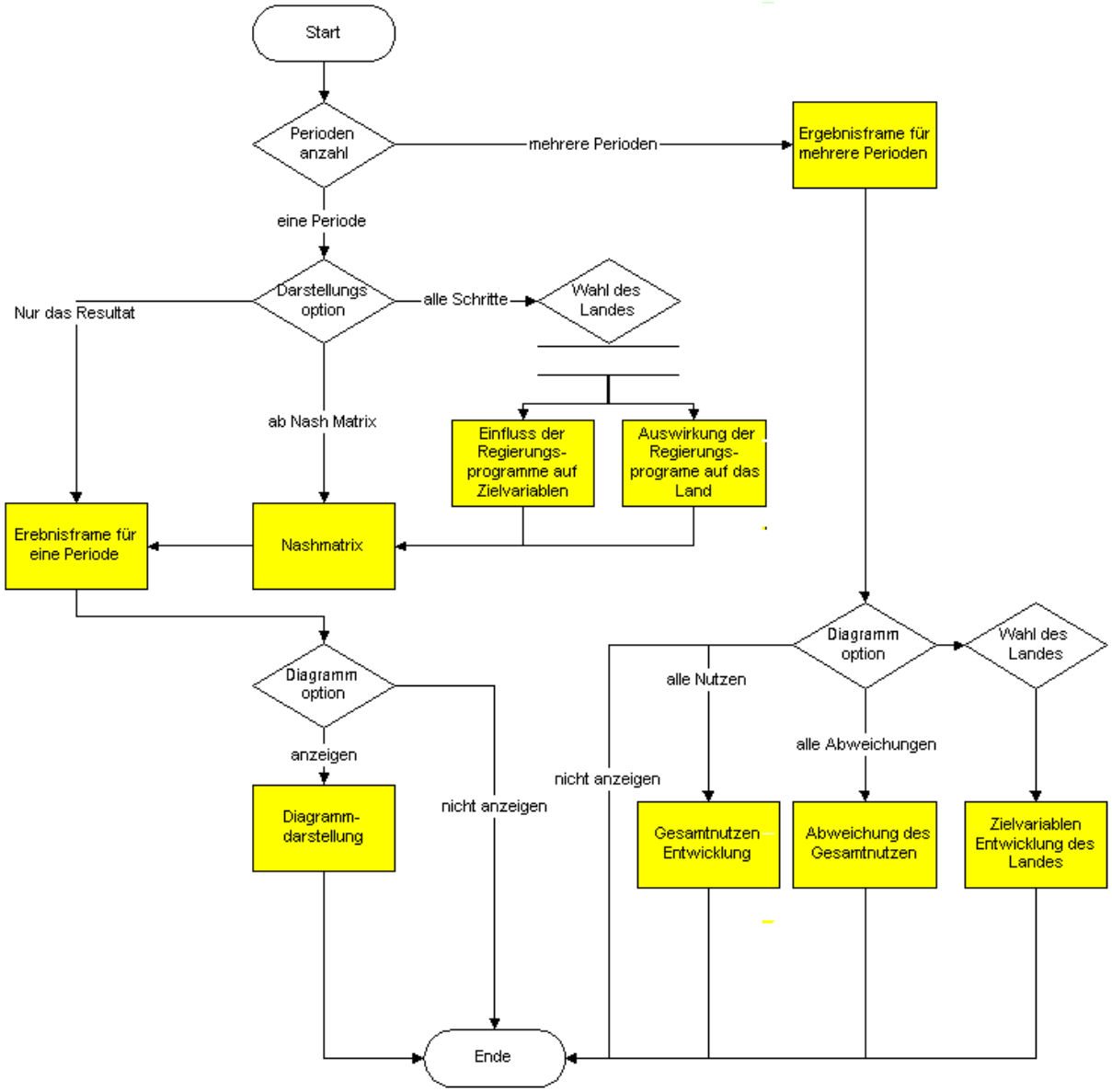


Abbildung 48: Zusammenhang zwischen Benutzereingaben und Fensterdarstellung

Am Anfang des Entscheidungsbaumes steht die Benutzerwahl, ob eine oder mehrere Perioden auf einmal berechnet werden sollen. Die grundsätzliche Berechnung ist selbstverständlich in beiden Fällen die gleiche, allerdings unterscheiden sich die Darstellungsmöglichkeiten für den Benutzer erheblich. Bei der Berechnung nur einer Periode können die Berechnungsschritte detailliert verfolgt werden wohingegen bei der Berechnung mehrerer Perioden die Langzeitentwicklungen der Länder einzeln oder im Vergleich betrachtet werden können.

2.3.3 Bildschirmauflösung, Fensteranordnung

Die Applikation ist für die Bildschirmauflösung von 1024x768 Pixel optimiert. Der Grund für diese Wahl war die Tatsache, dass aktuell die Mehrheit der Computerbenutzer auf dieser Auflösung arbeitet, was durch Browserstatistiken belegt werden kann.[380]

Die folgenden Screenshots zeigen die drei Möglichkeiten, bei denen am meisten Fenster gleichzeitig von der Applikation geöffnet werden, sowie deren Anordnung. Trotz der hohen Informationsdichte wurden die Grenzen von 1024 Pixel in der Breite und 768 Pixel in der Höhe eingehalten.

[380] (W3schools.com, 2009)

Diese Abbildung zeigt die Fenster, die bei der Auswahl des Benutzers „eine Periode“ und „alle Schritte anzeigen“ geöffnet werden.

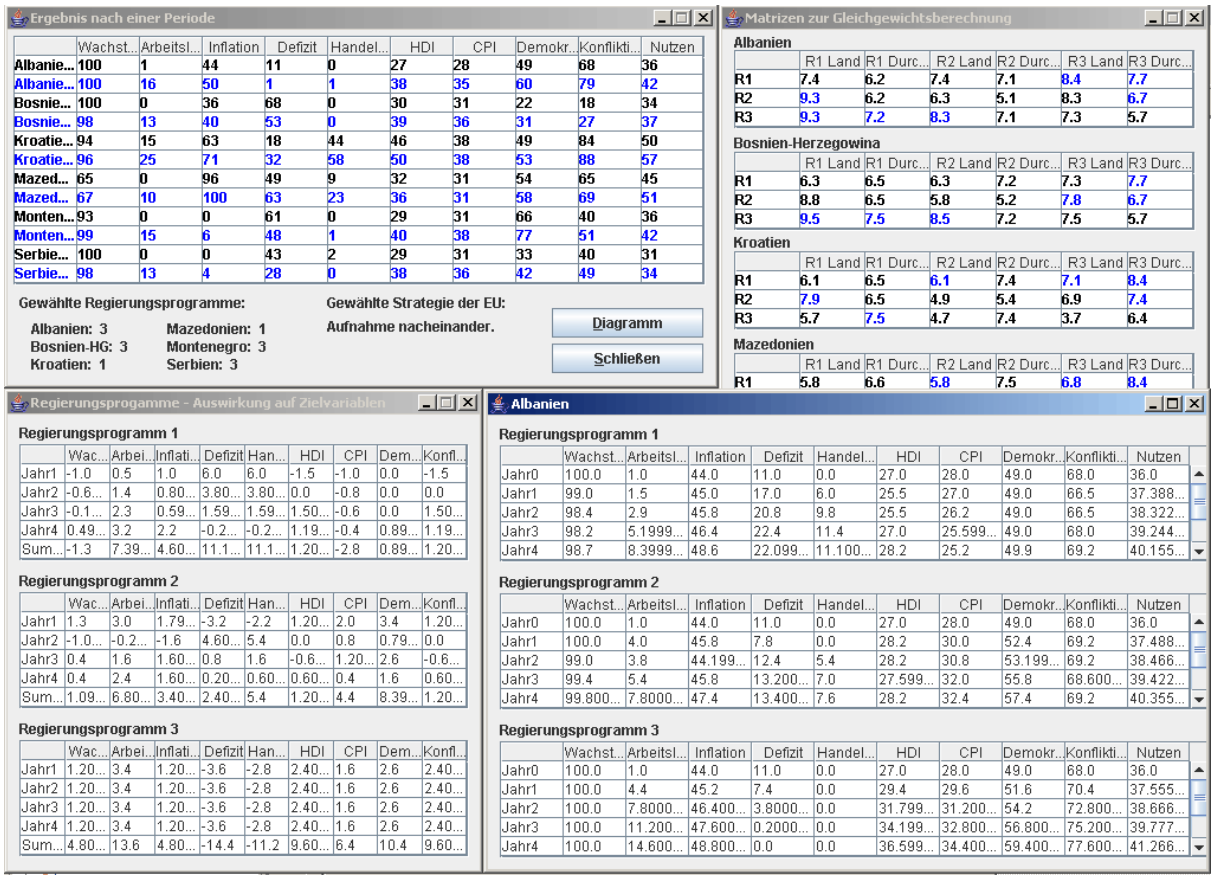


Abbildung 49: Fensteranordnung bei der Ausgabe aller Schritte

Die folgende Graphik zeigt die Fensteranordnung, wenn bei dem Ergebnisfenster für eine Periode der „Diagramm“ Button geklickt wird.

Abbildung 50: Fensteranordnung bei Ausgabe der Diagramme bei der Berechnung einer Periode

Diese Darstellung bildet das Ergebnisfenster für mehrere Perioden ab und zeigt die Position der sich öffnenden Fenster, wenn der Benutzer „alle Abweichungen“ anzeigen lässt. Wird ein anderer Diagrammtyp gewählt, erfolgt die Darstellung an derselben Stelle wie das hier abgebildete. Die davor geöffneten Diagramme werden dabei nicht automatisch geschlossen.

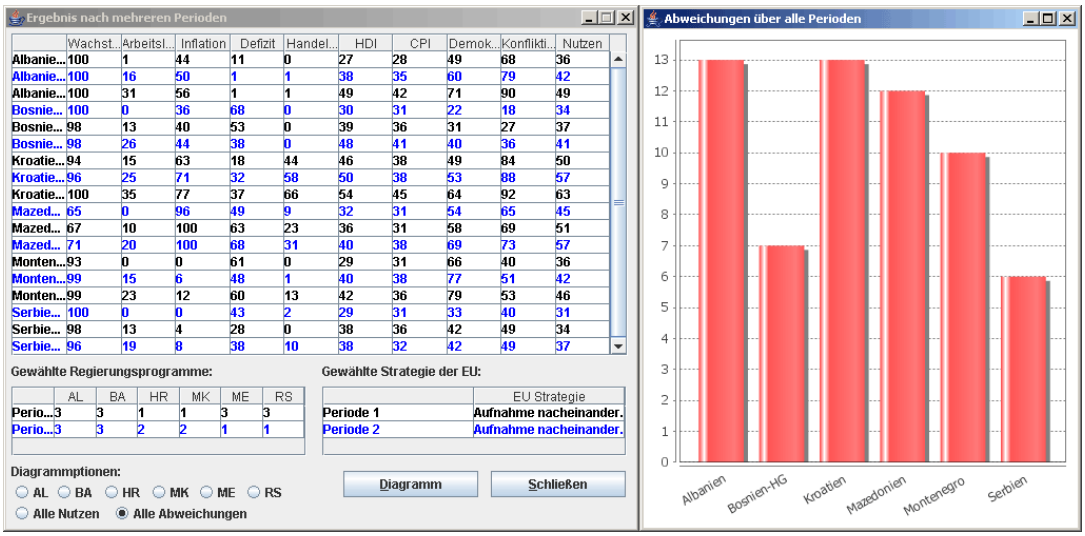


Abbildung 51: Fensteranordnung bei der Berechnung mehrerer Perioden

2.3.4 Verwendete GUI Komponenten

Für die tabellarische Darstellung von unterschiedlichen Werten werden JTables verwendet, die die SWING Bibliothek zur Verfügung stellt. Da aufgrund des knappen Platzes und wegen dynamischer Tabellenbefüllung (bei mehreren Perioden) eine vollständige Darstellung der Tabellen in den Fenstern nicht gewährleistet werden kann, werden die JTabels in JScrollPanes eingebettet. Diese erlauben das Scrollen, falls die Tabellengröße sich über die Höhe des definierten Bereiches erstreckt.

Die verwendeten JRadioButtons werden je nach Zugehörigkeit in JButtonGroups zusammengefasst. Damit ist gewährleistet, dass bei der Auswahl einer anderen als der Default-Selektion diese automatisch zu der neuen Auswahl überspringt und somit nie mehrere Radiobuttons gleichzeitig selektiert werden können.

In einigen Tabellen werden gewisse Werte gehighlightet. Diese Hervorhebung wurde mit Klassen bewerkstelligt, die die Klasse TableCellRenderer erweitern.

Alle Buttons sind JButtons, die immer über einen Alt-Text verfügen und mit einem Keyboard Shortcut ansprechbar sind. Die Tastenkombination beinhaltet das gleichzeitige Drücken der „ALT“ Taste mit der Taste des Buchstaben, der in der Beschriftung des Buttons unterstrichen ist.

Sonst werden JLabel und JTextField verwendet. Wie erwähnt, leiten sich die Fenster alle von JFrame ab und beinhalten wiederum JPanels.

2.4 Coderichtlinien

2.4.1 Sichtbarkeitskonzept

In allen erstellten Klassen wurde das Sichtbarkeitskonzept von Java berücksichtigt. Das heißt, dass alle Klassenvariablen als private gekennzeichnet sind. Ebenfalls sind alle Methoden einer Klasse, die keine Schnittstelle zu einer anderen darstellen private.

2.4.2 Variablen- und Klassenbenennungen

Bei dem Erstellen von Methoden und der Deklaration von Variablen wird auf eine sprechende Bezeichnung Wert gelegt.

Einheitlich wurden auch die Benennung der Klassennamen und die GUI Komponenten durchgeführt. Im Folgenden werden die Richtlinien aufgezählt, die nach der Meinung der Autorinnen eine bessere Übersicht und schnellere Wartbarkeit der Klassen bewirken.

- Fenster<Name>.java wurden alle Klassen benannt, die JFrame erweitern und kein Diagramm beinhalten.
- Diagramm<Name>.java wurden alle Klassen benannt, die JFrame erweitern und zusätzlich ein Diagramm beinhalten.
- Pnl<Name>.java wurden alle Klassen benannt, die JPanel erweitern.
- Alle Variablennamen von JTables beginnen mit „tbl“.
- Alle Variablennamen von JRadiobutton beginnen mit „rb“.
- Alle Variablennamen von JLabel beginnen mit „lbl“.
- Alle Variablennamen von JButtons beginnen mit „btn“.
- Alle Variablennamen von JPanels beginnen mit „pnl“.
- Alle Variablennamen von JTextFields beginnen mit „txt“.
- Alle Methoden, die im Model für die Berechnung von Werten zuständig sind, beginnen mit kalkuliere<name>
- Alle Methoden im Model, die für die Zusammenführung von Objekten zuständig sind, beginnen mit fuehre<objektname>Zuammen.

2.4.3 Sprache

Sowohl bei der Namensgebung diverser Klassen, Attributen und Methoden als auch das gesamte graphische Benutzerinterface sind in deutscher Sprache geschrieben.

3 Applikationsbeschreibung aus Anwendersicht

3.1 Systemanforderungen

Die Systemanforderung, um die Applikation starten zu können ist ein installiertes JRE (Java Runtime Environment) in einer neuen Version. Ist dieses noch nicht am PC installiert wird eine entsprechende Fehlermeldung ausgegeben. Es ist nicht notwendig eine Entwicklungsplattform wie beispielsweise Eclipse zu installieren, um die Applikation zu launchen.

Die Voraussetzung für eine optimale Darstellung aller Fenster, deren Anzahl je nach Selektion der Darstellungsoptionen variieren, ist 1024 x 768 Pixel.

3.2 Programmablauf

Im Folgenden werden alle Elemente der Applikation beschrieben. Das beinhaltet sowohl die Darstellung der Eingabemöglichkeiten durch den Benutzer, als auch die Meldungen im Fehlerfall und die Beschreibung der einzelnen Fenster, die sich abhängig von der Benutzerwahl öffnen. Wenn nicht anders ausgewiesen, wurden die Screenshots immer von der Berechnung, ausgehend von der Default Wertebelegung gemacht.

3.2.1 Parametrisierung

Die Eingabemöglichkeiten des Benutzers dienen der Parametrierung von Anfangsvariablen und der Auswahl der Anzeige unterschiedlicher Fenster, die entweder Berechnungsschritte anzeigen, oder die Ergebnisse darstellen, sowie der Steuerung des Programmablaufs.

Der Anwender hat am Anfangsbildschirm die Möglichkeit Werte zu parametrieren die dann direkt in die Berechnung einfließen. Alle parametrierbaren Werte werden in JTabels eingegeben und beim Start der Applikation mit Defaultwerten befüllt. Dabei ist zu beachten, dass die Änderung eines Defaultwerts in eine JTable nur dann erfolgt, wenn die Eingabe mit dem Drücken der Enter-Taste bestätigt wurde, oder die editierte Zelle nach der Änderung verlassen wurde. Andernfalls wird der zuvor in der Zelle stehende Wert in der Kalkulation angewandt.

In den folgenden Unterpunkten wird nur eine kurze Beschreibung geliefert, was die Parameter bedeuten. Deren genaue Funktion innerhalb der Berechnung ist im Modellkapitel nachzulesen.

3.2.1.1 Einflüsse der Instrumente auf Zielvariablen

Im Startfenster stellt der erste Eingabebereich den Einfluss der vier Instrumente auf die Zielvariablen Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Defizit, Handelsbilanz, HDI, CPI, Demokratieindex und Konfliktindex dar. Der festgelegte Wert pro Instrument und Zielvariable gibt die Veränderung der Variable an, wenn ein Instrument zu 100 Prozent in einem Jahr zum Einsatz kommt. Den Anteil eines Instruments pro Jahr wird in den Regierungsprogrammparametern festgelegt. Die nachfolgende Graphik zeigt die Defaultbelegung der Einflüsse nach dem Start der Applikation.

	Wachstu...	Arbeitslo...	Inflation	Defizit	Handels...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...
Instrument 1	2	5	6	-4	-4	0	0	3	0
Instrument 2	-4	-4	-4	16	16	-3	-2	-3	-3
Instrument 3	1	1	0	-2	0	0	4	5	0
Instrument 4	1	5	0	-5	-5	6	0	0	6

Abbildung 52: Einfluss der Instrumente auf die Zielvariablen

3.2.1.1.1 Eingabeüberprüfung

Eine weitere Verarbeitung der Werte erfolgt nur dann, wenn in allen Tabellenzellen numerische Werte eingegeben wurden. Dies wird durch eine Eingabeprüfung festgestellt. Falls ein Feld also nichts, oder ein alphanumerisches Zeichen beinhaltet, wird nach dem Verlassen des Focus von der

editierten Zelle oder beim Drücken der Enter Taste die Prüfung angestoßen. Im Fehlerfall wird der Wert automatisch durch Null ersetzt und folgende Meldung ausgegeben:

Abbildung 53: Fehlermeldung bei falsch eingegebenen Werten

Der zugelassene Wertebereich für jeden Beeinflussungswert liegt zwischen -100 und +100. Außerdem ist nur die Eingabe von ganzzahligen Werten zulässig. Falls der Wertebereich über- oder unterschritten wird, erfolgt ebenfalls die Ausgabe einer Fehlermeldung und die Eingabe wird auf den Wert Null korrigiert.

Abbildung 54: Fehlermeldung bei Über- bzw. Unterschreitung des Wertebereiches

3.2.1.1.2 Summenberechnung

Unterhalb jeder Spalte werden automatisch die Summen der Zielvariablen von allen Instrumenten ausgegeben. Diese fließen nicht in die Berechnung ein, dienen allerdings für die Parametrierung der Instrumenteneinflüsse als Hilfestellung. Angestoßen wird die Berechnung vom erstmaligen Start der Applikation und mit jeder Änderung der Einflussgrößen.

Einfluss der Instrumente auf die Zielvariablen

	Wachstu...	Arbeitslo...	Inflation	Defizit	Handels...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...
Instrument 1	2	5	6	-4	-4	0	0	3	0
Instrument 2	-4	-4	-4	16	16	-3	-2	-3	-3
Instrument 3	1	1	0	-2	0	0	4	5	0
Instrument 4	1	5	0	-5	-5	6	0	0	6
	0	**7**	**2**	**5**	**7**	**3**	**2**	**5**	**3**

Abbildung 55: Summenberechnung für den Einfluss der Zielvariablen

3.2.1.2 Regierungsprogramme

Der zweite Eingabebereich im Startfenster stellt die drei Regierungsprogramme dar die, wie die Einflüsse der Instrumente auf die Zielvariablen, parametrierbar sind. Diese Werte geben an, welche Instrumente in den Regierungsprogrammen pro Jahr in welchem Ausmaß zum Einsatz kommen. Beispielsweise wird im Regierungsprogramm 1 das Instrument 1 und das Instrument 2 zu jeweils 50 Prozent angewandt.

Regierungsprogramm 1

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.5	0.5	0.0	0.0
Jahr2	0.4	0.4	0.0	0.2
Jahr3	0.3	0.3	0.0	0.4
Jahr4	0.5	0.2	0.0	0.3

Regierungsprogramm 2

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.3	0.0	0.5	0.2
Jahr2	0.0	0.4	0.4	0.2
Jahr3	0.4	0.2	0.4	0.0
Jahr4	0.4	0.2	0.2	0.2

Regierungsprogramm 3

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr2	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr3	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr4	0.2	0.0	0.4	0.4

Abbildung 56: Anwendung der Instrumente pro Jahr

3.2.1.2.1 Eingabeüberprüfung

Wie bei der Eingabe der Einflussvariablen erfolgt auch bei den Regierungsprogrammanteilen die Prüfung, ob die Werte numerische Zahlen darstellen. Die Fehlermeldung falls dies nicht der Fall ist, ist identisch mit der, die bei den Einflussparametern ausgegeben wird. Der Wertebereich der Zahlen erstreckt sich hier von 0 bis 1. Die Eingabe erlaubt somit auch Fließkommazahlen.

Da die Zahlen Prozente darstellen, müssen die Werte innerhalb eines Regierungsprogramms pro Jahr 1 ergeben. Die Überprüfung erfolgt nach dem Verlassen des Focus der editierten Zeile. Ergibt die Summe nicht 1, so wird folgende Fehlermeldung ausgegeben und die Summe auf 1 gesetzt. Dies geschieht, indem das Instrument 1 auf den Wert 1 gesetzt wird und alle anderen Instrumente 0.

Abbildung 57: Fehlermeldung, wenn die Zeilensumme der Regierungsprogramme nicht 1 ergibt

Durch die Eingabeüberprüfung, die erst beim Verlassen der Zeile angestoßen wird, müssen zusätzlich vor dem Start der Berechnung nochmals von jedem Regierungsprogramm alle Zeilensummen überprüft werden. Dadurch wird sichergestellt, dass der Benutzer keine falschen Werte eingegeben hat, selbst wenn die Zeile des editierten Regierungsprogramms nicht mehr verlassen wurde. Diese Überprüfung wird ausgelöst, sobald der Benutzer auf „Start“ oder „Weiter“ geklickt hat. In diesem Fall werden die ungültigen Eingabezeilen nicht markiert oder zurückgesetzt, sondern es erscheint eine allgemeine Fehlermeldung.

Abbildung 58: Fehlermeldung, wenn eine oder mehrere Zeilensummen der Regierungsprogramme nicht 1 ergeben

3.2.1.2.2 Summenberechnung

Um bei der Zusammenstellung der Regierungsprogramme immer sofort die Summe der verwendeten Instrumente beobachten zu können, wird unter jeder Spalte eine entsprechende Summe angezeigt. Diese berechnet sich automatisch neu, sobald eine Änderung in der Tabelle erfolgt.

Regierungsprogramm 1

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.5	0.5	0.0	0.0
Jahr2	0.4	0.4	0.0	0.2
Jahr3	0.3	0.3	0.0	0.4
Jahr4	0.5	0.2	0.0	0.3
	1.7	**1.4**	**0.0**	**0.9**

Regierungsprogramm 2

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.3	0.0	0.5	0.2
Jahr2	0.0	0.4	0.4	0.2
Jahr3	0.4	0.2	0.4	0.0
Jahr4	0.4	0.2	0.2	0.2
	1.1	**0.8**	**1.5**	**0.6**

Regierungsprogramm 3

	I1	I2	I3	I4
Jahr1	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr2	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr3	0.2	0.0	0.4	0.4
Jahr4	0.2	0.0	0.4	0.4
	0.8	**0.0**	**1.6**	**1.6**

Abbildung 59: Summenberechnung für den Einsatz der Instrumente in den Regierungsprogrammen

3.2.1.3 Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander

Die Parametrierung der Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander stellt den letzten editierbaren Bereich des Eingabefensters dar. Hierbei kann festgelegt werden, wie die Wahl jedes Regierungsprogramms pro Land sich auf das jeweilige Land und alle anderen Länder auswirkt. In der ersten Zeile wird bei den Defaultwerten beispielsweise festgelegt, dass wenn sich ein Land für

Regierungsprogramm 1 entscheidet, es selbst keinen Vor- oder Nachteil (also 0 Punkte) daraus zieht, falls sich der Durchschnitt der anderen Länder ebenfalls für Regierungsprogramm 1 entscheidet.

Beeinflussung der Regierungsprogramme

	R1	R1	R2	R2	R3	R3
R1	0	0	0	1	1	1
R2	2	0	-1	-1	1	0
R3	1	1	0	1	-1	-1

Abbildung 60: Beeinflussung der Regierungsprogramme

3.2.1.3.1 Eingabeüberprüfung

Auch hier wird jeder Wert darauf geprüft, ob er eine Zahl darstellt. Tut er das nicht, wird er auf Null gesetzt und eine entsprechende Fehlermeldung ausgegeben. Die Werte bei der Beeinflussung der Regierungsprogramme müssen ganzzahlig sein und zwischen -100 und +100 liegen. Die Prüfung erfolgt nach dem Verlassen der geänderten Zelle, oder bei dem Klick von Enter.

3.2.2 Steuerung des Programmflusses

Neben den Grundfunktionalitäten wie Minimieren, Maximieren und Schließen die jedes geöffnete Fenster besitzt, hat der User verschiedene Möglichkeiten den Programmfluss zu steuern. Diese Steuerelemente sind mit JButtons implementiert, die in jedem Fenster rechts unten platziert sind.

3.2.2.1 Reset

Die Reset-Funktionalität setzt alle kalkulierten Werte wieder auf die Ausgangsbelegung zurück. Das Gleiche geschieht auch für die eingegebene Parametrierung, die mit dem Auslösen von Reset verworfen wird. Technisch gesehen wird die Historisierung verworfen und alle Klassen bis auf den Controller und die Klasse Data neu instanziert. Der Reset Button ist immer klickbar.

3.2.2.2 Start der Berechnung

Um die Berechnung anzustoßen, hat der Benutzer grundsätzlich zwei Möglichkeiten: er kann eine neue Berechnung starten oder auf bereits vorhandene Ergebnissen aufsetzen. Letzteres setzt voraus, dass bereits eine Kalkulation zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführt wurde. Eine Neuberechnung hingegen kann nur nach dem Start der Applikation oder nach einem durchgeführten Reset erfolgen. In Abhängigkeit dieser vorangegangenen Ereignisse werden die Buttons jeweils auf nicht editierbar gesetzt.

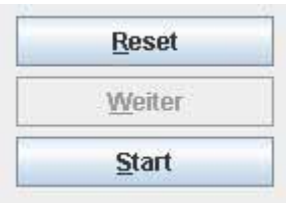


Abbildung 61: Buttonleiste nach dem Start oder Reset

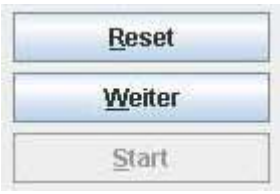


Abbildung 62: Buttonleiste nach einer Kalkulation

3.2.2.3 Schließen

Bei den beiden Ergebnisfenstern ist das Schließen mit einem eigenen Button implementiert. Neben der üblichen Funktionalität, welche in jeder Fensterleiste zur Verfügung gestellt wird, schließt dieser Button nicht nur das Fenster selbst, sondern auch alle Diagramm- und Berechnungsschrittfenster. Somit hat der Benutzer die komfortable Möglichkeit, mit nur einem Mouse Klick alle bis auf das Startfenster zu schließen.

3.2.3 Benutzeroption: eine oder mehrere Perioden

Der Benutzer hat nach dem Start der Applikation, bzw. nach dem Betätigen des Reset Buttons die Wahl, ob eine oder mehrere Perioden auf einmal kalkuliert werden sollen. Die Berechnung ist die gleiche, nur ändern sich die Ausgabemöglichkeiten der Kalkulationsschritte und Ergebnisdarstellung für den Benutzer. Es ist immer nur möglich, entweder eine oder mehrere Perioden auszuwählen.

Abbildung 63: Selektion der Option "Eine Periode"

Wählt der Benutzer die Option „Mehrere Perioden“, so erscheint ein Textfeld indem per Default zwei eingetragen ist. Außerdem werden die Anzeigeoptionen unter dem Radiobutton „Eine Periode“ ausgeblendet. Ist im umgekehrten Fall der Radiobutton „Eine Periode“ ausgewählt, wird das Textfeld Periodenanzahl mit der zugehörigen Beschriftung ebenfalls aus- und die Anzeigeoptionen der Berechnungsschritte eingeblendet.

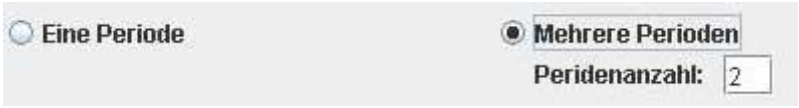


Abbildung 64: Selektion der Option "Mehrere Perioden"

Der Wertebereich für diese Eingabe in das „Periodenanzahl“ Textfeld liegt zwischen 2 und 20. Würde Eins eingegeben werden, entspräche dies der Selektion der Option „Eine Periode“ und ist somit untersagt. Jede Eingabe kleiner 1 gäbe kein Ergebnis. Die Restriktion auf 20 Perioden wurde deshalb gesetzt, da uns eine Simulation über einen derart langen Zeitraum nicht sinnvoll erscheint. 20 Perioden entsprechen vierzig Jahre, was für eine Prognose aufgrund heutiger Daten ohnehin schon einen sehr langen Zeitraum darstellt. Es ist nur die Eingabe von ganzen Zahlen erlaubt.

Wird der Wertebereich unter- bzw. überschritten, wird folgende Fehlermeldung ausgegeben.

Abbildung 65: Fehlermeldung, wenn die Periodenanzahl falsch eingegeben wurde.

Bei dem Fall, dass eine ungültige Eingabe getätigt wurde, wie beispielsweise alphanumerische Werte, kein Wert oder eine Fließkommazahl, so erscheint folgende Meldung.

Abbildung 66: Fehler, wenn der Eingabewert für die Periodenanzahl falsch eingegeben wurde

Wurde bereits eine Berechnung durchgeführt, ist die Option „Mehrere Perioden“ nicht auswählbar, solange bis der Reset Button betätigt wird. Es ist dann nur möglich, mit dem „Weiter“ Button von dem aktuellen Berechnungsstand periodenweise weiter zu kalkulieren.

Abbildung 67: Selektion nach einer bereits durchgeführten Berechnung

Die Möglichkeit der Kombination von sammel- und schrittweisen Kalkulationen gibt dem User mehr Flexibilität und erlaubt, bis zu einer gewünschten Periode auf einmal zu berechnen, ohne sich jede Periode einzeln anzeigen zu lassen zu müssen.

3.2.4 Benutzeroption eine Periode: Fenster

Der Benutzer hat innerhalb des Start- und der Ergebnisfenster die Möglichkeit, durch Selektion der entsprechenden Checkboxen die Öffnung von zusätzlichen Fenstern zu bewirken. Diese dienen entweder der detailierten Darstellung von Berechnungsschritten oder der Ergebnisaufbereitung.

Im Startfenster erhält der User bei der Wahl der Berechnung von nur einer Periode drei Optionen den Detailierungsgrad der Kalkulation zu verfolgen. Wird der Radiobutton „Alle Schritte anzeigen“ gewählt, werden sechs weitere Optionen sichtbar, die die jeweiligen Länder repräsentieren. Wird ein anderer Radiobutton selektiert, verschwindet die Länderselektion automatisch.

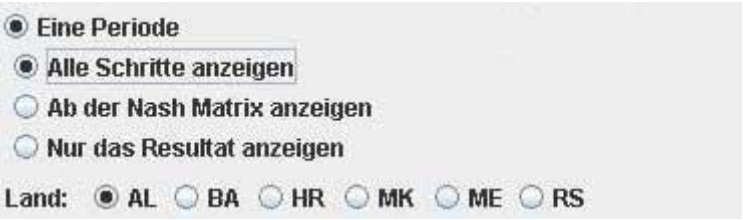


Abbildung 68: Beobachtungsoptionen des Startfensters

Wird die Option „Alle Schritte anzeigen“ gewählt, werden alle vier der im Folgenden beschriebenen Fenster dargestellt. Nach der Wahl von „Ab der Nash Matrix anzeigen“ öffnen sich nur zwei Fenster, das der Matrizen der Gleichgewichtsberechnung und das Ergebnisfenster. Die letzte Option löst die Minimalausgabe aus, die in Form des Ergebnisfensters dargestellt wird.

3.2.4.1 Die Auswirkungen der Regierungsprogramme auf die Zielvariablen pro Jahr.

Diese Matrix ist unabhängig von der Auswahl des Landes, da sie für alle Staaten als Grundlage dient. Die Tabellen geben die Änderungen der Zielvariablen mit den gewählten Regierungsprogrammen an.

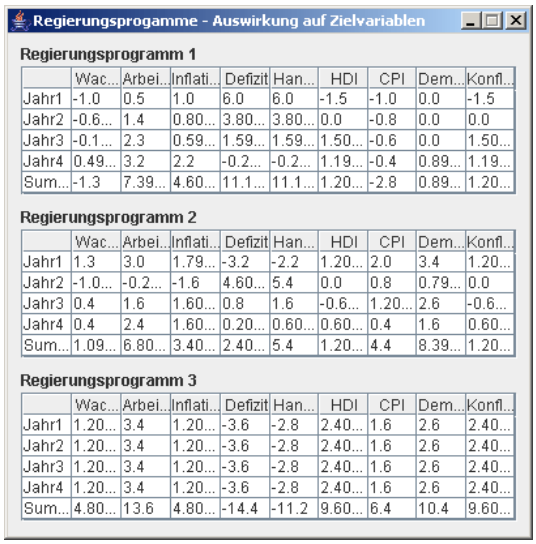
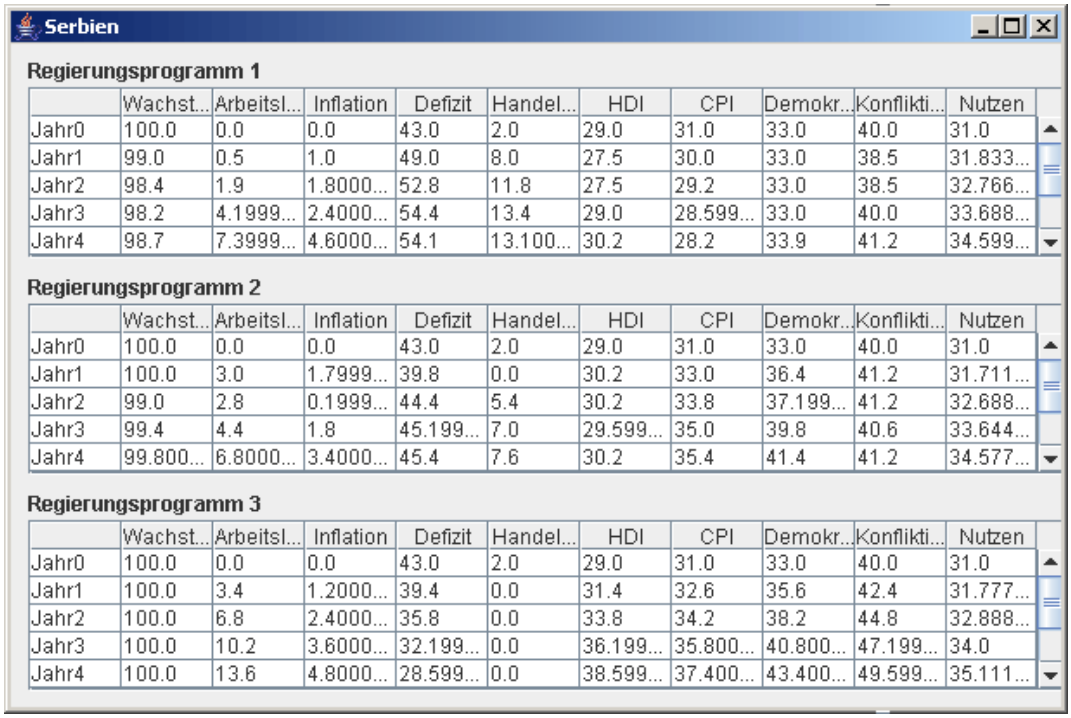


Abbildung 69: Fenster "Regierungsprogramme - Auswirkung auf Zielvariablen"

3.2.4.2 Die genaue Entwicklung des gewählten Landes pro Jahr.

Dieses Fenster zeigt die Berechnungsschritte für das ausgewählte Land an. Hierbei werden alle neun Zielvariablen und der Nutzen für das Ausgangsjahr und die vier berechneten Jahre einer Periode abgebildet. Zusätzlich erhält der Anwender eine genaue Auflistung über das Ausmaß der vergebenen Verstärkungspunkte und der Abweichung. Letztere stellt die Differenz zwischen dem vierten Jahr der Periode und dem Ausgangsjahr dar, welches als Jahr0 bezeichnet wird. Die letzte Zeile der Tabellen gibt die Summe der Abweichung und der Verstärkungspunkte an.



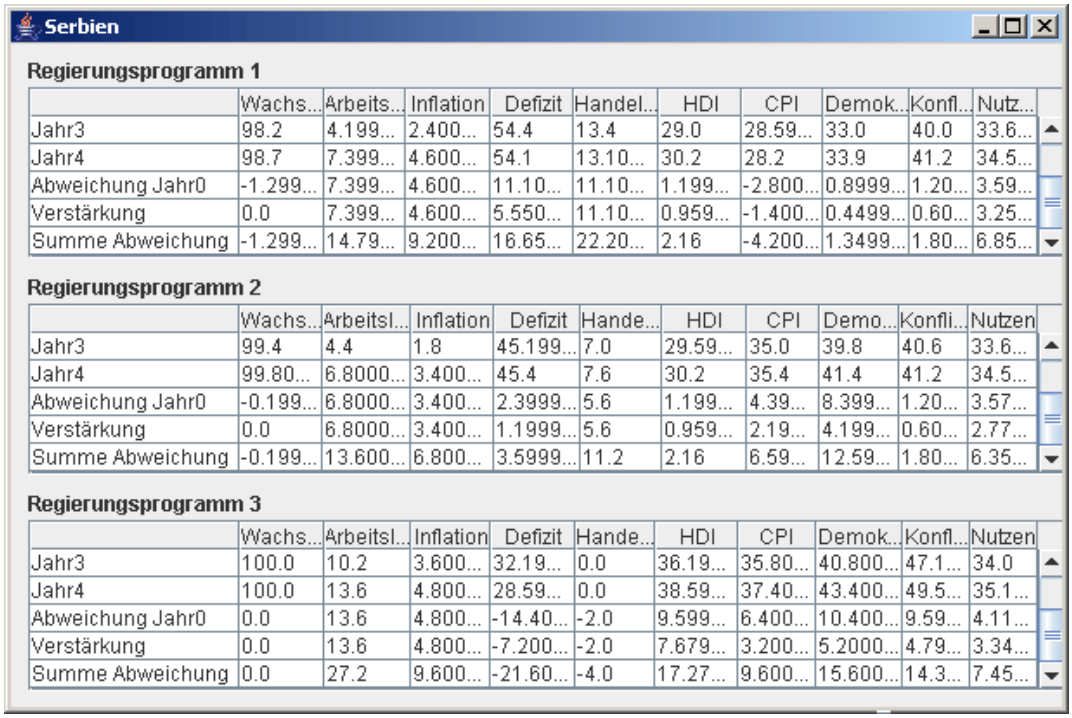
	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	99.0	0.5	1.0	49.0	8.0	27.5	30.0	33.0	38.5	31.833...
Jahr2	98.4	1.9	1.8000...	52.8	11.8	27.5	29.2	33.0	38.5	32.766...
Jahr3	98.2	4.1999...	2.4000...	54.4	13.4	29.0	28.599...	33.0	40.0	33.688...
Jahr4	98.7	7.3999...	4.6000...	54.1	13.100...	30.2	28.2	33.9	41.2	34.599...

	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	100.0	3.0	1.7999...	39.8	0.0	30.2	33.0	36.4	41.2	31.711...
Jahr2	99.0	2.8	0.1999...	44.4	5.4	30.2	33.8	37.199...	41.2	32.688...
Jahr3	99.4	4.4	1.8	45.199...	7.0	29.599...	35.0	39.8	40.6	33.644...
Jahr4	99.800...	6.8000...	3.4000...	45.4	7.6	30.2	35.4	41.4	41.2	34.577...

	Wachst...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demokr...	Konflikti...	Nutzen
Jahr0	100.0	0.0	0.0	43.0	2.0	29.0	31.0	33.0	40.0	31.0
Jahr1	100.0	3.4	1.2000...	39.4	0.0	31.4	32.6	35.6	42.4	31.777...
Jahr2	100.0	6.8	2.4000...	35.8	0.0	33.8	34.2	38.2	44.8	32.888...
Jahr3	100.0	10.2	3.6000...	32.199...	0.0	36.199...	35.800...	40.800...	47.199...	34.0
Jahr4	100.0	13.6	4.8000...	28.599...	0.0	38.599...	37.400...	43.400...	49.599...	35.111...

Abbildung 70: Fenster des gewählten Landes

Aufgrund des knappen Platzes muss pro Regierungsprogramm gescrollt werden, um die jeweiligen Werte sichtbar zu machen.



	Wachs...	Arbeits...	Inflation	Defizit	Handel...	HDI	CPI	Demok...	Konfl...	Nutz...
Jahr3	98.2	4.199...	2.400...	54.4	13.4	29.0	28.59...	33.0	40.0	33.6...
Jahr4	98.7	7.399...	4.600...	54.1	13.10...	30.2	28.2	33.9	41.2	34.5...
Abweichung Jahr0	-1.299...	7.399...	4.600...	11.10...	11.10...	1.199...	-2.800...	0.8999...	1.20...	3.59...
Verstärkung	0.0	7.399...	4.600...	5.550...	11.10...	0.959...	-1.400...	0.4499...	0.60...	3.25...
Summe Abweichung	-1.299...	14.79...	9.200...	16.65...	22.20...	2.16	-4.200...	1.3499...	1.80...	6.85...

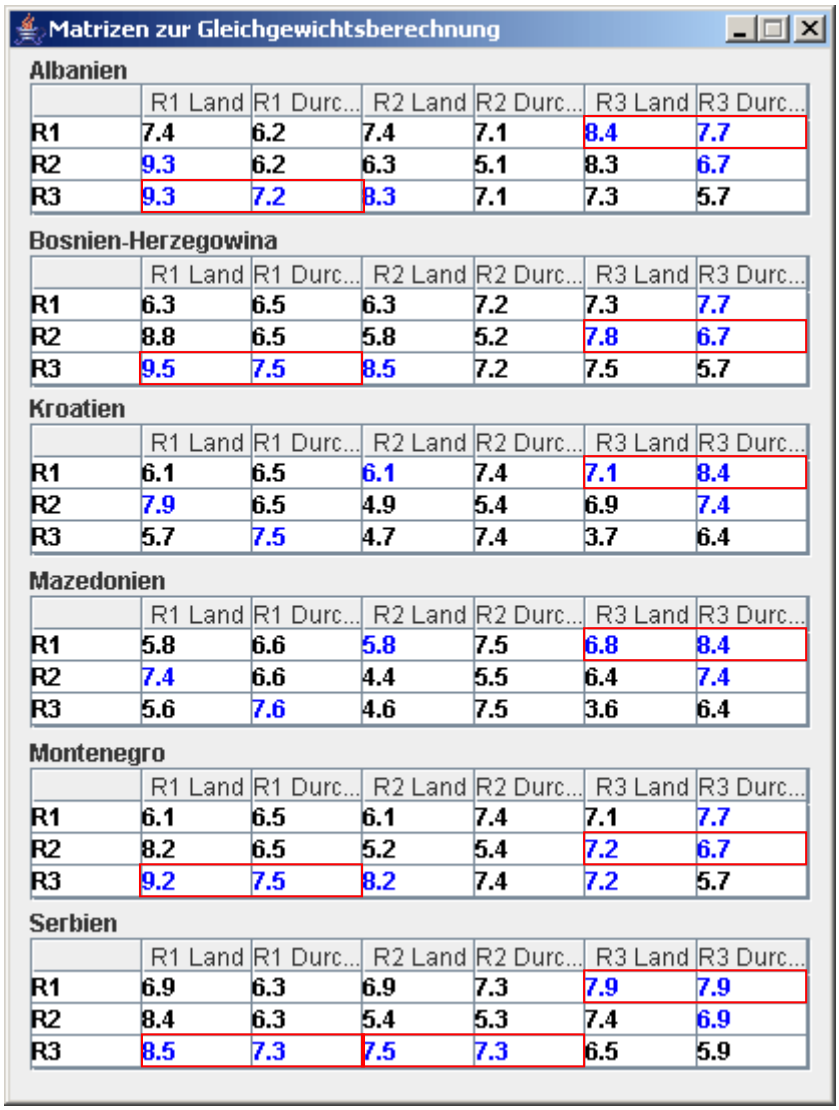
	Wachs...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demo...	Konfli...	Nutzen
Jahr3	99.4	4.4	1.8	45.199...	7.0	29.59...	35.0	39.8	40.6	33.6...
Jahr4	99.80...	6.8000...	3.400...	45.4	7.6	30.2	35.4	41.4	41.2	34.5...
Abweichung Jahr0	-0.199...	6.8000...	3.400...	2.3999...	5.6	1.199...	4.39...	8.399...	1.20...	3.57...
Verstärkung	0.0	6.8000...	3.400...	1.1999...	5.6	0.959...	2.19...	4.199...	0.60...	2.77...
Summe Abweichung	-0.199...	13.600...	6.800...	3.5999...	11.2	2.16	6.59...	12.59...	1.80...	6.35...

	Wachs...	Arbeitsl...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demok...	Konfl...	Nutzen
Jahr3	100.0	10.2	3.600...	32.19...	0.0	36.19...	35.80...	40.800...	47.1...	34.0
Jahr4	100.0	13.6	4.800...	28.59...	0.0	38.59...	37.40...	43.400...	49.5...	35.1...
Abweichung Jahr0	0.0	13.6	4.800...	-14.40...	-2.0	9.599...	6.400...	10.400...	9.59...	4.11...
Verstärkung	0.0	13.6	4.800...	-7.200...	-2.0	7.679...	3.200...	5.2000...	4.79...	3.34...
Summe Abweichung	0.0	27.2	9.600...	-21.60...	-4.0	17.27...	9.600...	15.600...	14.3...	7.45...

Abbildung 71: Fenster des gewählten Landes, Fortsetzung

3.2.4.3 Die Nashgleichgewichtsmatrix.

Dieses Fenster zeigt für jedes Land die errechneten Auszahlungen je nach Regierungsprogramm an. Die Regierungsprogramme werden in den Zeilen der Matrix illustriert. Die Werte des Landes bei der Wahl des entsprechenden Programmes werden in der ersten, dritten und fünften Spalte dargestellt. Dem gegenüber steht die Durchschnittsauszahlung aller andern Länder, ebenfalls für die drei möglichen Regierungsprogramme in der zweiten, vierten und sechsten Spalte. Es werden jeweils die besten Werte des jeweiligen Lands und des Durchschnitts aller Länder gehighlightet. Dieses geschieht für das Land spaltenweise und für den Durchschnitt zeilenweise. Anhand dieses Fensters ist es dem Benutzer möglich, die Nash Gleichgewichte graphisch zu visualisieren. Immer dort, wo ein Tupel der ersten und zweiten, dritten und vierten oder fünften und sechsten Spalte markiert ist, wurde ein Nash Gleichgewicht gefunden. In der folgenden Graphik sind die gefundenen Gleichgewichte rot umrahmt.



Albanien	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	7.4	6.2	7.4	7.1	8.4	7.7
R2	9.3	6.2	6.3	5.1	8.3	6.7
R3	9.3	7.2	8.3	7.1	7.3	5.7

Bosnien-Herzegowina	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.3	6.5	6.3	7.2	7.3	7.7
R2	8.8	6.5	5.8	5.2	7.8	6.7
R3	9.5	7.5	8.5	7.2	7.5	5.7

Kroatien	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	8.4
R2	7.9	6.5	4.9	5.4	6.9	7.4
R3	5.7	7.5	4.7	7.4	3.7	6.4

Mazedonien	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	5.8	6.6	5.8	7.5	6.8	8.4
R2	7.4	6.6	4.4	5.5	6.4	7.4
R3	5.6	7.6	4.6	7.5	3.6	6.4

Montenegro	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.1	6.5	6.1	7.4	7.1	7.7
R2	8.2	6.5	5.2	5.4	7.2	6.7
R3	9.2	7.5	8.2	7.4	7.2	5.7

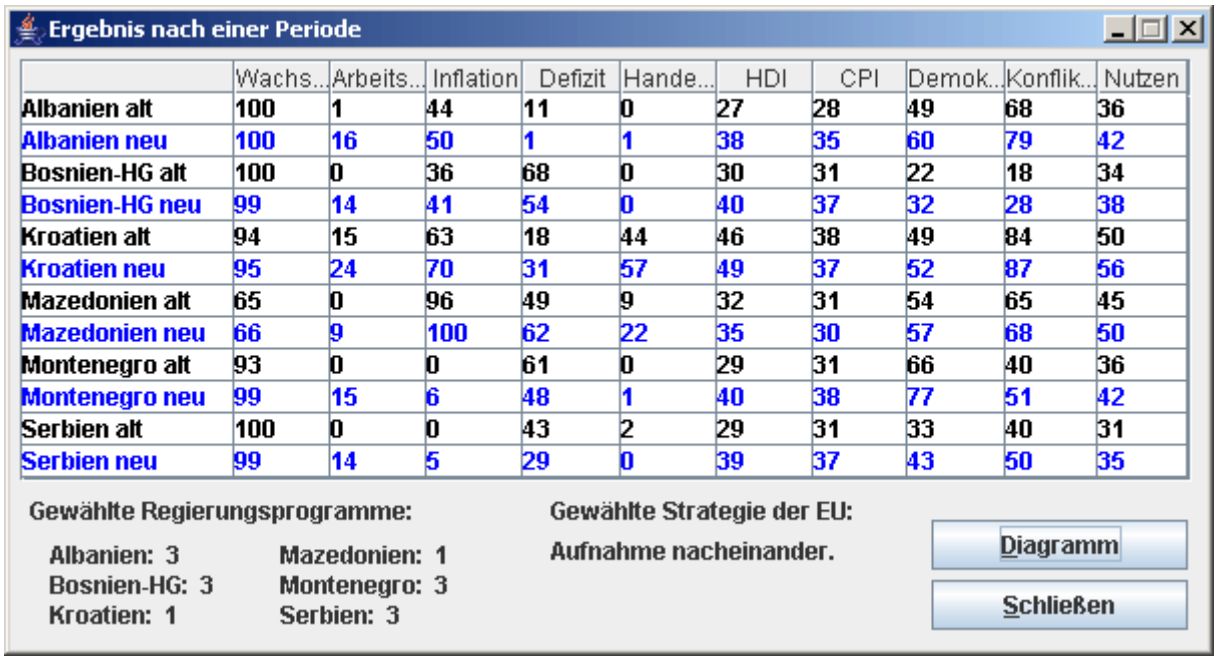
Serbien	R1 Land	R1 Durc...	R2 Land	R2 Durc...	R3 Land	R3 Durc...
R1	6.9	6.3	6.9	7.3	7.9	7.9
R2	8.4	6.3	5.4	5.3	7.4	6.9
R3	8.5	7.3	7.5	7.3	6.5	5.9

Abbildung 72: Fenster "Matrizen zur Gleichgewichtsberechnung"

3.2.4.4 Das Ergebnisfenster

Das obligatorische Ergebnisfenster zeigt die Entwicklung des Nutzens und der Zielvariablen pro Land, die jeweiligen gewählten Regierungsprogramme und die von der EU gewählte Strategie an. In der Tabelle ist durch die Illustration der Ausgangswerte (schwarze Zahlen) und der Ergebniswerte nach der Kalkulation (blaue Zahlen) ein direkter Vergleich der Entwicklungen der Zielvariablen einzeln und des aggregierten Nutzens möglich. Zusätzlich zu dieser farblichen Markierung wird neben dem

Namen des Landes in der ersten Spalte immer „alt“ für die Ausgangswerte und „neu“ für die Werte nach der Berechnung als Suffix hinzugefügt.



	Wachs...	Arbeits...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demok...	Konflik...	Nutzen
Albanien alt	100	1	44	11	0	27	28	49	68	36
Albanien neu	100	16	50	1	1	38	35	60	79	42
Bosnien-HG alt	100	0	36	68	0	30	31	22	18	34
Bosnien-HG neu	99	14	41	54	0	40	37	32	28	38
Kroatien alt	94	15	63	18	44	46	38	49	84	50
Kroatien neu	95	24	70	31	57	49	37	52	87	56
Mazedonien alt	65	0	96	49	9	32	31	54	65	45
Mazedonien neu	66	9	100	62	22	35	30	57	68	50
Montenegro alt	93	0	0	61	0	29	31	66	40	36
Montenegro neu	99	15	6	48	1	40	38	77	51	42
Serbien alt	100	0	0	43	2	29	31	33	40	31
Serbien neu	99	14	5	29	0	39	37	43	50	35

Abbildung 73: Fenster "Ergebnis nach einer Periode"

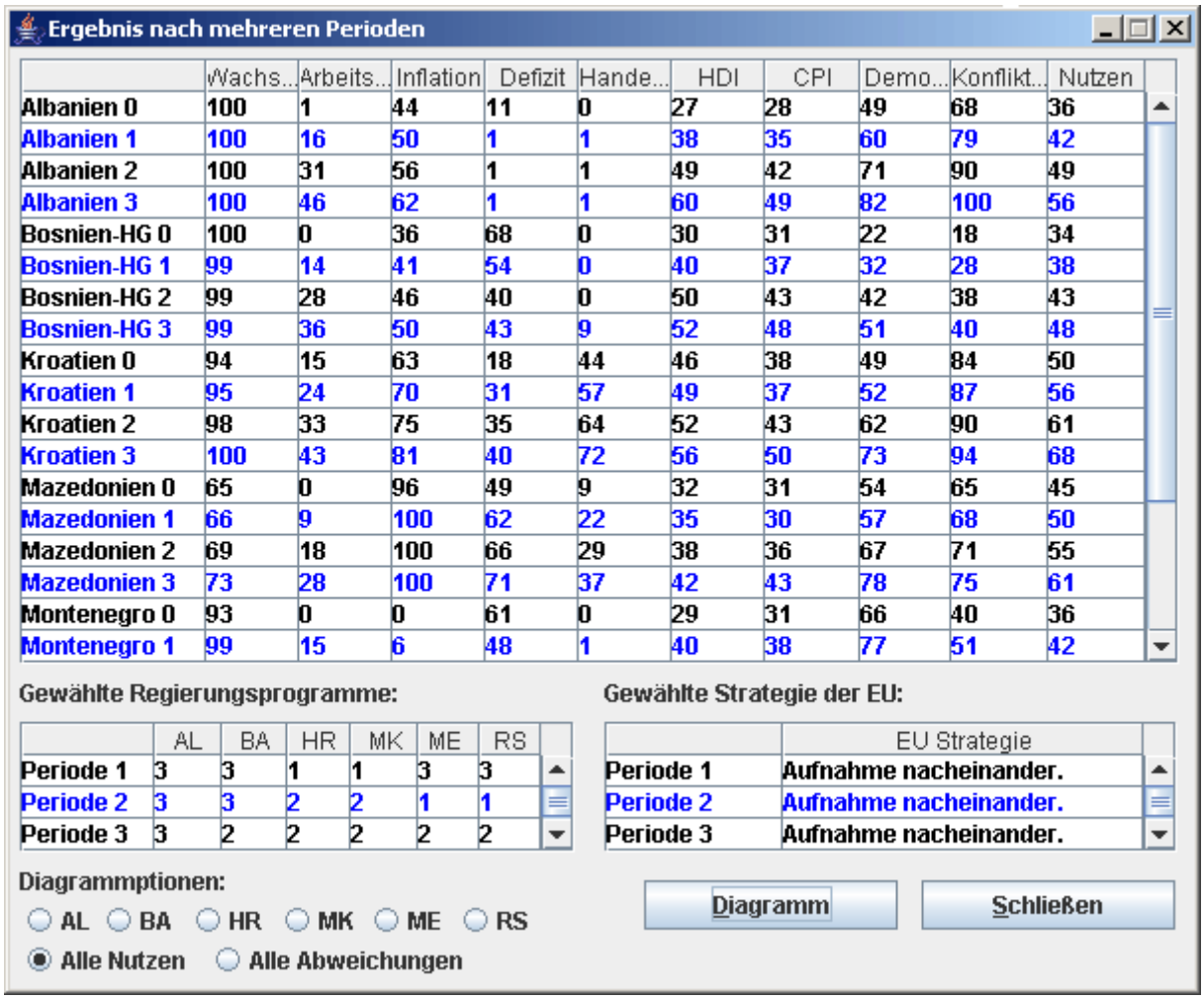
3.2.5 Benutzeroption mehrere Perioden: Fenster

Bei der Kalkulation von mehreren Perioden erscheint ein anderes Ergebnisfenster, welches die Ergebnisse der Berechnung für die benutzerdefinierte Anzahl an Perioden zusammenfasst. Anders als beim Ergebnisfenster für eine Periode ist es hier möglich, dass sich die Periodenanzahl verändert. Daher kann die Höhe der angezeigten Tabelle nicht automatisch mit der Zeilenanzahl wachsen, sondern die Tabelle wird in eine scrollbare Komponente eingebettet. Da sich pro Periode eine Entscheidung der Länder ergibt, welches Regierungsprogramm angewandt wird und die EU ebenfalls ihre Entscheidung über eine gleichzeitige oder sequenzielle Aufnahme der Länder pro Zyklus trifft, mussten diese ebenfalls in Tabellen dargestellt werden. Die Anzahl der Zeilen in den EU- und Länderentscheidungstabellen entspricht der Periodenanzahl, die vom Anwender eingegeben werden kann.

Die erste Spalte, bzw. die Zeilenüberschrift charakterisiert das Ergebnis und entspricht dem Namen des Landes mit einer Nummer. Diese Nummer gibt an, zu welcher Periode die entsprechende Zeile gehört. „Albanien 0“ bedeutet daher, dass in dieser Zeile die Ausgangswerte des Landes Albanien abgebildet sind. Mit „Albanien 3“ wird das Ergebnis nach der dritten Periode gekennzeichnet. Die Zeilen werden zur besseren Lesbarkeit abwechselnd mit blau und schwarz markiert. Diese farbliche Hervorhebung jeder zweiten Zeile wird auch bei der Länderentscheidungstabelle und der EU-Entscheidungstabelle angewandt.

Da bei einer Periodenanzahl von 20 pro Land 21 Zeilen ausgegeben werden, ist eine gleichzeitige Anzeige von allen sechs Ländern im sichtbaren Bereich der Ergebnistabelle nicht möglich. Diese Tatsache erschwert die Vergleichbarkeit der verschiedenen Staaten, was die Möglichkeit der zusätzlichen Ergebnisillustration anhand von Diagrammen umso wichtiger macht.

Da die Diagramme nach der Kalkulation von mehreren Perioden wesentlich mehr Information beinhalten als im Ein-Periodenfall, werden nicht alle Diagramme zur gleichen Zeit geöffnet. Vielmehr werden dem Benutzer am unteren Rand des Fensters die Optionen angezeigt, die den Inhalt der ihm zur Auswahl stehenden Diagramme beschreiben. Standardmäßig ist der Radiobutton „Alle Nutzen“ selektiert. Entsprechend der Userselektion wird mit einem Klick auf den Diagramm Button nur jenes angezeigt, welches der Anwender ausgewählt hat.



	Wachs...	Arbeits...	Inflation	Defizit	Hande...	HDI	CPI	Demo...	Konflikt...	Nutzen
Albanien 0	100	1	44	11	0	27	28	49	68	36
Albanien 1	100	16	50	1	1	38	35	60	79	42
Albanien 2	100	31	56	1	1	49	42	71	90	49
Albanien 3	100	46	62	1	1	60	49	82	100	56
Bosnien-HG 0	100	0	36	68	0	30	31	22	18	34
Bosnien-HG 1	99	14	41	54	0	40	37	32	28	38
Bosnien-HG 2	99	28	46	40	0	50	43	42	38	43
Bosnien-HG 3	99	36	50	43	9	52	48	51	40	48
Kroatien 0	94	15	63	18	44	46	38	49	84	50
Kroatien 1	95	24	70	31	57	49	37	52	87	56
Kroatien 2	98	33	75	35	64	52	43	62	90	61
Kroatien 3	100	43	81	40	72	56	50	73	94	68
Mazedonien 0	65	0	96	49	9	32	31	54	65	45
Mazedonien 1	66	9	100	62	22	35	30	57	68	50
Mazedonien 2	69	18	100	66	29	38	36	67	71	55
Mazedonien 3	73	28	100	71	37	42	43	78	75	61
Montenegro 0	93	0	0	61	0	29	31	66	40	36
Montenegro 1	99	15	6	48	1	40	38	77	51	42

	AL	BA	HR	MK	ME	RS
Periode 1	3	3	1	1	3	3
Periode 2	3	3	2	2	1	1
Periode 3	3	2	2	2	2	2

	EU Strategie
Periode 1	Aufnahme nacheinander.
Periode 2	Aufnahme nacheinander.
Periode 3	Aufnahme nacheinander.

Abbildung 74: Ergebnisfenster bei mehreren Perioden

3.3 Diagramme

In den Ergebnisfenstern besteht die Möglichkeit für den Benutzer, sich verschiedene Diagramme anzeigen zu lassen, welche die Kalkulationsresultate aufbereiten und illustrieren. Bei allen Diagrammen erscheint mit einem Rechtsklick auf eine beliebige Stelle folgendes Menü.

Abbildung 75: Diagrammoptionen

Unter Eigenschaften können allgemeine Darstellungseinstellungen wie die Hintergrundfarbe, der dargestellte Wertebereich, der Diagrammrahmen und die Schriftart geändert oder Überschriften eingefügt werden. Es besteht auch die Möglichkeit die Simulationsergebnisse in ihrer Diagrammform abzuspeichern oder gleich direkt zu drucken. Das Format, indem die Graphiken auf einem beliebigen Ort des Rechners gesichert werden können, ist PNG. Außerdem kann in die Diagramme beliebig hinein- oder heraus gezoomt werden. Dabei hat der Benutzer die Wahl, ob die Vergrößerung oder Verkleinerung auf der horizontalen, vertikalen oder auf beiden Achsen durchgeführt werden soll. Die gleichen Optionen werden auch bei der Autojustage zur Verfügung gestellt.

3.3.1 Diagramme bei der Option „Eine Periode“

Ein Klick auf den Diagramm Button im Ergebnisfenster nach der Kalkulation einer Periode bewirkt die gleichzeitige Öffnung aller drei Diagramme. Diese Fenster sind jeweils so angeordnet, dass die Information lesbar ist, aber die gesamte Breite und Höhe den maximalen Bildschirmbereich nicht übersteigt. Im Folgenden werden alle drei Diagramme beschrieben.

3.3.1.1 Abweichungen des Gesamtnutzens

Dieses Balkendiagramm zeigt die Abweichung des Gesamtnutzens pro Land. Diese Information wird aus der Ergebnistabelle berechnet, da sie aus dieser nicht direkt ablesbar ist. Durch die Gegenüberstellung der Länder kann der Benutzer sofort erkennen, welche Länder in der kalkulierten Periode am meisten Nutzen lukrieren konnten.

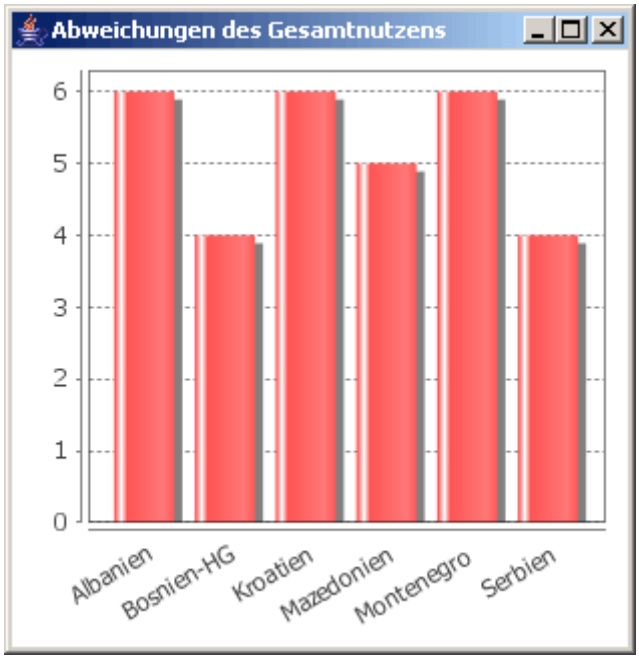


Abbildung 76: Diagramm der Abweichungen des Gesamtnutzens nach einer Periode

Nach einer kalkulierten Periode ist zu erkennen, dass Albanien, Kroatien und Montenegro jeweils den größten Nutzenzuwachs mit jeweils sechs Punkten lukrieren können. Mazedonien erhält einen Nutzenpunkt weniger. Serbien und Bosnien-Herzegowina können mit vier Punkten am wenigsten Gesamtnutzengewinn verbuchen.

3.3.1.2 Gesamtnutzen der Länder

Neben der oben erwähnten Darstellung über die Abweichung, also die Veränderung der Werte vom Ausgangsjahr zur nächsten Periode, wird in dem folgenden Diagramm der Gesamtnutzen dargestellt. Die blauen Balken entsprechen dem neuen Nutzen nach der Kalkulation und die roten Balken stellen den Nutzen davor dar. Hier ist nicht nur die Differenz der Nutzen der einzelnen Länder ablesbar, sondern es ist auch ein Vergleich der Gesamtnutzenhöhe der Länder untereinander möglich. Die X-Achse ist in sechs Kategorien aufgeteilt, die jeweils die unterschiedlichen Länder repräsentieren.

Nach einer Periode, ausgehend von der Standardwertebelegung, ist Kroatien mit 56 Punkten das führende Land, gefolgt von Mazedonien. Letzteres fällt hinter Kroatien zurück, da es niedrigere Ausgangswerte und einen kleineren Nutzengewinn im Vergleich aufweist. Serbien befindet sich im Ranking weiterhin auf dem letzten Platz, da es im Vergleich zu Bosnien-Herzegowina mit einer schlechteren Ausgangslage startet und gleich viele Punkte wie das Konkurrenzland zusätzlich lukrieren kann. Albanien und Montenegro befinden sich weiterhin beide auf Platz drei, da ihre Ausgangswerte gleich sind und der Nutzengewinn ebenfalls in gleicher Höhe zu Buche schlägt.

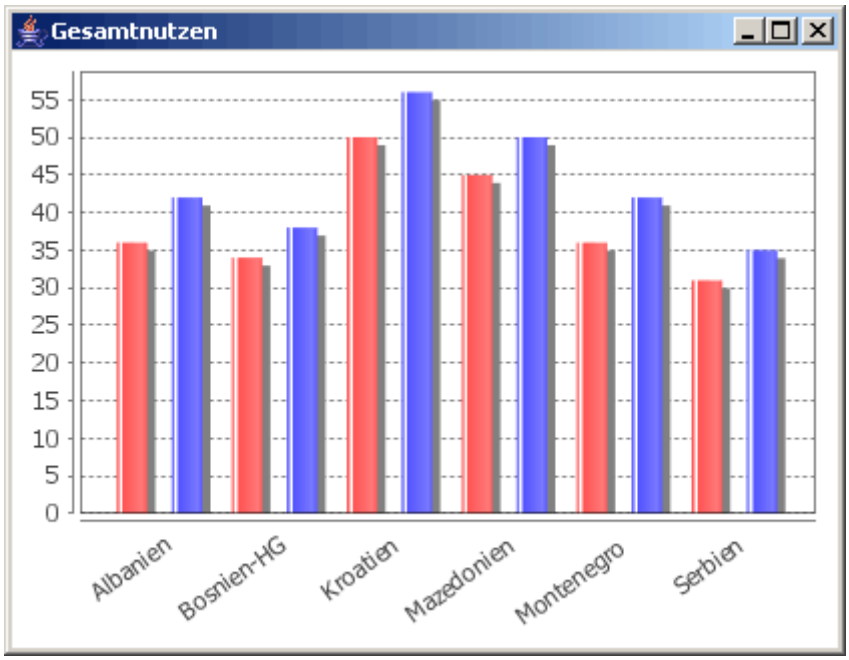


Abbildung 77: Diagramm des Gesamtnutzens der Länder nach einer Periode

3.3.1.3 Abweichung der Zielvariablen

Das folgende Balkendiagramm stellt die Entwicklung der einzelnen Zielvariablen von allen sechs Ländern ohne den aggregierten Gesamtnutzen dar. Die Gegenüberstellung der einzelnen Länder pro Kategorie ermöglicht ihren direkten Vergleich. Die Kategorien sind auf der X-Achse aufgetragen und entsprechen den Zielvariablen. Die Legende am unteren Rand gibt Auskunft darüber, welche Farbe welches Land repräsentiert. Die Information über die Abweichungen ist nicht direkt aus der Endergebnismatrix ablesbar. Hier kann unter anderem auch beobachtet werden, wie die unterschiedliche Wahl der Regierungsprogramme Einfluss auf die Zielvariablen nimmt.

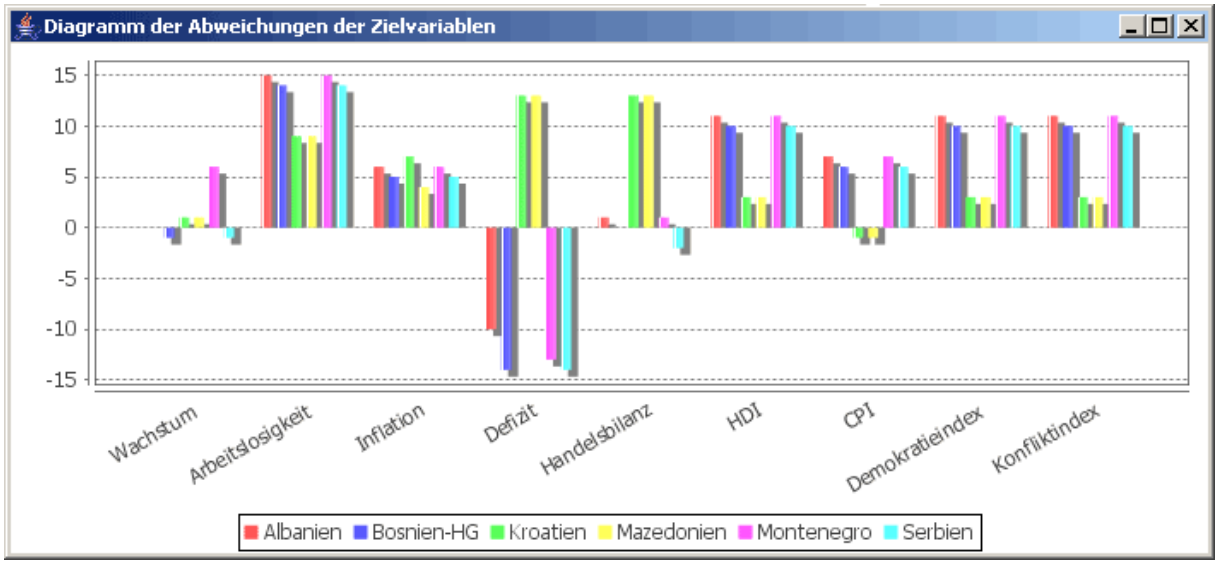


Abbildung 78: Abweichungen der Zielvariablen nach einer Periode

So ist auf einen Blick erkennbar, dass Kroatien und Mazedonien jeweils die Regierungsprogramme wählen, die das Defizit und die Handelsbilanz begünstigen, da ihre Veränderungen in diesen beiden Zielvariablen am meisten ausgeprägt sind. Bei allen anderen Staaten ist feststellbar, dass sie auf die genannten Zielvariablen einen Nutzenverlust von über zehn Punkten pro Land verzeichnen. Beim Wachstum kann Montenegro am meisten Punkte lukrieren und die höchsten Gewinne werden von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien in der Zielvariable Arbeitslosigkeit

verbucht. Beim HDI, CPI, Demokratie- und Konfliktindex können Kroatien und Mazedonien im Vergleich am wenigsten dazu gewinnen.

3.3.2 Diagramme bei der Option „Mehrere Perioden“

Wie erwähnt öffnen sich im Mehrperiodenfall die unterschiedlichen Diagramme nicht parallel, sondern der Benutzer muss den Diagrammtyp wählen, der dann einzeln angezeigt wird. Die Ausgabe des Diagrammfensters erfolgt rechts neben dem Ergebnisfenster. Da die Zeilen in der Ergebnistabelle von der Anzahl der gewählten Perioden abhängen und es bei vielen Perioden sehr schwierig wird, die Ergebnisse auf einen Blick zu vergleichen, gibt es bei der Option „Mehrere Perioden“ mehr Diagrammtypen als im Einperiodenfall.

3.3.2.1 Abweichung des Gesamtnutzens über alle Perioden

Das Diagramm, das nach der Wahl der Option „Alle Abweichungen“ geöffnet wird, zeigt die Veränderung des Gesamtnutzens. Dabei wird von dem Nutzenwert nach der durchgeführten Kalkulation der Ausgangswert pro Land abgezogen. Die folgende Graphik zeigt das Ergebnis nach der Default Wertebelegung nach drei Berechnungsperioden.

Man kann erkennen, dass Albanien und Kroatien ihren Gesamtnutzen am meisten mit zwanzig Punkten verbessern konnten, wohingegen Serbien das Schlusslicht mit nur neun Punkten bildet. Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina folgen mit 18, 15 und elf Punkten. Aus diesem Diagramm kann also gelesen werden, dass die Staaten mit den niedrigsten Ausgangswerten in den Anfangsperioden am wenigsten Zusatznutzen lukrieren können.

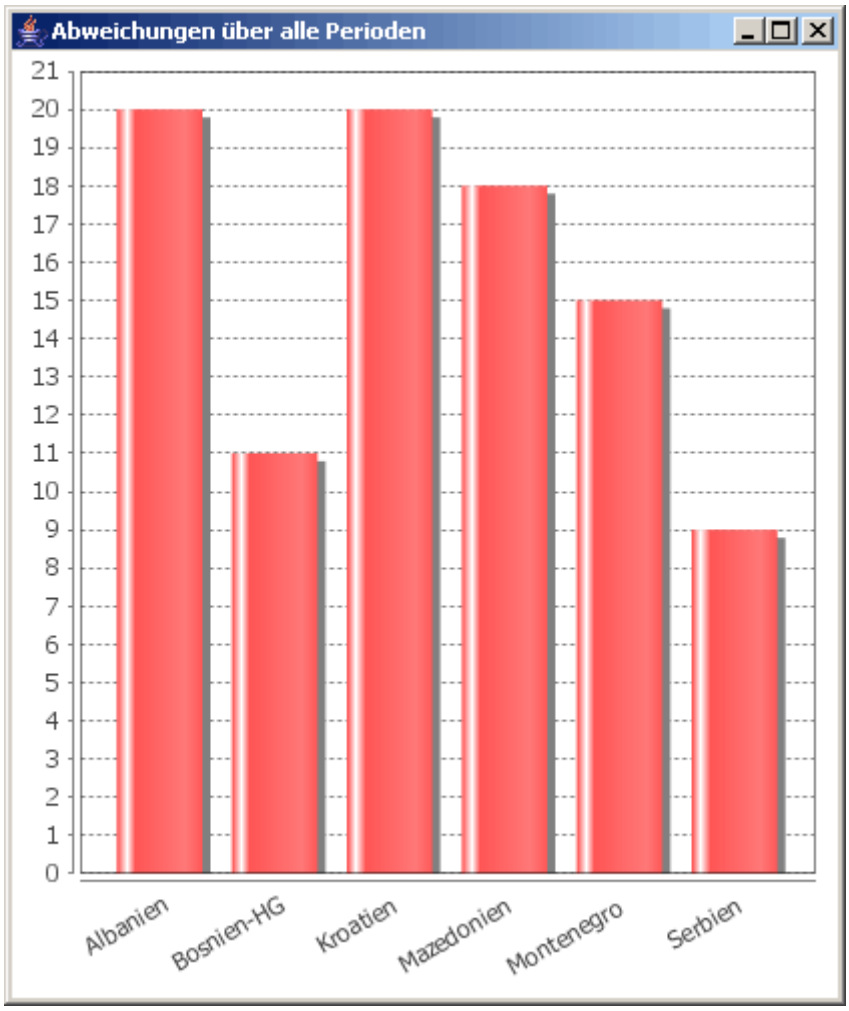


Abbildung 79: Diagramm Abweichung des Gesamtnutzens nach drei Perioden

3.3.2.2 Gesamtnutzenentwicklung über alle Perioden

Dieses Diagramm ist das einzige Liniendiagramm der Applikation. Es zeigt, wie sich der Gesamtnutzen der Länder über die Zeit verändert hat und stellt diese Entwicklung durch verschiedenfarbige Linien dar. Die Legende, welche am unteren Bildschirmrand angebracht ist, gibt Auskunft darüber, welches Land von der jeweiligen Farbe repräsentiert wird. Die X-Achse stellt die Zeitlinie dar, bei der der Wert jeweils die entsprechende Periode angibt.

Für die unten abgebildete Graphik wurde die maximal mögliche Anzahl von zwanzig Perioden eingegeben und von den voreingestellten Werten berechnet. Es ist erkennbar, dass Kroatien als bestes Land in die Kalkulationen mit fünfzig Punkten startet und Serbien mit 31 das Schlusslicht bildet. Kroatien ist in weiterer Folge auch das erste Land, das die 100 Punkte Marke erreicht und dort nach Periode 14 verbleibt. In der elften Periode hat Serbien, welches den Rückstand auf die anderen Länder bis zum Schluss nicht aufholen kann, als letztes Land die 70 Punkte überschritten, die zu einer gleichzeitigen Aufnahme aller Staaten in die EU führt. Die zwei Staaten, die mit den höchsten Ausgangswerten ausgestattet sind, steigen auch in den Anfangsperioden am schnellsten an. Bei den Staaten Bosnien-Herzegowina und Serbien verläuft die Kurve anfangs flacher als bei der Konkurrenz. Albanien und Montenegro starten mit den exakt gleichen Ausgangswerten und bleiben in der ersten Periode auch vom Gesamtnutzen gleich, allerdings kann nach diesem Berechnungszyklus Albanien mehr Nutzengewinne lukrieren. Diese Entwicklung kommt zu Stande, da die Zielvariablen im Gegensatz zum aggregierten Nutzen nicht die gleichen Werte aufweisen. Nach Periode elf kehrt sich allerdings die Reihenfolge jedoch um, so dass Montenegro Albanien für zwei Perioden überholen kann. Danach wechseln die Länder wieder und für weitere zwei Zyklen, bis zur 15ten Kalkulation. In den letzten beiden Berechnungen kann sich Montenegro wieder von Albanien absetzen.

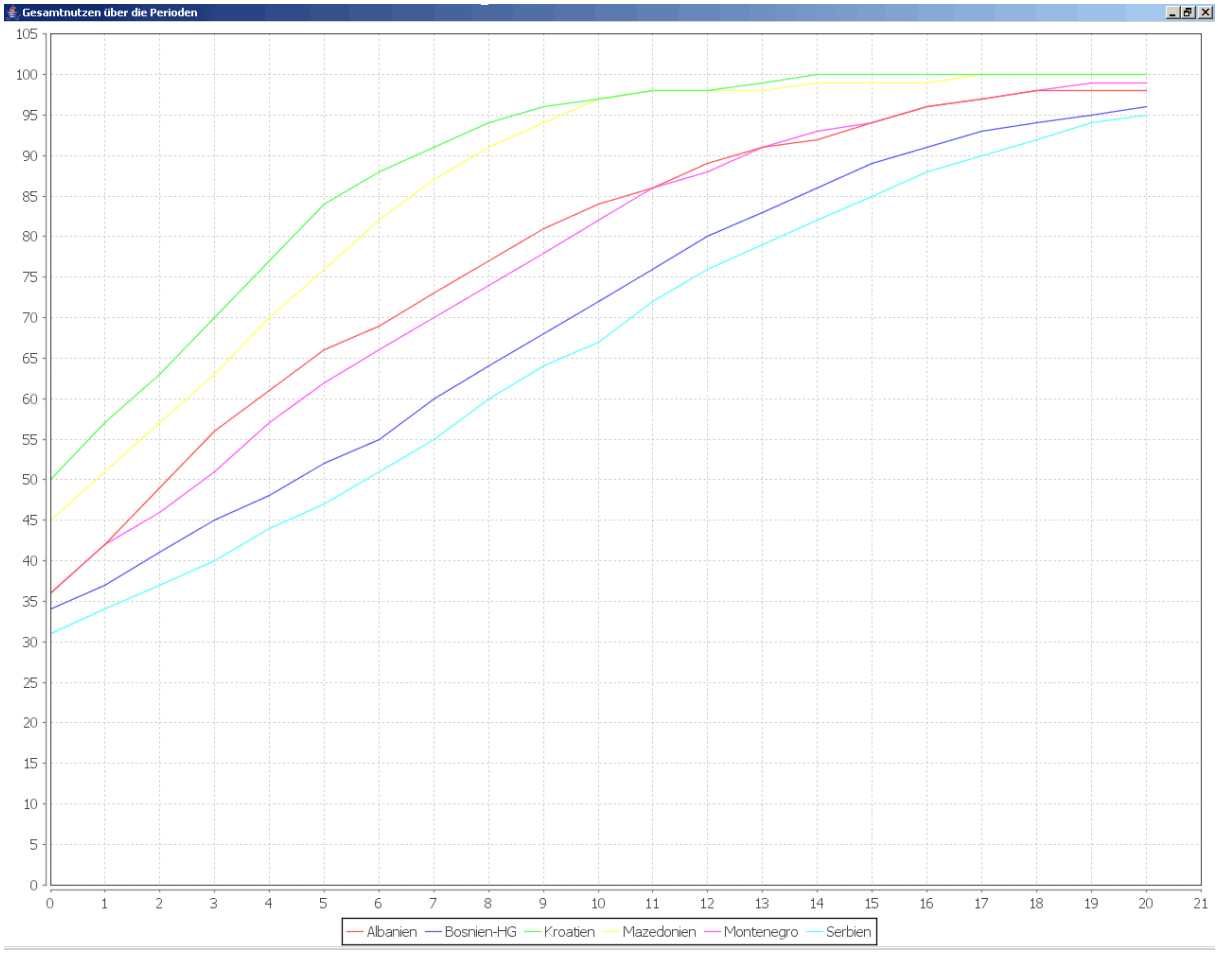


Abbildung 80: Diagramm Gesamtnutzenentwicklung nach 20 Perioden

Wäre die Einschränkung der Periodenanzahl auf 20 nicht gegeben, würde eine Konvergenz aller sechs Staaten auf 100 Punkte im weiteren Verlauf eintreten.

3.3.2.3 Zielvariablenentwicklung über mehrere Perioden

Neben den angeführten Diagrammen ist es dem Anwender möglich, die Zielvariablenentwicklung für jedes Land separat zu visualisieren. Diese Graphik ist in neun Kategorien aufgeteilt, die die Zielvariablen Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Staatsdefizit, Handelsbilanz, HDI, CIP, Demokratieindex und Konfliktindex darstellen. In der Legende wird angezeigt, welche Perioden durch die jeweiligen Farben gekennzeichnet sind. So lassen sich die einzelnen Kennzahlen im Zeitverlauf vergleichen.

Im Folgenden werden die Diagramme der sechs Staaten nacheinander abgebildet, welche jeweils kurz beschrieben werden. Dieses Ergebnis wird erreicht, wenn drei Perioden berechnet und die Default Wertebelegung nicht geändert wird.

Wie in der folgenden Abbildung ersichtlich, legt Albanien innerhalb der ersten drei Perioden keinen Wert auf die Verbesserung des Defizits und der Handelsbilanz. Die kleinsten Verbesserungen sind neben den genannten Zielen im Bereich der Inflation und des CPI zu erkennen. Das Wachstum bleibt unverändert, da es in den Ausgangswerten bereits mit 100 Punkten bewertet ist und keine Reduktion erfolgt. Die signifikanteste Steigerung gelingt bei der Arbeitslosigkeit im Ausmaß von 45 Punkten. Beim Konfliktindex ist eine Verbesserung von 68 auf die maximal erreichbare Punkteanzahl zu verzeichnen, womit Albanien nach 3 Perioden, was 12 Jahren entspricht, bereits zwei der neun Zielvariablen auf 100 Punkte bringen kann.

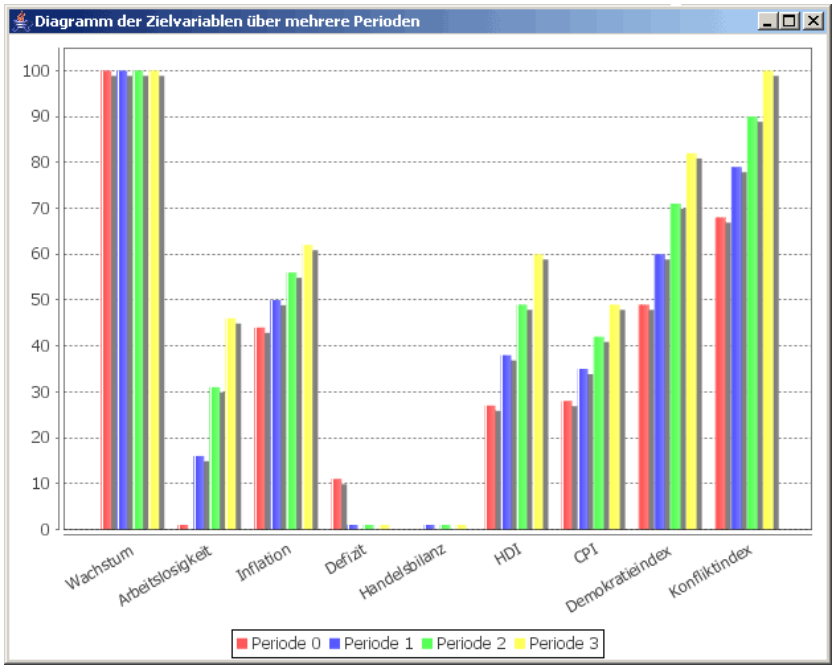


Abbildung 81: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Albanien über drei Perioden

Bei Bosnien-Herzegowina ist bei mehreren Zielvariablen eine rückläufige Entwicklung feststellbar. Das Wachstum schrumpft von der anfänglich maximal erreichbaren Punkteanzahl von 100 auf 98 und das Budgetdefizit verringert sich um 28 Punkte, da es von dem Ausgangswert 68 in den ersten zwei Perioden auf 38 fällt, in der letzten Periode aber wieder zwei Punkte gut macht. Die höchste Steigerung kann bei der Arbeitslosigkeit erzielt werden, gefolgt von Demokratieindex, HDI und Konfliktindex. Die kleinste Erhöhung weisen die Werte der Inflation und des CPI auf.

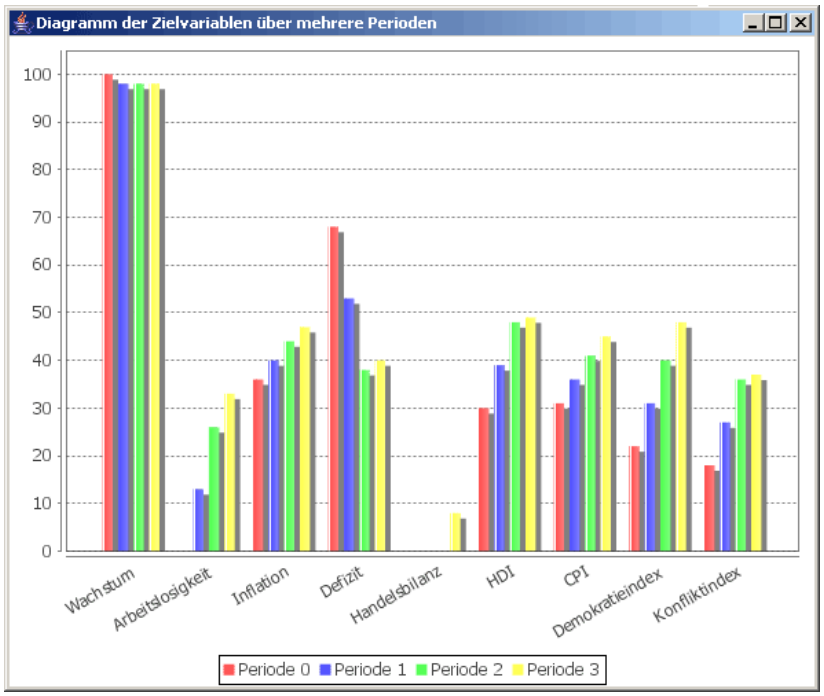


Abbildung 82: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Bosnien über drei Perioden

Kroatien, das durch die Anfangswertbelegung mit dem höchsten Gesamtnutzen im Ländervergleich in die Kalkulationen startet, kann alle Zielvariablen steigern, so dass keine rückläufige Entwicklung in einem Bereich erfolgt. Die größte Zunahme kann beim Demokratieindex mit 37 Punkten verzeichnet werden, gefolgt von Arbeitslosigkeit und Handelsbilanz mit jeweils 31 Punkten. Am wenigsten kann das Wachstum gesteigert werden, das nach der zweiten Periode allerdings bereits den Maximalwert von 100 Punkten erreicht hat. Danach folgen der HDI und der Konfliktindex mit jeweils 13 lukrierten Punkten.

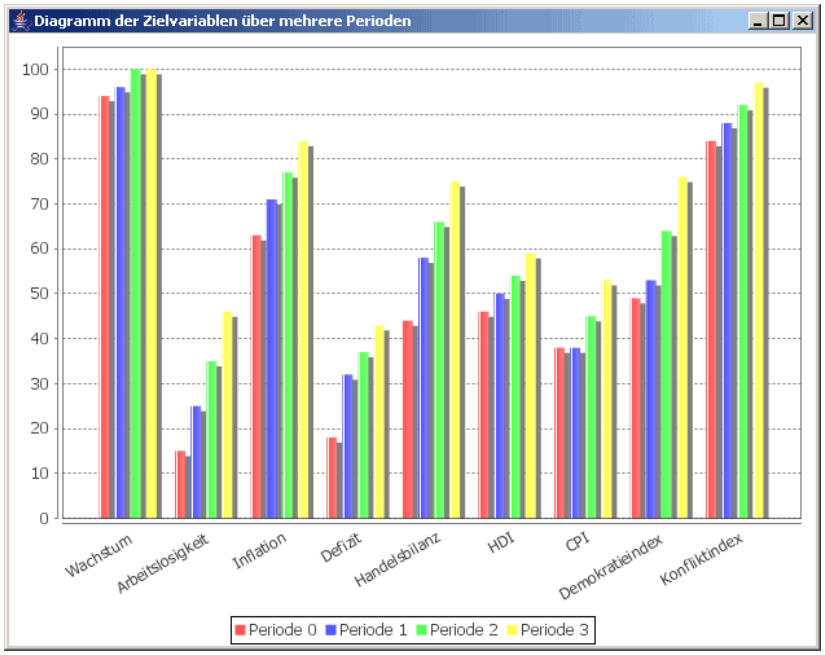


Abbildung 83: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Kroatien über drei Perioden

Das Diagramm der Zielvariablenentwicklung von Mazedonien weist in den ersten drei Perioden, wie auch das von Kroatien, keine Verluste in der Bewertung der Zielvariablen auf. Die Inflation ist die einzige Kennzahl, die sich nach den ersten drei Zyklen auf der Maximalpunkteanzahl von 100 befindet und weist den kleinsten Punktegewinn von vier auf. Am stärksten kann das Defizit mit 35

gesteigert werden, gefolgt von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit mit jeweils 31 Punkten. Die kleinste Steigerung wird mit dem Wachstum (11 Punkte) und dem HDI und Konfliktindex (jeweils 13 Punkten) erzielt.

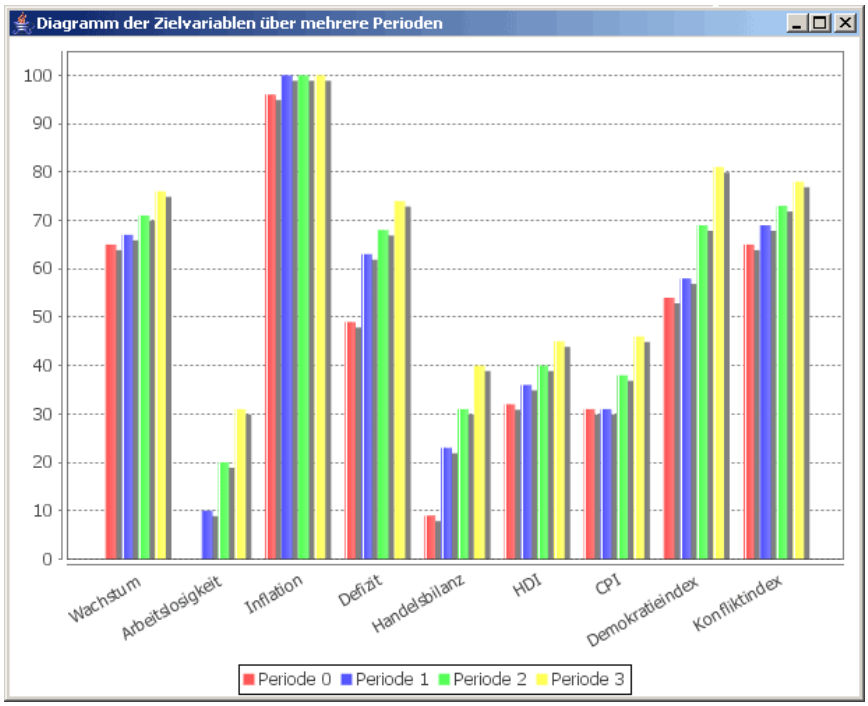


Abbildung 84: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Mazedonien über drei Perioden

Bei der Zielvariablenentwicklung weist Montenegro eine rückläufige Entwicklung im CPI nach der zweiten Periode, und bei dem Defizit nach der Ausgangsperiode auf. Insgesamt konnten aber alle Zielvariablen gesteigert werden. Die Maximalpunkte werden bei keiner Kategorie erreicht, jedoch weisen Arbeitslosigkeit mit 31 und Handelsbilanz mit 25 Punkten eine signifikante Steigerung auf. Anzumerken ist außerdem, dass bei allen drei Kategorien, in denen Montenegro mit Null gestartet ist, eine Erhöhung erzielt wurde.

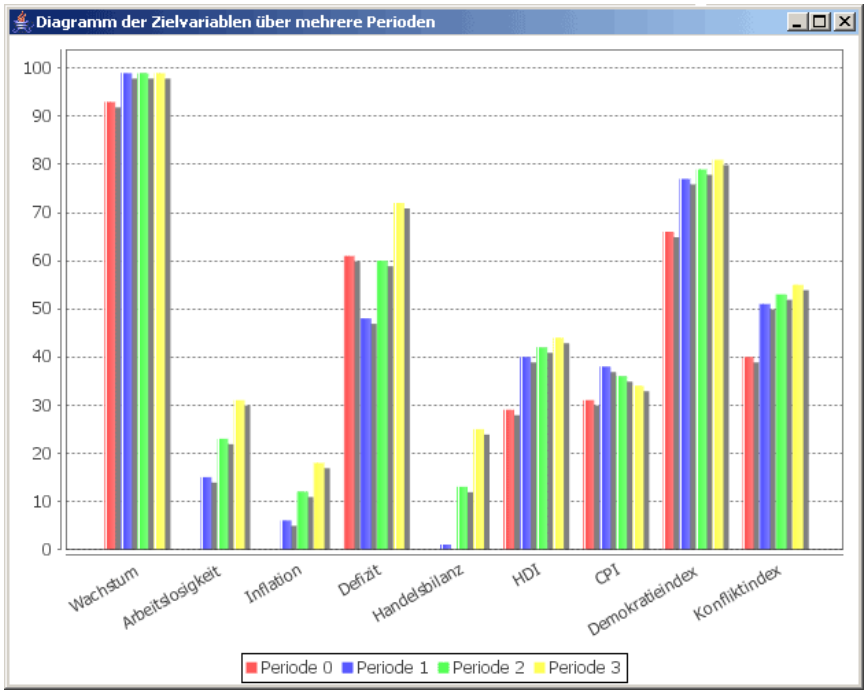


Abbildung 85: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Montenegro über drei Perioden

Das Diagramm von Serbien zeigt eine vergleichsweise geringe Steigerung der Zielvariablen. Das impliziert einen niedrigen Gesamtnutzen, da dieser aus dem Durchschnitt der neun Zielvariablen gebildet wird. Es entsteht eine Reduktion in den Zielvariablen Wachstum und im Budgetdefizit um jeweils drei Punkte. Am höchsten ist die Steigerung im Wert des Demokratieindex mit 17 Punkten. Darauf folgen die Handelsbilanz und Arbeitslosigkeit mit je 13, die Inflation mit 11, HDI und Konfliktindex mit jeweils 10 Punkten.

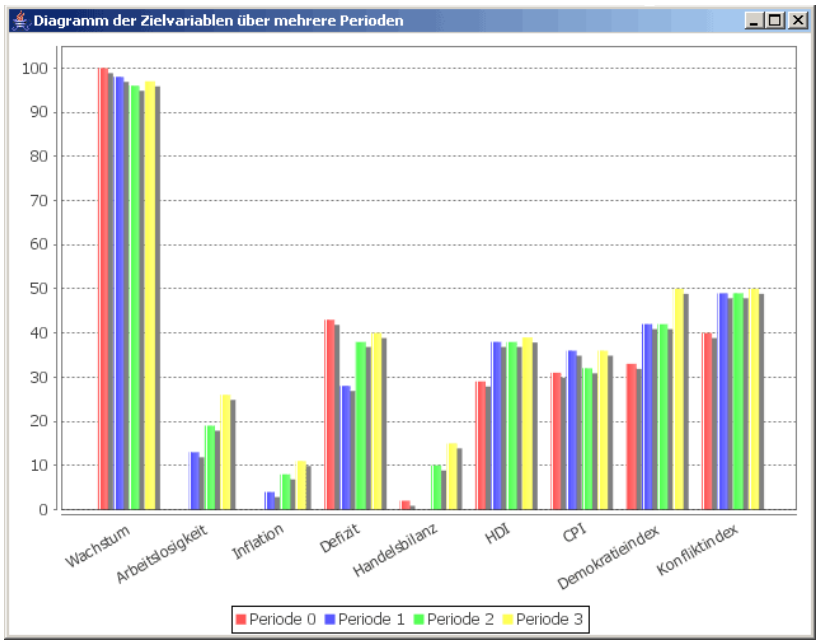


Abbildung 86: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Serbien über drei Perioden

Je mehr Perioden vom Benutzer zu Beginn der Simulation eingegeben werden, desto mehr Balken scheinen in dem Diagramm auf. Um ein Beispiel zu illustrieren, ist im Folgenden eine Graphik abgebildet, die die Länderentwicklung nach 10 Perioden darstellt.

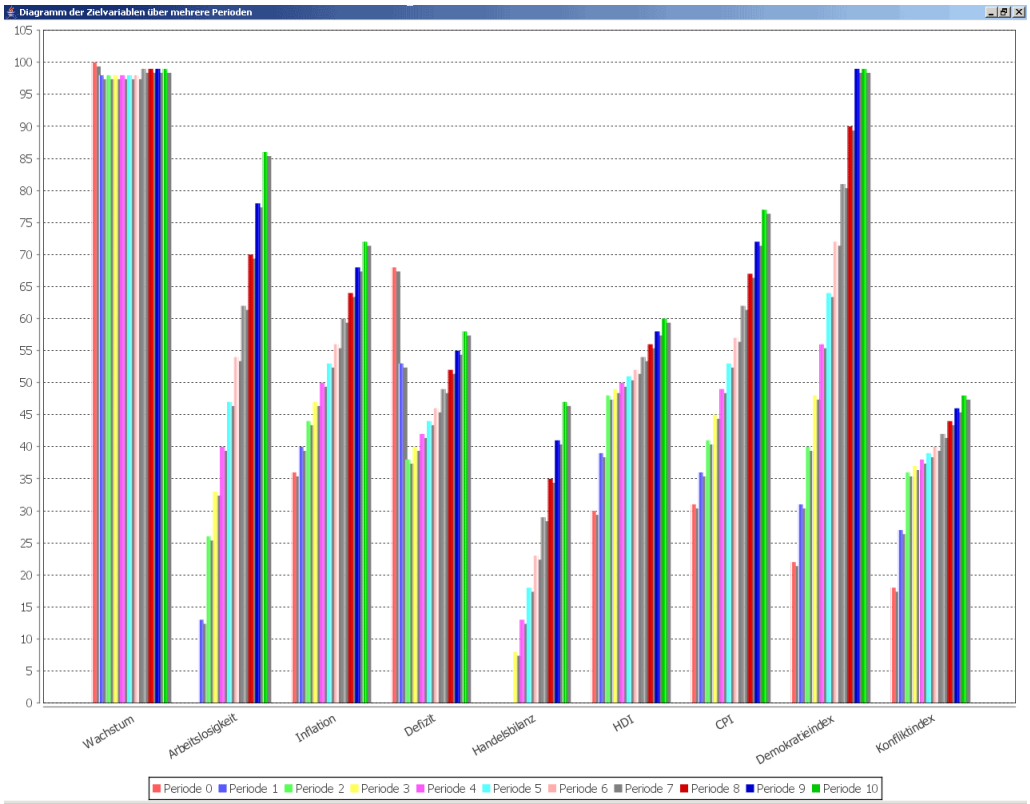


Abbildung 87: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Bosnien-Herzegowina über 10 Perioden

4 Applikationsbeschreibung aus technischer Sicht

Im folgenden Kapitel werden ausgewählte Beispiele des Programmcodes dargestellt und erläutert. Es erfolgt keine komplette Auflistung aller 26 Klassen, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde und die Implementierung des Modells nicht das Kernstück dieser Arbeit darstellt. Dennoch wird versucht, durch das Herausgreifen von verschiedenen Beispielen einen Einblick in die Applikationslogik aus technischer Sicht zu geben.

4.1 Kalkulationsdurchlauf

In der folgenden Beschreibung wird auf den Ablauf eines Berechnungszyklus eingegangen. Dabei werden die wichtigsten Passagen erklärt und illustriert.

Nach dem der Anwender die Werteparametrierung abgeschlossen hat, kann er mit einem Klick auf die Buttons „Start“ oder „Weiter“ die Berechnung anstoßen. Dabei wird die ActionPerformed Methode eines der ActionListener, die bei beiden Buttons implementiert ist, aufgerufen.

```
btnStart.addActionListener(new java.awt.event.ActionListener() {
	public void actionPerformed(java.awt.event.ActionEvent e) {
		bereiteKalkulationVor(true);
	}
});

btnWeiter.addActionListener(new java.awt.event.ActionListener() {
	public void actionPerformed(java.awt.event.ActionEvent e) {
		bereiteKalkulationVor (false);
	}
});
```

Die actionPerformed Methoden rufen beide „bereiteKalkulationVor(boolean)“ der Klasse Startfenster auf und übergeben die Information, ob eine neue Berechnung gestartet- oder von einer bestehenden fortgesetzt wird. Diese Methode holt sich die parametrierbaren Tabellen aus den drei Panels und befüllt damit die entsprechenden Controller Variablen, sofern die eingegebenen Werte korrekt sind.

```
controller.setzteEinflussVomGui(pnlEinfluss.getEinflussVariablesVomGUI());
controller.setzteR1VomGui(pnlRegprog.getRegierungsprogrammVomGUI(1));
controller.setzeR2VomGui(pnlRegprog.getRegierungsprogrammVomGUI(2));
controller.setzteR3VomGui(pnlRegprog.getRegierungsprogrammVomGUI(3));
controller.setzteStufe2VomGui(pnlStufe2.getStufe2VomGUI());
```

Außerdem wird in Abhängigkeit davon, ob eine oder mehrere Perioden gewählt wurden, die Variable „anzahlPerioden“ im Controller gesetzt. Für den Fall, dass der Benutzer eine Periode kalkulieren möchte, wird diese Variable mit dem Wert eins belegt. Im anderen Fall wird der Eintrag in das txtNrP Feld zu einem Integer konvertiert und im Controller gesetzt. Dieses Textfeld stellt dabei jenes dar, das von dem Benutzer eingegeben werden muss, wenn er „mehrere Perioden“ ausgewählt hat.

```
if(rbeine.isSelected()) {
	controller.setAnzahlPerioden(1);
 }
else {
	controller.setAnzahlPerioden(Integer.parseInt(txtNrP.getText()));
}
```

Es sei angemerkt, dass die Richtigkeit der Eingabe im txtNrP Feld bereits im Vorfeld überprüft und somit an dieser Stelle keine NumberformatException mehr geworfen werden kann.

Außer diesen Informationen muss dem Controller mitgegeben werden, ob die Anzeige aller Fenster beim Einperiodenfall erfolgen soll, die Darstellung ab der Nash-Matrix gewünscht, oder nur das Ergebnisfenster angezeigt werden soll. Dies geschieht mit der Setzung folgender Variablen.

```
controller.setZeigeAlle (rbZeigeAlle.isSelected());
controller.setZeigeNurMatrix(rbZeigeMatrix.isSelected());
```

Die „bereiteKalkulationVor“ Methode ruft schließlich die „starteKalkulation()“ Methode im Controller auf.

Diese beinhaltet alle Model-Methodenaufrufe, die für die Berechnung einer Periode notwendig sind. Ebenso werden diverse definierte Konstanten aus der Klasse Data abgefragt und entweder an das Model, oder an andere instanzierte Klassen übergeben. Wie in der folgenden Programmpassage ersichtlich ist, umschließt eine Schleife alle diese Aufrufe, da für jede kalkulierte Periode alle Berechnungsschritte nötig sind. Die Häufigkeit der Schleifendurchläufe wird entsprechend der, vom Startfenster gesetzten, anzahlPerioden Variable bestimmt.

```
public void starteKalkulation () {
	for (int i=0; i<this.anzahlPerioden; i++) {
		model.wertebelegung();
		Berechnung[] alle berechnungsobjekte = model.fuehreBerechnungenZusammen(
			albanien.initialisiereVeraenderungen(),
			bosnien.initialisiereVeraenderungen(),
			kroatien.initialisiereVeraenderungen(),
			mazedonien.initialisiereVeraenderungen(),
			montenegro.initialisiereVeraenderungen(),
			serbien.initialisiereVeraenderungen());
		model.nutzenBerechnung(albanien);
		model.nutzenBerechnung(bosnien);
		model.nutzenBerechnung(kroatien);
		model.nutzenBerechnung(mazedonien);
		model.nutzenBerechnung(montenegro);
		model.nutzenBerechnung(serbien);
		if (this.zeige_alle) {
			ArrayList<String[][]> alle_regierungsprogrammbeeinflussungen =
			model.ausgabeaufbereitungRegierungsprogrammbeeinfluss();
			this.ausgabeRegierungeinflussFenster(
			alle_regierungsprogrammbeeinflussungen, this.getColEinfluss(),
			data.getR1_rowRheader());
			this.ausgabeLandtabellen(alle_berechnungsobjekte);
		}
		model.kalkuliereDurchschnitt(alle berechnungsobjekte);
		model.kalkuliereMatrix(albanien);
		model.kalkuliereMatrix(bosnien);
		model.kalkuliereMatrix(kroatien);
		model.kalkuliereMatrix(mazedonien);
		model.kalkuliereMatrix(montenegro);
		model.kalkuliereMatrix(serbien);
		model.kalkuliereNashGleichgewicht(albanien, bosnien, kroatien, mazedonien,
			montenegro, serbien, alle berechnungsobjekte);
		Zielvariablen[] ziele = model.fuhreAlleZielvariablenZusammen(albanien,
			bosnien, kroatien, mazedonien, montenegro, serbien);
		if(this.zeige_alle || this.zeige_nur_matrix) {
			ArrayList<double[][]> alle_nashtabellen =
			model.fuehreNashmatrizenZusammen(albanien, bosnien, kroatien,
				mazedonien, montenegro, serbien);
			ArrayList<ArrayList<Matrixposition>> alle_gleichgewichte =
			model.fuehreAlleMatrixpositionenZusammen(albanien, bosnien,
				kroatien, mazedonien, montenegro, serbien);
			ausgabeNashtabellen(alle nashtabellen, alle gleichgewichte);
		}
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(albanien);
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(bosnien);
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(kroatien);
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(mazedonien);
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(montenegro);
		model.kalkuliereNutzenNachEntscheidung(serbien);
		Land[] alle_laender = model.fuehreAlleLaenderZusammen(albanien, bosnien,
			kroatien, mazedonien, montenegro, serbien);
		model.kalkuliereNutzenDerLaenderJeEUStrategie(ziele, alle_laender);
		model.kalkuliereEndNutzenMitEUEntscheidung(alle laender, ziele,
			alle berechnungsobjekte);
		model.bereiteErgebnisseAuf(alle_laender, alle_berechnungsobjekte);
	}
}
```

Die Variablen albanien, bosnien, kroatien, mazedonien, montenegro und serbien sind Objekte der Klasse Land, die im Konstruktor und in der reset Methode des Controllers instanziert werden.

```
private void initialisierung() {
	this.albanien = new Land("Albanien", data.getAusgangswerteFuerAlbanien());
	this.bosnien = new Land("Bosnien-Herzegowina", data.getAusgangswerteFuerBosnien());
	this.kroatien = new Land("Kroatien", data.getAusgangswerteFuerKroatien());
	this.mazedonien = new Land("Mazedonien", data.getAusgangswerteFuerMazedonien());
	this.montenegro = new Land("Montengro", data.getAusgangswerteFuerMontenegro());
```

```
   this.serbien = new Land("Serbien", data.getAusgangswerteFuerSerbien());
   albanien.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(albanien.getZielvariablen()));
   bosnien.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(bosnien.getZielvariablen()));
   kroatien.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(kroatien.getZielvariablen()));
   mazedonien.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(mazedonien.getZielvariablen()));
   montenegro.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(montenegro.getZielvariablen()));
   serbien.setzeBasisNutzen(model.kalkuliereBasisNutzen(serbien.getZielvariablen()));
}
```

Die Ausgangswerte der Staaten werden in der Klasse Data gesetzt, welche vor der obigen Initialisierung instanziert wird. Darin sind die Werte der Zielvariablen fix codiert, welche in der Vorbereitungsspielstufe im Kapitel spieltheoretisches Modell errechnet wurden. Im folgenden Codeabschnitt wird nur die Zielvariablenbelegung der Klasse Data für Albanien angeführt.

```
public Zielvariablen getAusgangswerteFuerAlbanien() {
      Zielvariablen albanien = new Zielvariablen();
      albanien.setWachstum(100);
      albanien.setArbeitslosigkeit(1);
      albanien.setInflation(44);
      albanien.setHandelsbilanz(0);
      albanien.setDefizit(11);
      albanien.setHdi(27);
      albanien.setCpi(28);
      albanien.setDemokratie(49);
      albanien.setKonflikt(68);
      albanien.setBip(10.6);
      return albanien;
}
```

Der Basisnutzen wird durch die Durchschnittsberechnung über alle neun Zielvariablen durchgeführt.

```
public int kalkuliereBasisNutzen(Zielvariablen zielvar) {
      float nutzen = zielvar.getWachstum() + zielvar.getArbeitslosigkeit() +
                     zielvar.getInflation() + zielvar.getDefizit() +
                     zielvar.getHandelsbilanz() + zielvar.getHdi() +
                     zielvar.getCpi() + ielvar.getDemokratie()+ zielvar.getKonflikt();
      int nutzen_gz = Math.round(nutzen/9);
      return nutzen_gz;
}
```

4.2 Diagrammbeispiel: DiagrammZielvariablenMehrerePerioden

Um die Verwendung der JFreeChart Bibliotheken zu veranschaulichen, wird im Folgenden eine Klasse mit ihren gesamten Methoden dargestellt. Dieses Diagramm wird aufgerufen, wenn der Benutzer aus dem Ergebnisfenster für mehrere Perioden die Zielvariablen eines Landes anzeigen lassen möchte.

Die Imports zeigen, dass neben AWT und SWING die Bibliotheken von JFreechart benötigt werden. Da dieses Diagramm ein Balkendiagramm mit mehreren Kategorien darstellt, müssen CategoryAxis, CategoryLabelPositions, CategroyPlot und CategoryDataset entsprechend importiert werden.

Im Konstruktor wird die Ergebnismatrix als zweidimensionales integer Array übergeben, das die darzustellenden Daten beinhaltet. Der zweite Übergabeparameter ist ein String Array, in dem die Kategorienamen gespeichert sind. Diese werden aus der Klasse Data geholt und über den Controller zu dieser Klasse durchgereicht. In diesem Fall stellen die Kategorien die neun Zielvariablennamen, nämlich Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Definit, Handelsbilanz, HDI, CPI, Demokratie- und Konfliktindex dar.

Bei der Erstellung des Datasets, welches für die Diagrammausgabe speziell aufbereitet werden muss, werden die Periodennamen in Abhängigkeit der Berechnungsdurchläufe erstellt. Dabei wird nach „Periode“ eine laufende Nummer von Null beginnend (das repräsentiert das Ausgangsjahr) bis n hinauf gezählt. N entspricht der Anzahl der Perioden. Zum Dataset werden dann eine Kombination aus dem entsprechenden Zielvariablenwert, dem Kategorienamen und der Periodenbezeichnung hinzugefügt.

In der createChart Methode erfolgt der Aufbau des eigentlichen Diagramms. Der Typ des Diagramms wird mit dem Aufruf von createBarChart festgelegt. Die Übergabeparameter dabei sind der Chart Titel, die X- und Y-Achsen Beschriftung, die darzustellenden Daten, die Ausrichtung, die Anzeige der

Legende, die Anzeige des Tooltipps und eine URL. Wie ersichtlich, werden keine Beschriftungen, Tooltipps oder URLs eingefügt. Die weiteren Zeilen dienen zur Setzung von Darstellungsoptionen. So wird die Hintergrundfarbe auf weiß und die Hilfslinien schwarz gezeichnet. Die Labels werden so gedreht, dass eine Darstellung aller Zielvariablennamen möglich ist.

Die Methode close() wird vom Controller aufgerufen, sobald das Ergebnisfenster für mehrere Perioden geschlossen wird.

```
import java.awt.Color;
import javax.swing.*;
import java.awt.event.*;
import org.jfree.chart.ChartFactory;
import org.jfree.chart.ChartPanel;
import org.jfree.chart.JFreeChart;
import org.jfree.chart.axis.CategoryAxis;
import org.jfree.chart.axis.CategoryLabelPositions;
import org.jfree.chart.plot.CategoryPlot;
import org.jfree.chart.plot.PlotOrientation;
import org.jfree.data.category.CategoryDataset;
import org.jfree.data.category.DefaultCategoryDataset;

public class DiagrammZielvariablenMehrerePerioden extends JFrame {

      public DiagrammZielvariablenMehrerePerioden (int[][] endmatrix, String[]categories) {
             this.setBounds(604, 0, 420, 500);
             this.setResizable(true);
             this.setTitle("Diagramm der Zielvariablen über mehrere Perioden");
          CategoryDataset dataset = createDataset(endmatrix,categories);
          JFreeChart chart = createChart(dataset);
          ChartPanel chartPanel = new ChartPanel(chart);
          setContentPane(chartPanel);
          this.setVisible(true);
          addWindowListener(new WindowAdapter(){
              public void windowClosing(WindowEvent we){
                dispose();
              }
          });
      }
      public void close() {
             dispose();
      }
      private CategoryDataset createDataset(int[][]endmatrix, String[]categories) {
             String[] years = new String[endmatrix.length];
             for (int i=0; i<years.length; i++) {
                    years[i] = "Periode "+i;
             }

             final DefaultCategoryDataset dataset = new DefaultCategoryDataset();
             for (int cat_count=0; cat_count<endmatrix[0].length; cat_count++) {
                    for (int i=0; i<endmatrix.length; i++) {
                           dataset.addValue(endmatrix[i][cat count], years[i],
                                  categories[cat count]);
                    }
             }
        return dataset;
      }
      private JFreeChart createChart(final CategoryDataset dataset) {

          final JFreeChart chart = ChartFactory.createBarChart("", "", "", dataset,
                    PlotOrientation.VERTICAL, true, false, false);

          final CategoryPlot plot = chart.getCategoryPlot();
          plot.setBackgroundPaint(Color.white);
          plot.setRangeGridlinePaint(Color.black);

          final CategoryAxis domainAxis = plot.getDomainAxis();
          domainAxis.setCategoryLabelPositions(
              CategoryLabelPositions.createUpRotationLabelPositions(Math.PI / 6.0)
          );
          return chart;
      }

}
```

4.3 Fensterbeispiel: Regierungsprogramme

Der Aufruf des nun beschriebenen Fensters erfolgt, wenn der Benutzer im Startfenster die Option „alle Schritte anzeigen“ wählt und eine Periode kalkulieren lässt. Die Abfrage dieser Auswahl erfolgt in der oben beschriebenen starteKalkulation() Methode des Controllers. Danach wird die ebenfalls im Controller implementierte Methode ausgabeRegierungseinflussFenster aufgerufen, welche im Folgenden abgebildet ist.

```
public void ausgabeRegierungeinflussFenster(ArrayList<String[][]>
      alle_regierungsprogrammbeeinflussungen, String[] headingcol, String[] headingrow){
      alle_regierungsprogrammbeeinflussungen =
            model.bereiteAusgabeRegierungsprogrammeVor(
                        alle regierungsprogrammbeeinflussungen, headingrow);
      frameregtabelle = new FrameRegierungstabelle (alle_regierungsprogrammbeeinflussungen,
                        headingcol);
}
```

Die vom Model aufgerufene Methode gibt die fertigen zweidimensionalen String Arrays zurück, welche für die Ausgabe benötigt werden. Um alle drei Regierungsprogramme in einer Variable über- und zurückgeben zu können, werden diese in einer ArrayList abgespeichert. Die folgende Methode fügt die entsprechenden Zeilenüberschriften zu den Daten hinzu. Diese werden in Form eines eindimensionalen String Arrays übergeben und sind in der Klasse Data definiert.

```
public ArrayList<String[][]> bereiteAusgabeRegierungsprogrammeVor(ArrayList<String[][]>
      regprogs, String[] headingrow) {
      ArrayList<String[][]> alle_regierungsprogramme = new ArrayList<String[][]>();
      for (int i=0; i<regprogs.size(); i++) {
            String[][] reg = this.konvertiereArrayListZuStringArray(regprogs, i);
            reg = this.fuegeZeilenueberschriftHinzu(reg, headingrow);
            alle regierungsprogramme.add(reg);
      }
      return alle_regierungsprogramme;
}
```

Die Instanzierung eines FensterRegierungstabelle Objekts wird vom Controller vorgenommen. Dabei werden die Spaltenüberschriften, welche wieder aus der Klasse Data stammen, und die eben aufbereiteten String Arrays in einer ArrayList übergeben. Zu Beginn werden alle verwendeten GUI Komponenten deklariert. Wie ersichtlich, wird für jedes Regierungsprogramm eine eigene Tabelle benötigt, welche je in ein JScrollpane eingebettet ist. Die drei Labels werden im gezeichneten Fenster über den Scrollpanes ausgegeben und zeigen an, welches der Regierungsprogramme in der nachstehenden Tabelle angezeigt wird.

Im Konstruktor werden aus der übergebenen ArrayList die drei String Arrays extrahiert und in Klassenvariablen gespeichert. Ebenfalls werden die Spaltenüberschriften in eine lokale Variable transferiert. In dem erstellten JPanel werden alle anzuzeigenden Komponenten hinzugefügt und das Fenster wird mit setVisible(true) sichtbar gemacht.

Da das Null-Layout verwendet wird, müssen bei jeder darzustellenden GUI Komponente die Positionskoordinaten innerhalb des Fensters angegeben werden. Dies geschieht mittels der Methode setBounds welche der Reihe nach die X-Koordinate, Y-Koordinate, Breite und Höhe in Pixel festlegt.

```
import java.awt.event.*;
import java.util.ArrayList;
import javax.swing.*;

public class FensterRegierungstabelle extends JFrame{

      private JTable tblR1 = new JTable();
      private JTable tblR2 = new JTable();
      private JTable tblR3 = new JTable();
      private JScrollPane jScrollPane1 = null;
      private JScrollPane jScrollPane2 = null;
      private JScrollPane jScrollPane3 = null;
      private JLabel lblR1 = new JLabel();
      private JLabel lblR2 = new JLabel();
      private JLabel lblR3 = new JLabel();
      private JPanel jPanel = new JPanel();
      private String[][] r1 = null;
```

```
	private String[][] r2 = null;
	private String[][] r3 = null;
	private String[] headingcol = null;

	public FensterRegierungstabelle (ArrayList<String[][]> all_regprogs, String[] hc) {
		this.r1 = (String[][]) all_regprogs.get(0);
		this.r2 = (String[][]) all_regprogs.get(1);
		this.r3 = (String[][]) all_regprogs.get(2);
		this.headingcol = hc;
		this.setBounds(0, 325, 405, 410);
		this.setResizable(true);
		this.setTitle("Regierungsprogamme - Auswirkung auf Zielvariablen");
		this.setContentPane(getJPanel());
		this.setResizable(false);
		this.setVisible(true);
	    addWindowListener(new WindowAdapter(){
		    public void windowClosing(WindowEvent we){
		      dispose();
		    }
	    });
	}

	private JPanel getJPanel() {
		jPanel.setLayout(null);
		jPanel.add(this.getJScrollPane1());
		jPanel.add(this.getJScrollPane2());
		jPanel.add(this.getJScrollPane3());
		jPanel.add(this.getlblR1());
		jPanel.add(this.getlblR2());
		jPanel.add(this.getlblR3());
	return jPanel;
	}

	private JScrollPane getJScrollPane1() {
		if (jScrollPane1 == null) {
			jScrollPane1 = new JScrollPane();
			jScrollPane1.setBounds(10, 25, 380, 99);
			jScrollPane1.setViewportView(this.gettblR1());
		}
		return jScrollPane1;
	}

	private JScrollPane getJScrollPane2() {
		if (jScrollPane2 == null) {
			jScrollPane2 = new JScrollPane();
			jScrollPane2.setBounds(10, 150, 380, 99);
			jScrollPane2.setViewportView(this.gettblR2());
		}
		return jScrollPane2;
	}

	private JScrollPane getJScrollPane3() {
		if (jScrollPane3 == null) {
			jScrollPane3 = new JScrollPane();
			jScrollPane3.setBounds(10, 275, 380, 99);
			jScrollPane3.setViewportView(this.gettblR3());
		}
		return jScrollPane3;
	}

	private JTable gettblR1 () {
		this.tblR1 = new JTable(this.r1, this.headingcol);
		tblR1.setEnabled(false);
		return tblR1;
	}

	private JTable gettblR2 () {
		this.tblR2 = new JTable(this.r2, this.headingcol);
		tblR2.setEnabled(false);
		return tblR2;
	}

	private JTable gettblR3 () {
		this.tblR3 = new JTable(this.r3, this.headingcol);
		tblR3.setEnabled(false);
		return tblR3;
	}
```

```
	private JLabel getlblR1() {
		lblR1.setText("Regierungsprogramm 1");
		lblR1.setBounds(10, 5, 150, 20);
		return lblR1;
	}

	private JLabel getlblR2() {
		lblR2.setText("Regierungsprogramm 2");
		lblR2.setBounds(10, 130, 150, 20);
		return lblR2;
	}

	private JLabel getlblR3() {
		lblR3.setText("Regierungsprogramm 3");
		lblR3.setBounds(10, 255, 150, 20);
		return lblR3;
	}

}
```

4.4 Nash-Gleichgewichtsfindung

Die Suche nach den Nash-Gleichgewichten wird vom Controller angestoßen, aber vollständig im Model implementiert. Ausgangspunkt ist die Methode sucheGleichgewichte, die pro Land die Nash-Gleichgewichte sucht und mittels der berechneten Durchschnittssumme aller Länder die Gefundenen auf eins reduziert.

```
public void sucheGleichgewichte(Land albanien, Land bosnien, Land kroatien, Land mazedonien,
Land montenegro, Land serbien, Berechnung[] all_berechnungen) {

	findeAlleNashgleichgewichte(albanien);
	findeAlleNashgleichgewichte(bosnien);
	findeAlleNashgleichgewichte(kroatien);
	findeAlleNashgleichgewichte(mazedonien);
	findeAlleNashgleichgewichte(montenegro);
	findeAlleNashgleichgewichte(serbien);

	double summe = this.kalkuliereDurchschnittsNutzenFuerAlle(albanien, bosnien,
		kroatien, mazedonien, montenegro, serbien);
	reduziereGleichgewichteAufEins(albanien, summe);
	reduziereGleichgewichteAufEins(bosnien, summe);
	reduziereGleichgewichteAufEins(kroatien, summe);
	reduziereGleichgewichteAufEins(mazedonien, summe);
	reduziereGleichgewichteAufEins(montenegro, summe);
	reduziereGleichgewichteAufEins(serbien, summe);
}
```

Diese Auswahl des Nash-Gleichgewichts wird in folgender Methode durchgeführt. Der Fall, dass keine Nash-Gleichgewichte existieren wird berücksichtigt, ist allerdings in eine Methode ausgelagert.

```
	public void reduziereGleichgewichteAufEins(Land land, double summe) {
		ArrayList< Gleichgewicht> nash land = land.getNashgleichgewichte();

		if (nash_land.size() == 2) {
			if (land.getZielvariablen().getNutzen() <= summe) {
				Gleichgewicht e = (Gleichgewicht) nash_land.get(0);
				Gleichgewicht e2 = (Gleichgewicht) nash land.get(1);
				double summeNutzen1 = e.getLand() + e.getDurchschnitt();
				double summeNutzen2 = e2.getLand() + e2.getDurchschnitt();
				if (summeNutzen1 > summeNutzen2) {
					land.setGewaehltesNash(e);
				}
				else {
					land.setGewaehltesNash(e2);
				}
			}
			else {
				Gleichgewicht e = (Gleichgewicht) nash_land.get(0);
				Gleichgewicht e2 = (Gleichgewicht) nash land.get(1);
				if (e.getLand() > e2.getLand()) {
					land.setGewaehltesNash(e);
				}
				else {
					land.setGewaehltesNash(e2);
				}
```

```
                }
            }
            else if (nash_land.size() == 3) {
                if (land.getZielvariablen().getNutzen() <= summe) {
                // wir sind ein schlechtes land -> nutzen = unterdurchschnittlich
                    Gleichgewicht e = (Gleichgewicht) nash_land.get(0);
                    Gleichgewicht e2 = (Gleichgewicht) nash_land.get(1);
                    Gleichgewicht e3 = (Gleichgewicht) nash land.get(2);
                    Gleichgewicht z = e;

                    double summeNutzen = 0;
                    double summeNutzen1 = e.getLand() + e.getDurchschnitt();
                    double summeNutzen2 = e2.getLand() + e2.getDurchschnitt();
                    double summeNutzen3 = e3.getLand() + e3.getDurchschnitt();
                    if (summeNutzen1 > summeNutzen2) {
                        z = e;
                        summeNutzen = summeNutzen1;
                    }
                    else {
                        z = e2;
                        summeNutzen = summeNutzen2;
                    }
                    if(summeNutzen > summeNutzen3) {
                        land.setGewaehltesNash(z);
                    }
                    else {
                        land.setGewaehltesNash(e3);

                    }
                }
                else {
                    Gleichgewicht e = (Gleichgewicht) nash land.get(0);
                    Gleichgewicht e2 = (Gleichgewicht) nash_land.get(1);
                    Gleichgewicht e3 = (Gleichgewicht) nash_land.get(2);
                    Gleichgewicht z = e;
                    double summeNutzen = 0;
                    double summeNutzen1 = e.getLand();
                    double summeNutzen2 = e2.getLand();
                    double summeNutzen3 = e3.getLand();
                    if (summeNutzen1 > summeNutzen2) {
                        z = e;
                        summeNutzen = summeNutzen1;
                    }
                    else {
                        z = e2;
                        summeNutzen = summeNutzen2;
                    }
                    if(summeNutzen > summeNutzen3) {
                        land.setGewaehltesNash(z);
                    }
                    else {
                        land.setGewaehltesNash(e3);

                    }
                }
            }
            else if (nash_land.size() == 1) {
                Gleichgewicht e = (Gleichgewicht) nash land.get(0);
                land.setGewaehltesNash(e);
            }
            else {
                keinNashGGW(land);
            }
        }
```

5 Mögliche Erweiterungen der Simulation

5.1 Datenbankanbindung

Von einer Datenbankanbindung wird bei der Implementierung abgesehen, da dafür keine Notwendigkeit gegeben ist. Durch das Historisierungskonzept, welches durch die Instanzierung der entsprechenden Klasse pro Land realisiert ist, kann der Benutzer die Ergebnisse in unterschiedlichen Ansichten visualisieren und die Diagramme können lokal abgespeichert werden. Allerdings können keine benutzereigenen Parametrierungen oder Ergebnisse jenseits des Reset gespeichert werden. Eine mögliche Erweiterung der Applikation ist daher die persistente Speicherung von Benutzereingaben und Kalkulationsresultaten in einer Datenbank.

5.2 Vollständige Parametrierbarkeit aller Variablen

Wie bereits beschrieben ist es dem Benutzer nicht möglich, alle Werte, die für die Berechnungen herangezogen werden zu parametrieren. So sind Basisnutzen und Ausgangszielvariablen fix in der Klasse Data fest codiert und können vom Benutzer nicht geändert werden. Ebenfalls enthält die Simulation, wie im Modell beschrieben, Berechnungen die nicht vom Benutzer beeinflussbar sind. Da die Simulation die Umsetzung des Modells darstellt und dieses abbilden soll, war es nicht die Absicht der Autorinnen, alle Werte von Benutzern festlegen zu lassen.

5.3 Darstellung der Zwischenschritte für mehrere Länder gleichzeitig

In dieser Applikation ist es pro Berechnungsschritt (bei der Auswahl der Berechnung für eine Periode) nur möglich, die Zwischenschritte für ein ausgewähltes Land zu visualisieren. Für die Betrachtung zweier Länder muss der Benutzer dieselbe Berechnung mit einer jeweils anderen Länderselektion zwei Mal durchführen. Um eine Gegenüberstellung der Kalkulationszwischenschritte zweier oder mehrerer Staaten zu erhalten und die Werte damit vergleichbar zu machen, müsste die Simulation um diese Funktionalität erweitert werden.

5.4 Mehr Ausgaben über Berechnungen und Entscheidung

Bei diesem Modell, das sehr viele Zwischenschritte beinhaltet, haben die Autorinnen davon abgesehen, mehr als die beschriebenen Fenster mit Datentabellen zu implementieren. Daher ist die Implementierung von weiteren Anzeigeoptionen der Berechnungs- und Entscheidungsschritte als weitere Erweiterungsmöglichkeit zu nennen. Die Autorinnen haben sich dagegen entschieden, da bei dem Menüpunkt „alle Schritte anzeigen“ bereits so viele Fenster geöffnet werden, dass ein Bildschirm mit der Auflösung 1024x768 völlig ausgefüllt wird.

5.5 Mehrsprachigkeit

Da die graphische Benutzerführung in deutscher Sprache dargestellt wird, kann die Applikation keinem internationalen Publikum zur Verfügung gestellt werden. Eine mögliche Erweiterung der Simulation stellt somit die Implementierung von Mehrsprachigkeit dar.

Zusammenfassung

Für die Bearbeitung des Themas in der vorliegenden Arbeit war die Kombination von Konzepten aus mehreren Fachbereichen notwendig. Die eingesetzten Methodiken stammen aus unterschiedlichen Teilgebieten der Wirtschaftswissenschaften, Mathematik und Informatik. Mit der Verbindung dieser Bereiche und der Berücksichtigung des historischen Hintergrunds der betrachteten Balkanstaaten konnte ein Modell über die Entwicklung der Staaten erstellt werden. Die aus der Simulation des Modells gewonnenen Ergebnisse wurden unter mehreren Gesichtspunkten aufbereitet und dienen als Grundlage für unterschiedliche Analysen der Balkanregion.

Diese Arbeit liefert zwei Ergebnisse. Die Bearbeitung der eigentlichen Fragestellung erfolgte mit dem erstellten Modell und dessen Implementierung und stellt somit das Hauptergebnis dar. Auf dieses wird an nachfolgender Stelle noch im Detail eingegangen. Als wichtigstes Zwischenergebnis kann die hergestellte Vergleichbarkeit der Balkanstaaten betrachtet werden. Diese wurde über die Einordnung der Ländercharakteristiken in ein einheitliches, quantifizierbares Schema erzielt. Das Zwischenergebnis dient nicht nur als Basis für das im Zuge dieser Arbeit erstellte spieltheoretische Modell, sondern kann auch als Ausgangspunkt für andere Betrachtungen des Balkanraumes dienen.

Im ersten Teil, dem theoretischen Hintergrund, wurden für das Modell relevante Informationen bezüglich Historie, Politik- und Wirtschaftsdaten herausgearbeitet und prägnant dargestellt. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurden neun Zielvariablen identifiziert, welche die aktuelle Situation der betrachteten Staaten zeigen. Dabei wurde versucht, ein möglichst breites Spektrum an Fakten in diese Variablen einfließen zu lassen, um die Realität möglichst umfassend abzubilden. Fünf der Zielvariablen (Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Staatsdefizit und Handelsbilanz) stellen die ökonomische Dimension dar. Die politische Ebene besteht aus dem CPI und Demokratieindex, der ideologische Bereich umfasst den HDI und Konfliktindex. Für sieben dieser Zielvariablen bildeten Datenreihen im Zeitverlauf die Grundlage. Die Abbildung dieser Werte erfolgte über ein individuelles Schema je Variable auf einen definierten Punktebereich. Die anderen beiden Zielvariablen, Demokratie- und Konfliktindex, wurden aus unterschiedlichen Bereichen zusammengesetzt und beinhalten auch nicht eindeutig quantifizierbare Sachverhalte. Dabei wurden u.a. Daten zu den Wahlen, Ausrichtungen der Parteien und Regierungskonstellationen, Verteilungen der ethnischen und religiösen Gruppen und die Vergangenheit der kriegerischen Auseinandersetzungen bewertet. Mit der Kombination der Zielvariablen wurde die Anforderung, die Staaten möglichst facettenreich darzustellen, vor allem durch Hinzunahme der beiden letztgenannten Indizes erfüllt.

Die neun Zielvariablen und ihre Bewertung für jedes Land liefern das Zwischenergebnis. Zusätzlich zu diesen Teilwerten wurde jeweils ein Nutzen kalkuliert, der dem Durchschnitt der neun Einzelwerte entspricht. Über diesen Nutzen kann eine Reihenfolge erstellt werden, welches den Grad der Entwicklung der betrachteten Staaten im Verhältnis zueinander zeigt. In diesem Ranking führt Kroatien das Feld der Staaten mit 50 von 100 erreichbaren Punkten an, gefolgt von Mazedonien, Albanien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Mit 31 Punkten erzielt Serbien den vergleichsweise geringsten Nutzenwert und belegt damit den sechsten und letzten Platz. Die Nutzen der Länder mit ihren zu Grunde liegenden Teilwerten stellen eine Ausgangsbasis zur Verfügung. In dieser Arbeit dienten die Ausgangswerte der Erstellung eines Entwicklungsmodells für die betrachteten Staaten. Dabei wird der Fokus auf die angestrebte Aufnahme in die Europäische Union gelegt.

Im Modell werden die Ausgangszahlen der Länder in drei Stufen verarbeitet. Dabei werden die Werte, abhängig von Entscheidungen verschiedener Akteure, verändert und als Endergebnis zurückgeliefert. Ein Durchlauf des Modells erfolgt in einer Vier-Jahres-Periode. Die Veränderungen für jeden Staat, die innerhalb dieses Zeitraums auf seine Zielvariablen wirken, werden von seinen

Entscheidungen, jenen der anderen Balkanstaaten und jener der Europäischen Union beeinflusst. Für die Staaten stehen im Modell drei unterschiedliche Strategien zur Verfügung. Die Wahl der Staaten fällt dabei auf jene, die für sie das höchste Nutzenpotential darstellt. Die Entscheidungen werden in Zwei-Personen-Spielen getroffen, wobei das spieltheoretische Konzept der Nash-Gleichgewichte zur Anwendung gelangt.

In der Simulation wurden die Definitionen des Modells umgesetzt. Die Implementierung erfolgte als Java Applikation, um alle gewünschten Anforderungen erfüllen zu können. Mit dem Programm wird eine automatisierte Berechnung aller Stufen des Modells durchgeführt, welcher die festgelegten Ausgangswerte der Länder und die eingestellten Parameter zu Grunde liegen. Diese Parametrierung erlaubt dem Anwender durch unterschiedliche Wahl der Werte auf die Entwicklungen der Länder einzuwirken. Es ist also keine fixe Wertebelegung vorgegeben. In der Simulation ist allerdings eine Standardeinstellung der Parameter vorgeschlagen, welche beim Start der Applikation voreingestellt ist. Diese Werte wurden von den Autorinnen erarbeitet und stellen eine plausible Variante für mögliche Strategien innerhalb des Modells dar. Durch die Umsetzung als Applikation konnte das Modell um die Möglichkeit erweitert werden, mehrere Perioden in einem Schritt zu simulieren. Dadurch können nicht nur die Fortschritte der Lände in einer Periode, sondern auch Langzeitentwicklungen im Zeitverlauf beobachtet werden.

Am Ende eines Berechnungszyklus werden die Ergebnisse des in der Simulation umgesetzten Modells dargestellt. Die Resultate sind die neu errechneten Werte der Zielvariablen und des Nutzens aller Länder, ihre gewählten Strategien und die Entscheidung der Europäischen Union. In der Ergebnisvisualisierung werden die Ausgangs- und Endwerte für die Zielvariablen und der Nutzen pro Periode in tabellarischer Form aufgelistet. Diese quantitative Aufstellung der Zahlen ist nicht die einzige Illustrationsmöglichkeit. Es stehen auch mehrere Varianten der graphischen Aufbereitung dieser Werte in Form von Diagrammen zur Verfügung. Dabei unterscheiden sich die auswählbaren Diagrammtypen je nach dem ob eine oder mehrere Perioden simuliert wurden. Für beide Varianten gibt es das Diagramm, welches die Abweichung des Gesamtnutzens der Länder nach Durchlauf der vorgegebenen Periodenanzahl darstellt. Die Veränderungen des Nutzens im Zeitverlauf werden im zweiten Diagramm abgebildet. Im Mehrperiodenfall erfolgt dies über ein Liniendiagramm, im Fall einer kalkulierten Periode werden die beiden Nutzenwerte pro Land als Balkendiagramm veranschaulicht. Das dritte Diagramm stellt die Entwicklungen der einzelnen Zielvariablen gegenüber. Wird nur eine Periode durchlaufen, werden die Abweichungen der Zielvariablen pro Land abgebildet, bei mehreren Perioden werden die absoluten Werte der Zielvariablen im Zeitverlauf angezeigt. Mit diesen zusätzlichen Aufbereitungen der Resultate werden Vergleiche der Daten möglich, welche aus den Ergebnistabellen nicht direkt ablesbar sind.

Ein vollständig automatisierter Kalkulationsablauf für unterschiedliche Parametereinstellungen und die verschiedenen Darstellungsformen des Ergebnisses konnte erst mit der Umsetzung des Modells als Java-Applikation realisiert werden. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Berechnungen wäre eine alternative Lösung über Tabellenkalkulationsprogramme etc. nur beschränkt durchführbar. Dabei könnten Teilabschnitte durchaus berechnet werden, aber ein gesamter Durchlauf aller Schritte mit den notwendigen Übergängen zwischen den Stufen wäre nicht möglich. Die Suche nach den Nash-Gleichgewichten in den Auszahlungsmatrizen wäre beispielsweise nicht umsetzbar.

In der vorliegenden Arbeit kann kein einzelnes Hauptergebnis benannt werden, das ein allgemein gültiges Resultat darstellt. Vielmehr wird das Modell mit seiner Implementierung zur Verfügung gestellt, mit welchem der Anwender beliebig viele verschiedene Ergebnisse erzeugen kann. Diese repräsentieren die Entwicklungen der Länder und hängen von den eingestellten Parameterwerten ab. Mit diesen Variationsmöglichkeiten kann das Modell für unterschiedliche Betrachtungen herangezogen und Analysen darauf aufgebaut werden.

Das erstellte Modell zeichnet sich durch die gleichzeitige Berücksichtigung von drei Aspekten aus. Dabei handelt es sich um die Einbeziehung der länderspezifischen Merkmale in Bezug auf ihre Historie, das Zusammenspiel der betrachteten Staaten untereinander und die Einflussnahme der Europäischen Union auf die Region. Es konnte von den Verfasserinnen kein vergleichbares Modell gefunden werden, das diese Aspekte ebenfalls behandelt. Trotzdem besteht sowohl im Modellaufbau als auch in der Umsetzung Erweiterungspotential, auf das in den jeweiligen Kapiteln eingegangen wurde und in nachfolgenden Arbeiten ausgeschöpft werden kann.

Literaturverzeichnis

Absenger, K. P. (1998). *Der Mensch im Wandel der Zeit 2.* Wien: Österreichischer Gewerbeverlag Ges.m.b.H.

Absenger, K. P. (1999). *Der Mensch im Wandel der Zeiten 1.* Wöllersdorf: Österreichischer Gewerbeverlag Ges.m.b.H.

Achim Pollert, B. K. (2008). *Duden - Wirtschaft von A bis Z.* Mannheim - Leipzig - Wien - Zürich: Dudenverlag.

Adriana Ciuchea, D. B. (2008). *Romania in Figures 2008.* Bukarest: National Institute of Statistics.

Anghel, E. (2001). *Der Beitritt zur Europäischen Union (aus wirtschaftlicher Sicht) - Die Situation Rumäniens.* Wien: Universität Wien, Masterthesis, Wissenschaftlicher Betreuer Georg Götz.

Appelius, S. (2006). *Bulgarien - Europas Ferner Osten.* Bonn: Bouvier Verlag.

Arno Weckbecker, F. H. (1997). *Die Entwicklung der politischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien.* München - Oldenbourg: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Balkaninsight.com. (5. November 2008). *Balkaninsight.com*. Abgerufen am 14. Februar 2009 von http://www.balkaninsight.com/en/main/news/14588/

Bartl, P. (1995). *Albanien - Vom Mittelalter bis zur Gegenwart.* Regensburg: Verlag Friedrich Pustet.

CEMI, T. M. (2009). *The Monitoring Center CEMI*. Abgerufen am 14. Februar 2009 von http://www.cemi.cg.yu/

Christophe Solioz, T. K. (2004). *Dayton and Beyond: Perspectives on the Future of Bosnia and Herzegovina.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

CIA World Factbook. (2009). *CIA World Factbook*. Abgerufen am 03. Juli 2009 von https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/

Clogg, R. (1997). *Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert - Ein Abriss.* Köln: Romiosini Verlag.

DiePresse.com. (2009). Abgerufen am 7. Februar 2009 von DiePresse.com: http://diepresse.com/home/politik/eu/438348/index.do?from=simarchiv http://diepresse.com/home/politik/eu/443168/index.do?from=simarchiv http://diepresse.com/home/politik/eu/443249/index.do?from=simarchiv

Dzihic, V. (Jänner 2008). Krieg und Frieden. *Report - Magazin für Kunst und Zivilgesellschaft in Zentral- und Osteuropa* , S. 32-33.

Eismann, M. B. (2005). *Brünings Wirtschaftspolitik - Maßnahmen - Handlungsspielräume - Alternativen.* Dresten.

Erich Reiter, P. J. (2005). *Bosnien und Herzegowina - Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand.* Baden-Baden: Nomos.

Europäische Gemeinschaften. (1995-2008). *EUROPA, Webportal der Europäischen Union*. Abgerufen am 2008 von http://europa.eu/

EUROSTAT. (2009). *Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften*. Abgerufen am 07. März 2009 von http://epp.eurostat.ec.europa.eu/

Fischer Weltalmanach. (1990 - 2009). *Der Fischer Weltalmanach.* Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Fischer Weltalmanach. (1993). *Fischer Weltalmanach.* Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag.

Fischer Weltgeschichte. (2008). *Band 13: "Byzanz".* Franz Georg Maier (Herausgeber) .

Fischer Weltgeschichte. (2008). *Band 35: Das Zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 - 1982.* Wolfgang Benz (Herausgeber).

Fischer-Website. (2009). *Fischer Weltalmanach*. Abgerufen am 07. April 2009 von http://www.weltalmanach.de

Genov, N. (2004). *Ethnic Relations in South Eastern Europe.* Münster: LIT Verlag Münster.

Georgiev, I. (2003). *Wahlen in postsozialistischen Staaten - Wahlen im postsozialistischen Bulgarien.* Opladen: Leske + Budrich.

Glamuzina, J. (April 2008). Vom Selbstverwaltungssozialismus zur Marktwirtschaft - Kroatiens Transformationsprozess und seine Problemfelder unter besonderer Berücksichtigung der 1990er-Jahre. Wien: Diplomarbeit an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Wien.

Goati, V. (2003). *Wahlen in postsozialistischen Staaten - Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien.* Opladen: Leske + Budrich.

Guido Krüger, T. S. (2008). *Handbuch der Java-Programmierung (5. Auflage).* Addison-Wesley.

Hermann, A. (2007). *Hintergründe und wirtschaftliche Perspektiven ser souveränen Republik Montenegro - Kultur-, wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte.* Wien: Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie an der Fakultät für Geowissenschaften, Geographie und Astronomie der Universität Wien.

Herz, D., & Jetzlsperger, C. (2008). *Die Europäische Union.* München: Verlag C. H. Beck.

Hofbauer, H. (2007). *EU-Osterweiterung; Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen.* Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.

Hoffmann, C. (Oktober 2006). Kroatiens Weg in die Europäische Union - Zwischen nationalem Pathos und europäischer Perspektive. Wien: Diplomarbeit an der Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Wien.

Holler, M. J., & Illing, G. (2006). *Einführung in die Spieltheorie.* Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Hösch, E. (2008). *Geschichte der Balkan Länder - Von der Frühzeit bis zur Gegenwart.* München: C.H.Beck.

Hösler, J. (2006). *Slowenien, Von den Anfängen bis zur Gegenwart.* Regensburg, München: Verlag Friedrich Pustet Regensburg / Südosteuropa-Gesellschaft München.

Jaurtsoglu, A. (2002). *Griechenlands Jugoslawienpolitik im Rahmen der EU von 1991 bis 1999 - Politische Aspekte eines Konflikts im Spannungsfeld zwischen nationalen und europäischen Interessen.* Wien: Universität Wien, Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie.

Joanna Thanasis, P. B. (2004). Griechenland und die Olympischen Spiele von Athen 2004. *Die Volkswirtschaft - Das Magazin für Wirtschaftspolitik* , 53-57.

Jonuzi, D. (2006). *Zur Analyse des ethnischen Konflikts in Makedonien.* Wien: Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien.

Joseph E. Stiglitz, C. E. (2002). *Economics.* New York: W.W. Norton & Company Inc.

Jugo, M. (2008). *Das Präsidium in Bosnien-Herzegowina.* GRIN Verlag.

Kacza, T. (2007). *Zwischen Feudalismus und Stalinismus - Albaniens Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.* Berlin: trafo verlag.

Kellas, J. G. (2004). *Nationalist Politics in Europe - The Constitutional and Electoral Dimensions.* PALGRAVE MACMILLAN.

Kommission, E. (2008). *Der Prozess bis zum Beitritt eines neuen Mitgliedstaates.* http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l14536.htm.

Kommission, E. (1974 - 2008). *Eurobarometer.* Brüssel: Generaldirektion für Bildung und Kultur, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_arch_en.htm.

Kosta, B. (. (2004). *Albania´s Democratic Elections, 1991 - 1997 - Analyses, Documents and Data.* Berlin: edition sigma.

Kripfganz, S. (08. November 2007). *Länderanalyse Griechenland.* Abgerufen am 21. 12 2008 von http://www.bayernlb.de: http://www.bayernlb.de/ar/Internet/de/Downloads/0100_CorporateCenter/5700Laender/LaenderanalysenA-K/Griechenland/Griechenland.pdf

Limited, 2.-2. O. (2009). *http://www.jfree.org/jfreechart/*. Abgerufen am 24. Mai 2009 von http://www.jfree.org/jfreechart/

Montet, C., & Serra, D. (2003). *Game Theory & Economics.* New York: Palgrave Macmillan.

Müller, L. (2002). *Romania's Way into the EU.* Wien: Universität Wien.

Nève, D. d. (2003). Wahlen in Rumänien. In K. Z. (Hrsg), *Wahlen in postsozialistischen Staaten* (S. 189-216). Opladen: Leske+Budrich.

Odza, S. (2006). *Das Konfliktmanagement der internationalen Gemeinschaft am Beispiel des Mazedonien Konfliktes.* Wien: Universität Wien, Diplomarbeit zur Erlangung der Philospohie an der Fakultät der Sozialwissenschaften.

Opfer-Klinger, B. (2007). *Die ungeliebte EU-Südosterweiterung - Bulgariens und Rumäniens steiniger Weg nach Europa.* Osnabrück : fibre Verlag.

Ordnungspolitik, S. (2009). *Centrum für europäische Politik*. Abgerufen am 12. 03 2009 von http://www.cep.eu/

Pollack, D. (Jänner 2008). Religion und Politik in der postkommunistischen Staaten Ostmittel- und Osteuropas. *Report - Magazin für Kunst und Zivilgesellschaft in Zentral- und Osteuropa* , S. 8-9.

Pop-Elechesy, C. (2003). *The Impact of an Abortion Ban on Socio-Economic Outcomes of Children: Evidence from Romania.* Columbia University.

Profi., J. 2. (2004). *Laura Lemay, Rogers Cadenhead.* Pearson Education.

Reyes, R. (19. Mai 2007). JSmooth 0.9.9-7 User Manual. http://jsmooth.sourceforge.net/docs/jsmooth-doc.pdf.

Roser, T. (1. Dezember 2008). *Die Presse*. Abgerufen am 20. Dezember 2008 von http://diepresse.com/: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/434390/index.do?_vl_backlink=/home/index.do

Roser, T. (2008). Neuwahl in Serbien: Flucht nach vorne – aber wohin? *Die Presse* , Onlineausgabe: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/368576/index.do .

Rossos, A. (2008). *Macedonia and the Macedonians - A history.* Stanford, California: Hoover Institution Press, Stanford University.

Rothacher, A. (1999). Kroatien nach dem Krieg: Die Kosten des Bonapartismus. In A. Rothacher, *Die Transformation Mittelosteuropas: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Litauen* (S. ab 107). Wien: Schriftenreihe der Wirtschaftskammer Österreich, Heft 82, Österreichischer Wirtschaftsverlag.

Rothacher, A. (1999). Slowenien als "Schweiz" Mittelosteuropas. In A. Rothacher, *Die Transformation Mittelosteuropas: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Litauen* (S. ab 43). Wien: Schriftenreihe der Wirtschaftskammer Österreich, Heft 82, Österreichischer Wirtschaftsverlag.

Rüstau, A. (2007). *Die Entwicklung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina nach dem Abkommen von Dayton.* Grin, Verlag für akademische Texte.

Shira, M. (Mai 2005). Albanien zwischen Diktatur und europäischer Integration - Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien.

Simic, P. (2006). Serbia und the European Union. In E. V. Valeria Heuberger, *Serbia in Europe - Neighbourhood Relations and European Integration* (S. 89). 107: LIT Verlag GmbH & Co. KG.

Statistical Office of the Republic of Slovenia. (2009). Abgerufen am 23. Jänner 2009 von http://www.stat.si/eng/ http://www.stat.si/eng/novica_prikazi.aspx?id=1947 http://www.stat.si/eng/novica_prikazi.aspx?id=1226

Steindorff, L. (2007). *Kroatien - Vom Mittelalter bis zur Gegenwart.* Regensburg: Verlag Friedrich Pustet.

Szajkowski, B. (1998). Elections and electoral politics in macedonia. In *Transitions, 199, volume 40* (S. 55-82).

Taktikos, S. (1999). *Griechenland und die soziale und politische Entwicklung seit dem Beitritt in die Europäische Union.* Wien: Univeristät Wien, Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie.

The World Bank. (2004). *Bosnia and Herzegowina - Post-Conflict Reconstruction and the Tansition to a Market Economy.* Washington D.C.: OED Evaluation of World bank support.

The World Bank. (1996). *Bosnia and Herzegowina - Toward economic recovery.* Washington D.C.: The international bank for reconstruciton and development, the world bank.

The world bank. (2009). *The world bank*. Abgerufen am 14. Februar 2009 von http://www.worldbank.org/

Transparency International. (2009). *Transperency International - the global coalition against corruption*. Abgerufen am 14. Februar 2009 von http://www.transparency.org/

Ullenboom, C. (2009). *Java ist auch eine Insel (8. Aufl.).* Galileo Computing.

Ullrich, V., & Rudloff, F. (2004). *Die Zeit, Der Fischer Weltalmanach aktuell, EU-Erweiterung.* Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

UNDP. (2009). *Human development reports*. Abgerufen am 14. Februar 2009 von http://hdr.undp.org/en/statistics/

Vedran Dzihic, S. N. (2006). *Europa - verflucht begehrt - Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien.* Wien: Braumüller.

Vodopivec, P. (2008). Slowenien, Von den Anfängen des nationalen Erwachens bis zum Beitritt in die Europäische Union. In P. Sthih, V. Simoniti, & P. Vodopivec, *Slowenische Geschichte; Gesellschaft - Politik - Kultur* (S. ab 217). Graz: Veröffentlichung der historischen Landeskommission für Steiermark Band 40; Leykam.

W3schools.com. (2009). *www.w3schools.com*. Abgerufen am 29. Mai 2009 von http://www.w3schools.com/browsers/browsers_display.asp

Walter Lukan, L. T.-S. (2005). *Österreichische Osthefte - Ländersonderband Serbien und Montengro.* Wien: Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut.

Werner Ende, U. S. (2005). *Der Islam in der Gegenwart - Entwicklung und Ausbreitung, Kultur und Religion.* Freiburg/Hamburg: C.H.Beck.

WIIW Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. (2009). Abgerufen am 20. Februar 2009 von http://www.wiiw.ac.at/

Wittkowsky, A. (. (Oktober 2002). *http://www.kosovo-eicc.org/eng/.* Abgerufen am 21. Dezember 2008 von http://www.kosovo-eicc.org/eng/PDF%20for%20web/Kosovo%20fact%20sheet.pdf

www.at-mix.de - News und Online Lexikon zu Computer, Internet und eCommerce. (2009). Abgerufen am 4. Mai 2009 von http://www.at-mix.de/wrapper.htm

Zakosek, N. (2003). *Wahlen in postsozialistischen Staaten - Wahlen in Kroatien 1990 - 2000.* Opladen: Leske + Budrich.

Zeidler, J. (2006). *Serbiens Integration in die Europäische Union. Politische Reformen von 2000 bis 2004 - Die Strategie der EU für den Westlichen Balkan und die Hürden Serbiens am Weg Richtung Brüssel.* Wien: Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophe an der Fakultät der Universität Wien.

Anhang

1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Chronologie der Aufnahme zur EU, NATO, UN und WTO 14

Tabelle 2: Ethnische Durchmischung der Balkanstaaten, alle Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung 2008 15

Tabelle 3: Bevölkerung der EU nach Ländern 19

Tabelle 4: Zeittafel der EU 20

Tabelle 5: Zeittafel von Albanien 28

Tabelle 6: Politische Parteien in Albanien 34

Tabelle 7: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Albanien 34

Tabelle 8: Ausgang der Parlamentswahlen in Albanien 35

Tabelle 9: Zeittafel von Bosnien-Herzegowina 37

Tabelle 10: Politische Parteien in Bosnien-Herzegowina 41

Tabelle 11: Präsidentschaftswahlen in Bosnien-Herzegowina 41

Tabelle 12: Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina 42

Tabelle 13: Parlamentswahlen in BKF 42

Tabelle 14: Parlamentswahlen in der RS 43

Tabelle 15: Zeittafel von Bulgarien 45

Tabelle 16: Politische Parteien in Bulgarien 50

Tabelle 17: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Bulgarien 50

Tabelle 18: Ausgang der Parlamentswahlen in Bulgarien 1990 - 2005 51

Tabelle 19: Zeittafel von Griechenland 53

Tabelle 20: Politische Parteien in Griechenland 57

Tabelle 21: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Griechenland 57

Tabelle 22: Ausgang der Parlamentswahlen in Griechenland 57

Tabelle 23: Zeittafel von Kroatien 59

Tabelle 24: Politische Parteien in Kroatien 64

Tabelle 25: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Kroatien 64

Tabelle 26: Ausgang der Parlamentswahlen in Kroatien 65

Tabelle 27: Zeittafel von Mazedonien 67

Tabelle 28: Politische Parteien in Mazedonien 72

Tabelle 29: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Mazedonien 72

Tabelle 30: Ausgang der Parlamentswahlen in Mazedonien 73

Tabelle 31: Zeittafel von Montenegro 75

Tabelle 32: Politische Parteien in Montenegro 78

Tabelle 33: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Montenegro 78
Tabelle 34: Ausgang der Parlamentswahlen in Montenegro 1990 - 1998 79
Tabelle 35: Ausgang der Parlamentswahlen in Montenegro 2001 - 2006 79
Tabelle 36: Zeittafel von Rumänien 81
Tabelle 37: Politische Parteien in Rumänien 85
Tabelle 38: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Rumänien 86
Tabelle 39: Ausgang der Parlamentswahlen in Rumänien 87
Tabelle 40: Zeittafel von Serbien und dem Kosovo 89
Tabelle 41: Politische Parteien in Serbien 95
Tabelle 42: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Serbien 95
Tabelle 43: Ausgang der Parlamentswahlen in Serbien 97
Tabelle 44: Politische Parteien im Kosovo 98
Tabelle 45: Ausgang der Parlamentswahlen im Kosovo 99
Tabelle 46: Zeittafel von Slowenien 101
Tabelle 47: Politische Parteien in Slowenien 106
Tabelle 48: Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Slowenien 107
Tabelle 49: Ausgang der Parlamentswahlen in Slowenien 107
Tabelle 50: Zielvariablen, Datenquellen 116
Tabelle 51: Gewichtungen der Daten der ökonomischen Zielvariablen nach Jahren 117
Tabelle 52: Zielvariable reales Wachstum, Basiswertberechnung 118
Tabelle 53: Zielvariable Arbeitslosigkeit, Basiswertberechnung 120
Tabelle 54: Zielvariable Inflation, Basiswertberechnung 121
Tabelle 55: Zielvariable Staatsverschuldung, Basiswertberechnung 122
Tabelle 56: Zielvariable Handelsbilanzdefizit, Basiswertberechnung 123
Tabelle 57: Zielvariable HDI, Basiswertberechnung 124
Tabelle 58: Zielvariable CPI, Basiswertberechnung 125
Tabelle 59: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung AL 126
Tabelle 60: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung BA 126
Tabelle 61: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung HR 126
Tabelle 62: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung MK 127
Tabelle 63: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung ME 127
Tabelle 64: Zielvariable Demokratieindex, Daten Wahlbeteiligung RS 127
Tabelle 65: Zielvariable Demokratieindex, Schlüssel für die Berechnung der Wahlbeteiligung 127
Tabelle 66: Zielvariable Demokratieindex, Berechnung der Wahlbeteiligung 128
Tabelle 67: Zielvariable Demokratieindex, Berechnung der Wahlhäufigkeit 129
Tabelle 68: Zielvariable Demokratieindex, Einordnung der Parteien in Kategorien 129
Tabelle 69: Zielvariable Demokratieindex, Zusammensetzungen der Parlamente und Regierungen 130

Tabelle 70: Zielvariable Demokratieindex, Nationalismus in den Parlamenten und Regierungen 130
Tabelle 71: Zielvariable Demokratieindex, Parteienausrichtung 131
Tabelle 72: Zielvariable Demokratieindex, Basiswertberechnung 132
Tabelle 73: Zielvariable Konfliktindex, Punkteverteilung auf die Komponenten 132
Tabelle 74: Zielvariable Konfliktindex, Ausgangswerte Anteile der Minderheiten und Religionen 133
Tabelle 75: Zielvariable Demokratieindex, Schlüssel für die Berechnung der Anteile der Minderheiten und Religionen 133
Tabelle 76: Zielvariable Konfliktindex, Punkte der Anteile der Minderheiten und Religionen 133
Tabelle 77: Zielvariable Konfliktindex, Punkte der Historie der Minderheiten 135
Tabelle 78: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Historie 136
Tabelle 79: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Importe / Exporte 136
Tabelle 80: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex EU 137
Tabelle 81: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex Kriege 138
Tabelle 82: Zielvariable Konfliktindex, Punkte Freundschaftsindex 138
Tabelle 83: Zielvariable Konfliktindex, Basiswertberechnung 139
Tabelle 84: Teilwerte der gewichteten Basisnutzen der sechs Staaten 139
Tabelle 85: Teilwerte der Basisnutzen des letzten Jahres der sechs Staaten 140
Tabelle 86: Gesamtbasisnutzen der sechs Staaten 140
Tabelle 87: Instrument Arbeitslosigkeit und Inflation, Auswirkung auf die Zielvariablen 143
Tabelle 88: Instrument finanzielle Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen 144
Tabelle 89: Instrument politische Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen 144
Tabelle 90: Instrument soziale Stabilität, Auswirkung auf die Zielvariablen 145
Tabelle 91: Instrumente 1 bis 4, Auswirkung auf die Zielvariablen 145
Tabelle 92: Regierungsprogramm 1, Zusammensetzung der Instrumente 147
Tabelle 93: Regierungsprogramm 1, Auswirkung auf die Zielvariablen 147
Tabelle 94: Regierungsprogramm 2, Zusammensetzung der Instrumente 148
Tabelle 95: Regierungsprogramm 2, Auswirkung auf die Zielvariablen 148
Tabelle 96: Regierungsprogramm 3, Zusammensetzung der Instrumente 149
Tabelle 97: Regierungsprogramm 3, Auswirkung auf die Zielvariablen 149
Tabelle 98: Schlüssel für die Berechnung der Verstärkung (Extrapunkte) 151
Tabelle 99: Regierungsprogramm 3, Auswirkung auf die Zielvariablen 153
Tabelle 100: finale Abweichungen der Gesamtnutzen für Regierungsprogramm1 - 3, gerundete Werte 155
Tabelle 101: Ausgangswerte der Regierungsprogramme 1 - 3 für den Spieler Land 158
Tabelle 102: Ausgangswerte der Regierungsprogramme 1 - 3 für den Spieler Durschnitt 158
Tabelle 103: Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander 159
Tabelle 104: Werte der Zielvariablen für Mazedonien mit den Standardeinstellungen nach Spielstufe 2 167

Tabelle 105: Werte der Nutzen der Länder für die beiden EU Strategien 170

Tabelle 106: Abweichungen der Nutzen der Länder vom Ausgangsnutzen zum Nutzen nach Spielstufe 2 171

Tabelle 107: Werte der Nutzen der Länder für die beiden EU Strategien 172

Tabelle 108: Nutzenwerte mit und ohne Berücksichtigung des BIP 173

Tabelle 109: Faktoren für die Berechnung der EU-Nutzen 174

Tabelle 110: Werte der Zielvariablen für Mazedonien mit den Standardeinstellungen nach Spielstufe 3 175

2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Minderheitenanteil in Prozent im Vergleich 16
Abbildung 2: Religionsanteil in Prozent im Vergleich 17
Abbildung 3: Europäische Union, Staaten der Erweiterungsrunden und Beitrittskandidaten 18
Abbildung 4: Geographische Lage von Albanien 27
Abbildung 5: Geographische Lage von Bosnien-Herzegowina 36
Abbildung 6: Geographische Lage von Bulgarien 44
Abbildung 7: Geographische Lage von Griechenland 52
Abbildung 8: Geographische Lage von Kroatien 58
Abbildung 9: Geographische Lage von Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik 66
Abbildung 10: Mazedonien nach dem zweiten Weltkrieg 67
Abbildung 11: Geographische Lage von Montenegro 74
Abbildung 12: Geographische Lage von Rumänien 80
Abbildung 13: Geographische Lage von Serbien (inklusive Kosovo) 88
Abbildung 14: Geographische Lage vom Kosovo 89
Abbildung 15: Religiöse Struktur in Serbien und im Kosovo 94
Abbildung 16: Geographische Lage von Slowenien 100
Abbildung 17: Modellaufbau, 4 Stufen 114
Abbildung 18: Spielvorbereitung 115
Abbildung 19: Zielvariablen, 3 Ebenen 116
Abbildung 20: „Magisches Fünfeck der Wirtschaftspolitik“ 117
Abbildung 21: reales Wachstum, Funktion 118
Abbildung 22: Arbeitslosigkeit, Funktion 119
Abbildung 23: Inflation, Funktion 120
Abbildung 24: Staatsverschuldung (Defizit / Überschuss), Funktion 121
Abbildung 25: Handelsbilanz, Funktion 123
Abbildung 26: HDI, Funktion 124
Abbildung 27: CPI, Funktion 125
Abbildung 28: Spielstufe 1 141
Abbildung 29: Instrumente 1 bis 4, Auswirkung auf die Zielvariablen 146
Abbildung 30: Regierungsprogramm 1 bis 3, Zusammensetzung der Instrumente 150
Abbildung 31: Berechnungsschritte von Spielstufe 1 für Serbien, Teil 1 152
Abbildung 32: Berechnungsschritte von Spielstufe 1 für Serbien, Teil 2 152
Abbildung 33: Spielstufe 2 156
Abbildung 34: Beeinflussung der Regierungsprogramme untereinander, Simulation 160
Abbildung 35: Auszahlungsmatrix Spielstufe 2 161

Abbildung 36: Nash-Gleichgewichte, Spielstufe 2 163
Abbildung 37: Auszahlungsmatrizen mit Markierungen der gewählten Nash-Gleichgewichte 166
Abbildung 38: Spielstufe 3 169
Abbildung 39: Ergebnis nach Spielstufe 3 176
Abbildung 40: Nächste Vier-Jahres-Periode 177
Abbildung 41: Mehrere Perioden 178
Abbildung 42: MVC(D) Architektur 186
Abbildung 43: Klassendiagramm 186
Abbildung 44: Klassendiagramm Präsentationsebene 188
Abbildung 45: Anwendungsfalldiagramm 189
Abbildung 46: Aufbau aller Fenster (außer das Startfenster) 190
Abbildung 47: Einsatz von Layout Managern in Frame.java 190
Abbildung 48: Zusammenhang zwischen Benutzereingaben und Fensterdarstellung 191
Abbildung 49: Fensteranordnung bei der Ausgabe aller Schritte 192
Abbildung 50: Fensteranordnung bei Ausgabe der Diagramme bei der Berechnung einer Periode.. 192
Abbildung 51: Fensteranordnung bei der Berechnung mehrerer Perioden 193
Abbildung 52: Einfluss der Instrumente auf die Zielvariablen 195
Abbildung 53: Fehlermeldung bei falsch eingegebenen Werten 196
Abbildung 54: Fehlermeldung bei Über- bzw. Unterschreitung des Wertebereiches 196
Abbildung 55: Summenberechnung für den Einfluss der Zielvariablen 196
Abbildung 56: Anwendung der Instrumente pro Jahr 196
Abbildung 57: Fehlermeldung, wenn die Zeilensumme der Regierungsprogramme nicht 1 ergibt ... 197
Abbildung 58: Fehlermeldung, wenn eine oder mehrere Zeilensummen der Regierungsprogramme nicht 1 ergeben 197
Abbildung 59: Summenberechnung für den Einsatz der Instrumente in den Regierungsprogrammen 197
Abbildung 60: Beeinflussung der Regierungsprogramme 198
Abbildung 61: Buttonleiste nach dem Start oder Reset 198
Abbildung 62: Buttonleiste nach einer Kalkulation 198
Abbildung 63: Selektion der Option "Eine Periode" 199
Abbildung 64: Selektion der Option "Mehrere Perioden" 199
Abbildung 65: Fehlermeldung, wenn die Periodenanzahl falsch eingegeben wurde. 199
Abbildung 66: Fehler, wenn der Eingabewert für die Periodenanzahl falsch eingegeben wurde 199
Abbildung 67: Selektion nach einer bereits durchgeführten Berechnung 200
Abbildung 68: Beobachtungsoptionen des Startfensters 200
Abbildung 69: Fenster "Regierungsprogramme - Auswirkung auf Zielvariablen" 200
Abbildung 70: Fenster des gewählten Landes 201

Abbildung 71: Fenster des gewählten Landes, Fortsetzung 201
Abbildung 72: Fenster "Matrizen zur Gleichgewichtsberechnung" 202
Abbildung 73: Fenster "Ergebnis nach einer Periode" 203
Abbildung 74: Ergebnisfenster bei mehreren Perioden 204
Abbildung 75: Diagrammoptionen 204
Abbildung 76: Diagramm der Abweichungen des Gesamtnutzens nach einer Periode 205
Abbildung 77: Diagramm des Gesamtnutzens der Länder nach einer Periode 206
Abbildung 78: Abweichungen der Zielvariablen nach einer Periode 206
Abbildung 79: Diagramm Abweichung des Gesamtnutzens nach drei Perioden 207
Abbildung 80: Diagramm Gesamtnutzenentwicklung nach 20 Perioden 208
Abbildung 81: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Albanien über drei Perioden 209
Abbildung 82: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Bosnien über drei Perioden 210
Abbildung 83: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Kroatien über drei Perioden 210
Abbildung 84: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Mazedonien über drei Perioden 211
Abbildung 85: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Montenegro über drei Perioden 211
Abbildung 86: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Serbien über drei Perioden 212
Abbildung 87: Diagramm Zielvariablenentwicklung von Bosnien-Herzegowina über 10 Perioden ... 212

3 Abkürzungsverzeichnis

3.1 Länderkürzel[381]

Ländernamen	Kürzel 2stellig	Kürzel 3stellig
Albanien	AL	ALB
Bosnien und Herzegowina	BA	BIH
Bulgarien	BG	BGR
Griechenland	GR	GRC
Kroatien	HR	HRV
Mazedonien	MK	MKD
Montenegro	ME	MNE
Rumänien	RO	ROU
Serbien	RS	SRB
Slowenien	SI	SVN

3.2 Sonstige Abkürzungen

Abkürzung	Ausgeschriebene Bezeichnung
AWT	Abstract windowing toolkit
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKF	Bosniakisch-kroatische Föderation, Federation of Bosnia and Herzegovina
CPI	Corruption Perceptions Index
DDR	Deutsche Demokratische Republik, German Democratic Republic
EAG	Europäische Atomgemeinschaft, European Atomic Energy Community
EEA	Einheitliche Europäische Akte, Single European Act
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation, European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften, European Communities
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, European Coal and Steel Community
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, The European Security and Defence Policy
EU	Europäische Union, European Union
EUFOR	European Union Force
EUPM	Polizeimission der Europäischen Union, European Union Police Mission
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, European Economic Community
EWS	Europäisches Währungssystem, European Monetary System

[381] Norm DIN EN ISO 3166-1

EWWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, European Economic and Monetary Union
FYROM	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Former Yogoslav Republic of Macedonia
GER	Gross enrolment ratio
GFAP	General Framework Agreement for Peace
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Common Foreign and Security Policy
GUI	Graphisches User Interface, Graphical User Interface
HDI	Human Developing Index
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
ISPA	Strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt, Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
IWF	Internationaler Währungsfond, International Monetary Fund
JRE	Java runtime environment
KFOR	Kosovo-Truppe, Kosovo force
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro (Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien)
MVC	Model / view / controller
n.a.	Not available
NATO	Nordatlantische Vertragsorganisation, North Atlantic Treaty Organization
OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, The Organization for Security and Co-operation in Europe
PNG	Portable Network Graphics
RGW, COMECON	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Council for Mutual Economic Assistance
RS	Serbische Republik, Republika Srpska
SAA	Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen, Stabilisation and Association Agreement
SAPARD	Spezielles Beitrittsprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SFOR	Stabilisierungsstreitkräfte, Stabilisation Force
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Union of Soviet Socialist Republics
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, United Nations Development Programme
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Office of the United Nations High Commissioner for Refugees
UML	Unified Modeling Language
UN	Vereinte Nationen, United Nations

WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, The Vienna Institute for international Economic Studies
WHO	Weltgesundheitsorganisation, World Health Organization
WKM	Wechselkursmechanismus
WTO	Welthandelsorganisation, World Trade Organization

4 Tabellen der Datenreihen

In diesem Abschnitt der Arbeit werden jegliche Datenreihen samt Quellen und Eigenberechnungen aufgelistet, die in dieser Arbeit verwendet wurden.

Minderheiten [382]

	AL		BA		BG		GR	HR		MK		ME		RO		RS		SI		Kosovo		Σ > 2000[383]
	1989	**2001**	**1999**	**2001**	**1992**	**2001**	*	**1991**	**2001**	**1991**	**2002**	**1991**	**2003**	**1992**	**2002**	**1991**	**2002**	**1991**	**2001**	**1991**	**2002**	
Serben	0,0	0,0	31,4	37,0	0,0	0,0	0	12,1	4,5	2,1	1,8	9,3	30,0	0,0	0,0	79,5	82,9	2,5	2,0	10,0	7,0	45,3
Albaner	98,0	95,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	**0,3**	**0,3**	**21,7**	**25,2**	**6,6**	**7,1**	0,0	0,0	1,0	0,8	**0,2**	**0,3**	**82,2**	**88,0**	121,7
Bosniaken	0,0	0,0	43,7	48,0	0,0	0,0	0	0,9	0,5	0,0	0,8	14,6	9,4	0,0	0,0	2,3	1,8	0,0	0,0	2,9	1,9	14,4
Montenegriner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,2	0,1	0,0	0,0	61,9	40,6	0,0	0,0	1,5	0,9	0,2	0,1	1,0	0,0	1,1
Roma	0,0	0,0	0,0	0,0	3,7	4,6	0	0,1	0,2	2,6	2,7	0,5	0,4	1,8	2,5	1,2	1,4	0,1	0,2	2,2	1,7	13,7
Türken	0,0	0,0	0,0	0,0	9,4	9,5	0	0,0	0,0	3,8	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	1,0	14,4
Kroaten	0,0	0,0	5,5	14,0	0,0	0,0	0	78,1	89,6	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	1,2	0,9	2,8	1,8	0,4	0,0	3,7
Ungarn	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,5	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	7,1	6,6	4,4	3,9	0,4	0,3	0,0	0,0	11,2
Rumänen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	0,0	**0,0**	**0,0**	89,5	89,5	0,0	0,0	0,0	0,0	**0,0**	**0,0**	0,0
Slowenen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,5	0,3	0,0	0,0	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	0,0	0,0	88,3	83,1	**0,0**	**0,0**	0,3
Bulgaren	0,0	0,0	0,0	0,0	85,7	83,5	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	85,7
Mazedonier	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,1	0,1	65,3	64,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,3
Griechen	1,9	0,0	0,0	0,0	1,8	0,0	100	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	**2**	**5**	**	**	**14,3**	**15,6**	**0**	**15,9**	**7,5**	**34,7**	**34,9**	**32**	**47,9**	**12,3**	**10,5**	**11,6**	**9,7**	**8,7**	**6,8**	**17,1**	**11,6**	

* Griechenlands offizielle Aussage ist, dass in Griechenland 100 Prozent Griechen leben

** Da keine der drei Ethnien als Minderheit zu betrachten ist, fällt die Summe in diesem Fall weg.

[382] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009)

[383] Eigenberechnung. Diese Spalte stellt die Summe an Minderheiten da, die von einer Nationalität im Ausland als Minderheit vertreten ist.

Bruttoinlandsprodukt der Staaten in Mio. Dollar [384]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	2.425	3.013	2.196	2.728	3.434	3.687	4.091	4.449	5.652	7.464	8.376	9.098	10.569
BA	1.867	2.786	3.882	4.353	4.954	5.338	5.653	6.611	8.370	10.023	10.765	12.265	15.144
BG	13.107	9.901	10.365	12.737	12.946	12.599	13.599	15.600	19.986	24.648	27.188	31.656	39.549
GR	151.184	159.939	156.058	156.842	154.400	144.199	150.330	170.341	221.898	264.135	283.741	308.449	360.031
HR	18.808	19.871	20.097	21.625	19.908	18.425	19.857	23.023	29.593	35.627	38.887	42.925	51.277
MK	4.449	4.422	3.735	3.571	3.673	3.587	3.437	3.791	4.630	5.368	5.815	6.373	7.590
ME						984	1.160	1.285	1.708	2.073	2.257	2.696	3.557
RO	35.477	35.334	35.286	42.116	35.592	37.053	40.181	45.825	59.507	75.489	98.845	121.609	165.980
RS			19.681	16.093	11.133	8.963	11.759	15.831	20.340	24.518	26.232	31.779	41.581
SI	20.555	20.737	20.002	21.299	21.836	19.601	20.135	22.701	28.597	33.231	35.122	38.197	45.451

Reales Wachstum in Prozent des BIP [385]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	8,9	9,1	-10,2	12,7	10,1	7,3	7	2,9	5,7	5,9	5,5	5	6
BA	20,8	85,9	34,39	15,6	9,6	5,5	4,4	5,3	4	6,1	3,92	6,89	6,84
BG	2,86	-9,4	-5,6	4	2,3	5,4	4,1	4,5	5	6,6	6,2	6,3	6,2
GR	2,1	2,36	3,64	3,36	3,42	4,48	4,47	3,89	4,85	4,72	3,73	4,34	4
HR	6,8	5,9	6,8	2,52	-0,86	2,86	4,44	5,58	5,34	4,26	4,3	4,76	5,55
MK	-1,11	1,18	1,44	3,38	4,34	4,55	-4,53	0,85	2,82	4,08	4,11	3,95	5,1
ME				4,9	-9,4	3,1	-0,2	1,7	2,4	3,7	4,3	8,6	7,5
RO	7,16	4,01	-6,1	-4,79	-1,2	2,1	5,7	5,1	5,2		4,1	7,7	6,18
RS						4,52	4,84	4,23	2,5	8,42	6,21	5,74	6,55
SI	3,64	3,6	4,91	3,59	5,33	4,13	3,1	3,66	2,81	4,44	4,15	5,72	6,07

[384] (The world bank, 2009)
[385] (The world bank, 2009)

BIP pro Kopf in Dollar [386]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	770	965	708	883	1.115	1.197	1.326	1.436	1.815	2.381	2.656	2.868	3.322
BA	560	819	1.118	1.228	1.369	1.445	1.523	1.773	2.234	2.663	2.847	3.247	4.014
BG	1.560	1.185	1.247	1.543	1.577	1.563	1.719	1.983	2.555	3.168	3.513	4.115	5.175
GR	14.217	14.935	14.481	14.475	14.187	13.208	13.729	15.503	20.129	23.878	25.553	27.667	32.165
HR	4.027	4.426	4.398	4.805	4.375	4.092	4.472	5.182	6.662	8.019	8.752	9.665	11.553
MK	2.266	2.241	1.883	1.792	1.835	1.785	1.705	1.875	2.285	2.644	2.859	3.130	3.726
ME						1.469	1.747	1.972	2.689	3.346	3.713	4.486	5.926
RO	1.564	1.563	1.565	1.872	1.585	1.651	1.816	2.102	2.737	3.481	4.569	5.633	7.703
RS			2.573	2.126	1.476	1.193	1.567	2.111	2.719	3.285	3.525	4.288	5.630
SI	10.329	10.415	10.072	10.743	10.998	9.855	10.108	11.385	14.330	16.640	17.557	19.033	22.521

Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt [387]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	13,1	12,4	14,9	17,8	18	17,7	22,7	13	15,2	14,7	14,2	13,8	13,2
BA	80				40		40	41,1	41,6	41,8	43,9	31,1	
BG	16,5	14,2	14,4	12,2	14,1	16,3	19,4	17,6	13,7	13	10,7	9,1	6,9
GR	9,1	9,7	9,6	10,8	11,7	11,1	10,2	9,9	9,3	10,2	10,4	8,3	8,3
HR	17	10	9,9	11,4	13,5	16,1	15,8	14,8	14,3	13,8	12,7	11,8	11,6
MK	35,6	38,8	38	34,5	32,4	32,2	30,5	31,9	36,7	36		36	35
ME								20,7	22,7	27,7	30,3		9
RO	8	6,7	6	6,3	6,8	7,1	6,6	8,4	7	7,1	5,9	7,3	6,4
RS	27		40			20,9		29,6		36	32,5	20,9	18,8
SI	7,4	7,3	7,1	7,7	7,4	7,2	5,7	5,9	6,6	6,5	6,1	6	4,9

[386] (The world bank, 2009)
[387] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009)

Inflation im Jahresdurchschnitt [388]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	7,8	12,7	33,2	20,6	0,4	0,1	3,1	7,8	0,5	2,3	2,4	2,5	3,1
BA	30	65,9	2,7			3				1,1	1	1	2,5
BG	62,1	121,6	1058,4	18,7	2,6	10,3	7,4	5,8	2,2	6,3	5	6,5	7,6
GR	8,9	8,2	5,5	4,8	2,6	3,1	2,4	3,6	3,5	2,9	3,6	3,3	3
HR	4	4,3	4,2	6,4	3,5	5,3	4,8	1,7	0,1	3,7	3,3	3,2	2,9
MK	16,4	2,7	1,1	0,5	-1,3	0,7	5,2	1,8	1,2	0,9	1,2	2,9	2,3
ME											15,2	15,2	3,5
RO	32,2	38,8	154,8	59,1	45,8	45,7	34,5	22,5	15,3	11,9	9	6,6	4,9
RS	120				50,2		91,1		11,3	12,5	15,2	12,7	6,8
SI	13,5	9,9	8,4	7,9	6,2	8,8	8,4	7,5	5,6	3,6	2,5	2,5	3,8

Farblich Markierte Werte sind Fortschreibungen von dem letzten Jahr, indem Werte vorhanden waren.

Population [389]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	3.149.959	3.122.038	3.101.366	3.088.133	3.081.326	3.080.066	3.085.325	3.097.648	3.114.978	3.134.402	3.153.731	3.172.155	3.181.326
BA	3.332.123	3.401.477	3.472.274	3.544.544	3.618.319	3.693.578	3.710.979	3.728.461	3.746.026	3.763.674	3.781.274	3.777.117	3.772.964
BG	8.400.000	8.356.000	8.312.068	8.257.000	8.208.000	8.060.000	7.910.000	7.869.000	7.823.000	7.781.000	7.740.000	7.692.600	7.642.177
GR	10.634.000	10.709.000	10.777.000	10.835.000	10.883.000	10.917.500	10.949.950	10.987.550	11.023.550	11.061.750	11.104.000	11.148.460	11.193.367
HR	4.670.000	4.490.000	4.570.000	4.500.000	4.550.000	4.502.500	4.440.800	4.443.150	4.442.000	4.442.850	4.443.350	4.441.300	4.438.310
MK	1.963.487	1.973.405	1.983.250	1.992.757	2.001.524	2.009.264	2.015.911	2.021.568	2.026.320	2.030.311	2.033.655	2.036.376	2.037.032
ME	623.185	635.085	648.411	660.702	668.670	670.140	663.975	651.332	635.156	619.678	607.969	601.022	600.265
RO	22.681.000	22.608.000	22.554.000	22.503.000	22.457.994	22.443.000	22.132.000	21.803.129	21.742.028	21.684.884	21.634.350	21.587.667	21.546.874
RS	7.738.987	7.708.878	7.649.631	7.567.745	7.540.401	7.516.346	7.503.433	7.500.031	7.480.591	7.463.157	7.440.769	7.411.570	7.385.826
SI	1.990.000	1.991.000	1.985.956	1.982.600	1.985.500	1.989.000	1.992.000	1.994.000	1.995.700	1.997.000	2.000.500	2.006.868	2.018.122

[388] (Fischer Weltalmanach, 1990 - 2009)
[389] (The world bank, 2009)

Handelsbilanz in Prozent des BIP, Eigenberechnung aus Import- und Exportdaten der Weltbank [390]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	-23	-23	-27	-23	-15	-18	-18	-27	-25	-21	-24	-24	-27
BA	-51	-60	-43	-67	-63	-48	-48	-47	-46	-41	-42	-29	-34
BG	-1	5	4	0	-5	-5	-7	-8	-11	-12	-16	-19	-22
GR	-8	-8	-8	-26	-9	-11	-10	-10	-10	-9	-8	-8	-8
HR	-10	-10	-16	-9	-8	-5	-6	-11	-11	-9	-9	-9	-9
MK	-10	-11	-14	-15	-10	-15	-14	-20	-17	-20	-17	-19	-20
ME	0	0	0	0	0	-14	-24	-25	-16	-16	-17	-30	-29
RO	-5	-9	-7	-8	-5	-5	-8	-6	-7	-9	-10	-10	-13
RS	0	0	-7	-7	-10	-16	-17	-19	-19	-23	-22	-20	-20
SI	-1	-1	-1	-2	-5	-3	-1	1	0	-1	-1	-1	-2

Handelsbilanz in Werten, Eigenberechnung aus Import- und Exportdaten der Weltbank [391]

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AL	-5,58E+08	-6,93E+08	-5,93E+08	-6,27E+08	-5,15E+08	-6,64E+08	-7,36E+08	-1,20E+09	-1,41E+09	-1,57E+09	-2,01E+09	-2,18E+09	-2,85E+09
BA	-9,52E+08	-1,67E+09	-1,67E+09	-2,92E+09	-3,12E+09	-2,56E+09	-2,71E+09	-3,11E+09	-3,85E+09	-4,11E+09	-4,52E+09	-3,56E+09	-5,15E+09
BG	-1,31E+08	4,95E+08	4,15E+08	0,00E+00	-6,47E+08	-6,30E+08	-9,52E+08	-1,25E+09	-2,20E+09	-2,96E+09	-4,35E+09	-6,01E+09	-8,70E+09
GR	-1,21E+10	-1,28E+10	-1,25E+10	-4,08E+10	-1,39E+10	-1,59E+10	-1,50E+10	-1,70E+10	-2,22E+10	-2,38E+10	-2,27E+10	-2,47E+10	-2,88E+10
HR	-1,88E+09	-1,99E+09	-3,22E+09	-1,95E+09	-1,59E+09	-9,21E+08	-1,19E+09	-2,53E+09	-3,26E+09	-3,21E+09	-3,50E+09	-3,86E+09	-4,61E+09
MK	-4,45E+08	-4,86E+08	-5,23E+08	-5,36E+08	-3,67E+08	-5,38E+08	-4,81E+08	-7,58E+08	-7,87E+08	-1,07E+09	-9,89E+08	-1,21E+09	-1,52E+09
ME	0,00E+00	0,00E+00	0,00E+00	0,00E+00	0,00E+00	-1,38E+08	-2,78E+08	-3,21E+08	-2,73E+08	-3,32E+08	-3,84E+08	-8,09E+08	-1,03E+09
RO	-1,77E+09	-3,18E+09	-2,47E+09	-3,37E+09	-1,78E+09	-1,85E+09	-3,21E+09	-2,75E+09	-4,17E+09	-6,79E+09	-9,88E+09	-1,22E+10	-2,16E+10
RS	0,00E+00	0,00E+00	-1,38E+09	-1,13E+09	-1,11E+09	-1,43E+09	-2,00E+09	-3,01E+09	-3,86E+09	-5,64E+09	-5,77E+09	-6,36E+09	-8,32E+09
SI	-2,06E+08	-2,07E+08	-2,00E+08	-4,26E+08	-1,09E+09	-5,88E+08	-2,01E+08	2,27E+08	0,00E+00	-3,32E+08	-3,51E+08	-3,82E+08	-9,09E+08

[390] (The world bank, 2009)
[391] (The world bank, 2009)

Staatsverschuldung: Jährliches Defizit/ Überschuss des Staates in Prozent des BIP [392]

	2003	2004	2005	2006	2007
AL	-4,5	-5,1	-3,5	-3,3	-3,5
BA	0,7	1,6	2,4	2,9	1,3
HR	-5,5	-4,1	-3,8	-2,2	-1,8
MK	-1,1	0,0	0,3	-0,5	0,6
ME	-2,4	-2,6	-2,3	2,7	7,1
RS	-1,1	0,9	0,7	-1,5	-1,9

Human Developing Index (HDI) [393]

	2001	2002	2003	2004	2005
AL	0,781	0,78	0,784	0,801	0,656
BA	0,777	0,781	0,786	0,8	0,803
BG	0,796	0,808	0,816	0,824	0,789
GR	0,902	0,912	0,921	0,926	0,924
HR	0,83	0,841	0,846	0,85	0,759
MK	0,793	0,797	0,796	0,801	0,749
ME	0,77	0,78	0,78	0,79	0,8
RO	0,778	0,792	0,805	0,813	0,767
RS	0,77	0,78	0,78	0,79	0,8
SI	0,895	0,904	0,91	0,917	0,887

Farblich Markierte Werte sind Eigenschätzungen beruhend auf BIP pro Kopf, Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie Lebenserwartung im Vergleich mit den anderen Nationen.

[392] (WIIW Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, 2009)
[393] (UNDP, 2009) Jahresberichte 1998 – 2007/2008, RS und ME eigene Schätzung ab 2001

Corruption Perceptions Index (CPI) [394]

	2004	2005	2006	2007	2008
AL	2,5	2,4	2,6	2,9	3,4
BA	3,1	2,9	2,9	3,3	3,2
BG	4,1	4	4	4,1	3,6
GR	4,3	4,3	4,4	4,6	4,7
HR	3,5	3,4	3,4	4,1	4,4
MK	2,7	2,7	2,7	3,3	3,6
ME	2,7	2,8	3	3,3	3,4
RO	2,9	3	3,1	3,7	3,8
RS	2,7	2,8	3	3,4	3,4
SI	6	6,1	6,4	6,6	6,7

Parlamentswahlen [395]

	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	Σ
AL		X	X				X	X				X				X				6
BA	X						X		X		X		X				X			6
BG	X	X			X			X				X				X				6
GR	X			X			X				X				X			X		6
HR	X		X			X					X			X				X		6
MK	X				XX				X				X		X				X	7
ME	X		X				X		X			X	X				X			7
RO	X		X				X				X				X				X	6
RS	X		X	X				X			X			X				X	X	8
SI	X		X				X				X				X				X	6

[394] (Transparency International, 2009) 2004 – 2008
[395] Siehe Teil 1, Theoretischer Hintergrund

Präsidentschaftswahlen [396]

	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	Σ
AL		X	X					XX					X					X		6
BA																				
BG			X				X					X					X			4
GR	X					X					X					X				4
HR			X					X			X					X				4
MK		X			X					X					X					4
ME	X		X					X						X					X	5
RO	X		X				X				X				X					5
RS	X		X					X					X	X	X				X	7
SI	X		X					X					X					X		5

[396] Siehe Teil 1, Theoretischer Hintergrund